

**Die Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis von  
1974 bis 2008**

–

**Detailanalyse und Handlungskonzept für ausgewählte  
Gemeinden zur Gestaltung des Demographischen  
Wandels**

**Dissertation**

Zur Erlangung des akademischen Grades eines  
Doktors der Naturwissenschaft  
Fachbereich 3: Mathematik/Naturwissenschaften  
Universität Koblenz-Landau

Vorgelegt  
am 27.09.2012  
von Dominik Böckling

geb. am 05.11.1980 in Dernbach/Westerwald

Datum der mündlichen Prüfung: 09.01.2013

Referent: Prof. Dr. Rainer Graafen  
Koreferent: Prof. Dr. Dieter König

## DANKSAGUNG

---

### DANKSAGUNG

Hiermit möchte ich mich bei allen, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben, ganz herzlich bedanken. Mein besonderer Dank gilt:

- Prof. Dr. Rainer Graafen, der mir als Doktorvater stets mit Rat und Tat zur Seite stand,
- Prof. Dr. Gerd Bosbach von der FH Koblenz (RheinAhrCampus Remagen), der mich bereits vor der Erstellung der Doktorarbeit zu einem besonders kritischen und intensiven Umgang mit dem Thema *Demographischer Wandel* und mit Statistiken im Allgemeinen motivierte,
- allen Interviewpartnern für die angenehme und interessante Zusammenarbeit, denn ohne sie wäre die vorliegende Untersuchung in diesem Umfang nicht möglich gewesen,
- den Ortsbürgermeistern der Gemeinden Dernbach und Ebernhahn, Andreas Quirmbach und Hannelore Quernes, sowie dem Stadtbeigeordneten der Stadt Wirges, Achim Wussow, die mir die Durchführung der Online-Befragung ermöglichten,
- allen Jugendlichen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges, die an der Online-Umfrage teilgenommen haben,
- Holger Schmidt, Petra Hofmann, Günter Ickler und Joachim Schuck vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems für die hilfreichen Anregungen und die schnelle Bereitstellung der Bevölkerungsdaten,
- Monika Henkes vom Einwohnermeldeamt der VG Wirges für die Zusammenstellung von speziellen Altersstrukturdaten,
- Jan Wiesner vom Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (Autobahnamt Montabaur) für die Bereitstellung einer Straßenkarte für den Westerwaldkreis sowie die Gestaltung ihres Layouts nach meinen Vorgaben,
- Ulrich Stahl für die kritische Durchsicht des Manuskripts,
- meiner Mutter für die vorbehaltlose und intensive Unterstützung während meines gesamten Studiums.

Dominik Böckling



### KURZFASSUNG

Die vorliegende Doktorarbeit verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis im Zeitraum von 1974 bis 2008 auf Kreis-, Verbandsgemeinde- und Gemeindeebene detailliert zu untersuchen und im Rahmen eines Handlungskonzeptes für ausgewählte Gemeinden geeignete Maßnahmen zur konkreten Gestaltung des Demographischen Wandels aufzuzeigen.

Dies geschieht zunächst anhand einer umfassenden Analyse der Bevölkerungsdaten. Dazu zählt eine Einteilung des Untersuchungszeitraums in spezielle Phasen der Bevölkerungsentwicklung, welche durch die jährlichen Veränderungsdaten des Bevölkerungsstandes des Westerwaldkreises charakterisiert werden. Anschließend wird ausführlicher auf wichtige Kennzahlen der Bevölkerungsentwicklung aus den Bereichen der natürlichen Bevölkerungsbewegung, der Bevölkerungsstruktur und der Wanderungen eingegangen mit der Intention, einerseits detaillierte Ergebnisse hervorzubringen, die im Rahmen bisheriger Untersuchungen nicht vorliegen und andererseits Grundlagen für die Ursachenforschung zu schaffen, die der Analyse der Bevölkerungsdaten folgt.

Für diese Ursachenforschung werden fünf Gemeinden exemplarisch ausgewählt, die eine besonders positive bzw. negative Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungszeitraum aufweisen. Integrale Bestandteile dieser Ursachenforschung sind, neben einer ausführlichen Darstellung der Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden, Experteninterviews und eigene humangeographische Beobachtungen. Des Weiteren wird speziell für die drei ausgewählten Gemeinden mit negativer Bevölkerungsentwicklung eine Online-Umfrage unter Jugendlichen durchgeführt, um weitere Ursachen herauszufinden und erste zentrale Ansatzpunkte für das abschließende Handlungskonzept zu finden.

Dieses Konzept verfolgt primär die Intention, den Demographischen Wandel in den drei Gemeinden in der Art und Weise zukünftig zu gestalten, dass seine negativen Folgen vermieden bzw. zumindest abgemildert werden. Dazu ist es notwendig, auf die spezifischen Situationen vor Ort einzugehen und die praktische Umsetzbarkeit möglicher Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen, damit das Konzept Eingang in die kommunalpolitische Planung findet und somit nicht nur einen Beitrag zur bevölkerungsgeographischen Forschung darstellt, sondern auch einen Nutzen für die kommunale Handlungspraxis stiftet.

# INHALTSVERZEICHNIS

## INHALTSVERZEICHNIS

<i>Einleitung</i>	<i>1</i>
<b>1 Die Bevölkerungsgeographie zu Beginn des 21. Jahrhunderts</b>	<b>7</b>
<b>1.1 Bevölkerungswissenschaft und ihre Teilbereiche</b>	<b>7</b>
<b>1.2 Die Beziehung zwischen Demographie im weiteren Sinne und Bevölkerungsgeographie</b>	<b>9</b>
<b>1.3 Aktuelle Forschungsschwerpunkte der Bevölkerungsgeographie und zukünftige Aufgabengebiete</b>	<b>10</b>
1.3.1 Die internationale Ebene	10
1.3.2 Die nationale Ebene	12
<b>2 Das Untersuchungsgebiet</b>	<b>14</b>
<b>2.1 Der Westerwaldkreis als Verwaltungseinheit</b>	<b>15</b>
2.1.1 Historischer Abriss über die Entstehung des Westerwaldkreises	16
2.1.2 Administrative Gliederung des Westerwaldkreises nach Verbandsgemeinden	19
<b>2.2 Der Westerwaldkreis als Naturraum</b>	<b>21</b>
2.2.1 Hoher Westerwald	23
2.2.2 Oberwesterwald	24
2.2.3 Niederwesterwald	25
2.2.3.1 Montabaurer Westerwald	26
2.2.3.2 Rheinwesterwald	27
2.2.3.3 Vorderwesterwälder Hochflächen	27
2.2.4 Mittelsiegbergland	28
2.2.5 Limburger Becken	28
<b>2.3 Der Westerwaldkreis als Wirtschaftsraum</b>	<b>29</b>
2.3.1 Siedlungsgeschichte	30
2.3.2 Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur	33
2.3.2.1 Straßennetz	34
2.3.2.2 Schienennetz	36
2.3.2.3 Rad- und Wanderwegenetz	38
2.3.3 Entwicklung der Datenbahnen	39
2.3.4 Entwicklung der Bildungseinrichtungen	40
2.3.5 Gesamtüberblick über die Entwicklung des Wirtschaftsraumes Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	42

# INHALTSVERZEICHNIS

---

2.3.5.1	Primärer Sektor	42
2.3.5.2	Sekundärer Sektor	45
2.3.5.3	Tertiärer Sektor	47
2.3.6	Die wirtschaftsräumliche Gliederung des Westerwaldkreises	49
2.3.6.1	Vorderer Westerwald	50
2.3.6.2	Hoher Westerwald und Montabaur	51
2.3.6.3	Kannenbäckerland	51
<b>3</b>	<b><i>Analyse der Bevölkerungsentwicklung nach Zeitabschnitten</i></b>	<b>51</b>
<b>3.1</b>	<b>Quellen und methodische Hinweise</b>	<b>52</b>
<b>3.2</b>	<b>Entwicklung der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008</b>	<b>55</b>
<b>3.3</b>	<b>Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1974 bis 1978 (Phase der anfänglichen Stagnation)</b>	<b>58</b>
3.3.1	Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene	59
3.3.1.1	Entwicklung der Bevölkerungszahlen	59
3.3.1.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	61
3.3.1.3	Wanderungen	63
3.3.1.4	Medianalter	65
3.3.2	Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung	68
3.3.2.1	Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen	68
3.3.2.2	Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten	69
3.3.2.3	Entwicklung der Städte	70
<b>3.4</b>	<b>Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1978 bis 1986 (Phase des mäßigen Wachstums)</b>	<b>71</b>
3.4.1	Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene	71
3.4.1.1	Entwicklung der Bevölkerungszahlen	72
3.4.1.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	73
3.4.1.3	Wanderungen	75
3.4.1.4	Medianalter	77
3.4.2	Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung	78
3.4.2.1	Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen	78
3.4.2.2	Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten	80
3.4.2.3	Entwicklung der Städte	80
<b>3.5</b>	<b>Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1987 bis 1997 (Phase des stärksten Wachstums)</b>	<b>81</b>
3.5.1	Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene	81
3.5.1.1	Entwicklung der Bevölkerungszahlen	82
3.5.1.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	84

# INHALTSVERZEICHNIS

---

3.5.1.3	Wanderungen	85
3.5.1.4	Medianalter	87
3.5.1.5	Entwicklung des Ausländeranteils	89
3.5.2	Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung	91
3.5.2.1	Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen	91
3.5.2.2	Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten	92
3.5.2.3	Entwicklung der Städte	93
<b>3.6</b>	<b>Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1997 bis 2004 (Phase des abflauenden Wachstums)</b>	<b>93</b>
3.6.1	Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene	94
3.6.1.1	Entwicklung der Bevölkerungszahlen	94
3.6.1.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	96
3.6.1.3	Wanderungen	97
3.6.1.4	Medianalter	99
3.6.1.5	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung	100
3.6.2	Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung	102
3.6.2.1	Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen	102
3.6.2.2	Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten	103
3.6.2.3	Entwicklung der Städte	104
<b>3.7</b>	<b>Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 2004 bis 2008 (Phase des kontinuierlichen Rückgangs)</b>	<b>105</b>
3.7.1	Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene	105
3.7.1.1	Entwicklung der Bevölkerungszahlen	105
3.7.1.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	107
3.7.1.3	Wanderungen	108
3.7.1.4	Entwicklung des Medianalters	110
3.7.1.5	Entwicklung des Ausländeranteils	111
3.7.2	Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung	113
3.7.2.1	Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen	113
3.7.2.2	Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten	115
3.7.2.3	Entwicklung der Städte	115
<b>3.8</b>	<b>Gesamtüberblick über die Bevölkerungsentwicklung von 1974 bis 2008</b>	<b>116</b>
3.8.1	Die Bevölkerungszunahme im Westerwaldkreis im Vergleich mit der Landesebene	116
3.8.2	Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	117
3.8.3	Die Bevölkerungszunahme nach Naturräumen	118
3.8.4	Räumliche Unterschiede der Bevölkerungsentwicklung nach administrativer Gliederung	119
3.8.5	Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Städten	121
3.8.6	Zunahme des Medianalters nach administrativer Gliederung	122

# INHALTSVERZEICHNIS

---

3.8.7	Entwicklung des Ausländeranteils nach administrativer Gliederung	123
<b>4</b>	<b><i>Detailanalyse der Bevölkerungsstruktur und der natürlichen Bevölkerungsbewegung von 1974 bis 2008</i></b>	<b>124</b>
<b>4.1</b>	<b>Altersstruktur</b>	<b>125</b>
4.1.1	Entwicklung der Anteile der drei Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung	126
4.1.2	Altersindizes	128
4.1.3	Billeter-Maß	130
4.1.4	Entwicklung der Anteile der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen an der Bevölkerung	131
4.1.5	Die Alterspyramide des Westerwaldkreises im Jahr 2008	132
<b>4.2</b>	<b>Bevölkerungsaufbau nach Geschlecht</b>	<b>133</b>
4.2.1	Entwicklung der Sexualproportion auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene	133
4.2.2	Die Sexualproportion auf Gemeindeebene im Jahr 2008	135
<b>4.3</b>	<b>Fertilität</b>	<b>135</b>
4.3.1	Entwicklung der rohen Geburtenrate	136
4.3.1.1	Kreisebene	136
4.3.1.2	Verbandsgemeindeebene	137
4.3.1.3	Gemeindeebene	138
4.3.2	Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate	139
4.3.2.1	Kreisebene	139
4.3.2.2	Verbandsgemeindeebene	140
4.3.2.3	Gemeindeebene	141
<b>4.4</b>	<b>Mortalität</b>	<b>141</b>
4.4.1	Entwicklung der rohen Todesrate	142
4.4.1.1	Kreisebene	142
4.4.1.2	Verbandsgemeindeebene	143
4.4.1.3	Gemeindeebene	144
<b>4.5</b>	<b>Kombinierte Betrachtung von Fertilität und Mortalität</b>	<b>144</b>
4.5.1	Kreisebene	145
4.5.2	Verbandsgemeindeebene	145
4.5.3	Gemeindeebene	146
<b>5</b>	<b><i>Detailanalyse der Wanderungen von 1974 bis 2008</i></b>	<b>147</b>
<b>5.1</b>	<b>Theoretische Hintergründe zum Thema „Wanderungen“</b>	<b>148</b>
5.1.1	Der Wanderungsbegriff	148
5.1.2	Typisierung von Wanderungen	149
5.1.3	Wanderungsgründe und -motive	150

# INHALTSVERZEICHNIS

---

5.1.4	Grundlegende Wanderungsmuster in der Bundesrepublik Deutschland von 1974 bis 2008	152
<b>5.2</b>	<b>Analyse der Wanderungen über die Kreisgrenze</b>	<b>153</b>
5.2.1	Entwicklung der Wanderungshäufigkeit	154
5.2.2	Entwicklung der Wanderungseffektivität	156
5.2.3	Strukturmerkmale der Wanderer	157
5.2.3.1	Altersstruktur der Zuwanderer nach Geschlecht	157
5.2.3.2	Altersstruktur der Abwanderer nach Geschlecht	159
5.2.3.3	Differenzierung der Wanderungsbilanz nach Altersgruppen und Geschlecht	162
5.2.4	Austauschgebiete des Westerwaldkreises	163
5.2.4.1	Bedeutende Austauschgebiete im Zeitraum von 1974 bis 1990	163
5.2.4.2	Bedeutende Austauschgebiete im Zeitraum von 1991 bis 2008	164
5.2.4.3	Wanderungssalden mit den Austauschgebieten im Zeitraum von 1974 bis 2008	166
<b>5.3</b>	<b>Analyse der Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene</b>	<b>167</b>
<b>5.4</b>	<b>Analyse der Wanderungen über die Gemeindegrenzen</b>	<b>169</b>
5.4.1	Wanderungen nach Gemeindegrößenklassen	169
5.4.2	Betrachtung der Wanderungshäufigkeiten	173
5.4.2.1	Zuwanderungsraten	174
5.4.2.2	Abwanderungsraten	175
5.4.2.3	Nettowanderungsraten	177
<b>6</b>	<b><i>Ursachen besonders positiver und negativer Bevölkerungsentwicklungen in ausgewählten Gemeinden</i></b>	<b>178</b>
<b>6.1</b>	<b>Begründung der Auswahl der Gemeinden</b>	<b>179</b>
6.1.1	Auswahlverfahren für Gemeinden mit besonders negativer Bevölkerungsentwicklung	179
6.1.2	Auswahlverfahren für Gemeinden mit besonders positiver Bevölkerungsentwicklung	180
<b>6.2</b>	<b>Die Bevölkerungsentwicklung in den ausgewählten Gemeinden von 1974 bis 2008 im Überblick</b>	<b>181</b>
6.2.1	Dernbach, Ebernhahn und Wirges	181
6.2.1.1	Entwicklung der Bevölkerungszahlen	181
6.2.1.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	183
6.2.1.3	Wanderungen	185
6.2.1.4	Altersstruktur	189
6.2.1.5	Ausländeranteil	193
6.2.1.6	Sexualproportion	194
6.2.2	Bilkheim und Wallmerod	196
6.2.2.1	Entwicklung der Bevölkerungszahlen	196
6.2.2.2	Natürliche Bevölkerungsbewegung	197
6.2.2.3	Wanderungen	199

# INHALTSVERZEICHNIS

---

6.2.2.4	Altersstruktur	203
6.2.2.5	Ausländeranteil	205
6.2.2.6	Sexualproportion	206
<b>6.3</b>	<b>Außerdemographische Einflussfaktoren auf die Bevölkerungsentwicklung in den ausgewählten Gemeinden</b>	<b>207</b>
6.3.1	Dernbach	208
6.3.1.1	Arbeitsplatzangebot	209
6.3.1.2	Nahversorgung	210
6.3.1.3	Verkehrsinfrastruktur	211
6.3.1.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen	212
6.3.1.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur	214
6.3.1.6	Fazit	215
6.3.2	Ebernhahn	216
6.3.2.1	Arbeitsplatzangebot	216
6.3.2.2	Nahversorgung	217
6.3.2.3	Verkehrsinfrastruktur	218
6.3.2.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen	219
6.3.2.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur	221
6.3.2.6	Fazit	222
6.3.3	Wirges	222
6.3.3.1	Arbeitsplatzangebot	223
6.3.3.2	Nahversorgung	223
6.3.3.3	Verkehrsinfrastruktur	224
6.3.3.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen	225
6.3.3.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur	226
6.3.3.6	Fazit	228
6.3.4	Bilkheim	228
6.3.4.1	Arbeitsplatzangebot	228
6.3.4.2	Nahversorgung	229
6.3.4.3	Verkehrsinfrastruktur	229
6.3.4.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen	230
6.3.4.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur	232
6.3.4.6	Fazit	234
6.3.5	Wallmerod	234
6.3.5.1	Angebot an Arbeitsplätzen	235
6.3.5.2	Nahversorgung	235
6.3.5.3	Verkehrsinfrastruktur	236
6.3.5.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen	237
6.3.5.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur	239

# INHALTSVERZEICHNIS

---

6.3.5.6	Fazit	240
<b>7</b>	<b><i>Quantitative Studie: Online-Befragung von Jugendlichen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges zu ihren Abwanderungsabsichten</i></b>	<b>240</b>
<b>7.1</b>	<b>Erkenntnisleitende Fragestellungen und Auswahl der Hypothesen</b>	<b>241</b>
<b>7.2</b>	<b>Theoretische und methodologische Bezüge</b>	<b>243</b>
7.2.1	Die Bedeutung von Wanderungsabsichten junger Menschen im Kontext des Demographischen Wandels	243
7.2.2	Bisherige empirische Untersuchungen zum Thema	244
7.2.3	Auswahl der Befragten	245
7.2.4	Aufbau des Fragebogens	246
7.2.5	Praktischer Ablauf der Studie	248
<b>7.3</b>	<b>Auswertung</b>	<b>248</b>
7.3.1	Soziodemographische Struktur der Teilnehmer	249
7.3.2	Wohlfühlen am Wohnort	251
7.3.2.1	Ausprägung des Wohlfühlens	251
7.3.2.2	Positive Aspekte der Wohnorte	253
7.3.2.3	Negative Aspekte der Wohnorte	254
7.3.3	Freizeitgestaltung	255
7.3.3.1	Aktionsradius	256
7.3.3.2	Fehlende Plätze bzw. Räumlichkeiten vor Ort	256
7.3.3.3	Genutzte Verkehrsmittel und Mobilitätsprobleme	257
7.3.4	Angebot an Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen	258
7.3.5	Wanderungsabsichten	260
7.3.5.1	Bleiben oder Wegziehen?	261
7.3.5.2	Motive für den voraussichtlichen Verbleib am jetzigen Wohnort	262
7.3.5.3	Motive für den voraussichtlichen Wegzug aus dem jetzigen Wohnort	263
7.3.6	Änderungsvorschläge der Befragten	264
<b>7.4</b>	<b>Überprüfung der Hypothesen und Diskussion der Ergebnisse</b>	<b>265</b>
<b>8</b>	<b><i>Handlungskonzept zur Gestaltung des Demographischen Wandels in den Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges</i></b>	<b>268</b>
<b>8.1</b>	<b>Leitbilder</b>	<b>269</b>
8.1.1	Nachhaltige Raumentwicklung und ihre neuen Leitbilder	270
8.1.1.1	Wachstum und Innovation	270
8.1.1.2	Daseinsvorsorge sichern	271
8.1.1.3	Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten	271
<b>8.2</b>	<b>Entwicklungsziele</b>	<b>272</b>



# INHALTSVERZEICHNIS

---

8.2.1	Steigerung der Attraktivität der Gemeinden als familienfreundliche Wohnorte _____	272
8.2.2	Stärkung der Bindung von Jugendlichen an ihren Wohnort _____	273
8.2.3	Schaffung altersgerechter Wohnbedingungen für eine zunehmende Anzahl an Senioren ____	273
<b>8.3</b>	<b>Ermittlung des Handlungsbedarfs für die einzelnen Gemeinden _____</b>	<b>274</b>
8.3.1	Dernbach _____	275
8.3.1.1	Arbeitsplatzangebot _____	275
8.3.1.2	Nahversorgung _____	275
8.3.1.3	Verkehrsinfrastruktur _____	276
8.3.1.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen _____	276
8.3.1.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur _____	276
8.3.2	Ebernhahn _____	277
8.3.2.1	Arbeitsplatzangebot _____	277
8.3.2.2	Nahversorgung _____	277
8.3.2.3	Verkehrsinfrastruktur _____	277
8.3.2.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen _____	278
8.3.2.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur _____	278
8.3.3	Wirges _____	278
8.3.3.1	Arbeitsplatzangebot _____	278
8.3.3.2	Nahversorgung _____	279
8.3.3.3	Verkehrsinfrastruktur _____	279
8.3.3.4	Angebot an Wohnungen und Bauplätzen _____	279
8.3.3.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur _____	280
<b>8.4</b>	<b>Handlungsempfehlungen _____</b>	<b>280</b>
8.4.1	Handlungsempfehlung 1: Mobilitätsbedürfnisse reduzieren, ÖPNV-Angebot erhalten und ergänzen _____	281
8.4.1.1	Einrichtung von Wochenmärkten mit mobilen Verkaufsfahrzeugen an festen Terminen	282
8.4.1.2	Bildung von Fahrgemeinschaften _____	283
8.4.1.3	Ausbau des Bestell- und Lieferwesens _____	283
8.4.1.4	Schaffung zusätzlicher Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche _____	284
8.4.1.5	Anreize zur Nutzung des ÖPNV schaffen _____	284
8.4.1.6	Initiierung eines Bürgerbusvereins _____	285
8.4.2	Handlungsempfehlung 2: Baulücken schließen, Leerstände reduzieren und vermeiden _____	287
8.4.2.1	Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Baulücken- und Leerstandskatasters _____	287
8.4.2.2	Etablierung einer Grundstücks- und Immobilienbörse _____	288
8.4.2.3	Stärkung der innerörtlichen bzw. innerstädtischen Einrichtungen der Nahversorgung ____	289
8.4.2.4	Rückbau maroder Leerstände _____	289
8.4.2.5	Schaffung von Anreizen zum Bau oder Erwerb von Gebäuden innerhalb des Orts- bzw. Stadtkerns	290
8.4.3	Handlungsempfehlung 3: Weiterentwicklung der Freizeitmöglichkeiten für Jung und Alt ____	291

# INHALTSVERZEICHNIS

---

8.4.3.1	Befragung von Jugendlichen und Senioren zu ihren Freizeitbedürfnissen	291
8.4.3.2	Einrichtung kommunalpolitischer Gremien und Beiräte zur Gestaltung des Freizeitangebotes	292
8.4.3.3	Nutzung neuer Medien zur Vermarktung des bestehenden öffentlichen Freizeitangebotes	293
8.4.3.4	Einführung von Regionenspielen	293
8.4.3.5	Intensivierung der Jugend- und Seniorenarbeit in den Gemeinden	295
8.4.3.6	Initiierung eines Hauses der Generationen	296
<b>8.5</b>	<b>Strategie zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen</b>	<b>296</b>
8.5.1	Beteiligung von Akteuren aufbauen	297
8.5.1.1	Einberufung regionaler Konferenzen	297
8.5.1.2	Identifizierung der relevanten Akteure	298
8.5.1.3	Gründung einer regionalen Partnerschaft	299
8.5.1.4	Regelmäßige Berichterstattung	299
8.5.2	Aufbau eines Regionalmanagements	300
8.5.2.1	Aufgaben	300
8.5.2.2	Organisation	301
8.5.2.3	Finanzierung	302
8.5.3	Externe Unterstützung einholen	302
8.5.3.1	Finanzielle Förderung	302
8.5.3.2	Know-How	303
8.5.4	Durchführung einer Evaluierung	304
8.5.4.1	Gegenstände	305
8.5.4.2	Methoden	305
<b>9</b>	<b>Resümee und zukünftige Forschungsansätze</b>	<b>306</b>
<b>10</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>312</b>
<b>Anhang</b>		<b>330</b>

# ABBILDUNGSVERZEICHNIS

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1:	Bevölkerungswissenschaft als interdisziplinärer Forschungsbereich	8
Abb. 2:	Das Wappen des Westerwaldkreises	20
Abb. 3:	Die Entwicklung der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008	55
Abb. 4:	Jährliche Zuwachsraten der Bevölkerungszahlen des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008	56
Abb. 5:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 1978	60
Abb. 6:	Natürliche Bevölkerungsbewegung im Westerwaldkreis von 1974 bis 1978	62
Abb. 7:	Wanderungen über die Kreisgrenze von 1974 bis 1978	64
Abb. 8:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der Einwohnerzunahme von 1974 bis 1978	69
Abb. 9:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der relativen Einwohnerabnahme von 1974 bis 1978	70
Abb. 10:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1978 bis 1986	72
Abb. 11:	Natürliche Bevölkerungsbewegung im Westerwaldkreis von 1978 bis 1986	74
Abb. 12:	Wanderungen über die Kreisgrenze von 1978 bis 1986	76
Abb. 13:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der Einwohnerzunahme von 1978 bis 1986	79
Abb. 14:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der relativen Einwohnerabnahme von 1978 bis 1986	80
Abb. 15:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997	83
Abb. 16:	Natürliche Bevölkerungsbewegung im Westerwaldkreis von 1987 bis 1997	84
Abb. 17:	Wanderungen über die Kreisgrenze von 1987 bis 1997	86
Abb. 18:	Länder der Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis im Jahr 1987	90
Abb. 19:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der Einwohnerzunahme von 1987 bis 1997	92
Abb. 20:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004	95
Abb. 21:	Natürliche Bevölkerungsbewegung im Westerwaldkreis von 1997 bis 2004	96
Abb. 22:	Wanderungen über die Kreisgrenze von 1997 bis 2004	98
Abb. 23:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der Einwohnerzunahme von 1997 bis 2004	103
Abb. 24:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008	106
Abb. 25:	Natürliche Bevölkerungsbewegung im Westerwaldkreis von 2004 bis 2008	107
Abb. 26:	Wanderungen über die Kreisgrenze von 2004 bis 2008	109
Abb. 27:	Länder der Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis im Jahr 2008	112
Abb. 28:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der relativen Einwohnerzunahme von 2004 bis 2008	114
Abb. 29:	Anzahl der Gemeinden nach Höhe der relativen Einwohnerabnahme von 2004 bis 2008	115
Abb. 30:	Komponenten der Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008	118
Abb. 31:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	119
Abb. 32:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Städten von 1974 bis 2008	121
Abb. 33:	Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	122
Abb. 34:	Entwicklung des Anteils der drei Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008	126
Abb. 35:	Entwicklung des Anteils der drei Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung der VG Wirges von 1974 bis 2008	127
Abb. 36:	Entwicklung des Anteils der drei Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung der VG Selters von 1974 bis 2008	128
Abb. 37:	Billetter-Maß in den Verbandsgemeinden im Jahr 2008	130
Abb. 38:	Bevölkerungspyramide des Westerwaldkreises im Jahr 2008	132

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

---

Abb. 39: Entwicklung der rohen Geburtenrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	137
Abb. 40: Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	139
Abb. 41: Entwicklung der rohen Todesrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	142
Abb. 42: Entwicklung der natürlichen Wachstumsrate und der demographischen Umsatzziffer im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	145
Abb. 43: Entwicklung der Zu- und Abwanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	154
Abb. 44: Entwicklung der Nettowanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	155
Abb. 45: Entwicklung der Wanderungseffektivität im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008	156
Abb. 46: Zuzüge in den Westerwaldkreis von Frauen im Zeitraum von 1975 bis 2008 nach Altersgruppen	158
Abb. 47: Zuzüge in den Westerwaldkreis von Männern im Zeitraum von 1975 bis 2008 nach Altersgruppen	158
Abb. 48: Zuzüge in den Westerwaldkreis von Frauen und Männern im Zeitraum von 1975 bis 2008 nach Altersgruppen	159
Abb. 49: Fortzüge aus dem Westerwaldkreis von Frauen im Zeitraum von 1975 bis 2008 nach Altersgruppen	160
Abb. 50: Fortzüge aus dem Westerwaldkreis von Männern im Zeitraum von 1975 bis 2008 nach Altersgruppen	161
Abb. 51: Fortzüge aus dem Westerwaldkreis von Frauen und Männern im Zeitraum von 1975 bis 2008 nach Altersgruppen	161
Abb. 52: Wanderungsbilanz des Westerwaldkreises im Zeitraum von 1975 bis 2008 nach Altersgruppen und Geschlecht	162
Abb. 53: Die wichtigsten Austauschgebiete des Westerwaldkreises von 1974 bis 1990	164
Abb. 54: Die wichtigsten Austauschgebiete des Westerwaldkreises von 1991 bis 2008	165
Abb. 55: Wanderungssalden des Westerwaldkreises mit den wichtigsten Austauschgebieten im Zeitraum von 1974 bis 2008	166
Abb. 56: Prozentuale Verteilung der Wanderungsgewinne von 1974 bis 2008 nach Gemeindegrößenklassen	173
Abb. 57: Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	182
Abb. 58: Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	183
Abb. 59: Entwicklung der rohen Todesrate in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	184
Abb. 60: Entwicklung der natürlichen Wachstumsrate in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	185
Abb. 61: Entwicklung der Zuwanderungsrate in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	186
Abb. 62: Entwicklung der Abwanderungsrate in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	187
Abb. 63: Entwicklung der Nettowanderungsrate in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	188
Abb. 64: Wanderungsbilanzen von Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008 nach Altersgruppen	189
Abb. 65: Entwicklung des Medianalters in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	190
Abb. 66: Entwicklung des Ausländeranteils in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	194
Abb. 67: Entwicklung der Sexualproportion in Dernbach, Ebernhahn und Wirges von 1974 bis 2008	195
Abb. 68: Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	196
Abb. 69: Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	197
Abb. 70: Entwicklung der rohen Todesrate in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	198

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

---

Abb. 71: Entwicklung der natürlichen Wachstumsrate in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	199
Abb. 72: Entwicklung der Zuwanderungsrate in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	200
Abb. 73: Entwicklung der Abwanderungsrate in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	201
Abb. 74: Entwicklung der Nettowanderungsrate in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	201
Abb. 75: Wanderungsbilanzen von Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008 nach Altersgruppen	202
Abb. 76: Entwicklung des Medianalters in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	203
Abb. 77: Entwicklung des Ausländeranteils in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	206
Abb. 78: Entwicklung der Sexualproportion in Bilkheim und Wallmerod von 1974 bis 2008	207
Abb. 79: Ladenleerstände in der Hauptstraße von Dernbach	211
Abb. 80: Hochhaus im Südring, Dernbach	213
Abb. 81: Umnutzung der ehemaligen Bankfiliale in der Kirchstraße in Ebernhahn als Wohngebäude	218
Abb. 82: Ortsrandstraße Im Tonfeld in Ebernhahn mit Blick auf das Mahlwerk der Tongrube	220
Abb. 83: Entwurf des Wohnparks Stadtgarten in Wirges	226
Abb. 84: Neubaugebiet Im Boden in Bilkheim	231
Abb. 85: Seniorenwohnheim (ehemalige Gaststätte) in Bilkheim	233
Abb. 86: Wohnungsleerstände an der B 8 in Wallmerod	236
Abb. 87: Teil des Neubaugebiets Untere Dörrbach in Wallmerod	238
Abb. 88: Altersstruktur der Umfrageteilnehmer (N = 88)	249
Abb. 89: Schulische bzw. berufliche Situation der Umfrageteilnehmer	250
Abb. 90: Antworten auf die Frage „Fühlst du dich an deinem jetzigen Wohnort wohl?“ (N = 95)	252
Abb. 91: Die häufigsten Antworten auf die Frage „Was gefällt dir an deinem jetzigen Wohnort?“ (N = 92)	253
Abb. 92: Die häufigsten Antworten auf die Frage „Was gefällt dir an deinem jetzigen Wohnort nicht?“ (N = 92)	254
Abb. 93: Die häufigsten Antworten auf die Frage „Welche Plätze bzw. Räumlichkeiten fehlen dir?“ (N = 56)	257
Abb. 94: Antworten auf die Frage „Wenn du zu Veranstaltungen gehst oder dich mit Freunden triffst, wie kommst du meistens dorthin?“ (N = 92)	258
Abb. 95: Antworten auf die Frage „Wie bewertest du das Angebot an Schulen in deiner Region?“ (N = 92)	259
Abb. 96: Antworten auf die Frage „Wie bewertest du das Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in deiner Region?“ (N = 92)	260
Abb. 97: Antworten auf die Frage „Kannst du dir vorstellen, noch lange an deinem jetzigen Wohnort wohnen zu bleiben?“ (N = 92)	261
Abb. 98: Die häufigsten Antworten auf die Frage „Was ist der wichtigste Grund dafür, dass du dir vorstellen kannst, in deinem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben?“ (N = 36)	262
Abb. 99: Die häufigsten Antwortkategorien auf die Frage „Was ist der wichtigste Grund dafür, dass du (wahrscheinlich) irgendwann aus deinem jetzigen Wohnort wegziehen willst?“ (N = 49)	263
Abb.100: Die häufigsten Antwortkategorien auf die Frage „Was würdest du in deinem Wohnort verändern, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?“ (N = 77)	264
Abb.101: Einrichtbus der VG Katzenelnbogen als Ergänzung zum ÖPNV	286
Abb.102: Kompetenzfelder des Regionalmanagements im Rahmen des Handlungskonzeptes	301
Abb.103: Die fünf Dimensionen der Evaluation im Rahmen des Handlungskonzeptes	304

# TABELLENVERZEICHNIS

## TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1:	Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen im Ober- und Unterwesterwaldkreis am 01.01.1974	18
Tab. 2:	Die administrative Gliederung des Westerwaldkreises nach Verbandsgemeinden im Jahr 2008	19
Tab. 3:	Die naturräumlichen Haupteinheiten des Westerwaldes (Stand: 1957)	22
Tab. 4:	Die wichtigsten Ortsnamensgruppen im Westerwaldkreis und ihre zeitliche Einordnung	31
Tab. 5:	Eisenbahnstrecken im Westerwaldkreis zu Beginn des 20. Jahrhunderts	37
Tab. 6:	Zur Verfügung stehende Kennziffern für die Analyse der Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis	53
Tab. 7:	Die fünf Phasen der Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008	57
Tab. 8:	Stagnation der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1974 bis 1978	59
Tab. 9:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 1978	61
Tab. 10:	Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1974 bis 1978 nach Verbandsgemeinden	63
Tab. 11:	Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1974 bis 1978	65
Tab. 12:	Aggregatdaten zur Berechnung des Medianalters für die Bevölkerung des Westerwaldkreises in den Jahren 1974 und 2008	66
Tab. 13:	Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1974 bis 1978	66
Tab. 14:	Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 1978	67
Tab. 15:	Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1974 bis 1978	71
Tab. 16:	Mäßiges Wachstum der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1978 bis 1986	72
Tab. 17:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1978 bis 1986	73
Tab. 18:	Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1978 bis 1986 nach Verbandsgemeinden	75
Tab. 19:	Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1978 bis 1986	76
Tab. 20:	Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1978 bis 1986	77
Tab. 21:	Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1978 bis 1986	78
Tab. 22:	Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1978 bis 1986	81
Tab. 23:	Starkes Wachstum der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1987 bis 1997	82
Tab. 24:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997	83
Tab. 25:	Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1987 bis 1997 nach Verbandsgemeinden	85
Tab. 26:	Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1987 bis 1997	87
Tab. 27:	Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1987 bis 1997	87
Tab. 28:	Veränderung des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997	88
Tab. 29:	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis von 1987 bis 1997	89
Tab. 30:	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997	90
Tab. 31:	Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1987 bis 1997	93
Tab. 32:	Abflauendes Wachstum der Einwohnerzahl des Westerwaldkreises von 1997 bis 2004	94
Tab. 33:	Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004	95
Tab. 34:	Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1997 bis 2004 nach Verbandsgemeinden	97
Tab. 35:	Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1997 bis 2004	98
Tab. 36:	Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1997 bis 2004	99
Tab. 37:	Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004	100

## TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 38: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis von 1997 bis 2004	100
Tab. 39: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004	101
Tab. 40: Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1997 bis 2004	104
Tab. 41: Kontinuierliche Abnahme der Einwohnerzahl des Westerwaldkreises von 2004 bis 2008	105
Tab. 42: Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008	106
Tab. 43: Natürliche Bevölkerungsbewegung von 2004 bis 2008 nach Verbandsgemeinden	108
Tab. 44: Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 2004 bis 2008	110
Tab. 45: Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 2004 bis 2008	110
Tab. 46: Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008	111
Tab. 47: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis von 2004 bis 2008	112
Tab. 48: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008	113
Tab. 49: Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 2004 bis 2008	116
Tab. 50: Relative Veränderungen des Bevölkerungsstandes im Westerwaldkreis und in Rheinland-Pfalz in den fünf Phasen der Bevölkerungsentwicklung	117
Tab. 51: Bevölkerungszunahme im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 nach naturräumlichen Einheiten	119
Tab. 52: Altersindizes der Verbandsgemeinden im Jahr 2008	129
Tab. 53: Entwicklung der Anteile der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen an der Bevölkerung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008	131
Tab. 54: Entwicklung der Sexualproportion in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	134
Tab. 55: Entwicklung der rohen Geburtenrate in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	138
Tab. 56: Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	140
Tab. 57: Entwicklung der rohen Todesrate in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	143
Tab. 58: Rohe Raten der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	146
Tab. 59: Typologie der Migrationen nach PETERSEN	150
Tab. 60: Vorherrschende Wanderungsleitmotive nach Altersgruppen	152
Tab. 61: Wanderungsbilanzen und durchschnittliche Nettowanderungsraten der Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008	168
Tab. 62: Anzahl der Gemeinden im Westerwaldkreis in den Jahren 1974, 1991 und 2008 nach Größenklassen	169
Tab. 63: Wanderungsbewegungen im Jahr 1974 nach Gemeindegrößenklassen	170
Tab. 64: Wanderungsbewegungen im Jahr 1991 nach Gemeindegrößenklassen	171
Tab. 65: Wanderungsbewegungen im Jahr 2008 nach Gemeindegrößenklassen	172
Tab. 66: Anzahl der Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Zuwanderungsraten im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 2008 nach Verbandsgemeinden	174
Tab. 67: Anzahl der Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Abwanderungsraten im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 2008 nach Verbandsgemeinden	176
Tab. 68: Anzahl der Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Nettowanderungsraten im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 2008 nach Verbandsgemeinden	177
Tab. 69: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Dernbach von 1974 bis 2008	191
Tab. 70: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Ebernshahn von 1974 bis 2008	192
Tab. 71: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Wirges von 1974 bis 2008	193

## TABELLENVERZEICHNIS

---

Tab. 72: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Bilkheim von 1974 bis 2008	204
Tab. 73: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Wallmerod von 1974 bis 2008	205
Tab. 74: Ablauf eines Regionenspiels	294
Tab. 75: Erfassung relevanter Akteure nach einzelnen Maßnahmen für die Handlungsempfehlung 1	298



## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

### ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>B</b>	Bundesstraße
<b>BAB</b>	Bundesautobahn
<b>DSL</b>	Digital Subscriber Line
<b>DTV</b>	durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke
<b>GAP</b>	Gemeinsame Agrarpolitik
<b>ha</b>	Hektar
<b>ICE</b>	InterCity Express
<b>K</b>	Kreisstraße
<b>Kap.</b>	Kapitel
<b>Kfz</b>	Kraftfahrzeug
<b>km</b>	Kilometer
<b>L</b>	Landesstraße
<b>LF</b>	landwirtschaftlich genutzte Fläche
<b>LEP</b>	Landesentwicklungsprogramm
<b>LILE</b>	Lokales Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept
<b>Mio.</b>	Millionen
<b>MIV</b>	Motorisierter Individualverkehr
<b>NN</b>	Normalnull
<b>OECD</b>	Organisation for Economic Co-Operation and Development
<b>ÖPNV</b>	Öffentlicher Personennahverkehr
<b>ÖSPV</b>	Öffentlicher Straßenpersonennahverkehr
<b>ÖV</b>	Öffentlicher Verkehr
<b>Pkw</b>	Personenkraftwagen
<b>SPFV</b>	Schienenpersonenfernverkehr
<b>SPNV</b>	Schienenpersonennahverkehr
<b>VG</b>	Verbandsgemeinde

## EINLEITUNG

### **Problem- und Fragestellung**

Die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands ist im vergangenen Jahrzehnt zu einem führenden gesellschaftspolitischen Thema geworden. Zentrale Ursache für das zunehmende öffentliche Interesse an dieser Materie ist, dass sie insbesondere in den Diskursen um den Fortbestand der sozialen Sicherungssysteme und die Entwicklung des Arbeitsmarktes als ein wesentlicher Bestimmungsfaktor angesehen wird. In diesem Zusammenhang fällt in den Medien häufig das Schlagwort *Demographischer Wandel*, ohne dass es genauer definiert wird. Deshalb ist es eingangs umso wichtiger festzuhalten, dass der Demographische Wandel in Deutschland durch Rückgang, Alterung und Wanderungsbewegungen der Bevölkerung<sup>1</sup> gekennzeichnet ist (vgl. KILPER / MÜLLER 2005, S. 36).

Diese drei Prozesse verlaufen in der Bundesrepublik jedoch räumlich und zeitlich sehr differenziert. Eine tiefgehende, regionale bevölkerungsgeographische Untersuchung wie die vorliegende Dissertation stellt in diesem Kontext einen Beitrag zur wissenschaftlich fundierten Beurteilung des Ablaufs des Demographischen Wandels dar. Speziell der wissenschaftlichen Objektivität kommt dabei in der heutigen Zeit aufgrund der politischen Brisanz und der damit einhergehenden Instrumentalisierung des Themas eine wichtige Rolle zu, denn es wird dadurch zunehmend schwierig, ein klares, fundiertes Bild vom tatsächlichen Ausmaß der Bevölkerungsdynamik und ihrer Auswirkungen nachzuzeichnen. Die Arbeit soll daher zwei Forderungen nachkommen: zum einen der nach einer Versachlichung der Debatte um den Demographischen Wandel und zum anderen der nach regionalen Analysen, die von Bevölkerungsgeographen<sup>2</sup> immer wieder betont wird (vgl. z.B. KÖPPEN 2007a).

Ein wichtiger Bestandteil einer solchen regionalen Analyse ist die umfangreiche Auswertung der relevanten Bevölkerungsdaten, aus der anschließend weitere Fragestellungen resultieren. Dazu zählt insbesondere die Ursachenforschung intraregional unterschiedlicher Entwicklungen, beispielsweise im Hinblick auf die Veränderung des Bevölkerungsstandes und

---

<sup>1</sup> Der Begriff *Bevölkerung* wird an dieser Stelle und im Folgenden als die „Gesamtheit aller in einem fest umgrenzten Gebiet lebenden Menschen“ (LESER 2001, S. 81) verstanden und nicht – wie es auch möglich wäre – als Prozess der Besiedlung eines Raumes.

<sup>2</sup> Zur besseren Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit die männliche Form verwendet, wenngleich die weibliche inhaltlich stets mit eingeschlossen wird.

das Ausmaß des Alterungsprozesses. Dementsprechend wird diesen zentralen Aufgaben bevölkerungsgeographischer Forschung auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit nachgegangen.

Wie aus dem Untertitel ersichtlich wird, stellt das Handlungskonzept zur Gestaltung des Demographischen Wandels für ausgewählte Gemeinden ebenfalls einen wichtigen Baustein der Dissertation dar. Es stellt einen praktischen Bezug zu der tiefgehenden Analyse der Bevölkerungsdaten und der Ursachenforschung her. Damit wird ein aktuelles und dringliches Anliegen aufgegriffen, denn die räumlichen Konsequenzen des Demographischen Wandels sind nicht nur vielfältig, sondern unterscheiden sich oft bereits auf kleinräumiger Ebene. Ein Handlungskonzept, welches sich auf einzelne Gemeinden beschränkt, vermag diese regionalen Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen. Es unterscheidet sich von bereits formulierten Entwicklungskonzepten vor allem durch seine bevölkerungsgeographische Perspektive. Mit ihr wird das Ziel verfolgt, eine neue spezifische Schwerpunktsetzung vorzunehmen und somit Erkenntnisse aufzuzeigen, die nach Möglichkeit in bereits vorhandene Konzepte mit eingebunden werden können. Das in dieser Arbeit vorgestellte Handlungskonzept fußt unter anderem auf eigenen empirischen, sowohl quantitativen als auch qualitativen, Erhebungen in Form einer Befragung, Experteninterviews und humangeographischen Beobachtungen. Somit ist außerdem gewährleistet, dass sich die Doktorarbeit nicht ausschließlich auf sekundärstatistische Quellen stützt.

### **Auswahl des Untersuchungsgebiets und -zeitraums**

Für die vorliegende bevölkerungsgeographische Untersuchung wurde der Westerwaldkreis ausgewählt, da es sich um ein Gebiet handelt, welches in vielerlei Hinsicht einen interessanten Forschungsgegenstand repräsentiert. An vorderster Stelle steht dabei die hohe Bevölkerungsdynamik im Untersuchungszeitraum von 1974 bis 2008: Die Bevölkerung des Westerwaldkreises hat in dieser Zeitspanne einen Zuwachs um etwa 21,0% von 165.892 auf 200.779 Personen erfahren. Im Vergleich dazu ist die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz im gleichen Zeitraum lediglich um das 1,09-fache angestiegen. Des Weiteren ist der Westerwaldkreis im nördlichen Rheinland-Pfalz der Landkreis mit dem stärksten Bevölkerungswachstum – sowohl absolut als auch relativ gesehen. Diese Dynamik erscheint, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Westerwaldkreis nur einen Teil des geographischen Westerwaldes einnimmt, umso erstaunlicher, wenn das allgemein vorherrschende

Landschaftsklischee von dem rauen und öden Westerwald<sup>3</sup> betrachtet wird, der in einer Arbeit von ALFRED FRISCHEN aus dem Jahre 1968 noch als ein Passivraum im Sinne von GÖTZ VOPPEL (1961) charakterisiert wird. Folglich wird die Erforschung der Ursachen dieses Bevölkerungswachstums ein Gegenstand der Doktorarbeit sein.

Da der Westerwaldkreis zudem nach den Landkreisen Mainz-Bingen und Mayen-Koblenz den drittgrößten Landkreis in ganz Rheinland-Pfalz darstellt (Stand: 31.12.2011) und insgesamt 192 Gemeinden umfasst, ist das Untersuchungsgebiet groß genug, um einer regionalen bevölkerungsgeographischen Analyse im Rahmen einer Dissertation gerecht zu werden. Die Betrachtung erfolgt dabei auf Landkreis-, Verbandsgemeinde- und Gemeindeebene.

Als Untersuchungseinheit wurde im Übrigen aus mehreren Gründen ein administrativ abgegrenztes Gebiet ausgewählt und nicht ein diese Grenzen überschreitender Natur- oder Wirtschaftsraum. Zum einen durchschneiden die Grenzlinien von natur- und wirtschaftsräumlichen Raumeinheiten oftmals die für die statistische Erfassung relevanten Gebietskörperschaften – womit zwangsläufig Ungenauigkeiten bei der Darstellung der Bevölkerungsentwicklung verbunden wären. Hinzu kommt in diesem Zusammenhang, dass die trennscharfe Abgrenzung von Natur- und Wirtschaftsräumen in der Geographie teilweise umstritten ist und stattdessen die Ausweisung von Übergangsräumen mitunter als sinnvoller erachtet wird. Zum anderen erlaubt die Untersuchung auf administrativer Ebene bis zu den kleinsten Verwaltungseinheiten – den Ortsgemeinden – die anschließende Konzeption eines regionalen Handlungskonzeptes, welches auf der entsprechenden kommunalpolitischen Ebene direkt umgesetzt werden kann. Dennoch wird bei der Darstellung der Bevölkerungsentwicklung gegebenenfalls auf die natur- und wirtschaftsräumliche Gliederung des Westerwaldkreises zurückgegriffen, da es sich um einen sowohl unter physisch-geographischen als auch unter wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten relativ heterogenen Landkreis handelt und bei der Auswertung der Bevölkerungsdaten nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich in deren Rahmen räumliche Muster ergeben, die in einem Zusammenhang mit den entsprechenden Natur- und Wirtschaftsräumen stehen könnten.

Eng verbunden mit der Auswahl des Untersuchungsgebietes ist diejenige des Untersuchungszeitraumes: Der Westerwaldkreis entstand am 16.03.1974 aus der Zusammenlegung von Ober- und Unterwesterwaldkreis. Mit dem Zeitraum von 1974 bis 2008 wird somit die

---

<sup>3</sup> Zur Verfestigung dieses Landschaftsklischees haben in erster Linie verkehrs- und sozialgeographische Gründe geführt (vgl. SPERLING 1967, S. 239).

gesamte Bevölkerungsgeschichte des Westerwaldkreises bis zur jüngsten Vergangenheit abgedeckt. Durch die Länge von dreieinhalb Jahrzehnten ist zudem gewährleistet, dass sowohl kurz- als auch langfristige Trends der Bevölkerungsentwicklung identifiziert werden können. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, innerhalb dieses Zeitraums einzelne Phasen der Bevölkerungsentwicklung zu identifizieren, die sich anhand wichtiger Kennziffern (z.B. jährliche Veränderungsrate des Bevölkerungsstandes) klar voneinander unterscheiden lassen und diese anschließend detailliert darzustellen. Eine umfassende Analyse eines solch langen Zeitraums der Vergangenheit ist darüber hinaus für die Beurteilung der heutigen demographischen Verhältnisse, die Einsicht in die Zusammenhänge und die zukünftige Steuerung unumgänglich (vgl. GRAAFEN 1975, S. 7).

### **Forschungsstand**

Der wissenschaftliche Bedarf an der vorliegenden Untersuchung wird auch an dem bisherigen Forschungsstand deutlich. In den letzten Jahren wurden zwar einige regionale bevölkerungsgeographische Studien in Deutschland publiziert, die sich jedoch allesamt weder mit dem geographischen Westerwald noch mit dem Westerwaldkreis beschäftigen. Die Werke, welche sich zumindest ansatzweise mit dem thematisierten Untersuchungsgebiet auseinandersetzen, sind hingegen schon älteren Datums. Dazu zählt insbesondere die Schrift von RICHARD GRAAFEN (1975). Sie befasst sich mit der Verteilung und Entwicklung der rheinland-pfälzischen Westerwaldbevölkerung nach Naturräumen und Gemeinden im Zeitraum von 1815 bis 1970. Des Weiteren ist die Dissertation von FRIEDHELM ISENBERG (1984) zu nennen, die sich mit der regionalen Differenzierung der demographischen Struktur im nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz – und demzufolge auch mit der des Westerwaldkreises – beschäftigt. Deren Analyse erfolgt vorrangig auf der Ebene der bevölkerungsgeographischen Merkmale *Bevölkerungsgröße* und ihre Entwicklung sowie *Alters-, Haushaltsstruktur* und *Sexualproportion*. MICHAEL HEUSCH (2002) hat in einem Aufsatz im Rahmen der Schriftenreihe des Arbeitskreises Landes- und Volkskunde die Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises von 1980 bis 2002 thematisiert. Er beinhaltet jedoch weder eine detaillierte Analyse der Bevölkerungsdaten bis auf Gemeindeebene noch ein konkretes Handlungskonzept, wie sie in dieser Arbeit erstellt werden.

Handlungskonzepte für das Untersuchungsgebiet zur Gestaltung des Demographischen Wandels liegen ebenfalls nur in beschränkter Anzahl vor. Auf Kreisebene ist lediglich das Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept „Westerwald“ zu nennen (vgl. LOKALE AKTIONSGRUPPE „WESTERWALD“ 2008), welches sich allerdings nicht schwerpunktmäßig mit den Folgen der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt und auch keine konkreten Maßnahmen für

bestimmte Ortsgemeinden oder Städte aufzeigt. Auf der Ebene der Verbandsgemeinden existiert im Rahmen der Dorferneuerung mit der Initiative *Leben im Dorf, Leben mittendrin* der VG Wallmerod lediglich ein methodisch und regional ausgerichtetes Konzept, welches die gezielte Belegung von Ortskernen mittels finanzieller Anreize zum Bau oder Erwerb von Gebäuden innerhalb der Ortskerne anstrebt, um den negativen Folgen des Demographischen Wandels entgegenzuwirken (vgl. PAULUS 2010). Des Weiteren existieren zwar für einige Gemeinden Dorfentwicklungs- bzw. Dorferneuerungskonzepte; abhängig vom Erstellungsjahr fehlen allerdings Aussagen zur demographischen Entwicklung und zu Maßnahmen, die den zu erwartenden Folgen entgegenwirken können (vgl. LOKALE AKTIONSGRUPPE „WESTERWALD“ 2008, S. 99). Eine Ausnahme stellt das Modell der Ortsgemeinde Hillscheid in der VG Hörh-Grenzhausen dar, dessen Kernelemente (Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten, eines Angebots für gemeinschaftliches Wohnen und einer Anlaufstelle für alle soziale Fragen in der Ortsmitte) den negativen Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung begegnen sollen (vgl. UMWELT-PLAN REDLIN 2010, S. 3). Dem Stand der Forschung entsprechend, wird sich das in dieser Arbeit aufzustellende Handlungskonzept zwar mit den Maßnahmen der bereits vorhandenen Konzepte auseinandersetzen, darüber hinaus jedoch weitere relevante Handlungsfelder berücksichtigen und sich auf ein Gebiet beziehen, für das bisher noch kein vergleichbares Konzept vorliegt.

### **Aufbau der Arbeit**

Der Verortung des Themas bzw. der Zielsetzung der Dissertation entsprechend, ist die Arbeit wie folgt aufgebaut: Zunächst wird im ersten Kapitel zu klären sein, welche Forschungsschwerpunkte derzeit in der Bevölkerungsgeographie vorherrschen. Darüber hinaus entsteht aufgrund der Tatsache, dass Begriffe wie Bevölkerungsentwicklung und Demographischer Wandel im allgemeinen Sprachgebrauch zunehmend synonym gebraucht werden, die Notwendigkeit, die Frage nach dem Unterschied und den Gemeinsamkeiten der beiden beteiligten Disziplinen Bevölkerungsgeographie und Demographie zu beantworten.

Die sich daran anschließende Beschreibung des Untersuchungsgebietes mit Bezugnahme auf die natur- und wirtschaftsräumliche Gliederung besitzt nicht ausschließlich die Intention, einer im Rahmen einer geographischen Doktorarbeit obligatorischen Pflicht nachzukommen. Sie schafft zusätzlich die Grundlage für die erkenntnisleitende Fragestellung, ob bei der ab dem dritten Kapitel folgenden Analyse der Bevölkerungsdaten räumliche Muster zu identifizieren sind, die in einem Zusammenhang mit den natur- und wirtschaftsräumlichen Voraussetzungen stehen.

Im dritten Kapitel beginnt die Analyse der Bevölkerungsdaten in der Art und Weise, dass zunächst der Untersuchungszeitraum in Phasen unterteilt wird und diese gemäß der jährlichen Veränderungsdaten der Bevölkerung charakterisiert werden. Dann werden für jede Phase die wichtigsten Ergebnisse sowohl auf Kreis- als auch auf Verbandsgemeinde- und Gemeindeebene präsentiert. Zudem wird abschließend ein Gesamtüberblick über die Bevölkerungsentwicklung von 1974 bis 2008 geliefert, um die zentralen Erkenntnisse in prägnanter Form darzustellen.

Auf ausgewählte Aspekte der Bevölkerungsstruktur, die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungen wird in den Kapiteln 4 und 5 detailliert eingegangen. Im Rahmen der Auswertung der Bevölkerungsdaten kommt insbesondere den Wanderungen aufgrund der Tatsache, dass der Zuwachs der Einwohnerzahl des Westerwaldkreises im Untersuchungszeitraum ausschließlich auf Wanderungsgewinnen basiert<sup>4</sup>, eine zentrale Rolle zu. Dementsprechend werden sie in einem eigenen Kapitel behandelt.

Da zu erwarten ist, dass von den 192 Gemeinden einige eine besonders positive bzw. negative Bevölkerungsentwicklung aufweisen, die vom generellen Trend abweicht, ist diesbezüglich die Erforschung der Ursachen dieser Sonderentwicklungen ein spannender und unumgänglicher Forschungsgegenstand. Diese wird – mit einer fundierten Begründung der Auswahl der Gemeinden – in Kapitel 6 vorgenommen.

Eine quantitative Untersuchung, die mithilfe einer Befragung eines Teils der Bevölkerung die Ergebnisse der Ursachenforschung untermauert bzw. erweitert und gleichzeitig wichtige Anhaltspunkte für das Handlungskonzept liefert, wird im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt. Diese Studie wird in Kapitel 7 vorgestellt. Das Handlungskonzept zur Gestaltung des Demographischen Wandels für ausgewählte Gemeinden wird als Abschluss dieser Arbeit in Kapitel 8 präsentiert.

---

<sup>4</sup> Ohne diese Wanderungsgewinne wäre die Bevölkerung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008 sogar geschrumpft, da über den Betrachtungszeitraum ein Geburtendefizit von -4.548 Personen vorliegt.

## 1 DIE BEVÖLKERUNGSGEOGRAPHIE ZU BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS

Wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit dem Gegenstand *Bevölkerung* beschäftigen, sind grundsätzlich interdisziplinär angelegt. Der Titel der vorliegenden Arbeit lässt bereits zwei beteiligte Fachrichtungen erkennen: die Bevölkerungsgeographie und die Demographie. Letztgenannter Begriff wird in der Literatur jedoch nicht einheitlich verwendet. Aus diesem Anlass erfolgt in diesem einleitenden Kapitel zunächst eine Definition der einzelnen relevanten Disziplinen in der Art und Weise, wie sie im Rahmen der vorliegenden Dissertation verstanden werden (Kap. 1.1) sowie eine Darstellung der Beziehung zwischen den beiden, die für das Thema am relevantesten sind (Kap. 1.2).

Aufgrund der Tatsache, dass die Doktorarbeit primär in der Bevölkerungsgeographie verankert ist, wird diese inhaltlich gewichtige und methodisch anspruchsvolle geographische Teildisziplin (vgl. LAUX 2005, S. 87) anschließend näher beleuchtet. Dabei stehen die aktuellen Forschungsschwerpunkte – sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene – im Mittelpunkt der Betrachtung, wobei zusätzlich noch ein Bezug zum vorliegenden Thema hergestellt wird (Kap. 1.3).

### 1.1 Bevölkerungswissenschaft und ihre Teilbereiche

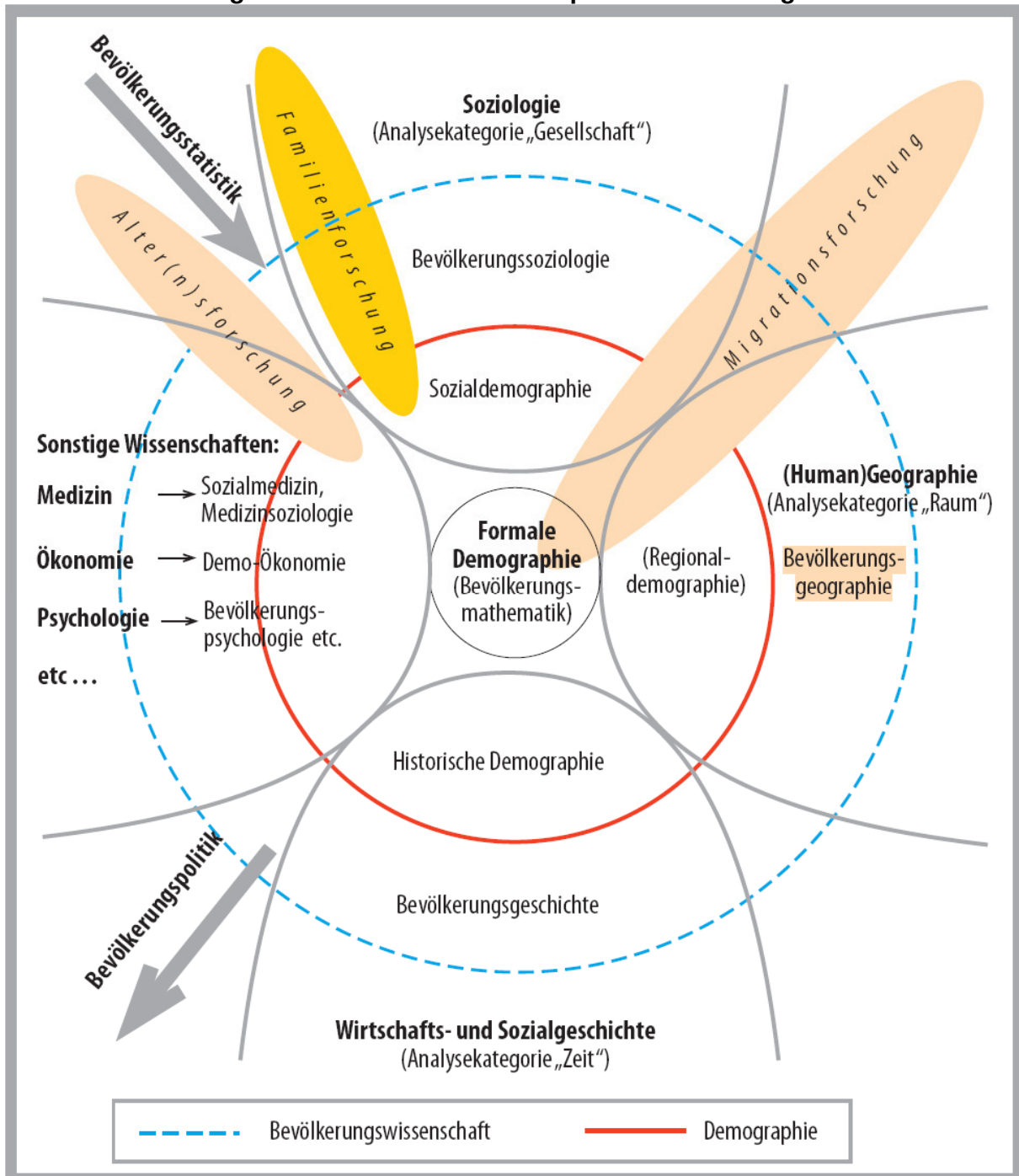
Die Auffassung, dass es sich bei den Termini *Bevölkerungswissenschaft* und *Demographie* generell um Synonyme handelt, ist vor allem im populärwissenschaftlichen Diskurs weit verbreitet. Sofern zwischen einer *Demographie im engeren Sinne* und einer *Demographie im weiteren Sinne* nicht weiter differenziert wird, ist es geläufig, das Unterscheidungsmerkmal darin zu sehen, dass *Bevölkerungswissenschaft* den deutschen Ausdruck für die internationale Bezeichnung *Demographie* darstellt (vgl. z.B. MACKENSEN 2008, S. 2). Allerdings liegt der Dissertation genau diese Differenzierung zugrunde. Dabei lässt sich die Demographie im weiteren Sinne als „Lehre vom Wesen, den Ursachen und den Wirkungen der Bevölkerungsvorgänge“ (JÜRGENS 1975, S. 7) definieren. Die Demographie im engeren Sinne ist hingegen die Lehre von den formalen Verfahren, insbesondere aus der Bevölkerungsmathematik, die der Ermittlung von Bevölkerungsvorgängen dient (vgl. ebd.). Letztere versteht sich demzufolge als ein Grundlagenfach für alle Wissenschaften vom Zusammenleben der Menschen, einschließlich der Bevölkerungsgeographie (vgl. MUELLER / NAUCK / DIEKMANN 2000, S. V).



# 1. BEVÖLKERUNGSGEOGRAPHIE

Unter Berücksichtigung dieser Definitionen wird Demographie im weiteren Sinne als eine umfassende, fachübergreifende Bevölkerungswissenschaft (=Bevölkerungsforschung) verstanden. Diese befasst sich, allgemein formuliert, „mit der Beobachtung, Beschreibung, Erklärung und Prognose von Umfang, Entwicklung, Zusammensetzung und räumlicher Verteilung der Bevölkerung der Erde oder eines Teils derselben“ (HUSA / WOHLISCHLÄGL 2007, S. 4). Zu ihr zählt neben der Demographie im engeren Sinne und der Bevölkerungsgeographie beispielsweise auch die Bevölkerungssoziologie (vgl. Abb. 1).

**Abb. 1: Bevölkerungswissenschaft als interdisziplinärer Forschungsbereich**



Quelle: HUSA / WOHLISCHLÄGL 2007, S. 6

## 1.2 Die Beziehung zwischen Demographie im weiteren Sinne und Bevölkerungsgeographie

Während die Demographie im engeren Sinne das unerlässliche „Handwerkszeug“ (MUELLER / NAUCK / DIEKMANN 2000, S. V) für die Bevölkerungsgeographie bereitstellt, existieren zwischen der Demographie im weiteren Sinne und der Bevölkerungsgeographie zahlreiche Berührungspunkte. Diese nahmen im historischen Verlauf der Bevölkerungsgeographie nach dem Zweiten Weltkrieg sukzessive zu. Der Höhepunkt dieser Entwicklung wurde in den späten 1970er-Jahren und frühen 1980er-Jahren erreicht, als die demographische Orientierung der Bevölkerungsgeographie in Anlehnung an die Forderung von WOODS (1979) „Population Geography should become more demographic“ darin gipfelte, dass für das Zusammenschmelzen der traditionellen Ansätze beider Disziplinen zu einer *Spatial Demography* plädiert wurde (vgl. KULS / KEMPER 2002, S. 18). Anhand des Begriffs der *Spatial Demography* und der umfassenden Definition von BÄHR, wird jedoch auch der zentrale Unterschied zwischen Demographie im weiteren Sinne und Bevölkerungsgeographie erkennbar:

„Die Bevölkerungsgeographie analysiert auf verschiedenen Maßstabsebenen die räumliche Differenzierung und raumzeitlichen Veränderungen der Bevölkerung nach ihrer Zahl, ihrer Zusammensetzung und ihrer Bewegung; sie versucht, die beobachteten Strukturen und Prozesse zu erklären und zu bewerten sowie ihre Auswirkungen und räumlichen Konsequenzen in Gegenwart und Zukunft zu erfassen.“ (BÄHR 1988, S. 8)

Aus diesem Zitat wird ersichtlich, dass es die räumliche Dimension ist, die als konstituierend für den Ansatz der Bevölkerungsgeographie betrachtet werden kann und die das wesentliche Kriterium zur Abgrenzung von den bevölkerungswissenschaftlichen Nachbardisziplinen bildet (vgl. LAUX 2005, S. 88). Durch ihre Berücksichtigung ist es möglich, zu einem vertieften Verständnis und zu einer weiterführenden Erklärung von Bevölkerungsvorgängen zu gelangen (vgl. BÄHR 2000, S. 871). Deshalb besteht auch der fachwissenschaftliche Anspruch, dass durch die zunehmende Berücksichtigung demographischer Strukturen im Rahmen des Konzeptes einer *Spatial Demography* der Aufgabenbereich der Bevölkerungsgeographie nicht zu stark eingeschränkt wird und die klassischen Forschungsfelder weiterhin mit einbezogen werden<sup>5</sup> (vgl. ebd., S. 872). Weiterhin wurde in jüngerer Vergangenheit von WHITE und

---

<sup>5</sup> Auf diesen Aspekt stützt sich auch die Kritik der britischen Geographen FINDLAY und GRAHAM an dem Konzept der *Spatial Demography*, die ihrer Meinung nach die Fragestellungen der Bevölkerungsgeographie zu sehr verkürze (vgl. FINDLAY / GRAHAM 1991).

JACKSON (1995) aufgrund der untergeordneten Rolle der Bevölkerungsgeographie in der Theoriediskussion der Geographie die Forderung nach „(Re)theorising Population Geography“ erhoben. Daraus resultiert ein Anspruch an stärkeren „Verbindungen zu den neueren theoretischen Konzepten in Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeographie“ (KULS / KEMPER 2002, S. 18), der – wie das folgende Kapitel 1.3 aufzeigen wird – gegenwärtig als noch nicht erfüllt beurteilt werden muss.

## **1.3 Aktuelle Forschungsschwerpunkte der Bevölkerungsgeographie und zukünftige Aufgabengebiete**

Während heute Einigkeit darüber herrscht, dass die Bevölkerungsgeographie als Teil einer umfassend verstandenen Bevölkerungswissenschaft zu sehen ist (vgl. ebd., S. 16), sind die Schwerpunkte der bevölkerungsgeographischen Forschung unterschiedlich gelagert. Dies resultiert aus dem Umstand, dass die Aufgaben, die dieser Disziplin zugewiesen werden, nicht einheitlich gesehen werden (vgl. ebd., S. 15). Trotzdem lässt die aktuelle bevölkerungsgeographische Fachliteratur eine Auflistung der derzeitigen Forschungsschwerpunkte zu – wenngleich eine Bibliographie oder umfangreiche Übersicht über die gegenwärtigen Entwicklungen und Hauptanliegen bevölkerungsgeographischer Untersuchungen, wie sie in der Vergangenheit beispielsweise von CLARKE (1984) zusammengetragen wurden, derzeit (noch) nicht vorliegt.

Für die Darstellung der aktuellen Forschungsschwerpunkte sind vorrangig die Entwicklungen der letzten Dekade – im vorliegenden Falle der Zeitraum von der Jahrtausendwende bis heute – relevant. Sie werden, gemeinsam mit den zukünftigen Aufgabefeldern, getrennt nach der internationalen und der nationalen Ebene aufgezeigt.

### **1.3.1 Die internationale Ebene**

In Bezug auf ihre thematischen Schwerpunkte hat die Bevölkerungsgeographie durch die zunehmende Bedeutung räumlicher Mobilitätsprozesse und Probleme der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Rahmen des *zweiten demographischen Übergangs*<sup>6</sup> in den vergangenen drei Jahrzehnten eine deutliche Ausweitung erlebt (vgl. LAUX 2005, S. 88).

---

<sup>6</sup> Für den wissenschaftlichen Begriff des *zweiten demographischen Übergangs* hat sich im allgemeinen Sprachgebrauch das Schlagwort des Demographischen Wandels etabliert.

Der zweite demographische Übergang umfasst drei wesentliche Komponenten, von denen der Alterungsprozess weltweit höchste Beachtung findet (vgl. DINKEL / LEBOK 1997, S. 169). Es ist dabei zunächst festzuhalten, dass in der Bevölkerungsgeographie trotzdem weiterhin den Wanderungen und anderen Formen räumlicher Mobilität ein größeres Interesse entgegengebracht wird als der räumlichen Analyse von Fertilität und Mortalität (vgl. BÄHR 2008, S. 1). Hierin liegt ein zentraler Unterschied zu den aktuellen Forschungsschwerpunkten nationaler und internationaler Untersuchungen aus dem Bereich der Demographie im weiteren Sinne, die sich in den letzten Jahren verstärkt dem Phänomen der niedrigen und niedrigsten Fertilitätsraten widmen (vgl. z.B. BILLARI / KOHLER 2004).

Auf internationaler Ebene wird in der Bevölkerungsgeographie hinsichtlich Außenwanderungen gegenwärtig ein Augenmerk auf die Migration hochqualifizierter Arbeitnehmer gelegt (vgl. HUGO 2007, S. 83). Ursache hierfür ist die Tatsache, dass sich in den OECD-Staaten und anderen hoch entwickelten Ländern auf politischer Ebene die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass für das Wirtschaftswachstum der Zuwachs an Humankapital ein wesentlicher Faktor ist und sich dieser auch über eine bewusst gesteuerte Zuwanderung erreichen lässt (vgl. ebd.), insbesondere von hochqualifizierten Arbeitnehmern aus Entwicklungsländern. In diesem Zusammenhang wurde in der jüngsten Vergangenheit von LOWELL U.A. (2004) der Begriff des *brain strain* eingeführt, um aufzuzeigen, dass die derzeitigen Wanderungsbewegungen von Hochqualifizierten sich sowohl positiv als auch negativ auf deren Herkunftsländer auswirken können (vgl. HUGO 2007, S. 84).

Eng verbunden mit sämtlichen aktuellen Wanderungsbewegungen auf globaler Ebene, die über die jeweiligen Ländergrenzen hinausgehen, ist der Vulnerabilitätsansatz, der unter anderem bedingt durch die Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean im Jahr 2004 zunehmend Eingang in die Bevölkerungsgeographie findet (vgl. ebd.). Einwanderer sehen sich im Allgemeinen in ihrem Zuwanderungsland häufiger als andere Bevölkerungsgruppen mit marginalen Lebensbedingungen konfrontiert, sodass deren Vulnerabilität Gegenstand bevölkerungswissenschaftlicher – und somit auch bevölkerungsgeographischer – Untersuchungen ist (vgl. z.B. HEIKKILÄ 2005).

Ein weiteres Forschungsinteresse der Bevölkerungsgeographie in Bezug auf internationale Wanderungen gilt darüber hinaus schon seit längerer Zeit den Einflussfaktoren, die den Übergang vom Status einer temporären Immigration hin zum dauerhaften Verbleib im Zuwanderungsland bestimmen (vgl. z.B. HAZEN / ALBERTS 2006).

HUGO (2007) formuliert ferner zukünftige globale Aufgabenfelder für Bevölkerungsgeographen. Diese beschränken sich nicht auf die Erforschung aktueller Bevölkerungsstrukturen und -prozesse, sondern schließen auch die Mitwirkung bei Datenerhebungen und konzeptionelle Überlegungen mit ein. Dazu zählt zum einen die Notwendigkeit, dass Bevölkerungsgeographen bei der Durchführung von Volkszählungen sowie anderen Erfassungsformen von Bevölkerungszahl und -zusammensetzung aktiv mitwirken (vgl. ebd., S. 77f.). Damit wäre sichergestellt, dass für Forschungszwecke adäquate und flexible räumliche Bezugseinheiten ausgewählt werden – insbesondere im Hinblick auf die von der UN empfohlenen, global alle zehn Jahre durchzuführenden Zensen (vgl. ebd.).

Zum anderen entsteht in einer zunehmend mobilen Welt die Dringlichkeit, es entsprechend zu berücksichtigen, dass der Wohnsitz als Kriterium für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerung nicht mehr ausreicht (vgl. ebd., S. 78). Dass sich insbesondere städtische Bevölkerungen tageszeitlich voneinander unterscheiden, wird bereits heute im wissenschaftlichen Diskurs mit den Begriffen der Tag- und Nachtbevölkerung zum Ausdruck gebracht (vgl. z.B. FASSMANN 2009, S. 34). Die zentrale Aufgabe für Bevölkerungsgeographen besteht auf diesem Gebiet darin, derartige Unterschiede zu identifizieren und zu analysieren (vgl. HUGO 2007, S. 78).

Die Erforschung von Wanderungsbewegungen wird unter dem Aspekt eines weiterhin ungebrochenen Wachstums an räumlicher Mobilität auch in Zukunft ein äußerst ertragreiches Feld für die Bevölkerungsgeographie darstellen. Eine bisher wenig beachtete Herausforderung besteht darin, die Auswirkungen von Außenwanderungen nicht nur in erster Linie für das Zuzugsland zu analysieren, sondern diese vielmehr für die Herkunftsländer herauszuarbeiten (vgl. ebd., S. 82).

## **1.3.2 Die nationale Ebene**

Das bereits erwähnte hohe Forschungsinteresse der Bevölkerungsgeographie an Fragen von Wandervorgängen und anderen Formen räumlicher Mobilität im Rahmen einer umfassenden geographischen Mobilitätsforschung dient als Ausgangspunkt, im Folgenden die aktuellen Schwerpunkte bevölkerungsgeographischer Untersuchungen in Deutschland unter Berücksichtigung des Demographischen Wandels darzustellen.

# 1. BEVÖLKERUNGSGEOGRAPHIE

---

Während sich Ende der 1980er-Jahre mit dem Mauerfall und tiefgreifenden politischen Umwälzungen in zahlreichen Ländern, insbesondere in Osteuropa, ein starker Zuwanderungsstrom in die alten Bundesländer bemerkbar machte, entwickelten sich Fragestellungen zu Außenwanderungsbewegungen zu einem bedeutenden Feld bevölkerungsgeographischer Forschung in Deutschland. Diese Situation hat sich unter dem Aspekt, dass sich der Außenwanderungssaldo seit Mitte der 1990er-Jahre erheblich abgeschwächt hat<sup>7</sup>, gewandelt. In der letzten Dekade ist den Binnenwanderungen wieder mehr Aufmerksamkeit zugekommen. Es stellt sich beispielsweise die Frage, „ob nach dem Abflauen wendebedingter Anomalitäten wieder frühere Wanderungsmuster und damit verbundene regionale Disparitäten Platz greifen oder ob sich neue Entwicklungen herausgebildet haben“ (KEMPER 2003, S. 10). Die Tatsache, dass in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends weiterhin mehr Menschen aus Ost- nach Westdeutschland abgewandert sind als umgekehrt und damit problematische Folgen verbunden sind – wie der Verlust von Humankapital für die neuen Länder (vgl. GANS / KEMPER 2003, S. 16) – führt dazu, dass Binnenwanderungen dieser Art zu einem wichtigen Forschungsfeld der deutschen Bevölkerungsgeographie werden<sup>8</sup>. Dies liegt vor allem darin begründet, dass negative Effekte wie der *brain drain* von hoher (raumordnungs-)politischer Relevanz sind, da sie regionale Disparitäten verschärfen und das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefährden.

Des Weiteren wird zurzeit in der deutschsprachigen Bevölkerungsgeographie und in den angrenzenden Nachbardisziplinen der umfassenden Bevölkerungsforschung der Aspekt der Stadt-Umland-Wanderungen sowohl häufig als auch kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite existieren Studien, welche zu dem Ergebnis gelangen, dass die Rückkehr in die Stadt ein genereller Trend sei und somit unlängst eine Reurbanisierungsphase in Deutschland begonnen habe (vgl. z.B. BRÜHL U.A. 2005). Auf der anderen Seite stehen Bevölkerungsgeographen, die zu dem Schluss kommen, dass die These einer relativen oder absoluten Bevölkerungszunahme der Kernstadt sich in allgemeiner Form für die Bundesrepublik nicht

---

<sup>7</sup> 1995 betrug der Außenwanderungssaldo der Bundesrepublik noch 397.935 Personen. In der Folgezeit ist dieser bis zum Jahr 2007 – allerdings nicht gleichmäßig, sondern mit Schwankungen – auf 43.912 zurückgegangen. Ursache hierfür ist die rückläufige Anzahl an Zugezogenen aus dem Ausland (1.096.048 im Jahr 1995 gegenüber 680.766 im Jahr 2007), da sich an dem Umfang der Fortzüge im besagten Zeitraum kaum etwas änderte (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND 2010a).

<sup>8</sup> Der Wanderungssaldo der neuen Länder gegenüber den alten Ländern war zwischen den Jahren 2000 und 2008 durchweg negativ und bewegte sich zwischen einem Minus von 49.000 (2005) und 97.600 Personen (2001) (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND 2010b).

bestätigen lasse (vgl. z.B. BÄHR 2003, S. 7) oder zumindest anzweifeln, ob es sich – speziell in Ostdeutschland – um ein nachhaltiges Phänomen handelt (vgl. KÖPPEN 2007b, S. 41).

Über die Wanderungskomponente hinaus hat sich die deutsche Bevölkerungsgeographie schon seit längerem mit einem weiteren Aspekt des Demographischen Wandels – der demographischen Alterung – in seiner regionalen Differenzierung beschäftigt (vgl. z.B. DINKEL / LEBOK 1997). Dieser Umstand kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass kleinräumige Analysen, welche alle drei Komponenten der zweiten demographischen Transformation sowie die regionalen Besonderheiten mit berücksichtigen, bisher in keinem großen Umfang vorliegen, obwohl sie als notwendig erachtet werden (vgl. KÖPPEN 2007a, S. 290f.).

## 2 DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

Als der Landschaftsname Westerwald im Jahre 1048 erstmals urkundlich erwähnt wurde, umfasste er lediglich die drei Kirchspiele Emmerichenhain, Marienberg und Neukirch, welche zu der heutigen naturräumlichen Einheit des Hohen Westerwaldes gehören. Vom damaligen Verwaltungssitz in Herborn aus gesehen war es „der Wald im Westen“ (LANDKREISE OBER- UND UNTERWESTERWALD 1971, S. 18). Erst im Laufe der Zeit setzte sich der Begriff auch für die an den Hohen Westerwald angrenzenden, etwas tiefer gelegenen Hochflächen durch und dehnte sich schließlich auf den gesamten Teil des Rheinischen Schiefergebirges zwischen Rhein, Lahn, Dill und Sieg aus<sup>9</sup>. Diese landläufige Abgrenzung fand auch häufig Verwendung in der Schulgeographie, sodass sie bis heute im Bewusstsein von weiten Teilen der Bevölkerung fest verankert ist.

Im Gegensatz zu diesem geographisch abgesteckten Gebiet handelt es sich bei dem Westerwaldkreis um eine administrative Einheit im Nordosten von Rheinland-Pfalz, die lediglich den Kernraum des Westerwaldes einnimmt: Mit einer Gesamtfläche von 988,77 km<sup>2</sup> umfasst

---

<sup>9</sup> Über den zeitlichen Verlauf der Ausdehnung des Namens *Westerwald* über die drei ursprünglichen Kirchspiele hinaus existieren unterschiedliche Auffassungen: Während SPERLING (1973) davon ausgeht, dass im Jahr 1849 der Begriff immer noch auf die drei Kirchspiele beschränkt war, wurde nach SAYN-WITTGENSTEIN (1996) bereits im 17. Jahrhundert der gesamte Bereich zwischen Rhein, Lahn, Dill und Sieg Westerwald genannt. FISCHER (1972a) ist der Ansicht, dass dieses Gebiet bereits ein Jahrhundert früher als Westerwald bezeichnet wurde.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

sie rund ein Drittel des Schiefergebirges zwischen Rhein, Lahn, Dill und Sieg. Der Rest wird von insgesamt sieben weiteren Landkreisen abgedeckt.

Dieser Unterschied zwischen geographischem Westerwald einerseits und Westerwaldkreis andererseits ist in den folgenden Ausführungen zu berücksichtigen. Da es sich bei dem Untersuchungsgebiet der vorliegenden Arbeit um den Westerwaldkreis handelt, werden die Betrachtungen auf der Kreisebene vorgenommen, wenngleich bei der Präsentation der natur- und wirtschaftsräumlichen Grundlagen an einigen Stellen auch auf den Gesamtraum des geographischen Westerwaldes einzugehen sein wird.

Zunächst wird der Westerwaldkreis als Verwaltungseinheit vorgestellt: Nach einem historischen Abriss zu seiner Entstehung – deren Notwendigkeit sich aus der Tatsache ableitet, dass es sich um einen vergleichsweise neuen Landkreis handelt, der in seiner heutigen Form erst seit 1974 besteht – wird auf seine Gliederung in die zehn Verbands- und 192 Ortsgemeinden näher eingegangen. Anschließend werden die für ein tieferes Verständnis der demographischen Struktur erforderlichen physisch-geographischen und wirtschaftsgeographischen Faktoren aufgezeigt. Durch die vorab dargelegte administrative Gliederung des Westerwaldkreises nach Verbands- und Ortsgemeinden ist es in diesem Zusammenhang möglich und sinnvoll, bei der Portraitierung der einzelnen natur- bzw. wirtschaftsräumlichen Einheiten darauf einzugehen, welche Verbandsgemeinden dort vorwiegend repräsentiert sind. Darüber hinaus liegt der Fokus auf den Einheiten, die ausschließlich das Gebiet des Westerwaldkreises umfassen.

### 2.1 Der Westerwaldkreis als Verwaltungseinheit

Der Westerwaldkreis liegt im nordöstlichen Teil des Bundeslandes Rheinland-Pfalz im Dreiländereck mit Hessen und Nordrhein-Westfalen. Er grenzt im Norden an die Landkreise Altenkirchen (Rheinland-Pfalz) und Siegen-Wittgenstein (Nordrhein-Westfalen). Im Osten grenzt er an die beiden hessischen Kreise Lahn-Dill und Limburg-Weilburg – dementsprechend deckt sich seine Ostgrenze mit der rheinland-pfälzischen Landesgrenze. In südlicher Richtung folgen der Rhein-Lahn-Kreis sowie die kreisfreie Stadt Koblenz. Im Westen grenzt der Westerwaldkreis an die Landkreise Mayen-Koblenz und Neuwied.

Mit einer Ausdehnung von 988,77 km<sup>2</sup>, die 5,0% der Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz entspricht, stellt der Westerwaldkreis derzeit den flächenmäßig viertgrößten Landkreis in Rhein-



## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

land-Pfalz nach dem Eifelkreis Bitburg-Prüm, Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg dar. In Nord-Süd-Richtung erreicht der Westerwaldkreis einen maximalen Durchmesser von etwa 52 km, in Ost-West-Richtung knapp 34 km. Die Kreisfläche ist zu 42,6% bewaldet. 38,4% bleiben landwirtschaftlich genutztem Areal vorbehalten. An dritter Stelle steht die Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 16,3 %. 1,4% des Westerwaldkreises besteht aus Wasserfläche, die restlichen 1,3% werden als sonstige Flächen genutzt (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012).

Der Sitz der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises liegt in Montabaur auf 50°26' nördlicher Breite und 7°50' östlicher Länge. Die Kreisstadt ist etwa 14 bis 16 km Luftlinie vom Rhein und von der Lahn entfernt (vgl. ROTH 1978, S. 7).

### **2.1.1 Historischer Abriss über die Entstehung des Westerwaldkreises**

Als Ausgangspunkt für das Verständnis der Entwicklung der damaligen Verwaltungseinheiten zum heutigen Westerwaldkreis dient die Schaffung des Herzogtums Nassau mit der Unterzeichnung der Rheinbundakte am 17.07.1806<sup>10</sup>. Denn das gesamte Kreisareal gehörte einst – nach dem Tausch einiger Gebiete mit Preußen im Vertrag vom 31.05.1815, in dessen Rahmen Nassau die Herrschaft Westerburg erhielt – zu diesem Herzogtum. Dort entstand mit seinen Amtsbezirken eine erste zusammenwachsende Einheit, die auf dem Gebiet des heutigen Westerwaldkreises von den sechs Ämtern Hachenburg, Marienberg, Montabaur, Rennerod, Selters und Wallmerod in der nassauischen Zeit verwaltet wurde. Als zum 01.06.1849 in Form von Kreisämtern für die Verwaltung größere Bezirke eingerichtet wurden, lag im jetzigen Kreisgebiet lediglich das Kreisamt Hachenburg für den Verwaltungsbezirk der Ämter Hachenburg, Marienberg und Selters. Die restlichen drei Ämter waren auswärtigen Kreisämtern zugeteilt: Montabaur dem Kreisamt Nassau, Rennerod dem Kreisamt Herborn und Wallmerod dem Kreisamt Hadamar (vgl. GENSICKE 1978, S. 114). Allerdings wurden diese Kreisämter bereits am 24.07.1854 wieder aufgehoben.

Mit dem Deutschen Krieg von 1866 und der anschließenden Annektierung des Herzogtums Nassau durch Preußen endete nach nur wenigen Jahrzehnten eine Ära, in der das gesamte heutige Kreisgebiet erstmals dem gleichen Staat angehörte. Das vormalige Herzogtum wurde nach einer Verordnung vom 22.02.1867 dem neu gebildeten Regierungsbezirk Wiesbaden zugeordnet (vgl. BECKER 1956, S. 141). Dieser wurde im Anschluss – nach preußischem

---

<sup>10</sup> Am 23.11.1813 löste sich das Herzogtum Nassau wieder aus dem Rheinbund.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Vorbild – in zwölf Landkreise unterteilt; die Ämter blieben jedoch als untergeordnete Verwaltungsbezirke bestehen. Auf dem Territorium des heutigen Westerwaldkreises lagen zwei dieser Landkreise: zum einen der Oberwesterwaldkreis mit Verwaltungssitz in Marienberg für die Ämter Hachenburg, Marienberg und Rennerod. Zum anderen der Unterwesterwaldkreis mit Sitz in Montabaur für die Ämter Montabaur, Selters und Wallmerod. Durch Gesetz vom 07.06.1885 wurde eine neue Kreisordnung eingeführt, die eine Aufteilung der zwölf bisher bestehenden Kreise in 18 bestimmte. Im Zuge dieser Änderung wurde der Kreis Westerbürg neu geschaffen. Er setzte sich aus den Ämtern Rennerod (unter Ausschluss der dem Oberlahnkreis zugeteilten Gemeinde Rückershausen) und Wallmerod zusammen – dementsprechend verkleinerte sich das Gebiet von Ober- und Unterwesterwaldkreis. Der Oberwesterwaldkreis bekam im Zuge der neuen Kreisordnung noch einige Gemeinden aus dem Amt Selters (Dreifelden, Linden, Schmidthahn und Steinebach) zugeteilt, die vorher zum Unterwesterwaldkreis zählten.

Die Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 01.08.1932 (mit Wirkung vom 01.10.1932) brachte eine weitere Veränderung der bisherigen Aufteilung mit sich (vgl. GEN-SICKE 1958, S. 491). Der 47 Jahre zuvor eingerichtete Kreis Westerbürg wurde wieder aufgelöst. Dabei wurde sein Südteil mit den Gemeinden Girod, Goldhausen, Görgeshausen, Großholbach, Heilberscheid, Hundsangen, Kleinholbach, Nentershausen, Niedererbach, Nornborn, Obererbach, Oberhausen, Pütschbach, Ruppach, Steinefrenz und Weroth dem Unterwesterwaldkreis zugewiesen. Der Rest des Kreises Westerbürg wurde gleichzeitig mit dem alten Kreis Oberwesterwald vereinigt. Zum Verwaltungssitz dieses neuen Oberwesterwaldkreises wurde Westerbürg bestimmt (vgl. ebd.). Der Zweite Weltkrieg und die Besetzung des jetzigen Kreisgebietes ab März 1945 – zuerst durch amerikanisches und ab Ende Juni durch französisches Militär – hatten hingegen keinen Einfluss auf die Grenzen der damaligen Kreise (vgl. MEHR 1978, S. 169).

Diese beiden Landkreise unterschieden sich hinsichtlich Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößeklassen zum Teil erheblich: Während im Oberwesterwaldkreis am 01.01.1974 in 115 Gemeinden rund 80.000 Einwohner lebten, waren es im Unterwesterwaldkreis etwa 90.000 Menschen in nur 78 Gemeinden (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 1974, S. 76). Des Weiteren fällt bei näherer Betrachtung auf, dass im Oberwesterwaldkreis die Gemeinden in den Größenklassen unter 200 sowie 200 bis 500 Einwohner im Vergleich zum Unterwesterwaldkreis im Jahr 1974 deutlich überrepräsentiert waren; im Unterwesterwaldkreis hingegen gab es mehr Gemeinden in den Größenklassen ab 1.000 Einwohnern (vgl. Tab. 1). Diese Sachverhalte spiegeln sich insbesondere darin

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

wider, dass sich 21,3% der Oberwesterwälder Bevölkerung in den Gemeinden mit 200 bis 500 Einwohnern konzentrierte, während lediglich 10% der Einwohner des Unterwesterwaldkreises in dieser Größenklasse lebte (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 1974, S. 76).

**Tab. 1: Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen im Ober- und Unterwesterwaldkreis am 01.01.1974**

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand: 22.04.1972)	Gemeinden						
	Ins- gesamt	mit ...Einwohnern					
		unter 200	200 bis 500	500 bis 1.000	1.000 bis 2.000	2.000 bis 5.000	5.000 und mehr
	Anzahl						
Oberwesterwaldkreis	115	14	48	38	10	3	2
Unterwesterwaldkreis	78	5	25	26	12	6	4
insgesamt	193	19	73	64	22	9	6

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 1974, S. 76**

Das 15. Verwaltungsvereinfachungsgesetz vom 16.03.1974, welches die Fusion der Kreise Ober- und Unterwesterwald zum Westerwaldkreis bestimmte, brachte eine erneute Veränderung mit sich, die zudem bis dato einen Schlusspunkt unter die lange Umgestaltung der Kreisgrenzen setzte. Begründet wurde die Zusammenlegung der beiden ehemaligen Landkreise zum Westerwaldkreis von kommunalpolitischer Seite, dass die vorherige Kreisgröße für eine regionale Steuerungsfunktion nicht mehr ausreichend war (vgl. GENSICKE 1958, S. 171).

Dieser neue Westerwaldkreis umfasste zunächst insgesamt 191 Städte und Gemeinden – darunter alle 115 des Kreises Oberwesterwald, jedoch nur 76 der 78 Kommunen, die zum Kreis Unterwesterwald zählten, da die Ortsgemeinden Arzbach und Stromberg im Rahmen dieser Verwaltungsreform dem Rhein-Lahn-Kreis bzw. dem Kreis Mayen-Koblenz zugewiesen wurden. Sitz der Kreisverwaltung ist seitdem Montabaur. Der heutige Westerwaldkreis besteht inzwischen aus 192 Städten und Gemeinden, weil am 01.01.1994 die Gemeinde Elbingen-Mähren aufgelöst und anschließend zwei getrennte Ortsgemeinden – Elbingen und Mähren – geschaffen wurden.

### 2.1.2 Administrative Gliederung des Westerwaldkreises nach Verbandsgemeinden

Der Westerwaldkreis ist in zehn Verbandsgemeinden untergliedert, welche die Verwaltung der 183 Gemeinden und neun Städte wahrnehmen. Bei letzteren handelt es sich jeweils um den Sitz der gleichnamigen Verbandsgemeinde<sup>11</sup>. Diese Gemeindestufe wurde in Rheinland-Pfalz geschaffen mit dem Ziel, die Verwaltung zu rationalisieren. Die zehn Verbandsgemeinden des Westerwaldkreises (vgl. Tab. 2) wurden in den Jahren 1971 und 1972 gebildet (vgl. STUKEMEIER 1992, S. 90).

Die VG Hachenburg ist mit 173,72 km<sup>2</sup> die flächenmäßig größte Verbandsgemeinde des Westerwaldkreises und weist außerdem mit 33 Gemeinden die höchste Anzahl an Gemeinden innerhalb einer Verbandsgemeinde auf. Im Kontrast dazu stellt die VG Höhr-Grenzhausen mit einer Fläche von 35,87 km<sup>2</sup> und lediglich vier Gemeinden die kleinste Verbandsgemeinde dar (vgl. Karte 1, Anhang A).

**Tab. 2: Die administrative Gliederung des Westerwaldkreises nach Verbandsgemeinden im Jahr 2008**

Verbandsgemeinde	Anzahl der Gemeinden	Fläche (in km <sup>2</sup> )	Flächenanteil am Westerwaldkreis
Bad Marienberg	18	83,13	8,41%
Hachenburg	33	173,72	17,57%
Höhr-Grenzhausen	4	35,87	3,63%
Montabaur	25	151,13	15,28%
Ransbach-Baumbach	11	49,67	5,02%
Rennerod	23	133,05	13,46%
Selters	21	111,19	11,25%
Wallmerod	21	82,93	8,39%
Westerburg	24	111,50	11,28%
Wirges	12	56,47	5,71%

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012**

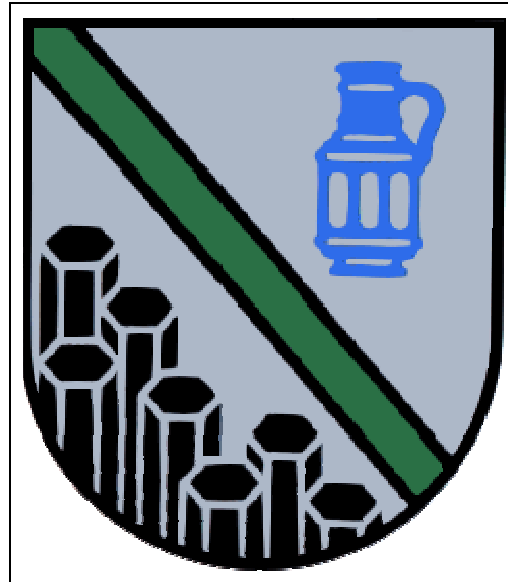
<sup>11</sup> Hinzu kommt Wallmerod, das als Ortsgemeinde den Sitz einer Verbandsgemeinde wahrnimmt.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Einen ersten Anhaltspunkt für die jeweilige wirtschaftliche Bedeutung der Verbandsgemeinden innerhalb des Westerwaldkreises liefert das Kreiswappen, welches am 02.02.1976 offiziell genehmigt wurde (vgl. Abb. 2).

**Abb. 2: Das Wappen des Westerwaldkreises**



**Quelle: HARTEMINK 2012**

Abbildung 2 gibt zu erkennen, dass das Wappen aus drei wesentlichen Elementen auf silbernem Hintergrund aufgebaut ist. Im unteren Teil sind sieben sechseckige schwarze Basaltsäulen von unterschiedlicher Höhe platziert. Sie stehen stellvertretend für die sieben Verbandsgemeinden, in denen Basalt und Quarzit vorkommt (Bad Marienberg, Hachenburg, Montabaur, Rennerod, Selters, Wallmerod und Westerburg). Der grüne Schrägbalken in der Mitte symbolisiert den Westerwaldkreis als Erholungsgebiet mit Wiesen und Wäldern. Die zylindrische, altdeutsche blaue Kanne mit drei ovalen Medaillons steht für die drei Verbandsgemeinden des Kannenbäckerlandes (Höhr-Grenzhausen, Ransbach-Baumbach und Wirges), in denen das Töpferhandwerk und die keramische Industrie beheimatet sind.

In Bezug auf die Flächennutzung existieren auffällige Unterschiede innerhalb der zehn Verbandsgemeinden: Während in der VG Höhr-Grenzhausen nur 16,0% der Gesamtfläche landwirtschaftlich genutzt werden, bestehen 62,7% aus Wald. Diese beiden Extremwerte stehen im Gegensatz zur VG Wallmerod mit 53,5% Landwirtschafts- und nur 26,3% Waldfläche. Die Spannweite des Anteils an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche reicht von 13,0% in der VG Hachenburg bis zu 23,6% in der VG Wirges (vgl. STATISTISCHES

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012) – mit den entsprechenden Konsequenzen im Hinblick auf die Bevölkerungsdichte (vgl. Karten 4 und 5, Anhang A).

Aber auch innerhalb der sieben Verbandsgemeinden mit Basalt- und Quarzitvorkommen und der drei Verbandsgemeinden des Kannenbäckerlandes gibt es zum Teil erhebliche Gegensätze in der Flächennutzung. Das auffälligste Beispiel dazu liefern die VG Höhr-Grenzhausen und die VG Wirges aus dem Kannenbäckerland hinsichtlich Landwirtschafts- und Waldfläche: Den oben aufgeführten 16,0% bzw. 62,7% in der VG Höhr-Grenzhausen stehen 29,1% bzw. 39,4% in der VG Wirges gegenüber (vgl. ebd.). Diese Zahlen unterstreichen die Tatsache, dass das Wappen des Westerwaldkreises bestenfalls einen ersten Anhaltspunkt zur Charakterisierung des Natur- und Wirtschaftsraumes liefert sowie die Notwendigkeit, diese im Folgenden näher zu beschreiben.

### 2.2 Der Westerwaldkreis als Naturraum

Der geographische Westerwald wird landläufig durch Rhein, Lahn, Dill und Sieg abgegrenzt. Unter wissenschaftlichen Aspekten erscheint die Verwendung der vier Flüsse als Demarkationslinien allerdings relativ willkürlich und unpräzise, zumal viele bekannte Randgebiete (z.B. Neuwieder Becken, Siegerland) in die Landschaft des Westerwaldes übergreifen. Dieser Umstand in Verbindung mit der Tatsache, dass sich der Westerwald als Ganzes unter Berücksichtigung verschiedener naturräumlicher Gesichtspunkte in Teilräume gliedern lässt, führten dazu, dass sich insbesondere Geographen in landeskundlichen Arbeiten seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts mit seiner Abgrenzung bzw. Gliederung verstärkt beschäftigten. Einer der ersten Ansätze stammt von dem Geographen RUDOLF STICKEL (1930), der in Abhängigkeit von Höhenlage und geologisch-tektonischer Eigenart die drei Landschaftsgürtel *Ober-Westerwald*, *Unter-Westerwald* und *Vorder-Westerwald* unterscheidet.

1957 entstand im Rahmen der geographischen Landesaufnahme der Bundesanstalt für Landeskunde in Remagen eine differenziertere naturräumliche Gliederung des Westerwaldes. Sie wurde zwar aufgrund neuerer Forschungen in den Folgejahren teilweise modifiziert und ihre Grenzen werden bis heute immer wieder in Frage gestellt. Jedoch besitzt sie zumindest in ihren Grundzügen noch Gültigkeit. Darüber hinaus ist für das vorliegende bevölkerungsgeographische Thema eine Portraitierung der naturräumlichen Einheiten gemäß der geographischen Landesaufnahme angemessen, da sie in erster Linie die Funktion besitzt, als einleitenden Überblick ein besseres Verständnis über den Westerwald als Wirtschafts- und Lebensraum zu vermitteln.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Die Hauptgliederung des rechtsrheinischen Schiefergebirges erfolgte im Rahmen der geographischen Landesaufnahme nach orohydrographischen Aspekten. Demzufolge trennen Lahn und Sieg drei aufeinander folgende Großräume: den Taunus-, Westerwald- und Sauerland-Block. Aufgrund der Tatsache, dass tertiäre Ablagerungen und Basaltergüsse überwiegend auf den Raum zwischen Lahn, Dill und Sieg beschränkt sind, wurde sich trotz einiger Unstimmigkeiten darauf geeinigt, diesen als *Westerwald* (= Gruppe der naturräumlichen Einheiten 32) zu bezeichnen (vgl. HARTNACK 1957, S. 449f.). Ursprünglich wurde er mit einer Gesamtfläche von 3.536 km<sup>2</sup> in sieben Haupteinheiten untergliedert (vgl. Tab. 3).

Mit der 1960 publizierte zweiten Ausgabe der Übersichtskarte im Maßstab 1:1.000.000 der naturräumlichen Gliederung wurden die drei Teilräume *Montabaurer Westerwald* (Nr. 324), *Rhein-Westerwald* (Nr. 325) und *Vorderwesterwälder Hochflächen* (Nr. 326) zu der neuen Nummer 324 mit der Bezeichnung *Niederwesterwald* zusammengefasst<sup>12</sup>.

**Tab. 3: Die naturräumlichen Einheiten des Westerwaldes (Stand: 1957)**

Nr.	Naturräumliche Haupteinheit	Ausdehnung (in km <sup>2</sup> )
320	Gladenbacher Bergland	828,4
321	Dilltal	167,3
322	Hoher Westerwald	288,6
323	Oberwesterwald	729,8
324	Montabaurer Westerwald	482,4
325	Rhein-Westerwald	383,4
326	Vorderwesterwälder Hochflächen	656,1

Quelle: HARTNACK 1957

---

<sup>12</sup> FISCHER (1989) kritisiert in dem Kontext, dass die Vereinigung dieser drei Einheiten „ohne triftige Begründung“ (ebd., 104) geschieht, insbesondere in Anbetracht der Entwicklung der Oberflächenformen. Aufgrund ihrer Heterogenität erscheint die Zusammenfassung zu einer naturräumlichen Einheit auch m.E. problematisch, zumal der Name *Niederwesterwald* den Gegensatz zwischen den in ihm gelegenen Hochflächen und Tallandschaften nicht hinreichend zum Ausdruck bringt. Diesem Umstand wird Rechnung getragen, indem die Portraitierung der Einheit *Niederwesterwald* differenziert nach *Montabaurer Westerwald*, *Rheinwesterwald* und *Vorderwesterwälder Hochflächen* vorgenommen wird.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Da zum einen die Einbeziehung des *Gladenbacher Berglandes* und des *Dilltals* (Nr. 320 und 321) zum Naturraum Westerwald umstritten ist (vgl. z.B. FISCHER 1989, S. 103f.) und zum anderen der in der vorliegenden Arbeit zu untersuchende Westerwaldkreis keinen Anteil an diesen beiden Einheiten hat, liegt der Fokus der folgenden Darstellung auf den drei Teilräumen *Hoher Westerwald* (naturräumliche Einheit Nr. 322), *Oberwesterwald* (Nr. 323) und *Niederwesterwald* (Nr. 324) (vgl. Karte 2<sup>13</sup>). Darüber hinaus greift der Westerwaldkreis stellenweise über die Haupteinheit des Westerwaldes hinaus: Im Nordwesten liegt ein relativ kleiner Teil des Kreisgebietes im *Bergisch-Sauerländischen Gebirge (Süderbergland)*, im Osten ragen drei Ortsgemeinden in die Haupteinheit des *Gießen-Koblenzer Lahntales* hinein. Dementsprechend wird auch auf diese Einheiten kurz einzugehen sein.

### 2.2.1 Hoher Westerwald

Im Nordosten des Westerwaldes bildet die naturräumliche Einheit des Hohen Westerwaldes eine waldarme Basaltfläche mit einem Höhengiveau überwiegend zwischen 500 m und 600 m über NN, die nach Südwesten geneigt ist. Diese Charakteristika kommen in dem Namen der Untereinheit *Westerwälder Basalthochfläche* (Nr. 322.0) zum Ausdruck, welche nahezu das gesamte Areal des Hohen Westerwaldes einnimmt und lediglich in dessen nordwestlicher Spitze vom *Neunkhausen-Weitfelder Plateau* (Nr. 322.1) abgetrennt wird. Dieses liegt im Schnitt 100 m tiefer als die Westerwälder Basalthochfläche. Hauptsächlich handelt es sich in diesen beiden Untereinheiten um Deckenbasalte, welche von kuppenbildenden Gängen und Schloten stellenweise durchstoßen werden (vgl. FISCHER 1972a, S. 21). Diese stellen die höchsten Erhebungen des gesamten Westerwaldes (Fuchskaute 657 m, Stegskopf 654 m, Salzburger Kopf 653 m über NN) dar. Sie treten jedoch aufgrund des Plateaucharakters nur schwach in Erscheinung. Außerdem befinden sich unter und neben den Basalten tertiäre Tone, in deren Schichten oft Braunkohlenflöze eingebettet sind (vgl. ROTH u.A. 1995, S. 6).

In Bezug auf die hydrographischen Gegebenheiten ist festzustellen, dass in der niederschlagsreichen Gegend des Hohen Westerwaldes zahlreiche Bäche entspringen, insbesondere in den – mittlerweile weitgehend trockengelegten – Sumpfgebieten der großen Mulden wie dem *Derscher Geschwemm*. Diese entwässern in alle Himmelsrichtungen. Es bildet sich

---

<sup>13</sup> Um die Gemeindegrenzen in Einklang mit den naturräumlichen Grenzen zu bringen und somit eine eindeutige Zuordnung zu erreichen, wurden auf Karte 2 die Gemeinden, durch deren Areal die Grenze zwischen zwei Einheiten verläuft, der naturräumlichen Einheit zugeordnet, welche den größeren Anteil an der Gemeindefläche einnimmt.



## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

somit eine mehrfache Wasserscheide für die Zuflüsse zur Lahn (Elbbach-System), Dill (Weiher- bis Rehbach) und Sieg (Nister) (vgl. ebd., S. 3).

Das feucht-kühle Mittelgebirgsklima manifestiert sich zum einen in einer jährlichen Niederschlagsmenge zwischen 950 mm am Nordwest- und Südostrand und 1100 mm in den höchsten Lagen (vgl. FISCHER 1972a, S. 23). Zum anderen liegt die durchschnittliche Jahrestemperatur in 500 m über NN bei 6,5°C. Trotz Anpflanzungen von Waldstreifen als Windschutzhecken, die ein landschaftsprägendes Element des Hohen Westerwaldes darstellen und in jüngerer Vergangenheit durch weitere Aufforstungen zu Wäldern ausgebaut wurden (vgl. SABEL / FISCHER 1992, S. 155), ist das relativ waldarme Hochplateau den vorwiegend westlichen Winden größtenteils ungeschützt ausgesetzt. Die klimatische Ungunst schlägt sich weiterhin in einer gegenüber den Tallagen relativ kurzen Vegetationsperiode nieder, die durchschnittlich bei nur 126 Tagen liegt (vgl. DEUTSCHER WETTERDIENST 1957).

Die petrographischen Verhältnisse, die in Verbindung mit dem Klima die Grundvoraussetzungen für die landwirtschaftliche Nutzung bilden, sind vergleichsweise günstig (vgl. FISCHER 1972a, S. 22). Die Basalte verwittern überwiegend zu schweren, fruchtbaren Lehmböden. Aufgrund ihres starken Wasserhaltungsvermögens und der tonigen Unterlagen neigen sie jedoch in Verbindung mit den hohen jährlichen Niederschlagsmengen zur Bildung von Stau-nässe (vgl. FRISCHEN 1968, S. 18).

### **2.2.2 Oberwesterwald**

Die Einheit des Oberwesterwaldes legt sich nahezu hufeisenförmig von Nordost über Südost nach Nordwest um den Hohen Westerwald (vgl. HARTNACK 1957, S. 467). Sowohl in geologischer als auch in morphologischer Hinsicht bildet sie einen wesentlich heterogeneren Raum. Dies manifestiert sich beispielsweise in der Tatsache, dass der Plateaucharakter nach Süden und Südwesten hin weitgehend gewahrt bleibt, während sich für den Rest ein im Vergleich zum Hohen Westerwald ausgeprägteres Relief feststellen lässt, das im Norden eine durchschnittliche Höhe von 500 m über NN und im Süden von 320 m über NN aufweist.

Dementsprechend wird der Oberwesterwald nochmals in insgesamt vier Untereinheiten gegliedert: *Dillwesterwald* (Nr. 323.0), *Oberwesterwälder Kuppenland* (Nr. 323.1), *Dreifelder Weiherland* (Nr. 323.2) und *Südoberwesterwälder Hügelland* (Nr. 323.3). Erstgenannte liegt jedoch vollständig außerhalb des Kreisgebietes, sodass auf sie im Folgenden nicht näher eingegangen wird.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Abgesehen vom Südoberwesterwälder Hügelland, bei dem es sich um einen meist waldfreien, zerriedelten bis hügeligen Fußsaum des südlichen Oberwesterwaldes handelt (vgl. FISCHER 1972b, S. 14), ist der Oberwesterwald stärker bewaldet als der Hohe Westerwald, insbesondere an seinen steilen Flanken und Höhen. Daraus resultiert, dass die Niederschläge in höherem Maße gebunden werden und Staunässebildungen auf den Ackerflächen seltener sind. Die stärkere Zerschneidung der Einheit führt dazu, dass die basaltischen Verwitterungsprodukte stärker ausgeräumt sind und die Basalte insgesamt markanter in Erscheinung treten als im Hohen Westerwald (vgl. HARTNACK 1957, S. 473). Allerdings ist in diesem Kontext festzuhalten, dass sich der Gesteinsaufbau nicht auf Basaltdecken beschränkt. Zum Beispiel treten im Westen und Norden unterdevonische Hunsrückschiefer auf (vor allem im Dreifelder Weiherland), tertiäre Sedimente hingegen im Süden (vgl. FISCHER 1972b, S. 11f.).

Die klimatischen Verhältnisse fallen im Oberwesterwald im Vergleich zum Hohen Westerwald günstiger aus: Die jährlichen Niederschlagssummen sind geringer und die Durchschnittstemperaturen höher. Die Bandbreite der jährlichen Niederschlagsmenge reicht von etwa 900 mm im Oberwesterwälder Kuppenland bis zu über 950 mm im Bereich des Dreifelder Weiherlandes, welches im Luv des Hohen Westerwaldes und des Oberwesterwälder Kuppenlandes liegt (vgl. ebd.). Die mittlere Jahrestemperatur beträgt lediglich 6,5°C an den Hängen der Westseite, während in den Tälern des Südoberwesterwälder Hügellandes 8,5°C erreicht werden.

Entsprechend dem vielfältigeren und differenzierteren Gesteinsaufbau im Oberwesterwald existieren dort neben den fruchtbaren, zu Staunässe neigenden Basaltlehmböden im Dreifelder Weiherland sowie im nördlichen Teil des Oberwesterwälder Kuppenlandes noch weitere Bodentypen. Hierzu zählen insbesondere Braunerden auf Lösslehm, die in den Tälern des Südoberwesterwälder Hügellandes vorzufinden sind (vgl. ebd.). Sie bedingen in diesen Gebieten günstige ackerbauliche Voraussetzungen.

### **2.2.3 Niederwesterwald**

Die bereits angesprochene Zusammenfassung der damaligen Einheiten *Montabaurer Westerwald*, *Rheinwesterwald* und *Vorderwesterwälder Hochflächen* zum Niederwesterwald führen zum einen dazu, dass es sich mit insgesamt 1.521,9 km<sup>2</sup> um die mit Abstand größte naturräumliche Einheit des Westerwaldes handelt und zum anderen dazu, dass dieser Gesamt- raum relativ uneinheitlich ist. Deshalb wird im Folgenden auf die ursprüngliche Dreigliederung zurückgegriffen. Dabei gilt es des Weiteren zu berücksichtigen, dass der Niederwester-

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

wald nach der derzeit gültigen naturräumlichen Gliederung insgesamt zehn Untereinheiten umfasst, von denen sich jedoch drei, die zum Rheinwesterwald (Nr. 324.4: *Rhein-Wied-Rücken*; Nr. 324.5: *Waldbreitbacher Wiedtal*) und zu den Vorderwesterwälder Hochflächen (Nr. 324.9: *Rheinwesterwälder Vulkanrücken*) zählen, vollständig außerhalb des relevanten Untersuchungsgebietes des Westerwaldkreises befinden. Diese werden im Folgenden nicht berücksichtigt; dementsprechend liegt der Schwerpunkt der Ausführungen auf der Darstellung des Montabaurer Westerwaldes.

### 2.2.3.1 Montabaurer Westerwald

An den Oberwesterwald schließt sich in südwestlicher Richtung mit dem Montabaurer Westerwald der bewegteste Teil des Niederwesterwaldes mit einem Wechsel aus Höhenrücken, Senken und Hochflächen auf einem Höhenniveau zwischen 180 m über NN und 546 m über NN an. Dieser liegt größtenteils im Bereich der aus Schiefen und Quarziten der Emser Schichten und des untersten Mitteldevons aufgebauten Boppard-Montabaurer Hauptmulde (vgl. MÜLLER-MINY / BÜRGENER 1972, S. 77). Zu den auffälligen und landschaftsbestimmenden Formenelementen zählen die aus Emsquarziten bestehenden, vorwiegend bewaldeten Höhen, die im Gebiet der *Montabaurer Höhe* (Nr. 324.1) auf der *Alarmstange* mit 546 m über NN ihre höchste Erhebung erreichen. In der *Montabaurer Senke* (Nr. 324.2) und auf der *Kannenbäcker Hochfläche* (Nr. 324.3) hingegen befinden sich vornehmlich weiche Tertiärgesteine (Tone), die in der Montabaurer Senke den Grund der Hohlform bilden, aus dem – in lockerer Streuung – Basalte, Phonolithe und Trachyte als kleine Kuppen und Kegel in lockerer Streuung aufragen (vgl. ebd., S. 80). Die breitsohligen Kastentäler von Emsbach und Gelbach sowie die weiten Talmulden innerhalb der Untereinheit Nr. 324.0 (*Emsbach-Gelbach-Höhen*) schmiegen sich ebenfalls in weichen Tonschiefern ein (vgl. ebd.).

Die klimatischen Verhältnisse im Montabaurer Westerwald variieren entsprechend der unterschiedlichen Höhenlage und Exposition des Reliefs: Entlang der sonnenexponierten, großen Täler beträgt der Jahresniederschlag 700 mm bei einer Jahresmitteltemperatur von etwa 8,5°C. Dagegen weist die wind- und wolkenreiche Montabaurer Höhe in ihren Gipfellagen knapp 900 mm Niederschlag und 7°C im Jahresdurchschnitt auf. An diesen Werten wird der Charakter eines Übergangsklimas zwischen Rheintal und Hohem Westerwald deutlich.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

### 2.2.3.2 *Rheinwesterwald*

Sich nordwestlich an den Montabaurer Westerwald anschließend, bildet der Rheinwesterwald den Westrand des geographischen Westerwaldes. Es handelt sich um eine wellige, strichweise von Wied und Sayn zertalte, waldreiche Schieferhochfläche in 300 bis 400 m Höhe über NN. Das Untersuchungsgebiet des Westerwaldkreises beschränkt sich in diesem Bereich auf einen schmalen östlichen Saum der Untereinheit der *Sayn-Wied-Hochfläche* (Nr. 324.6), gelegentlich auch *Märker Wald-Hochfläche* genannt. Diese stellt eine netzförmig zertalte, nur am Westrand stärker angeschnittene, mit Buchenwäldern bestandene Hochfläche von 330 bis 390 m über NN zwischen dem Sayn- und dem Wiedtal dar. Sie wird durch widerstandsfähige Quarzite und Quarzsandsteine sowie rauhfaserige Schiefer geformt und erreicht ihre höchste Erhebung in der flachen Anschwellung des *Dernbacher Kopfes* (vgl. FISCHER 1972b, S. 16). Bimsablagerungen in diesem Areal bilden die Voraussetzung für fruchtbare Böden, die aufgrund ihrer Durchlässigkeit besonders für den Kartoffelanbau geeignet sind (vgl. MÜLLER-MINY 1957, S. 477).

### 2.2.3.3 *Vorderwesterwälder Hochflächen*

Zwischen dem Rheinwesterwald im Westen, dem Oberwesterwald im Osten, dem Südlichen Mittelsiegbergland im Norden und dem Montabaurer Westerwald im Süden dehnen sich die Vorderwesterwälder Hochflächen als ein welliges Hochland zwischen 280 und 330 m über NN aus. Zum Untersuchungsgebiet des Westerwaldkreises in diesem – auf die Fläche bezogen – größten Abschnitt des Niederwesterwaldes gehört die Osthälfte der *Dierdorfer Senke* (Nr. 324.7) und der östliche Zipfel der *Asbach-Altenkirchener Hochflächen* (Nr. 324.8). Als Folge der geringen Härte des Gesteins ist das Vorderwesterwälder Hochland durch eine relativ sanfte Formenwelt gekennzeichnet (vgl. MÜLLER-MINY 1957, S. 479). Vulkanische Kuppen und Kegel treten nur vereinzelt in Erscheinung.

Bei der Dierdorfer Senke handelt es sich um eine tektonisch angelegte Einbuchtung der Vorderwesterwälder Hochflächen in den umgebenden höheren Gebirgsrand, deren Oberfläche von einem feinen Netz von Ursprungsmulden überzogen ist. Sie ist von etwa 325 auf 275 m über NN nach Südwesten geneigt. Abgesehen von inselförmigen Waldflächen am nördlichen Beckenrand ist die Senke nur schwach bewaldet. Der Untergrund besteht insbesondere aus devonischen Quarziten am Südrand der Senke (*Herschbacher Quarzitbecken*) und miozänen Tonen, welche von einer mächtigen Verwitterungsdecke überlagert werden.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

In ähnlicher Höhenlage befinden sich die Asbach-Altenkirchener Hochflächen. Diese stellen orographisch eine Hochmulde dar, weshalb sie mitunter auch als *Niederwesterwälder Hochmulde* bezeichnet werden. Aufgrund ihrer rheinwärts höheren Umrandung sowie der deutlichen Anstiege zum Hohen Westerwald, Dreifelder Weiherland und zur Sayn-Wied-Hochfläche hebt sie sich markant von den umliegenden naturräumlichen Einheiten ab (vgl. FISCHER 1972b, S. 17). Sie unterscheidet sich im Vergleich zur Dierdorfer Senke vor allem in einem höheren Grad an Waldbedeckung.

### **2.2.4 Mittelsiegbergland**

Der nordwestliche Teil der VG Hachenburg gehört zur naturräumlichen Einheit des Mittelsiegberglandes. Aus der Bezeichnung der Untereinheit, *Siegwesterwald*, wird der Übergangscharakter zum Westerwald deutlich. Am Nordrand des Niederwesterwaldes gelegen, nehmen die insgesamt elf Ortsgemeinden der VG Hachenburg, die entweder teilweise oder ganz im Gebiet des Siegwesterwaldes liegen, den südlichen Teil der Untereinheit Nr. 330.01 (*Nisterbergland*) ein. Diese stellt ein überwiegend bewaldetes Bergland beiderseits der Nister in 330 bis 440 m über NN mit beträchtlichen Höhenunterschieden dar (vgl. ebd., S. 19f.). Im Bereich der morphologisch harten Sandsteine, Rauhflaserschichten und Quarzgänge treten an den steilen Hängen der Nister Rippen und Felswände hervor, die dem Fremdenverkehrsgebiet der *Kroppacher Schweiz* einen besonderen Reiz verleihen (vgl. ebd.).

### **2.2.5 Limburger Becken**

Drei Ortsgemeinden der VG Wallmerod haben Anteil am Limburger Becken. Diese zählen zur Untereinheit des *Hadamar-Elzer Beckenrandes* innerhalb des *Nordlimburger Hügellandes* (Nr. 311.0), das sich in südöstlicher Richtung an den Oberwesterwald anschließt. Der Hadamar-Elzer Beckenrand ist ein wellig bis sanft hügelig reliefierter Teil des Limburger Beckens in einer Höhenlage von 200 m bis 250 m über NN nördlich der Lahn um Hadamar. Er besitzt vorwiegend auf Löss basenreiche Braunerden, die in Verbindung mit einem relativ milden Klima seine Eignung als Kulturland mit Getreide-, Hackfrucht- und Obstbau begünstigen (vgl. MÜLLER-MINY / BÜRGENER 1972, S. 67 f.).

### 2.3 Der Westerwaldkreis als Wirtschaftsraum

Um sich einen grundlegenden Überblick über einen Wirtschaftsraum und seine Entwicklung zu verschaffen, ist eine Vielzahl an Faktoren von Bedeutung. Zunächst ist festzuhalten, dass die Besiedlung eines Raumes durch den Menschen die unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung seiner Wirtschaft ist. Darüber hinaus können sich die naturräumlichen Bedingungen, welche sich in früher Vergangenheit als siedlungsfördernd oder -hemmend erwiesen haben, bis in die heutige Zeit hinein auf die regionale Wirtschaftsstruktur auswirken. Deshalb wird als erstes in Kap. 2.3.1 die Siedlungsgeschichte des Westerwaldkreises unter Berücksichtigung dieser Faktoren präsentiert.

In einer modernen Volkswirtschaft sind die regional unterschiedlichen infrastrukturellen Gegebenheiten eine Ursache für räumliche ökonomische Disparitäten. Im Rahmen einer Dienstleistungsgesellschaft, in der sich in den vergangenen Jahren zusehends ein quartärer Sektor mit wissensintensiven Dienstleistungen herausgebildet hat, ist neben der Verkehrsinfrastruktur die Verfügbarkeit über Bildungseinrichtungen jeglicher Art eine zentrale infrastrukturelle Voraussetzung, die für die wirtschaftliche Entwicklung eines Raumes entscheidend ist. Darüber hinaus wird die Verfügbarkeit schneller Datennetze im heutigen Informationszeitalter als eine Grundvoraussetzung für eine anspruchsvolle Regionalentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit angesehen (vgl. MANNS 2011, S. 29). Deshalb wird auch auf die Erschließung des Westerwaldkreises mit Breitband-Internet-Zugang eingegangen.

Auf diesen Darstellungen aufbauend, wird anschließend ein Gesamtüberblick über die Entwicklung des gesamten Wirtschaftsraumes des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008, gegliedert nach den drei Wirtschaftssektoren, geliefert (Kap. 2.3.4). Einer regional differenzierteren Betrachtung dieser Entwicklung dient die abschließende wirtschaftsräumliche Gliederung des Westerwaldkreises in Kap. 2.3.5 nach den drei Einheiten *Vorderer Westerwald*, *Hoher Westerwald* und *Montabaur* sowie *Kannenbäckerland*<sup>14</sup>.

---

<sup>14</sup> Abweichend von den Ausführungen bei HOTTES / MEYNEN / OTREMBIA (1972) wird an dieser Stelle und im Folgenden vom *Kannenbäckerland* und nicht vom *Kannebäckerland* gesprochen, da sich ersterer Begriff im regionalen Sprachgebrauch in den letzten Jahren zunehmend durchgesetzt hat.

### **2.3.1 Siedlungsgeschichte**

Der Westerwald stellt – trotz seiner auf den Mittelgebirgscharakter zurückzuführenden siedlungsfeindlichen Eigenschaften – ein Altsiedlungsland dar. Die erste Besiedlung erfolgte von Kelten aus dem Hunsrück in der Späthallstattzeit. Sie ist jedoch für die heutigen Verhältnisse kaum von Bedeutung; zudem werden nur in einigen wenigen Namen wie Elb, Sayn (Seine), Lahn und Rhein Anklänge an das Keltische vermutet (vgl. BECKER 1912, S. 43). Erst mit dem Eindringen der Chatten nach der Vertreibung der Römer im 3. Jahrhundert n. Chr. begann die endgültige Besiedlung des Westerwaldes (vgl. FISCHER 1972a, S. 35). Die Endungen der Ortsnamen lassen von diesem Zeitpunkt an Rückschlüsse gemäß ARNOLD (1875) auf vier nacheinander folgende Perioden der Besiedlung zu.

Ortsnamen mit den Endungen -lar, -mar, -aha und -affa gehören zu der ältesten Schicht und sind bis zum Ende der Völkerwanderungszeit entstanden (vgl. Tab. 4). Allerdings können vordeutsche und altertümliche deutsche Namen nur schwer voneinander getrennt werden (vgl. GENSICKE 1978, S. 53). Neben den Orten mit den vier typischen Endungen zählen darüber hinaus noch Ortsnamen zur ältesten Schicht, in denen alte Gewässernamen weiterleben, wie zum Beispiel Boden, Caan, Deesen, Höhn, Krümmel, Meudt und Unnau (vgl. ebd.). Ihre räumliche Verbreitung lässt erkennen, dass sie vorwiegend in boden- und klimagünstigen Becken und Tälern mit zwei Schwerpunkten liegen: zum einen im Neuwieder Becken einschließlich der Randhöhen des Westerwaldes im Westen und zum anderen in Richtung Limburger Becken im Süden. Das Wied- und Nistertal sowie der Nordwesterwald blieben hingegen zunächst nahezu völlig siedlungsfrei (vgl. GENSICKE 1958, S. 10).

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

**Tab. 4: Die wichtigsten Ortsnamensgruppen im Westerwaldkreis und ihre zeitliche Einordnung**

<b>Schicht bzw. Epoche</b>	<b>Ortsnamensgruppen</b>	<b>Ortsformengruppen</b>	<b>Beispiele</b>
1. Völkerwanderungszeit	-lar (=Weide), -mar (=Teich, Sumpf), -aha (=Wasser), -affa	Kleinsiedlungen	Elsoff (Elsapha), Seck (Seckaha), Westernohe (Westernaha), Holler
2. Landnahmezeit	-heim (=Wohnplatz), -ingen, -dorf, -bach, -um		Moschheim, Hundsdorf, Montabaur-Elgendorf, Marienrachdorf, Kölbingen, Alsbach, Pottum
3. merowingische Ausbauphase	-inghausen, -hausen, -hofen	Einzelhöfe und Weilersiedlungen, heute vielfach Haufendörfer	Ettinghausen, Neunkhausen, Nentershausen, Stahlhofen
4. Rodungszeit	<b>auf Rodung hinweisend:</b> -rod, -scheid <b>Hinweise auf Wald:</b> -hain, -hahn, -holz <b>exponierte Bauten</b> (mit zugehörigen Siedlungen): -berg, -burg, -fels	Haufendörfer	Hillscheid, Bannberscheid, Hellenhahn, Weidenhahn, Rotenhain

**Quelle: Eigene Darstellung**

**Datenbasis: BECKER 1912, FISCHER 1972a, GENSIKKE 1958 und 1978**

Der Siedlungsraum des Westerwaldkreises wurde während der anschließenden Periode der Landnahmezeit kaum ausgedehnt (vgl. GENSIKKE 1978, S. 53). In dieser Zeit bis zum 6. Jahrhundert sind zunächst die für fränkische Staatssiedlungen typischen -heim-Orte entstanden, danach die ersten mit der Endung -ingen (vgl. BECKER 1912, S. 47). Diese liegen fast ausnahmslos auf den weiten Hochflächen des Oberwesterwaldes (vgl. FISCHER 1972a, S. 35). Ebenfalls zur zweiten Ortsnamenschicht gehören die Anfänge einzelner -bach-Orte wie beispielsweise Alsbach (vgl. Tab. 4), wenngleich diese Ortsnamensgruppe aufgrund ihres Auftretens zu allen Zeiten sowie der ungleichen Bedeutung der dazugehörigen Siedlungen keine gesicherten siedlungsgeschichtlichen Schlüsse zulässt (vgl. GENSIKKE 1958, S. 12). Darüber hinaus gelten insgesamt drei der im Westerwaldkreis gelegenen Orte mit der Endung -dorf zur zweiten Schicht (vgl. Tab. 4); die übrigen (Mogendorf, Welschneudorf und Nister-Möhrendorf) sind hingegen jüngeren Ursprungs. Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass es sich bei den Siedlungen der zweiten Schicht noch durchweg um selbstständige



## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Orts- und keine Hof­siedlungen handelt. Diese vermeiden – in guter Verkehrslage – größere Höhenlagen und breite Grenzwaldungen (vgl. GENSICKE 1958, S. 12).

Zwischen dem 6. und 9. Jahrhundert erfolgte von den zentralen Altsiedlungen aus nach den Rändern des Westerwaldes ein verstärkter Siedlungsausbau (vgl. FISCHER 1972a, S. 35). Zu Beginn dieser Epoche wurden die -hofen- und -hausen-Orte angelegt (vgl. GENSICKE 1978, S. 54). Letztere legen sich im Kreisgebiet an einigen Stellen, beispielsweise an den Randhöhen des Limburger Beckens und im mittleren Westerwald, nahezu kranzartig um die Orte der ersten Schicht (vgl. GENSICKE 1958, S. 12). Die ältesten Orte mit der Endung -hausen – wie zum Beispiel Nentershausen – wurden ihrerseits wieder Mittelpunkte späteren Ausbaus (vgl. ebd.). Als etwas jünger hingegen gelten die Siedlungen mit der Mischform -inghausen (vgl. ebd.). Die Orte aus dieser dritten Schicht beschränken sich noch fast durchweg auf die Besetzung waldfreier Plätze (vgl. ebd., S. 13).

Die letzte Siedlungsperiode auf dem Westerwald, gleichzeitig die vierte Schicht der Ortsnamensgruppen, kam vom 10. Jahrhundert an voll zur Entfaltung und schloss um das Jahr 1300 (vgl. FISCHER 1972a, S. 35). In dieser Rodungszeit wurde der Ackerbau in den Wald vorgetragen. Die Ortsnamen mit der Endung -rod zeugen von dieser Rodungstätigkeit. Einige -rod-Orte, die im Bereich der VG Westerbürg liegen (Hergenroth, Willmenrod sowie der Westerbürg Stadtteil Wengenroth), sind sogar bereits seit dem 9. Jahrhundert nachgewiesen. Innerhalb der Gruppe der -rod-Orte lassen sich ältere Ortsnamen, die oft mit den gleichen Personennamen wie die -hausen-Orte gebildet sind (z.B. Görgeshausen, Girkenroth), von jüngeren mit später gebräuchlichen deutschen und christlichen Vornamen unterscheiden (vgl. GENSICKE 1958, S. 13). Etwas jünger sind in dem Gebiet des Westerwaldkreises die zahlreichen -scheid-Orte, die hauptsächlich im 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts entstanden sind (vgl. ebd., S. 13 f.). Wenig später entstanden die Orte mit den Endungen -hain bzw. -hahn, welche in den spätbesiedelten Strichen, wie beispielsweise Weidenhahn, Rotenhain und Siershahn, als Mittelpunkte von Grundherrschaften und Pfarreien des Ausbaulandes vielfach an Bedeutung gewannen (vgl. ebd., S. 14). Neben den späten, kleinen -bach-Orten zählen insbesondere noch die Ortsnamen, die auf exponierte Bauten mit den dazugehörigen Siedlungen hinweisen (vgl. Tab. 4), zur vierten Schicht. In der Epoche der Rodungszeit wurden unwegsame Einöden ebenso besiedelt wie enge Täler, sofern Bodenschätze dort gewonnen oder verarbeitet werden konnten (vgl. FISCHER 1972a, S. 35).

Als um das Jahr 1300 die Ortsgründungen ihren Abschluss erreicht hatten, gab es in der Folgezeit im Wesentlichen noch zwei Prozesse, die grundlegenden Einfluss auf das Sied-

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

lungsbild nahmen. Zum einen wurden einzelne Höfe und Weiler zu Dörfern ausgebaut. Dazu gehört auch die Entstehung zahlreicher -höfen-Orte im Oberwesterwälder Kuppenland (z.B. Arnshöfen und Kuhnhöfen in der VG Wallmerod) aus Einzelhöfen im 16. Jahrhundert (vgl. GENSICKE 1958, S. 15). Zum anderen setzte eine Wüstungsbewegung ein, die lange vor dem Dreißigjährigen Krieg einen Höchststand erreichte (vgl. FISCHER 1972a, S. 36). Insbesondere Einzelhöfe und kleine Siedlungen wurden von diesem Vorgang ergriffen (vgl. GENSICKE 1958, S. 16). In Bezug auf die vier Epochen bzw. Ortsnamenschichten fällt auf, dass eine hohe Anzahl von Wüstungen auf die dritte Schicht mit der Endung -hausen entfällt, wie zum Beispiel Giebelhausen in der Gemarkung Stockhausen-Ilfurth (vgl. BECKER 1912, S. 49 f.). Dieser Umstand erklärt sich daraus, dass in der Ausbauzeit auch schlechte Böden in ungünstigen Lagen besetzt wurden, die besonders anfällig für klimatische Störungen waren und sich deshalb dauerhaft nicht behaupten ließen (vgl. ebd., S. 13). Im Gegensatz dazu weist die vierte Schicht nur relativ wenige Wüstungen auf – wohl deshalb, weil die Siedlungsplätze in dieser Periode vor der aufwändigen Arbeit des Rodens sorgfältiger ausgewählt wurden und dabei die Erfahrungen aus der Vergangenheit in diese Wahl mit einfließen konnten (vgl. ebd., S. 16). Nach dem Dreißigjährigen Krieg erfasste im 19. Jahrhundert ein weiterer Wüstungsvorgang das Kreisgebiet, welcher 1853 mit der Wüstlegung des Dorfes Sespenroth bei Heilberscheid (VG Montabaur) einen vorläufigen Abschluss erreichte (vgl. GENSICKE 1978, S. 54).

In der heutigen Zeit werden Wandlungen im Siedlungsbild des Westerwaldkreises in erster Linie durch die Anlegung neuer großflächiger Gewerbegebiete und von Verkehrswegen hervorgerufen. Ein herausragendes Beispiel für letztgenannten Punkt ist die das Kreisgebiet durchschneidende ICE-Strecke Köln-Frankfurt mit dem im Jahr 2002 eröffneten Bahnhof in Montabaur.

### **2.3.2 Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur**

Für die Besiedlung eines Raumes und seine wirtschaftliche, insbesondere industrielle Entwicklung ist eine gut ausgebaute und funktionierende Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung (vgl. LESER 2001, S. 948). Der Umfang der Verkehrsinfrastruktur beschränkt sich dabei nicht auf die traditionellen Verkehrswege der Straße und Schiene: Rad- und Wanderwege stellen heutzutage aufgrund ihrer Relevanz für den Tourismus und das Freizeitverhalten eine wichtige Voraussetzung für den Dienstleistungssektor dar und werden deshalb im Folgenden ebenfalls betrachtet.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

### 2.3.2.1 Straßennetz

Im Allgemeinen gelten Mittelgebirgsblöcke als verkehrsfeindlich. Der Westerwald macht jedoch aus vielfältigen Gründen<sup>15</sup> eine Ausnahme davon und ist „verkehrsmäßig sogar recht gut erschlossen“ (FISCHER 1996, S. 74). Dies spiegelt sich in einem relativ dichten Straßennetz wider.

Die ältesten Verkehrswege im Westerwald verlaufen fast durchweg auf seinen Höhenrücken in Form von Fernstraßen (z.B. die *Hohe Straße*, heutige Bundesstraße 8), da insbesondere die Schmelzwasserhochstände in den Tälern die Anlage eines durchgehenden und festen Wegenetzes dort nicht ermöglicht hätten (vgl. ebd.). Erst durch die technische Entwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Entwicklung des Verkehrswegenetzes von solchen einschränkenden Faktoren weitestgehend gelöst (vgl. ebd., S. 74f.). Später trug die Erfindung des Automobils und dessen Verbreitung zu einem entsprechenden Ausbau der Verkehrswege bei. In diesem Zuge entstand die Grundstruktur des heutigen Straßennetzes des Westerwaldkreises mit den Bundesstraßen B 8, B 49, B 54, B 255, B 413 und B 414, die heute insgesamt 154,9 km umfassen, sowie den beiden Bundesautobahnen BAB 3 und BAB 48, welche zusammen eine Länge von 37,2 km im Kreisgebiet aufweisen (vgl. MANNS 2011, S. 30 und Karte 3, Anhang A). Ergänzt wird diese Struktur durch die zahlreichen Landes- und Kreisstraßen, die mit insgesamt 876,4 km Länge den Großteil des Straßennetzes ausmachen (vgl. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT WESTERWALDKREIS MBH 2011).

Die beiden genannten Autobahnen zählen zu den wichtigsten und am stärksten befahrenen Straßen im Kreisgebiet – allem voran die BAB 3, deren Teilstrecke durch den heutigen Westerwaldkreis während des Zweiten Weltkrieges entstand. Sie verbindet als zweitlängste Autobahn Deutschlands die Ballungsräume Rhein-Ruhr und Rhein/Main miteinander und gehört zu den bedeutsamsten europäischen Verkehrswegen. Im Kreisgebiet weist sie zwischen dem Autobahndreieck Dernbach und der Anschlussstelle Montabaur mit einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke<sup>16</sup> (DTV) von rund 91.000 Kraftfahrzeugen aller Art das Maxi-

---

<sup>15</sup> Hierzu zählen die Umstände, dass die Zuflüsse von Rhein, Lahn, Dill und Sieg von der Peripherie her weit in den Gebirgskörper einschneiden und somit natürliche Zugänge zum Gebirge eröffnen und die Oberflächengestaltung des Westerwaldes mit weitflächigen Verebnungen, Flachwellen und Senken eine auf große Distanzen hin unkomplizierte Linienführung erlaubt (vgl. FISCHER 1996, S. 74).

<sup>16</sup> Alle angegebenen Werte beziehen sich auf das Jahr 2005. Sie wurden vom Landesbetrieb Mobilität in Koblenz in Form einer Excel-Tabelle zur Verfügung gestellt.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

mum auf. Von der BAB 3 zweigt am Dreieck Dernbach die BAB 48 ab, die über Koblenz nach Trier führt und somit den Westerwaldkreis mit der Eifel und dem Moseltal verbindet. Die DTV beträgt auf dieser Strecke zwischen dem Dernbacher Dreieck und der Anschlussstelle Höhr-Grenzhausen knapp 39.000 Kfz.

Unter den Bundesstraßen war bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die B 8, welche vom Ruhrgebiet über Köln – Siegburg – Altenkirchen – Limburg nach Frankfurt am Main verläuft, die wichtigste. Inzwischen hat sie ihre Funktion als Durchgangs- und Fernstraße an die BAB 3 abgegeben (vgl. FISCHER 1996, S. 77) und erreicht dementsprechend im Kreisgebiet nur noch relativ geringe DTV von bis zu maximal knapp 7.000 im Bereich von Freilingen; lediglich im Abschnitt zwischen Siegburg und Altenkirchen außerhalb des Westerwaldkreises werden noch fünfstellige DTV-Werte erzielt. Wesentlich stärker frequentiert sind hingegen die B 255 von Montabaur über Rennerod nach Herborn (mit einer DTV von bis zu rund 26.000 Kfz am Knotenpunkt Montabaur bis zur Ausfahrt *Himmelfeld*) sowie die B 49 von Koblenz nach Montabaur und Limburg bis Wetzlar und Gießen (insbesondere der Abschnitt zwischen ihrer sogenannten *Steilstrecke* und dem *Horresser Stock* im Bereich Montabaurs mit einer DTV von etwa 15.000 Kfz). Beide Bundesstraßen sind wichtige Diagonalstraßen für den Westerwald und gleichzeitig auch Zubringer zur BAB 3, Anschlussstelle Montabaur (vgl. ebd.). Aus der B 413 (Bendorf – Dierdorf – Hachenburg) und der B 414 (Altenkirchen – Hachenburg – Driedorf) setzt sich eine weitere Querverbindung zusammen, die kurz vor Herborn vereinigt in die B 255 einmündet. Die B 54 von Wiesbaden über Diez – Limburg – Rennerod und Siegen nach Hagen/Westfalen hat vor allem zwischen Rennerod und Waldmühlen (DTV von ca. 13.000) ein hohes Verkehrsaufkommen aus dem Westerwaldverkehr (vgl. ebd.).

Allerdings spielt sich der Nahverkehr des Westerwaldes zum großen Teil auf den Landes- und Kreisstraßen ab (vgl. ebd.). Eine wichtige Funktion als Sammelstraße kommt dabei im südlichen Kreisgebiet dem Landesstraßenzug zwischen Montabaur und Herschbach/Untewesterwald (L 313, L 307, L 267 und L 305, absteigend sortiert nach der jeweiligen DTV) zu (vgl. MANNS 2011, S. 31). Eine ebenso große Bedeutung nimmt der Landesstraßenzug mit der L 288 und L 281 zwischen der B 54 an der Landesgrenze zu Hessen bei Westerburg über Betzdorf ins Siegerland zur BAB 45 ein (vgl. ebd.). Die L 281 (*Nistertalstraße*) hat die Sammelfunktion im Basaltrevier im Nordosten des Kreisgebietes inne (vgl. ebd.). In Bezug auf die Landesstraßen lässt sich des Weiteren vermerken, dass deren DTV stark von der industriellen oder gewerblichen Konzentration im Westerwaldkreis abhängt. Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der L 303 von Siershahn nach Lochem (vgl. Fi-

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

SCHER 1996, S. 77f.): Im Bereich von Siershahn nach Helferskirchen beträgt die DTV noch etwa 2.800; bis zur Einmündung der K 78 bei Niedersayn fällt sie auf rund 1.500 ab und erreicht zwischen Freilingen und Lochem lediglich noch eine DTV von 1.300.

Dem Straßennetz des Westerwaldkreises kommt im Rahmen der gesamten Verkehrsinfrastruktur aufgrund der Tatsachen, dass der Westerwaldkreis mit 705 Kfz je 1.000 Einwohner eine im Landesvergleich überdurchschnittlich hohe Kfz-Dichte besitzt (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012) und dass vor allem in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz der Personenkraftwagen insbesondere für den Weg zur Arbeit genutzt wird (vgl. LÜBBERS 2006, S. 288), eine wichtige Bedeutung für die regionalwirtschaftliche Entwicklung zu. Dennoch ist es im Westerwaldkreis weiterhin ein verkehrspolitisches Ziel, die Nutzung des Straßennetzes durch den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) zu forcieren. Im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Taktes stellte in diesem Zusammenhang die Einrichtung bzw. Beibehaltung sogenannter *Regiobus-Linien*, die an allen sieben Tagen der Woche im Taktverkehr fahren, einen Schwerpunkt zur Verbesserung des landesweiten ÖPNV-Angebotes dar (vgl. MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU RHEINLAND-PFALZ 2000, S. 34). Dabei wurde auch die Integration aller relevanten öffentlichen Personennahverkehre in den ICE-Regio-Bahnhof Montabaur mit seinem zentralen Omnibusbahnhof vorgenommen, sodass im Westerwaldkreis seitdem eine Verknüpfung zwischen ÖSPV und Schienenpersonenfernverkehr (vgl. Kap. 2.3.2.2) besteht.

### 2.3.2.2 Schienennetz

Der Westerwald wurde in der Zeit von etwa 1870 bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges durch den Bau eingleisiger Anlagen an das deutsche Eisenbahnnetz angebunden; damit sollte eine von den Hauptlinien nicht berührte Gegend dem Verkehr erschlossen und für die großen zweigleisigen Anlagen Zubringerdienste geleistet werden (vgl. FUCHS 1961, S. 143). In dieser Periode entstanden insgesamt fünf Eisenbahnstrecken<sup>17</sup>, die abschnittsweise durch das Gebiet des heutigen Westerwaldkreises verlaufen (vgl. Tab. 5).

---

<sup>17</sup> Zusätzlich entstanden noch die Querverbindung von Erbach nach Fehl-Ritzhausen an der Strecke der Westerwaldquerbahn sowie die Stichbahn Grenzau – Hillscheid, die zeitgleich mit der Brexbachtalbahn eröffnet wurde. Diese sind jedoch beide inzwischen komplett stillgelegt.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

**Tab. 5: Eisenbahnstrecken im Westerwaldkreis zu Beginn des 20. Jahrhunderts**

Streckename	Streckenverlauf	Länge (km)
Oberwesterwaldbahn	Limburg – Westerburg – Hachenburg – Altenkirchen	65,1
Untewesterwaldbahn	Limburg-Staffel – Montabaur – Siershahn	29,8
Holzbachtalbahn	Siershahn – Selters – Raubach – Altenkirchen	39,4
Brexbachtalbahn	Siershahn – Grenzau – Engers	21,6
Westerwaldquerbahn	Herborn – Rennerod – Westerburg – Montabaur	74,3

**Quelle: Eigene Darstellung**

**Datenbasis: RICHTER 2012**

Diese Strecken dienten anfangs sowohl dem Personen- als auch dem Güterverkehr. Letzterer basierte in erster Linie auf der Abfuhr der Westerwälder Bodenschätze Ton, Basalt und Quarzit als Massengüter. Mit der Zunahme des Individualverkehrs und den damit verbundenen steigenden Personen- und Lastkraftwagenzahlen verlor die Eisenbahn ab den 1950er-Jahren jedoch sukzessive an Bedeutung (vgl. HILPISCH 1993, S. 50). Dies führte zunächst auf einigen Teilabschnitten der in Tab. 5 genannten Eisenbahnstrecken zur Einstellung des Personenverkehrs. Später wurde auch der Güterverkehr streckenweise eingestellt. Die relativ hohe Dichte an Güterzügen auf dem verbliebenen Streckenabschnitt der Westerwaldquerbahn (Montabaur – Wallmerod), bedingt durch den steigenden Tonversand per Bahn auf dieser Strecke seit Mitte der 1980er-Jahre (vgl. RICHTER 2012), sowie die Reaktivierung des Abschnitts Selters – Raubach auf der Holzbachtalbahn für den Güterverkehr im Jahr 2006 lassen allerdings in diesem Zusammenhang eine mögliche Trendwende erkennen.

Gegenwärtig sind nur noch die Ober- und die Untewesterwaldbahn für den Personenverkehr in Betrieb; dieser wurde im Jahr 2004 von einer privaten Verkehrsgesellschaft übernommen<sup>18</sup>. Die Untewesterwaldbahn (Kursbuchstrecke 629) hat in den vergangenen Jahren eine wichtige bauliche Änderung erfahren: Ihre Gleisanlagen wurden im Bereich der Stadt Montabaur mit der Anlegung der Neubaustrecke Köln-Rhein/Main und des ICE-Bahnhofs Montabaur etwa 500 Meter nach Norden verlegt und somit in den ICE-Bahnhof integriert. Damit besteht seit dem Jahr 2002 eine für den Westerwaldkreis einmalige unmittelbare Verknüpfung

---

<sup>18</sup> Darüber hinaus wurde die Brexbachtalbahn am 30.05.2009 auf dem Abschnitt Siershahn – Grenzau für Touristikfahrten reaktiviert.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

fung des Schienenpersonennahverkehrs mit dem Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn AG.

Die Oberwesterwaldbahn mit ihrer Verlängerung nach Au an der Sieg (Kursbuchstrecke 461) stellt im SPNV auch heute noch eine Verbindung dar, die hauptsächlich der Beförderung von Schülern dient (vgl. ebd.); Güterverkehr hingegen findet auf dem größten Teil der Strecke (Abschnitt Staffel – Altenkirchen) derzeit nicht mehr statt. Eine Aufwertung im SPNV wird die Oberwesterwaldbahn im Rahmen des Zukunftskonzeptes *Rheinland-Pfalz-Takt 2015* erfahren: Sie soll ab dem Jahr 2015 als durchgehende Regionalbahn stündlich auf der Strecke Limburg – Altenkirchen – Au – Betzdorf – Siegen – Kreuztal verkehren und somit zahlreiche neue Direktverbindungen schaffen (vgl. MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU RHEINLAND-PFALZ, S. 12).

### 2.3.2.3 Rad- und Wanderwegenetz

Ein Blick auf die drei für den Westerwaldkreis relevanten Freizeitkarten im Maßstab 1:50.000 des Landesamtes für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz (Kartenblätter *Wandern und Radwandern im nördlichen Westerwald*, *Naturpark Rhein-Westerwald* und *Naturpark Nassau*) lässt erkennen, dass das Kreisgebiet von zahlreichen Rad- und Wanderwegen durchzogen wird. Für den überregionalen Tourismus sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Prädikatswanderwege sowie die nach einer ziel- und routenorientierten Wegweisung einheitlich beschilderten Radwege<sup>19</sup> von besonderer Bedeutung, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

Der durch die touristische Vermarktung inzwischen bekannteste zertifizierte Fernwanderweg, welcher durch den Westerwaldkreis verläuft, ist der im Mai 2008 eröffnete Westerwald-Steig. Er verläuft auf 235 km Länge von Herborn bis Bad Hönningen am Rhein und verbindet somit den Rothaarsteig mit dem Rheinsteig. 112 km der Gesamtstrecke verlaufen durch das Kreisgebiet über die Fuchskaute bis nach Stein-Wingert (VG Hachenburg) an vielen touristisch interessanten Standorten (z.B. Holzbachschlucht bei Gemünden, Westerwälder Seenplatte, Kurpark in Bad Marienberg) vorbei. Seit Juli 2009 gehört der Westerwald-Steig zu den der-

---

<sup>19</sup> In Rheinland-Pfalz gibt es ein Wegweisungssystem sowohl für den touristischen als auch für den alltagsorientierten Radverkehr, bei dem immer Vollwegweiser mit Ziel- und Entfernungsangabe eingesetzt werden, unter die das touristische Routenlogo als Zusatzplakette eingeschoben wird (vgl. LANDESBETRIEB MOBILITÄT RHEINLAND-PFALZ 2011).

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

zeit insgesamt elf *Top-Trails of Germany* und somit offiziell zu den „schönsten und erlebnisreichsten Weitwanderwegen Deutschlands“ (WESTERWALD TOURISTIK-SERVICE 2011). Ein weiterer Prädikatswanderweg ist der Wiedweg, der auf 106 km Länge von der Wiedquelle bei Linden (VG Hachenburg) bis zu deren Mündung in den Rhein nach Neuwied führt. Dort besteht ein Anschluss zum Rheinsteig. Die Wegetrasse des Wiedweges orientiert sich an dem ehemals ausgeschilderten Wiedwanderweg des Westerwald-Vereins, welcher jedoch oftmals über asphaltierte Strecken verlief (vgl. VERBANDSGEMEINDE ALTENKIRCHEN 2011). Auf seinen etwa 22 km durch den Westerwaldkreis bis Mudendbach (VG Hachenburg) passiert der Wiedweg die Westerwälder Seenplatte sowie das Naturschutzgebiet *Oberes Wiedtal*.

In Bezug auf die einheitlich beschilderten Radwege lässt sich feststellen, dass der Westerwaldkreis innerhalb von Rheinland-Pfalz ein Gebiet mit einem relativ schwach ausgeprägten Netz darstellt. Keiner der sieben rheinland-pfälzischen Radfernwege, die das Grundgerüst des Radwegenetzes in Rheinland-Pfalz bilden (vgl. LANDESBETRIEB MOBILITÄT RHEINLAND-PFALZ 2011), führt durch das Kreisgebiet, da diese allesamt entlang der Flusstäler von Rhein, Mosel, Saar, Ahr, Lahn, Nahe und Kyll verlaufen. Im Hinblick auf die Ergänzungen dieses Grundgerüsts in Form von regionalen touristisch bedeutenden Radrouten (unterteilt in Themenrouten und weitere Radwege) gibt es im Westerwaldkreis drei: Der 34 km lange *Saynbach-Radrundweg* als weiterer Radweg im Bereich der VG Selters weist ebenso eine qualifizierte Beschilderung auf wie der Radweg *Südlicher Westerwald* (59 km Länge) und der *Westerwald-Rhein-Radweg* (73 km Länge).

### **2.3.3 Entwicklung der Datenbahnen**

Im Hinblick auf Highspeed-Internet-Zugänge bestand im Westerwaldkreis bis vor wenigen Jahren das Problem, dass die führenden DSL- und Breitbandanbieter an den Flächenlandkreisen weitgehend vorbeigingen und stattdessen die Ballungszentren bevorzugten, da dort die hohe Anschlussdichte eine deutlich höhere Rendite ermöglichte als in ländlichen Regionen (vgl. NASSAUISCHE NEUE PRESSE 16.12.2006). Dies führte dazu, dass der Großteil der 192 Ortsgemeinden des Westerwaldkreises bis zum Jahr 2006 nicht an das schnelle DSL-Netz angebunden war. Eine grundlegende Verbesserung wurde dadurch erzielt, dass sich zwei Kabelnetzbetreiber am 19.05.2006 vertraglich darauf einigten, 160 Gemeinden zukünftig mit Highspeed-Internet zu versorgen. Bis Mitte des Jahres 2007 war der Ausbau des Netzes abgeschlossen, sodass eine zwischenzeitlich erreichte Erschließung des Westerwaldkreises mit Breitband-Internet-Zugang von über 90% verzeichnet werden konnte (vgl. MANN 2011, S. 33).



## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Die Situation in den relativ wenigen Gemeinden, die derzeit noch nicht flächendeckend mit Highspeed-Internet-Zugängen versorgt sind, ist relativ unübersichtlich: Stellenweise gibt es einzelne Straßen, die über eine schnelle Internetverbindung verfügen, doch in nur wenigen Metern Entfernung ist dies nicht mehr der Fall. Allerdings ermöglichen dort – je nach vorhandener technischer Ausstattung – alternative Technologien zu DSL, wie beispielsweise Richtfunk, einen Internetzugang mit höherer Geschwindigkeit, sodass abschließend festgehalten werden kann, dass im Westerwaldkreis ein schneller Datenaustausch über Funk- und Leitungsnetze nahezu vollständig gewährleistet ist.

### **2.3.4 Entwicklung der Bildungseinrichtungen**

Im Bildungswesen hat der Westerwaldkreis in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere in Bezug auf Weiterbildungseinrichtungen sein Angebot ausgedehnt<sup>20</sup> (vgl. HEMME 2008, S. 76). Das derzeitige Spektrum an Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen reicht von der Grundschule bis zur Fachhochschule, von der Freizeitbildung über die Musik bis hin zur beruflichen und allgemeinbildenden Weiterbildung (vgl. ebd.). Die wichtigsten davon werden – unterteilt in allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für Arbeitskräfte (gegliedert nach Wirtschaftssektoren) sowie außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildungseinrichtungen im Folgenden dargestellt.

Im September 2007, zu Beginn des Schuljahres 2007/08, wurden im Westerwaldkreis an 55 Grundschulen, acht Hauptschulen, fünf Regionalen Schulen<sup>21</sup>, zwei Dualen Oberschulen und sechs Realschulen knapp 18.000 Schüler unterrichtet (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012). Darüber hinaus besuchten 580 Mädchen und Jungen die insgesamt acht Förderschulen im Kreisgebiet. Die sechs Gymnasien mit den Standorten Bad Marienberg, Höhr-Grenzhausen, Marienstatt (VG Hachenburg), Westerburg und Montabaur wurden von rund 5.000 Schülern besucht (vgl. ebd.)<sup>22</sup>. Neben dem staatlichen Gymnasium verfügt

---

<sup>20</sup> Dazu hat vor allem das rheinland-pfälzische Weiterbildungsgesetz vom 14.02.1975 beigetragen, das mit der Verbesserung der finanziellen Situation der Weiterbildungseinrichtungen die Arbeit der kommunal arbeitenden Volkshochschulen im Westerwaldkreis sowie der freien Träger der Erwachsenenbildung stark ausgeweitet hat (vgl. HEMME 1992, S. 22).

<sup>21</sup> In Bezug auf die Haupt- und Realschulen wurden Schüler mit dem Förderschwerpunkt *Ganzheitliche Entwicklung* nicht mitgezählt; diese werden zu den Förderschulen gerechnet.

<sup>22</sup> Darüber hinaus verfügt die Stadt Wirges seit Beginn des Schuljahres 2011/12 über ein privates Gymnasium.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

die Kreisstadt Montabaur über das landesweit einzige Musikgymnasium, dem ein Internat angeschlossen ist.

Die Berufsausbildung im Westerwaldkreis erfolgt gemeinsam mit den Betrieben im dualen System durch die zwei Berufsschulen in Montabaur und Westerburg. Darüber hinaus werden an diesen beiden Berufsschulen Bildungsgänge angeboten, die den Zugang zu einer weiterführenden Ausbildung bis hin zur Universität eröffnen, indem in den dort integrierten beruflichen Gymnasien die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife möglich ist. Insgesamt besuchten rund 5.500 Schüler zu Beginn des Schuljahres 2007/08 die verschiedenen berufsschulischen Bildungsgänge an beiden Standorten (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2008, S. 88).

Für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Arbeitskräften im primären Sektor ist das in Hachenburg ansässige Forstliche Bildungszentrum (FBZ) von Bedeutung. Es stellt die zentrale Bildungseinrichtung der Landesforstverwaltung dar. Im Hinblick auf den sekundären Sektor werden aufgrund der grundlegenden Bedeutung der Tonindustrie für den Westerwaldkreis entsprechende Bildungseinrichtungen für die Keramik vom Kreis betrieben bzw. gefördert. Einen Schwerpunkt bildet in dem Zusammenhang Höhr-Grenzhausen als Standort des Dachverbandes des Bildungs- und Forschungszentrums Keramik (BFZK) mit seinen verschiedenen Institutionen. Zum BFZK zählen unter anderem das Keramische Zentrum mit der Fachschule Keramik und der Keramik-Abteilung der Berufsbildenden Schule Montabaur, die Außenstelle der Fachhochschule Rheinland-Pfalz mit dem Fachbereich Werkstofftechnik Glas/Keramik, ein Gründerzentrum für keramische Technologien und Werkstoffe sowie das Keramikmuseum Westerwald. Bezüglich der Bildungseinrichtungen, die Arbeitskräfte im tertiären Sektor betreffen, sind die Fachhochschule der Bundesbank in Hachenburg sowie die Ausbildungsstätte der Genossenschaftsbanken auf Schloss Montabaur zu nennen. Zudem bilden die Krankenpflegeschulen in Dernbach, Montabaur und Hachenburg Pflegepersonal an den dortigen Krankenhäusern aus.

Über die dargestellten Institutionen hinaus findet im Westerwaldkreis an weiteren diversen Einrichtungen Jugend- und Erwachsenenbildung statt. In diesem Kontext sind vorrangig das Europahaus in Bad Marienberg in Bezug auf politische Bildungsarbeit sowie die Kreismusikschule Westerwald mit ihren Angeboten der praktischen Musikerziehung und der Förderung der musikalischen Bildung aufzuzählen. Der Umfang der Erwachsenenbildung im Westerwaldkreis betrug im Jahr 2006 knapp 27.000 angebotene Unterrichtsstunden, die von rund 23.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT

RHEINLAND-PFALZ 2008, S. 106). Der größte Teil der Weiterbildungsstunden (knapp 18.000) entfiel auf die Volkshochschulen (vgl. HEMME 2008, S. 78).

### **2.3.5 Gesamtüberblick über die Entwicklung des Wirtschaftsraumes Westerwaldkreis von 1974 bis 2008**

Das – an der landesweiten Entwicklung gemessene – überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum des Westerwaldkreises im Zeitraum von 1974 bis 2008 wurde von einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung begleitet. Dies lässt sich beispielhaft an dem hohen Wachstum der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer ablesen: Waren 1974 im Westerwaldkreis erst 41.714 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zu verzeichnen, stieg deren Anzahl bis 2008 um 37,3% auf 57.284. Damit nahm der Westerwaldkreis im Jahr 2008 in Bezug auf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vergleich aller rheinland-pfälzischen Landkreise die Spitzenposition ein. Diese Stellung spiegelt sich auch in den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wider: Mit einem Anteil von 4,9% am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen im Jahr 2007 (insgesamt 5,083 Milliarden Euro) vereinigte der Westerwaldkreis den höchsten Anteil aller rheinland-pfälzischen Landkreise auf sich (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009a, S. 374).

Die positive Beschäftigungsentwicklung verlief in dem Untersuchungszeitraum parallel zu einem sektoralen Wandel der Beschäftigungsstruktur: Während im Jahr 1974 1,6% der Erwerbstätigen im primären Sektor, 67,1% im produzierenden Gewerbe und 31,3% im Dienstleistungssektor tätig waren, verschoben sich die Anteile auf 1,7% (primärer Sektor), 33,7% (sekundärer Sektor) und 64,6% (tertiärer Sektor) im Jahr 2008. Diesen Werten entspricht auch in etwa der jeweilige Beitrag der drei Wirtschaftssektoren an der Bruttowertschöpfung im Kreisgebiet.

Diese Eckdaten dienen als Ausgangspunkt, im Folgenden die wirtschaftliche Entwicklung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008, differenziert nach den drei Sektoren, genauer zu betrachten.

#### *2.3.5.1 Primärer Sektor*

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der sich in (West-)Deutschland während des Untersuchungszeitraums vollzog, lässt sich anhand einiger Zahlen zu den landwirtschaftlichen Betrieben auch im Westerwaldkreis deutlich rekonstruieren.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ging von 3.599 im Jahr 1974 um mehr als drei Viertel auf 812 im Jahr 2007 zurück. Gleichzeitig stieg die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) durch den Rückgang ungenutzter Brachflächen von 26.133 auf 28.319 ha an, sodass daraus nahezu eine Verfünffachung der durchschnittlichen Betriebsgröße auf knapp 35 ha resultierte (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009a, S. 166ff). Eine differenzierte Betrachtung der Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur nach den drei Hauptklassen (vgl. HENKEL 1999, S. 111) gibt zu erkennen, dass es zu einer merklichen Zunahme der landwirtschaftlichen Groß- und Gutsbetriebe (ab 100 ha LF) im Westerwaldkreis gekommen ist. In diesem Zusammenhang wird auch von der äußeren Aufstockung der Betriebe gesprochen, die es ihnen ermöglicht, beispielsweise durch verbesserte Auslastung von Maschinen den Aufwand je Flächen- bzw. Vieheinheit zu senken und das Einkommen zu steigern (vgl. BECKS 2012).

Der Ackerlandanteil an der LF ist im Westerwaldkreis aufgrund der dort vorherrschenden natürlichen Bedingungen für die Landwirtschaft (vgl. Kap 2.2) traditionell relativ niedrig. Da jedoch seit einigen Jahren die Anbauentscheidungen der Landwirte in zunehmendem Maße von Fortschritten in der Tier- und Pflanzenzüchtung sowie von agrar- und umweltpolitischen Einflüssen bestimmt werden (vgl. SCHWICKERT 2008, S. 122), ergeben sich bezüglich dieser Verhältniszahl Schwankungen, die auf diese Faktoren zurückzuführen sind. Im Untersuchungszeitraum lässt sich für den Westerwaldkreis in diesem Zusammenhang konstatieren, dass besonders in den Jahren 1991 bis 2003 die Grünlandflächen auf Kosten des Ackerlandes stark zunahmen. Dies ist mit den EU-Agrarreformen (GAP-Reformen 1992 und 2000) sowie der Einführung des *Programms zur Förderung der umweltverträglichen Landwirtschaft* (FUL) in Rheinland-Pfalz, mit dessen Hilfe gezielt die Umwandlung von Acker- in Grünland angestrebt wird, zu erklären (vgl. ebd.). Im Jahr 2007 betrug der Anteil des Ackerlandes an der LF lediglich noch 24,7%; dieser stellt den niedrigsten Wert unter allen rheinland-pfälzischen Landkreisen dar (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009a, S. 177). Die Ackerfläche wird im Kreisgebiet vorwiegend mit Getreide (einschließlich Mais) bestellt, wobei Gerste die wichtigste Getreideart ist (vgl. SCHWICKERT 2008, S. 123).

Die überwiegende Betriebsfläche hingegen ist Dauergrünland und an die Viehhaltung gebunden. In Bezug auf diese ist festzustellen, dass sich der Anteil der Milchviehalter und der Mastschweinehalter an allen landwirtschaftlichen Betrieben im Zeitraum von 1990 bis 2003 deutlich verringert hat. Dies resultiert in erster Linie aus der zunehmenden Betriebsvereinfachung und Spezialisierung der größer werdenden Betriebe (vgl. BECKS 2012). Die erhebliche

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

innere Aufstockung der viehhaltenden Betriebe unterstreicht diese Entwicklungstendenzen: Zum Beispiel hat sich die Zahl der Milchkühe pro Halter im selben Zeitabschnitt verdreifacht (vgl. SCHWICKERT 2007, S. 112). Nur durch diesen Konzentrationsprozess kann dem Kostendruck bei fallenden Erzeugerpreisen entgegengewirkt werden (vgl. BECKS 2012). Er führt jedoch andererseits dazu, dass der kleinbäuerliche Familienbetrieb, welcher das Bild der Landschaft und Dörfer über Jahrhunderte bestimmt hat, nur noch wenig Chancen hat (vgl. GIEBELER 1995, S. 116). Zu diesem Prozess verlief parallel eine zum Teil deutliche Reduzierung des Viehbestandes. Besonders stark ist dabei die Anzahl der Legehennen (über einem halben Jahr) und der Milchkühe zurückgegangen<sup>23</sup> (vgl. SCHWICKERT 2008, S. 124).

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft kommt des Weiteren in zwei Bereichen zum Ausdruck, die seit der jüngeren Vergangenheit eine zunehmend bedeutendere Rolle spielen und auch den Landwirten im Westerwaldkreis eine Zukunftsperspektive eröffnen. Zum einen liefern der im Zeitraum von 1991 bis 2003 gestiegene Anbauflächenanteil an Handelsgewächsen, zu denen auch der Raps gehört, sowie die Prognose, dass für die Zukunft mit einer zunehmenden Bedeutung von nachwachsenden Rohstoffen (*Nawaro*) in Form von Energie-, Öl-, Eiweiß- und Faserpflanzen im Anbauspektrum zu rechnen ist (vgl. SCHWICKERT 2008, S. 124), einen Hinweis darauf, dass sich die Landwirtschaft im Kreisgebiet verstärkt auf die Energieerzeugung aus *Nawaro* einstellt. Dabei beschränkt sich die Rolle des Landwirtes als Energiewirt nicht nur auf den Anbau von *Nawaro*, sondern erstreckt sich auch auf die anschließende Erzeugung von regenerativer Energie aus diesen Rohstoffen, beispielsweise mittels Biogasanlagen, von denen sechs im Westerwaldkreis von Landwirten betrieben werden (vgl. MILLE 2008, S. 73). Zum anderen lässt der im Jahr 2007 mit 5,8% im rheinland-pfälzischen Vergleich überdurchschnittlich hohe Anteil ökologisch bewirtschafteter LF (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009a, S. 177) darauf schließen, dass die Produktion von ökologischen bzw. biologischen Erzeugnissen ein zukunftsträchtiges Feld für die Westerwälder Landwirte darstellt. Deren Direktvermarktung in Hofläden ist zunehmend bei leistungsstarken Betrieben im Westerwald zu erkennen (vgl. LANDWIRTSCHAFTSKAMMER RHEINLAND-PFALZ 2010, S. 28).

Bezüglich der Forstwirtschaft ist zu vermerken, dass die Waldfläche im Kreisgebiet um 12% von etwa 375 km<sup>2</sup> im Jahr 1978 auf rund 420 km<sup>2</sup> im Jahr 2008 zugenommen hat. Im Hin-

---

<sup>23</sup> Der Rückgang des Bestandes an Milchkühen ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich die Milchleistung der Kühe erhöht hat, sodass heute zur Erzeugung der gleichen Milchmenge weniger Tiere als früher benötigt werden (vgl. ebd., S. 125).

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

blick auf die Hauptwirtschaftsbaumarten hat sich dabei jedoch nichts geändert: Dies sind weiterhin die seit Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkt aufgeforstete Fichte sowie die Buche. Die Schwerpunktsetzung der Vermarktung des Holzes liegt auf Nutzholz.

### 2.3.5.2 Sekundärer Sektor

Das produzierende Gewerbe stellt im Westerwaldkreis während des gesamten Untersuchungszeitraums von 1974 bis 2008 einen sowohl im bundes- als auch landesweiten Vergleich überdurchschnittlich bedeutsamen Wirtschaftszweig dar. Ablesen lässt sich dies beispielhaft an dem Erwerbstätigenanteil im sekundären Sektor: Dieser betrug im Kreisgebiet 34,0% im Jahr 2008, während in der Bundesrepublik und in Rheinland-Pfalz nur noch jeweils etwa ein Viertel aller Beschäftigten zum gleichen Zeitpunkt im produzierenden Gewerbe tätig war (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009a, S. 152). Dieser relativ hohe Erwerbstätigenanteil im sekundären Sektor spiegelt sich unter anderem darin wider, dass der Westerwaldkreis im Jahr 2008 mit 213 Betrieben<sup>24</sup> sowie 17.889 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe (inklusive Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) unter allen rheinland-pfälzischen Landkreisen die Spitzenposition einnahm (vgl. ebd., S. 204). Hinzu kommen 313 Betriebe des Baugewerbes mit insgesamt 4.323 Beschäftigten (vgl. ebd., S. 211ff.) und rund 2.600 Handwerksunternehmen (vgl. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT WESTERWALDKREIS MBH 2011b). Aus der Betriebsgrößenstruktur geht der mittelständische Charakter der Industrie im Westerwaldkreis hervor: Die Mehrzahl der Westerwälder Betriebe beschäftigt weniger als 500 Mitarbeiter; Großunternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten gibt es hingegen nicht (vgl. ebd.).

Grundlage für die Industrie im Westerwaldkreis stellen immer noch die beiden bedeutsamsten Bodenschätze – Basalt und Ton – dar<sup>25</sup>. Es ist allerdings anzumerken, dass eine Abnahme der Bedeutung des Basaltabbaus, auf dem einst die industrielle Produktion des Oberwesterwaldes basierte, im Untersuchungszeitraum festzustellen ist. In den beiden größten Basaltbrüchen des Kreisgebietes in Stockum/Enspel und Nistertal/Stöffel ging die jährliche Abbaumenge von knapp 2 Mio. Tonnen auf etwa 1,3 Mio. Tonnen im Jahr 2008 zurück.

---

<sup>24</sup> Die Angabe der Anzahl der Betriebe bezieht sich an dieser Stelle sowie im Folgenden nur auf Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

<sup>25</sup> Der für den Hohen Westerwald einst bedeutsame Abbau von Braunkohle kam bereits in den 1960er-Jahren zum Erliegen (vgl. FRISCHEN 1968, S. 24f.) und spielt somit für den Untersuchungszeitraum keine Rolle mehr.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

Hinzu kommen vier weitere Steinbrüche im Kreisgebiet, in denen Basalt gewonnen wird: Dreikirchen (VG Wallmerod), Herschbach, Schenkelberg (beide VG Selters) und Nentershausen (VG Montabaur)<sup>26</sup>.

In Bezug auf den Bergbau stellt der Westerwälder Tonbergbau einen der wichtigsten Zweige in Rheinland-Pfalz dar. Darüber hinaus zählen die Tonlagerstätten im Westerwald sowohl mengen- als auch qualitätsmäßig zu den bedeutendsten in Europa (vgl. LANDESAMT FÜR GEOLOGIE UND BERGBAU RHEINLAND-PFALZ 2005). Die Förderung stieg im Kreisgebiet von 2,6 Mio. Tonnen Rohton im Jahr 1973 auf 3,0 Mio. Tonnen im Jahr 2002, die von 67 Betrieben mit 522 Beschäftigten geleistet wurde<sup>27</sup>. Sie bietet gleichzeitig die Grundlage für die tonverarbeitende Industrie. Bedingt durch den bereits seit Jahrzehnten voranschreitenden Wandel der Nachfragestrukturen nimmt in diesem Industriezweig die Produktion von Gebrauchsgegenständen aus Ton schon lange nicht mehr die vorrangige Stellung ein. Ein Großteil des gewonnenen Tons wird von der feuer- und säurefesten Industrie aufgekauft, die daraus (und aus den ebenfalls im Kreisgebiet abgebauten Quarziten) feuer- und säurefeste Massen sowie Steine produziert. Deren Betriebe sind in erster Linie auf dem Gebiet des ehemaligen Unterwesterwaldkreises ansässig mit den Produktionsschwerpunkten Höhr-Grenzhausen, Siershahn und Wirges. Sie zählen in Bezug auf ihre Mitarbeiterzahl zu den größten Industriebetrieben des gesamten Westerwaldkreises und sind nicht nur im Bereich der Ton- und keramischen Industrie von großer Bedeutung, da sie ihre Produktion im Laufe der Zeit teilweise auch auf Bereiche wie Oberflächen-, Verfahrens- und Kunststofftechnik ausdehnten (vgl. SPERLING 1992, S. 66).

Neben dem bedeutsamen Industriezweig der Tonindustrie ist des Weiteren die Glasindustrie ein wichtiger Stützpfeiler des produzierenden Gewerbes im Westerwaldkreis. Beide Zweige sind dadurch eng miteinander verzahnt, dass die Öfen der Glasindustrie feuerfeste Materialien benötigen, um den hohen Temperaturen bei der Glasschmelze standzuhalten. Daraus erklärt sich auch, dass die größten Betriebe der Glasindustrie im Westerwaldkreis an zwei Produktionsschwerpunkten der Tonindustrie vorzufinden sind: zum einen in Wirges (Glaserzeugung), zum anderen in Höhr-Grenzhausen (Glasveredelung). Im Jahr 1975 wurden erst 11% des Gesamtumsatzes der Industrie im Kreisgebiet von der Glasindustrie erwirtschaftet

---

<sup>26</sup> Die Informationen zum Basaltabbau im Westerwaldkreis erteilte Herr Winter von der Basalt-Aktien-Gesellschaft in Linz im Rahmen eines Telefongesprächs am 30.08.2011.

<sup>27</sup> Für das Jahr 2008 lagen keine offiziellen Daten vor; die Angaben zum Tonbergbau stammen vom Bergbauamt Koblenz und wurden von Hans-Georg Fiederling-Kapteinat zur Verfügung gestellt.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

(vgl. SCHMIDT 1978, S. 193), 2008 waren es 23,8% (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012).

Während sich die beiden bisher genannten Industrien auf das Gebiet des ehemaligen Unterwesterwaldkreises konzentrieren, ist für den ehemaligen Oberwesterwaldkreis der Maschinenbau sowie generell der Sektor der Metallerzeugung und -bearbeitung von besonderer Bedeutung, da dort die Mehrzahl der insgesamt 73 Westerwälder Betriebe mit 6.252 Beschäftigten im Jahr 2008 (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009b, S. 50) ansässig ist. Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt der kunststoffverarbeitenden Industrie, die auch über das gesamte Kreisgebiet verstreut ist, im Oberwesterwald (vgl. SCHMIDT 1978, S. 193 f.).

Des Weiteren befinden sich im Westerwaldkreis mit der holzbearbeitenden Industrie, dem Ernährungsgewerbe (inklusive Tabakverarbeitung) sowie der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (einschließlich Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik) noch drei weitere Industriezweige, die im Jahr 2008 mehr als zehn Betriebe aufwiesen (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009b, S. 50).

Bei Betrachtung der örtlichen Verteilung der Industriebetriebe lässt sich insgesamt konstatieren, dass der Schwerpunkt des produzierenden Gewerbes im südlichen Westerwaldkreis liegt.

### *2.3.5.3 Tertiärer Sektor*

Während primärer und sekundärer Sektor im Westerwaldkreis im Zeitraum von 1974 bis 2008 sowohl im Hinblick auf ihren jeweiligen Anteil an der Bruttowertschöpfung als auch an den Erwerbstätigen an Bedeutung verloren, verzeichnete der tertiäre Sektor in diesen beiden Bereichen einen deutlichen Zuwachs. Dennoch liegt der Anteil der Erwerbstätigen mit 64,6% im Kreisgebiet unterhalb des Niveaus der entsprechenden Werte für Rheinland-Pfalz (71,3%) und die Bundesrepublik (72,9%) (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND 2011).

Der im vorangegangenen Unterkapitel beschriebene Industriesektor des Westerwaldkreises wird durch eine Vielfalt kleinerer und mittelgroßer Handelsbetriebe ergänzt (vgl. SCHMIDT 1978, S. 196). Deren Anzahl und die der dort beschäftigten Arbeitnehmer ist im Laufe der letzten knapp vier Jahrzehnte gestiegen: Im Jahr 1970 gab es im Gebiet des heutigen Wes-



## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

terwaldkreises insgesamt über 1.800 Handelsbetriebe mit etwa 6.400 Beschäftigten (vgl. ebd.); im Jahr 2008 waren es 2.191 Betriebe mit 8.780 Beschäftigten. Der größte Teil im Rahmen des Handelssektors entfällt in diesem Zusammenhang auf den Einzelhandel mit 4.273 Arbeitnehmern in 1.170 Betrieben (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012).

Über den Handelssektor hinaus ist des Weiteren der Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen im tertiären Sektor von Bedeutung. Im Kreisgebiet wurden dort im Jahr 2008 1.387 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) gezählt (vgl. ebd.). In Bezug auf die Kreditinstitute ist zu erwähnen, dass neben den Sparkassen und einer großen Zahl von Genossenschaftsbanken ebenfalls die Großbanken vertreten sind (vgl. SCHMIDT 1978, S. 197).

Das Fremdenverkehrsgewerbe – welches genauso wie die Industrie im Westerwaldkreis eine mittelständische Struktur aufweist – hat im Untersuchungszeitraum eine besonders dynamische Entwicklung erfahren. Für die Angebotsseite lässt sich zunächst feststellen, dass sich die touristischen Betriebe im Kreisgebiet auf insgesamt 33 Orte mit Fremdenverkehrsprädi- katen (Bad Marienberg als Heilbad sowie sieben Erholungs- und 25 Fremdenverkehrsorte) konzentrieren. Bemerkenswert ist, dass einerseits die Anzahl der Betriebe von 195 im Jahr 1976 auf 119 im Jahr 2008 abgenommen hat, andererseits jedoch die verbliebenen über eine um fast 40% höhere Bettenkapazität mit 5.568 Betten verfügten (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009a, S. 254). Dies ist auf einen Strukturwandel der Fremdenverkehrsbetriebe zurückzuführen: Einige kleinere Betriebe wurden aufgegeben, während die größeren ihre Bettenanzahl steigerten. Gleichzeitig hat sich eine deutliche Ausweitung der Nachfrage ergeben: Wurden 1975 insgesamt rund 88.000 Gäste mit nahezu 400.000 Übernachtungen gezählt (vgl. SCHMIDT 1978, S. 198), waren es im Jahr 2008 etwa drei Mal so viele Gäste (250.420) und rund 653.000 Übernachtungen (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2009a, S. 251). Der Anteil der ausländischen Gäste hat sich hingegen kaum verändert: er stieg nur leicht von 6 auf 6,8% an (vgl. ebd., S. 252). Dies ist ein relativ geringer Wert – der Landesdurchschnitt lag im Vergleich dazu im Jahr 2008 bei 22,3% (vgl. ebd., S. 251f.). Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste im Westerwaldkreis nahm merklich von 4,5 auf 2,6 Tage ab und liefert somit ein erstes Indiz für die zunehmende Bedeutung des Tagestourismus.

Bei einer differenzierteren Betrachtung des Tourismussektors im Westerwaldkreis zeigt sich, dass es sowohl einige lokale Schwerpunkte des Fremdenverkehrsangebotes als auch ein-

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

zelne Verbandsgemeinden gibt, die im Untersuchungszeitraum ein überdurchschnittlich starkes Wachstum an Gästen erfahren haben. Zum Beispiel stellt die VG Hachenburg die Verbandsgemeinde mit den meisten Fremdenverkehrsbetrieben (31 im Jahr 2008) sowie der höchsten durchschnittlichen Verweildauer (4,3 Tage) dar. Den auffälligsten Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen registrierten die Verbandsgemeinden Höhr-Grenzhausen und Westerburg. In der VG Höhr-Grenzhausen haben sich von 1974 bis 2008 die entsprechenden Werte nahezu verdreifacht auf 55.352 Gäste und 111.215 Übernachtungen. Darüber hinaus ist die Stadt Höhr-Grenzhausen mit 635 Betten<sup>28</sup> die Gemeinde mit dem größten Angebot an Fremdenbetten im gesamten Kreisgebiet. In der VG Westerburg wuchs das Besucheraufkommen um etwa das Siebenfache auf 28.971 Gäste bei einer Übernachtungszahl von 56.590. Dieser außerordentlich hohe Anstieg ist in erster Linie auf ein im Jahr 1995 eingeweihtes großes Hotel in Stahlhofen am Wiesensee bei Westerburg zurückzuführen. Für den Tourismus relativ unbedeutende Gebiete sind die Verbandsgemeinden Selters und Wallmerod. In beiden Verbandsgemeinden haben sich die ohnehin verhältnismäßig geringen Gäste- und Übernachtungszahlen im Untersuchungszeitraum ungefähr jeweils halbiert, sodass in der VG Selters im Jahr 2006 lediglich 3.237 Gäste mit 10.285 Übernachtungen und in der VG Wallmerod nur noch 921 Gäste und 2.373 Übernachtungen im Jahr 2004 gezählt wurden<sup>29</sup>.

### **2.3.6 Die wirtschaftsräumliche Gliederung des Westerwaldkreises**

Um den Westerwaldkreis mit seinen einzelnen Wirtschaftsräumen differenziert darzustellen, wird im Folgenden auf die wirtschaftsräumliche Gliederung der Bundesrepublik Deutschland zurückgegriffen, die im Rahmen der geographisch-landeskundlichen Bestandsaufnahme von 1960 bis 1969 in einer Gemeinschaftsarbeit des Zentralausschusses für deutsche Landeskunde und des Instituts für Landeskunde entstand (vgl. HOTTES / MEYNEN / OTREMBA 1972). In dieser wissenschaftlichen Strukturuntersuchung wurden Einheiten ausgewiesen, „die den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Gesamtkomplex als flächen- und standortgebundenes Wirkungsgefüge zum Inhalt haben“ (ebd., S. 10). Somit handelt es sich bei einer wirtschaftsräumlichen Einheit um einen nach seinem Gesamtcharakter durch ein bestimmtes Wirtschaftsgefüge und durch eine ihm entsprechende Sozialstruktur individuell abgrenzbaren Erdraum (vgl. ebd.). Deren Benennung orientiert sich an ihrem individuellen Charakter und

---

<sup>28</sup> Für das Jahr 2008 lagen keine Angaben vor; die Zahl bezieht sich deshalb auf das Jahr 2010.

<sup>29</sup> Sowohl für die VG Selters als auch für die VG Wallmerod lagen die entsprechenden Werte für das Jahr 2008 nicht vor.

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

enthält eine passende lokalisierende Bezeichnung und gegebenenfalls das die Einheit prägende Strukturelement aus dem wirtschaftlich-sozialen Gesamtkomplex (vgl. ebd., S. 12).

Aus dem Kleinmosaik der einzelnen wirtschaftsräumlichen Einheiten wurden durch den Vergleich der Struktur sowie das Zusammengehören entsprechend der Lage und der Kernbindung die übergeordnete Ebene der Wirtschaftsbezirke gefunden (vgl. ebd., S. 14). Diese wurden wiederum, gemäß ihrer großen und groben Verwandtschaftsgrade, Lagen und Funktionen, zu Wirtschaftsgebieten zusammengefasst (vgl. ebd.). So gehört zum Beispiel das Gebiet des Westerwaldkreises zum Wirtschaftsbezirk *Westerwald*, der eine Fläche von 2.005 km<sup>2</sup> umfasst, und zum Wirtschaftsgebiet *Rheinisches Mittelgebirgsland*, welches mit seinen 21.840 km<sup>2</sup> Fläche als „Land meist unselbständiger Nebenerwerbslandwirtschaft mit weitgestreuter gewerblich-industrieller Wirtschaft“ (ebd., S. 155) charakterisiert wurde.

Bei der Aufgabe, ein bestimmtes Gebiet wirtschaftsräumlich zu gliedern, ergibt sich im Gegensatz zur naturräumlichen Gliederung, die stabil und in ihren Kriterien eindeutig ist, das Problem, dass sich Wirtschaft dynamisch verhält. Dementsprechend verstehen sich Grenzunsicherheit und Instabilität von selbst (vgl. ebd., S. 4). Insbesondere der sektorale Wandel der Beschäftigungsstruktur, der sich im Untersuchungszeitraum von 1974 bis 2008 vollzog, hat mit dazu beigetragen, dass sich seit Fertigstellung der wirtschaftsräumlichen Gliederung der Bundesrepublik einige Grenzen verschoben haben und sogar – bei näherer Betrachtung – eine neue Benennung der einzelnen Einheiten unter Umständen erforderlich sein könnte. Diese Aufgabe stellt eine Forschungslücke in Bezug auf das Untersuchungsgebiet dar, welche jedoch in der vorliegenden Arbeit nicht geschlossen werden kann. Dennoch ist eine kurze Portraitierung der insgesamt drei wirtschaftsräumlichen Einheiten, die zum Westerwaldkreis zählen (*Vorderer Westerwald*, *Hoher Westerwald* und *Montabaur*, *Kannenbäckerland*), in diesem Kapitel sinnvoll, da sie die ökonomischen Gegebenheiten im Kreisgebiet zu Beginn der Betrachtung im Jahr 1974 noch hinreichend widerspiegeln.

### 2.3.6.1 *Vorderer Westerwald*

Die wirtschaftsräumliche Einheit *Vorderer Westerwald* umfasst auf einer Fläche von rund 910 km<sup>2</sup> den westlichen Teil des Wirtschaftsbezirkes *Westerwald* (vgl. ebd., S. 162f.). Er ist durch die Verkehrslinien und die Täler zum Rhein besser aufgeschlossen als der zentrale Teil. Die dort ansässige, vorwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft ist uneinheitlich entwickelt und auf einen Zuverdienst angewiesen (vgl. FISCHER 1996, S. 80). Neben der Natursteinindustrie und Kleingewerbe sind Ansätze von Fremdenverkehrsgewerbe zu erkennen – insbesondere

## 2. DAS UNTERSUCHUNGSGEBIET

---

im westlichen Vorderen Westerwald, der nicht mehr zum Westerwaldkreis zählt. Dort befinden sich die Hauptorte des Fremdenverkehrs entlang des Wiedtales.

### *2.3.6.2 Hoher Westerwald und Montabaur*

Diese wirtschaftsräumliche Einheit ist mit rund 995 km<sup>2</sup> Fläche die größte der insgesamt drei und umfasst das Kerngebiet des Westerwaldes. Verkehrsgeographisch bedingt befinden sich ihre gewerblichen und zentralen Orte in Montabaur und Hachenburg sowie in dem nicht mehr zum Kreisgebiet gehörenden Altenkirchen. Es handelt sich um ein Mittelgebirgsgebiet mit Landwirtschaft und örtlicher Erholungsverkehrswirtschaft (vgl. ebd., S. 162f.). Die Landwirtschaft ist dabei stark auf Futterbau und Viehhaltung orientiert (vgl. FISCHER 1996, S. 80). Gewerbliche Ansätze sind vor allem bei der Holz- und Metallverarbeitung sowie in der Steinindustrie erkennbar (vgl. ebd.).

### *2.3.6.3 Kannenbäckerland*

Die kleinste wirtschaftsräumliche Einheit des Westerwaldkreises ist das Kannenbäckerland mit knapp 99 km<sup>2</sup> Fläche. Diese Region ist mit ihren wirtschaftlichen Verflechtungen teilweise nach Montabaur und teilweise zum Neuwieder Becken hin ausgerichtet. Ihre Wirtschaft stützt sich auf die Tonvorkommen; dementsprechend ist das Kannenbäckerland ein regionales Zentrum der Produktion der Fein- und Grobkeramik, des Kunstgewerbes und der Gartenkeramik sowie der feuerfesten Hilfsgüter für die Industrie (vgl. HOTTES / MEYNEN / OTREMBIA 1972, S. 162f.). Die wichtigsten Gewerbeorte sind Höhr-Grenzhausen, Ransbach-Baumbach, Siershahn und Wirges. Ergänzt wird der sekundäre Sektor durch eine kleinstrukturierte Landwirtschaft (vgl. FISCHER 1996, S. 80).

## **3 ANALYSE DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG NACH ZEITABSCHNITTEN**

Würde die Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises in einem durchgehenden Block von 1974 bis 2008 betrachtet werden, bestünde das hohe Risiko, dass kurzzeitige Gesamtentwicklungen im Zeitumfang weniger Jahre oder regionale Dynamiken – wie zum Beispiel eine äußerst negative Entwicklung eines Teilraumes binnen relativ kurzer Zeit – nicht erfasst werden. Daher wird, aufbauend auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008, in Kap. 3.2 eine theoretisch fundierte Unterteilung der Bevölke-

rungsentwicklung in insgesamt fünf Zeitabschnitte vorgenommen. Für jeden dieser Zeitabschnitte wird im Anschluss (Kap. 3.3 bis 3.7) zunächst ein Überblick über die zentralen Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene gegeben, um dann die Betrachtung regional differenzierter für die Gemeinden vorzunehmen. Die Auswahl der Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich dabei auch an dem Ziel, zu untersuchen, inwiefern sich in den einzelnen Phasen drei wesentliche Komponenten des Demographischen Wandels (Alterung der Bevölkerung, Wanderungsbewegungen und die mit ihnen verbundene Internationalisierung der Gesellschaft) nachweisen lassen. Das Resultat dieser Analyse nach Phasen wird abschließend in Abschnitt 3.8 präsentiert, welcher auch eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse bezüglich der Bevölkerungsentwicklung im gesamten Untersuchungszeitraum liefert.

Diesen umfangreichen Analysen werden Hinweise bezüglich Quellen und Methodik vorangestellt (Kap. 3.1), die sich im Übrigen auch auf die Untersuchungen in den Kapiteln 4 bis 6 beziehen.

#### **3.1 Quellen und methodische Hinweise**

Zur Analyse der Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 wurden vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems kostenpflichtige Daten in Form von Excel-Tabellen zur Verfügung gestellt. Diese erlaubten eine detaillierte Analyse der Bevölkerungsentwicklung und des Wanderungsgeschehens für die insgesamt 192 Gemeinden. Im Einzelnen umfasst das Datenpaket die in Tab. 6 aufgelisteten Kennziffern; allerdings sind nicht in jedem Fall die Daten aus dem kompletten Untersuchungszeitraum verfügbar. Der jeweilige Stichtag ist der 31.12. eines jeden Jahres und die Angaben lagen bis zur Gemeindeebene vor, sofern nichts Abweichendes vermerkt ist. Da das Datenpaket im Jahr 2010 zusammengestellt wurde, wird als Datenbasis bei den entsprechenden Tabellen und Abbildungen die Bezeichnung „STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010“ aufgeführt.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 6: Zur Verfügung stehende Kennziffern für die Analyse der Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis**

<b>Kennziffer</b>	<b>Zeitraum bzw. -punkt</b>
Bodenfläche	1978, 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2008
Bevölkerung nach Geschlecht (30.06. und 31.12.)	1974-2008
Ausländische Bevölkerung	1987-2008
Ausländische Bevölkerung nach ausgewählter Staatsangehörigkeit (nur auf Kreisebene)	1974-2008
Bevölkerung nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren bis 90 und älter	1987-2008
Gestorbene nach Geschlecht	1974-2008
Lebendgeborene nach Geschlecht	1974-2008
Wanderungen über die Bundesgrenze nach Geschlecht und Altersgruppen <sup>30</sup>	1974-2008
Wanderungen über die Gemeindegrenzen nach Geschlecht und Altersgruppen	1974-2008

**Quelle: Eigene Darstellung**

Die dieser Doktorarbeit zugrunde liegenden, in Tab. 6 aufgeführten Bevölkerungs- und Wanderungsstatistiken basieren bis einschließlich 1986 auf der Bevölkerungsfortschreibung<sup>31</sup> der Volkszählung vom 27.05.1970 und ab dem 30.06.1987 auf der Fortschreibung des Zensus vom 25.05.1987. Eine Rückrechnung wurde in diesem Kontext vom Statistischen Landesamt nicht vorgenommen, sodass in der Zeitreihe der Bevölkerungsentwicklung bis zum 31.12.1986 und dem Stichtag der Volkszählung im Jahr 1987 ein methodisch bedingter Strukturbruch vorliegt, welcher insbesondere bei regionaler Betrachtung größere Ausmaße annehmen kann. Dies wird im Folgenden exemplarisch an der Ortsgemeinde Kölbingen (VG Westerburg) erläutert: Am 31.12.1986 lag die Bevölkerungszahl dort bei 843 Personen. Nach Addition des Saldos der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbilanz hätte die Einwohnerzahl bis zum 31.12.1987 auf 848 zugenommen. Die Volkszählung und die

<sup>30</sup> Die Daten nach Altersgruppen umfassen insgesamt neun Altersklassen: unter 6 Jahre, 6 bis 14 Jahre, 15 bis 17 Jahre, 18 bis 20 Jahre, 21 bis 29 Jahre, 30 bis 44 Jahre, 45 bis 59 Jahre, 60 bis 64 Jahre, 65 bis 74 Jahre sowie 75 Jahre und älter.

<sup>31</sup> Bevölkerungsfortschreibung bedeutet, dass nach den Unterlagen der Standes- und Einwohnermeldeämter die Anzahl der Geburten und Sterbefälle sowie die Anzahl der Zu- und Fortzüge addiert bzw. subtrahiert werden.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

---

darauf aufbauende Fortschreibung ergaben jedoch einen Bevölkerungsstand von 797 Personen; dies entspricht einer Differenz von 51 Einwohnern.

Im Hinblick auf die Bevölkerungsfortschreibung ist darauf hinzuweisen, dass die Statistischen Landesämter im April 1983 die Fortschreibung der Einwohnerzahlen auf die Bevölkerung am Ort, d. h. auf die Hauptwohnsitze, umgestellt haben (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2001, S. 14). Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Zweit- bzw. Nebenwohnsitze ebenfalls mit berücksichtigt. Durch diesen Umstand bedingt ergab sich die Frage, ob die Nebenwohnsitze bis zum Jahr 1983 mit in die Analyse einbezogen werden sollten oder nicht. Die Nichtberücksichtigung von Zweit- bzw. Nebenwohnsitzen birgt die Gefahr in sich, dass dadurch beispielsweise die Wanderungsfälle außer Acht bleiben, bei denen im Rahmen eines vollzogenen Ortswechsels der ursprüngliche Hauptwohnsitz in einen Nebenwohnsitz umgewandelt und irgendwann später die Nebenwohnung aufgegeben wird (vgl. BETZ 1988, S. 44). Des Weiteren besteht bei Nichtberücksichtigung das Problem, dass im Falle einer Aufgabe des zweiten Wohnsitzes und gleichzeitiger Wiederinanspruchnahme des ersten Wohnsitzes in der Gemeinde des Hauptwohnsitzes keine Anmeldepflicht für die Wanderung begründet wird, obwohl dieser Vorgang die gleichen Konsequenzen für das Herkunfts- und Zielgebiet besitzt wie die Verlegung eines ersten Wohnsitzes an einen anderen Ort (vgl. VANBERG 1971, S. 24). Aufgrund dieser skizzierten Schwierigkeiten werden die Nebenwohnsitze bis zum Jahr 1983 mit berücksichtigt.

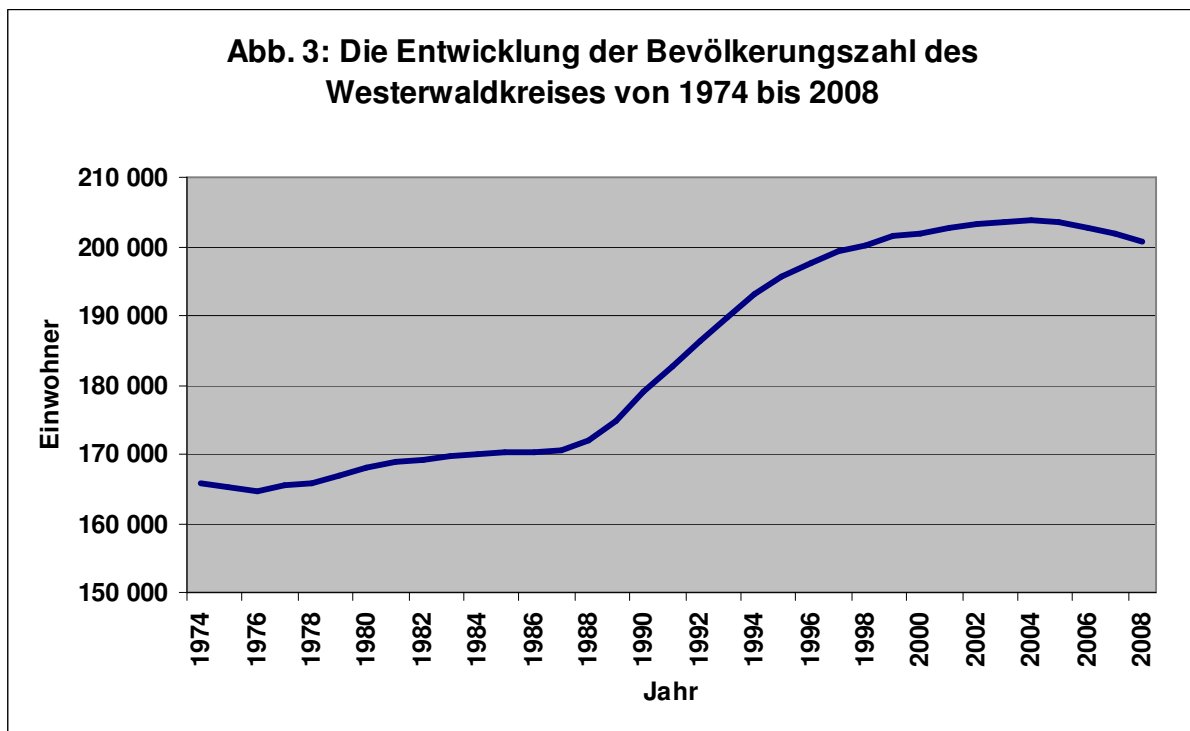
Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung konnte bei der Analyse der Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungen auf die Residualmethode (Differenzmethode) zurückgegriffen werden, weil vollständige Daten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung und zu den Wanderungen vorlagen. Diese wurden mit einem Tabellenkalkulationsprogramm bearbeitet und auch entsprechend in grafische Darstellungen (in Form von unterschiedlichen Diagrammtypen) umgewandelt. Dadurch wird eine plastische und leicht verständliche Abbildung der Bevölkerungsentwicklung ermöglicht, die für ausgewählte Aspekte durch Karten (siehe Anhang A) ergänzt wird. Diese betrachten ebenfalls einen Zeitpunkt bzw. -raum, sodass ein raumzeitlicher Vergleich möglich wird. Die Karten wurden mithilfe des Geographischen Informationssystems ArcGIS (Version 9.3.1) erstellt. Die dazu notwendigen Geobasisinformationen mit den Kreis-, Verbandsgemeinde- und Gemeindegrenzen des Westerwaldkreises stammen aus dem Digitalen Landschaftsmodell (ATKIS-Basis-DLM) des Landesamtes für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, entsprechen dem Gebietsstand des Jahres 2007 und wurden digital im Shapefile-Datenformat zur Verfügung gestellt.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Die Analyse der Bevölkerungsdaten erfolgt stets zunächst auf der Ebene des gesamten Westerwaldkreises; anschließend wird die Verbandsgemeinde- und Gemeindeebene untersucht. Zusammenfassend bedeutet dies, dass jeweils „vom Großen zum Kleinen“ vorgegangen wird mit dem Ziel, sowohl makro- als auch mikroräumliche Tendenzen und Strukturen zu identifizieren.

#### 3.2 Entwicklung der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008

Im Zeitraum von 1974 bis 2008 steigt die Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 165.892 um 34.887 Personen auf 200.779 an. Dies entspricht einem Bevölkerungszuwachs von 21,0%; dieser liegt somit weit über den Werten für Rheinland-Pfalz und die Bundesrepublik Deutschland<sup>32</sup>. Das Bevölkerungswachstum im Untersuchungszeitraum gestaltet sich jedoch mit unterschiedlicher Intensität und nicht streng monoton, wie aus Abb. 3 ersichtlich wird.



Quelle: Eigene Darstellung

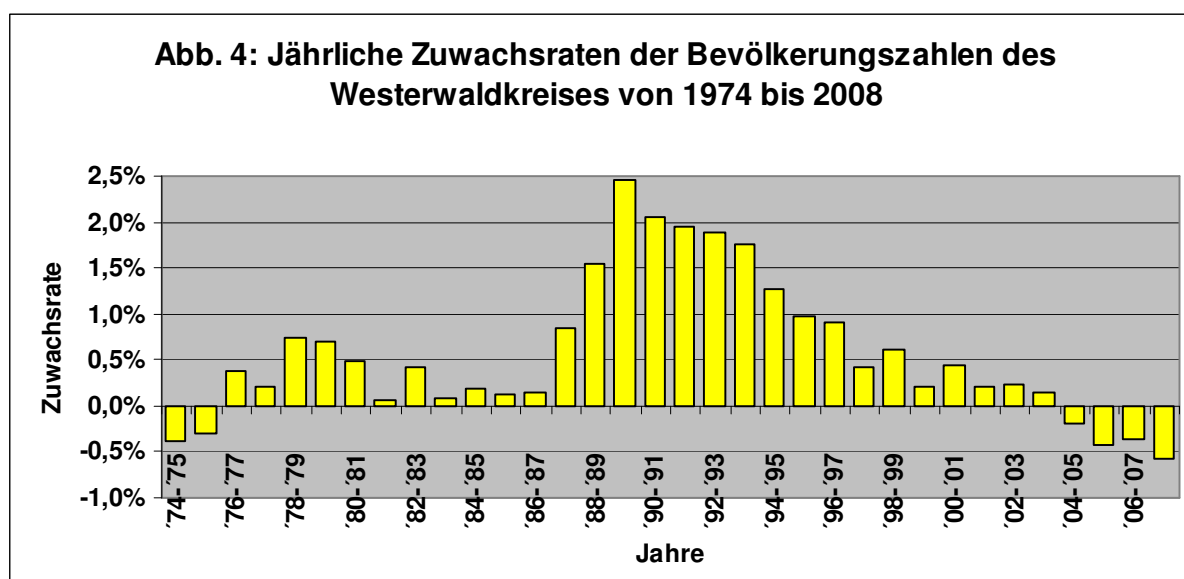
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

<sup>32</sup> In der Bundesrepublik steigt die Bevölkerungszahl im selben Zeitraum lediglich um 3,9% auf 82,0 Mio. (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2011b), in Rheinland-Pfalz um 9,2% auf 4,03 Mio.



### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Bei genauerer Betrachtung von Abb. 3 und einem Blick auf die Bevölkerungsstände zum 31.12. eines jeden Untersuchungsjahres kristallisieren sich fünf verschiedene Zeitabschnitte der Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises heraus. Der erste erstreckt sich von 1974 bis 1978, der von nur geringfügigen Veränderungen der Bevölkerungszahl, die in diesen Jahren in etwa bei 166.000 liegt, geprägt ist. Darauf folgt eine Phase mäßigen Wachstums bis zum Jahr 1987, in der die Einwohnerzahl erstmalig die 170.000-Marke überschreitet. An diese knüpft der Abschnitt mit den stärksten jährlichen Wachstumsraten von bis zu 2,46% in den Jahren 1989-1990 an (vgl. Abb. 4), welcher dazu führt, dass der Westerwaldkreis bis 1997 schon nahezu 200.000 Einwohner aufweist. Danach schwächt sich der Anstieg der Bevölkerung merklich auf Zuwachsraten ab, die mit der zweiten Phase vergleichbar sind (im Schnitt jeweils etwa 0,32%) und bis zum Jahr 2004 anhalten. Der fünfte und letzte Zeitabschnitt schließlich ist durchweg von einem leichten Bevölkerungsrückgang geprägt, der im letzten Jahr der Betrachtung mit einem Bevölkerungsschwund von -0,57% bzw. 1.159 Personen seinen – zumindest vorläufigen – Höhepunkt erreicht. Die grafische Darstellung der jährlichen Zuwachsraten der Bevölkerung (vgl. Abb. 4) verdeutlicht diese Entwicklung.



Quelle: Eigene Darstellung

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Diese Betrachtung rechtfertigt es, die folgende Analyse in fünf festgelegte Zeiträume zu unterteilen. In diesem Zusammenhang ist jedoch eine kleine Modifikation infolge des Zensus im Jahr 1987 vorzunehmen: Da die Bevölkerungsdaten ab 1987 auf der neuen Basis der Volkszählung beruhen, wäre es streng genommen nicht korrekt, dieses Jahr noch mit in die zweite Phase aufzunehmen, weil die Daten aus den vorangegangenen Jahren auf einer anderen Grundlage fußen und es insbesondere bei regionaler Betrachtung der Jahre 1986-1987 zu

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

erheblichen Verzerrungen kommen könnte (vgl. Kap. 3.1). Deshalb reicht die zweite Phase nur bis zum Jahr 1986, obwohl die Zuwachsrate im Zeitraum 1986-1987 mit +0,15% dem allgemeinen Trend des mäßigen Bevölkerungswachstums in dem Zeitabschnitt ab 1978 entspricht. Die Daten der dritten bis fünften Phase beruhen folglich, im Gegensatz zu den ersten beiden, auf der Volkszählung von 1987 bzw. deren Fortschreibung. Da die unterschiedlichen Basiswerte durch diese kleine Veränderung in der Festlegung der Zeitabschnitte berücksichtigt werden, können die Ergebnisse aller fünf Phasen problemlos miteinander verglichen werden.

Bei allen zur Verfügung stehenden Daten handelt es sich um Bilanzen am jeweiligen 31.12. des entsprechenden Jahres; deshalb ist – mit Ausnahme der dritten Phase aus den o.g. Gründen – das letzte Jahr der vorangehenden Phase gleichzeitig das erste Jahr der darauf folgenden Phase. Zur Illustration dieses Sachverhaltes dient der fünfte Zeitabschnitt von 2004 bis 2008: Würde das Jahr 2004 nicht mit in die Betrachtung dieser Phase einbezogen, würde der Zeitraum vom 31.12.2003 bis zum 31.12.2004 nicht berücksichtigt werden. Der 31.12.2004 stellt somit den Beginn der Analyse bis zum 31.12.2008 dar.

Dementsprechend wird die folgende Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in die in Tab. 7 aufgeführten Zeitabschnitte unterteilt, die gemäß dem Trend der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten charakterisiert werden.

**Tab. 7: Die fünf Phasen der Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008**

Nr.	Zeitabschnitt	Titel
1	1974-1978	Phase der anfänglichen Stagnation
2	1978-1986	Phase des mäßigen Wachstums
3	1987-1997	Phase des stärksten Wachstums
4	1997-2004	Phase des abflauenden Wachstums
5	2004-2008	Phase des kontinuierlichen Rückgangs

**Quelle: Eigene Darstellung**

Die Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung nach Phasen wird für alle Zeitabschnitte getrennt nach der Kreis- und Verbandsgemeindeebene auf der einen Seite und der Gemeindeebene auf der anderen Seite vorgenommen. Die wichtigsten Ergebnisse der Analyse der Bevölkerungsentwicklung auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene werden dabei stets nach dem gleichen Muster dargestellt: Nach einer kurzen Zusammenfassung der zentralen Er-

kenntnisse für den Westerwaldkreis wird zunächst die Entwicklung der Bevölkerungszahlen präsentiert. Im Anschluss wird aufgezeigt, inwiefern einerseits die natürliche Bevölkerungsbewegung und andererseits die Wanderungen zu der Veränderung der Einwohnerzahlen beigetragen haben. Danach lässt die Entwicklung des Medianalters einen Aufschluss über das Ausmaß des demographischen Alterungsprozesses zu. Ab der dritten Phase ist es mit dem vorliegenden Datenmaterial zusätzlich möglich, die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung aufzuführen. Anhand dieser Darstellung wird eine weitere Komponente des Demographischen Wandels – die Internationalisierung der Bevölkerung – deutlich.

Wie bei der Darstellung der zentralen Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene wird auch für die regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene ein gleiches Verfahren für alle fünf Phasen angewandt. Zunächst wird untersucht, wie sich das Verhältnis der Gemeinden mit Einwohnerzunahmen und -abnahmen zueinander gestaltet. Im Anschluss werden jeweils die fünf Ortsgemeinden mit den höchsten durchschnittlichen jährlichen Wachstums- bzw. Verlustraten präsentiert. Zusätzlich wird für die Gemeinden, in denen sich klare Ursachen für ihre extremen Entwicklungen identifizieren lassen, eine Interpretation der Ergebnisse vorgenommen. Danach erfolgt eine Darstellung der Anzahl der Gemeinden des Westerwaldkreises gemäß der Höhe der Einwohnerzunahme bzw. -abnahme. In diesem Kontext werden darüber hinaus regionale Verbreitungsmuster der Bevölkerungsgewinne bzw. -verluste aufgezeigt, sofern sie eindeutig zu erkennen sind. Auf die Entwicklung der Städte wird abschließend gesondert eingegangen.

Dieser umfangreichen Analyse wird zur besseren Übersicht eine kurze Charakterisierung der jeweiligen Phase nach ihrem Verlauf der jährlichen Wachstumsraten der Bevölkerung des Westerwaldkreises vorangestellt.

#### **3.3 Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1974 bis 1978 (Phase der anfänglichen Stagnation)**

Zu Beginn der Betrachtung wird die Entwicklung der Bevölkerung des Westerwaldkreises von einer Phase geprägt, in der nur geringfügige Veränderungen des Bevölkerungsstandes registriert werden. Deshalb wird sie auch als Phase der anfänglichen Stagnation bezeichnet. Während dieses Abschnittes kommt es in den ersten beiden Jahren sogar zu einem leichten Bevölkerungsschwund; erst danach setzt ein leichtes Wachstum ein.

#### 3.3.1 Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene

Die Phase der anfänglichen Stagnation führt im Westerwaldkreis zu einer kaum merklichen Abnahme des Bevölkerungsstandes (vgl. Kap. 3.3.1.1). Einem Geburtendefizit steht ein etwas geringerer Wanderungsgewinn gegenüber (vgl. Kap. 3.3.1.2 und 3.3.1.3). Das Medianalter steigt während des ersten Zeitabschnitts auf 35,34 Jahre an (vgl. Kap. 3.3.1.4).

##### 3.3.1.1 Entwicklung der Bevölkerungszahlen

Im Jahr 1974 zählt der Westerwaldkreis 165.892 Einwohner; bis 1978 geht die Bevölkerung geringfügig auf 165.716 zurück – die Abnahme liegt dementsprechend lediglich bei -0,11%, sodass von einer Stagnation gesprochen werden kann. Tabelle 8 verdeutlicht die Entwicklung auf Kreisebene und zeigt anhand der mittleren Bevölkerungszahl, die unter dem Niveau von 1978 liegt, dass es während dieser Phase der Stagnation Zeitabschnitte sowohl mit Bevölkerungsgewinnen als auch -verlusten gegeben hat.

**Tab. 8: Stagnation der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1974 bis 1978**

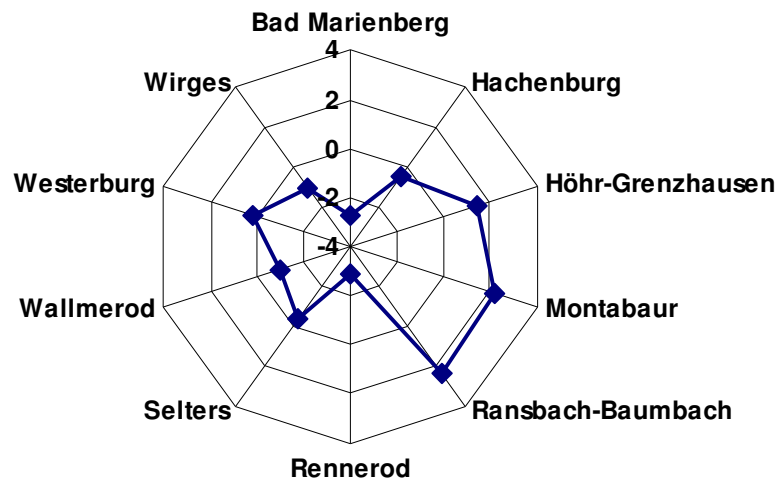
Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Bevölkerungsabnahme (im Jahresdurchschnitt)	
1974	1978	1974-1978	absolut	in %
165.892	165.716	165.402	-44	-0,03

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die Zahlen für den Westerwaldkreis schließen jedoch nicht aus, dass sich bei Betrachtung auf Verbandsgemeindeebene ein differenzierteres Bild ergibt. Das Netzdiagramm (Abb. 5) liefert zunächst eine Übersicht über die Entwicklung der Einwohnerzahlen, indem es die prozentuale Veränderung der Bevölkerungszahlen der zehn Verbandsgemeinden zeigt.

**Abb. 5: Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 1978 (in %)**



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Es wird deutlich, dass nicht alle Verbandsgemeinden eine stagnierende Entwicklung durchlaufen. Auf der einen Seite haben insbesondere die Verbandsgemeinden Montabaur und Ransbach-Baumbach im südlichen Kreisgebiet mit 2,20% respektive 2,37% Bevölkerungszunahmen aufzuweisen, während die beiden im nördlichen Kreisgebiet gelegenen Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Rennerod hingegen Verluste in etwa der gleichen Größenordnung (-2,73% und -2,93%) zu verzeichnen haben. Tabelle 9 listet neben den relativen Veränderungen, bezogen auf den Jahresdurchschnitt, zusätzlich die absoluten Veränderungen der Bevölkerungszahlen auf.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 9: Veränderungen der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 1978**

Verbandsgemeinde	Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Veränderung der Bevölkerungszahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1974	1978	1974-1978	absolut	in %
Bad Marienberg	16.207	15.764	15.968,4	-110,75	-0,69
Hachenburg	20.626	20.517	20.519,8	-27,25	-0,13
Höhr-Grenzhausen	12.178	12.348	12.221,2	42,5	0,34
Montabaur	30.297	30.964	30.563,6	166,75	0,55
Ransbach-Baumbach	10.691	10.944	10.807,4	63,25	0,59
Rennerod	14.381	13.960	14.059,4	-105,25	-0,75
Selters	12.593	12.550	12.560,6	-10,75	-0,09
Wallmerod	11.114	11.004	11.055,6	-2,5	-0,02
Westerburg	20.241	20.283	20.227,4	10,5	0,05
Wirges	17.564	17.382	17.418,6	-45,5	-0,26

**Quelle: Eigene Darstellung**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

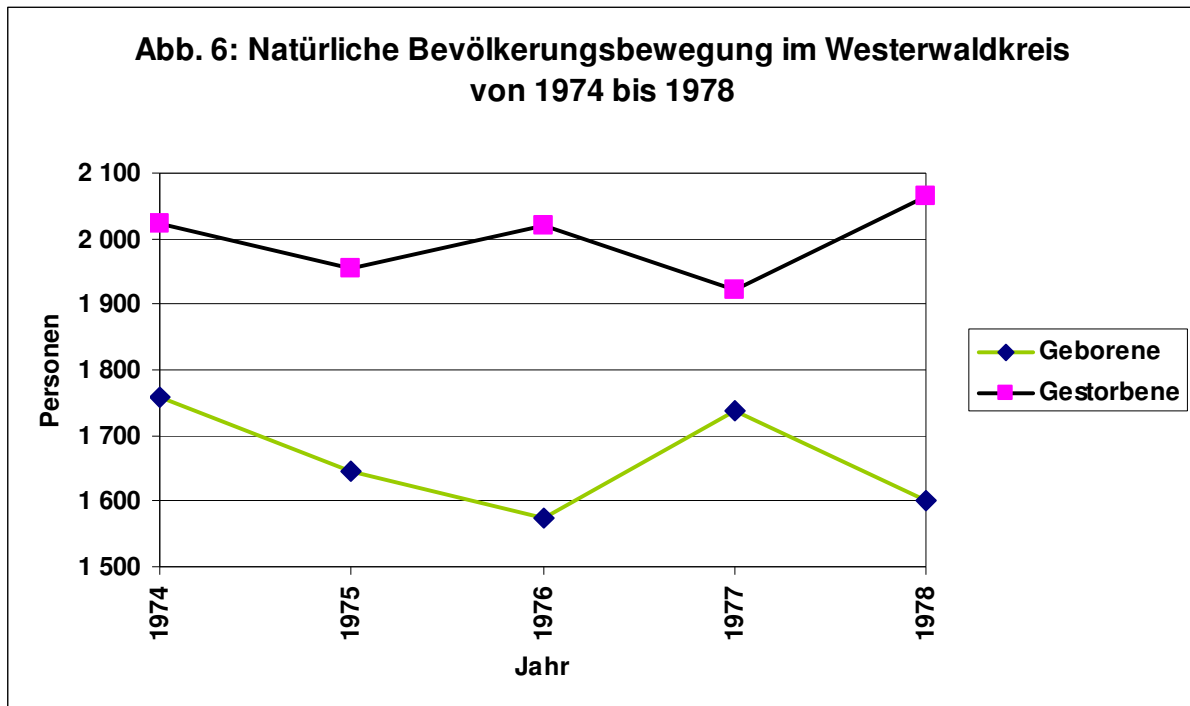
Daraus wird ersichtlich, dass die VG Montabaur aufgrund ihres größeren Bevölkerungsumfangs im Vergleich zur VG Ransbach-Baumbach trotz eines geringeren prozentualen Wachstums die größte absolute Einwohnerzunahme unter allen zehn Verbandsgemeinden verbucht. In Rennerod und Bad Marienberg hingegen korreliert der höchste absolute Bevölkerungsverlust mit den höchsten negativen jährlichen Veränderungsraten.

#### 3.3.1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Das dargestellte Ergebnis wirft die Frage auf, inwiefern sich natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungen in dieser ersten Phase der Stagnation im Westerwaldkreis entwickelt haben. Der Saldo aus diesen beiden Komponenten muss folgerichtig in etwa ausgeglichen sein, trotzdem sind mehrere Szenarien denkbar: Zum Beispiel könnten sich sowohl natürliche Bevölkerungsbewegung als auch Wanderung auf einem ähnlich niedrigen Ni-

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

veau<sup>33</sup> befinden oder eine Komponente weist einen relativ deutlichen Überschuss auf, während die andere entsprechend ein ähnlich hohes Defizit aufzeigt. Um die Frage zu beantworten, wird zunächst die natürliche Bevölkerungsbewegung in Form der Darstellung der Geburten- und Sterbefälle im Westerwaldkreis im besagten Zeitraum präsentiert (vgl. Abb. 6).



**Quelle: Eigene Darstellung**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Abbildung 6 zeigt, dass während der gesamten Phase der anfänglichen Stagnation die Anzahl der Sterbefälle stets größer ist als die Anzahl der Lebendgeborenen; insgesamt beträgt das Geburtendefizit 1.662 Personen. Da der Bevölkerungsrückgang im Westerwaldkreis lediglich 176 Personen umfasst, bedeutet dies, dass ein positiver Wanderungssaldo vorliegt (vgl. Kap. 3.3.1.3).

Die Betrachtung der natürlichen Bevölkerungsbewegung auf Verbandsgemeindeebene zeigt, dass regionale Unterschiede bezüglich der Höhe des Geburtendefizits vorliegen und in den zwei Verbandsgemeinden mit dem größten Bevölkerungszuwachs von 1974 bis 1978 (Mon-

<sup>33</sup> Dies bezieht sich auf die einzelnen Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderung, folglich den Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschuss und das Wanderungsdefizit bzw. den Wanderungsüberschuss.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

tabaur und Ransbach-Baumbach) sogar ein Geburtenüberschuss festzustellen ist (vgl. Tab. 10).

**Tab. 10: Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1974 bis 1978 nach Verbandsgemeinden**

Verbandsgemeinde	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuss bzw. -defizit (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	786	994	-208	-41,6
Hachenburg	964	1.403	-439	-87,8
Höhr-Grenzhausen	573	849	-276	-55,2
Montabaur	1.630	1.559	71	14,2
Ransbach-Baumbach	658	545	113	22,6
Rennerod	734	930	-196	-39,2
Selters	577	847	-270	-54
Wallmerod	587	642	-55	-11
Westerburg	973	1.188	-215	-43
Wirges	836	1.023	-187	-37,4

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

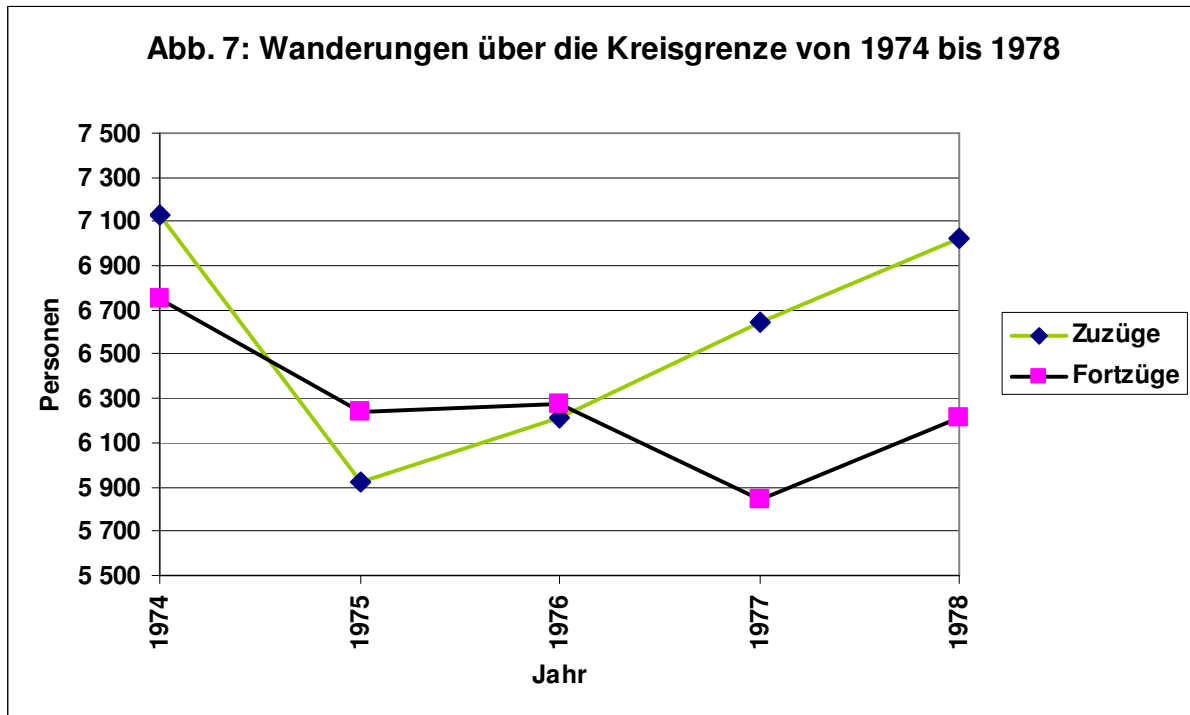
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Am stärksten ausgeprägt ist das Geburtendefizit mit insgesamt 439 Personen während der Phase der anfänglichen Stagnation in der VG Hachenburg (vgl. Tab. 10). Dieses wird durch das relativ hohe Medianalter (vgl. Kap. 3.3.1.4) begünstigt. Der bereits angesprochene Bevölkerungsrückgang in den Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Rennerod steht, wie Tab. 10 verdeutlicht, mit einem Geburtendefizit im Zusammenhang.

#### 3.3.1.3 Wanderungen

Wie sich die Wanderungen (Zu- und Fortzüge) im zeitlichen Verlauf von 1974 bis 1978 über die Kreisgrenze gestalten, veranschaulicht Abb. 7.





**Quelle: Eigene Darstellung**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Es zeigt sich, dass in den Jahren 1975 und 1976 die Anzahl der Fortzüge die Anzahl der Zuzüge übersteigt und somit im Betrachtungszeitraum – trotz eines insgesamt positiven Wanderungssaldos – zeitweise Wanderungsdefizite zu erkennen sind. Der positive Wanderungssaldo im Zeitraum 1974 bis 1978 ist insbesondere auf die Jahre 1977 und 1978 zurückzuführen; im letzten Jahr der Betrachtung wird mit 805 Personen der höchste Wanderungsüberschuss festgestellt.

Die Betrachtung der Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene<sup>34</sup> zeigt ein zweigeteiltes Bild: Auf der einen Seite haben vier Verbandsgemeinden eine negative Wanderungsbilanz aufzuweisen, auf der anderen Seite sechs eine positive (vgl. Tab. 11).

<sup>34</sup> Im Gegensatz zur Betrachtung auf Kreisebene werden im Hinblick auf die Verbandsgemeinden nicht nur die Wanderungen über ihre Grenzen hinweg erfasst, sondern auch diejenigen, die sich innerhalb der einzelnen Verbandsgemeinden in den dazugehörigen Ortsgemeinden vollziehen. Deshalb ist es nicht möglich, das Wanderungsvolumen über die Verbandsgemeindengrenzen korrekt anzugeben; der Wanderungssaldo hingegen wird durch diesen Umstand nicht verfälscht.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 11: Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1974 bis 1978**

Verbandsgemeinde	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsbilanz (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	4.723	5.011	-288	-57,6
Hachenburg	5.890	5.496	394	78,8
Höhr-Grenzhausen	4.379	3.943	436	87,2
Montabaur	10.338	9.674	664	132,8
Ransbach-Baumbach	4.648	4.443	205	41
Rennerod	3.754	4.075	-321	-64,2
Selters	4.335	4.129	206	41,2
Wallmerod	2.607	2.620	-13	-2,6
Westerburg	6.050	5.721	329	65,8
Wirges	5.599	5.603	-4	-0,8

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Absolut betrachtet, weist Montabaur als bevölkerungsstärkste Verbandsgemeinde den größten Wanderungsüberschuss mit 664 Personen auf, der dort gemeinsam mit dem Geburtenüberschuss das relativ starke Bevölkerungswachstum hervorruft. Auch die VG Höhr-Grenzhausen profitiert von einem vergleichsweise hohen Wanderungssaldo mit 436 Personen. Die höchsten Defizite haben die Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Rennerod (-288 respektive -321) im Norden des Westerwaldkreises zu verzeichnen. Somit trägt dort der negative Wanderungssaldo anteilmäßig etwas stärker zu dem Bevölkerungsrückgang bei als das Geburtendefizit.

#### 3.3.1.4 Medianalter

Um den Prozess der demographischen Alterung auch für die in diesem Kapitel behandelten Zeitabschnitte nachvollziehen zu können, wird das Medianalter verwendet, das für eine erste Kennzeichnung bestehender Unterschiede der Alterszusammensetzung dienlich sein kann (vgl. BÄHR / JENTSCH / KULS 1992, S. 171). Der Altersmedian  $M_d$  wird dabei aus Aggregatdaten nach folgender Formel berechnet (vgl. MUELLER 1993, S. 27):

$$M_d = \min P_m + \frac{N - 2 \sum P_z}{2} \frac{V}{P_m}$$

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Dabei ist  $N$  die Gesamtzahl der Bevölkerung;  $\sum P_z$  ist die Zahl der Individuen in den  $z$ -ten Altersklassen ( $z < m$ );  $P_m$  ist die Zahl der Individuen in der Altersklasse, die das mediane Individuum der Gesamtbevölkerung nach dem Alter enthält;  $V$  ist das als geschlossen gedachte Intervall der Altersklasse  $P_m$  in ganzen Jahren und  $\min P_m$  die untere Grenze dieses Intervalls (vgl. ebd.). Als Beispiel dient die Altersverteilung der Bevölkerung des Westerwaldkreises in den Jahren 1974 und 2008 (vgl. Tab. 12).

**Tab. 12: Aggregatdaten zur Berechnung des Medianalters für die Bevölkerung des Westerwaldkreises in den Jahren 1974 und 2008**

Altersklasse (in Jahren)	Bevölkerung	
	1974	2008
unter 20	53.239	43.216
20 bis 29	20.201	22.054
30 bis 39	23.235	24.139
40 bis 49	20.464	34.516
50 bis 59	15.596	27.868
über 60	33.157	48.986
<b>insgesamt</b>	<b>165.892</b>	<b>200.779</b>

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Im Westerwaldkreis ist während der Phase der anfänglichen Stagnation das nach dieser Formel berechnete Medianalter von 34,09 auf 35,34 Jahre gestiegen (vgl. Tab. 13). Der Alterungsprozess im Westerwaldkreis ist dementsprechend bereits für die 1970er-Jahre nachzuweisen.

**Tab. 13: Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1974 bis 1978**

Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
1974	1978	1974-1978	absolut	in %
34,09	35,34	34,69	0,31	0,90

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Auch in Bezug auf das Medianalter liefert eine regionale Differenzierung auf Verbandsgemeindeebene Aufschluss darüber, ob es sich um einen allgemeinen Trend handelt oder mögliche Sonderentwicklungen zu identifizieren sind. Tabelle 14 gibt zu erkennen, dass alle

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

zehn Verbandsgemeinden eine Zunahme des Medianalters von 1974 bis 1978 zu verzeichnen haben.

**Tab. 14: Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 1978**

Verbandsgemeinde	Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
	1974	1978	1974-1978	in Jahren	in %
Bad Marienberg	35,10	36,95	35,88	0,46	1,29
Hachenburg	35,47	37,24	36,36	0,44	1,22
Höhr-Grenzhausen	37,62	37,74	37,79	0,03	0,08
Montabaur	32,55	33,32	32,93	0,19	0,58
Ransbach-Baumbach	33,42	34,30	33,75	0,22	0,65
Rennerod	32,74	34,54	33,61	0,45	1,34
Selters	35,59	36,91	36,16	0,33	0,91
Wallmerod	33,45	34,55	33,83	0,28	0,81
Westerburg	33,35	35,12	34,23	0,44	1,29
Wirges	33,51	34,82	34,20	0,33	0,96

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Allerdings fällt dieser Zuwachs recht unterschiedlich aus: Während die VG Höhr-Grenzhausen, die bereits zu Beginn der Betrachtung im Jahr 1974 mit 37,62 Jahren das höchste Medianalter aufweist, einen durchschnittlichen jährlichen Anstieg des Medianalters um lediglich 0,08% erzielt, verzeichnen die Verbandsgemeinden im nördlichen Kreisgebiet (Bad Marienberg, Hachenburg, Rennerod und Westerburg) Zuwachsraten von mehr als 1% (vgl. Tab. 14). Diese fallen insbesondere in den beiden Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Hachenburg, die bereits von vornherein ein relativ hohes Medianalter aufweisen, ins Gewicht, denn sie zählen somit im Jahr 1978 – neben Höhr-Grenzhausen – zu den drei ältesten Verbandsgemeinden im Kreis. Die VG Bad Marienberg ist in diesem Zusammenhang mit der gleichnamigen Kurstadt ein bevorzugter Wohnsitz für Senioren. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass sich bei Betrachtung der Wanderungsvorgänge nach Altersklassen (vgl. Kap. 5) in der VG Bad Marienberg in den jüngeren Altersgruppen ein negativer Wanderungssaldo ergibt, während bei den älteren Altersklassen (ab 45 bis 59 Jahre) durchweg ein Wanderungsüberschuss vorliegt. Dieser Umstand trägt zur Erhöhung des Medianalters maßgeblich bei. Die VG Montabaur hingegen, die sowohl 1974 als auch 1978 jüngste Verbandsgemeinde im Kreis ist, durchläuft mit einer Zunahme des Medianalters um 0,19 Jahre

einen verhältnismäßig moderaten demographischen Alterungsprozess. Begünstigt wird diese Entwicklung in der VG Montabaur durch den Geburtenüberschuss und einen positiven Wanderungssaldo bei den unter 15-Jährigen.

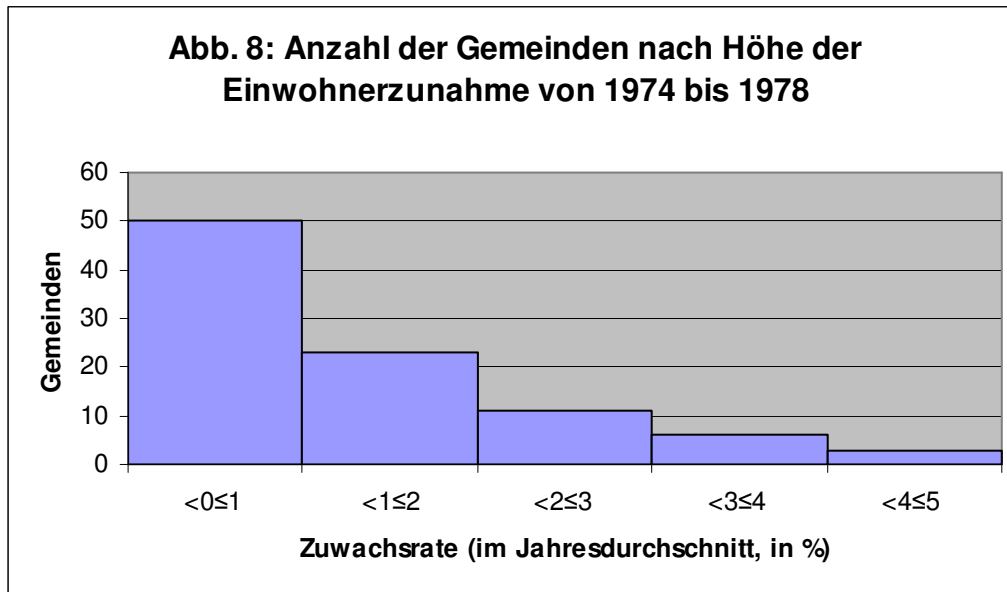
#### **3.3.2 Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung**

In der Phase der anfänglichen Stagnation haben 93 Gemeinden Einwohnerzunahmen zu verzeichnen, während in 96 Gemeinden die Bevölkerungszahl rückläufig ist. In zwei Gemeinden tritt keine Veränderung der Einwohnerzahl ein.

##### *3.3.2.1 Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen*

An der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate gemessen, verbuchen die beiden in der VG Ransbach-Baumbach gelegenen Dörfer Wittgert und Oberhaid mit einem Zuwachs von 4,82% respektive 4,43% die höchsten Einwohnerzunahmen. Der stärkste Anstieg vollzieht sich in beiden Gemeinden in den Jahren 1976-1977 und ist ausschließlich auf Wanderungsüberschüsse zurückzuführen. Ihnen folgen Horbach in der VG Montabaur (4,05%), Dreifelden in der VG Hachenburg (3,82%) sowie Eitelborn (VG Montabaur) und Nordhofen (VG Selters) mit jeweils 3,51%. Mit Ausnahme von Eitelborn wird in diesen Ortsgemeinden ein Geburtendefizit durch einen positiven Wanderungssaldo überkompensiert.

Insgesamt gesehen hat jedoch die Mehrheit der Gemeinden mit einem Anstieg der Einwohnerzahl eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von maximal 1% aufzuweisen (vgl. Abb. 8).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Von den 20 Gemeinden mit einer durchschnittlichen jährlichen Einwohnerzunahme von mehr als 2% liegen fünf in der VG Montabaur, jeweils vier in den Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach, Hachenburg und Westerburg. Die Verbandsgemeinden Selters, Wallmerod und Höhr-Grenzhausen weisen jeweils eine Gemeinde mit einer Wachstumsrate im Jahresschnitt von mehr als 2% auf.

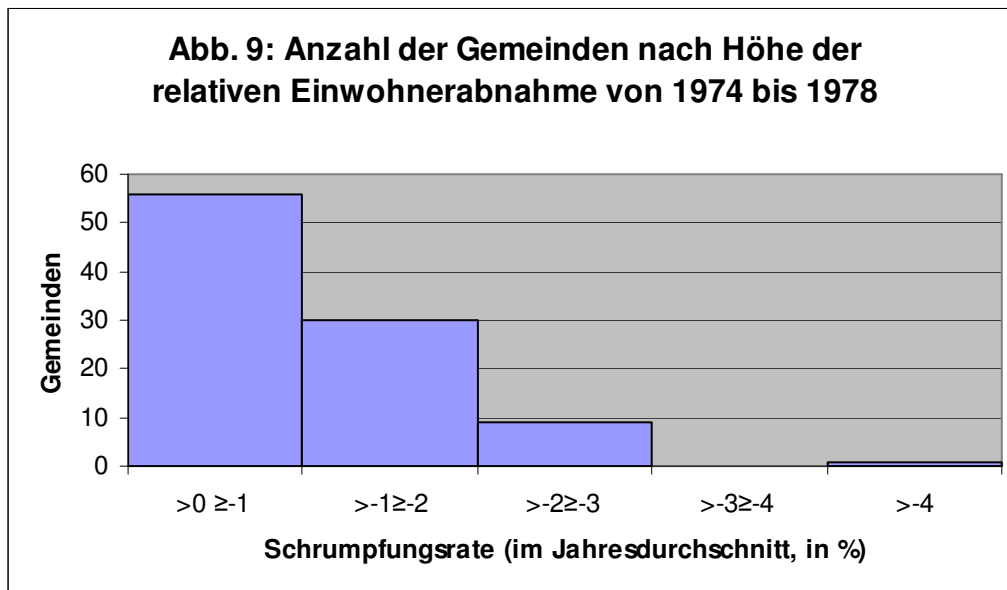
#### 3.3.2.2 Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten

Die höchste Einwohnerabnahme mit -4,73% im Jahresdurchschnitt registriert das Dorf Waldmühlen in der VG Rennerod, gefolgt von Herschbach (Oberwesterwald) und Kuhnhöfen in der VG Wallmerod mit jeweils -2,95%. Auch Welkenbach (VG Hachenburg) und Hüblingen (VG Rennerod) haben ähnlich hohe Schrumpfungsraten aufzuweisen (-2,64% respektive -2,58%), sodass zu konstatieren ist, dass die fünf Gemeinden mit den größten Bevölkerungsverlusten in der Phase der anfänglichen Stagnation ausnahmslos im nördlichen Kreisgebiet liegen. Außer im Falle von Welkenbach (positiver Wanderungssaldo) ist die Abnahme sowohl auf ein Geburten- als auch ein Wanderungsdefizit zurückzuführen.

Abbildung 9 verdeutlicht, dass bei der überwiegenden Anzahl der Gemeinden, die eine Einwohnerabnahme im Zeitraum von 1974 bis 1978 registrieren, eine Schrumpfungsrate von maximal -1% vorliegt. Unter den 96 Gemeinden mit Einwohnerabnahmen befinden sich lediglich zehn, die einen Bevölkerungsverlust von mehr als -2% im Jahresdurchschnitt verzeichnen (vgl. Abb. 9). Davon liegen drei in der VG Rennerod, zwei in der VG Wallmerod

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

sowie jeweils eine in den Verbandsgemeinden Hachenburg, Ransbach-Baumbach, Selters und Westerburg.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 3.3.2.3 Entwicklung der Städte

Im Hinblick auf die Analyse der Entwicklung der Bevölkerungszahlen der acht Städte<sup>35</sup> des Westerwaldkreises fällt auf, dass lediglich Ransbach-Baumbach als Sitz der Verbandsgemeinde mit dem größten Bevölkerungszuwachs im Zeitraum von 1974 bis 1978 eine Einwohnerzunahme erfahren hat (vgl. Tab. 15). Gleichzeitig verzeichnet Rennerod sowohl auf Verbandsgemeindeebene als auch im Vergleich unter den Städten den stärksten Bevölkerungsschwund. Des Weiteren fällt auf, dass die Stadt Montabaur – trotz eines relativ hohen Einwohnerzuwachses in der gleichnamigen Verbandsgemeinde – einen Verlust zu registrieren hat. Gleiches gilt, in geringerem Maße, auch für Höhr-Grenzhausen und Westerburg.

<sup>35</sup> Die Gemeinde Wallmerod ist zwar Sitz der gleichnamigen Verbandsgemeinde, hat jedoch bis dato keine Stadtrechte verliehen bekommen. Die Gemeinde Selters erhielt erst am 15.10.2000 Stadtrechte und wird deshalb im Kontext der Entwicklung der Städte erst ab der vierten Phase berücksichtigt.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 15: Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1974 bis 1978**

Stadt	Einwohner		Mittlere Einwohnerzahl	Veränderung der Einwohnerzahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1974	1978	1974-1978	absolut	in %
Bad Marienberg	5.109	4.865	4.997,6	-61	-1,22
Hachenburg	4.599	4.350	4.488	-62,25	-1,39
Höhr-Grenzhausen	8.244	8.215	8.191	-7,25	-0,09
Montabaur	10.742	10.618	10.692,2	-31	-0,29
Ransbach-Baumbach	5.560	5.647	5.605,4	21,75	0,39
Rennerod	3.647	3.407	3.479	-60	-1,72
Westerburg	5.395	5.257	5.293,2	-34,5	-0,65
Wirges	5.121	4.957	5.022	-41	-0,82

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 3.4 Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1978 bis 1986 (Phase des mäßigen Wachstums)

Auf die erste Phase der anfänglichen Stagnation folgt im Zeitraum von 1978 bis 1986 eine Phase mit verhältnismäßig moderaten jährlichen Zuwachsraten, die bereits zu Beginn in den Jahren 1978-1979 und 1979-1980 mit jeweils rund 0,7% ihren Höhepunkt erreichen, um sich dann bis 1986 auf einem Niveau unterhalb eines halben Prozentes zu bewegen. Das Ausmaß der Zuwachsraten rechtfertigt es, den zweiten Zeitabschnitt der Analyse als Phase des mäßigen Wachstums zu bezeichnen.

##### 3.4.1 Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene

Der erstmalige Anstieg der Bevölkerungszahlen im Westerwaldkreis (vgl. Kap. 3.4.1.1) ist ausschließlich auf einen Wanderungsgewinn zurückzuführen (vgl. Kap. 3.4.1.2 und 3.4.1.3). Der demographische Alterungsprozess schreitet aufgrund des weiter anhaltenden Anstiegs des Medianalters voran (vgl. Kap. 3.4.1.4).



### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

#### 3.4.1.1 Entwicklung der Bevölkerungszahlen

Während im Kreisgebiet im Jahr 1978 die Einwohnerzahl erst bei 165.716 Personen liegt, steigt diese bis 1986 um 2,83% auf 170.403 an (vgl. Tab. 16).

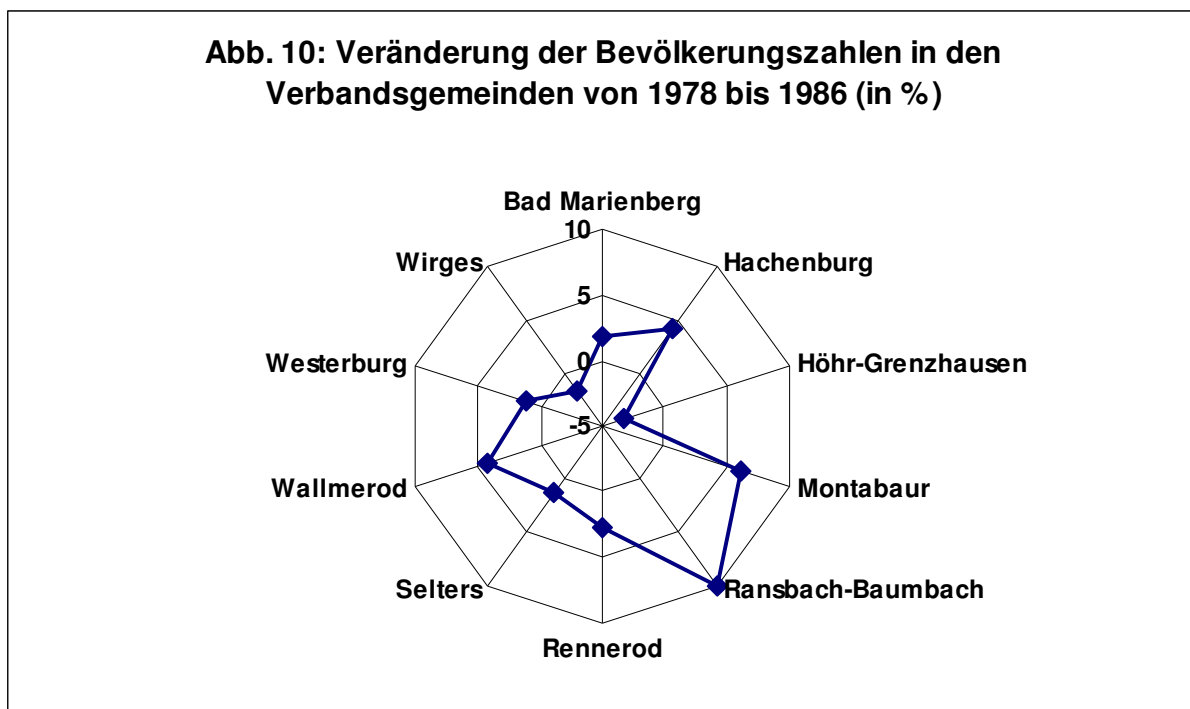
**Tab. 16: Mäßiges Wachstum der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1978 bis 1986**

Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Bevölkerungszunahme (im Jahresdurchschnitt)	
1978	1986	1974-1978	absolut	in %
165.716	170.403	168.787,56	585,88	0,35

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Das folgende Netzdiagramm (Abb. 10) verdeutlicht, dass das mäßige Wachstum im Westerwaldkreis in den einzelnen Verbandsgemeinden eine höhere Spannweite als in der ersten Phase aufweist und zwei Verbandsgemeinden (Höhr-Grenzhausen und Wirges) sogar eine Bevölkerungsabnahme registrieren.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Die VG Wirges verzeichnet somit als einzige Verbandsgemeinde in den ersten beiden dargestellten Phasen eine Bevölkerungsabnahme. Im Kontrast dazu lässt sich für die VG Ransbach-Baumbach mit einem Wachstum von 9,99% im Zeitraum von 1978 bis 1986 bereits zum zweiten Mal der höchste prozentuale Zuwachs der Bevölkerung feststellen. Dass neben den relativen Bevölkerungszunahmen bei Gesamtbetrachtung der zweiten Phase auch noch die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten höher ausfallen als in der kürzeren ersten Phase, veranschaulicht Tab. 17.

**Tab. 17: Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1978 bis 1986**

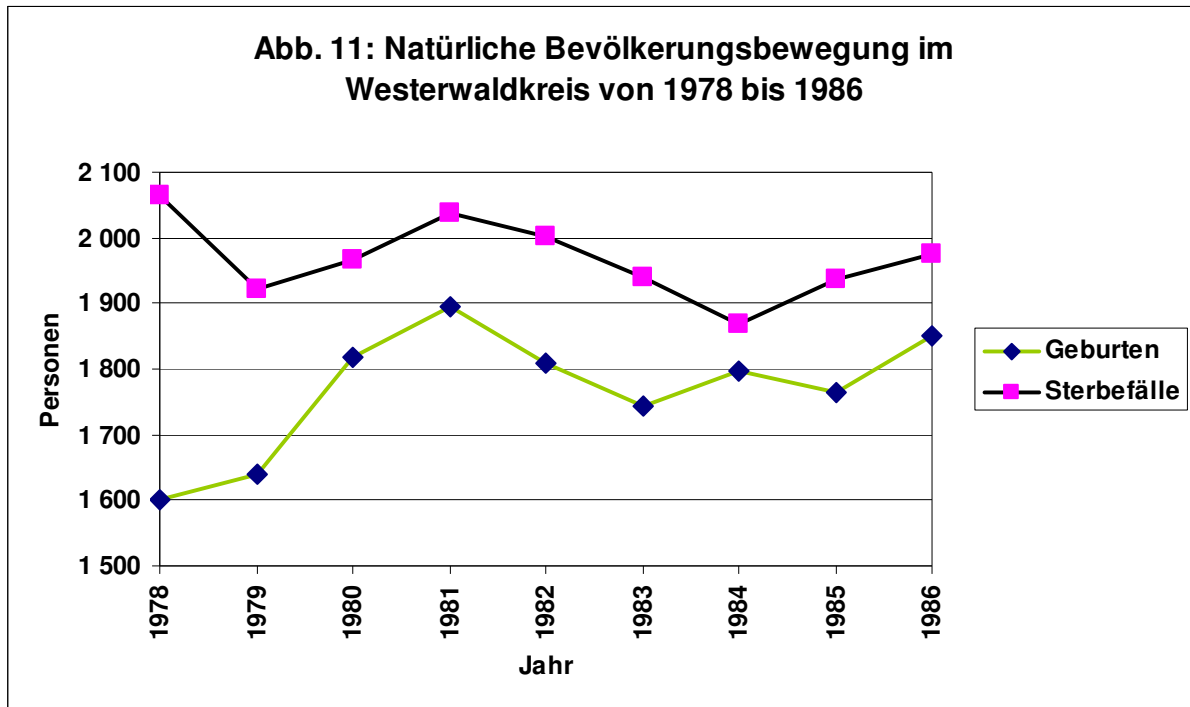
Verbandsgemeinde	Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Veränderung der Bevölkerungszahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1978	1986	1978-1986	absolut	in %
Bad Marienberg	15.764	16.053	15.987,22	36,13	0,23
Hachenburg	20.517	21.367	21.124,67	106,25	0,50
Höhr-Grenzhausen	12.348	11.948	12.268,11	-50	-0,41
Montabaur	30.964	32.886	31.870,56	240,25	0,75
Ransbach-Baumbach	10.944	12.037	11.673,11	136,63	1,17
Rennerod	13.960	14.334	14.183,22	46,75	0,33
Selters	12.550	12.698	12.658,33	18,5	0,15
Wallmerod	11.004	11.472	11.184,33	58,5	0,52
Westerburg	20.283	20.517	20.485	29,25	0,14
Wirges	17.382	17.091	17.353	-36,38	-0,21

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

#### 3.4.1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Zunächst wird ersichtlich, dass über den kompletten Zeitraum von 1978 bis 1986 ein Geburtendefizit im Westerwaldkreis vorliegt (vgl. Abb. 11). Zu Beginn der Phase des mäßigen Wachstums ist dieses Defizit durch eine relativ hohe Anzahl der Sterbefälle und eine relativ geringe Anzahl der Lebendgeborenen am auffälligsten. Das Geburtendefizit über den gesamten Zeitraum beträgt 1.790 Personen und liegt damit in der Größenordnung des Defizits der ersten Phase.



**Quelle: Eigene Darstellung**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Auf der Ebene der Verbandsgemeinden manifestiert sich der regional unterschiedliche Trend der natürlichen Bevölkerungsbewegung in der Art und Weise, dass wiederum nur die Verbandsgemeinden Montabaur und Ransbach-Baumbach einen Geburtenüberschuss zu verbuchen haben (vgl. Tab. 18).

Darüber hinaus weist erneut die VG Hachenburg – diesmal mit einem Minus von 561 Personen – das größte Geburtendefizit auf (vgl. ebd.). Einen exakt ausgeglichenen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung verzeichnet die VG Wallmerod.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 18: Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1978 bis 1986 nach Verbandsgemeinden**

Verbandsgemeinde	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuss bzw. -defizit (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	1.435	1.795	-360	-40
Hachenburg	1.925	2.486	-561	-62,33
Höhr-Grenzhausen	1.087	1.482	-395	-43,89
Montabaur	3.209	2.839	370	41,11
Ransbach-Baumbach	1.236	1.028	208	23,11
Rennerod	1.362	1.546	-184	-20,44
Selters	1.162	1.430	-268	-29,78
Wallmerod	1.134	1.134	0	0
Westerburg	1.887	2.202	-315	-35
Wirges	1.482	1.767	-285	-31,67

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

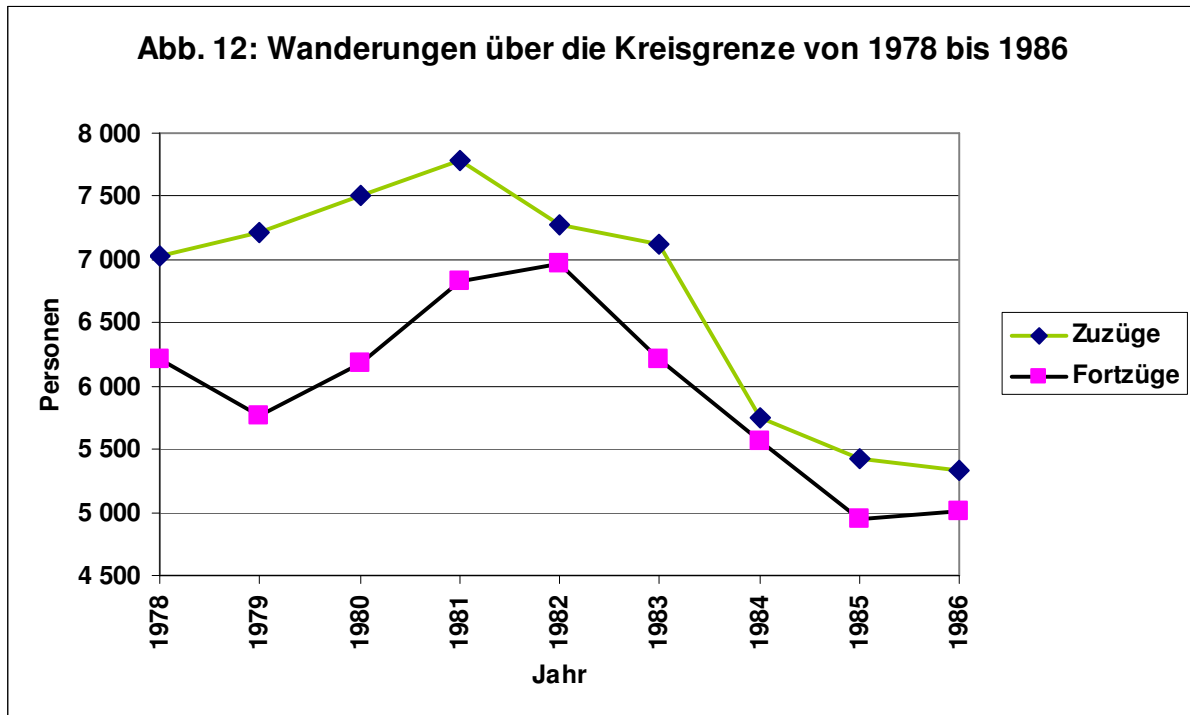
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

#### 3.4.1.3 Wanderungen

Die aus dem Geburtendefizit resultierende positive Wanderungsbilanz in der Phase des mäßigen Wachstums wird in ihrem zeitlichen Verlauf für den Westerwaldkreis mithilfe von Abb. 12 vorgestellt.

Auch dieser Saldo weist von 1978 bis 1986 durchgehend das gleiche Vorzeichen auf und fällt zu Beginn der Betrachtung stärker aus als zum Ende. Es werden über die Kreisgrenze insgesamt 6.749 mehr Zu- als Fortzüge registriert.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN



Quelle: Eigene Darstellung

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Die Betrachtung auf der Ebene der Verbandsgemeinden in Tab. 19 ergibt ebenfalls ein eindeutiges Bild, welches ausschließlich von Wanderungsgewinnen geprägt wird.

**Tab. 19: Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1978 bis 1986**

Verbandsgemeinde	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsbilanz (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	10.245	9.704	541	60,11
Hachenburg	14.499	13.097	1.402	155,78
Höhr-Grenzhausen	7.564	7.474	90	10
Montabaur	18.893	17.157	1.736	192,89
Ransbach-Baumbach	8.850	7.878	972	108
Rennerod	7.747	7.207	540	60
Selters	8.021	7.631	390	43,33
Wallmerod	5.090	4.727	363	40,33
Westerburg	11.474	10.811	663	73,67
Wirges	9.985	9.933	52	5,78

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

---

Diese fallen wie bereits in der ersten Phase in der VG Montabaur mit einer positiven Wanderungsbilanz von insgesamt 1.736 Personen am größten aus, gefolgt von der VG Hachenburg. Die VG Höhr-Grenzhausen hingegen, die von 1974 bis 1978 einen relativ hohen Wanderungsüberschuss aufwies, verzeichnet einen nur noch nahezu ausgeglichenen Saldo.

#### 3.4.1.4 Medianalter

Das Medianalter steigt während der Phase des mäßigen Wachstums weiter auf 36,99 Jahre an. Das absolute und relative Ausmaß dieser Zunahme zeigt Tab. 20.

**Tab. 20: Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1978 bis 1986**

Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
1978	1986	1978-1986	absolut	in %
35,34	36,99	36,43	0,21	0,57

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Im Vergleich zur ersten Phase fällt dieser Anstieg etwas geringer aus. Die errechneten Jahreswerte für das Medianalter offenbaren, dass im Zeitraum von 1978 bis 1986 ab 1984 eine stagnierende Entwicklung zu beobachten ist, die zu diesem Sachverhalt beiträgt.

Im Übrigen haben alle Verbandsgemeinden eine Zunahme des Medianalters zu verbuchen (vgl. Tab. 21), wie die Betrachtung auf deren Ebene verdeutlicht.

Nahezu konstant im Vergleich zur ersten Phase ist der durchschnittliche jährliche Anstieg des Medianalters in der VG Wirges geblieben, der sich mit 0,95% auf einem relativ hohen Niveau bewegt und den größten absoluten Zuwachs (+2,76 Jahre) unter allen Verbandsgemeinden hervorruft. Dort wirkt sich der positive Wanderungssaldo bei den über 64-Jährigen steigernd auf das Medianalter aus. Der demographische Alterungsprozess in den Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach und Wallmerod verläuft hingegen mit einer Zunahme des Medianalters um 0,06 Jahre im Jahresdurchschnitt sehr langsam. In der VG Ransbach-Baumbach trägt ein negativer Wanderungssaldo in der Altersklasse der über 74-Jährigen zu dem vergleichsweise moderaten Anstieg des Medianalters bei. Ähnliches gilt für die VG Wallmerod; dort lässt sich zusätzlich noch in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen ein Wanderungsdefizit identifizieren.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 21: Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1978 bis 1986**

Verbandsgemeinde	Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
	1978	1986	1978-1986	in Jahren	in %
Bad Marienberg	36,95	38,28	37,95	0,17	0,44
Hachenburg	37,24	38,40	38,07	0,15	0,38
Höhr-Grenzhausen	37,74	38,69	38,22	0,12	0,31
Montabaur	33,32	35,48	34,72	0,27	0,78
Ransbach-Baumbach	34,30	34,75	34,47	0,06	0,16
Rennerod	34,54	36,92	36,02	0,30	0,83
Selters	36,91	38,45	37,98	0,19	0,51
Wallmerod	34,55	35,03	35,19	0,06	0,17
Westerburg	35,12	37,46	36,80	0,29	0,79
Wirges	34,82	37,58	36,36	0,35	0,95

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 3.4.2 Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung

Im Vergleich zur ersten Phase der anfänglichen Stagnation lässt sich für die Phase des mäßigen Wachstums ein Anstieg der Anzahl der Gemeinden mit Einwohnerzunahmen auf insgesamt 137 konstatieren. In drei Ortsgemeinden bleibt der Bevölkerungsstand unverändert, während 51 Gemeinden Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben.

##### 3.4.2.1 Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen

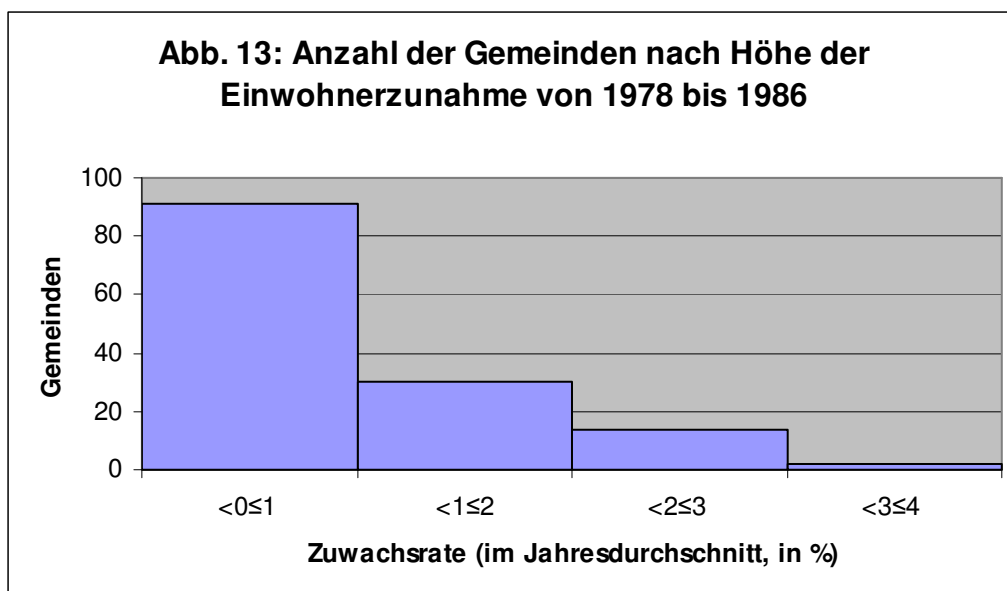
Den größten Zuwachs an Einwohnern im Zeitraum von 1978 bis 1986 weisen mit Wirscheid (durchschnittliche jährliche Wachstumsrate: 3,31%) und Wittgert (3,14%) wieder zwei Ortsgemeinden aus der VG Ransbach-Baumbach auf. Ihnen folgen Hübingen (VG Montabaur) mit 2,94% sowie Wied und Heuzert aus der VG Hachenburg mit 2,87% respektive 2,76%. In diesen fünf Gemeinden ist das relativ hohe Bevölkerungswachstum vorwiegend auf einen positiven Wanderungssaldo zurückzuführen.

In Wittgert, das bereits in der ersten Phase ein überdurchschnittliches Wachstum erfuhr, ist insbesondere in der Altersklasse der 30- bis 44-Jährigen ein Wanderungsüberschuss zu erkennen. Dies lässt sich mit dem Neubaugebiet *Untere Dernbachswiese* erklären, welches rund 80 Bauplätze umfasst und in der Zeit von 1974 bis 1986 nahezu vollständig bebaut

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

worden ist<sup>36</sup>. Auch in der Ortsgemeinde Wied ist der positive Wanderungssaldo besonders stark ausgeprägt und führt dort sogar zur Überkompensation des Geburtendefizits. Vor allem für die Jahre 1981 bis 1983 lässt sich ein hohes Wanderungsvolumen mit einem Wanderungsüberschuss nachweisen: Allein im Jahr 1982 sind 509 Personen zugezogen und 469 Personen abgewandert. 1984 normalisieren sich diese Verhältnisse wieder. Diese Entwicklung lässt sich mit den in Wied befindlichen Kliniken für psychosomatische Medizin erklären: Bis zum April 1983 werden die dort stationär behandelten Patienten, welche in Wied einen Nebenwohnsitz gemeldet haben, als Zuzüge verbucht – danach jedoch aufgrund des neuen Meldegesetzes nicht mehr.

Abbildung 13 zeigt, dass – wie schon in der ersten Phase – die Mehrzahl der Gemeinden mit Einwohnerzunahmen durchschnittliche jährliche Zuwachsraten bis zu maximal 1% verzeichnen.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Von den 16 Ortsgemeinden mit einer Bevölkerungszunahme von mehr als 2% liegen fünf in der VG Ransbach-Baumbach, jeweils vier in den Verbandsgemeinden Hachenburg und Montabaur sowie jeweils eine in den Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Westerbург und Wirges.

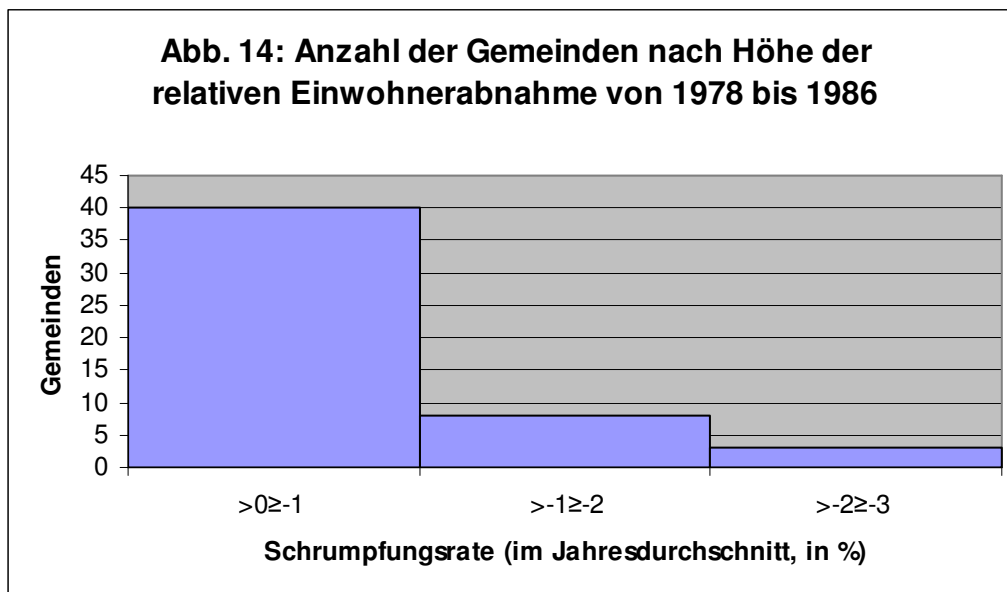
<sup>36</sup> Diese Information stammt aus einem Telefoninterview mit Ortsbürgermeister Thomas Hoffmann vom 14.11.2011.



### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

#### 3.4.2.2 Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten

Von den insgesamt 51 Gemeinden, die in der zweiten Phase des mäßigen Wachstums Bevölkerungsverluste hinzunehmen haben, treten Marzhausen und Kundert aus der VG Hachenburg mit einer durchschnittlichen jährlichen Schrumpfungsrates von -2,35% respektive -2,26% deutlich hervor. Ihnen folgen Hürtlingen (VG Westerburg) mit -2,11% sowie Ebernhahn aus der VG Wirges (-1,59%) und Ewighausen (VG Selters) mit -1,57%. In diesen fünf Ortsgemeinden liegen sowohl ein Geburten- als auch ein Wanderungsdefizit vor. Letzteres ist insbesondere in der Altersklasse von 21 bis 29 Jahren stark ausgeprägt.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Abbildung 14 veranschaulicht, dass der überwiegende Teil der Ortsgemeinden mit Bevölkerungsverlusten Schrumpfungsrates bis maximal -1% aufweist. Von den insgesamt elf Gemeinden mit höheren Verlustraten liegen drei in der VG Bad Marienberg, jeweils zwei in den Verbandsgemeinden Hachenburg, Selters und Wirges sowie jeweils eine in den Verbandsgemeinden Rennerod und Westerburg.

#### 3.4.2.3 Entwicklung der Städte

In Bezug auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Städten des Westerwaldkreises während der Phase des mäßigen Wachstums zeigen sich nur relativ geringfügige Änderungen der Einwohnerzahlen, die jeweils unterhalb eines Prozentpunktes im Jahresdurchschnitt liegen (vgl. Tab. 22).

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 22: Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1978 bis 1986**

Stadt	Einwohner		Mittlere Einwohnerzahl	Veränderung der Einwohnerzahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1978	1986	1978-1986	absolut	in %
Bad Marienberg	4.865	4.888	4.901,78	2,88	0,06
Hachenburg	4.350	4.469	4.479,44	14,88	0,33
Höhr-Grenzhausen	8.215	7.875	8.147,22	-42,5	-0,52
Montabaur	10.618	10.692	10.699,44	9,25	0,09
Ransbach-Baumbach	5.647	5.960	5.902,11	39,13	0,66
Rennerod	3.407	3.426	3.449	2,38	0,07
Westerburg	5.257	5.012	5.161,33	-30,63	-0,59
Wirges	4.957	4.761	4.874,11	-24,5	-0,50

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Das auffälligste Wachstum verzeichnet die Stadt Ransbach-Baumbach mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 0,66%. Die gleichnamige Verbandsgemeinde registriert im gleichen Zeitraum ebenfalls den größten Zuwachs. Der allgemeine Trend, dass eine positive Bevölkerungsentwicklung in den Verbandsgemeinden mit einer Einwohnerzunahme in ihren jeweiligen Sitzen korreliert, wird lediglich von der Stadt Westerburg durchbrochen, die – im Gegensatz zu ihrer Verbandsgemeinde – eine Abnahme der Bevölkerung verbucht.

#### **3.5 Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1987 bis 1997 (Phase des stärksten Wachstums)**

Der dritte Zeitabschnitt der Analyse der Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis weist die höchsten jährlichen Zuwachsraten von mindestens 0,85% auf. Deshalb wird im Folgenden von der Phase des stärksten Wachstums gesprochen, die zudem mit elf Jahren Dauer relativ lange anhält.

##### **3.5.1 Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene**

Der hohe Anstieg der Bevölkerungszahlen im Westerwaldkreis (vgl. Kap. 3.5.1.1) resultiert sowohl aus einem Geburten- als auch einem Wanderungsüberschuss (vgl. Kap. 3.5.1.2 und

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

3.5.1.3). Der Anstieg des Medianalters fällt zwar insgesamt geringer aus, lässt den Alterungsprozess aber weiter voranschreiten (vgl. Kap. 3.5.1.4). Begleitet wird das ausgeprägte Bevölkerungswachstum in der dritten Phase von einer hohen Zunahme der ausländischen Bevölkerung (vgl. Kap. 3.5.1.5).

#### 3.5.1.1 Entwicklung der Bevölkerungszahlen

Im Zeitraum von 1987 bis 1997 nimmt die Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises um 16,82% von 170.663 auf 199.365 Personen zu (vgl. Tab. 23).

**Tab. 23: Starkes Wachstum der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1987 bis 1997**

Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Bevölkerungszunahme (im Jahresdurchschnitt)	
1987	1997	1987-1997	absolut	in %
170.663	199.365	185.581,36	2.870,2	1,55

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

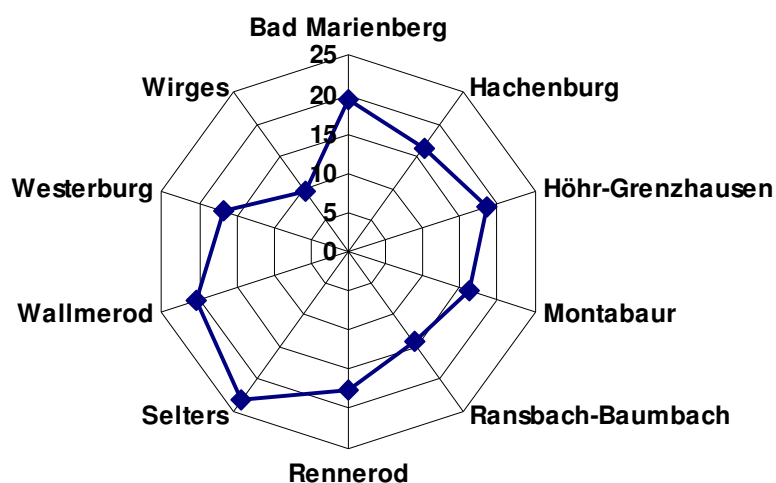
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Der Westerwaldkreis verzeichnet somit eine Bevölkerungszunahme von 1,55% bzw. 2.870 Personen im Jahresdurchschnitt; daran gemessen ist das Wachstum mehr als vier Mal so hoch wie in der zweiten Phase.

Die regionale Differenzierung nach Verbandsgemeinden zeigt, dass in der dritten Phase des stärksten Wachstums erstmals alle Verbandsgemeinden einen Bevölkerungszuwachs erfahren, der darüber hinaus mit Zuwachsraten von bis zu 23,25% (VG Selters) sehr deutlich ausfällt (vgl. Abb. 15).

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Abb. 15: Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997 (in %)**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

**Tab. 24 Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997**

Verbandsgemeinde	Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Veränderung der Bevölkerungszahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1987	1997	1987-1997	absolut	in %
Bad Marienberg	16.612	19.824	18.265	321,2	1,76
Hachenburg	20.660	24.025	22.307,45	336,5	1,51
Höhr-Grenzhausen	12.137	14.403	13.337,27	226,6	1,70
Montabaur	32.987	38.289	35.824,91	530,2	1,48
Ransbach-Baumbach	12.282	14.015	13.226	173,3	1,31
Rennerod	14.264	16.776	15.618	251,2	1,61
Selters	12.935	15.942	14.412,82	300,7	2,09
Wallmerod	11.738	14.114	12.894,73	237,6	1,84
Westerburg	20.108	23.441	21.869,91	333,3	1,52
Wirges	16.940	18.536	17.825,27	159,6	0,9

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

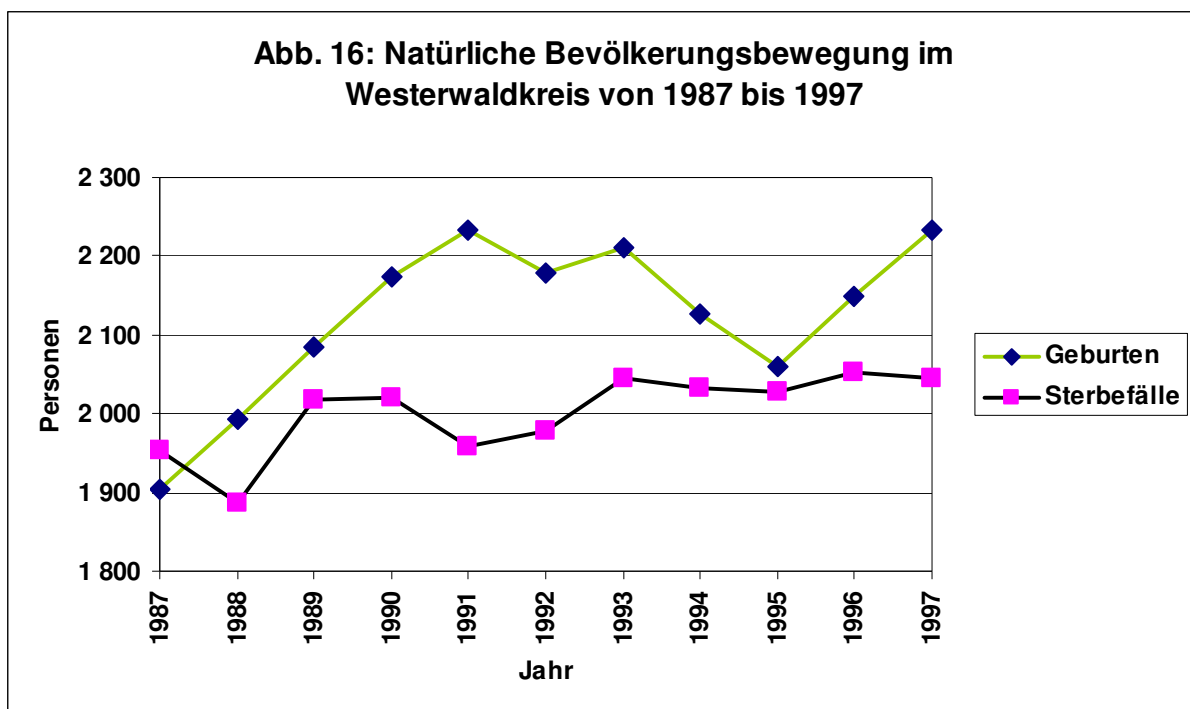
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Neben der VG Selters registriert Wallmerod mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 1,84% (vgl. Tab. 24) einen Bevölkerungszugewinn von insgesamt mehr als 20%. Vergleichsweise gering fällt der Anstieg der Bevölkerungszahl in der VG Wirges (insgesamt 9,42% bzw. 0,90% im Jahresdurchschnitt) aus, die in den vorangehenden Phasen ausschließlich Verluste zu verzeichnen hatte.

#### 3.5.1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Nachdem die ersten beiden Phasen der Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis von einem Geburtendefizit geprägt waren, stellt sich aufgrund des starken Wachstums der Einwohnerzahlen im Zeitabschnitt von 1987 bis 1997 die Frage, ob dieses ausschließlich auf Wanderungsgewinnen beruht oder erstmalig ein Geburtenüberschuss vorliegt. Abbildung 16 veranschaulicht, dass letzteres der Fall ist.



Quelle: Eigene Darstellung

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Lediglich das Anfangsjahr der Betrachtung (1987) wird noch von einem Geburtendefizit geprägt; in allen anderen Jahren übersteigt die Anzahl der Geburten stets die Anzahl der Sterbefälle. Insbesondere in den Jahren 1991 bis 1993 sowie 1997 ist ein deutlicher Geburtenüberschuss zu erkennen. Insgesamt beträgt der Geburtenüberschuss im Kreisgebiet in der Phase des stärksten Wachstums 1.324 Personen.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Allerdings gestaltet sich dieser Geburtenüberschuss in den einzelnen Verbandsgemeinden recht unterschiedlich. Vier Verbandsgemeinden (Bad Marienberg, Hachenburg, Höhr-Grenzhausen und Wirges) weisen sogar ein Geburtendefizit auf (vgl. Tab. 25). Diese Verbandsgemeinden registrierten bereits in den ersten beiden Phasen ein Geburtendefizit. Die Verbandsgemeinden mit den größten Geburtenüberschüssen von 1987 bis 1997 – Montabaur und Ransbach-Baumbach – wiesen bisher durchweg positive Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung auf. Darüber hinaus ist das größte Geburtendefizit erneut in der VG Hachenburg festzustellen. Somit lässt sich in Bezug auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung an dieser Stelle konstatieren, dass sich zumindest bis zur dritten Phase auf Verbandsgemeindeebene regionale Trends manifestieren.

**Tab. 25: Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1987 bis 1997 nach Verbandsgemeinden**

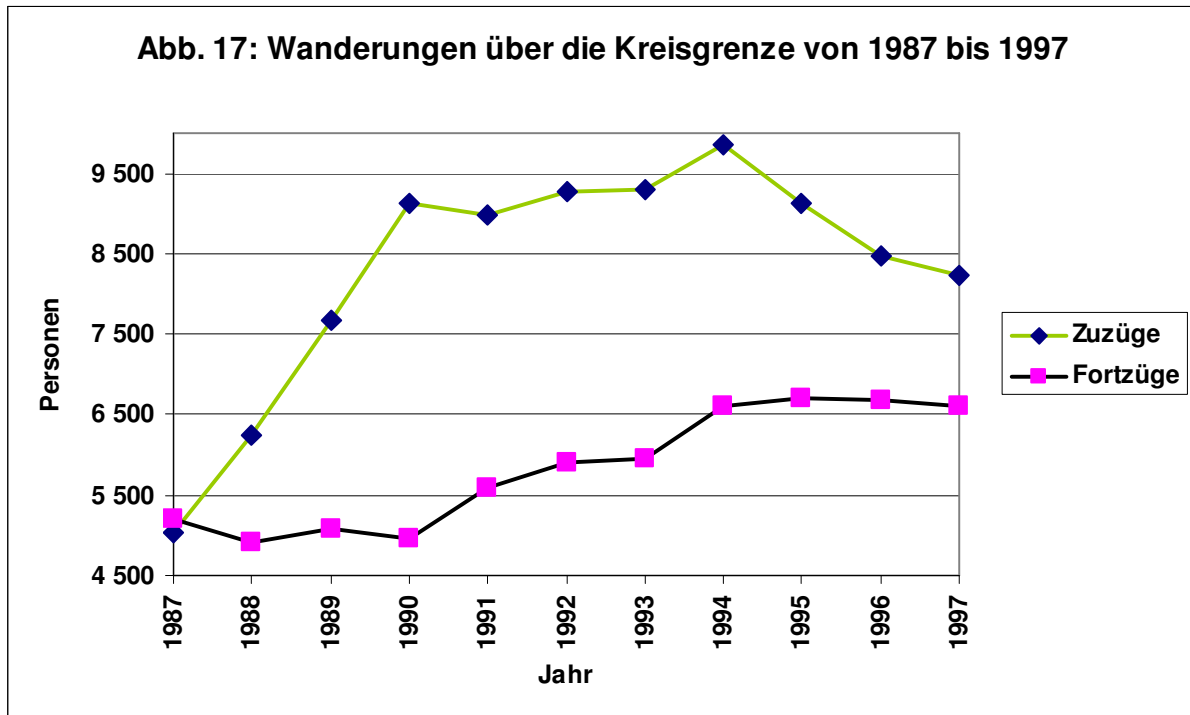
Verbandsgemeinde	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuss bzw. -defizit (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	2.292	2.509	-217	-19,73
Hachenburg	2.636	2.866	-230	-20,91
Höhr-Grenzhausen	1.641	1.702	-61	-6,78
Montabaur	4.378	3.730	648	58,91
Ransbach-Baumbach	1.795	1.218	577	52,45
Rennerod	2.069	2.026	43	3,91
Selters	1.898	1.618	280	25,45
Wallmerod	1.728	1.334	394	35,82
Westerburg	2.793	2.764	29	2,64
Wirges	2.114	2.253	-139	-12,64

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

#### 3.5.1.3 Wanderungen

Das starke Bevölkerungswachstum im Westerwaldkreis von 1987 bis 1997 ist zwar auch auf einen Geburtenüberschuss zurückzuführen (vgl. Kap. 3.5.1.2); Abb. 17 zeigt jedoch, dass diese Zunahme in erster Linie auf einer positiven Wanderungsbilanz basiert.



**Quelle: Eigene Darstellung**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Außer im ersten Jahr der Betrachtung verläuft die Wanderungsbilanz durchweg positiv<sup>37</sup>. Besonders ausgeprägt ist der Wanderungsgewinn in den Jahren 1990 bis 1994. Insgesamt werden im Westerwaldkreis in der Phase des stärksten Wachstums 27.149 mehr Zu- als Fortzüge registriert.

Auf Verbandsgemeindeebene wird deutlich, dass einige Verbandsgemeinden wesentlich stärker von Wanderungsgewinnen profitieren als andere (vgl. Tab. 26). Montabaur als bevölkerungsreichste Verbandsgemeinde verbucht in der Betrachtung nach Zeitabschnitten zum dritten Mal hintereinander den absolut größten Wanderungsüberschuss, gefolgt von Hachenburg und Bad Marienberg. Eine verhältnismäßig geringe positive Wanderungsbilanz mit einem jahresdurchschnittlichen Überschuss von rund 95 Personen verzeichnet die VG Ransbach-Baumbach.

<sup>37</sup> An der Darstellung des Saldos der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbilanz im Jahr 1987 ist der durch die Volkszählung verursachte Strukturbruch klar zu erkennen: Beide Salden sind negativ und trotzdem kam es vom 1986 bis 1987 zu einem Bevölkerungsanstieg im Westerwaldkreis.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 26: Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1987 bis 1997**

Verbandsgemeinde	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsbilanz (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	19.256	15.754	3.502	318,36
Hachenburg	20.366	16.858	3.508	318,91
Höhr-Grenzhausen	11.519	9.259	2.260	205,45
Montabaur	29.884	25.278	4.606	418,73
Ransbach-Baumbach	11.081	10.031	1.050	95,45
Rennerod	13.263	10.671	2.592	235,64
Selters	13.848	11.103	2.745	249,55
Wallmerod	9.994	7.960	2.034	184,91
Westerburg	19.604	16.420	3.184	289,45
Wirges	14.931	13.264	1.667	151,55

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 3.5.1.4 Medianalter

Das Medianalter steigt während der Phase des mäßigen Wachstums weiter an, wie Tab. 27 verdeutlicht.

**Tab. 27: Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1987 bis 1997**

Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
1987	1997	1987-1997	absolut	in %
37,34	38,12	37,53	0,08	0,21

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Im Vergleich zu den ersten beiden analysierten Zeitabschnitten fällt dessen Zunahme mit 0,21% im Jahresdurchschnitt jedoch geringer aus. Der Geburtenüberschuss trägt dazu bei, dass der Alterungsprozess abgemildert wird.



### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Dieses geringere Wachstum des Medianalters im Westerwaldkreis wird auf Verbandsebene sogar von einer leichten Verjüngung zweier Verbandsgemeinden (Höhr-Grenzhausen und Selters) begleitet (vgl. Tab. 28).

**Tab. 28: Veränderung des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997**

Verbandsgemeinde	Medianalter		Mittleres Medianalter	Veränderung des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
	1987	1997	1987-1997	in Jahren	in %
Bad Marienberg	38,23	38,46	38,13	0,02	0,06
Hachenburg	38,56	39,04	38,62	0,05	0,12
Höhr-Grenzhausen	39,29	38,30	38,52	-0,10	-0,26
Montabaur	35,98	38,01	36,87	0,20	0,55
Ransbach-Baumbach	35,86	37,64	36,63	0,18	0,49
Rennerod	36,85	37,41	36,81	0,06	0,15
Selters	37,84	37,23	37,07	-0,06	-0,16
Wallmerod	35,60	36,60	35,96	0,1	0,28
Westerburg	37,94	38,37	38,06	0,04	0,11
Wirges	38,30	39,57	38,70	0,13	0,33

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

In der VG Höhr-Grenzhausen ist die Abnahme des Medianalters auf die Wanderungen zurückzuführen: Mehr als die Hälfte des Wanderungsüberschusses (1.267 Personen) entfällt auf die Altersklassen bis einschließlich 29 Jahre. Dies trifft auch auf die VG Selters zu, deren Bevölkerung sich zudem durch den Geburtenüberschuss und den negativen Wanderungssaldo bei den über 74-Jährigen verjüngt. Im Gegensatz dazu erfahren während der dritten Phase die vergleichsweise jungen Verbandsgemeinden Montabaur und Ransbach-Baumbach (vgl. ebd.) den stärksten Anstieg des Medianalters. Bedingt durch diese Entwicklungstendenzen werden die Unterschiede zwischen den einzelnen Verbandsgemeinden im Hinblick auf das Medianalter zusehends geringer.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

#### 3.5.1.5 Entwicklung des Ausländeranteils

Ab der Phase des stärksten Wachstums ist es aufgrund des vorhandenen Datenmaterials möglich, die Entwicklung des Ausländeranteils und den damit einhergehenden Faktor des Demographischen Wandels – die Internationalisierung der Bevölkerung – aufzuzeigen.

Zunächst ist festzustellen, dass sich sowohl die Anzahl der ausländischen Einwohner als auch deren Anteil an der Gesamtbevölkerung des Westerwaldkreises von 1987 bis 1997 in etwa verdoppelt hat (vgl. Tab. 29).

**Tab. 29: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis von 1987 bis 1997**

Ausländische Bevölkerung		Zu-/Abnahme der ausländischen Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt)		Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	
1987	1997	absolut	in %	1987	1997
7.359	14.891	753,2	6,39	4,31	7,47

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

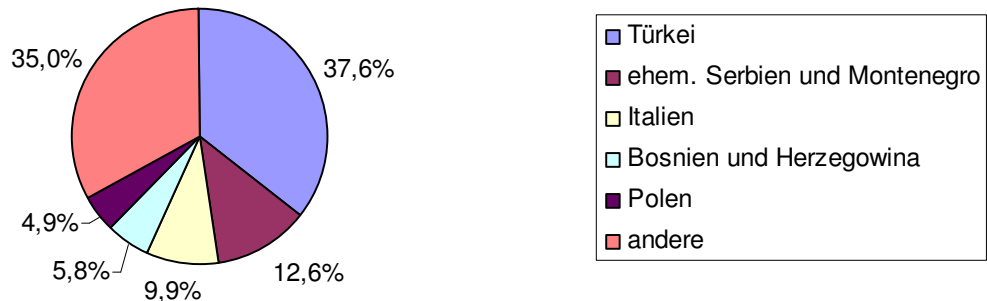
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Diese Entwicklung korreliert mit einem ausgeprägten positiven Wanderungssaldo von Ausländern über die Kreisgrenzen im Zeitraum von 1987 bis 1997: Insgesamt sind 7.898 mehr Zu- als Fortzüge ausländischer Bürger zu registrieren. Somit kommt ein theoretisch denkbarer Geburtenüberschuss als Erklärungsansatz für die Zunahme der ausländischen Bevölkerung nicht in Betracht.

Bezüglich der Staatsangehörigkeit der im Westerwaldkreis lebenden Ausländer zeigt sich, dass im Jahr 1997 die meisten aus der Türkei, dem ehemaligen Serbien und Montenegro sowie Italien stammen (vgl. Abb. 18).

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Abb. 18: Länder der Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis im Jahr 1997**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

**Tab. 30: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Verbandsgemeinden von 1987 bis 1997**

Verbandsgemeinde	Ausländische Bevölkerung		Wachstum der ausländischen Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt)		Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	
	1987	1997	absolut	in %	1987	1997
Bad Marienberg	446	1.210	76,4	8,32	2,68	6,10
Hachenburg	346	1.019	67,3	9,16	1,67	4,24
Höhr-Grenzhausen	1.190	1.909	71,9	4,42	9,80	13,25
Montabaur	1.260	2.651	139,1	6,76	3,82	6,92
Ransbach-Baumbach	1.378	1.985	60,7	3,51	11,22	14,16
Rennerod	377	876	49,9	7,17	2,64	5,22
Selters	590	1.323	73,3	7,14	4,56	8,30
Wallmerod	343	817	47,4	7,71	2,92	5,79
Westerburg	427	1.217	79	8,97	2,12	5,19
Wirges	1.002	1.884	88,2	5,86	5,91	10,16

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Auf Verbandsgemeindeebene ist festzustellen, dass alle Verbandsgemeinden einen Zuwachs der ausländischen Bevölkerung registrieren (vgl. Tab. 30). Besonders auffällig ist dabei der Anstieg der ausländischen Bevölkerung in den Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Hachenburg, die beide einen relativ niedrigen Ausländeranteil an ihrer Gesamtbevölkerung aufweisen (vgl. Karten 10 und 11, Anhang A): Dort hat sich die Anzahl der Ausländer jeweils nahezu verdreifacht. Die Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach und Höhr-Grenzhausen im Kannenbäckerland nehmen in Bezug auf den Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sowohl 1987 als auch 1997 die Spitzenposition ein. Es zeichnet sich somit ein merkliches Nord-Süd-Gefälle im Westerwaldkreis bezüglich ausländischer Einwohner ab.

#### **3.5.2 Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung**

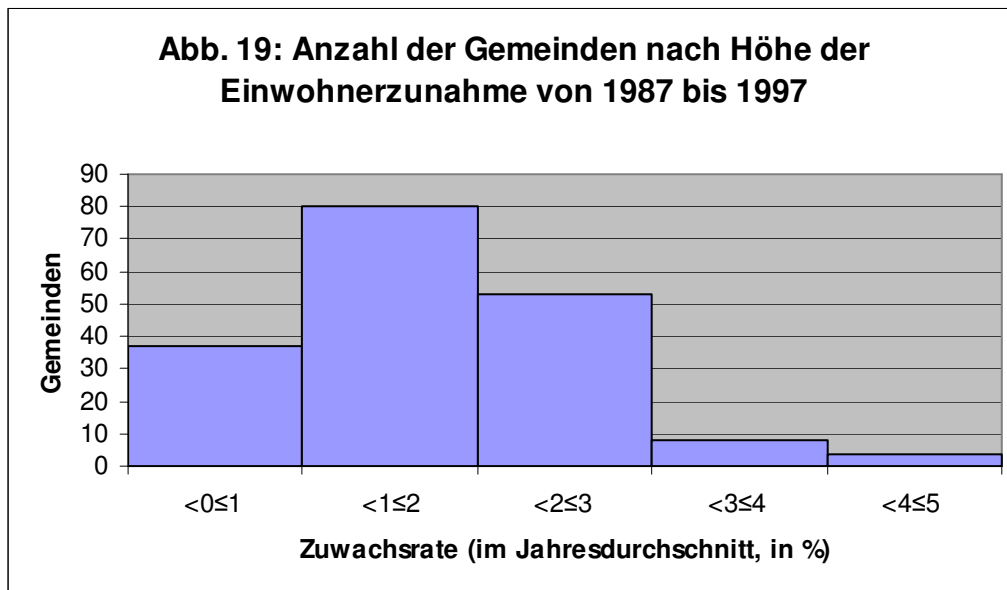
Das stärkste Wachstum der dritten Phase schlägt sich auch deutlich im Verhältnis der Anzahl der Gemeinden mit Einwohnerzunahmen bzw. -abnahmen nieder: 185 Ortsgemeinden verzeichnen einen Bevölkerungsanstieg während lediglich vier Gemeinden Verluste zu verbuchen haben. In zwei Ortsgemeinden stagnieren die Einwohnerzahlen.

##### *3.5.2.1 Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen*

An den fünf Ortsgemeinden mit den höchsten Zuwachsraten im Jahresdurchschnitt wird der starke Anstieg der Bevölkerungszahlen während der dritten Phase deutlich: Kuhnhöfen (VG Wallmerod) mit 5,78%, Krümmel (VG Selters) mit 5,40% und Stahlhofen am Wiesensee (VG Westerburg) mit 5,10% weisen Zuwachsraten auf, die im restlichen Untersuchungszeitraum unerreicht bleiben. Härtlingen (VG Westerburg) und Langenbach bei Kirburg (VG Bad Marienberg) verzeichnen mit jeweils 4,13% die vierthöchste Wachstumsrate in der dritten Phase. Wie schon in den ersten beiden Phasen, ist auch von 1987 bis 1997 in den fünf Gemeinden mit dem größten Bevölkerungswachstum der Wanderungsüberschuss die Hauptursache für diese Entwicklung. In Kuhnhöfen und Langenbach bei Kirburg ist sogar ein Geburtendefizit festzustellen. Dieses fällt in Langenbach bei Kirburg mit -93 Personen relativ hoch aus und kann nur durch einen außergewöhnlich hohen Wanderungsüberschuss überkompensiert werden. In diesem Kontext fällt auf, dass Wanderungsgewinne dort insbesondere in der Altersklasse der über 64-Jährigen zu verzeichnen sind. Diese Entwicklung ist auf das Alten- und Pflegeheim in Langenbach bei Kirburg zurückzuführen.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Abbildung 19 veranschaulicht, dass in der dritten Phase erstmalig die Klasse der Gemeinden mit Zuwachsraten zwischen mehr als 1 und 2% am stärksten repräsentiert ist.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Von den 68 Gemeinden mit einer Zuwachsrate von mehr als 2% liegen 14 in der VG Selters. Dies entspricht zwei Drittel aller Ortsgemeinden in dieser Verbandsgemeinde, die somit bei dieser Betrachtung die Spitzenposition einnimmt. Es folgen die VG Montabaur mit elf Gemeinden; die Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg und Rennerod mit jeweils acht sowie die Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg mit jeweils sieben Kommunen, die eine Wachstumsrate von mehr als 2% aufweisen. Die Verbandsgemeinden Wirges und Höhr-Grenzhausen hingegen verbuchen lediglich in zwei respektive einer Gemeinde Zuwächse in dieser Größenordnung.

#### 3.5.2.2 Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten

Während der Phase des stärksten Wachstums zeigt sich in lediglich vier Ortsgemeinden eine Bevölkerungsabnahme, die zudem relativ gering ausfällt, sodass es dort sogar gerechtfertigt ist, von einer Stagnation zu sprechen. Es handelt sich im Einzelnen um Willingen in der VG Rennerod (Schrumpfungsrates: -0,39%), Enspel in der VG Westerburg (-0,16%) sowie Boden und Ruppach-Goldhausen in der VG Montabaur (-0,12% respektive -0,07%). Mit Ausnahme von Ruppach-Goldhausen sind diese negativen Entwicklungen ausschließlich auf Wanderungsdefizite zurückzuführen, da die restlichen drei Ortsgemeinden mit Bevölkerungsab-

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

nahme sogar Geburtenüberschüsse aufweisen. Diese Defizite sind besonders in der Altersklasse der 21- bis 29-Jährigen auffällig.

#### 3.5.2.3 Entwicklung der Städte

Tabelle 31 verdeutlicht, dass alle acht Städte des Westerwaldkreises am allgemeinen Bevölkerungsanstieg während der Phase des stärksten Wachstums teilhaben.

**Tab. 31: Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1987 bis 1997**

Stadt	Einwohner		Mittlere Einwohnerzahl	Veränderung der Einwohnerzahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1987	1997	1978-1986	absolut	in %
Bad Marienberg	5.073	5.959	5.549,91	88,6	1,60
Hachenburg	4.600	5.458	5.030,82	85,8	1,71
Höhr-Grenzhausen	8.185	10.064	9.191,73	187,9	2,04
Montabaur	10.847	12.574	11.825,91	172,7	1,46
Ransbach-Baumbach	6.264	7.069	6.696,18	80,5	1,20
Rennerod	3.484	3.935	3.770,64	45,1	1,20
Westerburg	4.859	5.860	5.422	100,1	1,85
Wirges	4.845	5.122	5.014	27,7	0,55

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die Stadt Höhr-Grenzhausen verzeichnet mit einer Wachstumsrate von 2,04% im Jahresdurchschnitt den höchsten Anstieg. Im Kontrast dazu verbucht die Stadt Wirges sowohl bei absoluter als auch bei relativer Betrachtung den geringsten Zuwachs an Einwohnern. Zudem lässt sich konstatieren, dass die Unterschiede zwischen den Zuwachsraten der Verbandsgemeinden und ihrer jeweiligen Sitze relativ gering ausfallen (vgl. Tab. 24 und 31).

### 3.6 Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1997 bis 2004 (Phase des abflauenden Wachstums)

Die vierte Phase der Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises ist durch Zuwachsraten zwischen 0,14% (2003-2004) und 0,62% (1998-1999) gekennzeichnet. Diese liegen so-

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

mit deutlich unter dem Niveau von 1987 bis 1997, sodass der Zeitabschnitt im Folgenden als Phase des abflauenden Wachstums bezeichnet wird.

#### **3.6.1 Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene**

Das sich abschwächende Wachstum der Einwohnerzahl des Westerwaldkreises (vgl. Kap. 3.6.1.1) geht in der vierten Phase ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurück (vgl. Kap. 3.6.1.2 und 3.6.1.3). Die Intensität des demographischen Alterungsprozesses nimmt zu, da das Medianalter so stark wie nie zuvor ansteigt (vgl. Kap. 3.6.1.4). Die Anzahl der ausländischen Mitbürger ist, nach dem starken Zuwachs von 1987 bis 1997, wieder rückläufig (vgl. Kap. 3.6.1.5).

##### *3.6.1.1 Entwicklung der Bevölkerungszahlen*

Die Einwohnerzahl des Westerwaldkreises steigt im Zeitraum von 1997 bis 2004 von 199.365 um 2,29% auf 203.925 Personen (vgl. Tab. 32). Damit erreicht der Bevölkerungsstand im letzten Jahr der Phase des abflauenden Wachstums seinen Höhepunkt im gesamten Zeitraum von 1974 bis 2008.

**Tab. 32: Abflauendes Wachstum der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 1997 bis 2004**

Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Bevölkerungszunahme (im Jahresdurchschnitt)	
1987	1997	1987-1997	absolut	in %
199.365	203.925	202.033	651,43	0,32

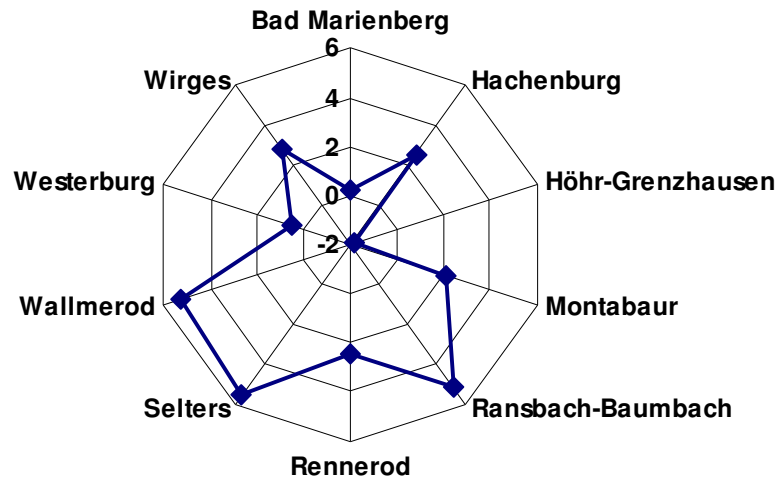
**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die im Vergleich zur dritten Phase geringeren Wachstumsraten im Westerwaldkreis sind auch auf Verbandsgemeindeebene zu erkennen. Dort zeigt sich darüber hinaus, dass in der VG Höhr-Grenzhausen mit einem Minus von 1,81% die Bevölkerung sogar bereits leicht zurückgeht (vgl. Abb. 20).

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Abb. 20: Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004 (in %)**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

**Tab. 33: Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004**

Verbandsgemeinde	Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Veränderung der Bevölkerungszahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1997	2004	1997-2004	absolut	in %
Bad Marienberg	19.824	19.861	19.914,38	5,29	0,03
Hachenburg	24.025	24.635	24.370,13	87,14	0,36
Höhr-Grenzhausen	14.403	14.142	14.284,38	-37,29	-0,26
Montabaur	38.289	39.076	38.626,88	112,43	0,29
Ransbach-Baumbach	14.015	14.730	14.396,38	102,14	0,71
Rennerod	16.776	17.189	17.031	59	0,35
Selters	15.942	16.819	16.819	125,28	0,76
Wallmerod	14.114	14.854	14.538,88	105,71	0,73
Westerburg	23.441	23.570	23.554,88	18,43	0,08
Wirges	18.536	19.049	18.889,88	73,29	0,39

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

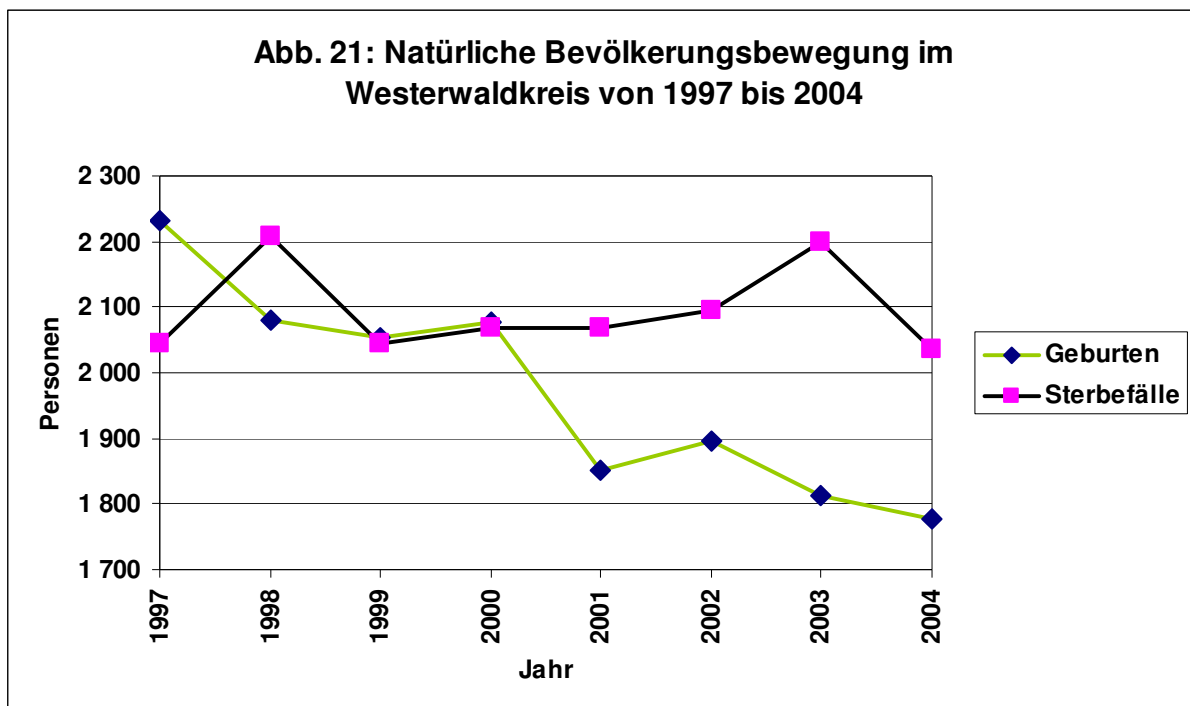


### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Des Weiteren lässt sich an der mittleren Einwohnerzahl der VG Bad Marienberg, die über dem Wert für das Jahr 2004 liegt, erkennen, dass sich dort in den letzten Jahren der vierten Phase ein Bevölkerungsrückgang eingestellt hat (vgl. Tab. 33). Noch vergleichsweise hohe durchschnittliche jährliche Wachstumsraten verbuchen die Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach, Selters und Wallmerod (vgl. ebd.), welche in den ersten drei Phasen bereits überwiegend von Zuwächsen profitieren konnten.

#### 3.6.1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Während in der Phase des stärksten Wachstums ein Geburtenüberschuss vorlag, lässt sich für die Phase des abflauenden Wachstums wieder ein Geburtendefizit nachweisen (vgl. Abb. 21).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Lediglich im ersten Jahr der Betrachtung ist ein Geburtenüberschuss klar erkennbar. Insgesamt beträgt das Geburtendefizit im Zeitraum von 1997 bis 2004 986 Personen.

Auf Ebene der Verbandsgemeinden lassen sich noch vier von zehn identifizieren (Montabaur, Ransbach-Baumbach, Selters und Wallmerod), die einen Geburtenüberschuss aufweisen (vgl. Tab. 34). Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass die drei Verbandsgemeinden mit

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

dem größten Geburtendefizit (Bad Marienberg, Hachenburg, Westerburg) im nördlichen Teil des Westerwaldkreises liegen.

**Tab. 34: Natürliche Bevölkerungsbewegung von 1997 bis 2004 nach Verbandsgemeinden**

Verbandsgemeinde	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuss bzw. -defizit (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	1.498	2.065	-567	-70,88
Hachenburg	1.785	2.163	-378	-47,25
Höhr-Grenzhausen	1.142	1.217	-75	-9,38
Montabaur	2.926	2.817	109	13,63
Ransbach-Baumbach	1.219	1.052	167	20,88
Rennerod	1.405	1.487	-82	-10,25
Selters	1.379	1.166	213	26,63
Wallmerod	1.243	968	275	34,38
Westerburg	1.710	2.056	-346	-43,25
Wirges	1.471	1.773	-302	-37,75

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

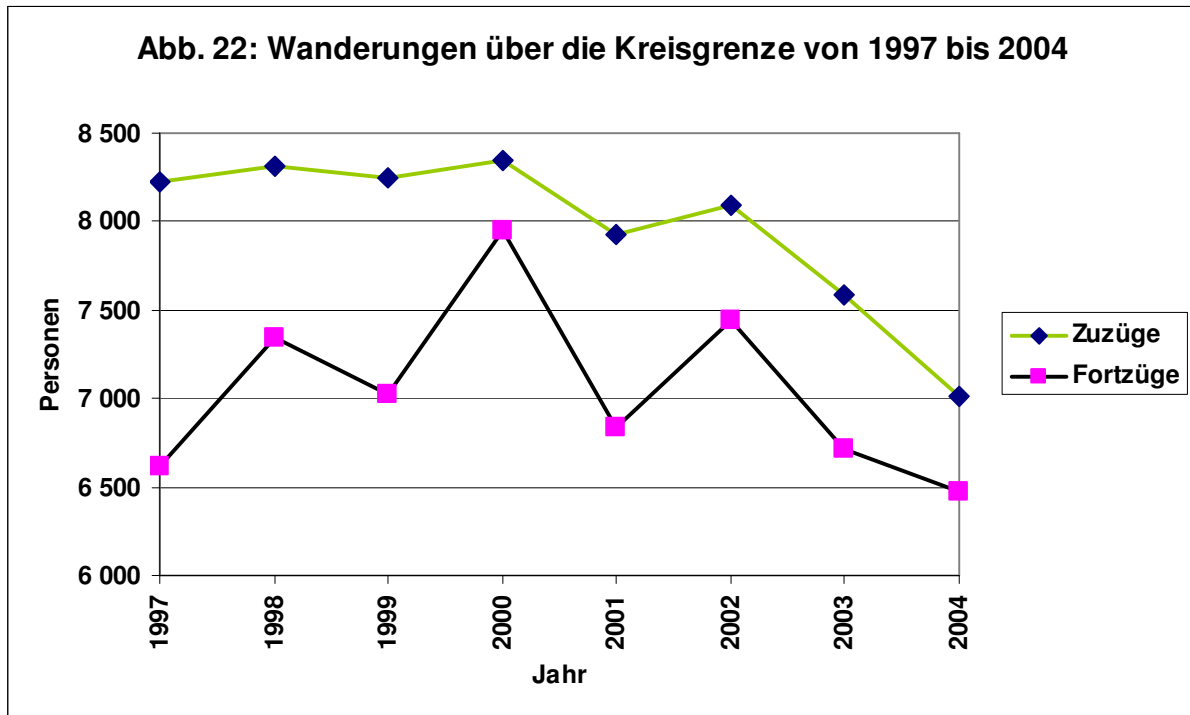
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

#### 3.6.1.3 Wanderungen

Aus dem Geburtendefizit resultiert, dass im Zeitraum von 1997 bis 2004 erneut ein positiver Wanderungssaldo vorliegt.

Abbildung 22 veranschaulicht zum einen, dass die Wanderungsbilanz von 1997 bis 2004 durchgehend positiv ist und zum anderen, dass die größten Wanderungsgewinne zu Beginn der Betrachtung in den Jahren 1997 bis 1999 liegen, die zu dem Wanderungsüberschuss von insgesamt 7.338 maßgeblich beitragen.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Auf Verbandsgemeindeebene ist zu erkennen, dass nahezu alle Verbandsgemeinden eine positive Wanderungsbilanz aufweisen (vgl. Tab. 35).

**Tab. 35: Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 1997 bis 2004**

Verbandsgemeinde	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsbilanz (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	14.734	13.962	772	96,5
Hachenburg	16.356	15.074	1.282	160,25
Höhr-Grenzhausen	7.886	8.044	-158	-19,75
Montabaur	22.824	21.742	1.082	135,25
Ransbach-Baumbach	8.832	8.210	622	77,75
Rennerod	9.648	9.000	648	81
Selters	10.853	9.861	992	124
Wallmerod	8.180	7.470	710	88,75
Westerburg	14.597	14.001	596	74,5
Wirges	12.619	11.827	792	99

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Die einzige Ausnahme stellt die VG Höhr-Grenzhausen dar, die insgesamt einen Bevölkerungsverlust von 158 Personen bedingt durch Wanderungsbewegungen registriert. Die VG Hachenburg hingegen weist mit einem Wanderungsüberschuss von 1.282 Personen das größte wanderungsbedingte Wachstum auf, gefolgt von der VG Montabaur (vgl. ebd.).

#### 3.6.1.4 Medianalter

Die Phase des abflauenden Wachstums wird begleitet von dem bisher stärksten Anstieg des Medianalters im Westerwaldkreis, welcher sich an einer jährlichen durchschnittlichen Zunahme um 1,06% ablesen lässt (vgl. Tab. 36).

**Tab. 36: Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1997 bis 2004**

Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
1997	2004	1997-2004	absolut	in %
38,12	41,06	39,47	0,42	1,06

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

In diesem Zusammenhang ist in ausnahmslos jeder Verbandsgemeinde eine Zunahme des Medianalters zu registrieren. Am geringsten fällt der Anstieg in der VG Wirges aus, die dennoch weiterhin älteste Verbandsgemeinde bleibt (vgl. Tab. 37). Eine hohe Zunahme ist sowohl in der jüngsten VG Wallmerod als auch in Höhr-Grenzhausen festzustellen. In der VG Höhr-Grenzhausen wirkt sich der negative Wanderungssaldo bei den Personen bis 14 Jahre sowie ein Wanderungsüberschuss bei den über 74-Jährigen alternd auf die Gesamtbevölkerung aus. Die VG Höhr-Grenzhausen zählt damit im Jahr 2004 zu den drei ältesten Verbandsgemeinden im Westerwaldkreis.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 37: Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004**

Verbandsgemeinde	Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
	1997	2004	1997-2004	in Jahren	in %
Bad Marienberg	38,46	41,50	39,86	0,43	1,10
Hachenburg	39,04	41,79	40,30	0,39	0,97
Höhr-Grenzhausen	38,30	41,71	39,86	0,49	1,22
Montabaur	38,01	41,22	39,52	0,46	1,16
Ransbach-Baumbach	37,64	40,29	38,74	0,38	0,98
Rennerod	37,41	40,15	38,65	0,39	1,01
Selters	37,23	39,94	38,41	0,39	1,01
Wallmerod	36,60	39,88	38,18	0,47	1,23
Westerburg	38,37	41,36	39,82	0,43	1,07
Wirges	39,57	41,95	40,62	0,34	0,84

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 3.6.1.5 Entwicklung der ausländischen Bevölkerung

Im Vergleich zur Phase des stärksten Wachstums zeichnet sich in der Phase des abflauenden Wachstums eine Trendwende bezüglich der Entwicklung der ausländischen Bevölkerung ab: Nach den hohen Zuwachsraten der Jahre 1987 bis 1997 ist sowohl die absolute Anzahl der Ausländer als auch deren Anteil an der Gesamtbevölkerung leicht rückläufig (vgl. Tab. 38).

**Tab. 38: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis von 1997 bis 2004**

Ausländische Bevölkerung		Zu-/Abnahme der ausländischen Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt)		Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	
1997	2004	absolut	in %	1997	2004
14.891	14.151	-105,7	-0,73	7,47	6,94

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Diese Entwicklung fällt mit einem merklichen Rückgang des Wanderungsüberschusses zusammen: von 1997 bis 2004 werden nur noch 148 mehr Zu- als Fortzüge ausländischer Bür-

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

ger über die Kreisgrenze registriert. Bei zusätzlicher Berücksichtigung der insgesamt 3.563 Einbürgerungen im selben Zeitraum wird deutlich, dass die Abnahme der ausländischen Bevölkerung nicht mit einem Geburtendefizit zu erklären ist.

Im Hinblick auf die prozentual am stärksten vertretenen Länder der Staatsangehörigkeit der im Westerwaldkreis lebenden Ausländer hat sich im Vergleich zur letzten Phase nur wenig geändert, sodass es an dieser Stelle keiner gesonderten grafischen Darstellung bedarf.

Die Betrachtung auf Verbandsgemeindeebene ergibt ein zweigeteiltes Bild: Auf der einen Seite registriert die Mehrheit mit sieben Verbandsgemeinden eine Abnahme der ausländischen Bevölkerung und ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung (vgl. Tab. 39).

**Tab. 39: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Verbandsgemeinden von 1997 bis 2004**

Verbandsgemeinde	Ausländische Bevölkerung		Zu-/Abnahme der ausländischen Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt)		Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	
	1997	2004	absolut	in %	1997	2004
Bad Marienberg	1.210	1.202	-1,14	-0,09	6,10	6,05
Hachenburg	1.019	960	-8,43	-0,89	4,24	3,90
Höhr-Grenzhausen	1.909	1.587	-6,57	-0,38	13,25	11,22
Montabaur	2.651	2.414	-33,86	-1,37	6,92	6,18
Ransbach-Baumbach	1.985	1.854	-18,71	-0,96	14,16	12,59
Rennerod	876	912	5,14	0,56	5,22	5,31
Selters	1.323	1.368	6,43	0,47	8,30	8,13
Wallmerod	817	900	11,86	1,37	5,79	6,06
Westerburg	1.217	1.136	-11,57	-1,02	5,19	4,82
Wirges	1.884	1.818	-9,43	-0,50	10,16	9,54

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Auf der anderen Seite haben drei Verbandsgemeinden eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung zu verbuchen. Diese fällt in der VG Selters jedoch geringer aus als die der restlichen Bevölkerung, sodass dort der Ausländeranteil trotzdem leicht zurückgeht (vgl. ebd.).

#### **3.6.2 Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung**

In der vierten Phase des abflauenden Wachstums stehen 135 Gemeinden mit Einwohnerzunahmen 56 mit Bevölkerungsverlusten gegenüber. In einer Ortsgemeinde stagniert die Einwohnerzahl.

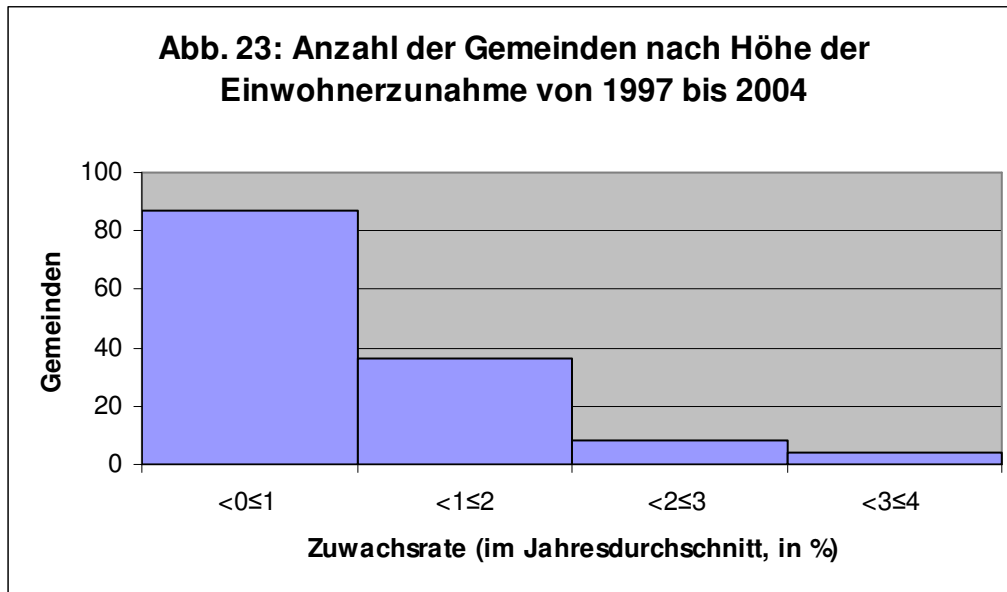
##### *3.6.2.1 Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen*

Die größte Bevölkerungszunahme verzeichnet Winkelbach (VG Hachenburg) mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 3,87%, dicht gefolgt von Hundsdorf (VG Ransbach-Baumbach) mit 3,84%. Auf Rang drei befindet sich Krümmel aus der VG Selters mit 3,71%, das zum zweiten Male hintereinander einen Platz unter den fünf Gemeinden mit den stärksten Wachstumsraten einnimmt. Darauf folgen Zehnhausen bei Wallmerod (VG Wallmerod) und Leuterod (VG Wirges) mit 3,05% respektive 2,89%. All diese Ortsgemeinden weisen sowohl ein Geburten- als auch einen Wanderungsüberschuss auf; letzterer ist jedoch vordergründig für das Bevölkerungswachstum verantwortlich. In Winkelbach wird die positive Bevölkerungsentwicklung von 1997 bis 2004 durch den Umstand begünstigt, dass in zwei Straßenzügen (*Oberbriesgarten* und *Auf der Norr*) der Großteil der insgesamt 29 Bauplätze an viele Familien mit Kindern verkauft und von diesen bebaut wird. Ein relativ günstiger Bau-landpreis in Verbindung mit der guten Verkehrsanbindung Winkelbachs an das überregionale Straßennetz, welche durch die B 8 gewährleistet ist, hat zu dieser Nachfrage beigetragen<sup>38</sup>.

Abbildung 23 verdeutlicht, dass die Mehrzahl der Gemeinden mit Einwohnerzunahmen Wachstumsraten bis zu maximal 1% aufweisen.

---

<sup>38</sup> Diese Information stammt aus einem Telefoninterview mit Ortsbürgermeister Eckhard Biel vom 28.11.2011.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die Verteilung der einzelnen Klassen besitzt darüber hinaus starke Ähnlichkeit mit derjenigen aus der zweiten Phase (vgl. Abb. 13). Von den zwölf Gemeinden mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von mehr als 2% liegen drei in der VG Ransbach-Baumbach, jeweils zwei in den Verbandsgemeinden Rennerod, Selters und Westerburg sowie jeweils eine in den Verbandsgemeinden Hachenburg, Wallmerod und Wirges.

#### 3.6.2.2 Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten

Von den 56 Ortsgemeinden mit einer Bevölkerungsabnahme liegen jene fünf mit den höchsten Schrumpfungsraten im Jahresdurchschnitt im nördlichen Westerwaldkreis. Es handelt sich im Einzelnen um Salzburg (VG Rennerod) mit -1,66%, Limbach (VG Hachenburg, -1,37%), Berzhahn (VG Westerburg, -1,13%), Welkenbach (VG Hachenburg, -1,11%) und Stahlhofen am Wiesensee aus der VG Westerburg (-1,02%). Letztgenannte Ortsgemeinde befand sich in der dritten Phase noch unter den fünf Gemeinden mit den höchsten Zuwachsraten im Jahresdurchschnitt. Dieser Umstand ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Ende der 1980er, Anfang der 1990er-Jahre über 20 Asylbewerber in einer ehemaligen Gaststätte in Stahlhofen am Wiesensee untergebracht wurden und diese während der vierten Phase diese wieder fortzogen. Zudem hat eine Großfamilie mit 15 Kindern den Ort in diesem Zeitraum verlassen<sup>39</sup>.

<sup>39</sup> Informationen aus einem Telefoninterview mit Ortsbürgermeister Günther Rasperl vom 28.11.2011.



### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Neben diesen fünf Gemeinden weisen die restlichen 51 Kommunen Schrumpfraten bis maximal -1% auf. Diese verteilen sich relativ gleichmäßig über die zehn Verbandsgemeinden. Auffällig ist in diesem Kontext lediglich, dass in den Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach und Wirges jeweils nur zwei Gemeinden Bevölkerungsverluste verbuchen.

#### 3.6.2.3 Entwicklung der Städte

Tabelle 40 zeigt, dass drei der mittlerweile neun Städte des Westerwaldkreises Bevölkerungszuwächse in der vierten Phase zu verzeichnen haben. Dies korreliert mit einer Einwohnerzunahme in den entsprechenden Verbandsgemeinden. Im Kontrast dazu stehen die Bevölkerungsverluste in den Städten Montabaur, Ransbach-Baumbach, Rennerod und Westerburg, die allesamt an dem Bevölkerungswachstum in ihren Verbandsgemeinden nicht teilhaben, sondern dieses sogar abschwächen.

**Tab. 40: Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 1997 bis 2004**

Stadt	Einwohner		Mittlere Einwohnerzahl	Veränderung der Einwohnerzahl (im Jahresdurchschnitt)	
	1997	2004	1997-2004	absolut	in %
Bad Marienberg	5.959	5.874	5.928,75	-12,14	-0,20
Hachenburg	5.458	5.756	5.619,25	42,57	0,76
Höhr-Grenzhausen	10.064	9.762	9.881	-43,14	-0,44
Montabaur	12.574	12.479	12.474,13	-13,57	-0,11
Ransbach-Baumbach	7.069	7.361	7.215,88	-41,71	-0,58
Rennerod	3.935	3.917	3.925,13	-2,57	-0,07
Selters	2.661	2.764	2.714,63	14,71	0,54
Westerburg	5.860	5.797	5.827	-9	-0,15
Wirges	5.122	5.204	5.204	11,71	0,23

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 3.7 Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 2004 bis 2008 (Phase des kontinuierlichen Rückgangs)

Die fünfte Phase der Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises ist die erste, die durchweg negative Zuwachsraten aufweist; diese bewegen sich zwischen -0,19% und -0,57%. Somit ist auch zum ersten Mal im Laufe dieser Betrachtung eine sukzessive Abnahme der Einwohnerzahl zu beobachten. Deshalb wird dieser letzte Zeitabschnitt der Analyse als Phase des kontinuierlichen Rückgangs bezeichnet.

#### 3.7.1 Zentrale Ergebnisse auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene

Die erstmalige Abnahme der Bevölkerungszahlen im Westerwaldkreis (vgl. Kap. 3.7.1.1) ist sowohl auf ein Geburten- als auch ein Wanderungsdefizit zurückzuführen (vgl. Kap. 3.7.1.2 und 3.7.1.3). Der Anstieg des Medianalters beschleunigt sich im Vergleich zur vierten Phase nochmals, sodass im Jahr 2008 mit 43,18 Jahren der bislang höchste Wert diesbezüglich festgestellt wird (vgl. Kap. 3.7.1.4). Der Umfang der ausländischen Bevölkerung nimmt hingegen weiter ab (vgl. Kap. 3.7.1.5).

##### 3.7.1.1 Entwicklung der Bevölkerungszahlen

Während der Westerwaldkreis im Jahr 2004 noch das Maximum von 203.925 Einwohnern aufweist, geht diese Zahl bis 2008 um -1,54% auf 200.779 zurück (vgl. Tab. 41).

**Tab. 41: Kontinuierliche Abnahme der Bevölkerungszahl des Westerwaldkreises von 2004 bis 2008**

Bevölkerungsstand		Mittlere Bevölkerungszahl	Bevölkerungsabnahme (im Jahresdurchschnitt)	
2004	2008	2004-2008	absolut	in %
203.925	200.779	202.568	-786,5	-0,39

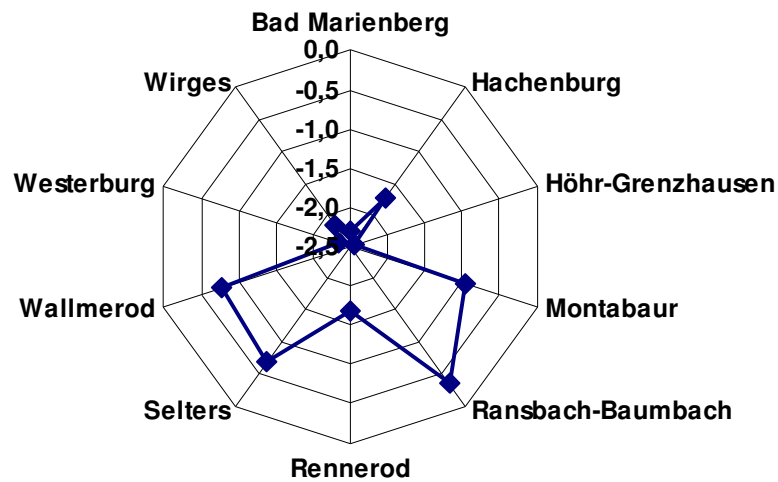
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Dieser Bevölkerungsrückgang findet in allen Verbandsgemeinden statt. Abbildung 24 verdeutlicht darüber hinaus, dass die Unterschiede hinsichtlich der Schrumpfungsraten zwischen den Verbandsgemeinden relativ gering ausfallen.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Abb. 24: Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008 (in %)**



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

**Tab. 42: Veränderung der Einwohnerzahlen in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008**

Verbandsgemeinde	Einwohner		Mittlere Einwohnerzahl	Veränderung der Einwohnerzahl (im Jahresdurchschnitt)	
	2004	2008		absolut	in %
Bad Marienberg	19.861	19.407	19.670,2	-113,5	-0,58
Hachenburg	24.635	24.210	24.380,6	-106,25	-0,44
Höhr-Grenzhausen	14.142	13.797	14.013	-86,25	-0,62
Montabaur	39.076	38.700	38.885	-94	-0,24
Ransbach-Baumbach	14.730	14.678	14.694,4	-13	-0,09
Rennerod	17.189	16.901	17.135,6	-72	-0,42
Selters	16.819	16.701	16.799,4	-29,5	-0,18
Wallmerod	14.854	14.736	14.840,2	-29,5	-0,20
Westerburg	23.570	23.013	23.272,4	-139,25	-0,60
Wirges	19.049	18.636	18.877,2	-103,25	-0,55

Quelle: eigene Darstellung und Berechnungen

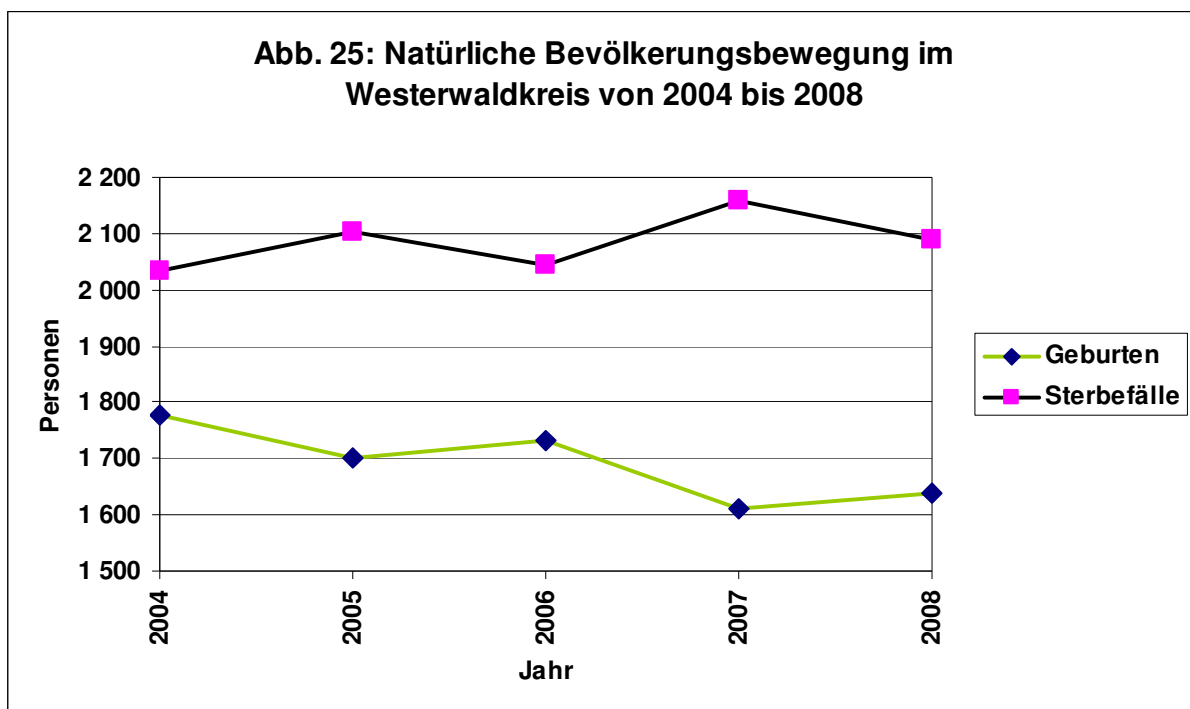
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Den geringsten Bevölkerungsrückgang hat die VG Ransbach-Baumbach zu verzeichnen mit einer Abnahme um -0,09% im Jahresdurchschnitt (vgl. Tab. 42). Im nördlichen Kreisgebiet sind vor allem die Verbandsgemeinden Westerburg und Bad Marienberg von einem relativ starken Rückgang betroffen, im südlichen Kreisgebiet Höhr-Grenzhausen und Wirges (vgl. ebd.).

#### 3.7.1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Das Geburtendefizit, welches bereits in der vierten Phase des abflauenden Wachstums vorlag, setzt sich in der Phase des kontinuierlichen Rückgangs verstärkt fort (vgl. Abb. 25). Es erreicht im Jahr 2007 seinen Höhepunkt und beträgt insgesamt 1.969 Personen.



Quelle: Eigene Darstellung

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Dennoch zeigt sich, dass es auch während der Phase des kontinuierlichen Rückgangs mit Selters und Wallmerod noch zwei Verbandsgemeinden gibt, die einen leichten Geburtenüberschuss registrieren (vgl. Tab. 43). Diese verzeichneten bereits in der dritten und vierten Phase mehr Geburten als Sterbefälle.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 43: Natürliche Bevölkerungsbewegung von 2004 bis 2008 nach Verbandsgemeinden**

Verbandsgemeinde	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuss bzw. -defizit (absolut und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	772	1.289	-517	-103,4
Hachenburg	999	1.318	-319	-63,8
Höhr-Grenzhausen	578	710	-132	-26,4
Montabaur	1.562	1.849	-287	-57,4
Ransbach-Baumbach	622	702	-80	-16
Rennerod	785	886	-101	-20,2
Selters	735	716	19	3,8
Wallmerod	650	620	30	6
Westerburg	938	1.297	-359	-71,8
Wirges	817	1.040	-223	-44,6

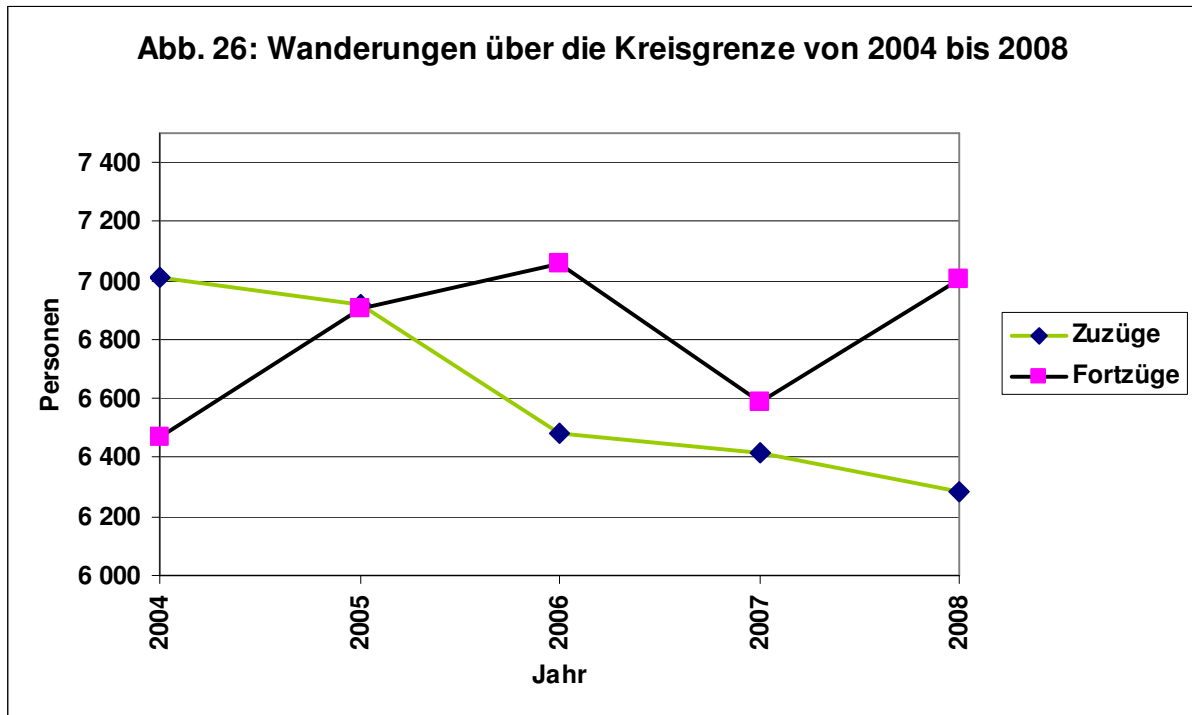
**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die größten Geburtendefizite weisen erneut die im Norden des Westerwaldkreises gelegenen Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg und Westerburg auf (vgl. ebd.).

#### 3.7.1.3 Wanderungen

Das Ausmaß des Geburtendefizits reicht allein nicht aus, um den Bevölkerungsrückgang im Westerwaldkreis von 2004 bis 2008 zu erklären. Aus Abbildung 26 geht hervor, dass zudem zum ersten Male in der Betrachtung nach Phasen insgesamt ein Wanderungsdefizit vorliegt.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Dieses stellt sich jedoch erst im Zeitraum ab 2006 ein und erreicht im Jahr 2008 sein Maximum. Insgesamt ist ein wanderungsbedingter Bevölkerungsverlust von 904 Personen zu registrieren.

Auf Ebene der Verbandsgemeinden zeigt sich, dass nicht alle ein Wanderungsdefizit aufweisen: In den Verbandsgemeinden Montabaur und Ransbach-Baumbach wird der allgemeine Bevölkerungsrückgang durch einen geringen Wanderungsüberschuss abgemildert (vgl. Tab. 44). Im Gegensatz dazu ist das Wanderungsdefizit in den Verbandsgemeinden Westerburg (-312 Personen) und Höhr-Grenzhausen (-294 Personen) am stärksten ausgeprägt.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 44: Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene von 2004 bis 2008**

Verbandsgemeinde	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsbilanz (insgesamt und Jahresdurchschnitt)	
Bad Marienberg	8.204	8.226	-22	-4,4
Hachenburg	8.785	8.807	-22	-4,4
Höhr-Grenzhausen	4.283	4.577	-294	-58,8
Montabaur	12.943	12.844	99	19,8
Ransbach-Baumbach	4.719	4.587	132	26,4
Rennerod	5.363	5.550	-187	-37,4
Selters	6.079	6.132	-53	-10,6
Wallmerod	4.579	4.655	-76	-15,2
Westerburg	7.489	7.801	-312	-62,4
Wirges	6.374	6.543	-169	-33,8

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

#### 3.7.1.4 Entwicklung des Medianalters

Auch in der letzten Phase des kontinuierlichen Rückgangs ist ein weiterer Anstieg des Medianalters im Westerwaldkreis zu konstatieren (vgl. Tab. 45).

**Tab. 45: Entwicklung des Medianalters im Westerwaldkreis von 2004 bis 2008**

Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
2004	2008	2004-2008	absolut	in %
41,06	43,18	42,14	0,53	1,26

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Dieser fällt im Vergleich zur vierten Phase mit 1,26% im Jahresdurchschnitt sogar noch etwas höher aus. Diese Entwicklung lässt sich – neben der relativ niedrigen Fertilität und der allgemein steigenden Lebenserwartung – auf die unterschiedliche Verteilung der Wanderungsbilanzen nach Altersklassen zurückführen: Während bei den über 74-Jährigen ein relativ hoher Wanderungsüberschuss vorliegt (487 Personen), ist insbesondere in den Altersklassen 18 bis 20 Jahre (-784 Personen) und 21 bis 29 Jahre (-1.419 Personen) ein ausgeprägtes Wanderungsdefizit festzustellen.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

Ungebrochen bleibt auch der Trend auf der Ebene der Verbandsgemeinden: Alle haben eine Zunahme des Medianalters zu verzeichnen, die darüber hinaus relativ gleichmäßig verteilt ist (vgl. Tab. 46).

**Tab. 46: Zunahme des Medianalters in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008**

Verbandsgemeinde	Medianalter		Mittleres Medianalter	Zunahme des Medianalters (im Jahresdurchschnitt)	
	2004	2008	2004-2008	in Jahren	in %
Bad Marienberg	41,50	43,48	42,45	0,50	1,17
Hachenburg	41,79	43,93	42,90	0,54	1,25
Höhr-Grenzhausen	41,71	43,73	42,68	0,51	1,18
Montabaur	41,22	43,47	42,43	0,56	1,33
Ransbach-Baumbach	40,29	42,36	41,35	0,52	1,25
Rennerod	40,15	42,31	41,15	0,54	1,31
Selters	39,94	41,99	41,00	0,51	1,25
Wallmerod	39,88	42,28	41,12	0,6	1,46
Westerburg	41,36	43,36	42,42	0,5	1,18
Wirges	41,95	44,00	42,95	0,51	1,19

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Somit stellt zum Abschluss der Betrachtung im Jahr 2008 Selters mit einem Medianalter von 41,99 Jahren die jüngste und Wirges mit 44,00 Jahren die älteste Verbandsgemeinde des Westerwaldkreises dar.

#### 3.7.1.5 Entwicklung des Ausländeranteils

Auch in der fünften Phase des erstmaligen Rückgangs ist eine Abnahme der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis zu verzeichnen (vgl. Tab. 47). Diese fällt – absolut betrachtet – sogar etwas höher aus als in Phase vier. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung hingegen schrumpft in etwa in der gleichen Größenordnung wie in der vierten Phase, da von 2004 bis 2008 auch die inländische Bevölkerung rückläufig ist.



### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 47: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis von 2004 bis 2008**

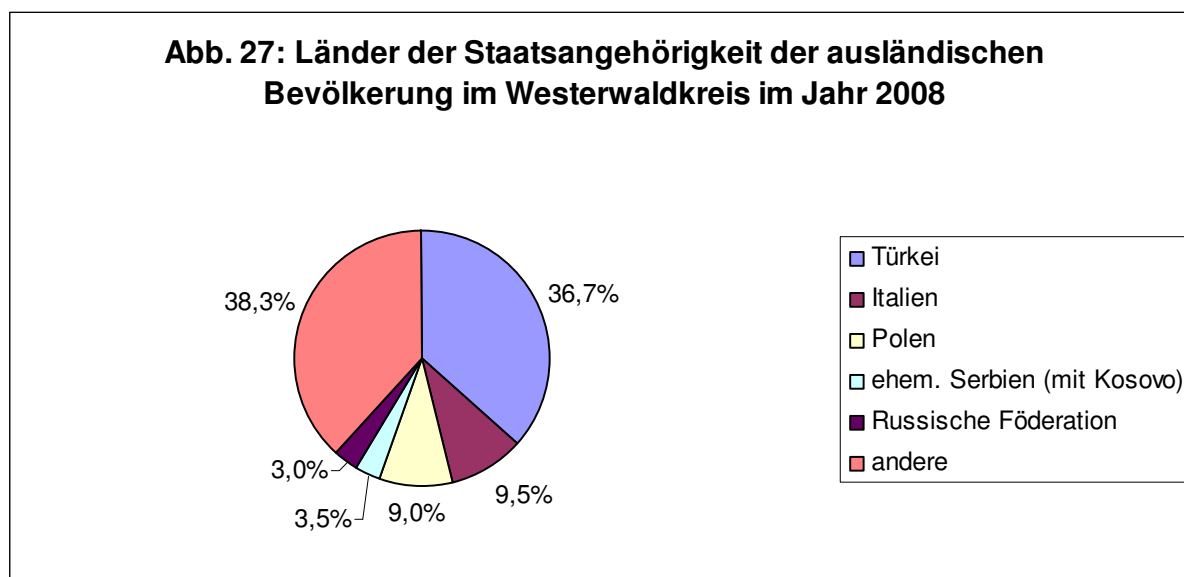
Ausländische Bevölkerung		Zu-/Abnahme der ausländischen Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt)		Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	
2004	2008	absolut	in %	2004	2008
14.151	13.010	-285,25	-2,10	6,94	6,48

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Im Hinblick auf die Länder der Staatsangehörigkeit der im Westerwaldkreis lebenden Ausländer lässt sich am Ende der Phase des erstmaligen Rückgangs festhalten, dass sich der Anteil von Polen im Vergleich zu 1997 (vgl. Abb. 18) nahezu verdoppelt hat und somit am drittstärksten vertreten ist (vgl. Abb. 27).

**Abb. 27: Länder der Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung im Westerwaldkreis im Jahr 2008**



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Der allgemeine Rückgang der ausländischen Bevölkerung zeigt sich auf der Ebene der Verbandsgemeinden darin, dass alle Verbandsgemeinden eine Abnahme diesbezüglich registrieren. Außer in der VG Bad Marienberg, in der es zu einer stärkeren Abnahme der inländischen als der ausländischen Bevölkerung kommt und infolgedessen der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung leicht zunimmt, ist der Ausländeranteil in den restlichen Verbandsgemeinden ebenfalls rückläufig (vgl. Tab. 48).

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 48: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Verbandsgemeinden von 2004 bis 2008**

Verbandsgemeinde	Ausländische Bevölkerung		Zu-/Abnahme der ausländischen Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt)		Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	
	2004	2008	absolut	in %	2004	2008
Bad Marienberg	1.202	1.196	-1,5	-0,12	6,05	6,16
Hachenburg	960	895	-16,25	-1,73	3,90	3,70
Höhr-Grenzhausen	1.587	1.429	-39,5	-2,61	11,22	10,36
Montabaur	2.414	2.206	-52	-2,26	6,18	5,70
Ransbach-Baumbach	1.854	1.752	-25,5	-1,42	12,59	11,94
Rennerod	912	871	-10,25	-1,14	5,31	5,15
Selters	1.368	1.260	-27	-2,06	8,13	7,54
Wallmerod	900	781	-29,75	-3,54	6,06	5,30
Westerburg	1.136	1.061	-18,75	-1,72	4,82	4,61
Wirges	1.818	1.559	-64,75	-3,79	9,54	8,37

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 3.7.2 Regionale Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung

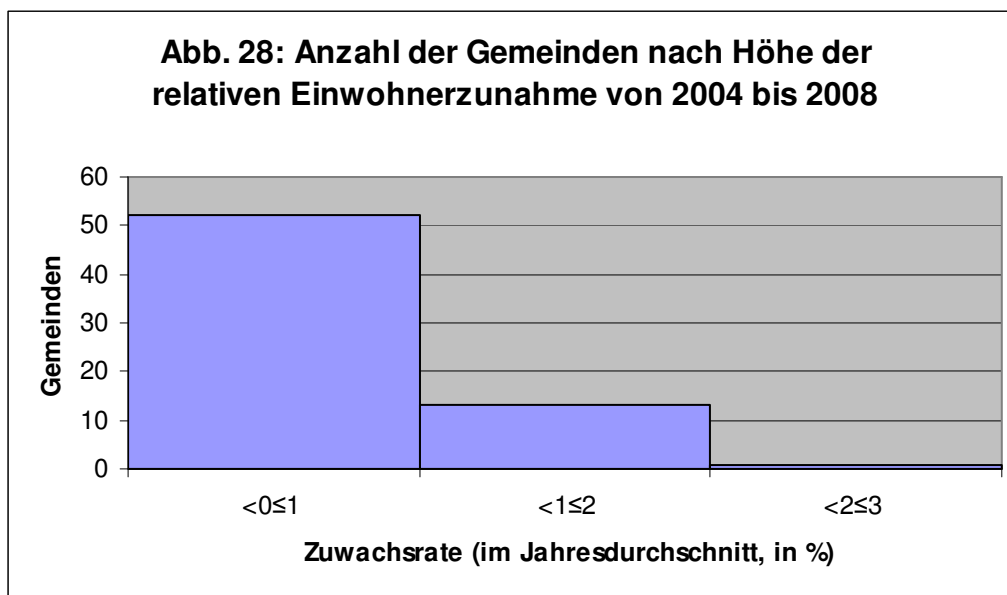
Die Phase des erstmaligen Rückgangs macht sich auch im Verhältnis der Gemeinden mit Einwohnerzunahmen zu denjenigen mit Einwohnerabnahmen bemerkbar: 66 verzeichnen einen Bevölkerungszuwachs, 123 hingegen Bevölkerungsverluste. Drei Gemeinden weisen eine stagnierende Einwohnerzahl auf.

##### 3.7.2.1 Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen

Die höchste Einwohnerzunahme in der fünften Phase registriert die Ortsgemeinde Limbach (VG Hachenburg) mit einer Zuwachsrate von 2,17% im Jahresdurchschnitt. Auf den Rängen zwei bis fünf folgen Neunkirchen (VG Rennerod) mit 1,64%, Elbingen und Kuhnhöfen (beide VG Wallmerod) mit 1,55% respektive 1,51% sowie Quirnbach (VG Selters), das eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,42% aufweist. An diesen Raten, die alle unter dem Niveau der ersten vier Phasen liegen, wird bereits deutlich, dass der allgemeine Bevölkerungsrückgang im Westerwaldkreis in den Jahren 2004 bis 2008 auch von geringeren Be-

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

völkerungszuwächsen der Gemeinden mit positiver Einwohnerentwicklung begleitet wird. Des Weiteren ist zu konstatieren, dass – mit Ausnahme von Kuhnhöfen – die Ortsgemeinden mit den größten Zuwachsraten von einem positiven Wanderungssaldo, insbesondere bei den 30- bis 44-Jährigen, profitieren. In Kuhnhöfen ist das Bevölkerungswachstum ausschließlich auf einen Geburtenüberschuss zurückzuführen. Limbach hingegen als Ortsgemeinde mit dem stärksten Wachstum fördert durch den Verkauf zahlreicher Bauplätze im Neubaugebiet *Neuergarten-Assberggrund* im Zeitraum von 2004 bis 2008 vor allem den Zuzug von Familien mit Kindern<sup>40</sup>.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

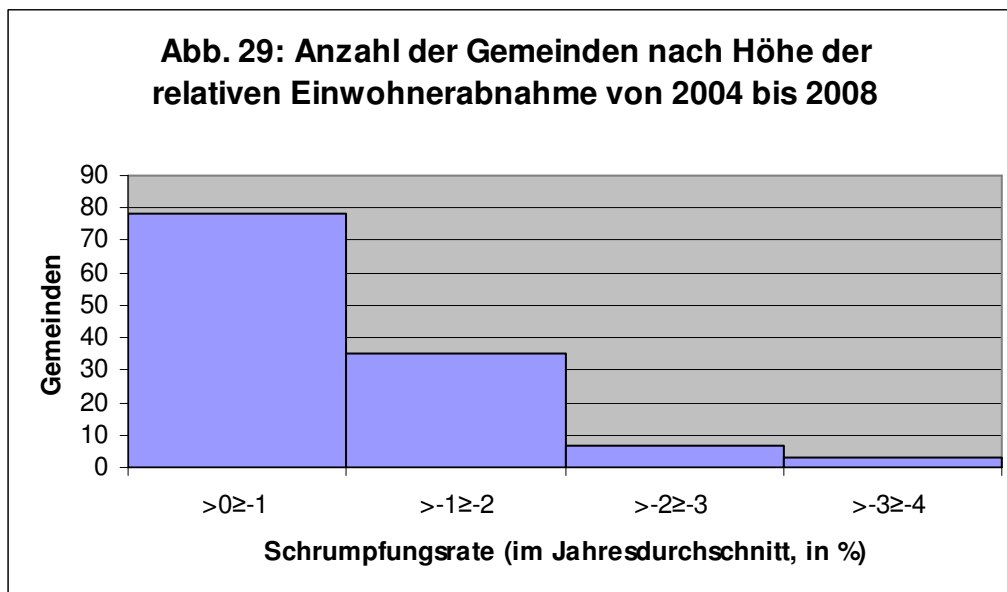
Abbildung 28 unterstreicht die Entwicklung in Phase fünf, indem sie aufzeigt, dass insgesamt nur 14 Gemeinden eine Wachstumsrate von mehr als 1% zu verbuchen haben. Davon liegen vier in der VG Rennerod, jeweils drei in den Verbandsgemeinden Selters und Wallmerod, zwei in der VG Hachenburg und jeweils eine in den Verbandsgemeinden Westerbürg und Wirges. Somit lässt sich vermerken, dass die größten Zuwachsraten überwiegend im nördlichen Kreisgebiet vorzufinden sind.

<sup>40</sup> Informationen aus einem Telefoninterview mit Ortsbürgermeister Klaus Sassmannshausen vom 28.11.2011.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

#### 3.7.2.2 Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten

Von den 123 Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten ragt insbesondere Stahlhofen am Wiesensee (VG Westerburg) mit einer durchschnittlichen jährlichen Schrumpfrate von -3,25% heraus, das sich bereits in Phase vier unter den fünf Ortsgemeinden mit den größten Verlusten befand. Ihm folgen drei Ortsgemeinden aus der VG Rennerod: Salzburg (-3,16%), Bretthausen (-3,12%) und Stein-Neukirch (-2,98%). Rang fünf belegt Roßbach aus der VG Hachenburg mit -2,78%. Insgesamt überwiegt jedoch die Anzahl der Gemeinden, die Verlusten von maximal -1% im Jahresdurchschnitt aufweisen (vgl. Abb. 29).



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Von den zehn Gemeinden, die eine Schrumpfrate von mehr als -2% verzeichnen, befinden sich vier in der VG Rennerod, drei in der VG Hachenburg und jeweils eine in den Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Westerburg und Wirges. Wie sich bereits bei der Analyse der Gemeinden mit Bevölkerungszuwächsen gezeigt hat, liegt der Schwerpunkt auch hier eindeutig in dem nördlichen Teil des Westerwaldkreises.

#### 3.7.2.3 Entwicklung der Städte

Die Phase des erstmaligen Rückgangs schlägt sich ebenfalls in der Entwicklung der Einwohnerzahlen der neun Städte des Westerwaldkreises nieder: Sieben haben Bevölkerungsverluste zu verzeichnen und bezüglich der beiden Städte mit einem Bevölkerungswachstum (Montabaur und Ransbach-Baumbach) ist festzuhalten, dass es sich aufgrund der relativ

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

geringen Zuwachsraten eher um Stagnation als um einen merklichen Zugewinn handelt (vgl. Tab. 49).

**Tab. 49: Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Städten von 2004 bis 2008**

Stadt	Einwohner		Mittlere Einwohnerzahl	Veränderung der Einwohnerzahl (im Jahresdurchschnitt)	
	2004	2008	2004-2008	absolut	in %
Bad Marienberg	5.874	5.694	5.778,6	-45	-0,78
Hachenburg	5.756	5.710	5.739,6	-11,5	-0,20
Höhr-Grenzhausen	9.762	9.430	9.644,2	-83	-0,86
Montabaur	12.479	12.486	12.515,2	1,75	0,01
Ransbach-Baumbach	7.361	7.383	7.364,8	5,5	0,07
Rennerod	3.917	3.832	3.902,8	-21,25	-0,54
Selters	2.764	2.744	2.747,2	-5	-0,18
Westerburg	5.797	5.623	5.684,4	-43,5	-0,77
Wirges	5.204	5.119	5.146,8	-21,25	-0,41

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 3.8 Gesamtüberblick über die Bevölkerungsentwicklung von 1974 bis 2008

Der nachfolgende ganzheitliche Überblick fasst die wesentlichen Ergebnisse der vorangegangenen Analyse der fünf Phasen zusammen. Dabei werden anstelle der durchschnittlichen jährlichen Wachstums- bzw. Schrumpfraten die absoluten bzw. relativen Gewinne und Verluste über den gesamten Zeitraum präsentiert, damit die regionalen Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung sichtbar werden.

#### 3.8.1 Die Bevölkerungszunahme im Westerwaldkreis im Vergleich mit der Landesebene

Die Bevölkerung des Westerwaldkreises ist im gesamten Untersuchungszeitraum von 1974 bis 2008 um den 1,21-fachen Betrag, die von Rheinland-Pfalz lediglich um den 1,09-fachen Betrag angestiegen. Dieser unterschiedlich ausgeprägte Zuwachs ist in erster Linie auf das

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

stärkere Bevölkerungswachstum im Westerwaldkreis in der dritten Phase von 1987 bis 1997 zurückzuführen (vgl. Tab. 50).

**Tab. 50: Relative Veränderungen des Bevölkerungsstandes im Westerwaldkreis und in Rheinland-Pfalz in den fünf Phasen der Bevölkerungsanalyse**

Gebiet	Veränderung des Bevölkerungsstandes (in %)				
	'74-'78	'78-'86	'87-'97	'97-'04	'04-'08
Westerwaldkreis	-0,11	2,83	16,82	2,29	-1,54
Rheinland-Pfalz	-1,55	-0,54	10,55	1,08	-0,81

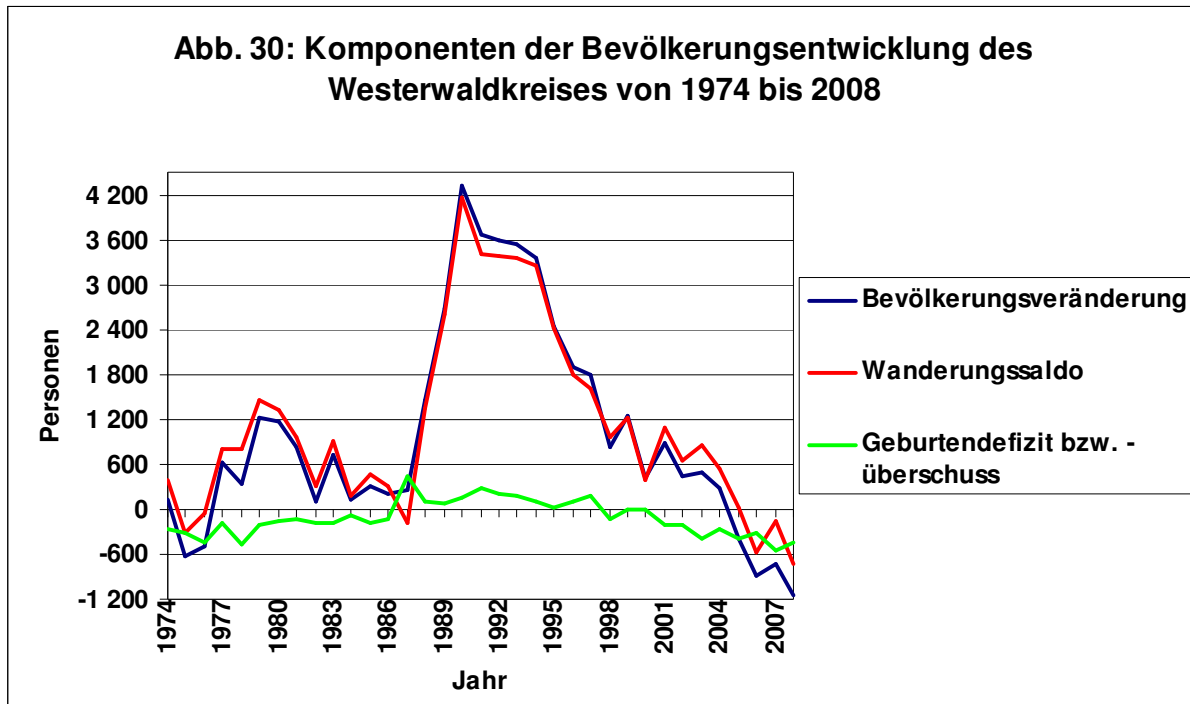
**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Gemeinsam ist beiden Gebieten in diesem Kontext, dass sich in der dritten Phase jeweils der höchste Anstieg des Bevölkerungsstandes vollzogen hat. In diesem Zeitraum kam, bedingt durch die Umwälzungen in Osteuropa, der Maueröffnung und den Veränderungen in verschiedenen anderen Teilen der Welt ein starker Zustrom von Menschen nach Deutschland und damit auch nach Rheinland-Pfalz und in den Westerwaldkreis (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2002, S. 69). Dieser führte nicht nur zu dem enormen Anstieg der Bevölkerungszahl, sondern auch zu der Verdopplung der Anzahl der Ausländer im Kreis (vgl. Kap. 3.5.1.5). Des Weiteren fällt auf, dass in den ersten vier Phasen die Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis günstiger ausfällt als auf Landesebene. In der fünften Phase des erstmaligen Rückgangs kehrt sich dieser Trend um.

#### **3.8.2 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung**

Abbildung 30 veranschaulicht, dass die Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 stark von der Höhe des Wanderungssaldos abhängt; der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung hingegen ist von untergeordneter Bedeutung.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Daraus resultiert, dass der Bevölkerungsanstieg im Untersuchungszeitraum vollständig auf eine insgesamt positive Wanderungsbilanz zurückzuführen ist, ohne die das Geburtendefizit in Höhe von -3.972 Personen von 1974 bis 2008 sogar zu einem Rückgang der Bevölkerung geführt hätte.

#### **3.8.3 Die Bevölkerungszunahme nach Naturräumen**

Im Folgenden wird Bezug auf die naturräumliche Gliederung des Westerwaldkreises (vgl. Kap. 2.2) genommen und aufgezeigt, inwiefern sich der Bevölkerungsanstieg auf die fünf naturräumlichen Einheiten verteilt (vgl. Tab. 51). Dabei ist festzustellen, dass hinsichtlich der drei Haupteinheiten des geographischen Westerwaldes nur geringfügige Unterschiede bestehen. Im Kontrast dazu stehen die zehn Gemeinden der VG Hachenburg, die zum Mittelsiebergland zählen: Dort wurde mit 5,14% ein deutlich niedrigeres Bevölkerungswachstum registriert. Den höchsten Anstieg verzeichnen die beiden Ortsgemeinden aus dem Limburger Becken (Hundsangen und Obererbach, beide VG Wallmerod) mit 35,96%. Allerdings ist im Hinblick auf das unter- bzw. überdurchschnittliche Wachstum im Mittelsiebergland bzw. im Limburger Becken der geringe Bevölkerungsumfang zu berücksichtigen, sodass an dieser Stelle die unterschiedlichen Wachstumsraten nicht ohne Weiteres in Verbindung mit den jeweiligen naturräumlichen Faktoren gesetzt werden können.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

**Tab. 51: Bevölkerungszunahme im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 nach naturräumlichen Einheiten**

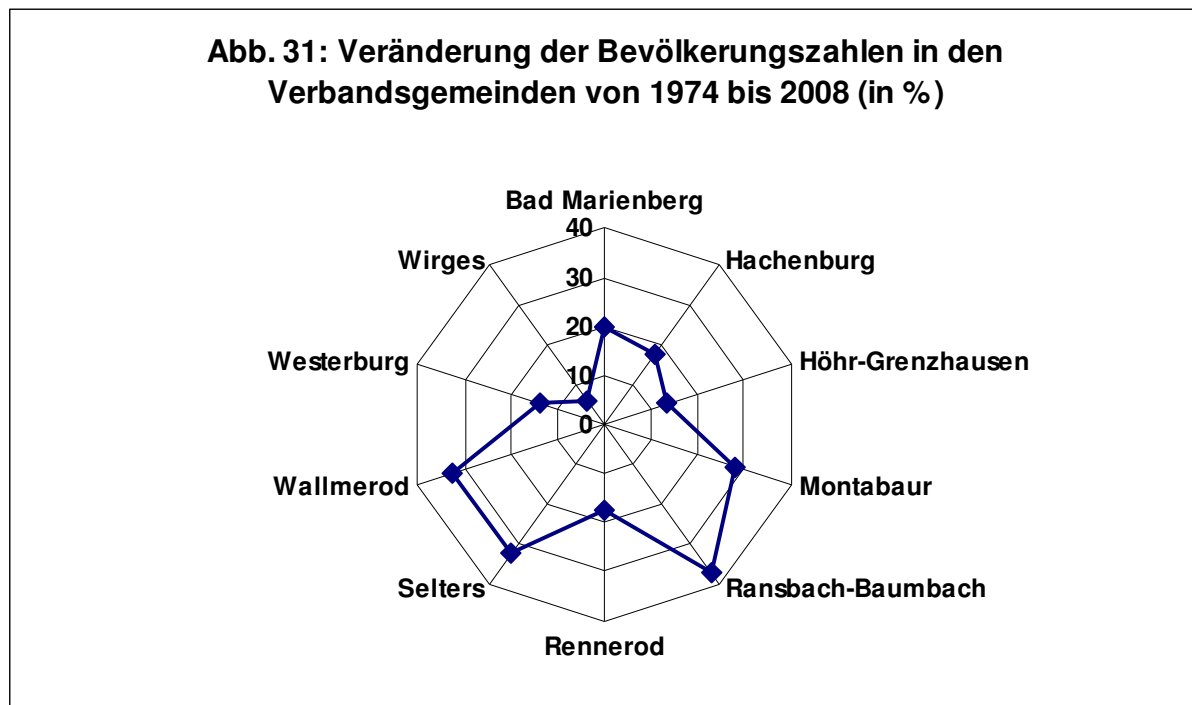
Naturräumliche Einheit	Bevölkerung		Wachstum	
	1974	2008	absolut	in %
Hoher Westerwald	21.548	25.668	4.120	19,12
Oberwesterwald	49.036	58.741	9.705	19,79
Niederwesterwald	90.024	110.217	20.193	22,43
Mittelsiegbergland	3.346	3.518	172	5,14
Limburger Becken	1.938	2.635	697	35,96

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 3.8.4 Räumliche Unterschiede der Bevölkerungsentwicklung nach administrativer Gliederung

Auf Verbandsgemeindeebene zeigt sich, dass insbesondere die Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach, Selters und Wallmerod mit einem relativen Zuwachs der Einwohnerzahlen von jeweils mehr als 30% den größten Anstieg zu verbuchen haben (vgl. Abb. 31).



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010



### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

---

Mit Wirges (6,10%) und Höhr-Grenzhausen (13,29%) registrieren zwei Verbandsgemeinden des Kannenbäckerlandes die geringsten relativen Bevölkerungszuwächse. Auch die im Oberwesterwald gelegene VG Westerbürg weist mit 13,69% nur ein verhältnismäßig schwach ausgeprägtes Wachstum auf. Bezüglich der absoluten Bevölkerungsgewinne ragt die einwohnerstärkste VG Montabaur heraus mit einem Plus von 8.403 Personen, gefolgt von der VG Selters (+4.108 Personen). Nur geringe absolute Zuwächse sind in der VG Wirges (+1.072) und in der Verbandsgemeinde mit den wenigsten Einwohnern – Höhr-Grenzhausen (+1.619) – vorzufinden.

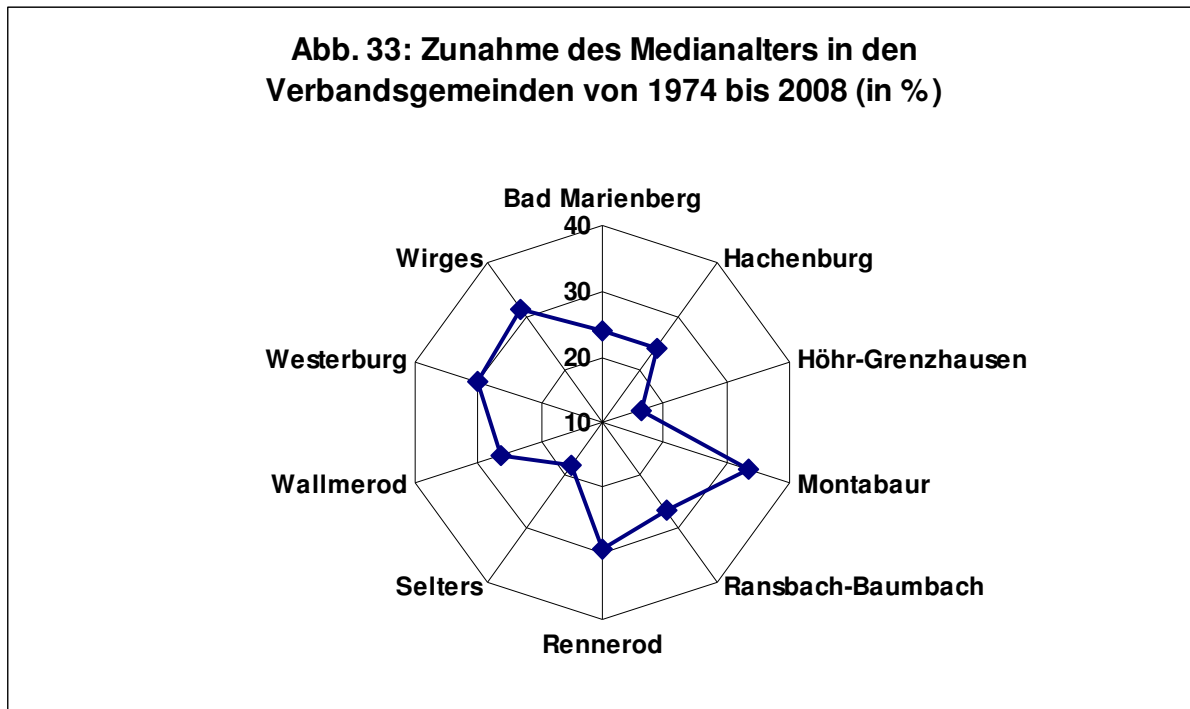
Die Ortsgemeinde mit dem relativ größten Zuwachs der Einwohnerzahl ist Krümmel aus der VG Selters: Mit einer Zunahme um 131,65% hat sich die Bevölkerung im Untersuchungszeitraum dort von 158 auf 366 Einwohner mehr als verdoppelt (vgl. Karte 6, Anhang A). Darüber hinaus gibt es vier weitere Ortsgemeinden, die ein außerordentlich überdurchschnittliches Wachstum mit relativen Zugewinnen von mehr als 75% verbuchen. Diese liegen ausnahmslos in den drei Verbandsgemeinden, die den höchsten relativen Bevölkerungszuwachs aufweisen. Es handelt sich dabei im Einzelnen mit Quirnbach (VG Selters, 84,15%), Caan (VG Ransbach-Baumbach, 82,60%), Kuhnhöfen (VG Wallmerod, 81,32%) und Oberhaid (VG Ransbach-Baumbach, 79,11%) um Gemeinden, die weniger als 1.000 Einwohner zählen. Den größten relativen Zuwachs in den Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern verzeichnet Wallmerod (71,09%). Bezüglich der höchsten absoluten Zugewinne ist zu konstatieren, dass sich mit Ransbach-Baumbach (+1.823 Personen), Montabaur (+1.744), Höhr-Grenzhausen (+1.186) und Hachenburg (+1.111) ausschließlich Städte auf den vordersten Rängen befinden. Nauort ist mit einem Plus von 677 Personen auf Platz fünf die Ortsgemeinde mit dem größten absoluten Zuwachs.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass insgesamt zwölf Gemeinden trotz des allgemeinen Bevölkerungsanstiegs im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 Bevölkerungsverluste hinzunehmen haben. Mit einer Abnahme von mehr als -10% ist dieser Schrumpfungsprozess in den Ortsgemeinden Dernbach (VG Wirges, -18,90%), Kundert (VG Hachenburg) und Willingen (VG Rennerod, jeweils -14,89%) sowie in Ebernhahn (VG Wirges, -12,23%) besonders stark ausgeprägt. Diese vier Gemeinden weisen gleichzeitig auch die höchsten absoluten Einwohnerverluste auf.



#### 3.8.6 Zunahme des Medianalters nach administrativer Gliederung

Ein Trend, der im Westerwaldkreis in allen zehn Verbandsgemeinden zu konstatieren ist, ist der merkbare Anstieg des Medianalters, an dem sich der demographische Alterungsprozess ablesen lässt (vgl. Abb. 33).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die prozentuale Zunahme des Medianalters ist insbesondere in den Verbandsgemeinden Montabaur (33,55%), die 1974 noch die jüngste Verbandsgemeinde darstellt, und Wirges (31,30%), der im Jahr 2008 ältesten Verbandsgemeinde, stark ausgeprägt. Der relativ geringe Anstieg in der VG Selters führt dazu, dass diese im Jahr 2008 mit einem Medianalter von 41,99 Jahren jüngste Verbandsgemeinde des Westerwaldkreises ist, gefolgt von Wallmerod (42,28 Jahre) und Ransbach-Baumbach (42,36 Jahre). Damit weisen die drei Verbandsgemeinden mit den höchsten Einwohnerzuwächsen im Untersuchungszeitraum (vgl. Kap. 3.8.4) gleichzeitig auch die jüngste Bevölkerung im letzten Jahr der Analyse auf. Darüber hinaus ist im Hinblick auf die prozentualen Zunahmen des Medianalters zu konstatieren, dass überwiegend die Verbandsgemeinden einen relativ hohen Anstieg zu verzeichnen haben, die 1974 noch über ein vergleichsweise geringes Medianalter verfügen. Dies führt zu einer Abnahme der Spannweite des Medianalters im Untersuchungszeitraum: 1974 liegt sie bei 5,07 Jahren, 2008 lediglich noch bei 2,01 Jahren.

### 3. ANALYSE NACH ZEITABSCHNITTEN

---

Auch auf Gemeindeebene ist ein genereller Anstieg des Medianalters festzustellen (vgl. Karte 9, Anhang A). Lediglich in vier Ortsgemeinden, die 1974 ein relativ hohes Niveau bezüglich des Medianalters aufweisen, ist ein gegenläufiger Trend mit einer Abnahme zu beobachten. Dabei handelt es sich im Einzelnen um Ewighausen, VG Selters (von 40,74 Jahren auf 38,66 Jahre); Rotenhain, VG Westerburg (von 43,50 auf 42,01); Zehnhausen bei Wallmerod (von 40,00 auf 38,53) und Berzhahn, VG Westerburg (von 44,74 auf 44,69). Im Gegensatz dazu verzeichnen Streithausen (von 23,08 Jahren auf 43,94 Jahre) und Dreifelden (von 34,09 auf 54,84) aus der VG Hachenburg sowie Weltersburg (von 26,03 Jahren auf 44,62 Jahre) aus der VG Westerburg sowohl absolut als auch relativ die höchsten Steigerungen des Medianalters. In den beiden letztgenannten Ortsgemeinden tragen die dort ansässigen Altenpflegeeinrichtungen zu dieser Entwicklung bei.

#### **3.8.7 Entwicklung des Ausländeranteils nach administrativer Gliederung**

Von 1987 bis 2008 steigen die ausländische Bevölkerung im Westerwaldkreis von 7.359 auf 13.010 Personen und auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 4,3% auf 6,5%.

Alle zehn Verbandsgemeinden verbuchen eine Zunahme an Ausländern. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass – trotz eines relativen Zuwachses der Anzahl der ausländischen Bevölkerung von mehr als 100% in den Verbandsgemeinden des nördlichen Kreisgebietes – das bereits 1987 bestehende, allgemeine Nord-Süd-Gefälle bis 2008 erhalten bleibt (vgl. Karten 10 und 11, Anhang A). Eine Ausnahme davon bildet die VG Montabaur im Süden des Westerwaldkreises, die sowohl 1987 als auch im Jahr 2008 mit 3,8% respektive 5,7% einen unterdurchschnittlichen Ausländeranteil aufweist.

Auf der Ebene der Gemeinden lässt sich lediglich für einige wenige eine Abnahme der ausländischen Bevölkerung feststellen. In 22 Ortsgemeinden nimmt sowohl die Anzahl der Ausländer als auch deren Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerung ab. Die Hälfte dieser Gemeinden befindet sich in den Verbandsgemeinden Hachenburg und Montabaur. Am stärksten ist der Rückgang in dem Dorf Oberelbert (VG Montabaur) ausgeprägt: 25 ausländischen Mitbürgern im Jahr 1987 stehen nur noch zehn im Jahr 2008 gegenüber. Dies entspricht einer Abnahme des Ausländeranteils von 2,94% auf 0,90%.

Die Mehrzahl der Gemeinden weist somit eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung auf. Diese konzentriert sich vor allem auf die Städte, da mehr als ein Drittel des absoluten Anstiegs der Ausländer im Westerwaldkreis von 1987 bis 2008 um 5.651 Personen in den Städ-

ten wiederzufinden ist. Die Konzentration der ausländischen Bevölkerung auf die Städte lässt sich des Weiteren daran ablesen, dass im Jahr 2008 52,34% der Ausländer auf Kreisebene in den nunmehr insgesamt neun Städten leben.

#### **4 DETAILANALYSE DER BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR UND DER NATÜRLICHEN BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG VON 1974 BIS 2008**

In diesem Kapitel stehen ausgewählte Aspekte der Bevölkerungsstruktur und der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Westerwaldkreis im Fokus mit dem Ziel, einzelne, bereits angesprochene Komponenten des Demographischen Wandels (vgl. Kap. 3) tiefergehender zu untersuchen.

Bezüglich der Bevölkerungsstruktur ist schon im vorigen Kapitel anhand der Darstellung des Medianalters auf den verschiedenen Betrachtungsebenen deutlich geworden, dass der Alterungsprozess als zentraler Bestandteil des Demographischen Wandels für den Westerwaldkreis eindeutig nachzuweisen ist. Im folgenden Kapitel wird auf diesen Prozess noch etwas ausführlicher eingegangen, indem weitere Kennziffern – wie zum Beispiel Altersindizes und das Billeter-Maß – präsentiert werden, die den Blick auf die Konsequenzen der demographischen Alterung für die einzelnen Kommunen schärfen. Darüber hinaus erlaubt das vorhandene Datenmaterial, die Gliederung der Westerwälder Bevölkerung nach Geschlecht mithilfe der Sexualproportion zu untersuchen. Dies ist insofern von Bedeutung, als eine unausgeglichene Sexualproportion beträchtliche Auswirkungen, beispielsweise im Hinblick auf die Ausbildung von Familien- und Heiratsstrukturen sowie konkrete Folgen in wirtschaftlichen Bereichen (z.B. auf dem Arbeitsmarkt), haben kann (vgl. BÄHR / JENTSCH / KULS 1992, S. 149) und somit die negativen Folgen des Demographischen Wandels verstärkt werden können.

Die detaillierte Analyse der natürlichen Bevölkerungsbewegung erlaubt es, den Geburtenrückgang als weitere Komponente des Demographischen Wandels näher zu beleuchten. Dies wird auch dadurch ermöglicht, dass mit dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial neben der *rohen Geburtenrate* mit der *allgemeinen Fruchtbarkeitsrate* eine Kennziffer berechnet werden kann, welche das Ausmaß der Fertilität unabhängig vom Aufbau der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht misst. Darüber hinaus erfolgt eine Darstellung der Entwicklung der Sterblichkeit und des Saldos der natürlichen Bevölkerungsbewegung.

### 4.1 Altersstruktur

Um die Altersstruktur einer Bevölkerung näher zu untersuchen, existieren verschiedene Ansätze, die in erster Linie auf eine Vielzahl an Möglichkeiten im Hinblick auf die Altersklasseneinteilung zurückzuführen sind. Für die folgenden Ausführungen wurden vier wichtige Darstellungsformen ausgewählt.

Zunächst wird die Entwicklung der Altersstruktur anhand der drei Hauptaltersgruppen (unter 20-Jährige, 20- bis 59-Jährige sowie Personen älter als 59 Jahre) illustriert. Dies besitzt den Vorteil, dass ein erster grober Eindruck der Altersstrukturentwicklung vermittelt und gleichzeitig bereits Anhaltspunkte für das Potenzial an Personen im erwerbsfähigen Alter geliefert werden. Letztgenannter Aspekt ist insbesondere für die wirtschaftlichen Konsequenzen des Demographischen Wandels von Bedeutung.

Diese Folgen werden anhand der Betrachtung von Altersindizes, die aus dem Besitz dieser drei Hauptaltersgruppen gebildet werden, besonders deutlich erkennbar. Im Einzelnen handelt es sich um die Jugendquote (Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis 59-Jährigen), die Altenquote (Verhältnis der 60-Jährigen und älteren zu den 20- bis 59-Jährigen) sowie die aus der Addition dieser beiden Verhältnisse resultierende Belastungsquote. Zusätzlich dient das Billeter-Maß ( $J$ ) dazu, den demographischen Alterungsprozess anhand eines einfachen Messkonzeptes zu quantifizieren. Die Maßzahl  $J$  wird wie folgt berechnet (vgl. DINKEL / LEBOK 1997, S. 170):

$$J = \frac{P_{0-14} - P_{50+}}{P_{15-49}}$$

Damit wird die Differenz aus dem nicht reproduzierenden Teil der Bevölkerung (Alter 0 bis 14 Jahre,  $P_{0-14}$ ) und dem nicht mehr reproduzierenden Teil (Alter 50 Jahre und darüber,  $P_{50+}$ ) in Verhältnis zur reproduktionsfähigen Bevölkerung (Alter 15 bis 49 Jahre,  $P_{15-49}$ ) gesetzt. Positive Werte sagen aus, dass eine Bevölkerung so strukturiert ist, dass sie sich in den nächsten Jahren verjüngen wird, negative Werte hingegen, dass sie altern wird (vgl. MARETZKE 2001, S. 48).

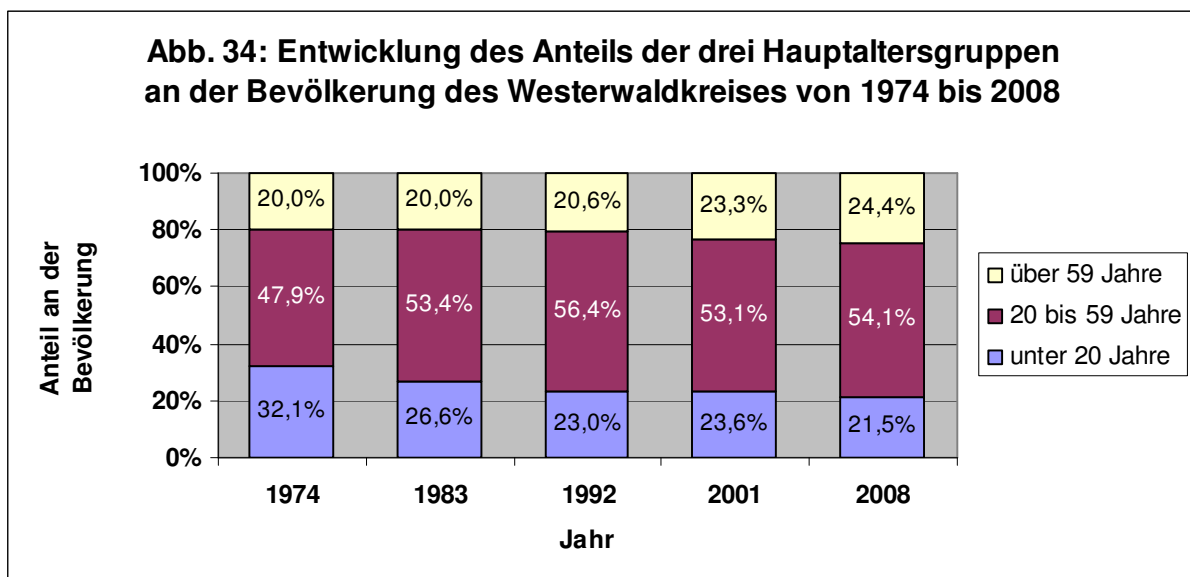
Danach erfolgt eine differenziertere Analyse der Entwicklung von insgesamt elf Altersgruppen, deren Abgrenzungen sich an denen für die diversen Fachplanungen relevanten orientie-

ren. Daraus lassen sich erste Konsequenzen bezüglich des Bedarfs an infrastrukturellen Einrichtungen schlussfolgern.

Abschließend verdeutlicht die grafische Darstellungsform der Alterspyramide den genauen Altersaufbau der Westerwälder Bevölkerung im Jahr 2008. Dabei wird auch auf einzelne Besonderheiten in den verschiedenen Altersstufen und ihre Ursachen eingegangen.

### 4.1.1 Entwicklung der Anteile der drei Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung

Abbildung 34 verdeutlicht den demographischen Alterungsprozess im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 anhand der Tatsache, dass der Anteil der über 59-Jährigen kontinuierlich von 20,0% auf 24,4% steigt, während derjenige der unter 20-Jährigen von 32,1% auf 21,5% abnimmt. Des Weiteren wächst der Anteil der 20- bis 59-Jährigen von 47,9% auf 54,1%.



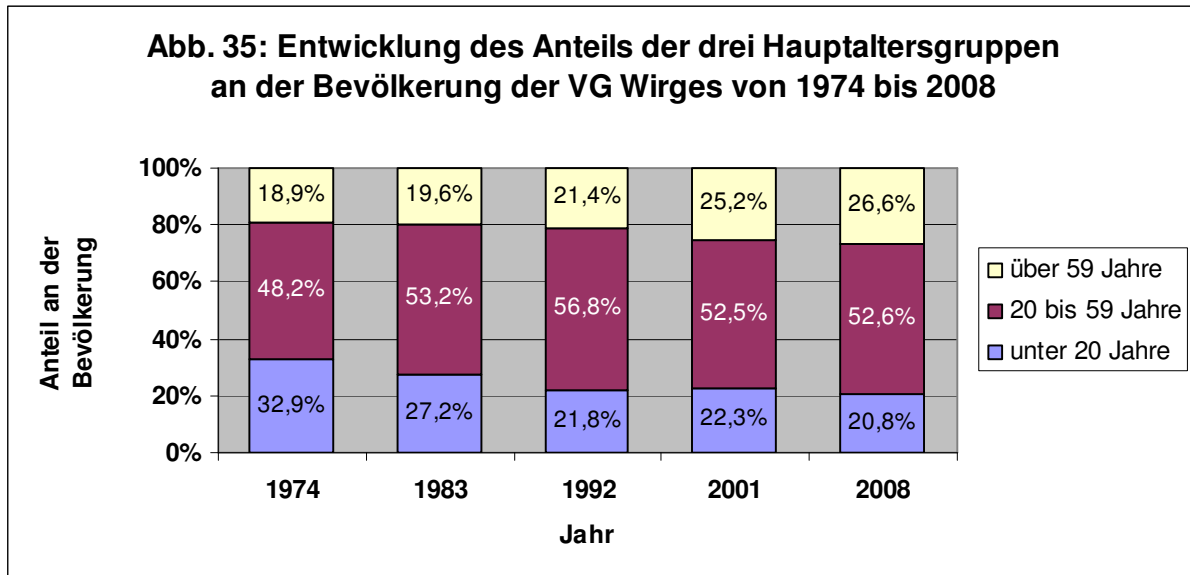
**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die Reduktion der jüngsten Altersklasse vollzieht sich insbesondere im ersten Abschnitt der Betrachtung von 1974 bis 1983. Der Zuwachs der ältesten Klasse hingegen ist in erster Linie auf den Zeitraum ab 1992 zurückzuführen.

Auf Verbandsgemeindeebene zeigt sich das gleiche Bild: In allen zehn Verbandsgemeinden nimmt der Anteil der unter 20-Jährigen ab und derjenige der übrigen beiden Altersklassen zu. Allerdings bestehen Unterschiede bezüglich des jeweiligen Ausmaßes. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass einerseits die – gemessen am Medianalter (vgl. Kap. 3.8.6) –

älteste Verbandsgemeinde im Jahr 2008 (Wirges) die stärkste Polarisierung hinsichtlich der jüngsten und ältesten Altersgruppe aufweist: Der Anteil der unter 20 Jahre alten Personen an der Gesamtbevölkerung geht im Untersuchungszeitraum um 12,1 Prozentpunkte auf 20,8% zurück, während der Anteil der 60-Jährigen und älteren um 7,7 Prozentpunkte auf 26,6% zulegt (vgl. Abb. 35).

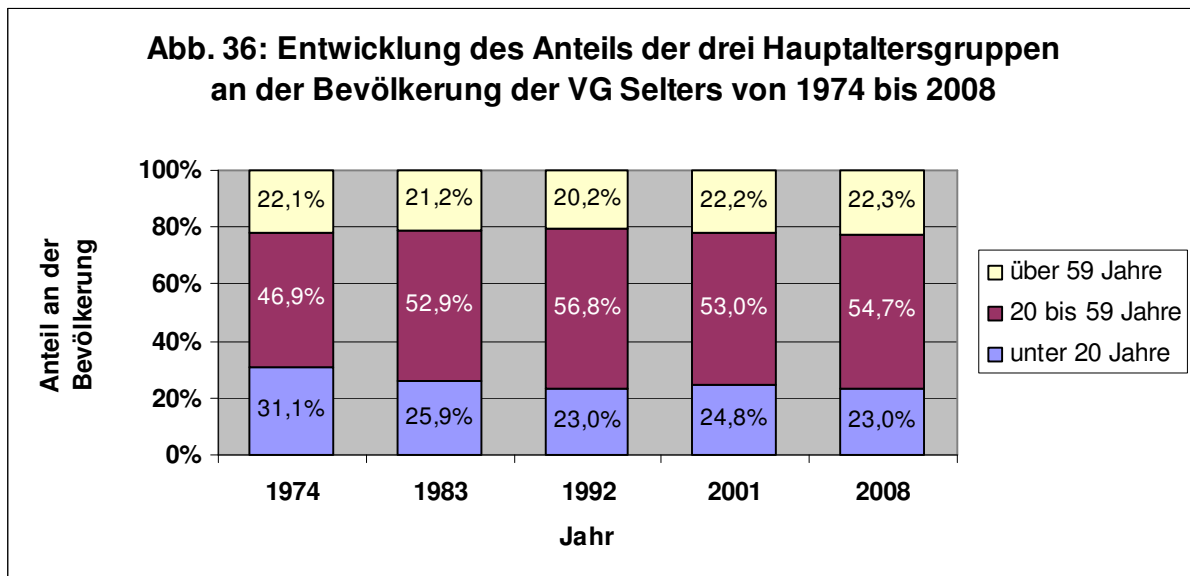


**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Andererseits verzeichnet die, am Medianalter gemessen, jüngste Verbandsgemeinde (Selters) mit einem Minus von 8,1 Prozentpunkten den geringsten Rückgang der unter 20-Jährigen sowie den geringsten Zuwachs der über 59-Jährigen mit 0,2 Prozentpunkten (vgl. Abb. 36).





Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
 Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 4.1.2 Altersindizes

Im Folgenden dienen die drei Altersindizes *Alten-*, *Jugend-* und *Belastungsquote* dazu, die regionalen Unterschiede hinsichtlich des Altersaufbaus im letzten Jahr der Betrachtung (2008) zu verdeutlichen.

Der Westerwaldkreis weist im Jahr 2008 eine Jugendquote von 39,80 sowie eine Altenquote von 45,12 auf. Daraus resultiert eine Belastungsquote von 84,92. Die entsprechenden Werte auf Verbandsgemeindeebene veranschaulicht Tab. 52. Die relativ geringe Jugendquote in der VG Montabaur ist in erster Linie für die dort niedrige Belastungsquote ausschlaggebend. Besonders herausragend sind des Weiteren in der VG Wirges die höchste Altenquote und die damit in Verbindung stehende höchste Belastungsquote unter allen Verbandsgemeinden (vgl. ebd.).

**Tab. 52: Altersindizes der Verbandsgemeinden im Jahr 2008**

Verbandsgemeinde	Jugendquote	Altenquote	Belastungsquote
Bad Marienberg	39,53	47,27	86,80
Hachenburg	38,42	48,25	86,68
Höhr-Grenzhausen	38,05	45,83	83,89
Montabaur	37,49	43,89	81,38
Ransbach-Baumbach	41,74	42,14	83,89
Rennerod	42,83	43,39	86,22
Selters	42,08	40,74	82,82
Wallmerod	41,28	39,82	81,10
Westerburg	40,66	47,34	88,00
Wirges	39,48	50,50	89,99

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

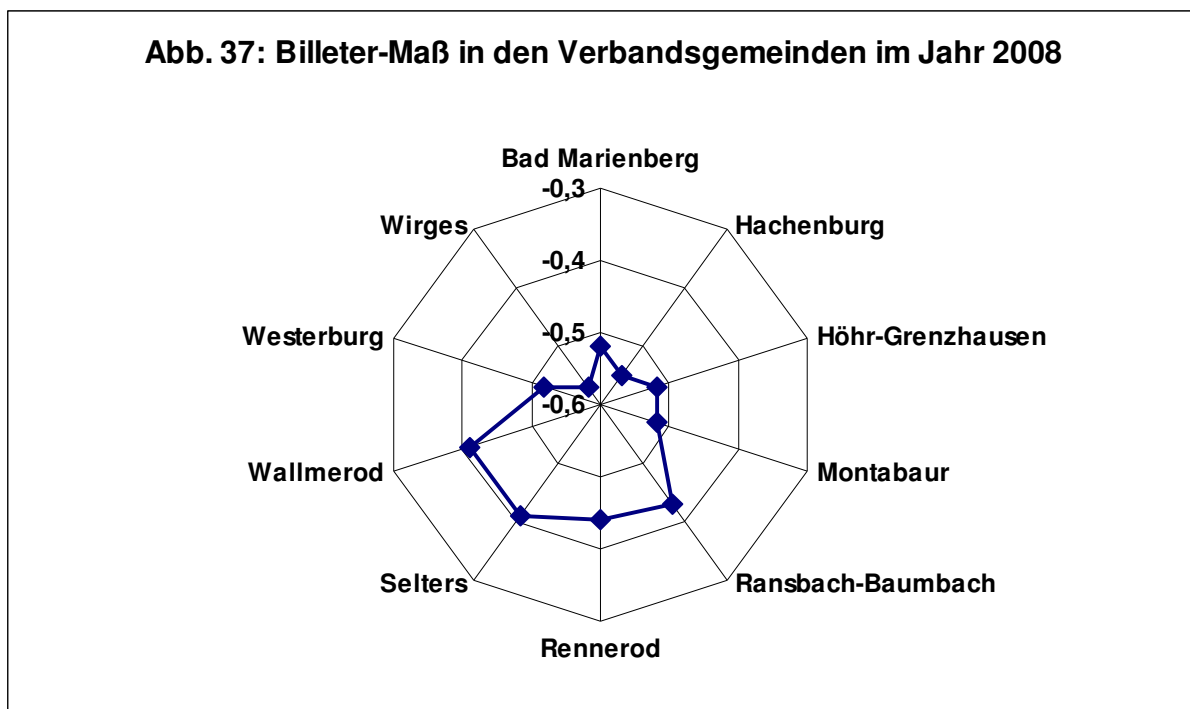
Auf Gemeindeebene zeigt sich, dass die fünf Ortsgemeinden mit den höchsten Jugendquoten im Jahr 2008 überwiegend im nördlichen Kreisgebiet liegen. Im Einzelnen handelt es sich um Wallmerod (58,45), Maroth (VG Selters; 57,98) sowie Rehe (55,76), Salzburg (54,84) und Waldmühlen (54,79) aus der VG Rennerod. Die Stadt mit der höchsten Jugendquote ist Selters (47,27).

Ähnliches gilt für die räumliche Verteilung der Gemeinden mit den höchsten Altenquoten: Mit Ausnahme von Dernbach (80,67) befinden sich die fünf Ortsgemeinden mit den Spitzenwerten im Norden des Kreisgebietes. Hierzu zählen Stein-Wingert (100,00) und Dreifelden (80,65) aus der VG Hachenburg, Langenbach bei Kirburg (74,19) und Bölsberg (69,84) aus der VG Bad Marienberg. Gemessen an der Altenquote stellt Bad Marienberg (54,01) die älteste Stadt dar.

Unter den Gemeinden, welche die höchsten Belastungsquoten aufweisen, sind mit Langenbach bei Kirburg (117,42), Stein-Wingert (117,35) und Dernbach (115,34) drei aus der Gruppe der stärksten Altenquoten sowie mit Wallmerod (111,59) und Salzburg (110,75) zwei aus der Gruppe der höchsten Jugendquoten vertreten (vgl. Karte 12, Anhang A).

### 4.1.3 Billeter-Maß

Aus dem Billeter-Maß geht hervor, dass im gesamten Westerwaldkreis die Bevölkerung in Zukunft altern wird. Der Wert  $J$  auf Kreisebene beträgt im Jahr 2008  $-0,50$ . Regionale Unterschiede bestehen lediglich in der jeweiligen Intensität des demographischen Alterungsprozesses. Auf Verbandsgemeindeebene zeigt sich, dass die älteste Verbandsgemeinde (Wirges,  $J = -0,57$ ) zukünftig mit einem relativ schnellen Alterungsprozess zu rechnen hat (vgl. Abb. 37).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Im Gegensatz dazu stellen Selters und Wallmerod mit einem Wert von jeweils  $-0,41$  die jüngsten Verbandsgemeinden dar, die mit einer vergleichsweise moderaten Alterung in den nächsten Jahren konfrontiert werden.

Bei den nach dem Billeter-Maß ältesten Ortsgemeinden handelt es sich im Einzelnen um Stein-Wingert ( $J = -1,75$ ), Dreifelden ( $-1,60$ ), Dernbach ( $-1,00$ ), Bölsberg ( $-0,93$ ) und Hahn am See ( $-0,82$ ) (vgl. Karte 13, Anhang A).

Zu den fünf Gemeinden, deren Billeter-Maß dem Wert Null am nächsten kommt und die somit lediglich mit einem moderaten Alterungsprozess zu rechnen haben, zählen Waldmühlen

#### 4. DETAILANALYSE BEV.-STRUKTUR UND NAT. BEV.-BEWEGUNG

(-0,10), Ewighausen (-0,13), Hundsdorf und Liebenscheid (jeweils -0,15) sowie Ötzingen (-0,22).

##### 4.1.4 Entwicklung der Anteile der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen an der Bevölkerung

Tabelle 53 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Anteile der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen an der Bevölkerung im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008. Dabei fällt auf, dass die jüngeren Altersklassen bis einschließlich der Gruppe der 25- bis 39-Jährigen einen Rückgang ihres jeweiligen prozentualen Anteils an der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen haben. Die älteren hingegen weisen durchweg einen Zuwachs auf.

**Tab. 53: Entwicklung der Anteile der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen an der Bevölkerung des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008**

Alter in Jahren	1974	2008	1974	2008	
	Anzahl		Anteil in %		Messzahl 1974 = 100
unter 3	5.446	5.067	3,28	2,52	93,0
3-5	7.282	5.522	4,39	2,75	75,8
6-9	11.890	8.385	7,17	4,18	70,5
10-15	18.512	13.870	11,16	6,91	74,9
16-18	7.853	7.812	4,73	3,89	99,5
19-24	13.220	13.949	7,97	6,95	105,5
25-39	32.472	34.804	19,57	17,33	107,2
40-59	36.060	62.384	21,74	31,07	173,0
60-74	25.410	31.638	15,32	15,76	124,5
75-84	6.634	12.828	4,00	6,39	193,4
85 und älter	1.113	4.520	0,67	2,25	406,1
Insgesamt	165.892	200.779	100	100	121,0

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

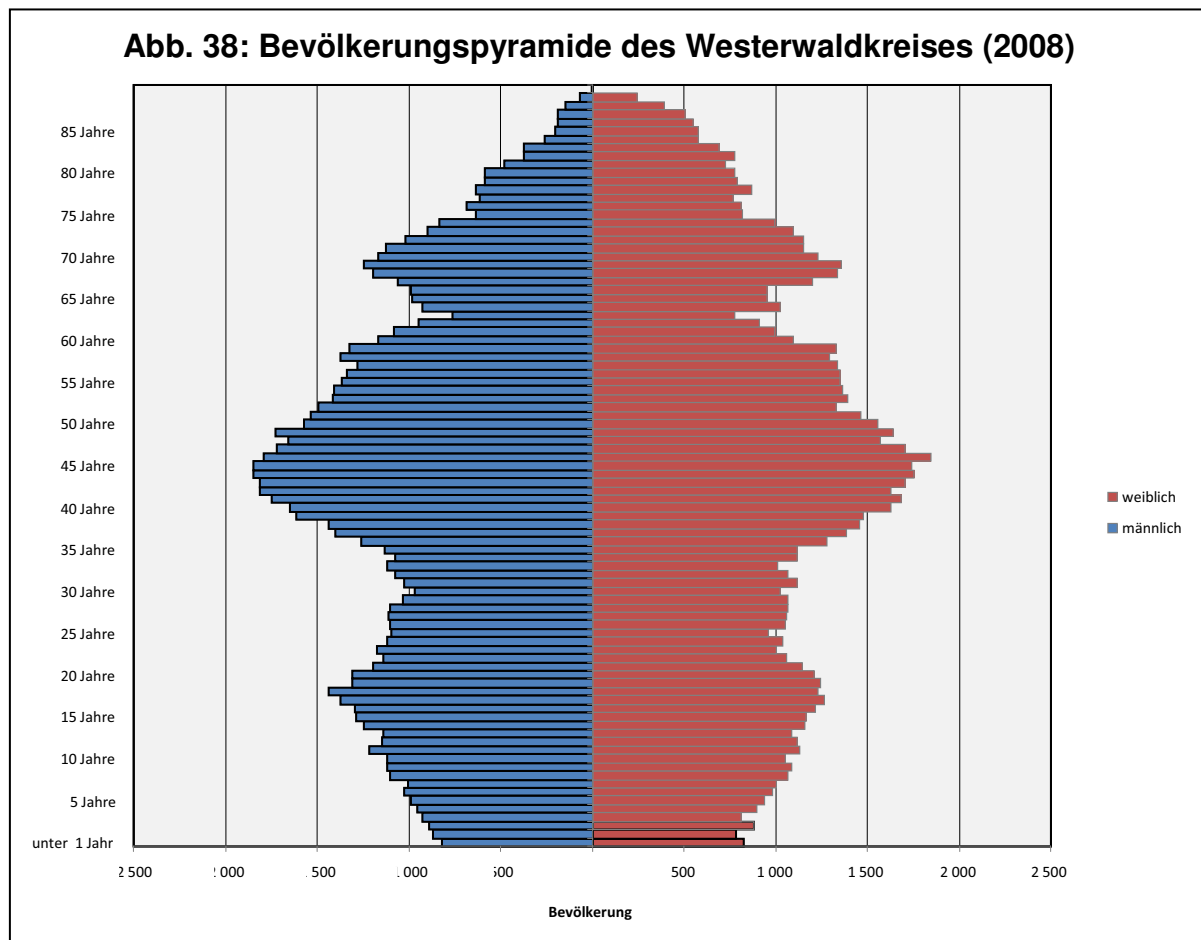
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Besonders stark ausgeprägt ist der Rückgang in der für die Zahl der Grundschüler relevanten Altersgruppe der 6- bis 9-Jährigen und in dem für die Sekundarstufe I relevanten Alter (zehn bis 15 Jahre). Ihre Anteile an der Gesamtbevölkerung des Westerwaldkreises haben sich nahezu halbiert. Einen herausragenden Anstieg sowohl ihrer absoluten Zahl als auch

ihres relativen Anteils an der Bevölkerung haben in erster Linie die beiden ältesten Gruppen erfahren, die für die Anzahl der Pflegebedürftigen entscheidend sind. Die Anzahl der hochbetagten Menschen (85 Jahre und älter) hat sich dabei mehr als vervierfacht (vgl. Tab. 53).

### 4.1.5 Die Alterspyramide des Westerwaldkreises im Jahr 2008

Abbildung 38 zeigt den Altersaufbau des Westerwaldkreises im Jahr 2008 in Form einer Alterspyramide.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

An dieser Darstellung lassen sich wesentliche Merkmale des Altersaufbaus der Westerwälder Bevölkerung erkennen, die auch auf Landesebene zutreffen. Der relativ schwache Bestand der 30- bis 35-Jährigen ist auf den Pillenknick zurückzuführen. Im Gegensatz dazu sind die 41 bis 49 Jahre alten Personen aus der Babyboom-Generation vergleichsweise stark vertreten. Der Geburtenausfall am Ende des Zweiten Weltkrieges und während der an-

schließenden Nachkriegszeit führt dazu, dass die Gruppe der 62- bis 66-Jährigen unterrepräsentiert ist. In Bezug auf das Geschlechterverhältnis, welches in Kap. 4.2 noch näher thematisiert wird, zeigt die Alterspyramide, dass in den einzelnen Altersstufen bis zum 66. Lebensjahr vorwiegend ein Männerüberschuss vorliegt. Ab dem 67. Lebensjahr hingegen besteht durchgehend ein Frauenüberschuss, der sich sowohl mit der höheren Lebenserwartung der Frauen als auch mit den gefallenen Männern des Zweiten Weltkrieges erklären lässt. Insgesamt beträgt der Frauenüberschuss 2.111 Personen.

### 4.2 Bevölkerungsaufbau nach Geschlecht

Eine Kennziffer, um die geschlechtsspezifische Aufteilung der Gesamtbevölkerung wiederzugeben, ist die Sexualproportion (Geschlechterproportion). Diese gibt das Verhältnis der männlichen Bevölkerung (M) zur weiblichen Bevölkerung (F) an (vgl. MUELLER 1993, S. 19):

$$\frac{M}{F} \cdot 100$$

Somit ergibt sich bei einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis ein Wert von 100. Werte über 100 zeigen entsprechend einen Männerüberschuss an, unter 100 einen Frauenüberschuss. Die Sexualproportion wird im Folgenden auf Kreis-, Verbandsgemeinde- und Gemeindeebene präsentiert. Dabei steht auf den beiden oberen Ebenen die Entwicklung der Geschlechterproportion im Fokus, während bei der Betrachtung der Gemeinden diejenigen mit extrem hohen und niedrigen Werten im Jahr 2008 aufgezeigt werden.

#### 4.2.1 Entwicklung der Sexualproportion auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene

Im Westerwaldkreis hat im Zeitraum von 1974 bis 2008 der Anteil der männlichen Bevölkerung insgesamt zugenommen. Dies spiegelt sich in einem Anstieg der Sexualproportion von 93,91 auf 97,92 wider. Auch auf Landesebene ist der Männeranteil gestiegen, da die kriegsbedingt stark dezimierten Männerjahrgänge aus der Bevölkerung herauswachsen und sich in den nachrückenden Altersgruppen wieder eine annähernd ausgeglichene Geschlechterrelation einstellt (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2002, S. 57).

Auf Verbandsgemeindeebene ist dieser Trend ebenfalls zu erkennen, wie Tab. 54 zeigt. Bis auf Montabaur verzeichnen alle Verbandsgemeinden eine Zunahme des männlichen Anteils an der Bevölkerung.

**Tab. 54: Entwicklung der Sexualproportion in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008**

Verbandsgemeinde	Sexualproportion		
	1974	2008	Veränderung
Bad Marienberg	92,83	98,90	+6,07
Hachenburg	93,02	98,13	+5,11
Höhr-Grenzhausen	88,92	95,15	+6,23
Montabaur	96,89	96,82	-0,07
Ransbach-Baumbach	93,71	96,99	+3,28
Rennerod	96,09	100,89	+4,8
Selters	95,33	101,51	+6,18
Wallmerod	92,45	99,00	+6,55
Westerburg	97,22	99,28	+2,06
Wirges	89,10	93,50	+4,4

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

An der Zunahme des Frauenanteils in der VG Montabaur sind jedoch bei näherer Betrachtung lediglich sieben der insgesamt 25 zugehörigen Kommunen beteiligt, da die übrigen sogar eine Abnahme der weiblichen Bevölkerung aufweisen. Insbesondere die Stadt Montabaur trägt aufgrund ihres Bevölkerungsumfangs zu dieser Entwicklung bei, weil die Sexualproportion in der Kreisstadt von 98,67 auf 91,21 zurückgegangen ist (vgl. Karten 14 und 15, Anhang A). Dies wiederum ist insbesondere auf eine Zunahme der Frauen in der Altersklasse der 25- bis 40-Jährigen von 1975 bis 2005 zurückzuführen, die sich hypothetisch mit Arbeiterwanderungen begründen lässt (vgl. BÖCKLING 2007, S. 67f.).

Einen starken Anstieg des Anteils an männlicher Bevölkerung hingegen registrieren die Verbandsgemeinden Wallmerod, Höhr-Grenzhausen und Selters. Letztere zählt neben Rennerod zu den beiden Verbandsgemeinden, in denen der Anstieg des Männeranteils bis 2008 zu einem Männerüberschuss geführt hat. Im Kontrast dazu weist die VG Wirges mit einer Sexualproportion von 93,50 den höchsten Frauenüberschuss auf, der vor allem auf die Ortsgemeinde Dernbach zurückzuführen ist (vgl. Kap. 4.2.2).

Abschließend ist festzuhalten, dass sich die Werte für die Sexualproportion im Jahr 2008 auf Verbandsgemeindeebene in einem Rahmen bewegen, von dem keine negativen Effekte auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung zu erwarten sind.

### 4.2.2 Die Sexualproportion auf Gemeindeebene im Jahr 2008

Wird die Sexualproportion in den 192 Gemeinden des Westerwaldkreises im Jahr 2008 näher betrachtet, fällt zunächst auf, dass teilweise erhebliche Unterschiede zwischen den Werten einer Verbandsgemeinde und denen ihrer zugehörigen Gemeinden bestehen. Deutlich wird dies am Beispiel der Ortsgemeinde Niedersayn, die zwar in der Verbandsgemeinde mit der niedrigsten Sexualproportion liegt (Wirges), jedoch mit einem Wert von 120,88 zu den fünf Gemeinden mit den höchsten Männerüberschüssen zählt. Dazu gehören des Weiteren Oberroßbach (146,15), Linden (132,35), Steinen (128,16) und Homberg (120,29). Diese liegen ausnahmslos im nördlichen Teil des Landkreises (vgl. Karte 15, Anhang A).

Auf der anderen Seite befinden sich – mit Ausnahme von Dernbach (77,22) – die fünf Gemeinden mit den höchsten Frauenüberschüssen ebenfalls im Norden des Kreises. Hierzu zählen Langenbach bei Kirburg (80,54), Hof (83,28), Winnen (84,23) und Stein-Wingert (85,22) (vgl. ebd.). In Dernbach ist die niedrige Geschlechterproportion auf mehrere Faktoren zurückzuführen, unter anderem auf das dort ansässige Kloster und ein Altenpflegeheim. Dementsprechend lässt sich der Frauenüberschuss in Dernbach insbesondere bei den Hochbetagten ablesen: Sieben Männern, die 90 Jahre und älter sind, stehen 45 Frauen gleichen Alters gegenüber.

### 4.3 Fertilität

Auf die Entwicklung der Anzahl der Geburten, die bereits in Kapitel 3 auf Kreis- und Verbandsgemeindeebene nach Zeitabschnitten analysiert wurde, wird in diesem Unterkapitel detaillierter eingegangen. Zum einen wird die Betrachtung auf die Gemeindeebene ausgedehnt und zum anderen wird die Anzahl der Geburten auf die jeweilige Bevölkerung bezogen, um genauere Aussagen hinsichtlich des zu beobachtenden Geburtenrückgangs treffen zu können. Dabei wird eine erste Annäherung geschaffen, indem die Anzahl der Lebendgeborenen auf die mittlere Bevölkerung des Untersuchungszeitraums bezogen wird. Dieser relative Wert wird auch als *rohe Geburtenrate* oder kurz CBR (englisch: *crude birth rate*) bezeichnet und gibt die Geborenenanzahl je 1.000 Einwohner pro Jahr an. Diese besitzt jedoch den Nachteil, dass ihr Ausmaß entscheidend von der Zusammensetzung der Bevölkerung abhängig ist: Männer werden in die Kalkulation genauso mit einbezogen wie Frauen, die sich nicht im gebärfähigen Alter befinden. Eine international weit verbreitete Methode, um diesen unerwünschten Effekt auszuschalten und somit an einen aussagekräftigeren Wert zu gelangen, besteht darin, die Zahl der Lebendgeborenen innerhalb eines Jahres auf 1.000 Frauen



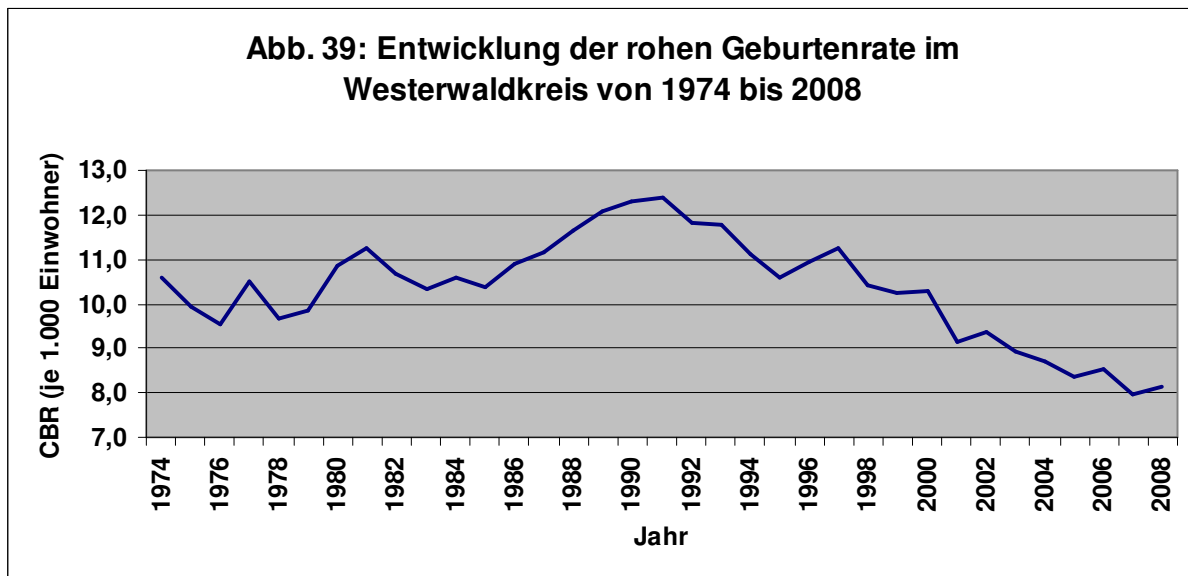
im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre) zu beziehen (vgl. BÄHR / JENTSCH / KULS 1992, S. 402). Bei dieser Maßzahl handelt es sich um die *allgemeine Fruchtbarkeitsrate* (AFR), die im Anschluss an die CBR präsentiert wird.

### **4.3.1 Entwicklung der rohen Geburtenrate**

Bei der folgenden Analyse der Entwicklung der rohen Geburtenrate, getrennt nach den drei Betrachtungsebenen, werden verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Auf Kreisebene (Kap. 4.3.1.1) steht der zeitliche Verlauf der CBR im Vordergrund, während auf Verbandsgemeindeebene (Kap. 4.3.1.2) darüber hinaus die Unterschiede der durchschnittlichen CBR zwischen den Verbandsgemeinden thematisiert werden. Die Betrachtung auf Gemeindeebene hingegen rückt jeweils die fünf Gemeinden mit den höchsten bzw. niedrigsten durchschnittlichen rohen Geburtenraten in den Mittelpunkt.

#### *4.3.1.1 Kreisebene*

Im Westerwaldkreis ist im Zeitraum von 1974 bis 2008 die rohe Geburtenrate (CBR) von 10,59 auf 8,15 Lebendgeborene je 1.000 Einwohner zurückgegangen. Die durchschnittliche CBR beträgt 10,35. Abbildung 39 verdeutlicht, dass sich die Abnahme jedoch nicht gleichmäßig vollzogen hat. Zunächst ist sogar eine Zunahme zu verbuchen, die dazu führt, dass die CBR in der Mitte des Betrachtungszeitraums im Jahr 1991 mit einem Wert von 12,37 ihren Höhepunkt erreicht. Erst danach stellt sich ein Rückgang ein, der vor allem ab der Jahrtausendwende klar zu erkennen ist.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Des Weiteren lässt sich beim Vergleich der Entwicklung der rohen Geburtenrate mit der Bevölkerungsentwicklung nach Zeitabschnitten (vgl. Kap. 3) konstatieren, dass die Phase des stärksten Wachstums (1987-1997) mit einem hohen Niveau der CBR korreliert. Außerdem wird die Phase des erstmaligen Rückgangs (2004-2008) von den niedrigsten Werten der CBR begleitet.

#### 4.3.1.2 Verbandsgemeindeebene

Bei Betrachtung der Entwicklung der rohen Geburtenrate auf Ebene der Verbandsgemeinden zeigt sich ein ähnliches Bild wie auf Kreisebene: Alle Verbandsgemeinden haben einen allgemeinen Rückgang der CBR zu verzeichnen, der sich jedoch – wie ein Vergleich des Ausgangsniveaus von 1974 mit der durchschnittlichen CBR in einigen Fällen (z.B. Hachenburg) zeigt – nicht streng linear vollzieht (vgl. Tab. 55). Darüber hinaus offenbart sich beim Vergleich der durchschnittlichen CBR von 1974 bis 2008 mit der Bevölkerungszunahme auf Verbandsgemeindeebene im gleichen Zeitraum, dass die drei Verbandsgemeinden mit den höchsten prozentualen Einwohnerzunahmen (Ransbach-Baumbach, Selters und Wallmerod) auch eine relativ hohe CBR aufweisen. Einen Sonderfall stellt in diesem Kontext die VG Rennerod dar, die mit 10,83 Geburten je 1.000 Einwohner im Schnitt zwar den dritthöchsten Wert unter allen Verbandsgemeinden verbucht, in Bezug auf das Bevölkerungswachstum jedoch nur einen Platz im Mittelfeld (Rang 6) einnimmt. In der VG Wirges besteht wieder ein Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und CBR in der Art und Weise, dass sie jeweils die niedrigsten Werte diesbezüglich zu verzeichnen hat.

**Tab. 55: Entwicklung der rohen Geburtenrate in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008**

Verbandsgemeinde	CBR 1974-2008 (Durchschnitt)	CBR 1974	CBR 2008	Veränderung 1974-2008
Bad Marienberg	10,06	9,90	8,38	-1,52
Hachenburg	9,82	8,98	7,46	-1,52
Höhr-Grenzhausen	10,02	11,22	8,08	-3,14
Montabaur	10,43	11,14	7,94	-3,2
Ransbach- Baumbach	11,44	13,48	7,50	-5,98
Rennerod	10,83	10,46	8,08	-2,38
Selters	10,58	10,02	9,12	-0,9
Wallmerod	11,06	11,80	9,50	-2,3
Westerburg	10,11	9,95	7,65	-2,3
Wirges	9,81	10,51	8,54	-1,97

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

#### 4.3.1.3 Gemeindeebene

Auch auf Gemeindeebene ist ein allgemeiner Rückgang der CBR festzustellen. Dies zeigt sich an dem Verhältnis der Anzahl der Gemeinden, deren rohe Geburtenrate im Jahr 2008 unter- bzw. oberhalb des Niveaus von 1974 liegt: In 129 Gemeinden werden im ersten Jahr der Betrachtung mehr Geburten je 1.000 Einwohner registriert als im letzten Jahr.

In Bezug auf die Gemeinden mit einer besonders niedrigen durchschnittlichen CBR im Zeitraum von 1974 bis 2008 sind zu nennen: Bölsberg (VG Bad Marienberg; 5,73), Dreifelden (6,93), Halbs (VG Westerburg; 7,01), Freirachdorf (VG Selters; 7,25) und Ebernahn (VG Wirges; 7,57).

Im Gegensatz dazu weisen Sessenbach (VG Ransbach-Baumbach; 14,76), Liebscheid (VG Rennerod; 13,37), Salzburg (12,70), Niederroßbach (VG Rennerod; 12,67) und Herschbach/Oberwesterwald (VG Wallmerod; 12,66) die meisten Geburten je 1.000 Einwohner im Schnitt während des besagten Zeitraumes auf.

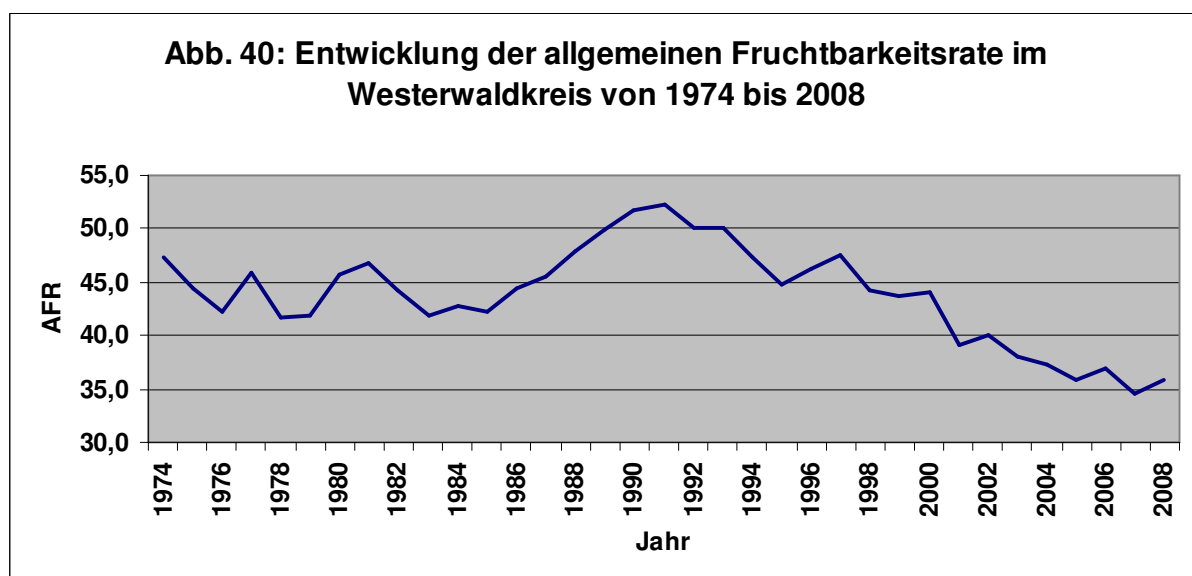
Ob diese Differenzen tatsächlich auf regionale Fruchtbarkeitsunterschiede hinweisen, kann erst nach Betrachtung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate im nächsten Unterkapitel beurteilt werden.

### 4.3.2 Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate

Die Analyse der Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate erfolgt nach dem gleichen Muster, das bei der Betrachtung der rohen Geburtenrate angewandt wurde (vgl. Kap. 4.3.1).

#### 4.3.2.1 Kreisebene

Im Zeitraum von 1974 bis 2008 ist, parallel zur rohen Geburtenrate, auch die allgemeine Fruchtbarkeitsrate im Westerwaldkreis rückläufig: 1974 beträgt die AFR 47,40 und geht anschließend bis 2008 auf einen Wert von 35,85 zurück. Der Durchschnittswert der Jahre 1974 bis 2008 beträgt 43,83. Abbildung 40 gibt zu erkennen, dass der Entwicklungsverlauf der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate derjenigen der CBR sehr ähnlich ist (vgl. Abb. 39). Denn der Rückgang vollzieht sich wiederum nicht streng monoton, sondern konzentriert sich auf die zweite Hälfte des Untersuchungszeitraums. Ebenfalls deutlich wird erneut die positive Korrelation zwischen der Höhe der AFR und dem Ausmaß der Bevölkerungszunahme während der dritten und fünften Phase.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

## 4. DETAILANALYSE BEV.-STRUKTUR UND NAT. BEV.-BEWEGUNG

Somit ist auf Kreisebene zu konstatieren, dass sich die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit mit einem spürbaren Rückgang in den letzten Jahren der Betrachtung, die sich bereits bei der Analyse der CBR abgezeichnet hat, nicht hinreichend durch Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung erklären lässt. Vielmehr deutet sich ein Wandel des generativen Verhaltens an.

### 4.3.2.2 Verbandsgemeindeebene

Auf Ebene der Verbandsgemeinden zeigt die Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate ebenfalls Parallelen zu derjenigen der rohen Geburtenrate (vgl. Tab. 56).

**Tab. 56: Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008**

Verbandsgemeinde	AFR 1974-2008 (Durchschnitt)	AFR 1974	AFR 2008	Veränderung 1974-2008
Bad Marienberg	43,91	44,54	38,03	-6,51
Hachenburg	42,30	40,97	32,89	-8,08
Höhr-Grenzhausen	41,61	49,33	34,82	-14,51
Montabaur	42,81	49,80	34,13	-15,67
Ransbach- Baumbach	46,17	56,27	32,26	-24,01
Rennerod	46,87	47,75	35,74	-12,01
Selters	45,82	46,89	39,93	-6,96
Wallmerod	46,64	53,64	40,77	-12,87
Westerburg	44,46	45,72	34,71	-11,01
Wirges	41,14	44,42	38,63	-5,79

**Quelle: eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Dies manifestiert sich beispielhaft an den Tatsachen, dass in allen Verbandsgemeinden die AFR im Jahr 2008 geringer ausfällt als im Jahr 1974 und Wirges wiederum die Verbandsgemeinde mit dem niedrigsten durchschnittlichen Wert darstellt. Die VG Rennerod, welche schon eine relativ hohe CBR aufzuweisen hat, belegt bezüglich der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate sogar die Spitzenposition.

### 4.3.2.3 Gemeindeebene

Der Rückgang der AFR zeigt sich auch auf Gemeindeebene. In lediglich 62 der insgesamt 192 Gemeinden liegt die allgemeine Fruchtbarkeitsrate im Jahr 2008 höher als im Jahr 1974. In einer Ortsgemeinde sind die Werte für 1974 und 2008 identisch und in den restlichen 128 ist die AFR im letzten Jahr der Betrachtung im Vergleich mit dem ersten Jahr zurückgegangen.

Unter den fünf Ortsgemeinden mit den niedrigsten allgemeinen Fruchtbarkeitsraten im Durchschnitt von 1974 bis 2008 befinden sich vier, die auch die niedrigsten Werte bezüglich der durchschnittlichen CBR aufweisen: Bölsberg (25,35), Ebernhahn (32,04), Freirachdorf (33,77) und Dreifelden (35,10). Hinzu kommt Dernbach aus der VG Wirges mit einer AFR von 32,38 im Schnitt (vgl. Karte 16, Anhang A).

Auf der anderen Seite zählen mit Sessenbach (AFR: 57,87) und Liebenscheid (56,70) zwei Gemeinden, welche die höchsten rohen Geburtenraten im Schnitt zu verzeichnen haben, zu den fünf Ortsgemeinden mit der höchsten durchschnittlichen AFR. Vervollständigt wird diese Liste durch Wallmerod (58,87), Steinen (57,93) und Homberg (57,06).

Da die Betrachtungen von roher Geburtenrate und allgemeiner Fruchtbarkeitsrate auf Gemeindeebene ein vergleichbares Bild ergeben, ist die Schlussfolgerung zulässig, dass regionale Unterschiede im generativen Verhalten bestehen. Um diese hinreichend zu erklären, ist eine breit angelegte sozialwissenschaftliche Untersuchung vonnöten, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht durchgeführt werden kann. Es werden jedoch, insbesondere in Kapitel 6, noch Faktoren aufzuzeigen sein, welche möglicherweise einen Einfluss auf diese Unterschiede nehmen.

## 4.4 Mortalität

Für einen raumzeitlichen Vergleich des Sterblichkeitsniveaus ist die absolute Anzahl der Sterbefälle innerhalb eines Jahres ungeeignet, da sie von der Größe der jeweiligen Bevölkerung abhängt. Um diesen Faktor auszuklammern, wird die Zahl der Gestorbenen eines Jahres auf 1.000 Personen der Bevölkerungszahl zur Jahresmitte bezogen (vgl. BÄHR 2004, S. 153). Dieser Wert wird auch als *rohe Todesrate* (englisch: *crude death rate*, kurz: CDR) bezeichnet und findet im Folgenden Anwendung. Allerdings ist einschränkend festzuhalten, dass die CDR nur wenig über Lebensbedingungen und Überlebenschancen aussagt, da sie

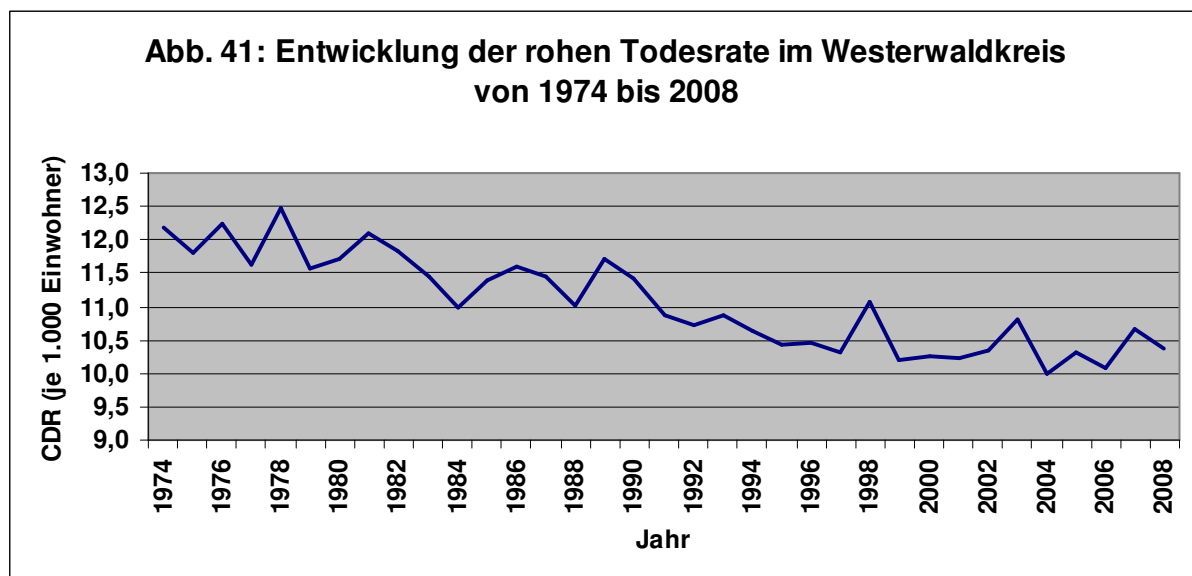
entscheidend von der Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst wird (vgl. ebd.). Dieser Effekt tritt bei altersspezifischen Sterbeziffern nicht auf. Mit dem vorhandenen Datenmaterial war jedoch deren Berechnung nicht möglich, sodass sich die folgende Darstellung auf die CDR beschränkt.

### 4.4.1 Entwicklung der rohen Todesrate

Wie bereits bei der Analyse der Fertilität, werden auch im Hinblick auf die rohe Todesrate die drei Ebenen des Kreises, der Verbandsgemeinden und der Gemeinden mit den entsprechenden inhaltlichen Gewichtungen (vgl. Kap. 4.2.1 und 4.3.1) betrachtet.

#### 4.4.1.1 Kreisebene

Im Westerwaldkreis ist die rohe Todesrate im Zeitraum von 1974 bis 2008 von 12,18 Sterbefällen je 1.000 Einwohner auf 10,37 zurückgegangen (vgl. Abb. 41). Im Schnitt weist die CDR einen Wert von 11,06 auf.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Abbildung 41 veranschaulicht, dass der allgemeine Trend zu einer Abnahme der rohen Todesrate in einigen Jahren unterbrochen wird. Deshalb erreicht sie auch ihr Maximum nicht zu Beginn der Betrachtung, sondern erst im Jahr 1978 mit einem Wert von 12,47. Das Minimum wird nicht am Ende des Zeitraums verzeichnet, sondern bereits 2004 (9,99 Sterbefälle je 1.000 Einwohner).

## 4. DETAILANALYSE BEV.-STRUKTUR UND NAT. BEV.-BEWEGUNG

Da die Bevölkerung des Westerwaldkreises im gleichen Zeitraum einem Alterungsprozess unterliegt (vgl. Kap. 4.1), bedeutet das zu beobachtende Absinken der CDR, dass die Lebenserwartung der Westerwälder Bevölkerung gestiegen ist, denn der demographische Alterungsprozess geht bei gleichbleibender (oder sinkender) Lebenserwartung mit einer Zunahme der rohen Todesrate einher.

Des Weiteren zeigt der zeitliche Verlauf der CDR, dass deren Einfluss auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl verhältnismäßig gering ausfällt: Während der Phase des erstmaligen Rückgangs (2004-2008) bewegt sich die rohe Todesrate auf einem niedrigen Niveau und dennoch kommt es zu einer Abnahme der Bevölkerung im Westerwaldkreis.

### 4.4.1.2 Verbandsgemeindeebene

In den einzelnen Verbandsgemeinden des Westerwaldkreises ist die rohe Todesrate überwiegend rückläufig (vgl. Tab. 57).

**Tab. 57: Entwicklung der rohen Todesrate in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008**

<b>Verbandsgemeinde</b>	<b>CDR 1974-2008 (Durchschnitt)</b>	<b>CDR 1974</b>	<b>CDR 2008</b>	<b>Veränderung 1974-2008</b>
Bad Marienberg	12,66	10,88	12,80	+1,92
Hachenburg	12,07	13,25	10,92	-2,33
Höhr-Grenzhausen	11,97	14,61	11,83	-2,78
Montabaur	9,65	10,88	8,82	-2,06
Ransbach-Baumbach	9,32	8,52	9,88	+1,36
Rennerod	11,73	13,30	10,13	-3,17
Selters	10,82	14,39	8,58	-5,81
Wallmerod	9,91	12,70	9,29	-3,41
Westerburg	11,48	12,08	11,38	-0,7
Wirges	11,51	12,27	11,10	-1,17

Quelle: eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Lediglich in zwei Verbandsgemeinden (Bad Marienberg und Ransbach-Baumbach) liegen die entsprechenden Werte der CDR im Jahr 2008 über denjenigen aus dem Jahr 1974. Die höchsten rohen Todesraten registrieren die im nördlichen Kreisgebiet gelegenen Verbands-



gemeinden Bad Marienberg und Hachenburg. Ransbach-Baumbach und Montabaur hingegen weisen die niedrigsten Werte auf.

### 4.4.1.3 Gemeindeebene

Der Rückgang der rohen Todesrate macht sich auf Gemeindeebene durch die Tatsache bemerkbar, dass in 127 Gemeinden das Niveau der CDR von 1974 über dem von 2008 liegt.

Die Gemeinden mit den niedrigsten rohen Todesraten im Schnitt von 1974 bis 2008 liegen ausnahmslos im südlichen Kreisgebiet (vgl. Karte 17, Anhang A). Es handelt sich im Einzelnen um Sessenbach (CDR: 6,54), das gleichzeitig zu den Kommunen mit der höchsten AFR zählt, sowie vier Ortsgemeinden aus der VG Montabaur: Hübingen (7,08), Kadenbach (7,09), Oberelbert (7,29) und Daubach (7,46).

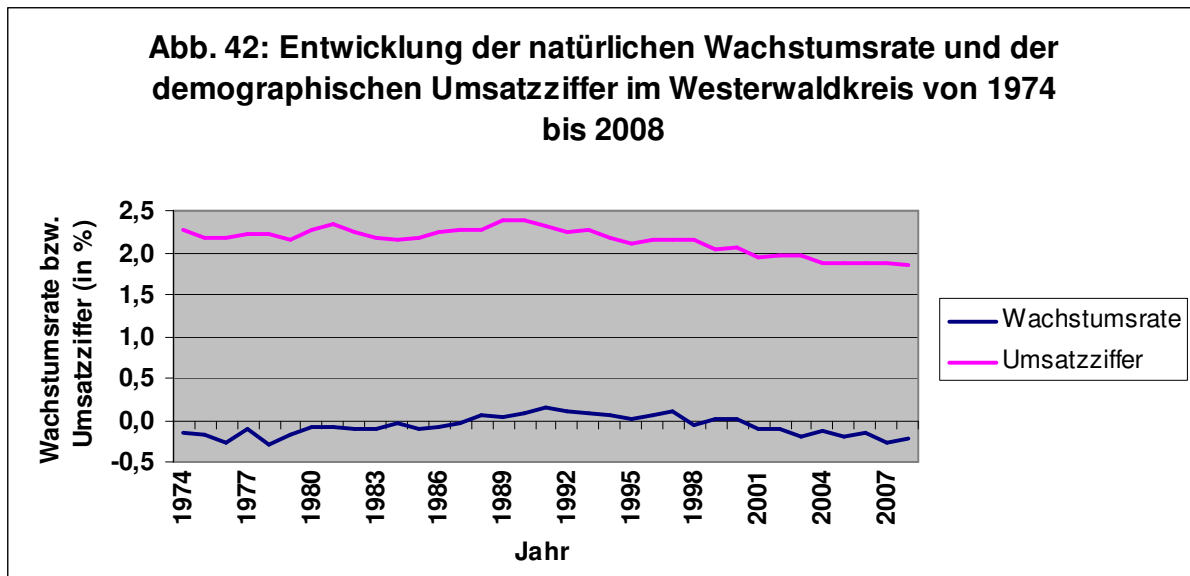
Im Gegensatz dazu befinden sich die Ortsgemeinden mit den höchsten durchschnittlichen rohen Todesraten vorwiegend im Norden des Westerwaldkreises (vgl. ebd.). Dazu zählen Dreifelden (CDR: 41,61), Stein-Wingert (31,57), Langenbach bei Kirburg (26,00) und Halbs (23,00). In der im südlichen Kreisgebiet gelegenen Gemeinde Horbach (VG Montabaur, CDR: 28,81) macht sich der Einfluss des dort befindlichen Senioren- und Pflegeheims auf die Sterblichkeit bemerkbar. Gleiches gilt für Dreifelden, Halbs und Langenbach bei Kirburg.

## 4.5 Kombinierte Betrachtung von Fertilität und Mortalität

Um den Einfluss der natürlichen Bevölkerungsbewegung auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen zu verdeutlichen, werden im Folgenden die in Kap. 4.3 und 4.4 präsentierten rohen Geburten- und Todesraten zu kombinierten Kennziffern zusammengefügt. Durch Subtraktion der CDR von der CBR entsteht die Geburtenüberschussziffer, die gewöhnlich in Prozent angegeben und dann als natürliche Wachstumsrate bezeichnet wird (vgl. BÄHR 2004, S. 162f.). Da gleiche Wachstumsraten aus sehr unterschiedlichen Kombinationen von rohen Geburten- und Todesraten entstehen können, empfiehlt es sich, zusätzlich die demographische Umsatzziffer als Addition von CBR und CDR zu berechnen und darzustellen (vgl. ebd.). Diese wird in den folgenden Ausführungen, die wiederum getrennt nach den drei Betrachtungsebenen durchgeführt wird, ebenfalls in Prozent angegeben.

### 4.5.1 Kreisebene

Im Westerwaldkreis hat die natürliche Bevölkerungsbewegung im Zeitraum von 1974 bis 2008 nur einen geringen Einfluss auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl: Die durchschnittliche natürliche Wachstumsrate beträgt -0,07% und mildert das allgemeine Bevölkerungswachstum leicht ab.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Abbildung 42 veranschaulicht, dass lediglich von 1988 bis 1997 – nahezu während der gesamten dritten Phase des stärksten Wachstums – positive natürliche Wachstumsraten vorliegen. Ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der natürlichen Wachstumsrate und der demographischen Umsatzziffer zeigt sich insbesondere in dem Zeitraum ab der Jahrtausendwende: Die rückläufigen rohen Geburtenraten führen – bei relativ konstanten rohen Todesraten – zu einem negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und einer gleichzeitigen Abnahme der demographischen Umsatzziffer.

### 4.5.2 Verbandsgemeindeebene

In den einzelnen Verbandsgemeinden zeigt sich, dass die Mehrheit ebenfalls einen negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung aufweist. Lediglich in den Verbandsgemeinden Montabaur und Ransbach-Baumbach hat ein Geborenenüberschuss zu dem jeweiligen Anstieg der Einwohnerzahlen mit beigetragen (vgl. Tab. 58).

**Tab. 58: Rohe Raten der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008**

Verbandsgemeinde	CBR (in ‰)	CDR (in ‰)	natürliche Wachstumsrate (in %)	demograph. Umsatzziffer (in %)
Bad Marienberg	10,06	12,66	-0,26	2,27
Hachenburg	9,82	12,07	-0,23	2,19
Höhr-Grenzhausen	10,02	11,97	-0,20	2,20
Montabaur	10,43	9,65	0,08	2,01
Ransbach-Baumbach	11,44	9,32	0,21	2,08
Rennerod	10,83	11,73	-0,09	2,26
Selters	10,58	10,82	-0,02	2,14
Wallmerod	11,06	9,91	0,11	2,10
Westerburg	10,11	11,48	-0,14	2,16
Wirges	9,81	11,51	-0,17	2,13

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Die stärkste Bevölkerungsschrumpfung bedingt durch ein Geburtendefizit vollzieht sich in den Verbandsgemeinden Bad Marienberg und Hachenburg. Im Hinblick auf die demographische Umsatzziffer lassen sich nur geringfügige Unterschiede auf Verbandsgemeindeebene identifizieren.

#### 4.5.3 Gemeindeebene

Auf Gemeindeebene zeigt sich ein zweigeteiltes Bild: Auf der einen Seite verzeichnen 92 Gemeinden im Zeitraum von 1974 bis 2008 eine positive natürliche Wachstumsrate und somit ein Bevölkerungswachstum durch einen Geborenenüberschuss. Auf der anderen Seite haben 99 Gemeinden eine negative natürliche Wachstumsrate und infolgedessen einen Bevölkerungsrückgang durch die natürliche Bevölkerungsbewegung zu verbuchen. Der Unterschied liegt diesbezüglich in dem jeweiligen Ausmaß der natürlichen Wachstumsrate: Die Gemeinden mit einem Geborenenüberschuss weisen im Schnitt eine natürliche Wachstumsrate von 0,17% auf, diejenigen mit einem Geburtendefizit -0,32%.

Diese Diskrepanz offenbart sich auch bei der Betrachtung der Gemeinden mit besonders hohen negativen und positiven natürlichen Wachstumsraten. Zum einen zählen die fünf Ge-

## 4. DETAILANALYSE BEV.-STRUKTUR UND NAT. BEV.-BEWEGUNG

---

meinden, welche die höchsten rohen Todesraten verzeichnen (vgl. Kap. 4.4.1.3), gleichzeitig zu denen mit den höchsten negativen natürlichen Wachstumsraten. Es handelt sich dabei um Dreifelden (natürliche Wachstumsrate: -3,47%), Stein-Wingert (-2,38%), Horbach (-2,07%), Halbs (-1,64%) und Langenbach bei Kirburg (-1,43%) (vgl. Karte 18, Anhang A).

Zum anderen befinden sich die fünf Ortsgemeinden mit den höchsten positiven natürlichen Wachstumsraten in den beiden Verbandsgemeinden mit einem Geburtenüberschuss (Montabaur und Ransbach-Baumbach). Hierzu zählen Sessenbach (0,82%), Hübingen und Untershausen (jeweils 0,42%), Nentershausen (0,38%) und Wittgert (0,37%) (vgl. ebd.).

## 5 DETAILANALYSE DER WANDERUNGEN VON 1974 BIS 2008

Aus den letzten beiden Kapiteln ist bereits hervorgegangen, dass die Wanderungen eine zentrale Komponente der Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises darstellen, da der Bevölkerungszuwachs von 1974 bis 2008 ausschließlich auf Wanderungsüberschüssen basiert. Dieser Sachverhalt bestätigt die Gesetzmäßigkeit, dass bei einer relativ kleinräumlichen Betrachtung der Einfluss der Wandervorgänge auf die Bevölkerungsentwicklung oftmals erheblich größer ist als derjenige der natürlichen Bevölkerungsbewegung (vgl. SCHWARZ 1969, S. 3). Darüber hinaus können Wanderungen einen großen Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur sowohl des Herkunfts- als auch des Zielgebietes besitzen, wenn sie beispielsweise in Bezug auf Alter und Geschlecht selektiv ablaufen. Aufgrund dieser Bedeutung wird den Wanderungen im Folgenden ein eigenes Kapitel gewidmet.

Der Analyse des Datenmaterials zu den Wandervorgängen wird zunächst ein theoretischer Abschnitt (Kap. 5.1) vorangestellt. Dieser ist für das Verständnis der weiteren Ausführungen unerlässlich, zumal der Wandervorgang in der Wissenschaft unterschiedliche Definitionen besitzt und das Wandervorgeschehen im Westerwaldkreis nicht losgelöst von außerdemographischen Faktoren betrachtet werden kann. Die Wanderungen werden dann anschließend in den Kapiteln 5.2 bis 5.5 getrennt nach Kreis-, Verbandsgemeinde- und Gemeindeebene detailliert analysiert.

### 5.1 Theoretische Hintergründe zum Thema „Wanderungen“

Um sich dem Themenkomplex *Wanderungen* theoretisch zu nähern, ist es als erstes vonnöten, den Begriff der Wanderungen in der Art und Weise zu definieren, wie er in dieser Arbeit verwendet wird und ihn dementsprechend von den anderen Bedeutungsebenen abzugrenzen. Da sich jedoch in diesem Zusammenhang noch herausstellen wird, dass die hier verwendete Definition von Wanderungen verschiedene Subtypen enthält, wird im anschließenden Unterkapitel 5.1.2 eine umfassende Typologie präsentiert, welche einen besseren Überblick ermöglicht. Des Weiteren verfolgt die Darstellung einiger zentraler Wandermotive (Kap. 5.1.3) das Ziel, den Sinn der Abgrenzung der Altersgruppen, die bei der Analyse der Wandervorgänge getroffen wurde, zu verdeutlichen; zudem werden diese Motive in Kapitel 7 noch eine wichtige Rolle einnehmen. Abschließend werden in Kap. 5.1.4 die zentralen Muster des Wandergeschehens in der Bundesrepublik im Untersuchungszeitraum dargestellt, denn diese wirken sich auch maßgeblich auf die Wandervorgänge im Westerwaldkreis aus.

#### 5.1.1 Der Wanderbegriff

Bei Wanderungen handelt es sich um eine der zwei Grundformen der räumlichen (bzw. regionalen, geographischen) Mobilität. Letztere umfasst „jeden Positionswechsel zwischen den verschiedenen Einheiten eines räumlichen Systems, ganz gleich ob sich diese Bewegung über weite oder geringe Distanzen, als einmaliger Vorgang oder in regelmäßigem Turnus vollzieht“ (BÄHR 2004, S. 248). Wenn mit dieser räumlichen Mobilität ein Wohnsitzwechsel verbunden ist, wird sie als Wanderung bzw. synonym als Migration bezeichnet; andernfalls liegt eine Zirkulation (zirkuläre Mobilität) vor, zu der beispielsweise der Pendelverkehr und versorgungsorientierte Raumbewegungen zählen (vgl. ebd.). Allerdings ist es für die vorliegende Arbeit notwendig, diese allgemeine Definition des Wanderbegriffs dahingehend einzuschränken, dass nur die Wohnsitzwechsel, welche zumindest die kleinsten administrativen Grenzen (im vorliegenden Fall die Gemeindegrenzen) überschreiten, als Wanderungen bezeichnet werden. Bei Wohnsitzverlagerungen innerhalb dieser Grenzen handelt es sich um Umzüge, die im Folgenden keine Rolle spielen, da bezüglich ihres Ausmaßes keine Daten vorliegen.

Darüber hinaus werden die Wandervorgänge weiter untergliedert in Außenwanderungen (internationale Migrationen) und Binnenwanderungen (interne Migrationen). Außenwanderungen sind demzufolge mit dem Überschreiten einer Landesgrenze verbunden. Sie vollziehen sich häufig nicht als einmaliger Landeswechsel, sondern als eine Art Pendelbewe-

gung zwischen Herkunfts- und Zielgebiet (vgl. ebd., S. 280). In diesen Fällen wird auch von transnationalen Migrationen gesprochen (vgl. PRIES 1997). Dem gegenüber stehen die Binnenwanderungen, die nochmals weiter differenziert werden in Binnenwanderungen im weiteren und im engeren Sinne. Bei erstgenannten handelt es sich um Verlagerungen des Wohnstandorts innerhalb einer relativ kleinen Raumeinheit, zum Beispiel eines Landkreises. Gebräuchlicher ist jedoch die Definition im engeren Sinne, die den Staat als räumliche Bezugseinheit auffasst (vgl. BÄHR 2003, S. 4). Diese liegt auch der Analyse der Wanderungen im Westerwaldkreis zugrunde, denn das vorliegende Datenmaterial lässt keine kleinräumlichere Betrachtung der Binnenwanderungen zu.

### **5.1.2 Typisierung von Wanderungen**

Die Unterteilung des Wanderungsgeschehens in Außen- und Binnenwanderungen bietet zwar schon einen ersten groben Ansatz, dieses Phänomen zu typisieren. Doch die sehr große Bandbreite an Kriterien, anhand derer sich Wanderungen einordnen lassen (z.B. Distanz, räumlicher Verlauf und Wanderungsgründe), macht es erforderlich, eine umfassendere Typologie aufzustellen, um zu einem vertieften Verständnis zu gelangen.

Der älteste Typisierungsversuch geht auf RAVENSTEIN (1885/89) zurück, der als wichtigstes Abgrenzungskriterium die zurückgelegte Distanz berücksichtigt und infolgedessen die drei Hauptgruppen *lokaler Wanderer*, *Nahwanderer* und *Fernwanderer* unterscheidet (vgl. BÄHR 2004, S. 254f.). Im Laufe der Zeit wurde dieser Versuch wiederholt aufgegriffen und um weitere Gesichtspunkte ergänzt. Aus dieser Entwicklung entstand die bisher umfassendste Wanderungstypologie von PETERSEN (1972). Seinen vier Hauptarten von Wanderungen werden jeweils ganz bestimmte Ursachenkomplexe und Interaktionstypen zugeordnet (vgl. Tab. 59).

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

Typ der Interaktion	Ursache der Migration	Art (Klasse) der Migration	Typ der Migration	
			konservativ	innovierend
Mensch und Natur	ökologischer Druck	ursprünglich	Wanderung - Ranging -	Landflucht
Mensch und Staat (oder Äquivalent)	Wanderungspolitik	gewaltsam zwangsweise	Verschleppung Flucht	Sklavenhandel Kulihandel
Mensch und seine Normen	Streben nach Besserem	freiwillig	Gruppenwanderung	Pioniere
Kollektives Verhalten	Soziale Verhältnisse	massenhaft	Besiedlung	Verstädterung

**Tab. 59: Typologie der Migrationen nach PETERSEN**  
**Quelle: Verändert nach KULS / KEMPER 2002, S. 195**

Ergänzend wird noch zwischen innovierenden und konservativen Wanderungen differenziert: Auf der einen Seite verlassen Menschen ihre Heimat, um etwas Neues zu erlangen (innovierend) und auf der anderen Seite wandern sie in Reaktion auf eine Änderung ihrer Lebensbedingungen ab, versuchen aber dabei, am neuen Wohnsitz soweit wie möglich das bisher Gewohnte zu bewahren (konservativ) (vgl. BÄHR 2004, S. 257). Obwohl der Ansatz von PETERSEN viele Kriterien berücksichtigt, bleibt festzuhalten, dass sich dieser – wie auch alle anderen Migrationstypologien – vorwiegend auf die Einordnung internationaler Wanderungen und historisch einmaliger Ereignisse konzentriert und somit die Wanderungsvorgänge der Gegenwart in ihrer komplexen Problematik nicht gänzlich erfasst werden (vgl. ebd., S. 258).

### **5.1.3 Wanderungsgründe und -motive**

Anhand der Typologie von PETERSEN wird deutlich, dass Migrationen mit verschiedenen Ursachenkomplexen verbunden sind. Auf diese wird im Folgenden näher eingegangen, da sich die Analyse der Wanderungen in diesem Kapitel nicht auf internationale Migrationen beschränkt, sondern darüber hinaus die Binnenwanderungen berücksichtigt werden, welche auf weitere, in Tab. 59 nicht aufgelistete Wanderungsgründe bzw. -motive zurückzuführen sind. Allerdings existieren äußerst vielfältige Motive, sodass sich eine kompakte, übersichtliche Darstellung auf die wichtigsten Gründe zu beschränken hat.

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

---

Im Hinblick auf eine Unterteilung der Wanderungsgründe ist es sinnvoll, zunächst zwischen Zwangsmigrationen und freiwilligen Wanderungen zu differenzieren (vgl. BÄHR 2004, S. 255). Bei Zwangsmigrationen handelt es sich um Wanderungen, „zu denen die Betroffenen durch Gewalt oder Angst vor Gewalt gezwungen werden“ (ebd.). Die Diskussion um Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge zeigt jedoch, dass sich dieser Begriff nicht eindeutig abgrenzen lässt und einer subjektiven Bewertung unterliegt (vgl. WOOD 1994). Die freiwilligen Wanderungen hingegen basieren auf einer eigenen Entscheidung des Betroffenen, wenngleich auch äußere Zwänge (*constraints*), wie zum Beispiel die Mietzahlungsfähigkeit, mit zu berücksichtigen sind. Diese frei bestimmten Migrationen überwiegen in den heutigen Industriegesellschaften (vgl. BÄHR 2004, S. 255f.).

Die Wanderungsmotive für freiwillige Wanderungen werden in der Literatur häufig in verschiedene Grunddimensionen aufgeteilt. SCHWARZ (1969) unterscheidet drei Motivkategorien: die persönliche, die immaterielle sowie die materielle Ebene. Zu den persönlichen Motiven zählen beispielsweise Eheschließungen, die einen bedeutenden Teil der Binnenwanderungen auslösen. Zur Kategorie der immateriellen Wanderungsmotive gehören hingegen unter anderem landschaftliche Reize, Erholungs- und sonstige Freizeitmöglichkeiten. Wenn der Wohnsitzwechsel aufgrund besserer Ausbildungschancen oder des Wunsches nach einer aussichtsreicheren beruflichen Position erfolgt, liegen materielle Motive vor. Diese drei Kategorien sind jedoch nicht trennscharf zu unterscheiden, da Überschneidungen beim tatsächlichen Wanderungsgeschehen nicht zu vermeiden sind (vgl. ebd., 31ff.).

Ebenfalls drei Grunddimensionen der Wanderungsmotive führt BROWN (1983) auf. Im Einzelnen handelt es sich um berufsorientierte, wohnungsorientierte und familienorientierte Motive, die in Kombination zur Ausgliederung von insgesamt 14 Wandertypen herangezogen werden (vgl. BÄHR U.A. 1992, S. 560f.). Bei den Binnenwanderungen lässt sich in diesem Kontext feststellen, dass in den einzelnen Altersklassen jeweils bestimmte Motive überwiegen, die mit den drei aufgezählten Grunddimensionen eng verbunden sind (vgl. GATZWEILER 1975). 18- bis 24-Jährige wandern demnach meist bildungsorientiert, 25- bis 29-Jährige arbeitsplatzorientiert, unter 18-Jährige und ihre Eltern wohnumfeldorientiert sowie 50-Jährige und ältere ruhesitzorientiert (vgl. Tab. 60).



**Tab. 60: Vorherrschende Wanderungsleitmotive nach Altersgruppen**

<b>Altersgruppe</b>	<b>Leitmotiv</b>
0-17 Jahre	Wohnumfeldorientiert
18-24 Jahre	Bildungsorientiert
25-29 Jahre	Arbeitsplatzorientiert
31-49 Jahre	Wohnumfeldorientiert
über 49 Jahre	Ruhesitzorientiert

**Quelle: Eigene Darstellung nach GATZWEILER 1975**

Allerdings handelt es sich bei diesem Ansatz lediglich um eine Interpretationshilfe, „da die Zuordnung zwischen Altersgruppen und Motiven nicht zwingend ist“ (BUCHER / HEINS 2001, S. 121).

### **5.1.4 Grundlegende Wandermuster in der Bundesrepublik Deutschland von 1974 bis 2008**

Der Zeitraum von 1974 bis 2008 zählt, der Hypothese von ZELINSKY (1971) folgend, zu der vierten Phase der Mobilitätstransformation. Diese ist vor allem geprägt durch Zuwanderungen ungelerner ausländischer Arbeitskräfte und Wanderungen zwischen verschiedenen Städten (vgl. BÄHR 2004, S. 251).

In den Jahren 1974 bis 1977 führen die Rezession infolge der Ölkrise von 1973 sowie der Anwerbepflicht für ausländische Arbeitnehmer zu einer negativen Entwicklung des Außenwanderungssaldos in der Bundesrepublik Deutschland. Dies lässt sich beispielhaft an den Verhältnissen in Rheinland-Pfalz ablesen: Dort wird 1975 das höchste Wanderungsdefizit von nahezu 12.000 Personen verzeichnet, von dem der größte Teil mit 8.351 Personen auf das Ausland entfällt (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2002, S. 81f.). Innerhalb Deutschlands sind die Hauptströme interregionaler Wanderungen in dieser Zeit bevorzugt auf die südlichen Landesteile gerichtet – ein Trend, der bis in die 1980er-Jahre anhält (vgl. KULS / KEMPER 2002, S. 232f.). Zusätzlich setzt sich in Westdeutschland ab Ende der 1970er-Jahre bei den Binnenwanderungen der Dekonzentrationsprozess der Counterurbanization durch, welcher einen Binnenwanderungsverlust vieler Verdichtungsräume bei einem gleichzeitigen positiven Saldo zahlreicher ländlicher Räume hervorruft (vgl. ebd., S. 233).

Ab Mitte der 1980er-Jahre kehrt sich der Trend der Counterurbanization wieder um, begünstigt durch den starken Zustrom von Aus- und Übersiedlern sowie Ausländern, die sich vorwiegend in den Kernstädten ansiedeln. Dieser Wanderungsstrom aus dem Ausland, der sich auf den Zeitraum von 1987 bis 1997 konzentriert, bewirkt jedoch nicht nur einen deutlichen Anstieg des Außenwanderungssaldos in Deutschland. Bedingt dadurch, dass Aussiedler und Asylbewerber in der Regel zuerst in einigen großen Aufnahmelagern (z.B. in Friedland bei Göttingen) registriert werden und dann im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung auch in andere Bundesländer weitergeleitet werden, steigt ebenfalls der Binnenwanderungssaldo in vielen Bundesländern, wie beispielsweise Rheinland-Pfalz, an. In Bezug auf den Binnenwanderungssaldo offenbart sich des Weiteren ein großer Unterschied zwischen den alten und den neuen Ländern, da nach der Wiedervereinigung zahlreiche Menschen aus Ostdeutschland in den Westen abwandern. Diese Ost-West-Wanderungen überlagern schließlich um 1990 die Nord-Süd-Wanderungen stark, gehen dann aber im Verlauf der 1990er-Jahre deutlich zurück (vgl. ebd., S. 233f.).

Im Zeitraum von 1998 bis 2001 steigt die Anzahl der Fortzüge aus den neuen Bundesländern in die alten zwischenzeitlich erneut an (vgl. KEMPER 2003, S. 11). Danach kommt es jedoch zu einem Rückgang der Zahl der Personen, die jährlich netto aus Ostdeutschland in die westdeutschen Länder wandern. Sie pendelt sich bis 2008 auf etwa 50.000 ein (vgl. LOWE / NAGL 2011, S. 29). In Bezug auf die Außenwanderungen lässt sich feststellen, dass der vor allem durch den Zuwanderungsstrom der 1980er und 1990er-Jahre bedingte positive Außenwanderungssaldo aufgrund des Versiegens der Zuzüge von deutschen Aussiedlern und den abgeschwächten Zuzügen der ausländischen Personen in den Jahren 2003 bis 2007 deutlich zurückgeht (vgl. STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER 2011, S. 18). Diese Entwicklungstendenzen in jüngerer Zeit können allerdings lediglich zur groben Orientierung dienen, da die Wandermuster überall komplexer und schwieriger interpretierbar geworden sind (vgl. BÄHR 2004, S. 308).

### **5.2 Analyse der Wanderungen über die Kreisgrenze**

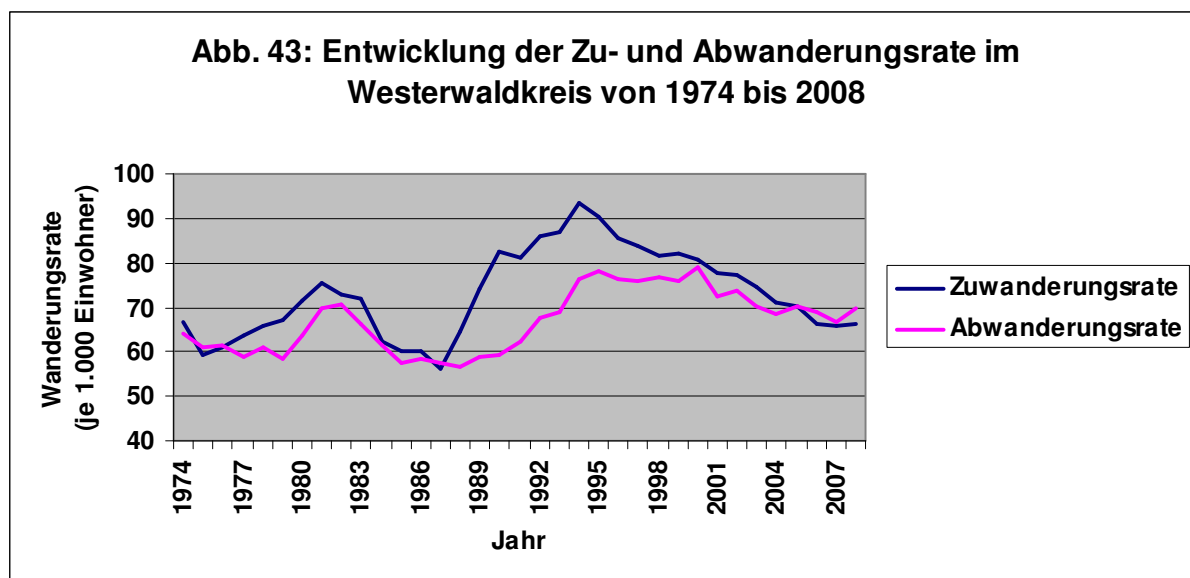
Zunächst erfolgt eine zahlenmäßige Einordnung des Umfangs des Wanderungsgeschehens über die Grenze des Westerwaldkreises anhand ausgewählter Maßzahlen, wie zum Beispiel der Zu- und Abwanderungsrate von 1974 bis 2008 und dem daraus resultierenden Wanderungssaldo. Da unterschiedlich hohe Wandervolumina einen gleichen Wanderungssaldo hervorrufen können, jedoch selbst in diesem Fall im Hinblick auf die Veränderung der Bevölkerung voneinander abweichende *Effektivitäten* besitzen, wird zusätzlich noch die Entwick-

lung der Wanderungseffektivität skizziert. Danach werden die beiden Strukturmerkmale *Alter* und *Geschlecht* der Wanderer näher untersucht – unter anderem mit dem Ziel, mögliche Formen der differentiellen Migration zu identifizieren. Abschließend wird auf die Herkunftsgebiete der Zuwanderer und die Zielgebiete der Abwanderer eingegangen, um die wichtigsten Austauschgebiete des Westerwaldkreises darzustellen.

### 5.2.1 Entwicklung der Wanderungshäufigkeit

Im Zeitraum von 1974 bis 2008 haben insgesamt 346.508 Personen die Grenzen des Westerwaldkreises in Bezug auf ihren Wohnsitz überschritten. Davon sind 189.462 Personen (54,68%) zugewandert und 157.046 Personen (45,32%) abgewandert.

Für eine raumzeitliche Betrachtung werden im Folgenden relative Häufigkeiten verwendet, um den Einfluss der unterschiedlich hohen Bevölkerungszahlen auszuschalten. Dabei werden die Zu- und Abwanderungen bzw. die Summe oder Differenz beider Größen auf je 1.000 Personen des mittleren Bevölkerungsstandes – in diesem Falle der Bevölkerungsstand zum 30.06. eines Jahres – bezogen. Aus diesen Berechnungen entstehen die beiden Maßzahlen der Zu- und Abwanderungsrate, die in ihrem zeitlichen Verlauf von 1974 bis 2008 in Abb. 43 wiedergegeben werden.

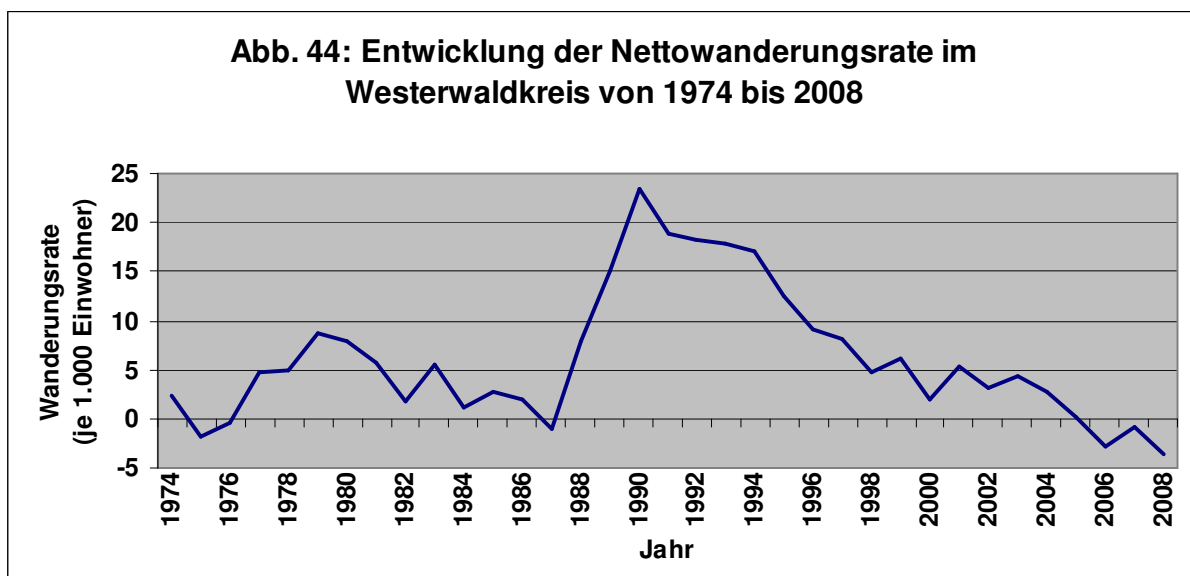


Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Es ist zu erkennen, dass während des bereits erwähnten großen Zuwanderungsstroms Ende der 1980er und in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre nicht nur die Zuwanderungsrate ihre

höchsten Werte zielt, sondern auch die Abwanderungsrate ansteigt. Dieser Umstand führt zu einem insgesamt sehr großen Wanderungsvolumen, welches im Jahr 1994 mit 16.463 Personen seinen Höhepunkt im Untersuchungszeitraum erreicht und sich in relativer Betrachtung auch an dem höchsten Wert der Bruttowanderungsrate (Summe aus Zu- und Abwanderungsrate), die im selben Jahr 86,07 beträgt, ablesen lässt. Die erhöhte Abwanderungsrate zur Zeit des großen Zuwanderungsstroms ist damit zu erklären, dass insbesondere die nach Deutschland einreisenden Asylbewerber teilweise nach nur relativ kurzer Aufenthaltsdauer die Bundesrepublik wieder verlassen. Trotz dieser vergleichsweise hohen Abwanderungsrate ist der Wanderungsgewinn des Westerwaldkreises vordergründig auf diesen Zeitraum zurückzuführen. Dies verdeutlicht Abb. 44 anhand der Entwicklung der Nettowanderungsrate, die aus der Differenz von Zuwanderungs- und Abwanderungsrate resultiert.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

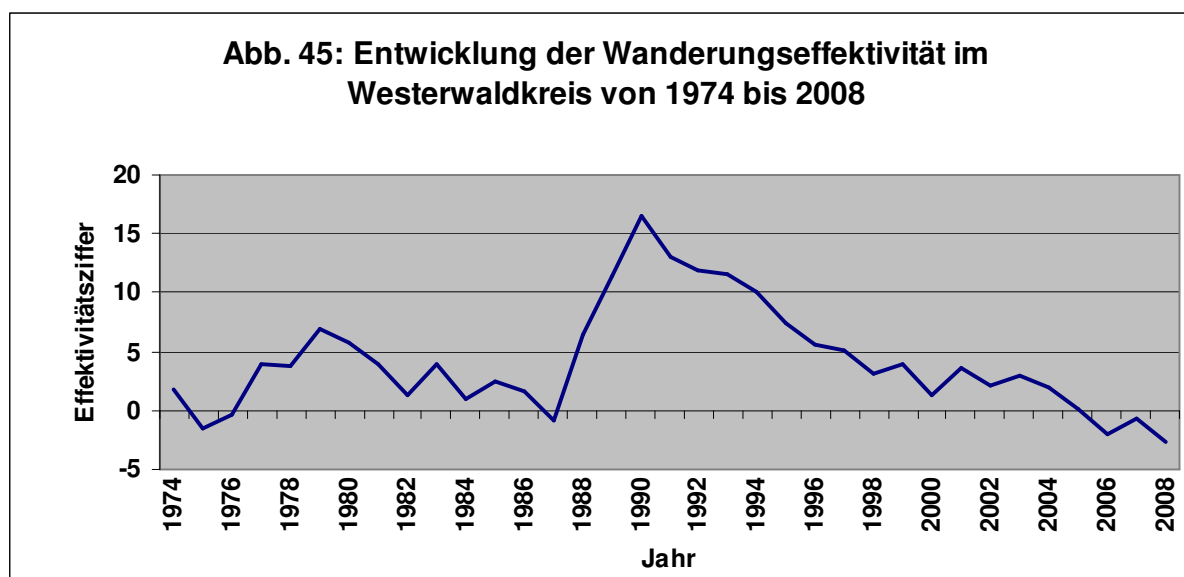
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Es zeigt sich zudem, dass die Nettowanderungsrate überwiegend positive Werte aufweist und somit – wie es in Abb. 43 schon ansatzweise zu erkennen ist – die Zuwanderung in den meisten Jahren größer ist als die Abwanderung. Die niedrigen bzw. negativen Nettowanderungsraten Mitte der 1970er-Jahre und nach der Jahrtausendwende korrelieren mit den in Kap. 5.1.4 skizzierten Wanderungsmustern in der Bundesrepublik, die einerseits mit der Ölkrise und andererseits mit dem Versiegen der Zuzüge ausländischer Personen und deutscher Aussiedler in Zusammenhang stehen.

### 5.2.2 Entwicklung der Wanderungseffektivität

Es besteht kein funktionaler Zusammenhang zwischen Wanderungsvolumen und Wanderungssaldo. Denn ein positiver Wanderungssaldo von 1.000 Personen kann sowohl aus der Differenz von 2.000 Zuzügen und 1.000 Fortzügen als auch aus 20.000 Zuzügen und 19.000 Fortzügen resultieren. Um auszudrücken, dass die dem ersten Zahlenbeispiel zugrunde liegenden Wanderungsvorgänge im Hinblick auf die Veränderung der Bevölkerung in der betreffenden Region *effektiver* sind, werden Effektivitätsziffern zu Rate gezogen (vgl. BÄHR U.A. 1992, S. 548). Diese werden gebildet, indem der Quotient aus Wanderungsbilanz und Wanderungsvolumen mit 100 multipliziert wird. Der Wert dieser so definierten Wanderungseffektivität kann zwischen -100 (nur Fortzüge) und +100 (nur Zuzüge) liegen. Unter sonst gleichen Bedingungen verläuft er mit zunehmendem Wanderungsvolumen gegen Null (vgl. ebd.).

Bei Betrachtung der Entwicklung der Wanderungseffektivität im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 zeigt sich, dass die höchsten Werte in den Jahren zwischen 1989 und 1994 erreicht werden (vgl. Abb. 45), der Zeit des großen Zuwanderungsstroms aus dem Ausland. Somit lässt sich konstatieren, dass das große Wanderungsvolumen in diesem Zeitraum sich nicht mindernd auf die Effektivität der Migrationen auswirkt aufgrund des wesentlich stärkeren Anstiegs der Zuwanderungen im Vergleich zu den Abwanderungen.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die Entwicklung der Wanderungseffektivität weist auch für den restlichen Betrachtungszeitraum eine hohe Ähnlichkeit mit dem Verlauf der Nettowanderungsrate (vgl. Abb. 43) auf. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass die Wanderungsbilanz in erster Linie ausschlaggebend ist für die Höhe der Effektivitätsziffern. Für den Untersuchungszeitraum gilt, mit geringen Einschränkungen: Je höher die Wanderungsbilanz, desto größer die Wanderungseffektivität.

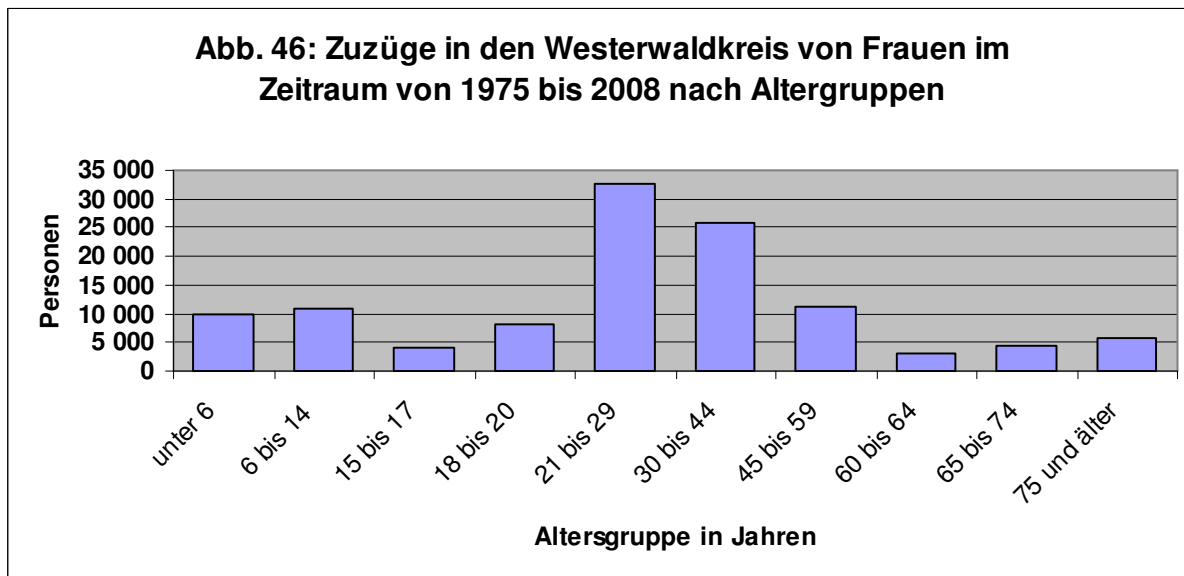
### **5.2.3 Strukturmerkmale der Wanderer**

Im Folgenden werden die Strukturmerkmale *Alter* und *Geschlecht* der Zu- und Abwanderer untersucht. Die Verfügbarkeit der Daten lässt eine differenzierte Betrachtung jedoch erst ab dem Jahr 1975 zu. Den Analysen liegen im Übrigen die Zu- und Fortzüge über die Kreisgrenze zugrunde, sodass die Ergebnisse durch intraregionale Wanderungen zwischen den Gemeinden des Westerwaldkreises nicht verfälscht werden.

#### *5.2.3.1 Altersstruktur der Zuwanderer nach Geschlecht*

In den Westerwaldkreis sind im Zeitraum von 1975 bis 2008 insgesamt 252.179 Personen zugewandert, davon 116.578 Frauen (46,2%) und 135.601 Männer (53,8%). Im Hinblick auf die geschlechterspezifische Zuwanderung ist infolgedessen ein Männerüberschuss in Höhe von 19.023 zu registrieren.

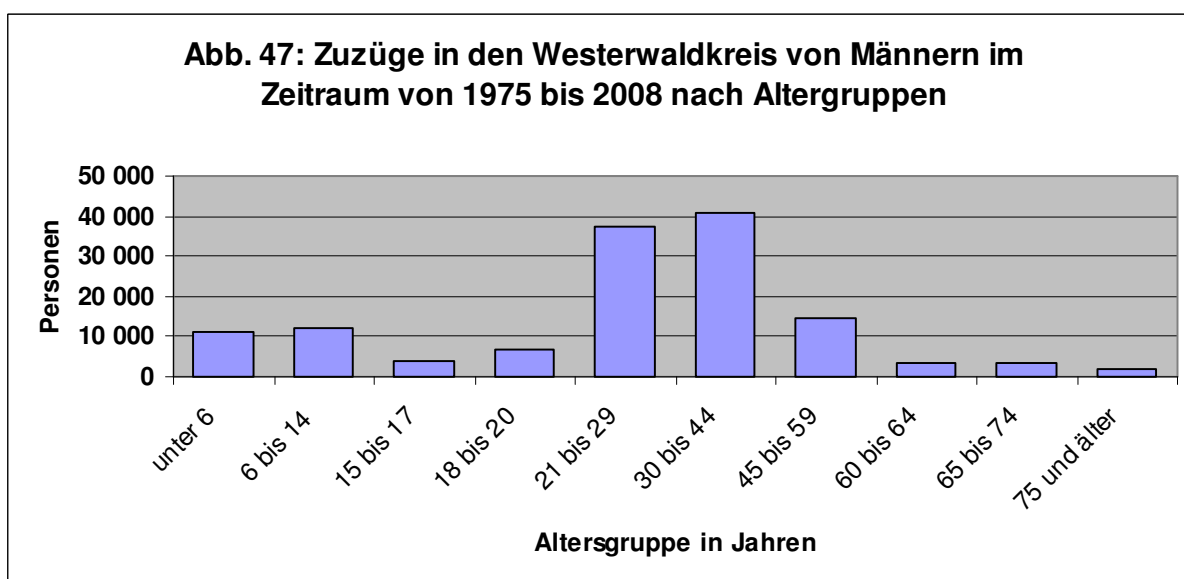
Die überwiegende Zahl der zugezogenen Frauen (32.627, entsprechend einem Anteil von 28,0%) gehört der Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen an, sowie der Altersgruppe 30 bis 44 Jahre (25.944 Zuzüge bzw. Anteil von 22,3%) (vgl. Abb. 46). Die restlichen acht Altersgruppen weisen einen Anteil von jeweils weniger als 10% auf.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Den geringsten Anteil an den weiblichen Zuwanderern nimmt die Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen ein, die lediglich 3.150 Frauen (2,7%) umfasst.

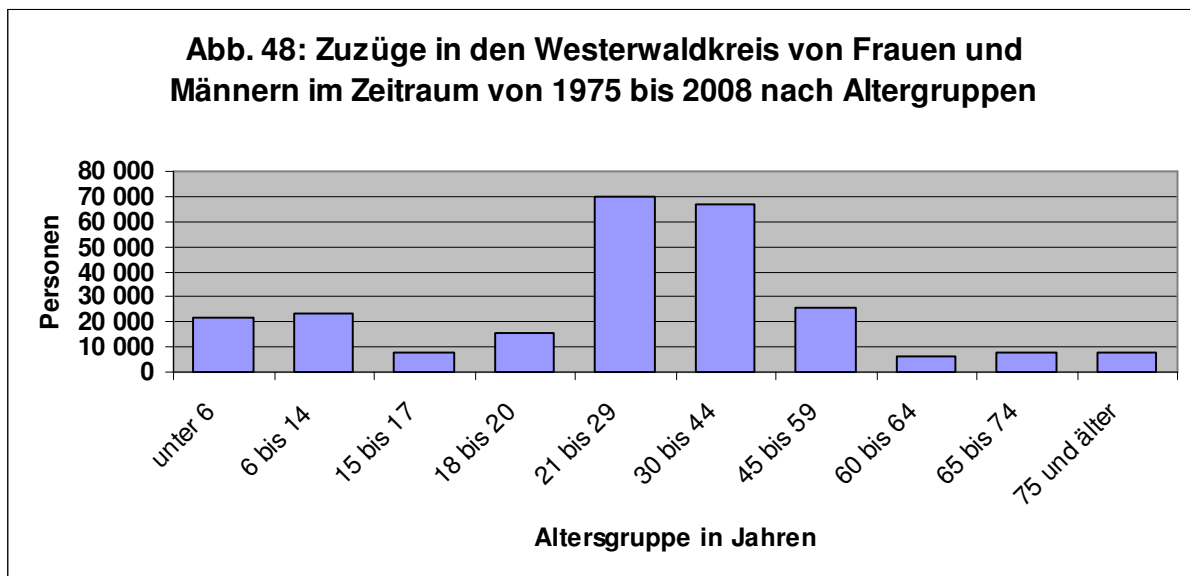
Bei den Zuzügen von Männern ergibt sich ein ähnliches Bild (vgl. Abb. 47). Allerdings steht dort die Altersklasse der 30- bis 44-Jährigen an erster Stelle (40.645 Zuzüge bzw. Anteil von 30,0%). Die Altersgruppe 21 bis 29 Jahre ist mit einem Anteil von 27,5% (bzw. 37.275 Personen) ebenfalls stark vertreten.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

Um die Zuwanderung nach Altersstruktur und Geschlecht zusammenzufassen und anschließend auf mögliche Ursachen einzugehen, ist es zunächst notwendig, die weiblichen und männlichen Zuzüge zu summieren. Abbildung 48 veranschaulicht das entsprechende Ergebnis. Demnach überwiegt die Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen mit 69.902 Personen; dies entspricht einem Anteil von 27,7%. Ihr folgt die Gruppe der 30 bis 44 Jahre alten Zuwanderer mit 66.589 Personen bzw. 26,4%. Die geringsten Anteile sind in den drei ältesten Klassen ab 60 Jahren vorzufinden. Dieser Befund deutet, in Verbindung mit 44.447 zugezogenen Personen im Alter bis 14 Jahren darauf hin, dass innerhalb des Untersuchungszeitraums vorwiegend Familien mit Kindern in den Westerwaldkreis zugewandert sind.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

### 5.2.3.2 Altersstruktur der Abwanderer nach Geschlecht

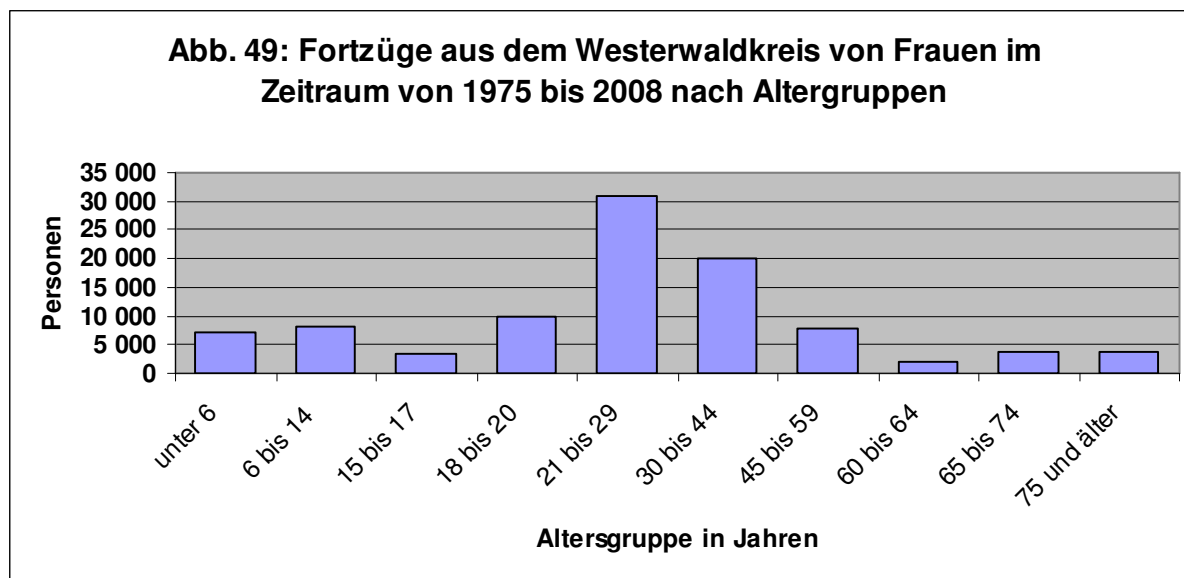
Im Untersuchungszeitraum sind insgesamt 213.583 Personen über die Kreisgrenze hinweg fortgezogen. Von diesen sind 96.776 (bzw. 45,3%) weiblich und 116.807 (54,7%) männlich. Somit ergibt sich ein Männerüberschuss in Höhe von 20.031 Personen.

Die altersstrukturelle Betrachtung der Abwanderinnen zeigt, dass die Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen am stärksten beteiligt ist (vgl. Abb. 49): 30.989 Frauen in diesem Alter verlagerten von 1974 bis 2008 ihren Wohnsitz über die Grenzen des Westerwaldkreises hinweg. Dies entspricht einem Anteil von 32,0% am gesamten weiblichen Abwanderungsvolumen. Den zweitgrößten Anteil mit 20,6% (bzw. 19.906 Personen) nimmt die Altersgruppe 30 bis 44 Jahre ein. Im Kontrast dazu wanderten lediglich 2.115 Frauen (2,2%) zwischen 60 und 64



## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

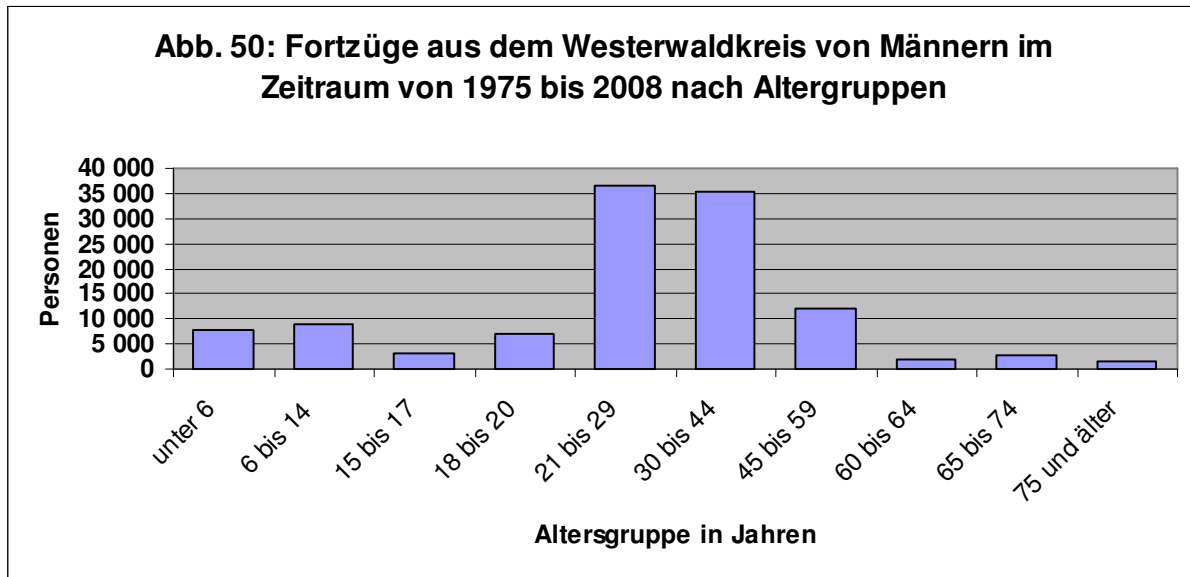
Jahren ab. Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass die altersstrukturelle Verteilung des weiblichen Abwanderungsvolumens jener des Zuwanderungsvolumens ähnelt.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

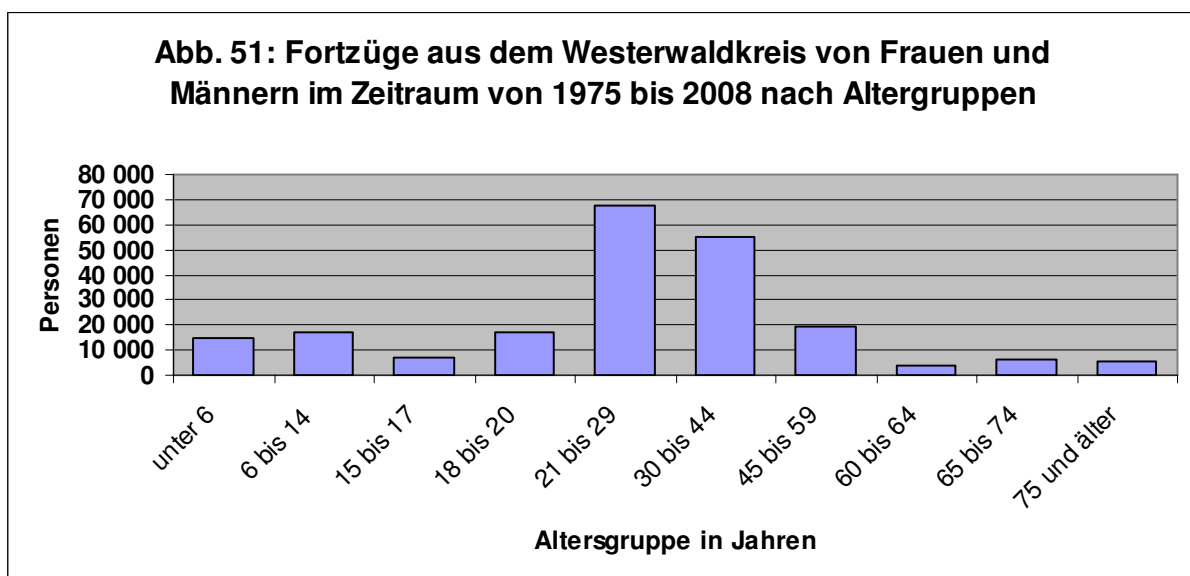
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Dieses Ergebnis ist auch hinsichtlich der männlichen Wanderer zu konstatieren. Denn wie schon bei den Zuzügen, überwiegen im Hinblick auf die Fortzüge ebenfalls die beiden Altersklassen 21 bis 29 Jahre (36.370 Personen bzw. Anteil von 31,1%) und 30 bis 44 Jahre (35.175 Personen bzw. 30,1%). Den geringsten abwanderungsbedingten Verlust hat der Westerwaldkreis bei Männern im Alter von 75 Jahren und älter mit 1.626 Personen (1,4%) zu verzeichnen (vgl. Abb. 50).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Dementsprechend ergibt sich bei Addition der Fortzüge von Frauen und Männern über die Kreisgrenze nach Altersgruppen ein vergleichbares Bild zu dem, welches sich bereits hinsichtlich der Zuzüge (vgl. Abb. 48) ergab: Die Altersgruppen der 21- bis 29-Jährigen sowie der 30- bis 44-Jährigen überwiegen mit einem Anteil von 31,5% (67.359 Fortzüge) respektive 25,8% (55.081 Fortzüge). Lediglich 7,4% der Abwanderer waren 60 Jahre und älter (vgl. Abb. 51).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

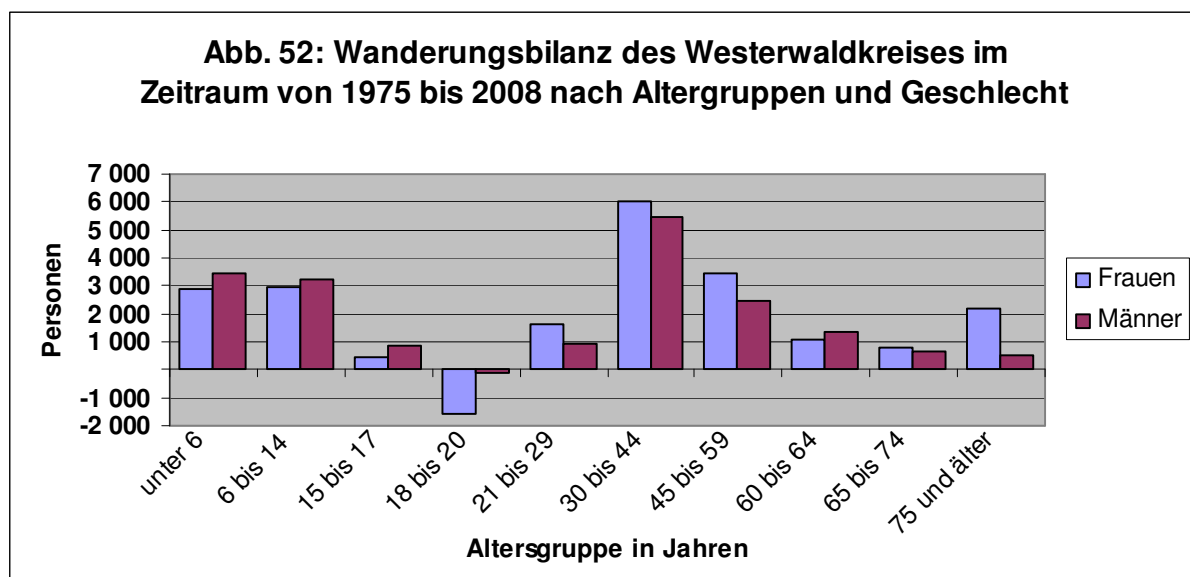
## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

### 5.2.3.3 Differenzierung der Wanderungsbilanz nach Altersgruppen und Geschlecht

Im Folgenden werden die vorangegangenen Berechnungen saldiert, um darlegen zu können, ob möglicherweise Schwerpunkte der Wanderungsüberschüsse bzw. -defizite nach Altersgruppen und Geschlecht bestehen.

Aus den 252.179 Zuzügen und den 213.583 Fortzügen im Zeitraum von 1975 bis 2008 ergibt sich ein Wanderungsgewinn von 38.596 Personen. Dieser setzt sich zusammen aus 19.802 Frauen und 18.794 Männern.

Abbildung 52 gibt einen Überblick über die absoluten Wanderungsbilanzen nach Altersgruppen und Geschlecht. Demzufolge nimmt die Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen mit 11.508 Personen, von denen 6.038 weiblich und 5.470 männlich sind, den größten Anteil (29,9%) am Wanderungsgewinn im Untersuchungszeitraum ein.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Darauf folgen die unter 6-Jährigen (6.350 Personen) und die 6- bis 14-Jährigen (6.189 Personen) mit einem Anteil von jeweils etwa 16%. An diesem Ergebnis manifestiert sich die Schlussfolgerung, dass der Westerwaldkreis insbesondere vom Zuzug von Familien mit Kindern bis 14 Jahre profitiert. Des Weiteren fällt das Wanderungsdefizit der 18 bis 20 Jahre alten Wanderer auf, welches bei den Frauen (-1.604 Personen) stärker ausgeprägt ist als bei den Männern (-102 Personen). Das Wanderungsleitmotiv dieser Altersklasse ist bildungsori-

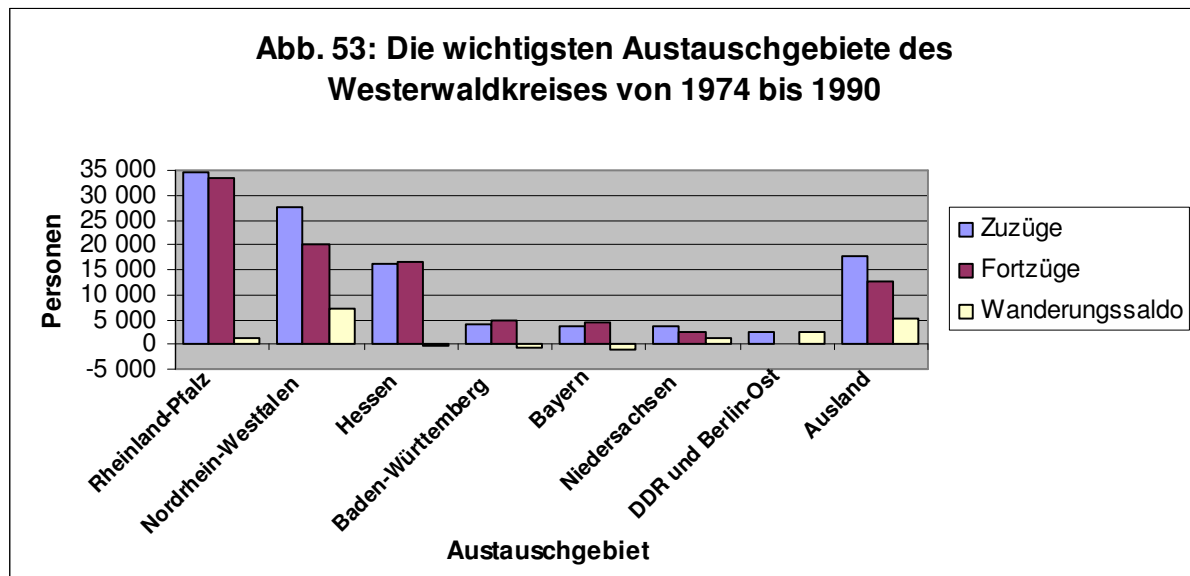
entiert und somit lässt sich das Defizit hypothetisch damit erklären, dass vor allem Studienanfänger den Westerwaldkreis verlassen, da er – abgesehen von einigen privaten Akademien und einem Standort der Fachhochschule Koblenz in Höhr-Grenzhausen – über keinen Hochschulstandort verfügt. Abschließend ist auf die Altersgruppe der 75-Jährigen und älteren einzugehen, weil sich dort ebenfalls ein großer Unterschied zwischen den Geschlechtern zeigt: Der Wanderungsgewinn liegt bei den Frauen mit 2.197 Personen rund sechs Mal so hoch wie bei den Männern (515 Personen). Dies lässt sich vordergründig mit der höheren Lebenserwartung der Frauen begründen; inwiefern der Westerwaldkreis als Altersruhesitz attraktiv ist und dies ein Wanderungsmotiv für die älteren Zuwanderer darstellt, kann nur durch Befragungen ergründet werden, die nicht Gegenstand dieser Arbeit sind. Eine Untersuchung aus den 1980er-Jahren hat diesbezüglich ergeben, dass für die Zuwanderung der über 74-Jährigen – im Vergleich zu den jüngeren Ruhestandswanderern – das Angebot an Altenheimplätzen und die Versorgungsmöglichkeiten von Kleinstädten entscheidende Anziehungsfaktoren sind (vgl. KEMPER / KULS 1986, S. 32).

### **5.2.4 Austauschgebiete des Westerwaldkreises**

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Austauschgebiete des Westerwaldkreises hinsichtlich Zu- und Abwanderung betrachtet. Diese Ergebnisse werden anschließend zusammengeführt mit dem Ziel, Wanderungsströme zu identifizieren, die zu einem Bevölkerungszuwachs bzw. -verlust im Kreisgebiet geführt haben. Die Zu- und Abwanderungen über die Kreisgrenze werden dabei in zwei Zeitabschnitte unterteilt, damit untersucht werden kann, ob sich im Hinblick auf die Austauschgebiete durch die politischen Umwälzungen Ende der 1980er und Anfang der 1990er-Jahre (u.a. Wiedervereinigung mit der ehemaligen DDR, Öffnung der Grenzen in Richtung Osten) Änderungen ergeben haben. Um des Weiteren zwei in etwa gleich lange Zeitabschnitte zu analysieren, wurde eine Einteilung in die Zeiträume von 1974 bis 1990 und von 1991 bis 2008 vorgenommen.

#### *5.2.4.1 Bedeutende Austauschgebiete im Zeitraum von 1974 bis 1990*

In den Jahren von 1974 bis 1990 wird ein Wanderungsvolumen von 213.403 Personen (114.436 Zuzüge und 98.967 Fortzüge) über die Grenzen des Westerwaldkreises registriert. Die Betrachtung der bedeutsamsten Austauschgebiete ergibt dabei, in Bezug auf ihre jeweiligen Wanderungssalden und Wanderungsvolumina, sehr unterschiedliche Wanderungseffektivitäten (vgl. Abb. 53).



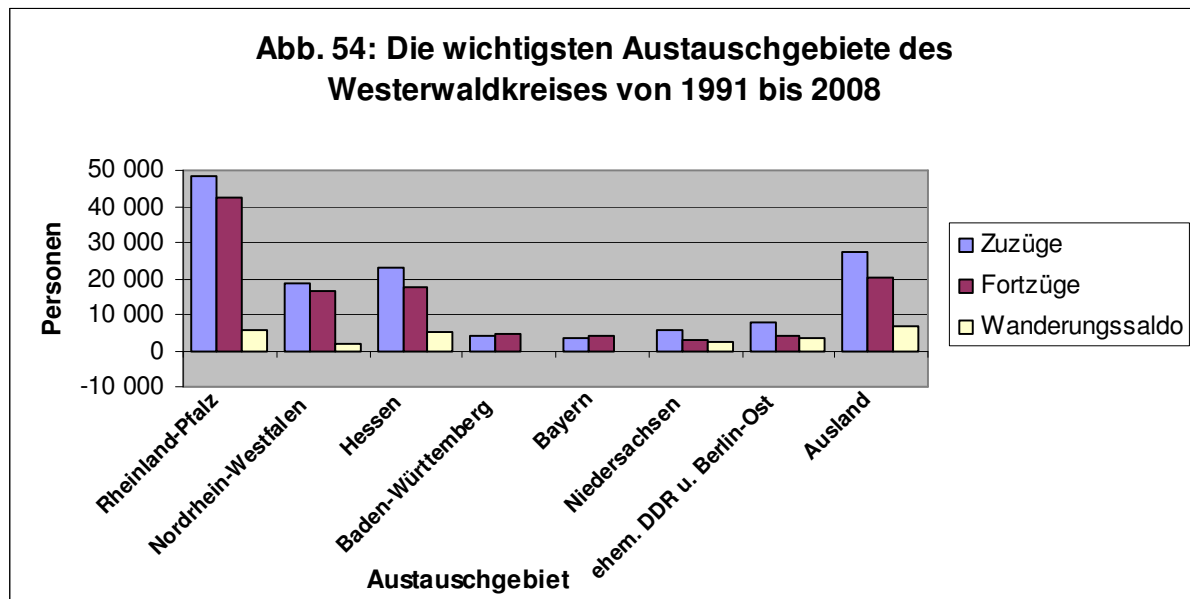
**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Der Austausch mit Rheinland-Pfalz weist zwar das höchste Wanderungsvolumen (68.184 Personen) auf, dennoch beträgt der Wanderungsgewinn lediglich 1.380 Personen. Die Wanderungseffektivität liegt somit bei 2,02. Mit Nordrhein-Westfalen findet zwar ein mengenmäßig geringerer Austausch statt (Wanderungsvolumen: 47.405 Personen), doch der Wanderungsüberschuss fällt mit 7.321 Personen wesentlich höher aus. Dies schlägt sich auch auf die Wanderungseffektivität nieder, die einen Wert von 15,44 erreicht. Ähnlich positiv verläuft der Austausch mit dem Ausland: Bei 17.925 Einwanderungen und 12.734 Auswanderungen ergibt sich per saldo ein Wanderungsgewinn von 5.191 Personen bzw. eine Wanderungseffektivität von 16,93. Die Wanderungssalden mit den Bundesländern Hessen (-439), Baden-Württemberg (-870) und Bayern (-895) liegen hingegen im negativen Bereich. Die höchste Wanderungseffektivität (90,98) erreicht der Westerwaldkreis im Übrigen im Austausch mit der DDR und Berlin-Ost.

### 5.2.4.2 Bedeutende Austauschgebiete im Zeitraum von 1991 bis 2008

Im Vergleich zum Zeitraum von 1974 bis 1990 ist das Wanderungsvolumen der Jahre 1991 bis 2008 um 24,8% auf 266.239 Personen (144.876 Zuzüge, 121.363 Fortzüge) angestiegen aufgrund der bereits erwähnten politischen Umwälzungen in verschiedenen Teilen der Welt. Wiederum dominiert klar das Wanderungsgeschehen mit Rheinland-Pfalz: 48.190 Zuzügen stehen 42.253 Fortzüge gegenüber, woraus ein Wanderungsgewinn von 5.937 resultiert (vgl. Abb. 54).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

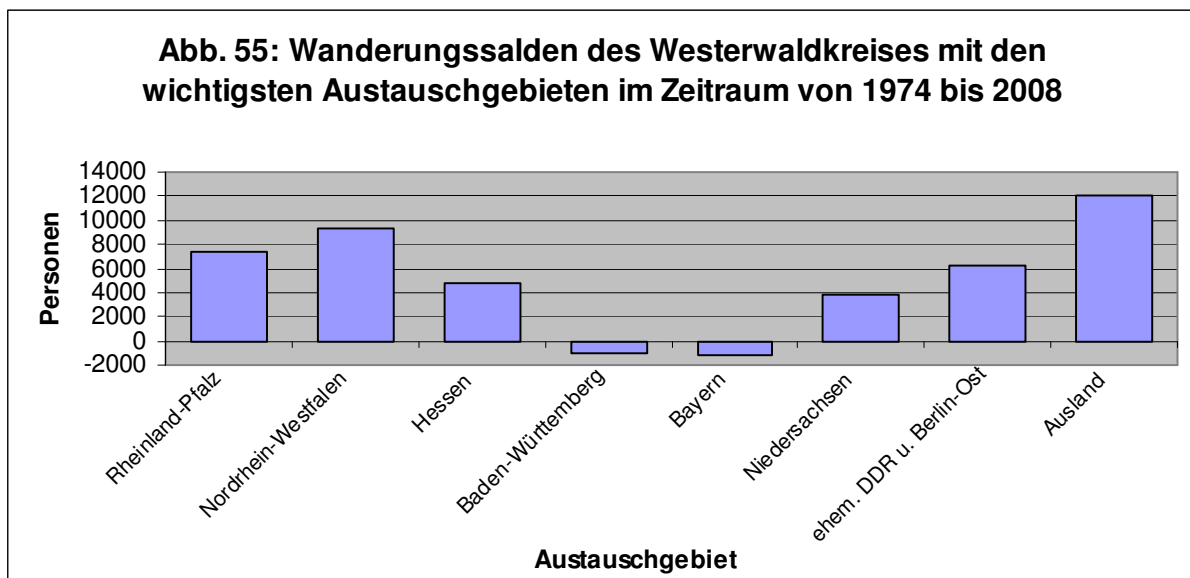
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Die Wanderungseffektivität ist somit leicht auf 6,56 gestiegen. Der Austausch mit Nordrhein-Westfalen ist sowohl im Hinblick auf das Volumen als auch auf den Wanderungsüberschuss deutlich zurückgegangen. Das Wanderungsvolumen sinkt um rund ein Viertel auf 35.195 Personen, der Gewinn sogar um 72,1% auf 2.039 Personen. Eine deutlich steigende Tendenz hingegen zeigt der Austausch mit Hessen: Insbesondere die Anzahl der Zuzüge ist angewachsen (von 16.171 auf 23.067), sodass diesmal kein Wanderungsdefizit, sondern ein Überschuss in Höhe von 5.263 Personen vorliegt, entsprechend einer Wanderungseffektivität von 12,88. Erheblich zugenommen hat des Weiteren das Wanderungsgeschehen zwischen dem Westerwaldkreis und den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost). Das Wanderungsvolumen ist um mehr als das Fünffache auf 11.758 Personen gestiegen, der Wanderungsgewinn um rund die Hälfte auf 3.730 Personen bei einer stark gesunkenen, jedoch immer noch vergleichsweise hohen Wanderungseffektivität von 31,72. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Zuwanderung aus Sachsen, die sich auf 2.489 Personen beläuft. Die Wanderungsvorgänge mit den anderen neuen Bundesländern fallen wesentlich geringer aus. Abschließend ist zu konstatieren, dass der Zuwanderungsstrom aus dem Ausland deutlich an den Zuzugszahlen abzulesen ist: Im Zeitraum von 1991 bis 2008 wandern 27.194 Personen in den Westerwaldkreis ein – 9.269 mehr als in den Jahren 1974 bis 1990. Gleichzeitig ist der Wanderungssaldo um knapp ein Drittel auf 6.796 Personen gestiegen.

### 5.2.4.3 Wanderungssalden mit den Austauschgebieten im Zeitraum von 1974 bis 2008

Die vorangegangenen Analysen in Bezug auf die Austauschgebiete werden abschließend zusammengeführt, indem die Wanderungssalden der beiden betrachteten Zeiträume addiert werden. Somit wird erkennbar, auf welche Herkunftsgebiete der Wanderungsgewinn des Westerwaldkreises im Untersuchungszeitraum vorwiegend basiert.

Durch den Austausch über die Kreisgrenze hinweg resultiert ein Wanderungsüberschuss von 38.981 Personen in den Jahren 1974 bis 2008. Aufgrund eines Anteils von 30,8% am Wanderungsgewinn kommt dem Austausch mit dem Ausland eine zentrale Bedeutung zu<sup>41</sup> (vgl. Abb. 55).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Auch die Wanderungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Westerwaldkreis nehmen eine wichtige Rolle ein, da sie 24,0% des Wanderungsüberschusses auf sich vereinigen. Daran zeigt sich, dass der Westerwaldkreis von seiner Nähe zum Köln-Bonner Raum profitieren konnte (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2002, S. 87). Darüber hin-

<sup>41</sup> Bei der Angabe der prozentualen Anteile der Austauschgebiete am Wanderungsgewinn ist zu beachten, dass 2.740 Zuzüge und 5.515 Fortzüge ohne Angabe des Herkunfts- bzw. Zielgebietes in der Wanderungsstatistik registriert sind. Dementsprechend sind die Prozentangaben mit einer unvermeidbaren Ungenauigkeit behaftet.

aus sind noch die Wanderungsvorgänge in Rheinland-Pfalz – ergo die Wanderungen, welche über die Kreisgrenze hinweg, jedoch innerhalb der Landesgrenze stattfinden – hervorzuheben. Sie erzeugen einen Anteil von 18,8% am Wanderungsgewinn. Wanderungsdefizite bestehen lediglich mit den beiden südlichen Bundesländern Baden-Württemberg (-980) und Bayern (-1.126). Aufgrund ihrer – im bundesweiten Vergleich – überdurchschnittlich ausgeprägten Wirtschaftskraft und der damit verbundenen positiven Arbeitsmarktlage ist hypothetisch davon auszugehen, dass das Überwiegen der Fortzüge in diese Länder mit Arbeitswanderungen zu erklären ist.

### 5.3 Analyse der Wanderungen auf Verbandsgemeindeebene

Beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz liegen keine Daten bezüglich der Wanderungen über die Verbandsgemeindengrenzen vor. Es besteht somit lediglich die Möglichkeit, aus aggregierten Wanderungsdaten über die Gemeindegrenzen entsprechende Zahlen für die zehn Verbandsgemeinden des Westerwaldkreises zu gewinnen. Allerdings besitzt diese Methode den Nachteil, dass Zu- und Fortzüge innerhalb der Verbandsgemeinden in den entsprechenden Wanderungsvolumina enthalten sind und somit der Umfang der Wanderungsvorgänge über die Verbandsgemeindengrenzen überzeichnet wird. Dieser Effekt tritt umso stärker auf, je größer die Verbandsgemeinde ist. Von dieser skizzierten Ungenauigkeit sind nicht nur das Wanderungsvolumen, sondern auch noch die Zu- und Abwanderungsraten sowie die Zusammensetzung der Wanderer nach Alter und Geschlecht betroffen. Deshalb werden sie im Folgenden nicht betrachtet. Die Ausführungen beschränken sich vielmehr auf die Wanderungsbilanzen und die durchschnittlichen Nettowanderungsraten, denn beide Kennziffern sind von dem Wanderungsgeschehen innerhalb der Verbandsgemeindengrenzen unabhängig.

Tabelle 61 ist zu entnehmen, dass die einwohnerstärkste Verbandsgemeinde (Montabaur) den größten Wanderungsüberschuss im Zeitraum von 1974 bis 2008 aufweist. 19,0% des Wanderungsgewinnes des gesamten Westerwaldkreises ist auf die VG Montabaur zurückzuführen.



## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

**Tab. 61: Wanderungsbilanzen und durchschnittliche Nettowanderungsraten der Verbandsgemeinden von 1974 bis 2008**

Verbandsgemeinde	Wanderungsbilanz (1974-2008)	Anteil am gesamten Wanderungs- überschuss	Nettowanderungsrate (Durchschnitt 1974-2008)
Bad Marienberg	4.327	11,1%	6,80
Hachenburg	6.009	15,4%	7,77
Höhr-Grenzhausen	2.217	5,7%	4,90
Montabaur	7.420	19,0%	6,16
Ransbach-Baumbach	2.783	7,1%	6,29
Rennerod	3.090	7,9%	5,73
Selters	3.887	10,0%	7,78
Wallmerod	2.828	7,3%	6,33
Westerburg	4.194	10,8%	5,56
Wirges	2.226	5,7%	3,52

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Gleichzeitig verzeichnet die Verbandsgemeinde mit dem geringsten Bevölkerungsstand im Jahr 2008 (Höhr-Grenzhausen) den niedrigsten Wanderungsüberschuss mit 2.217 Personen. Dennoch besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsumfang einer Verbandsgemeinde und ihrer jeweiligen Wanderungsbilanz. Zum Beispiel steuert Ransbach-Baumbach als zweitkleinste Verbandsgemeinde nach Einwohnern einen größeren Teil zum Wanderungsüberschuss auf Landkreisebene bei als die VG Wirges.

Um die Höhe des Wanderungsgewinns unabhängig von dem Einfluss der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen beurteilen zu können, eignen sich die durchschnittlichen Nettowanderungsraten der Jahre 1974 bis 2008, welche den Wanderungsüberschuss in Relation zur Einwohnerzahl setzen. Die VG Selters beispielsweise belegt im Hinblick auf ihren Anteil am gesamten Wanderungsüberschuss des Westerwaldkreises mit 10,0% lediglich einen Platz im Mittelfeld, registriert jedoch die höchste Nettowanderungsrate unter allen zehn Verbandsgemeinden (vgl. Tab. 61). Dieser relativ hohe wanderungsbedingte Bevölkerungszuwachs ist auf die bereits in Kapitel 3 thematisierte Expansion eines in der Stadt Selters ansässigen großen Industrieunternehmens zurückzuführen. Auf die Gründe für die niedrigste Nettowanderungsrate in der VG Wirges wird noch in den folgenden beiden Kapiteln 6 und 7 einzugehen sein.

## 5.4 Analyse der Wanderungen über die Gemeindegrenzen

Die Wanderungsvorgänge über die Gemeindegrenzen werden im Folgenden analysiert, indem zunächst eine Betrachtung der Migrationen nach Gemeindegrößenklassen vorgenommen wird. Ziel ist in dem Kontext, darzustellen, inwiefern das Wanderungsgeschehen im Westerwaldkreis von der Einwohnerzahl der Gemeinden abhängt. Im Anschluss werden die Gemeinden mit besonders hohen positiven bzw. negativen Nettowanderungsraten präsentiert, um mögliche regionale Zu- und Abwanderungsherde identifizieren zu können.

### 5.4.1 Wanderungen nach Gemeindegrößenklassen

Ob sich die Wanderungen im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008 eher auf kleinere oder größere Dörfer bzw. Städte konzentrieren, lässt sich mithilfe der Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen feststellen. Da sich die Anzahl der Gemeinden nach entsprechenden Größenklassen im Laufe des Untersuchungszeitraums verändert, wird zunächst anhand Tabelle 62 die Entwicklung der Gemeindegrößen und ihrer Anzahl von 1974 bis 2008 aufgezeigt. Die räumliche Verteilung der Gemeinden nach Größenklassen spiegeln die Karten 19 und 20 (Anhang A) wider.

**Tab. 62: Anzahl der Gemeinden im Westerwaldkreis in den Jahren 1974, 1991 und 2008 nach Größenklassen**

Größenklasse (nach Einwohnern)	Anzahl Gemeinden		
	1974	1991	2008
< 200	18	13	8
200-500	74	67	53
501-1.000	64	69	81
1.001-2.000	21	26	31
2.001-5.000	8	11	12
> 5.000	6	5	7

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Es ist zu erkennen, dass die Anzahl der Gemeinden in den beiden Klassen mit den geringsten Einwohnerzahlen im Zeitverlauf deutlich abnimmt zugunsten der restlichen Größenklassen: Während sich die Anzahl der Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern von 18 im

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

Jahr 1974 auf acht im Jahr 2008 mehr als halbiert, gewinnt in absoluter Betrachtung vor allem die Gesamtheit der Gemeinden zwischen 501 und 1.000 Einwohnern.

Zu Beginn der Betrachtung im Jahr 1974 sind über die Gemeindegrenzen insgesamt 11.049 Personen zu- und 10.663 fortgezogen. Dies entspricht einem Wanderungsüberschuss von 386 Personen. Die meisten Wanderungsbewegungen finden in den sechs Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern statt (vgl. Tab. 63). Das geringste Wanderungsvolumen weisen hingegen die Gemeinden mit einer Größe unter 200 Einwohnern auf.

**Tab. 63: Wanderungsbewegungen im Jahr 1974 nach Gemeindegrößenklassen**

	Einwohner					
	< 200	200-500	501-1.000	1.001-2.000	2.001-5.000	> 5.000
<b>Anzahl der Gemeinden</b>	18	74	64	21	8	6
<b>Wanderungsvolumen</b>	234	3.006	4.943	3.327	3.451	6.751
<b>Wanderungsbilanz (insgesamt)</b>	-34	186	-13	-31	293	-15
<b>Wanderungsbilanz (je Gemeinde)</b>	-1,89	2,51	-0,20	-1,48	36,63	-2,5
<b>Anteil am Wanderungsüberschuss</b>	---	38,8%	---	---	61,2%	---

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Bei Betrachtung der Wanderungsbilanz fällt der überdurchschnittlich hohe Wert der Größenklasse mit 2.001 bis 5.000 Einwohnern auf. Dort besteht nicht nur mit 293 Personen die höchste Wanderungsbilanz aller Klassen, sondern auch diejenige pro Gemeinde. Dementsprechend trägt sie zu 61,2% zu dem Wanderungsgewinn des Westerwaldkreises im Jahr 1974 bei. Darüber hinaus lässt sich konstatieren, dass lediglich die Gesamtheit der Gemeinden mit 200 bis 500 Einwohnern noch einen Wanderungsüberschuss aufzuweisen hat. Die restlichen vier Größenklassen verzeichnen Wanderungsdefizite.

Im Jahr 1991 ist das Wanderungsvolumen umfangreicher als 1974: Insgesamt wandern 14.663 Personen über die Gemeindegrenzen zu und 11.268 wandern ab. Daraus resultiert ein Wanderungsgewinn von 3.395 Personen. Das größte Wanderungsvolumen registrieren die 69 Gemeinden zwischen 501 und 1.000 Einwohnern (vgl. Tab. 64). Die geringste Zahl an Zu- und Fortzügen ist wiederum in der Größenklasse unter 200 Einwohnern vorzufinden.

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

**Tab. 64: Wanderungsbewegungen im Jahr 1991 nach Gemeindegrößenklassen**

	Einwohner					
	< 200	200-500	501-1.000	1.001-2.000	2.001-5.000	> 5.000
<b>Anzahl der Gemeinden</b>	13	67	69	26	11	5
<b>Wanderungsvolumen</b>	276	3.521	6.689	4.781	4.650	6.014
<b>Wanderungsbilanz (insgesamt)</b>	28	597	791	499	484	996
<b>Wanderungsbilanz (je Gemeinde)</b>	2,15	8,91	11,46	19,19	44	199,2
<b>Anteil am Wanderungsüberschuss</b>	0,8%	17,6%	23,3%	14,7%	14,3%	29,3%

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Im Vergleich zu 1974 weisen dieses Mal alle Gemeindegrößenklassen eine positive Wanderungsbilanz auf. Besonders stark am Wanderungsgewinn des gesamten Westerwaldkreises (zu 29,3%) sind die fünf Städte beteiligt, die mehr als 5.000 Einwohner zählen. Verschwindend gering ist hingegen der Wanderungsüberschuss der Gemeinden mit weniger als 200 Einwohnern, die nur 0,8% zu dem Wanderungsgewinn beitragen. Somit lässt sich feststellen, dass 1991 im Zuge des Zuwanderungsstroms aus dem Ausland eine Polarisierung der Zielgebiete im Hinblick auf die Gemeindegrößenklassen vorliegt, bei der insbesondere die größeren Städte von den Zuwanderern bevorzugt werden.

2008, im letzten Jahr der Betrachtung, sind Wanderungsbewegungen in Höhe von 27.435 Personen zu verzeichnen. Zum ersten Mal liegt ein Wanderungsdefizit vor, welches insgesamt 721 Personen beträgt. Die Verteilung des negativen Wanderungssaldos auf die Gemeinden nach Größenklassen zeigt, dass diejenigen mit 501 bis 1.000 Einwohnern absolut das höchste Defizit (-281 Personen) aufweisen (vgl. Tab. 65). Sie sind somit zu 39,0% am gesamten Wanderungsdefizit beteiligt.

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

**Tab. 65: Wanderungsbewegungen im Jahr 2008 nach Gemeindegrößenklassen**

	Einwohner					
	< 200	200-500	501-1.000	1.001-2.000	2.001-5.000	> 5.000
<b>Anzahl der Gemeinden</b>	8	53	81	31	12	7
<b>Wanderungsvolumen</b>	193	2.549	7.413	5.442	3.836	8.002
<b>Wanderungsbilanz (insgesamt)</b>	-45	-41	-281	-112	-184	-58
<b>Wanderungsbilanz (je Gemeinde)</b>	-5,63	-0,77	-3,47	-3,61	-15,33	-8,29
<b>Anteil am Wanderungsdefizit</b>	6,2%	5,7%	39,0%	15,5%	25,5%	8,0%

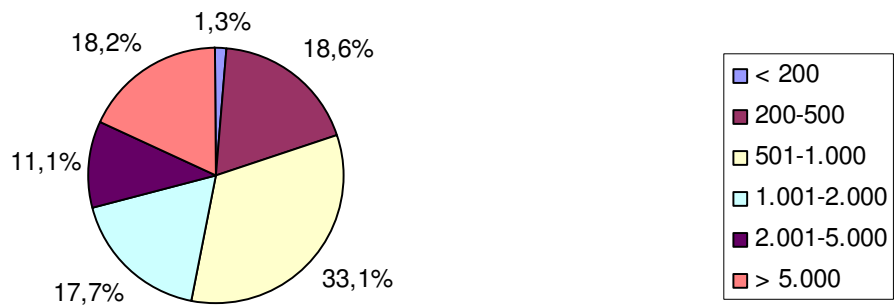
**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

In dem Kontext gilt es allerdings zu beachten, dass diese Größenklasse mit 81 Gemeinden gleichzeitig auch überdurchschnittlich stark repräsentiert ist. Bei Umrechnung der Wanderungsverluste auf die einzelnen Gemeinden einer Größenklasse zeigt sich hingegen, dass die zwölf Kommunen zwischen 2.001 und 5.000 Einwohnern im Schnitt mit einer Wanderungsbilanz von -15,33 die höchsten Verluste registrieren. Gering fallen die Wanderungsdefizite – sowohl relativ als auch absolut betrachtet – in den beiden kleinsten Größenklassen aus.

Die vorangegangene Stichprobenanalyse hat gezeigt, dass zwischen den drei ausgewählten Jahren teilweise erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Wanderungsgeschehens nach Gemeindegrößenklassen bestehen. Um zu einem eindeutigen Ergebnis für den gesamten Untersuchungszeitraum gelangen zu können, ist es deshalb notwendig, die Summe der Wanderungsbilanzen aller Jahre für die sechs Größenklassen zu berechnen. Dabei zeigt sich, dass die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 501 und 1.000, welche auch am zahlreichsten vertreten sind, besonders stark am Wanderungsgewinn des Westerwaldkreises partizipieren (vgl. Abb. 56).

**Abb. 56: Prozentuale Verteilung der Wanderungsgewinne von 1974 bis 2008 nach Gemeindegrößenklassen**



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Des Weiteren vereinigen auf der einen Seite die Städte mit mehr als 5.000 Einwohnern und auf der anderen Seite die relativ kleinen Gemeinden zwischen 200 und 500 Einwohnern hohe Anteile des Wanderungsgewinns auf sich. Demzufolge ist bei dieser Betrachtungsweise keine klare Tendenz im Hinblick darauf, ob die Zuwanderer eher die größeren oder die kleineren Gemeinden des Westerwaldkreises bevorzugen, erkennbar. Wird hingegen der Faktor der unterschiedlichen Verteilung der Anzahl der Gemeinden nach Größenklassen ausgeschaltet, zeigt sich, dass die durchschnittliche jährliche Wanderungsbilanz mit zunehmender Einwohnerzahl steigt: Während eine Gemeinde mit weniger als 200 Einwohnern im Schnitt einen Wanderungsgewinn von 1,14 Personen aufweist, hat eine Stadt mit mehr als 5.000 Einwohnern einen Wanderungsüberschuss von durchschnittlich 35,56 Personen zu verzeichnen.

### **5.4.2 Betrachtung der Wanderungshäufigkeiten**

Im Zeitraum von 1974 bis 2008 sind über die Gemeindegrenzen insgesamt 471.794 Personen zu- und 432.813 Personen abgewandert. Eine differenziertere Analyse dieses Wanderungsgeschehens auf Gemeindeebene nach absoluten Häufigkeiten wäre im Folgenden nicht zweckmäßig, da sich bereits in Kap. 5.4.1 herauskristallisiert hat, dass diese stark von der Einwohnerzahl der einzelnen Gemeinden abhängig sind. Demzufolge zeigt sich beispielsweise erwartungsgemäß, dass die Stadt Montabaur als einwohnerstärkste Kommune des Westerwaldkreises sowohl die meisten Zu- als auch Fortzüge im Untersuchungszeitraum registriert.

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

Um den Faktor der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen zu eliminieren, werden bei der folgenden Analyse relative Häufigkeiten verwendet. Zunächst werden die Zu- und Abwanderungsraten (bezogen auf 1.000 Einwohner) dargestellt, deren Differenzen zu den Nettowanderungsraten führen. Letztgenannte sind besonders wichtig, um die Gemeinden identifizieren zu können, die hinsichtlich der Wanderungsvorgänge als Gewinner und Verlierer zu bezeichnen sind.

In den folgenden drei Unterkapiteln werden die entsprechenden Jahresdurchschnittswerte des Zeitraums von 1974 bis 2008 verwendet. Im Mittelpunkt stehen dabei stets die fünf Gemeinden mit den höchsten bzw. niedrigsten Werten, anhand derer mögliche regionale Schwerpunkte der Wanderungshäufigkeiten, die auf den Karten 21, 22 und 23 im Anhang klar erkennbar werden, angedeutet werden.

### 5.4.2.1 Zuwanderungsraten

Die Gemeinden des Westerwaldkreises weisen im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 2008 eine Zuwanderungsrate von 73,0 auf.

**Tab. 66: Anzahl der Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Zuwanderungsraten im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 2008 nach Verbandsgemeinden**

Verbandsgemeinde	Anzahl Gemeinden mit einer Zuwanderungsrate > 73,0	Anzahl Gemeinden mit einer Zuwanderungsrate < 73,0
Bad Marienberg	10	8
Hachenburg	13	20
Höhr-Grenzhausen	1	3
Montabaur	7	18
Ransbach-Baumbach	9	2
Rennerod	4	19
Selters	15	6
Wallmerod	3	17
Westerburg	10	14
Wirges	6	6

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

---

Bei Betrachtung der Anzahl der Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Zuwanderungsraten nach Verbandsgemeinden fällt auf, dass in der VG Ransbach-Baumbach der Anteil der Gemeinden mit überdurchschnittlichen Zuwanderungsraten am größten ist, in der VG Wallmerod hingegen am niedrigsten (vgl. Tab. 66).

Die beiden Ortsgemeinden mit den höchsten Zuwanderungsraten – Dreifelden (140,85) und Wied (134,00) – verbuchen aufgrund der dort ansässigen Betreuungseinrichtungen (Altenpflegeheim in Dreifelden, Kliniken für psychosomatische Erkrankungen in Wied) zahlreiche Zuzüge im Untersuchungszeitraum. Des Weiteren weisen Oberhaid (121,87), Großseifen (109,50) und Stahlhofen am Wiesensee (105,16) ebenfalls relativ hohe Zuwanderungsraten auf.

Auf der anderen Seite stehen – neben Kundert (33,03) – vier Ortsgemeinden aus der VG Wallmerod, welche die niedrigsten durchschnittlichen Zuwanderungsraten registrieren: Zehnhausen bei Wallmerod (38,38), Arnshöfen (42,27), Hahn am See (43,61) und Obererbach (43,81) (vgl. Karte 21, Anhang A).

### 5.4.2.2 Abwanderungsraten

Im Zeitraum von 1974 bis 2008 beträgt die durchschnittliche jährliche Abwanderungsrate der Gemeinden des Westerwaldkreises 66,9. Insbesondere in den Verbandsgemeinden Ransbach-Baumbach und Selters überwiegt die Anzahl der Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Abwanderungsrate (vgl. Tab. 67 und Karte 22, Anhang A). Da in diesen beiden Verbandsgemeinden auch viele Gemeinden mit hohen Zuwanderungsraten (vgl. Tab. 66) vorzufinden sind und dort zahlreiche Arbeitsplätze im sekundären Sektor bestehen, ist dieses relativ große Wanderungsvolumen hypothetisch mit Arbeiterwanderungen zu erklären. Diese führen, je nach Konjunkturlage, zu merklichen regionalen Zu- bzw. Abwanderungsströmen.



## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

**Tab. 67: Anzahl der Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Abwanderungsraten im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 2008 nach Verbandsgemeinden**

Verbandsgemeinde	Anzahl Gemeinden mit einer Abwanderungsrate > 66,9	Anzahl Gemeinden mit einer Abwanderungsrate < 66,9
Bad Marienberg	11	7
Hachenburg	10	23
Höhr-Grenzhausen	1	3
Montabaur	3	22
Ransbach-Baumbach	8	3
Rennerod	6	17
Selters	14	7
Wallmerod	3	17
Westerburg	8	16
Wirges	4	8

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

In der VG Montabaur hingegen gibt es nur drei von 25 Gemeinden, die eine überdurchschnittliche Abwanderungsrate aufweisen. Einen ähnlich niedrigen Anteil erzielt die VG Wallmerod.

Die drei Ortsgemeinden mit den höchsten Abwanderungsraten – Wied (121,75), Oberhaid (103,02) und Großseifen (101,49) – zählen auch zu denjenigen mit den höchsten Zuwanderungsraten. Im Falle von Wied ist dieses hohe Wanderungsvolumen mit der durch die dort ansässigen Kliniken in Verbindung stehende Fluktuation zu erklären. Darüber hinaus liegen mit Lautzenbrücken (98,18) und Stockhausen-Ilfurth (96,01) zwei weitere Ortsgemeinden mit hohen Abwanderungsraten in der VG Bad Marienberg (vgl. Karte 22, Anhang A).

Im Hinblick auf die niedrigsten Abwanderungsraten offenbart sich ebenfalls eine Korrelation zu den Zuwanderungsraten: Mit Zehnhausen bei Wallmerod (30,08), Arnshöfen (37,62) und Kundert (38,00) befinden sich drei Gemeinden unter den fünf des Westerwaldkreises mit den geringsten Abwanderungsraten, die auch zu denen mit den niedrigsten Zuwanderungsraten gehören. Guckheim (37,10) und Nister-Möhrendorf (38,38) belegen die Ränge zwei und fünf und weisen im Übrigen ähnlich niedrige Zuwanderungsraten auf.

## 5. DETAILANALYSE WANDERUNGEN

### 5.4.2.3 Nettowanderungsraten

Nach der getrennten Analyse von Zu- und Abwanderungsraten werden im Folgenden die Nettowanderungsraten dargestellt, um die Gemeinden mit besonders hohen Wanderungsgewinnen und -verlusten identifizieren zu können.

Zunächst ist zu konstatieren, dass die durchschnittliche jährliche Nettowanderungsrate bei 6,10 liegt. Der überwiegende Teil der Gemeinden weist eine überdurchschnittliche Nettowanderungsrate auf, insbesondere in den Verbandsgemeinden Montabaur und Selters (vgl. Tab. 68 und Karte 23, Anhang A).

**Tab. 68: Anzahl der Gemeinden mit über- und unterdurchschnittlichen Nettowanderungsraten im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 2008 nach Verbandsgemeinden**

Verbandsgemeinde	Anzahl Gemeinden mit einer Nettowanderungsrate > 6,10	Anzahl Gemeinden mit einer Nettowanderungsrate < 6,10
Bad Marienberg	7	11
Hachenburg	18	15
Höhr-Grenzhausen	2	2
Montabaur	16	9
Ransbach-Baumbach	7	4
Rennerod	9	14
Selters	14	7
Wallmerod	12	8
Westerburg	14	10
Wirges	5	7

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Darüber hinaus gibt es in den meisten Verbandsgemeinden mehr Gemeinden mit einer über als mit einer unterdurchschnittlichen Nettowanderungsrate. Lediglich in den Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Rennerod und Wirges ergibt sich ein konträres Bild.

In Bezug auf die fünf Ortsgemeinden mit den höchsten Nettowanderungsraten lässt sich feststellen, dass drei von ihnen – Dreifelden (57,89), Horbach (37,92) und Langenbach bei Kirburg (28,72) – enorme Wanderungsüberschüsse durch die dort befindlichen Altenpflegeeinrichtungen zu verbuchen haben. Des Weiteren weisen mit Stein-Wingert (31,02) und

Halbs (23,31) zwei weitere Gemeinden aus dem nördlichen Kreisgebiet hohe Nettowanderungsraten auf.

Lediglich neun Ortsgemeinden verzeichnen negative Nettowanderungsraten und somit wanderungsbedingte Bevölkerungsverluste. Dabei ragen Willingen (-7,20), Kundert (-4,98), Sessenbach (-1,83), Ebernhahn (-1,36) und Enspel (-1,28) mit besonders hohen negativen Werten heraus. Unter anderem am Beispiel Ebernhahn wird in den folgenden Kapiteln noch auf mögliche Ursachen der Wanderungsdefizite eingegangen.

### **6 URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER BEVÖLKERUNGS- ENTWICKLUNGEN IN AUSGEWÄHLTEN GEMEINDEN**

Nachdem in den letzten drei Kapiteln die Bevölkerungsdaten des Westerwaldkreises von 1974 bis 2008 ausführlich ausgewertet wurden, stehen in diesem Kapitel fünf ausgewählte Ortsgemeinden mit auffälliger Bevölkerungsentwicklung im Mittelpunkt. Ziel ist es, mit der Identifizierung der Ursachen der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen regionale Besonderheiten aufzuzeigen sowie die im anschließenden siebten Kapitel folgende quantitative Studie theoretisch zu begründen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass sich im Hinblick auf die Gemeinden mit besonders positiver Entwicklung Gründe ergeben, welche auf eine erfolgreiche Regionalplanung zurückzuführen sind und dementsprechend bei der Erstellung des Handlungskonzeptes (Kap. 8) noch eine wichtige Rolle spielen werden.

Bevor die Ursachen der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen, unter anderem mithilfe von Experteninterviews analysiert werden (Kap. 6.3), erfolgt eine Begründung der Auswahl der Gemeinden (Kap. 6.1), da bereits bei einem Blick auf Karte 6 (Anhang A) schnell ersichtlich wird, dass auch andere Gemeinden für dieses Kapitel infrage gekommen wären. Anschließend wird die Bevölkerungsentwicklung von 1974 bis 2008 in den fünf ausgewählten Ortsgemeinden detailliert dargestellt (Kap. 6.2), denn sowohl die außergewöhnlich positiven als auch negativen Entwicklungen sind theoretisch auf unterschiedliche Komponenten (insbesondere natürliche Bevölkerungsentwicklung, Wanderungen und Altersstruktur) zurückzuführen.

### 6.1 Begründung der Auswahl der Gemeinden

Bei der Auswahl der Gemeinden war zunächst nicht die absolute, sondern die relative Veränderung der Einwohnerzahl im Untersuchungszeitraum ausschlaggebend (vgl. Karte 6, Anhang A). In einem ersten Schritt wurde darauf geachtet, dass mindestens zwei aneinander grenzende Gemeinden in den beiden Klassen mit Bevölkerungsrückgängen (unter -10% und -10% bis 0%) bzw. mit den stärksten Bevölkerungszuwächsen (40% bis 60% sowie über 60%) vertreten sind. Für die Gemeinden mit einer besonders negativen Entwicklung einerseits und für die Gemeinden mit einer besonders positiven Entwicklung andererseits wurden anschließend unterschiedliche Auswahlverfahren angewandt, die im Folgenden näher beschrieben werden.

#### 6.1.1 Auswahlverfahren für Gemeinden mit besonders negativer Bevölkerungsentwicklung

In Bezug auf die Gemeinden mit Bevölkerungsverlusten offenbaren sich lediglich zwei Cluster im gesamten Kreisgebiet (vgl. ebd.). Mehrere Faktoren wurden bei der Auswahl des Clusters für die folgenden Untersuchungen in den Kapiteln 6.2 und 6.3 berücksichtigt, wobei sich die Gesamteinwohnerzahl der jeweiligen Cluster im letzten Jahr der Betrachtung als maßgeblich herausgestellt hat: Während die fünf Ortsgemeinden aus der VG Hachenburg (Mörsbach, Kundert, Heuzert, Limbach und Streithausen) im Jahr 2008 insgesamt lediglich 1.855 Einwohner zählen, weisen aus der VG Wirges die drei Kommunen Dernbach, Ebernhahn und Wirges zusammen 8.683 Einwohner auf. Deren Entwicklung nimmt somit weitaus mehr Einfluss auf die gesamte Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises als das Cluster aus der VG Hachenburg. Zudem stellt Wirges die einzige Stadt im Westerwaldkreis dar, die eine Bevölkerungsabnahme im Zeitraum von 1974 bis 2008 verbucht, sodass die Ergründung der Ursachen für die dortige Entwicklung eine wichtige Aufgabe in diesem Kontext ist. Darüber hinaus lässt sich – aufgrund der vorangegangenen Auswertungen der Bevölkerungsdaten – die Ausgangshypothese formulieren, dass in den drei Kommunen verschiedene Ursachen auf einem relativ kleinen Raum für die negative Entwicklung vorzufinden sind. Beispielsweise beruht der Rückgang der Einwohnerzahlen in Dernbach vollständig auf einem Geburtendefizit und wird sogar von einem positiven Wanderungssaldo leicht abgemildert, während in Ebernhahn der Bevölkerungsschwund auch auf einem Wanderungsdefizit basiert. Diese Tatsachen rücken die drei Kommunen aus der VG Wirges unmittelbar in das Zentrum des Forschungsinteresses.

### **6.1.2 Auswahlverfahren für Gemeinden mit besonders positiver Bevölkerungsentwicklung**

Im Hinblick auf die Auswahl des Clusters mit überdurchschnittlich hohen Bevölkerungszuwächsen war die Gesamteinwohnerzahl zwar auch ein wesentlicher Faktor, jedoch nicht der entscheidende<sup>42</sup>. Zum Beispiel verfügen die beiden Ortsgemeinden Neunkhausen und Langenbach bei Kirburg aus der VG Bad Marienberg über mehr Einwohner als das Cluster Wallmerod/Bilkheim (VG Wallmerod), auf welches die Wahl letztendlich fiel. Die beiden genannten Ortsgemeinden aus der VG Bad Marienberg kommen deshalb nicht in Betracht, da – wie bereits bei der Analyse der Bevölkerungsdaten deutlich wurde – die Bevölkerungsgewinne in Langenbach bei Kirburg mit einem Alten- und Pflegeheim in Verbindung stehen und die Ergründung der Ursachen somit keinen ergiebigen bzw. interessanten Forschungsgegenstand darstellen würde. Ähnliches gilt für die insgesamt sechs Ortsgemeinden aus der VG Montabaur (Untershausen, Stahlhofen, Daubach, Horbach, Hübingen und Gackenbach), die eine Veränderung der Einwohnerzahl von mindestens +40% aufweisen: In Horbach ist das dort ansässige Alten- und Pflegeheim für das Bevölkerungswachstum mit verantwortlich. Würde Horbach deshalb aus der Betrachtung ausgeklammert, verblieben mit Untershausen/Stahlhofen/Daubach auf der einen Seite und Hübingen/Gackenbach auf der anderen Seite in Bezug auf die Gesamteinwohnerzahl zwei kleinere Cluster, in denen Stahlhofen mit 702 Einwohnern im Jahr 2008 die einwohnerstärkste Ortsgemeinde darstellt.

Auch die sechs aneinander grenzenden Gemeinden in den Verbandsgemeinden Selters und Ransbach-Baumbach (Krümmel, Sessenhausen, Deesen, Oberhaid, Wittgert und Nordhofen) weisen im Einzelnen nur relativ geringe Einwohnerzahlen bis maximal 948 (Sessenhausen) auf. Zudem ist das Bevölkerungswachstum in der VG Selters hypothetisch vor allem auf die Expansion eines in der Stadt Selters ansässigen Industrieunternehmens zurückzuführen und betrifft dementsprechend auch die an die Stadt Selters angrenzenden Ortsgemeinden. Ein vordergründig monokausaler Zusammenhang wäre für die vorliegende Arbeit weniger ertragreich.

Somit blieben drei Cluster zur Auswahl: Nauort/Caan (VG Ransbach-Baumbach), Kuhnhöfen/Ettinghausen/Ötzingen/Oberahr (Verbandsgemeinden Wallmerod und Wirges) sowie Wallmerod/Bilkheim (VG Wallmerod). Trotz der geringsten Gesamteinwohnerzahl der drei

---

<sup>42</sup> Aufgrund einer zu geringen Einwohnerzahl (insgesamt 764 im Jahr 2008) schied das Cluster Stahlhofen am Wiesensee/Hergenroth von vornherein aus.

Cluster im Vergleich wurde sich für Wallmerod/Bilkheim entschieden, da Wallmerod unter allen Gemeinden des Westerwaldkreises mit mehr als 1.000 Einwohnern im Jahr 2008 den höchsten relativen Zuwachs im Untersuchungszeitraum verbucht. Außerdem sind Gemeinden aus der VG Wallmerod im Hinblick auf die anschließende Ursachenforschung besonders interessant, da dort mit dem Projekt *Leben im Dorf, Leben mittendrin* kommunalpolitischer Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung genommen werden soll und sich somit die Frage stellt, inwiefern dieses Projekt tatsächlich zu dem Bevölkerungsanstieg beigetragen hat.

### **6.2 Die Bevölkerungsentwicklung in den ausgewählten Gemeinden von 1974 bis 2008 im Überblick**

Im Folgenden wird die Bevölkerungsentwicklung der insgesamt fünf ausgewählten Gemeinden analysiert. Dabei steht der zeitliche Verlauf bestimmter Indikatoren (z.B. Zuzugsziffer) im Vordergrund, da diesbezügliche Extremwerte erste wichtige Anhaltspunkte für die Erforschung der Ursachen der Entwicklung liefern. Die Darstellung erfolgt untergliedert nach Clustern, sodass auf der einen Seite Dernbach, Ebernhahn und Wirges sowie auf der anderen Seite Wallmerod und Bilkheim gemeinsam betrachtet werden. Dies besitzt den Vorteil, dass – insbesondere anhand der Grafiken – festgestellt werden kann, ob auffällige Unterschiede hinsichtlich der Komponenten der positiven bzw. negativen Bevölkerungsentwicklung innerhalb der Cluster existieren und ob diese zeitlich synchron oder asynchron zueinander verlaufen.

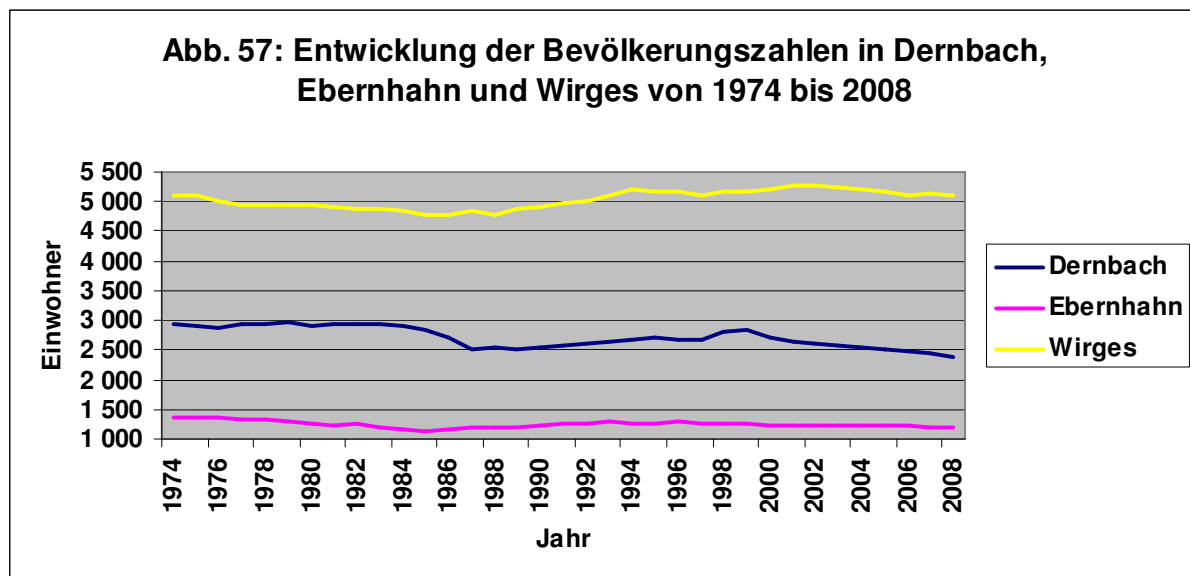
#### **6.2.1 Dernbach, Ebernhahn und Wirges**

Die Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in diesem Unterkapitel beinhaltet deren zentrale Komponenten, die auch in den vorangegangenen drei Kapiteln näher untersucht wurden. Im Einzelnen handelt es sich um die Entwicklung der Bevölkerungszahlen (Kap. 6.2.2.1), die natürliche Bevölkerungsbewegung (Kap. 6.2.2.2), die Wanderungen (Kap. 6.2.2.3), die Altersstruktur (Kap. 6.2.2.4), die Entwicklung des Ausländeranteils (Kap. 6.2.2.5) und die Sexualproportion (Kap. 6.2.2.6).

##### *6.2.1.1 Entwicklung der Bevölkerungszahlen*

In dem Cluster in der VG Wirges nimmt die Gesamteinwohnerzahl von 9.404 im Jahr 1974 um 7,67% auf 8.683 im Jahr 2008 ab. Den größten Anteil an diesem Verlust hat die Ortsge-

meinde Dernbach: Dort ist die Einwohnerzahl um 553 Personen bzw. 18,90% auf 2.373 zurückgegangen (vgl. Abb. 57).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Das Diagramm verdeutlicht zudem, dass sich der Bevölkerungsverlust des Clusters auf die ersten beiden Phasen der Bevölkerungsentwicklung (vgl. Kap. 3) konzentriert. Dernbach erreicht im Jahr 1987 ein lokales Minimum im Hinblick auf seine Bevölkerungszahl (2.514); Ebernahn und Wirges verzeichnen bereits 1985 bzw. 1986 ihre absoluten Tiefpunkte im gesamten Untersuchungszeitraum (1.143 bzw. 4.761 Einwohner). Im Hinblick auf Dernbach fällt besonders der starke Rückgang der Einwohnerzahl in den Jahren 1986-1987 auf: Innerhalb eines Jahres geht der Bevölkerungsstand um 202 von 2.716 auf 2.514 Personen zurück. Bei Addition der Zu- und Fortzüge sowie der Geburten und Sterbefälle ergibt sich jedoch nur eine Abnahme um eine Person. Dies bedeutet, dass sich der bereits erwähnte, durch die Volkszählung von 1987 bedingte Strukturbruch in Dernbach außergewöhnlich stark bemerkbar macht und dementsprechend kein ausgeprägtes Geburten- oder Wanderungsdefizit für die Entwicklung in den beiden betrachteten Jahren verantwortlich ist. Wird dieser Aspekt für die gesamte Entwicklung Dernbachs von 1974 bis 2008 berücksichtigt, ergibt sich im Übrigen ein deutlich geringerer Rückgang der Einwohnerzahl.

In der Phase des stärksten Wachstums (1987 bis 1997) steigt zwar in allen drei Kommunen die Einwohnerzahl an, jedoch fallen die prozentualen Zuwachsraten mit 5,71% (Wirges), 6,44% (Dernbach) und 7,79% (Ebernahn) im kreisweiten Vergleich unterdurchschnittlich aus (vgl. Kap. 3.5.1.1). Die Phase des abflauenden Wachstums (1997 bis 2004) wird in

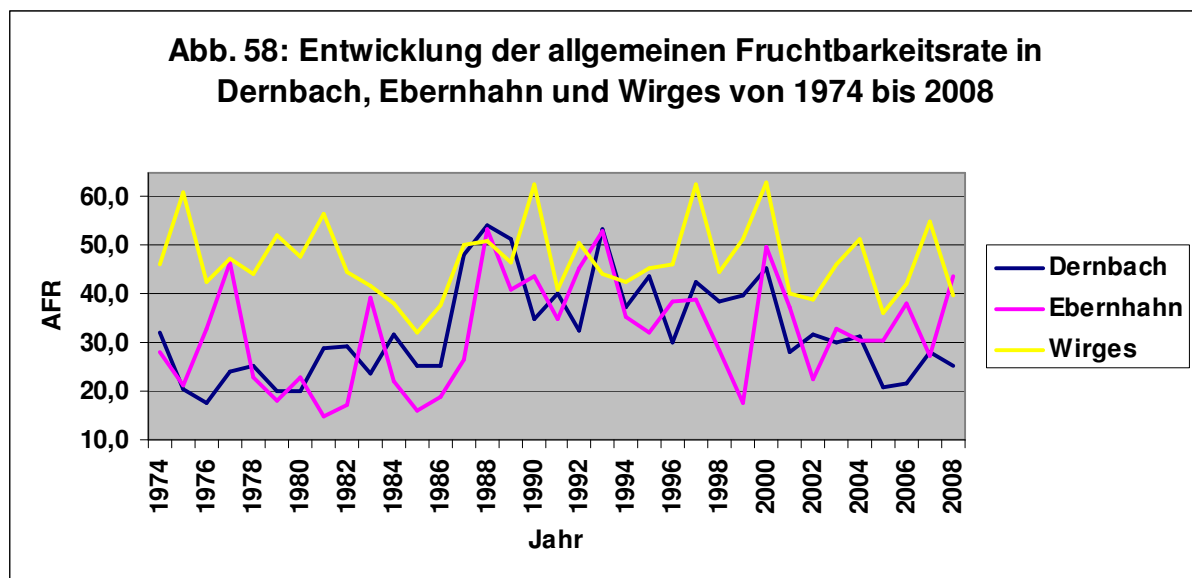
## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

Dernbach und Ebernahn bereits von erneuten Bevölkerungsabnahmen geprägt (-4,82% bzw. -2,83%). Lediglich die Stadt Wirges registriert noch ein leichtes Wachstum (+1,60%). In der Phase des kontinuierlichen Rückgangs verzeichnen schließlich alle drei Gemeinden Verluste ihrer Einwohnerzahlen, die mit Werten zwischen -1,63% (Wirges) und -6,82% (Dernbach) über dem kreisweiten Schnitt (vgl. Kap. 3.7.1.1) liegen.

### 6.2.1.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Um darzustellen, inwiefern die natürliche Bevölkerungsbewegung an dem Bevölkerungsverlust des Clusters in der VG Wirges beteiligt ist, werden zunächst getrennt die Entwicklung von Fertilität und Mortalität präsentiert, bevor der daraus resultierende Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung eine Antwort auf diese Frage liefert. Es werden in diesem Zusammenhang stets relative Werte (auf 1.000 Einwohner bezogen) verwendet, damit eine Vergleichbarkeit der drei Gemeinden untereinander gewährleistet ist.

Abbildung 58 veranschaulicht, dass der allgemeine Geburtenrückgang im Westerwaldkreis anhand der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate in Dernbach, Ebernahn und Wirges einen anderen Verlauf nimmt.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

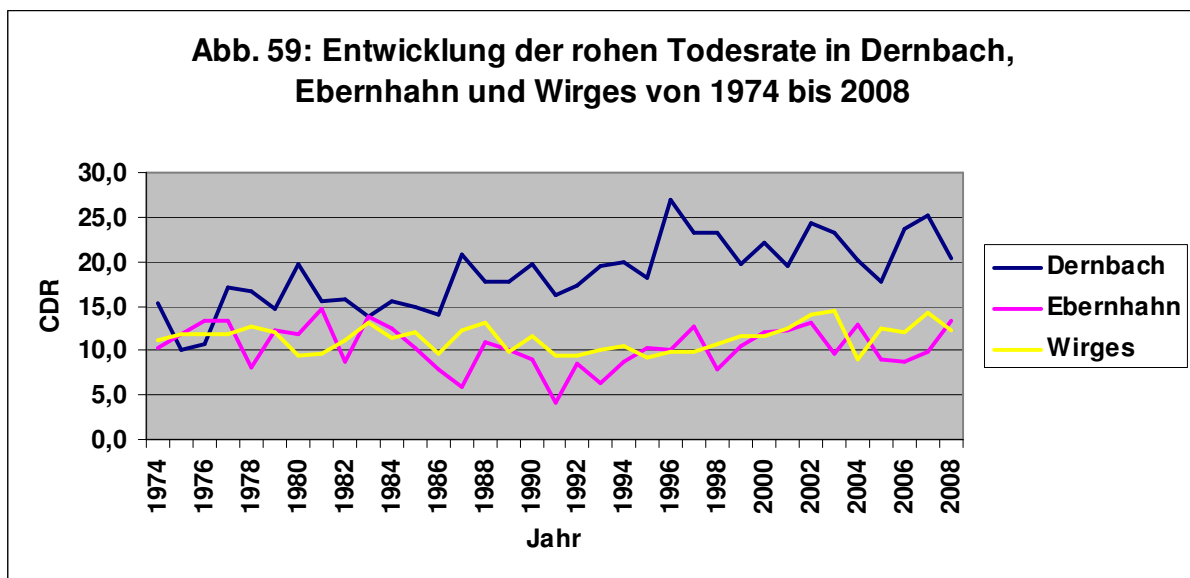
In dem Zeitraum ab der Jahrtausendwende pendeln sich – wie auch auf Kreisebene (vgl. Kap. 4.3.2.1) – die allgemeinen Fruchtbarkeitsraten zwar im Vergleich zur Phase des stärksten Wachstums auf einem relativ niedrigen Niveau ein. Allerdings liegen die allgemeinen



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

Fruchtbarkeitsraten im Cluster der VG Wirges während der Phase des mäßigen Wachstums niedriger als in den Jahren ab 2000: In allen drei Kommunen weist die AFR im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1986 höhere Werte auf als im Schnitt der Jahre 2000 bis 2008. Der zeitliche Verlauf der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate verdeutlicht darüber hinaus, dass Wirges im Schnitt eine wesentlich höhere AFR (46,91) aufweist als Dernbach (32,38) und Ebernhahn (32,04), deren Werte zu den niedrigsten im gesamten Westerwaldkreis zählen (vgl. Kap. 4.3.2.3 und Karte 16, Anhang A).

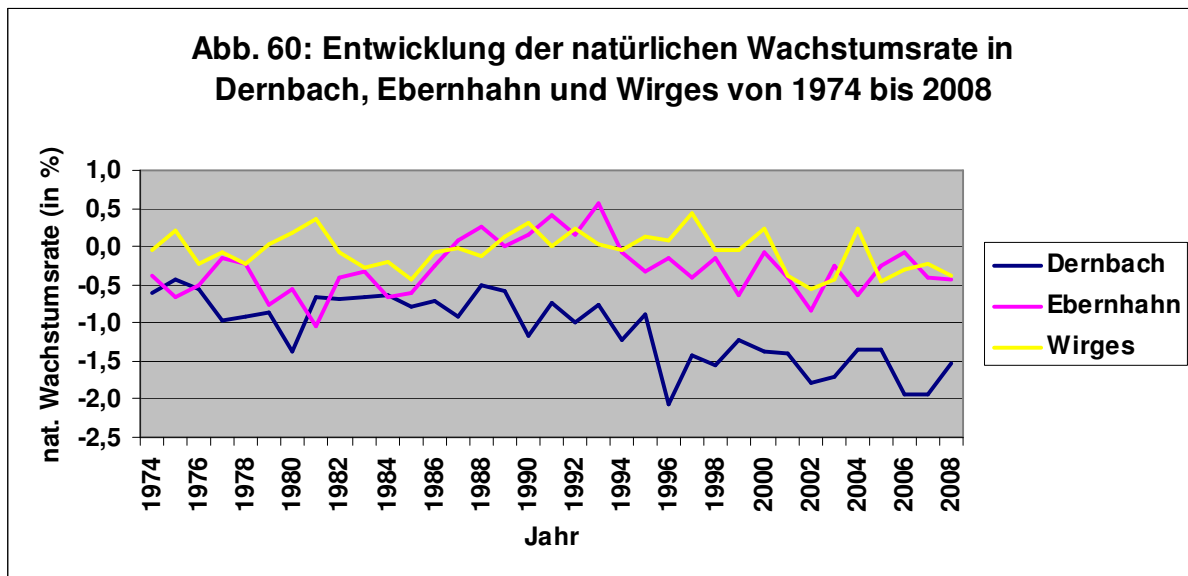
Die grafische Darstellung der Entwicklung der rohen Todesrate (vgl. Abb. 59) offenbart zwei zentrale Ergebnisse: Zum einen ist in keiner der drei Gemeinden ein allgemeiner Rückgang der CDR, wie er auf Kreisebene vorliegt (vgl. Kap. 4.4.1.1), zu erkennen und zum anderen verzeichnet Dernbach nahezu über den gesamten Untersuchungszeitraum eine wesentlich höhere CDR (Schnitt der Jahre 1974 bis 2008: 18,60) als Ebernhahn (10,43) und Wirges (11,37), die vor allem gegen Ende der Phase des stärksten Wachstums deutlich zunimmt.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Diese Ergebnisse legen die Vermutung nahe, dass insbesondere in der Ortsgemeinde Dernbach ein negativer Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung vorliegt. Abbildung 60 bestätigt dies anhand der Entwicklung der natürlichen Wachstumsrate.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

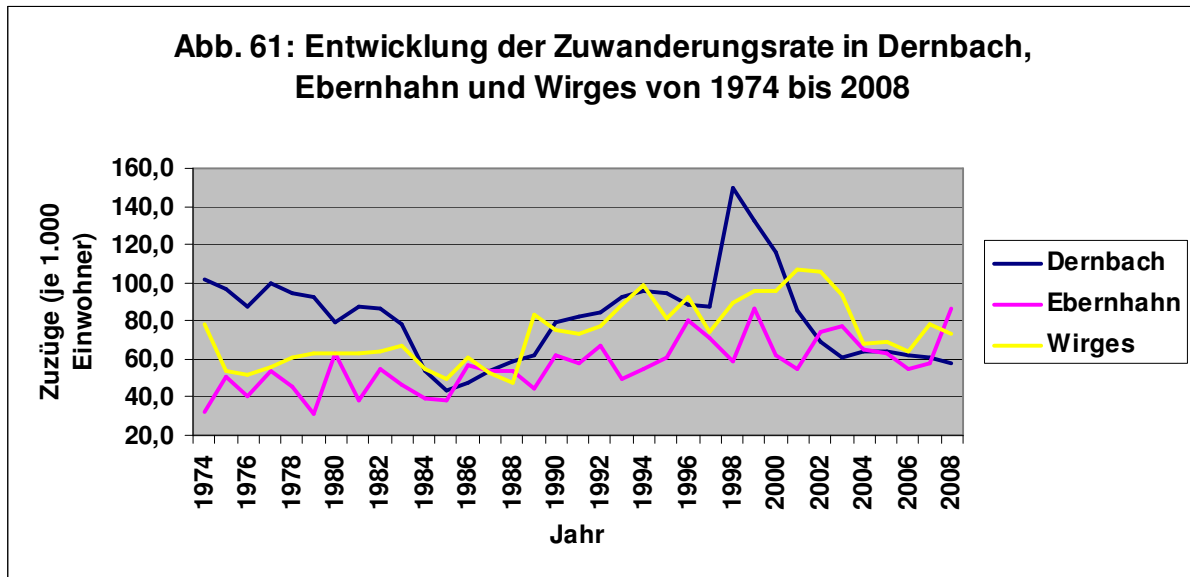
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

In Dernbach liegt von 1974 bis 2008 durchgehend ein Geburtendefizit vor, welches sich auf insgesamt 1.027 Personen beläuft. In Ebernahn und Wirges hingegen nimmt die natürliche Wachstumsrate stellenweise positive Werte an. Der Verlauf der Kurven zeigt in diesem Kontext, dass Wirges mehr Jahre mit Geburtenüberschüssen aufweist als Ebernahn. Dies führt dazu, dass das Geburtendefizit dort mit -104 Personen auch absolut betrachtet kleiner ausfällt als in Ebernahn (-126 Personen).

### 6.2.1.3 Wanderungen

Bei Betrachtung der Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung zeichnet sich bereits ab, dass auch im Hinblick auf die Wanderungen die drei Gemeinden unterschiedlich hohe Salden registrieren. Wie sich diese zusammensetzen, wird im Folgenden zunächst anhand der Zuwanderungs- und Abwanderungsraten ersichtlich; anschließend verdeutlicht der Verlauf der Nettowanderungsraten die Differenzen bezüglich der Wanderungssalden.

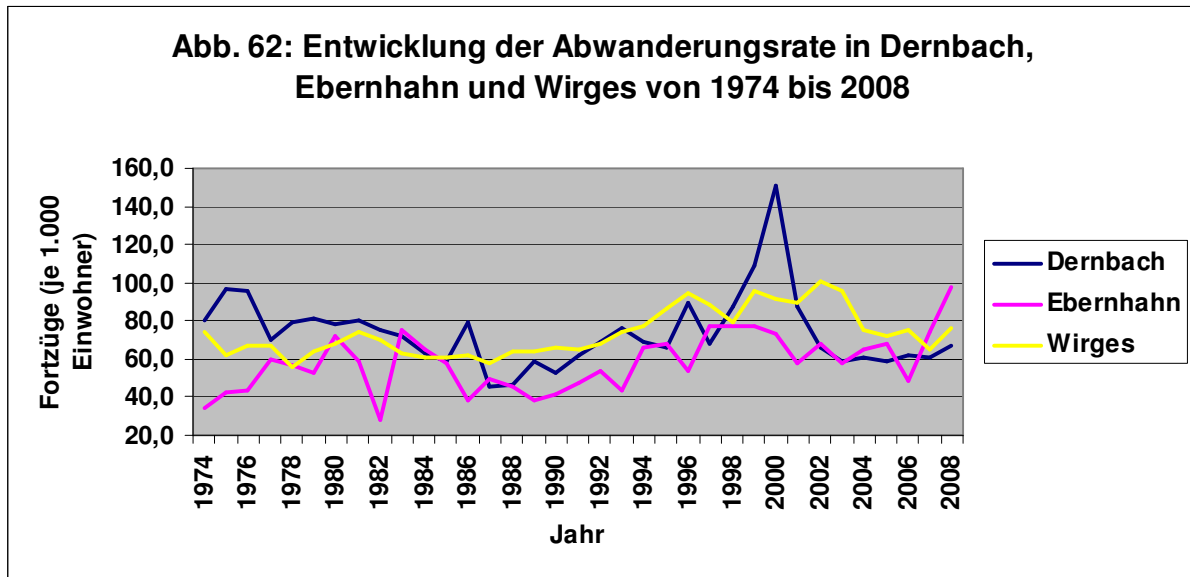
Aus Abb. 61 geht hervor, dass die Zuwanderungsrate im Cluster der VG Wirges im Vergleich zur Kreisebene (vgl. Kap. 5.2.1) in ihrem zeitlichen Verlauf einige Besonderheiten aufweist.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Zwar werden auch im Westerwaldkreis Mitte der 1980er-Jahre relativ niedrige Zuwanderungsraten registriert, der anschließende Anstieg während der Phase des stärksten Wachstums fällt jedoch in allen drei Gemeinden wesentlich geringer als auf Kreisebene aus. Auffällig ist zudem der starke Zuwachs der Zuwanderungsrate in der Ortsgemeinde Dernbach in den Jahren 1997/1998 von 87,22 auf 150,04 Zuzüge je 1.000 Einwohner. Insgesamt verbucht Dernbach die höchste Zuwanderungsrate im Schnitt (81,47). In Wirges werden im Zeitraum von 1974 bis 2008 im Durchschnitt 73,45 Zuzüge je 1.000 Einwohner verzeichnet, in Ebernahn sind es lediglich 56,74 (vgl. Karte 21, Anhang A).

Der Verlauf der Abwanderungsrate hingegen entspricht eher dem Trend auf Kreisebene. Allerdings zeigt sich in Bezug auf Dernbach erneut eine Sonderentwicklung: In den Jahren 1997/1998 – genau dem Zeitraum, in dem dort auch hohe Zuwanderungsraten zu erkennen sind – ist ein deutlicher Anstieg der Abwanderungsrate zu erkennen, die 1998 ihr Maximum mit 150,04 Fortzügen je 1.000 Einwohner erreicht (vgl. Abb. 62).

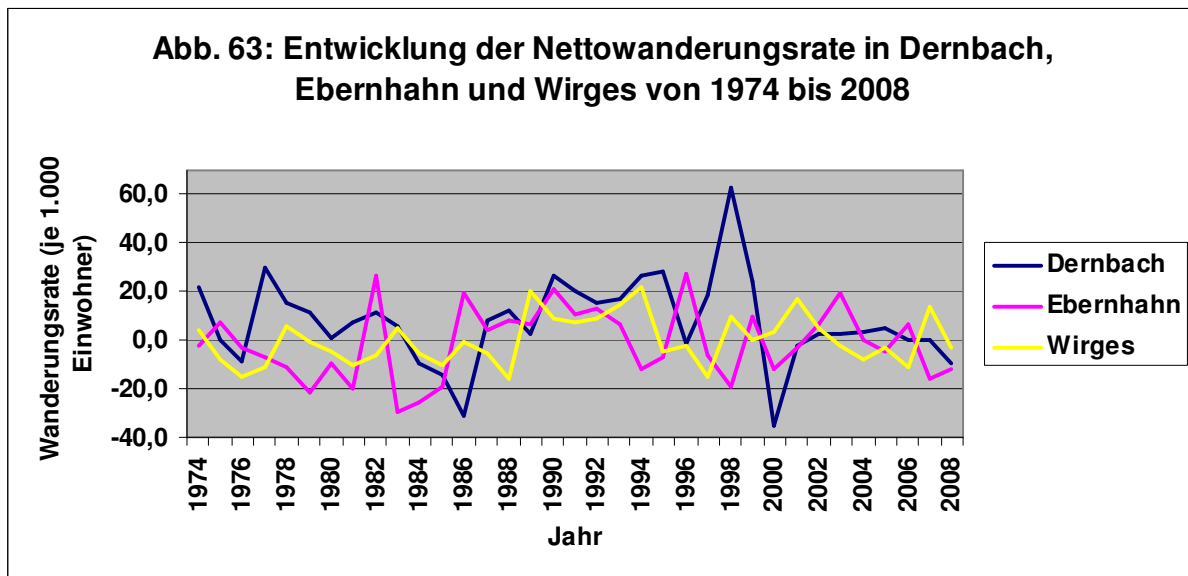


**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Dieses Maximum trägt dazu bei, dass Dernbach auch im Hinblick auf die Abwanderungsrate mit einem Schnitt von 73,82 wiederum die Spitzenposition innerhalb des Clusters einnimmt. Wirges liegt mit einem Wert von 73,43 Fortzügen je 1.000 Einwohner knapp dahinter, während in Ebernahn merklich weniger Fortzüge (58,10) registriert werden (vgl. Karte 22, Anhang A).

Die aus Zu- und Abwanderungsrate resultierende Nettowanderungsrate veranschaulicht in ihrem zeitlichen Verlauf von 1974 bis 2008 den Einfluss des starken Zuwanderungsstroms aus dem Ausland Ende der 1980er und Anfang der 1990er-Jahre in der Art und Weise, dass die Nettowanderungsrate in Dernbach, Ebernahn und Wirges in dieser Phase größtenteils positive Werte aufweist und somit ein Wanderungsgewinn in diesem Zeitraum vorliegt. Die auffälligste Sonderentwicklung offenbart sich in Dernbach durch den rapiden Anstieg der Nettowanderungsrate in den Jahren 1997/1998 und den anschließenden, noch drastischeren Rückgang auf ein absolutes Minimum von -35,16 im Jahr 2000 (vgl. Abb. 63).

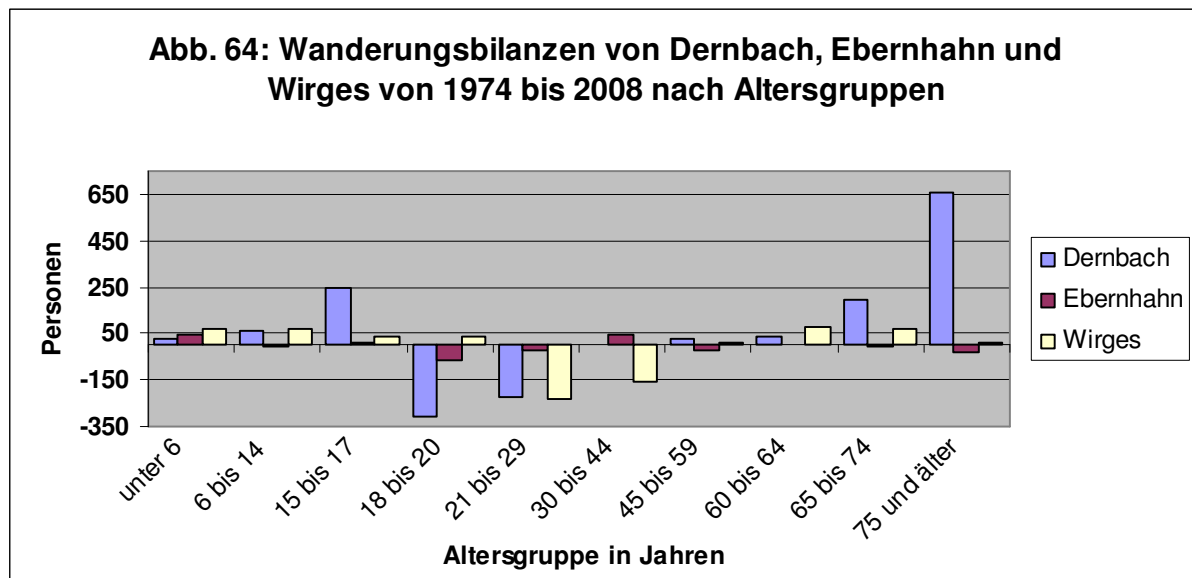


Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Bei Betrachtung der Wanderungen nach Altersgruppen und Geschlecht in Dernbach im besagten Zeitraum zeigt sich, dass vorwiegend Männer im Alter zwischen 30 und 44 Jahren durch zahlreiche Zu- und Fortzüge an dieser Entwicklung beteiligt sind; auf die Gründe wird in Kap. 6.3 noch näher einzugehen sein. Insgesamt erreicht Dernbach mit einer durchschnittlichen Nettowanderungsrate von 7,65 den größten Wanderungsüberschuss in den drei betrachteten Gemeinden, der sich absolut in einem Wanderungsgewinn von 719 Personen äußert. Die Stadt Wirges verbucht ebenfalls einen Wanderungsgewinn, der jedoch mit einer Nettowanderungsrate von 0,03 im Schnitt bzw. einem Wanderungsüberschuss von zehn Personen wesentlich geringer ausfällt. Dort sind die Schwankungen der Nettowanderungsrate im zeitlichen Verlauf nicht so stark ausgeprägt wie in Dernbach. Auffällig ist allerdings in diesem Zusammenhang der sprunghafte Anstieg der Nettowanderungsrate in den Jahren 1988/1989 von ihrem insgesamt niedrigsten Wert (-15,74) auf ihren zweithöchsten (19,93) im kompletten Untersuchungszeitraum: Während 1988 der negative Wanderungssaldo auf die Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen zurückzuführen ist, geht der Wanderungsüberschuss im Jahr 1989 in erster Linie auf die 6- bis 20-Jährigen sowie auf die Altersklasse 30 bis 44 Jahre zurück. In Ebernahn schrumpft die Bevölkerung aufgrund der Wanderungsvorgänge, da von 1974 bis 2008 61 Personen per Saldo fortziehen. Dies entspricht einer Nettowanderungsrate von -1,36; eine noch schlechtere relative Wanderungsbilanz weisen lediglich drei Gemeinden auf (vgl. Kap. 5.4.2.3). Auch in Ebernahn lässt sich ein auffälliger Sprung der Nettowanderungsrate identifizieren: 1982 erreicht sie insgesamt ihren zweithöchsten Wert (26,53) und nur ein Jahr später ihren absoluten Tiefpunkt (-29,24). In beiden Jahren sind die 21- bis 29-Jährigen überdurchschnittlich stark an den Wanderungen beteiligt.

Abschließend wird noch aufgezeigt, wie sich die unterschiedlichen Wanderungssalden der drei Gemeinden auf die einzelnen Altersklassen verteilen. In diesem Zusammenhang offenbart sich, dass im gesamten Cluster die Wanderungsbilanz bei den 21- bis 29-Jährigen negativ ist (vgl. Abb. 64).



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

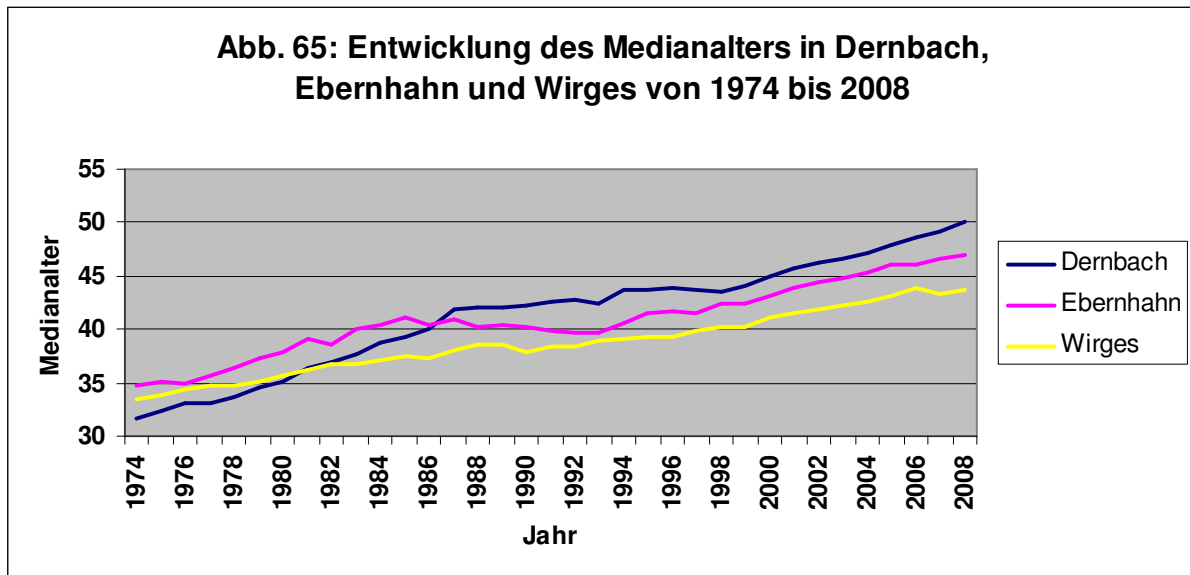
Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Mit Ausnahme von Wirges ist auch bei den 18- bis 20-Jährigen ein Wanderungsverlust festzustellen. In den übrigen jüngeren Altersklassen hingegen liegt – abgesehen von den 6- bis 14-Jährigen in Ebernahn – durchweg eine positive Wanderungsbilanz vor. Hervorzuheben ist des Weiteren der hohe Wanderungsgewinn von insgesamt 657 Personen in Dernbach bei den über 74-Jährigen.

### 6.2.1.4 Altersstruktur

In diesem Abschnitt steht der demographische Alterungsprozess in dem Cluster der VG Wirges im Mittelpunkt. Zunächst wird anhand der Entwicklung des Medianalters deutlich, inwiefern zu Beginn des Analysezeitraums unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen zwischen den drei Gemeinden bestehen und ob sich der Alterungsprozess mit ungleichen Geschwindigkeiten vollzieht. Anschließend vermittelt die Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen nicht nur ein sehr detailliertes Bild von dem Wandel der Altersstruktur, sondern gibt auch Aufschluss darüber, welche infrastrukturellen Konsequenzen in Zukunft damit in den einzelnen Gemeinden verbunden sein könnten.

Aus Abb. 65 geht hervor, dass sich der stärkste Anstieg des Medianalters in der Ortsge-  
meinde Dernbach vollzogen hat: 1974 war Dernbach noch die jüngste Gemeinde des  
Clusters, 2008 stellt sie jedoch mit 49,99 Jahren die älteste dar.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

In Ebernahn verläuft die Zunahme des Medianalters zwar mit einer geringeren Intensität als in Dernbach; trotzdem ist die Bevölkerung Ebernahns im Jahr 2008 – gemessen am kreis-  
weiten Durchschnitt von 43,18 Jahren – mit 46,92 Jahren überdurchschnittlich alt. Die Ent-  
wicklung in Wirges hingegen ähnelt stark derjenigen auf Kreisebene. Das Medianalter liegt  
dort im letzten Jahr der Betrachtung bei 43,64 Jahren.

Die Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen offen-  
bart den demographischen Alterungsprozess in den drei Gemeinden, da die jüngeren Alters-  
klassen (bis einschließlich der 25- bis 39-Jährigen) sowohl bei absoluter als auch bei relati-  
ver Betrachtung im Jahr 2008 schwächer besetzt sind als noch 1974. Im Gegensatz dazu  
steigt der Besatz der älteren Klassen, insbesondere der über 84-Jährigen (vgl. Tab. 69, 70  
und 71). Außerordentlich stark vollzieht sich dieses Wachstum in Dernbach: Die Anzahl der  
Personen, die 85 Jahre und älter sind, nimmt um rund das Siebenfache zu (vgl. Tab. 69).

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

**Tab. 69: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Dernbach von 1974 bis 2008**

Alter in Jahren	1974	2008	1974		2008	
	Anzahl		Anteil in %		Messzahl 1974 = 100	
unter 3	60	32	2,05	1,35	53,3	
3-5	113	42	3,86	1,77	37,2	
6-9	163	72	5,57	3,03	44,2	
10-15	392	128	13,40	5,39	32,7	
16-18	203	71	6,94	2,99	35,0	
19-24	331	161	11,31	6,78	48,6	
25-39	507	308	17,33	12,98	60,7	
40-59	593	670	20,27	28,23	113,0	
60-74	406	477	13,88	20,10	117,5	
75-84	137	267	4,68	11,25	194,9	
85 und älter	21	145	0,72	6,11	690,5	
Insgesamt	2.926	2.373	100	100	81,1	

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Im Kontrast dazu sinkt vor allem der Anteil der für die Sekundarstufe I und II relevanten Altersgruppen (zehn bis 15 sowie 16 bis 18 Jahre). Am stärksten ist sowohl 1974 als auch 2008 die Klasse der 40- bis 59-Jährigen repräsentiert, deren Anteil von 20,27% auf 28,23% steigt.

In Ebernahn ergibt sich ein ähnliches Bild mit lediglich geringfügigen Unterschieden (vgl. Tab. 70). Der Rückgang in den beiden jüngsten Altersgruppen fällt etwas geringer aus als in Dernbach und die Anzahl der Hochbetagten nimmt etwa um das Fünffache und somit nicht ganz so stark zu.



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

**Tab. 70: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Ebernahn von 1974 bis 2008**

Alter in Jahren	1974	2008	1974	2008	
	Anzahl		Anteil in %		Messzahl 1974 = 100
unter 3	35	28	2,58	2,35	80,0
3-5	59	30	4,35	2,52	50,8
6-9	86	35	6,34	2,94	40,7
10-15	160	61	11,79	5,12	38,1
16-18	63	40	4,64	3,36	63,5
19-24	105	73	7,74	6,13	69,5
25-39	278	188	20,49	15,79	67,6
40-59	318	391	23,43	32,83	123,0
60-74	208	223	15,33	18,72	107,2
75-84	40	98	2,95	8,23	245,0
85 und älter	5	24	0,37	2,02	480,0
Insgesamt	1.357	1.191	100	100	87,8

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Der auffälligste Rückgang vollzieht sich in Ebernahn in der Altersklasse der 10- bis 15-Jährigen, deren Anteil von 11,79% auf 5,12% zurückgeht. Den größten Anteil mit 32,83% an der Gesamtbevölkerung nehmen im Jahr 2008 – wie auch in Dernbach – die 40 bis 59 Jahre alten Personen ein.

Dass sich der demographische Alterungsprozess in Wirges mit einer vergleichsweise geringen Intensität vollzieht, wird nochmals an der Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen deutlich. Denn der Rückgang in den jüngeren Altersklassen verläuft weniger stark ausgeprägt als in Dernbach und Ebernahn (vgl. Tab. 71).

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

**Tab. 71: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Wirges von 1974 bis 2008**

Alter in Jahren	1974	2008	1974	2008	
	Anzahl		Anteil in %		Messzahl 1974 = 100
unter 3	179	153	3,50	2,99	85,5
3-5	237	176	4,63	3,44	74,3
6-9	378	220	7,38	4,30	58,2
10-15	541	351	10,56	6,86	64,9
16-18	223	168	4,35	3,28	75,3
19-24	411	343	8,03	6,70	83,5
25-39	1.096	884	21,40	17,27	80,7
40-59	1.080	1.405	21,09	27,45	130,1
60-74	753	880	14,70	17,19	116,9
75-84	193	402	3,77	7,85	208,3
85 und älter	30	137	0,59	2,68	456,7
Insgesamt	5.121	5.119	100	100	100,0

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

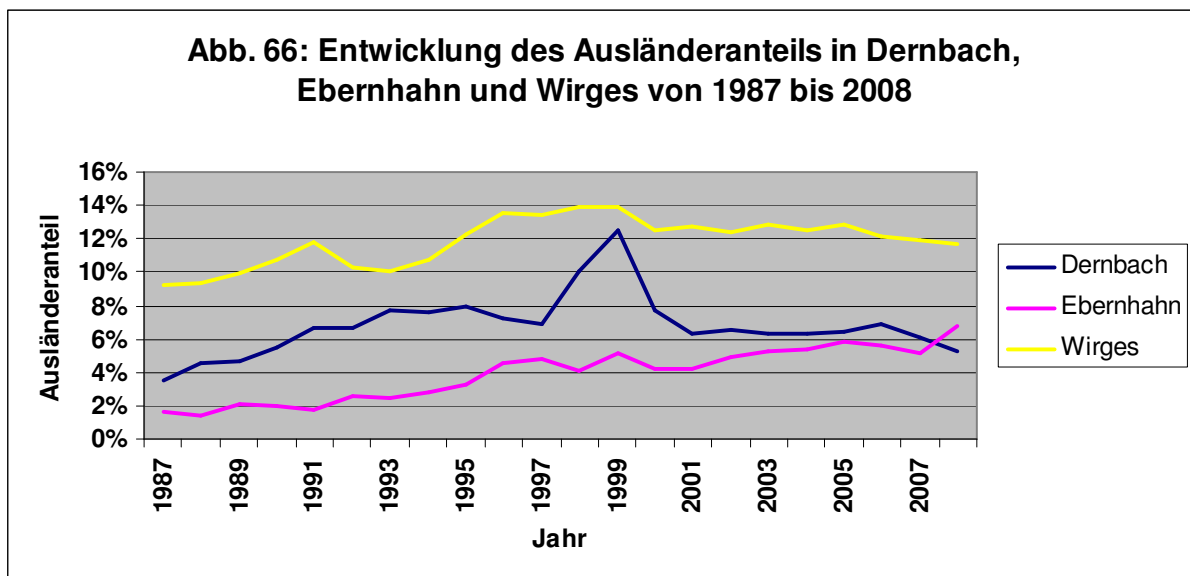
In diesem Zusammenhang registriert die für die Anzahl der Grundschüler relevante Altersklasse der 6- bis 9-Jährigen mit einem Minus von 41,80% die größte Abnahme. Die Zuwachsraten der vier ältesten Klassen ähneln denjenigen in Ebernahn (vgl. Tab. 70): Beispielsweise steigt auch in Wirges die Anzahl der Hochbetagten in etwa um den gleichen Faktor. Darüber hinaus ist die Klasse der 40- bis 59-Jährigen im Jahr 2008 durch einen Zuwachs ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung auf 27,45% ebenfalls am stärksten vertreten.

### 6.2.1.5 Ausländeranteil

Im Folgenden wird auf die Entwicklung des Ausländeranteils in Dernbach, Ebernahn und Wirges eingegangen. Dies ist aufgrund der Datenlage erst ab dem Jahr 1987 möglich, jedoch erlaubt die Darstellung ab diesem Zeitraum mögliche Zusammenhänge zur Entwicklung der Wanderungen (vgl. Kap. 6.2.1.3) aufzudecken.

Zunächst veranschaulicht Abb. 66, dass die Stadt Wirges während des gesamten Untersuchungszeitraums den höchsten Ausländeranteil unter den drei Gemeinden aufweist. Dies

entspricht dem allgemeinen Trend im Westerwaldkreis, dass die Städte einen höheren Anteil ausländischer Mitbürger registrieren als die Ortsgemeinden.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

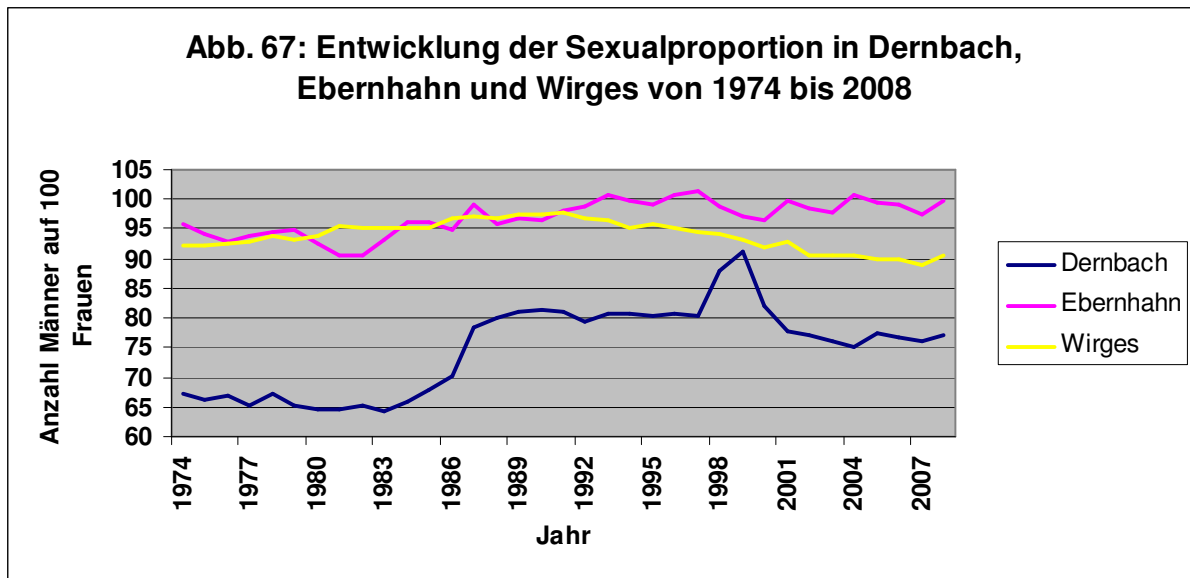
Er erreicht in Wirges im Jahr 1998 mit 13,93% sein Maximum und geht anschließend bis 2008 auf 11,66% zurück. In Dernbach liegt der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung insgesamt niedriger. Besonders auffällig ist dort im Hinblick auf seinen zeitlichen Verlauf der rapide Anstieg in den Jahren 1997 bis 1999 mit einem Spitzenwert von 12,45% im Jahr 1999. Dies korreliert mit einem hohen Wanderungsvolumen (vgl. Kap. 6.2.1.3) im selben Zeitraum und bedarf einer eingehenden Ursachenforschung, die in Kap. 6.3 vorgenommen wird. Nach der Jahrtausendwende nimmt der Ausländeranteil in Dernbach wieder merklich ab auf 5,27% im Jahr 2008. In Ebernahn, das 1987 mit 1,61% noch den niedrigsten Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung verzeichnet, verläuft die Entwicklung insofern gegen den Trend auf Kreisebene, als der Anstieg des Ausländeranteils während des Zuwanderungsstroms Ende der 1980er und Anfang der 1990er-Jahre nur vergleichsweise gering ausfällt und in der Zeit ab 2000 – im Gegensatz zu Dernbach und Wirges – eine erneute Zunahme registriert wird.

### 6.2.1.6 Sexualproportion

Abschließend wird im Kontext der Analyse der Bevölkerungsentwicklung im Cluster der VG Wirges noch auf die Sexualproportion eingegangen, da sich somit weitere Hinweise auf die (möglichen) Ursachen der bereits dargestellten Sonderentwicklungen ergeben können.

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

Besonders deutlich wird dies am Beispiel Dernbach: Der schnelle Anstieg der Sexualproportion in den Jahren 1997 bis 1999 (vgl. Abb. 67) korreliert sowohl mit einem hohen Wandervolumen als auch mit einem Zuwachs des Ausländeranteils. Daraus wird vorab die Hypothese abgeleitet, dass es in diesem Zeitraum einen Zustrom ausländischer Männer nach Dernbach gegeben hat, diese jedoch nach kurzer Zeit die Ortsgemeinde wieder verlassen haben, was sich auch an dem Absinken der Sexualproportion ablesen lässt.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

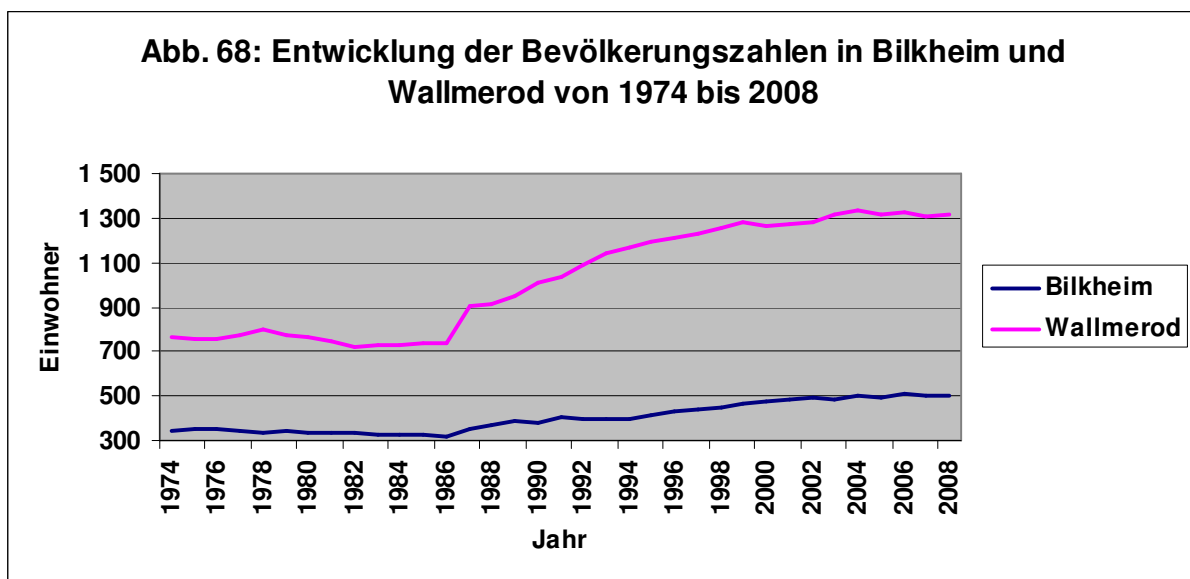
Des Weiteren liefert die durchgehend relativ niedrige Anzahl an Männern auf 100 Frauen in Dernbach (74,84 im Schnitt der Jahre 1974 bis 2008) in Verbindung mit dem starken Besatz der höheren Altersklassen und dem positiven Wanderungssaldo bei den über 74-Jährigen einen deutlichen Hinweis auf den großen Einfluss des Altenheims und des Klosters auf die Zusammensetzung der Dernbacher Bevölkerung. Weitaus unauffälliger verläuft die Entwicklung der Sexualproportion in Ebernahn. Dort ist – wie auch auf Kreisebene – ein allgemeiner Anstieg von 95,82 auf 99,83 Männer auf 100 Frauen festzustellen. Eine Ausnahme stellt Wirges dar, da dort sogar ein Rückgang der Sexualproportion von 92,30 auf 90,65 stattfindet. Für diese Entwicklung kommen zwei Faktoren in Betracht: Zum einen wurde anhand der Analyse der Wanderungen deutlich, dass Wirges in der Phase des stärksten Wachstums nur unterdurchschnittliche Wanderungsgewinne verzeichnete; an den Wanderungen sind vorwiegend Männer beteiligt. Zum anderen wurde 1999 ein Seniorenheim in Wirges errichtet, deren Bewohner hauptsächlich Frauen sind. Auf diese Faktoren wird in Kap. 6.3 noch ausführlicher eingegangen.

### 6.2.2 Bilkheim und Wallmerod

Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung des Clusters in der VG Wallmerod erfolgt nach dem gleichen Muster wie bezüglich des Clusters der VG Wirges, damit eine Vergleichbarkeit gewährleistet ist.

#### 6.2.2.1 Entwicklung der Bevölkerungszahlen

In den beiden ausgewählten Gemeinden der VG Wallmerod steigt die Gesamteinwohnerzahl von 1.116 im Jahr 1974 um 62,36% auf 1.812 im Jahr 2008. Sowohl bei absoluter als auch bei relativer Betrachtung hat die Ortsgemeinde Wallmerod den größten Anteil an diesem Wachstum, denn dort nimmt die Einwohnerzahl um 546 Personen bzw. 71,09% zu (vgl. Abb. 68). Dies ist die höchste Zunahme unter allen Gemeinden des Westerwaldkreises, die im Jahr 2008 mindestens 1.000 Einwohner zählen.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

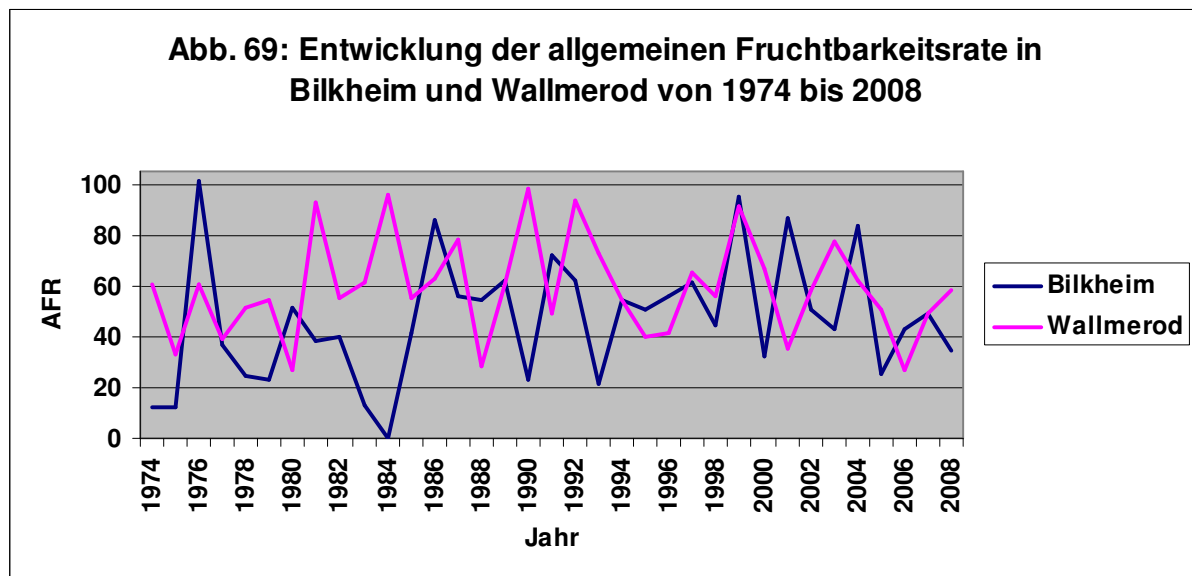
Abbildung 68 verdeutlicht zudem, dass – wie auch im Cluster der VG Wirges – in den ersten beiden Phasen der Bevölkerungsentwicklung eine Abnahme der Einwohnerzahlen in Bilkheim und Wallmerod zu verzeichnen ist. Erst ab der Phase des stärksten Wachstums steigen die Bevölkerungszahlen in beiden Gemeinden kräftig an. Dies äußert sich in prozentualen Zunahmen im Zeitraum von 1987 bis 1997 um 25,42% (Bilkheim) bzw. 35,95% (Wallmerod), die somit weit über dem Kreisdurchschnitt während der Phase des stärksten Wachstums liegen. Des Weiteren fallen die Bevölkerungsverluste zur Zeit der Phase des kontinuier-

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

lichen Rückgangs sowohl in Bilkheim (-2 Personen) als auch in Wallmerod (-23 Personen) derart gering aus, dass der Begriff der Stagnation die Entwicklung von 2004 bis 2008 zutreffender charakterisiert.

### 6.2.2.2 Natürliche Bevölkerungsbewegung

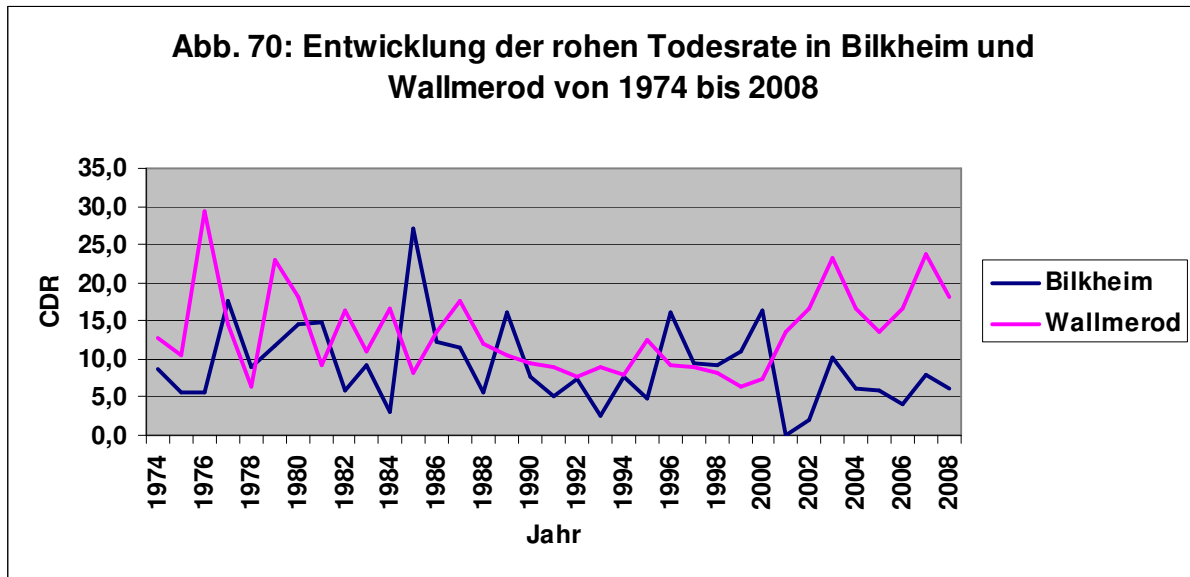
Aus Abb. 69 geht einerseits hervor, dass der zeitliche Verlauf der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate in Bilkheim und Wallmerod bedingt durch die teilweise recht hohen interannuellen Schwankungen keinen klaren Trend zum allgemeinen Geburtenrückgang erkennen lässt.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Andererseits zeigt der Verlauf bei einem Vergleich mit der Kreisebene (vgl. Kap. 4.3.2.1), dass die Werte beider Ortsgemeinden größtenteils höher ausfallen. Dies schlägt sich auf das Ausmaß der durchschnittlichen AFR von 1974 bis 2008 nieder: Sowohl in Bilkheim (46,82) als auch in Wallmerod (58,87) liegt die allgemeine Fruchtbarkeitsrate im Schnitt höher (vgl. Karte 16, Anhang A). Wallmerod stellt damit die Gemeinde mit der höchsten AFR im gesamten Westerwaldkreis dar (vgl. Kap. 4.3.2.3).

In Bezug auf die Mortalität sind in den zwei Gemeinden der VG Wallmerod unterschiedliche Entwicklungen zu identifizieren: Während sich in Bilkheim, in erster Linie bedingt durch die Abnahme der rohen Todesrate ab der Jahrtausendwende, der Trend zum allgemeinen Rückgang der CDR auf Kreisebene (vgl. Kap. 4.4.1.1) nachweisen lässt, pendelt sich die rohe Todesrate in Wallmerod ab 1999 auf einem relativ hohen Niveau ein (vgl. Abb. 70).

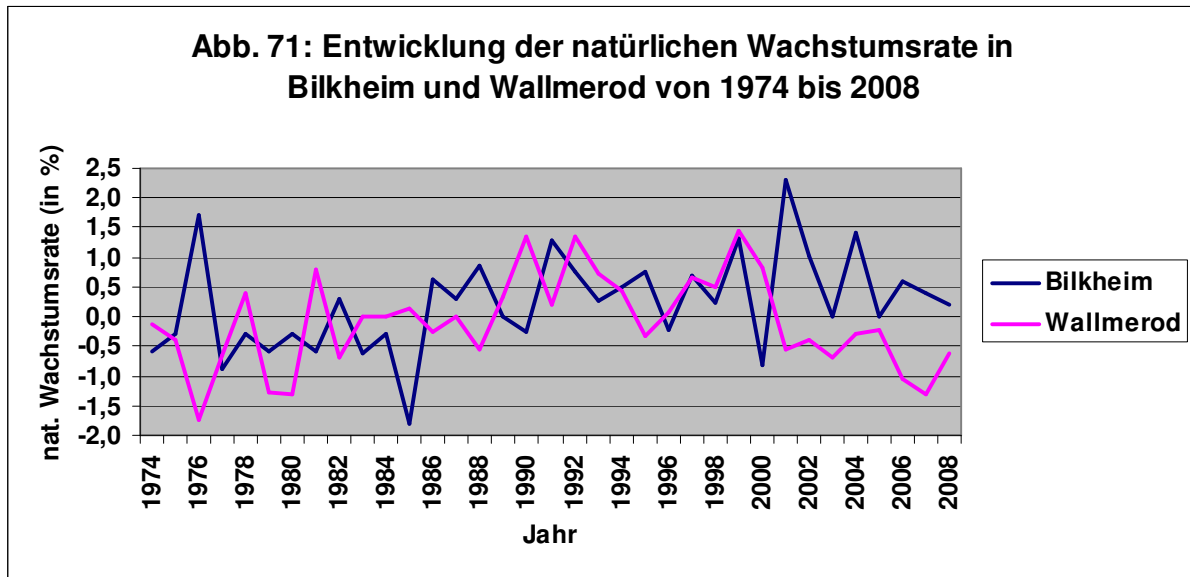


**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass die CDR im Schnitt der Jahre 1974 bis 2008 in Bilkheim wesentlich niedriger ausfällt (9,09) als in Wallmerod (13,36), die im Übrigen über dem kreisweiten Schnitt liegt (vgl. Karte 17, Anhang A).

Die aus Geburten und Sterbefällen resultierende natürliche Wachstumsrate zeigt in ihrem Verlauf, dass sich vor allem die Unterschiede in der Mortalität ab der Jahrtausendwende in der Art und Weise bemerkbar machen, dass Bilkheim in diesem Zeitraum durchweg positive, Wallmerod hingegen negative Werte aufweist (vgl. Abb. 71). Zudem ist – trotz einiger Jahre mit negativen natürlichen Wachstumsraten – insgesamt ein Geburtenüberschuss in der Phase des stärksten Wachstums erkennbar. Für den kompletten Untersuchungszeitraum von 1974 bis 2008 ergibt sich in Bilkheim ein Geburtenüberschuss von 39 Personen, in Wallmerod ein Geburtendefizit von 27 Personen, sodass abschließend festgehalten werden kann, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung nur einen geringen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung des Clusters der VG Wallmerod besitzt.



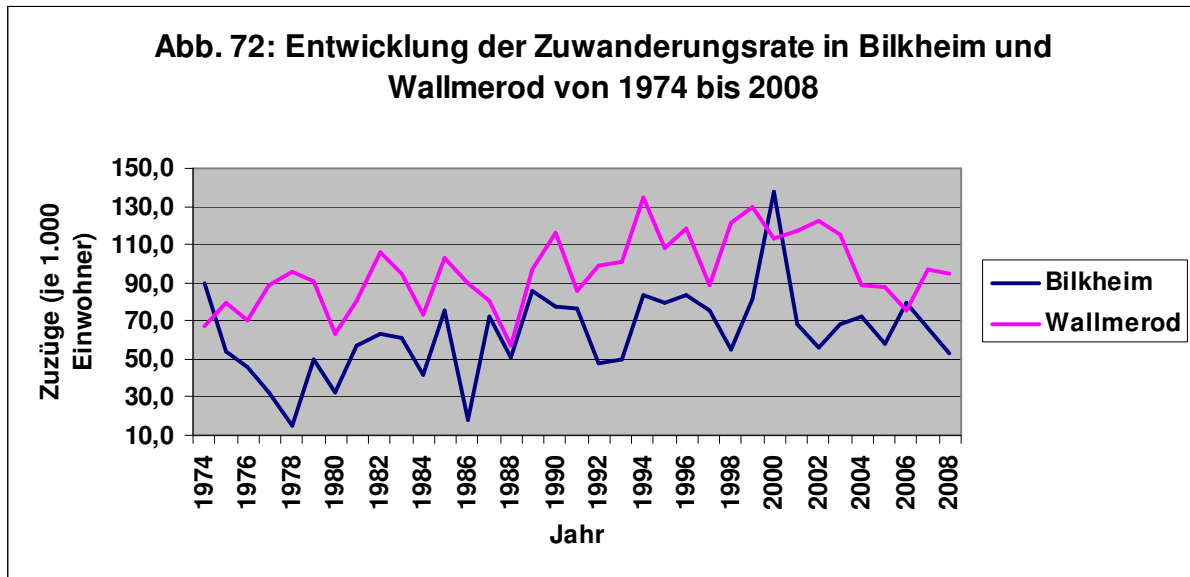
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 6.2.2.3 Wanderungen

Aus dem hohen relativen Zuwachs der Bevölkerungszahlen und dem niedrigen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung folgt, dass in Bilkheim und Wallmerod ein ausgeprägter Wanderungsgewinn vorliegt. Der zeitliche Verlauf der Zuwanderungsraten zeigt, dass im Cluster der VG Wallmerod zur Zeit des großen Zuwandererstroms, insbesondere ab 1989, zwar relativ hohe Werte vorliegen, diese jedoch sowohl in Bilkheim (1992/1993) als auch in Wallmerod (1991/1992) kurzfristig unterbrochen werden (vgl. Abb. 72). Des Weiteren ist bemerkenswert, dass – wie auch im Cluster der VG Wirges – die Zuwanderungsraten bis über die Jahrtausendwende hinaus auf hohem Niveau verharren und Bilkheim in diesem Zusammenhang einen sprunghaften Anstieg in den Jahren 1999/2000 auf ein absolutes Maximum von 137,38 Zuzüge je 1.000 Einwohner registriert.

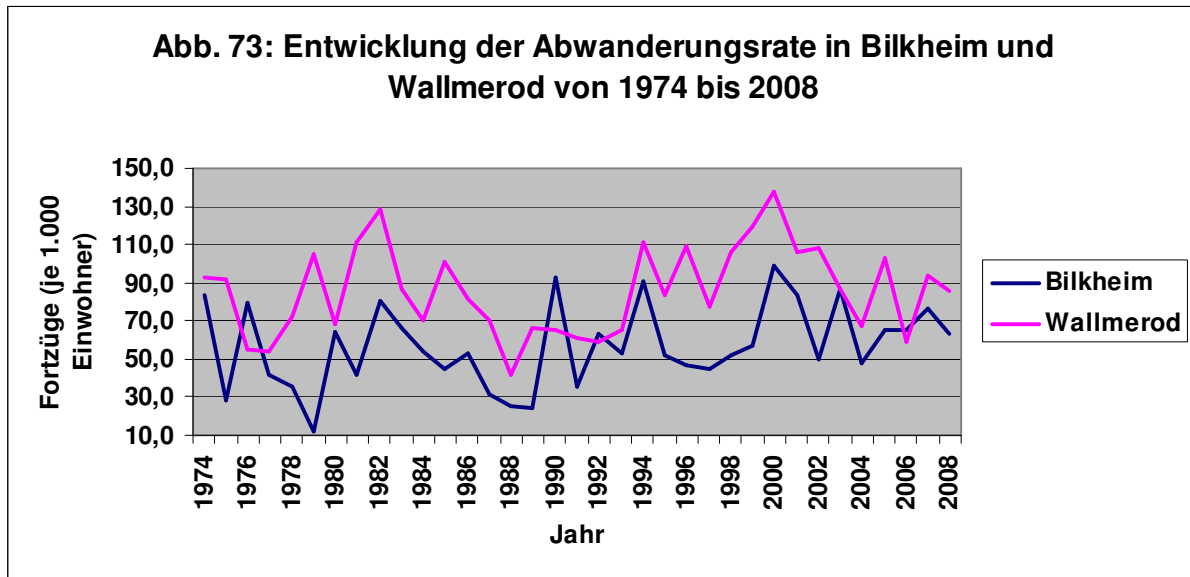




**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**  
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

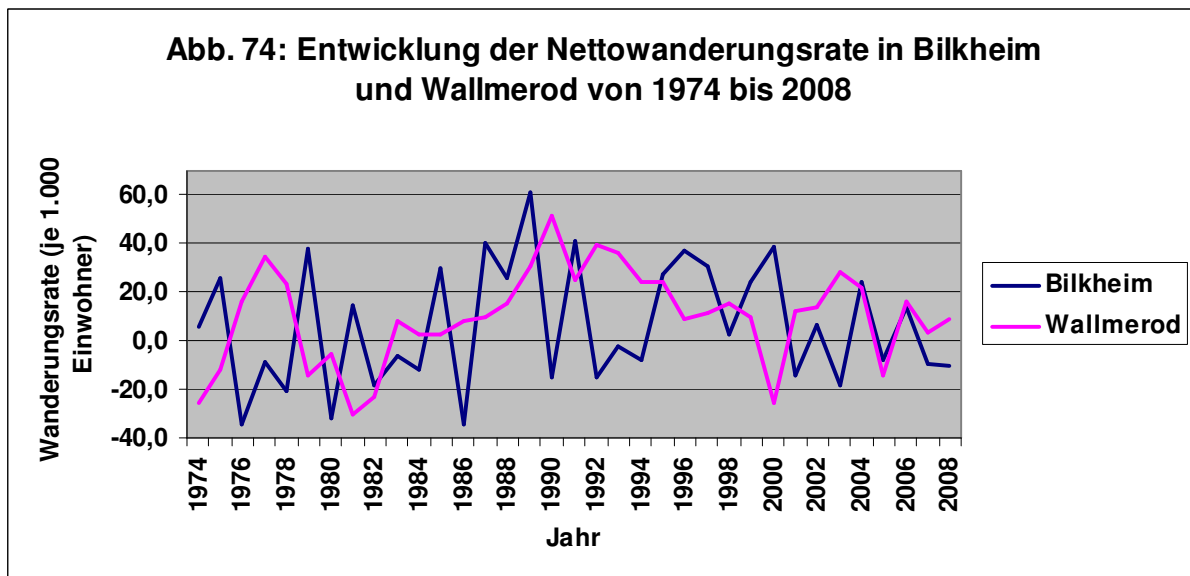
Erst ab 2001 (Bilkheim) bzw. 2003 (Wallmerod) sinkt die Zuwanderungsrate merklich ab. Im Schnitt der Jahre 1974 bis 2008 weist Wallmerod mit 95,83 Zuzügen je 1.000 Einwohner eine deutlich höhere Zuwanderungsrate auf als Bilkheim, die mit 63,21 sogar unter dem Wert auf Kreisebene liegt (vgl. Karte 21, Anhang A).

Die Entwicklung der Abwanderungsraten im Cluster der VG Wallmerod verläuft ähnlich derer auf Kreisebene (vgl. Kap. 5.2.1). Deutlich wird dies am Beispiel der Ortsgemeinde Wallmerod: Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er-Jahre befindet sich die Abwanderungsrate auf einem vergleichsweise hohen Niveau und genau in diesem Zeitraum werden auch die meisten Fortzüge je 1.000 Einwohner über die Kreisgrenze verbucht (vgl. Abb. 43 und 73). Die Maxima werden in Bilkheim und Wallmerod mit Abwanderungsraten von 98,56 bzw. 138,07 im Jahr 2000 zu einer Zeit erreicht, in der die Werte auch auf Kreisebene wieder merklich ansteigen. Insgesamt verzeichnet Wallmerod sowohl bei absoluter als auch bei relativer Betrachtung mehr Fortzüge als Bilkheim. Dies manifestiert sich an der durchschnittlichen Abwanderungsrate von 85,75 in Wallmerod gegenüber 56,90 in Bilkheim.



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
 Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

Die Entwicklung der Nettowanderungsrate von 1974 bis 2008 zeigt in Bilkheim große interannuelle Schwankungen, die dazu führen, dass dort kein klarer Trend zu erkennen ist. Beispielsweise wechseln sich in der Phase des stärksten Wachstums mehrmals hohe Wanderungsüberschüsse mit hohen Wanderungsverlusten innerhalb zweier aufeinanderfolgender Jahre ab (vgl. Abb. 74).

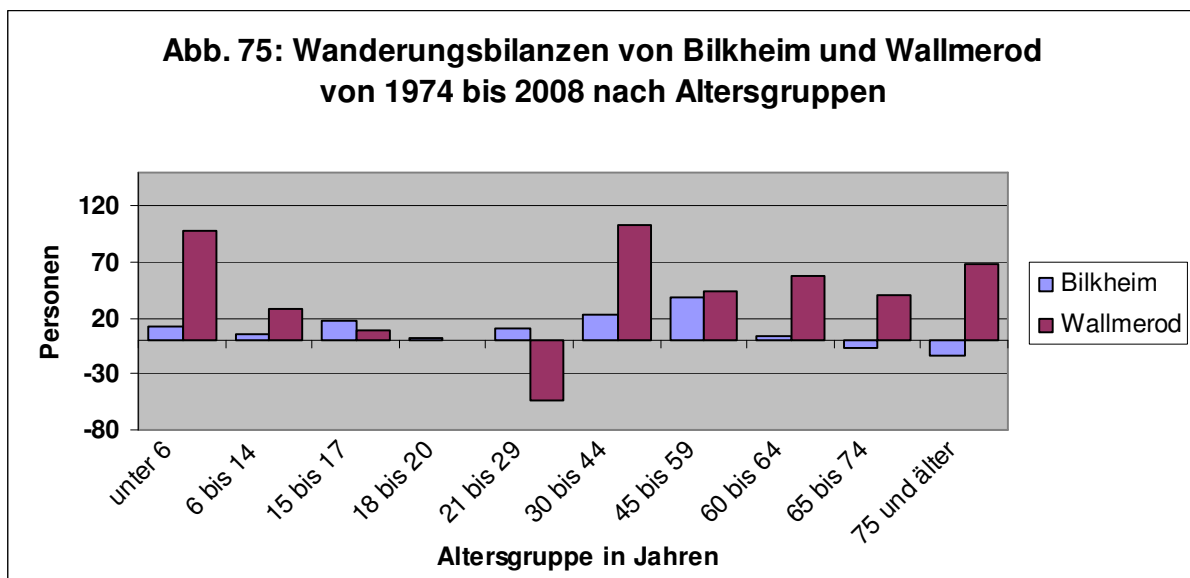


Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen  
 Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

In Wallmerod hingegen nimmt die Nettowanderungsrate von 1987 bis 1997 durchgehend hohe positive Werte an, sodass sich dort der Wanderungsüberschuss auf die Phase des stärksten Wachstums konzentriert. Auffällig ist darüber hinaus der starke Gegensatz hinsichtlich der Nettowanderungsrate im Jahr 2000: Während in Bilkheim ein Wanderungsgewinn von 39,01 Personen je 1.000 Einwohner vorliegt, registriert Wallmerod einen wanderungsbedingten Verlust von 25,33 Personen je 1.000 Einwohner. Auf diesen Umstand wird noch in Kap. 6.3 einzugehen sein. Insgesamt fällt der Wanderungsüberschuss in Wallmerod deutlich höher aus: Von 1974 bis 2008 beträgt er 394 Personen, entsprechend einer durchschnittlichen jährlichen Nettowanderungsrate von 10,08. In Bilkheim sind es lediglich 92 Personen bei einer Nettowanderungsrate von 6,31 im Schnitt (vgl. Karte 23, Anhang A).

Die abschließende Darstellung der Wanderungsbilanzen nach Altersgruppen zeigt, dass zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen Bilkheim und Wallmerod vorhanden sind (vgl. Abb. 75).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

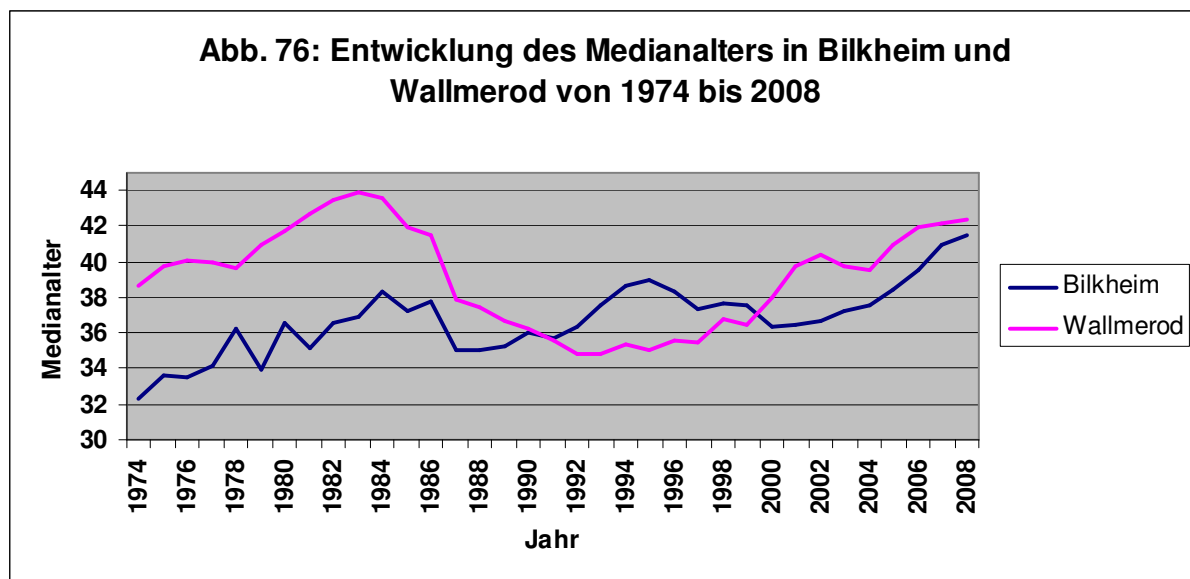
Während Bilkheim Wanderungsdefizite in den beiden Klassen der über 64-Jährigen verbucht, entfällt rund ein Viertel des gesamten Wanderungsüberschusses der Ortsgemeinde Wallmerod auf diese Altersgruppen. Zudem besteht eine auffällige Diskrepanz bei den 21 bis 29 Jahre alten Wanderern, die sich darin äußert, dass Bilkheim einen positiven Wanderungssaldo in dieser Altersklasse aufweist und Wallmerod dort einen wanderungsbedingten Verlust von 53 Personen verzeichnet. Der hohe Wanderungsgewinn bei den 30- bis 44-Jährigen in Wallmerod deutet in Verbindung mit dem ebenfalls ausgeprägten Wanderungs-

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

überschuss bei den unter 6-Jährigen darauf hin, dass vorwiegend viele junge Familien zugezogen sind. Dies wird in Kap. 6.3 noch zu klären sein.

### 6.2.2.4 Altersstruktur

Die Entwicklung des Medianalters von 1974 bis 2008 zeigt für die Ortsgemeinde Wallmerod einen untypischen Verlauf. Zum einen wird das höchste Medianalter bereits 1983 mit 43,92 Jahren erreicht (vgl. Abb. 76).



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Zum anderen findet insbesondere zu Beginn der Phase des stärksten Wachstums ein auffälliger Rückgang des Medianalters statt, der zu einer Verjüngung der Bevölkerung führt und bis zu den Jahren 1992/1993 andauert, in denen das Medianalter 34,80 Jahre beträgt. In dieser Zeit ist die Bevölkerung Wallmerods sogar jünger als diejenige Bilkheims, obwohl Wallmerod 1974 noch ein deutlich höheres Medianalter (38,62 Jahre) aufweist. Ab der Jahrtausendwende setzt sich dann der demographische Alterungsprozess wieder mit stärkerer Intensität durch. Letzteres gilt auch für Bilkheim. Allerdings ist dort die Abnahme des Medianalters Ende der 1980er-Jahre wesentlich schwächer ausgeprägt und während der Phase des stärksten Wachstums altert die Bevölkerung Bilkheims sogar auf ein Medianalter von 39,02 im Jahr 1995. Danach kommt es zwischenzeitlich nochmals bis 1997 zu einer leichten Verjüngung. Diese unterschiedlichen Entwicklungen führen dazu, dass im letzten Jahr der Betrachtung die Diskrepanz zwischen Bilkheim und Wallmerod im Hinblick auf das Medianal-

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

ter im Vergleich zu 1974 deutlich abgenommen hat: Bilkheim weist ein Medianalter von 41,46 und Wallmerod von 42,36 Jahren auf.

Bei der Darstellung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen werden diese zwischenzeitlichen Sonderentwicklungen nicht offensichtlich. Entscheidend ist jedoch, dass deutliche Unterschiede zum Cluster der VG Wirges bestehen: Zum Beispiel wachsen in Bilkheim und Wallmerod sowohl die Anzahl als auch der Anteil der Kindergartenkinder (Altersgruppe der 3- bis 5-Jährigen) an der Gesamtbevölkerung an, während sie in den drei Gemeinden der VG Wirges zum Teil drastisch zurückgehen, vor allem in Dernbach (vgl. Tab. 70 und 72). Darüber hinaus verdreifacht sich in Bilkheim die Anzahl der unter 3-Jährigen nahezu (vgl. Tab. 72).

**Tab. 72: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Bilkheim von 1974 bis 2008**

Alter in Jahren	1974	2008	1974	2008	
	Anzahl		Anteil in %		Messzahl 1974 = 100
unter 3	5	14	1,44	2,81	280,0
3-5	11	18	3,16	3,61	163,6
6-9	41	29	11,78	5,82	70,7
10-15	54	38	15,52	7,63	70,4
16-18	23	23	6,61	4,62	100,0
19-24	23	34	6,61	6,83	147,8
25-39	43	80	12,36	16,06	186,0
40-59	88	167	25,29	33,53	189,8
60-74	39	73	11,21	14,66	187,2
75-84	16	21	4,60	4,22	131,3
85 und älter	5	1	1,44	0,20	20,0
Insgesamt	348	498	100	100	143,1

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Entgegen dem Trend auf Kreisebene verläuft auch die Entwicklung der höheren Altersklassen in Bilkheim. Die 60- bis 74-Jährigen verzeichnen zwar einen überdurchschnittlichen Zuwachs, doch in den beiden höchsten Altersklassen sind rückläufige Anteile an der Gesamtbevölkerung zu verbuchen. Dabei geht bei den Hochbetagten sogar deren absolute Anzahl

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

auf nur noch eine Person im Jahr 2008 zurück. In Wallmerod ist hingegen der Anteil der 60- bis 74-Jährigen rückläufig, während die beiden höchsten Altersklassen, insbesondere die über 84-Jährigen, große Zuwachsraten aufweisen (vgl. Tab. 73). Die Anzahl der Hochbetagten nimmt um mehr als das Siebenfache zu. Dies stellt die höchste Steigerung aller fünf betrachteten Gemeinden dar. Eine weitere Besonderheit ist in Wallmerod die Entwicklung der für die Sekundarstufe II relevanten Altersgruppe (16 bis 18 Jahre), deren Anzahl und Anteil an der Gesamtbevölkerung wächst. Gemeinsam ist allen Gemeinden in den beiden Clustern der Anstieg der 40- bis 59-Jährigen, die jeweils den größten Anteil an der Gesamtbevölkerung einnehmen. Im Falle von Wallmerod beträgt er im Jahr 2008 28,77%.

**Tab. 73: Entwicklung der für die verschiedenen Fachplanungen relevanten Altersgruppen in Wallmerod von 1974 bis 2008**

Alter in Jahren	1974	2008	1974	2008	
	Anzahl		Anteil in %		Messzahl 1974 = 100
unter 3	28	45	3,65	3,42	160,7
3-5	34	62	4,43	4,72	182,4
6-9	54	67	7,03	5,10	124,1
10-15	86	106	11,20	8,07	123,3
16-18	28	66	3,65	5,02	235,7
19-24	47	86	6,12	6,54	183,0
25-39	119	174	15,50	13,24	146,2
40-59	181	378	23,57	28,77	208,8
60-74	141	188	18,36	14,31	133,3
75-84	44	98	5,73	7,46	222,7
85 und älter	6	44	0,78	3,35	733,3
Insgesamt	768	1.314	100	100	171,1

**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

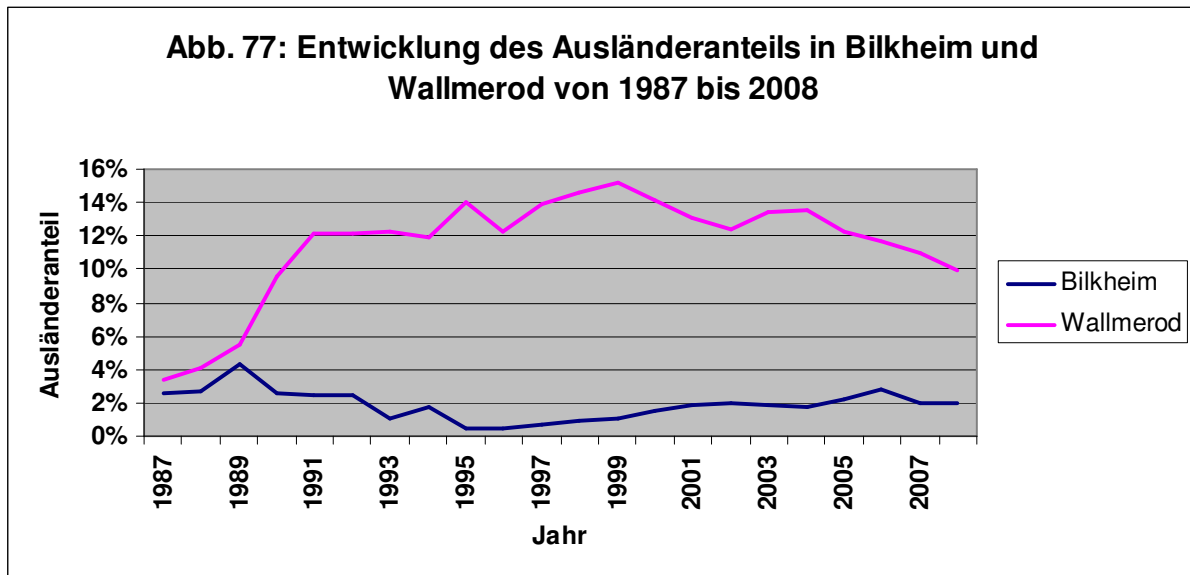
**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

### 6.2.2.5 Ausländeranteil

Hinsichtlich der Entwicklung des Anteils ausländischer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung ergeben sich aus Abb. 77 deutlich sichtbare Unterschiede zwischen Bilkheim und Wallmerod. In der Phase des stärksten Wachstums steigt der Ausländeranteil in Wallmerod deutlich von 3,43% auf 13,91% an, in Bilkheim dagegen nimmt der ohnehin relativ geringe Anteil von

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

2,54% im Jahr 1987 auf 0,68% im Jahr 1997 ab. Anschließend verläuft die Entwicklung umgekehrt: Während in Wallmerod – nachdem 1999 das Maximum von 15,19% erreicht wird – der Anteil rückläufig ist und bis 2008 auf 9,97% zurückgeht, ist in Bilkheim eine Zunahme auf 2,01% im letzten Jahr der Betrachtung festzustellen.

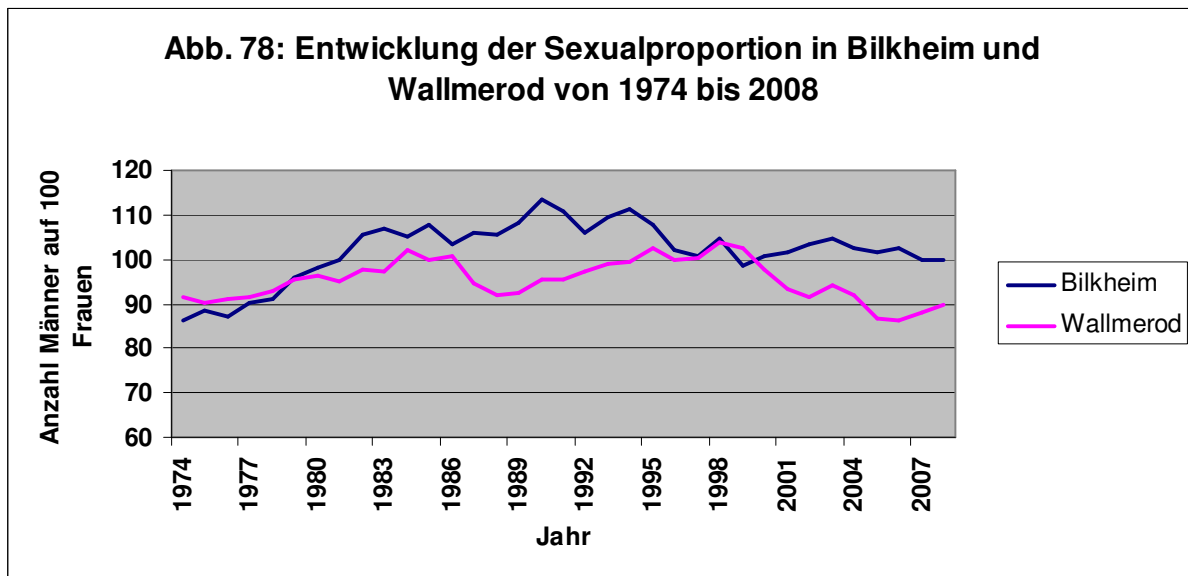


Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen

Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010

### 6.2.2.6 Sexualproportion

Abbildung 78 zeigt, dass im Hinblick auf den zeitlichen Verlauf der Sexualproportion in den ersten beiden Phasen der Bevölkerungsentwicklung bis 1986 der erkennbare Anstieg der Anzahl der Männer auf 100 Frauen in Bilkheim und Wallmerod noch nahezu parallel erfolgt.



**Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen**

**Datenbasis: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010**

Erst ab der Phase des stärksten Wachstums gehen die Entwicklungstendenzen auseinander, da zunächst die Sexualproportion in Bilkheim höhere Werte annimmt, während Wallmerod eine Abnahme registriert. Danach nähern sich die Sexualproportionen bis zum Beginn der Phase des abflauenden Wachstums wieder an und sind im Jahre 1997 nahezu identisch mit Werten von 100,90 (Bilkheim) bzw. 100,16 (Wallmerod). In den letzten beiden Phasen stagnieren die Werte in Bilkheim im Gegensatz zu Wallmerod: Dort nimmt die Anzahl der Männer auf 100 Frauen wieder ab und im letzten Jahr der Betrachtung liegt mit einer Sexualproportion von 89,88 ein Frauenüberschuss vor.

### 6.3 Außerdemographische Einflussfaktoren auf die Bevölkerungsentwicklung in den ausgewählten Gemeinden

Um die Ursachen für die ungewöhnlichen Bevölkerungsentwicklungen in den untersuchten Gemeinden näher zu beleuchten, werden im Folgenden jeweils fünf zentrale außerdemographische Einflussfaktoren berücksichtigt, die für die Bevölkerungsentwicklung einer Kommune maßgeblich sind und sich anhand des zur Verfügung stehenden Datenmaterials sowie den eingesetzten Methoden empirischer Forschung ergründen lassen: *Angebot an Arbeitsplätzen, Nahversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Angebot an Wohnungen und Bauplätzen, soziale und kulturelle Infrastruktur.*



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Die Daten zu den Einflussfaktoren stammen größtenteils aus der Online-Datenbank *Meine Heimat* des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und den Internetseiten der Kommunen. Die eigenen empirischen Untersuchungen wurden in Form von Experteninterviews und humangeographischen Beobachtungen durchgeführt.

Die Experteninterviews wurden als Leitfadeninterviews durchgeführt. Als Grundlage für die Erstellung der Interviewleitfäden dienten die Ergebnisse der ausführlichen Analyse der Bevölkerungsentwicklung in den jeweiligen Gemeinden aus Kap. 6.2. Da „jeder Interviewpartner aus seiner persönlichen Perspektive berichtet und man den Einfluss dieser persönlichen Perspektive auf die erhaltenen Informationen beurteilen muss“ (GLÄSER / LAUDEL 2010, S. 110) wurde vorab versucht, mehrere Interviewpartner je Gemeinde für die Erhebung zu gewinnen, um zu einer möglichst differenzierten Sichtweise zu gelangen. Dieses Vorhaben konnte allerdings nur für die Ortsgemeinde Ebernahn realisiert werden. Deshalb wurde nach Durchführung der Experteninterviews zusätzlich quantitative Forschung mit der Methode der humangeographischen Beobachtung betrieben und somit eine Triangulation erreicht, um die Interviewergebnisse kritisch zu überprüfen und darüber hinaus weitere Erkenntnisse zu erhalten. Bei der humangeographischen Beobachtung handelt es sich um eine Form indirekter Beobachtungen, die „vor allem die durch menschliches Handeln hervorgerufenen Konsequenzen und Auswirkungen zum Gegenstand haben (z.B. Analyse der Gebäudestruktur und der Gebäudenutzungen)“ (MEIER KRUKER / RAUH 2005, S. 84f.). Integraler Bestandteil dieser Forschungsmethode ist eine Ortsbegehung in allen fünf Gemeinden. Dementsprechend kann somit insbesondere der Bereich *Angebot an Wohnungen und Bauplätzen* näher untersucht werden. Die Ergebnisse der Beobachtungen werden im Folgenden auch anhand einiger Bilder präsentiert.

### **6.3.1 Dernbach**

Dernbach, das vor einigen Jahrzehnten gemessen an der Einwohnerzahl noch das größte Dorf im Westerwaldkreis darstellte, liegt mit seinen 8,73 km<sup>2</sup> Fläche nördlich der Kreisstadt Montabaur. Zu der Ortsgemeinde gehören auch die fünf Gemeindeteile *Auf dem Köppel*, *Grenzweg*, *Klosterhof Maria-Hilf*, *Ritzmühle* und *Waldhof*. Dernbach bildet laut LEP IV mit den Städten Wirges und Montabaur einen mittelzentralen Verbund kooperierender Zentren (vgl. MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT 2008, S. 85).

Zusätzlich zum Bevölkerungsrückgang, der sich in Dernbach auf die erste Hälfte des Untersuchungszeitraums bis zum Jahr 1987 konzentriert, werden die Ursachen folgender Aspekte

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

der Bevölkerungsentwicklung ergründet: niedrige AFR (vgl. Kap. 6.2.1.2), ausgeprägtes und sich ab 1995 verschärfendes Geburtendefizit (vgl. ebd.), extreme Schwankung der Nettowanderungsrate von 1998 bis 2000 (vgl. Kap. 6.2.1.3), hoher Wanderungsgewinn bei den über 74-Jährigen (vgl. Kap. 6.2.1.4) sowie starker Anstieg des Ausländeranteils von 1997 bis 1999 (vgl. Kap. 6.2.1.5).

### 6.3.1.1 Arbeitsplatzangebot

Der größte Arbeitgeber in Dernbach ist das dort ansässige Herz-Jesu-Krankenhaus. Darüber hinaus bieten das Kloster und das 1994 eingerichtete Altenpflegeheim *St. Josef* zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten. Hinzu kommen die Firmen *iTAC* (Software) und *SIAG* (Stahlbau), die in Dernbach ihren Hauptsitz haben, die Firma *von Bergh Ladenbau GmbH* sowie einige kleinere Handwerksbetriebe. Diese sind sich überwiegend im Gewerbegebiet *Am Weißen Weg*<sup>43</sup> angesiedelt, das sich am südöstlichen Ortsausgang befindet.

Insbesondere das Krankenhaus trägt zu der hohen Arbeitsplatzdichte in Dernbach bei: Im Jahr 2008 wurden 1.370 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (darunter 1.229 Einpendler) am Arbeitsort registriert und somit nahezu drei Mal so viele wie im Schnitt der Gemeinden gleicher Größenklasse<sup>44</sup>. Auffällig ist zudem der hohe Frauenanteil (70,9%) unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der sich damit erklären lässt, dass Frauen vor allem in den Pflegeberufen allgemein überrepräsentiert sind. Die Anzahl der Beschäftigten am Wohnort fällt mit 829 Personen deutlich geringer aus, sodass Dernbach insgesamt einen relativ hohen Einpendlerüberschuss aufweist (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012).

Bei Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der Entwicklung der Anzahl an Arbeitsplätzen fällt auf, dass in Dernbach Ende der 1990er-Jahre ein merklicher, kurzzeitiger Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten registriert wurde. Dies ist mit dem Zuzug von Gastarbeitern, vorwiegend aus Österreich, im Rahmen des Tunnelbaus an der ICE-Trasse zu erklären, die in diesem Zeitraum an diesen Arbeiten beteiligt und in Wohncontainern untergebracht

---

<sup>43</sup> Das Gewerbegebiet schließt neben der Straße *Am Weißen Weg* auch Teile des *Burgwegs* und der Straße *Am Bahndamm* mit ein (vgl. Karte 24, Anhang A).

<sup>44</sup> In Gemeinden zwischen 2.000 und 3.000 Einwohnern betrug die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort 462 Personen am 31.12.2010 (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012).

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

waren (vgl. QUIRMBACH, Anhang B). Auf diesen Umstand sind auch die extremen Schwankungen der Nettowanderungsrate von 1998 bis 2000 und der Anstieg des Ausländeranteils von 1997 bis 1999 zurückzuführen.

Im näheren Umkreis von etwa fünf Kilometern sind vor allem die Stadt Wirges mit der *Saint Gobain Oberland Glas AG*, die Ortsgemeinde Siershahn mit der *KCH Group* sowie die Kreisstadt Montabaur mit ihren zahlreichen Schulen und Behörden im Hinblick auf das Angebot an Arbeitsplätzen von Bedeutung.

### 6.3.1.2 Nahversorgung

Da Dernbach Teil eines mittelzentralen Verbundes kooperierender Zentren ist und eine – im kreisweiten Vergleich – hohe Einwohnerzahl für eine Ortsgemeinde aufweist, gibt es dort relativ viele Geschäfte, welche die Nahversorgung der Bevölkerung gewährleisten. Allerdings zeichnet sich etwa seit dem Jahr 2000, als ein Eisenwaren- und Hausratgeschäft in der *Hauptstraße* (vgl. Karte 24, Anhang A) geschlossen wurde, eine spürbare Verschlechterung der Versorgungssituation vor Ort ab. Denn daraufhin wurden weitere Geschäfte (u.a. Kindermodengeschäft, Lebensmittelgeschäft) aufgegeben, die aufgrund ihrer Größe nicht mehr konkurrenzfähig waren – insbesondere angesichts der Konkurrenz zur benachbarten Stadt Wirges (vgl. QUIRMBACH, Anhang B). Trotz dieser Verschlechterung bleibt festzuhalten, dass die Grundversorgung mit drei Bäckereien, einem Café, einer Metzgerei sowie einem Obst- und Gemüsehändler, der auch Grundnahrungsmittel anbietet, noch gewährleistet ist (vgl. ebd.). Mobile Märkte sind deshalb nicht notwendig und würden bei dem derzeit vorhandenen Angebot eine unerwünschte Konkurrenz zu den bestehenden Geschäften darstellen.

Im Hinblick auf die medizinische Versorgung lässt sich festhalten, dass diese nicht nur aufgrund des Vorhandenseins eines Krankenhauses als gut einzustufen ist: Darüber hinaus gibt es fünf freipraktizierende Ärzte und einen freipraktizierenden Zahnarzt (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012). Eine Verschlechterung der Situation vor Ort in jüngster Vergangenheit resultiert daraus, dass Ende 2011 die einzige Apotheke in der Hauptstraße geschlossen wurde.

**Abb. 79: Ladenleerstände in der Hauptstraße von Dernbach**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

### 6.3.1.3 Verkehrsinfrastruktur

Von Dernbach aus befindet sich die nächstgelegene Autobahnanschlussstelle (Montabaur an der BAB 3 Köln – Frankfurt a.M.) in etwa vier Kilometern Entfernung. Auch die Autobahnanschlussstelle Ransbach-Baumbach, die im Vergleich zu Montabaur eine kürzere Verbindung zum Dernbacher Dreieck und somit zur BAB 48 Richtung Koblenz/Trier herstellt, ist mit rund fünf Kilometern nur geringfügig weiter entfernt.

Östlich des Ortes verläuft die B 255 zwischen Montabaur und Rennerod, deren nächstgelegene Anschlussmöglichkeit bei Staudt mit vier Kilometern Entfernung ebenfalls in weniger als zehn Autominuten zu erreichen ist.

Der im Jahr 2002 eröffnete ICE-Bahnhof Montabaur, in der Nähe der Autobahnanschlussstelle Montabaur gelegen, ist auch nur vier Kilometer entfernt. Dieser kann von Dernbach

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

aus direkt mit der Unterwesterwaldbahn Siershahn – Limburg erreicht werden, da die Gemeinde einen Haltepunkt an dieser Bahnlinie besitzt.

Darüber hinaus kann der ICE-Bahnhof bzw. die Kreisstadt Montabaur mit den Buslinien 115 (Hachenburg – Selters – Montabaur) und 462 (Bendorf – Höhr-Grenzhausen – Siershahn – Montabaur) von montags bis freitags mehrmals täglich erreicht werden. Zum Oberzentrum Koblenz besteht hingegen keine direkte Verbindung (vgl. KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES 2011a).

Es lässt sich zusammenfassend konstatieren, dass Dernbach aufgrund der geringen Entfernungen zum überregionalen Straßen- und Schienennetz verkehrlich sehr gut angebunden ist – mit Ausnahme der direkten Busverbindungen nach Koblenz. Von der im Untersuchungszeitraum gebauten ICE-Trasse Köln – Rhein/Main, die durch den westlichen Rand der Ortsgemeinde verläuft, hat Dernbach im Übrigen in doppelter Hinsicht profitiert: Zum einen besteht seitdem mit dem ICE-Bahnhof Montabaur eine schnell erreichbare Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz der *Deutschen Bahn AG*, zum anderen wurde im Rahmen der Tunnelarbeiten ein Lärmschutzwall geschaffen, der die Lärmemissionen der Autobahntrasse reduziert und damit auch zu einer Erhöhung der Wohnqualität beiträgt. Die ICE-Trasse selbst verursacht kaum Lärmbelastigungen, da sie im Bereich der Gemarkung Dernbach durch einen Tunnel verläuft.

### 6.3.1.4 Angebot an Wohnungen und Bauplätzen

Bezogen auf die Größe Dernbachs und die Länge des Untersuchungszeitraums wurden von 1974 bis 2008 relativ wenige Bauplätze ausgewiesen, die sich auf die vier Neubaugebiete *Obere Wehrholz*, *Oberfeld/Bruchwiese*, *Burgweg* und *Südring* konzentrieren (vgl. QUIRMBACH, Anhang B). Da die Nachfrage nach Bauland nicht vollständig befriedigt werden konnte, sind im Untersuchungszeitraum einige junge Menschen, insbesondere im Alter zwischen 21 und 29 Jahren, aus Dernbach weggezogen, um anderweitig einen Bauplatz zu finden (vgl. ebd.). Dieser Umstand trägt sowohl zum Bevölkerungsrückgang als auch zu der niedrigen AFR bei.

Im Südring, der etwa seit dem Ende des Untersuchungszeitraums bebaut wird, befinden sich noch elf gemeindeeigene und 15 private Bauplätze (Stand: Februar 2012). Die Bebauung schreitet inzwischen etwas schneller voran, wenngleich sich die Lage des Gebietes (an der Eisenbahnlinie der Unterwesterwaldbahn, Nähe zu einem Hochhaus und zur *Elgendorfer*



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

*Landstraße*) ungünstig auf den Wohnwert auswirkt. Sollte die Nachfrage nach Bauplätzen in Zukunft weiter ansteigen, käme für die Gemeinde Dernbach sogar – nach vollständiger Bebauung des Südrings – die Ausweisung eines weiteren, kleinen Neubaugebietes im *Ransbacher Pfad* (vgl. Karte 24, Anhang A) mit etwa 20 Bauplätzen infrage, das sich im Vergleich zum Südring in einer landschaftlich wesentlich attraktiveren Lage befindet. Darüber hinaus existieren noch zahlreiche Baulücken<sup>45</sup>, die sich jedoch ausnahmslos in privater Hand befinden und nur selten veräußert werden (vgl. QUIRMBACH, Anhang B).

Das Angebot an Wohnungen in Dernbach wurde 1973, ein Jahr nach der Einweihung des neuen Krankenhauses, mit dem Bau des Hochhauses im Südring stark erweitert. Damit stehen auch den Beschäftigten des Krankenhauses Mietwohnungen in lediglich rund 300 Metern Entfernung zum Arbeitsplatz zur Verfügung.

**Abb. 80: Hochhaus im Südring, Dernbach**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

---

<sup>45</sup> Ende der 1990er-Jahre wurden bei einer Bestandserhebung etwa 50 Baulücken registriert (vgl. ebd.). Bei einer Baulücke handelt es sich an dieser Stelle und im Folgenden gemäß Definition um „unbebaute Grundstücke – es können auch mehrere Grundstücke oder Teile von Grundstücken sein – die an einer im übrigen bebauten, tatsächlich im wesentlichen fertig gestellten Straße zwischen anderen bebauten Grundstücken liegen, aber dennoch den Bebauungszusammenhang nicht unterbrechen.“ (SCHMIDT-EICHSTAEDT 2000, S. 27f.).

Bezüglich der 723 Wohngebäude mit insgesamt 1.060 Wohnungen in Dernbach im Jahr 2008 (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012) sind, zumindest derzeit, kaum Leerstände vorzufinden, da leerstehende Häuser relativ schnell wieder verkauft werden (vgl. QUIRMBACH, Anhang B). Lediglich im Hinblick auf die Geschäfte entlang der Hauptstraße hat sich in den letzten Jahren das Problem der zunehmenden Ladenleerstände verschärft.

### *6.3.1.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur*

Die Ortsgemeinde Dernbach verfügt über eine Kindertagesstätte, die sich bis 1994 in Trägerschaft der armen Dienstmägde Jesu Christi befand und anschließend an die katholische Kirchengemeinde St. Laurentius übergang. Aufgrund der stark geschädigten Bausubstanz des Kindergartens und den modernen Anforderungen an eine Kita wurde von der Ortsgemeinde in dem ehemaligen Klostersgarten im Jahr 2000 eine neue, viergruppige Kindertagesstätte für 100 Kinder gebaut (vgl. VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES 2012a). Infolge sinkender Kinderzahlen wurde im September 2007 eine Gruppe mit 25 Kindern geschlossen, sodass derzeit 75 Plätze (darunter 14 für Kinder von anderthalb bis drei Jahren und 61 für Kinder von drei bis sechs Jahren) vorhanden sind. Für die Ganztagsbetreuung stehen davon bis zu 32 Plätze zur Verfügung. Da in Dernbach im Jahr 2008 78 Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren registriert waren und deren Zahl rückläufig ist, lässt sich somit festhalten, dass genügend Kindergartenplätze vorhanden waren bzw. sind.

Des Weiteren gibt es in Dernbach eine Grundschule mit insgesamt 212 Schülern im Schuljahr 2008/09, die in den Gemeinden Bannberscheid, Dernbach, Ebernhahn, Moschheim und Staudt innerhalb der VG Wirges wohnen (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012). Ein Ganztagsangebot ist nicht vorhanden und wird aller Voraussicht nach auch in Zukunft nicht eingerichtet werden können, da die Grundschulen in Siershahn und Wirges ein entsprechendes Angebot bereitstellen (vgl. QUIRMBACH, Anhang B). Hinsichtlich der Sekundarstufe I und II bestehen mit Wirges und Montabaur in einem Radius von lediglich fünf Kilometern zwei Schulstandorte, die ein breites Angebot an allgemeinbildenden Schulen besitzen.

Dernbach verfügt über relativ viele eingetragene Vereine. Einige von ihnen offenbaren in den letzten Jahren eine Tendenz zu einem allgemeinen Mitgliederrückgang, der beispielsweise dazu führt, dass die Tätigkeit des Männergesangsvereins derzeit ruht (vgl. ebd.). Andererseits haben im Untersuchungszeitraum auch Neugründungen stattgefunden. Zum Beispiel gibt es

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

in Dernbach seit 1995 den ersten Beach-Club Deutschlands. Für das soziale und kulturelle Leben in der Ortsgemeinde sind darüber hinaus die insgesamt fünf Gaststätten von Bedeutung. Dort erfolgt ein großer Teil der Kommunikation zwischen den Einwohnern, der insbesondere für die Integration der Zugezogenen in das Dorfleben wichtig ist. Somit konnten auch die bereits erwähnten Gastarbeiter, die im Rahmen des ICE-Tunnelbaus nach Dernbach kamen, am Dorfleben teilhaben und soziale Kontakte vor Ort aufbauen. Mit dem Jugendraum *Derwischer Jugendlounge* besteht darüber hinaus seit 2012 eine Einrichtung, die sich an Jugendliche ab 12 Jahren richtet. Ein weiteres kulturelles Angebot stellt die katholische Stadtbücherei dar, die mittwochs und sonntags für insgesamt zweieinhalb Stunden geöffnet ist.

Mit dem Dernbacher Kloster ist das Herz-Jesu-Heim verbunden, das seit 1977 den pflegebedürftigen Schwestern der Gemeinschaft zur Verfügung steht. Heute wohnen insgesamt 75 Schwestern in Doppel- bzw. Einzelzimmern (vgl. HERZ-JESU-HEIM 2012). Seit 1993 gibt es in der Ortsgemeinde mit dem Seniorenzentrum St. Josef eine weitere Betreuungseinrichtung sowohl für Ordensschwestern als auch für ältere pflegebedürftige Menschen aus der Region mit insgesamt 115 Plätzen (davon 77 Einzelzimmer) (vgl. SENIORENZENTRUM ST. JOSEF 2012). Diese Einrichtungen tragen in erheblichem Maße zu dem hohen Wanderungsgewinn in der Altersgruppe der über 74-Jährigen und – in Verbindung mit dem Kloster – der niedrigen Sexualproportion und AFR bei.

### 6.3.1.6 Fazit

Die Ausführungen haben gezeigt, dass – neben dem durch die Volkszählung bedingten Strukturbruch (vgl. 6.2.1.1) – der Bevölkerungsrückgang und der demographische Alterungsprozess in Dernbach in erster Linie auf das Kloster und die beiden Seniorenheime zurückzuführen ist. Werden diese Faktoren ausgeklammert, ergibt sich ein weitaus weniger negatives Bild der Bevölkerungsentwicklung, zumal die außerdemographischen Einflussfaktoren gezeigt haben, dass Dernbach als Wohnort insbesondere aufgrund des Arbeitsplatzangebotes in der Region sowie der guten verkehrlichen Anbindung einige Vorzüge bietet. Daran ändert auch die allgemeine Verschlechterung der Nahversorgungssituation in den letzten Jahren nichts, da in der benachbarten Stadt Wirges genügend Einkaufsmöglichkeiten vorhanden sind.



### 6.3.2 Ebernhahn

Die Ortsgemeinde Ebernhahn liegt im Kannenbäckerland, etwa acht Kilometer nordwestlich der Kreisstadt Montabaur und besitzt eine Fläche von insgesamt 3,35 km<sup>2</sup>. Ebernhahn ist die einzige Gemeinde im Cluster der VG Wirges, der keine zentralörtliche Funktion zukommt.

Neben dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang und seiner Konzentration auf die Jahre 1974 bis 1985 (vgl. Kap. 6.2.1.1) werden im Folgenden auch die Ursachen der damit im Zusammenhang stehenden niedrigen AFR (vgl. Kap. 6.2.1.2) und der negativen Nettowanderungsrate (vgl. Kap. 6.2.1.3) zu ergründen sein. Zudem wird dargestellt, inwiefern die außerdemographischen Einflussfaktoren den zunehmenden Ausländeranteil in Ebernhahn ab dem Jahr 2000 (vgl. Kap. 6.2.1.5) bedingen.

#### 6.3.2.1 Arbeitsplatzangebot

Ebernhahn wird seit über einem Jahrhundert vom Tonabbau und den damit verbundenen Fuhrunternehmen geprägt. Im Jahr 2005 gab es in der Ortsgemeinde insgesamt acht Speditionen (darunter eine mit Logistikzentrum im Industriegebiet *Fackelhahn*) mit über 200 Beschäftigten (vgl. SÜDWESTRUNDFUNK 2012). Somit sind die Arbeitsplätze im Fuhrgewerbe quantitativ wesentlich bedeutsamer als diejenigen im Tonbergbau, der in den Ebernhahner Tongruben betrieben wird. Darüber hinaus gibt es in Ebernhahn noch einige kleinere Unternehmen, wie zum Beispiel einen Kfz-Meisterbetrieb und ein Busunternehmen, die jeweils etwa zehn bis 30 Arbeitnehmer beschäftigen.

Die Bedeutung der Speditionen spiegelt sich auch in der Beschäftigtenstatistik des Jahres 2008 wider: Zum einen liegt die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort mit 379 Personen (darunter 335 Einpendlerinnen und Einpendler) deutlich über dem Durchschnitt der Ortsgemeinden gleicher Größenklasse<sup>46</sup>, zum anderen sind 87,3% der Arbeitnehmer männlich (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012). Dies ist darauf zurückzuführen, dass in den Speditionen vorwiegend Berufe mit hohem Männeranteil (Kraftfahrer, Mechaniker) vertreten sind. Am Wohnort sind 434 Personen beschäftigt.

---

<sup>46</sup> Dieser lag bei den Gemeinden von 1.000 bis 2.000 Einwohnern am 31.12.2010 bei 214 Beschäftigten (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012).

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Über die Ortsgrenzen Ebernhahns hinaus, jedoch innerhalb der Grenzen der VG Wirges, befinden sich in den benachbarten Gemeinden Siershahn und Wirges mit der *KCH Group GmbH* (ehemals *Keramchemie*) und der *Saint-Gobain Oberland AG* (bis 1988 *Westerwald AG*) zwei wichtige Arbeitgeber im industriellen Sektor. Des Weiteren arbeiten viele Auspendler aus Ebernhahn in der Kreisstadt Montabaur, die neben Schulen und Behörden unter anderem mit der *United Internet AG* zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor bietet.

### 6.3.2.2 Nahversorgung

Während des Untersuchungszeitraums wurden in Ebernhahn einige Geschäfte geschlossen. In den 1990er-Jahren verschlechterte sich die Versorgung der Bevölkerung vor Ort mit Waren des täglichen Bedarfs dahingehend, dass das letzte Lebensmittelgeschäft aufgegeben wurde und die einzige Metzgerei schloss. Zudem wurden auch die einzige Post- und zwei Bankfilialen geschlossen (die letzte im Jahr 2003, vgl. Abb. 81), sodass nur noch eine Bäckerei übrig geblieben ist. Allerdings sind mobile Märkte vorhanden: ein Bäcker – der jedoch ausschließlich Stammkundschaft ansteuert –, ein Metzger sowie ein Obst- und Gemüsehändler versorgen insbesondere die älteren Einwohner. Nach Angaben der Ortsbürgermeisterin gibt es somit genügend Möglichkeiten für nicht mobile Senioren, sich mit Waren des täglichen Bedarfs zu versorgen (vgl. QUERNES, Anhang B). Im benachbarten Wirges stehen vier Lebensmitteldiscounter, ein Supermarkt sowie zahlreiche weitere Geschäfte zur Verfügung. Dort ist darüber hinaus, genauso wie in der Nachbargemeinde Siershahn, medizinische Versorgung in Form von Ärzten und Apotheken vorhanden, die in Ebernhahn fehlt.

**Abb. 81: Umnutzung der ehemaligen Bankfiliale in der Kirchstraße in Ebernhahn als Wohngebäude**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

### 6.3.2.3 Verkehrsinfrastruktur

Ebernhahn, direkt an der BAB 3 auf der Höhe des Dernbacher Dreiecks gelegen, ist nur drei Kilometer von der nächsten Autobahnanschlussstelle Ransbach-Baumbach entfernt. Von dort aus besteht auch die Möglichkeit, über das Dernbacher Dreieck auf die BAB 48 in Richtung Koblenz/Trier zu gelangen. Die nächstgelegenen Bundesstraßen (B 49, B 255) befinden sich zwar in etwas weiterer Entfernung, sind jedoch noch in rund zehn Autominuten zu erreichen: bis zu der Auffahrt der B 49 bei Montabaur sind es etwa acht Kilometer, bis zur B 255 bei Staudt sieben Kilometer.

Um die Straßen in Ebernhahn, die von dem durch den Tonabbau bedingten erhöhten LKW-Aufkommen betroffen sind (insbesondere *Kapellenstraße* und *Kirchstraße*), zu entlasten, wurde im Jahr 2002 die Ortsrandstraße *Im Tonfeld* geschaffen (vgl. Karte 25, Anhang A).

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Der im selben Jahr eröffnete ICE-Bahnhof in Montabaur ist ebenfalls knapp zehn Minuten mit dem Auto entfernt. In Bezug auf den SPNV ist zu erwähnen, dass Ebernahn zwar einen Haltepunkt an der Brexbachtalbahn besitzt, diese jedoch seit 1989 nicht mehr für den Personenverkehr in Betrieb ist und nur gelegentlich für Touristikverkehr genutzt wird. Somit beschränkt sich das ÖPNV-Angebot auf die Busverbindungen, zu denen mehrere werktägliche Verbindungen zur Kreisstadt Montabaur mit der Linie 462 (Bendorf – Höhr-Grenzhausen – Siershahn – Montabaur) sowie sieben Verbindungen an den Werktagen und drei samstags zum Oberzentrum Koblenz mit der Linie 485 (Wirges – Höhr-Grenzhausen – Koblenz) gehören (vgl. KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES 2011a).

Insgesamt lässt sich somit festhalten, dass Ebernahn – insbesondere aufgrund der geringen Entfernungen zur nächstgelegenen Autobahnanschlussstelle und zum ICE-Bahnhof Montabaur – eine gute Verkehrsanbindung besitzt. Allerdings verlaufen sowohl die Autobahn als auch die ICE-Trasse durch den westlichen Teil der Ortsgemarkung. Infolgedessen kommt es vor allem bei Westwind zu einer erhöhten Lärmbelastigung der angrenzenden Wohngebiete und somit zu einer Minderung der Wohnqualität.

### 6.3.2.4 Angebot an Wohnungen und Bauplätzen

Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, bis etwa Mitte der 1980er-Jahre, konnte aufgrund fehlender Bauplätze die private Nachfrage nach Bauland nicht gedeckt werden (vgl. STEUDTER und QUERNES, Anhang B). Dies führte zu einer erhöhten Abwanderung, vor allem von jungen Erwachsenen, die in dieser Zeit am Bau eines Eigenheims interessiert waren. Dieser Umstand erklärt nicht nur die Konzentration des Bevölkerungsrückgangs auf den Zeitraum von 1974 bis 1985, sondern er trägt darüber hinaus auch zu dem niedrigen Niveau der AFR und der negativen Nettowanderungsrate bei.

Ab Mitte der 1980er-Jahre wurde dieser Mangel durch die Besiedlung des Neubaugebietes *Massenberg II* zwischenzeitlich beseitigt. Sowohl Einheimische als auch Zugezogene haben dort Grundstücke erworben und vorwiegend mit Einfamilienhäusern bebaut (vgl. STEUDTER). Etwa ab Mitte der 1990er-Jahre, als die Bebauung von Massenberg II weitgehend abgeschlossen war, stellte sich jedoch ein erneutes Defizit im Hinblick auf Bauplätze ein. Es wurden zwar seitens der Gemeinde ein weiteres Neubaugebiet in der *Alten Wiese* mit 50 bis 60 Bauplätzen und ein Mischgebiet mit Wohnfunktion im *Kronacker* geplant; beide Projekte wurden jedoch letzten Endes kommunalpolitisch nicht realisiert, obwohl im Falle der Alten Wiese sogar die Erschließung bereits vorlag (vgl. ebd.).



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Dieser Zustand änderte sich erst im letzten Jahr des Untersuchungszeitraums: Seit 2008 stehen mit dem Neubaugebiet *In der Grimmel*, das im Zusammenhang mit dem Bau der Ortsrandstraße Im Tonfeld ausgewiesen wurde<sup>47</sup>, Bauinteressenten insgesamt 14 Bauplätze in drei Abschnitten zur Verfügung (vgl. QUERNES, Anhang B).

**Abb. 82: Ortsrandstraße *Im Tonfeld* mit Blick auf das Mahlwerk der Tongrube**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

Allerdings besteht in diesem Kontext die Problematik, dass zum einen die Bebauung dort sehr teuer ist: Aufgrund der Bodenverhältnisse in Nähe der Tongruben müssen Stabilisationen im Erdreich für Keller und Grundplatte vorgenommen werden, die zusätzliche Kosten in Höhe von etwa 15.000 € pro Objekt verursachen (vgl. ebd.). Zum anderen tragen die Lage direkt an der Tongrube mit ihrem Mahlwerk (vgl. Abb. 82) sowie der LKW-Verkehr auf der Ortsrandstraße zu einer niedrigeren Wohnqualität bei, sodass noch kein Bauplatz verkauft wurde (Stand: April 2012).

---

<sup>47</sup> Durch die Ausweisung eines Neubaugebietes entlang der Ortsrandstraße wurde der Bau der Straße vom Land höher bezuschusst.

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Es gibt zwar darüber hinaus innerorts einige private Bauplätze, die jedoch relativ teuer sind und nur in seltenen Fällen veräußert werden. Die Bautätigkeit in Ebernhahn ist somit in den letzten zehn Jahren des Betrachtungszeitraumes gering gewesen; lediglich in der Kapellenstraße wurden mehrere Einfamilienhäuser (insgesamt vier Objekte) neu gebaut. Da dort größtenteils junge Familien ausländischer Herkunft wohnen, hat diese Bautätigkeit auch zu der Erhöhung des Ausländeranteils seit dem Jahr 2000 beigetragen.

Mietwohnungen mit mehreren Parteien sind in Ebernhahn nur vereinzelt vorzufinden wie zum Beispiel in der *Schubertstraße* oder die gemeindeeigenen Wohnungen in der *Schulstraße*. Größere Mietshäuser, wie sie etwa in Dernbach und Wirges vorhanden sind, gibt es nicht, sodass kurzfristige Schwankungen der Einwohnerzahlen nicht auf hohe Fluktuationen in solchen Objekten zurückzuführen sind.

Leerstehende Häuser und Wohnungen stellen in Ebernhahn derzeit kein Problem dar, da in der jüngeren Vergangenheit wieder vermehrt leerstehende Objekte verkauft wurden (vgl. ebd.). Aufgrund des relativ hohen Anteils älterer Einwohner ist allerdings davon auszugehen, dass in Zukunft insbesondere im Unterdorf (v.a. in den Straßen In der Grimmel, Kirchstraße, Schulstraße, Kapellenstraße), wo sich zudem die ältere Bausubstanz konzentriert, vermehrt Häuser unbewohnt sein werden.

### 6.3.2.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Die Ortsgemeinde Ebernhahn verfügt über eine zweigruppige Kindertagesstätte. Dort werden bis zu 25 der 37 in Ebernhahn lebenden Kinder von drei bis sechs Jahren (Stand: 31.12.2008) betreut; insgesamt stehen zehn Ganztagsplätze zur Verfügung (vgl. VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES 2012b).

In Ebernhahn gibt es weder eine Grundschule noch eine weiterführende Schule. Die Grundschüler besuchen die Grundschule in Dernbach; Schüler der Sekundarstufe I und II besitzen in einem Radius von etwa zwölf Kilometern die Wahlmöglichkeit zwischen den Schulstandorten Wirges (privates Gymnasium, Realschule plus und Förderschule), Montabaur (Gymnasium, Landesmusikgymnasium, Realschule plus, Duale Oberschule, berufsorientierende gymnasiale Oberstufe der berufsbildenden Schule) und Höhr-Grenzhausen (Gymnasium und Realschule plus). Zudem verfügt die benachbarte Ortsgemeinde Siershahn über eine Förderschule.

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Bezüglich des Vereinslebens ist einerseits eine generelle Abnahme der Mitgliederzahlen zu konstatieren. Dies hat zum Beispiel dazu geführt, dass der schrumpfende Männerchor im Jahr 2010 in einen gemischten Chor umgewandelt wurde. Andererseits wurden im Untersuchungszeitraum auch einige neue Vereine gegründet, zuletzt der Fußball-Sportverein im Jahr 2008. Zudem stehen den Vereinen mit der 1977 erbauten Mehrzweckhalle und dem in den 1990er-Jahren geschaffenen Gemeindezentrum zwei Möglichkeiten zur Verfügung, ihren Aktivitäten nachzugehen. Die letzte verbliebene Gaststätte, die ebenfalls unter anderem als Treffpunkt für viele Vereine diente, wurde gegen Ende des Untersuchungszeitraums endgültig geschlossen.

Seit 2004 besteht mit einer Seniorenwohngemeinschaft in der *Kannenbäckerstraße*, im Bau-  
gebiet *Massenberg II* gelegen, eine Betreuungseinrichtung für ältere Menschen. Sie bietet insgesamt sechs Pflegeplätze.

### 6.3.2.6 Fazit

Die Ausführungen haben verdeutlicht, dass die rückläufige Bevölkerungsentwicklung Ebernhahns in erster Linie auf das in der Vergangenheit nicht ausreichende Angebot an Bauplätzen zurückzuführen ist, zumal das Arbeitsplatzangebot in der Region sowie die Verkehrsinfrastruktur über den gesamten Betrachtungszeitraum als gut zu bewerten sind. Auch in Zukunft wird Ebernhahn aller Voraussicht nach den durch das zu erwartende Geburtendefizit bedingten Bevölkerungsrückgang nicht durch den Zuzug junger Familien kompensieren können. Denn für diese (und auch andere Bauinteressenten) ist weder günstiges noch landschaftlich reizvolles Bauland vorhanden. Außerdem wird die Wohnqualität durch die in den Nachbargemeinden verursachten Industriemissionen gemindert, welche zukünftig aufgrund einer geplanten Erweiterung des Industriegebiets im *Kronacker* noch zunehmen könnten. Hinzu kommen Lärmbelästigungen durch die ICE-Trasse und die Autobahn, die sich negativ auf den Wohnstandort Ebernhahn auswirken.

### 6.3.3 Wirges

Wirges liegt mit seiner Fläche von insgesamt 10,13 km<sup>2</sup> in einer Hochmulde zwischen den Bergen Köppel und Malberg. Seit dem 10.05.1975 besitzt die Gemeinde Stadtrechte. Zusammen mit Dernbach und Montabaur bildet die Stadt Wirges einen mittelzentralen Verbund kooperierender Zentren (vgl. Kap. 6.3.1).

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Nachstehend wird die Darstellung der außerdemographischen Einflussfaktoren Antworten auf die Fragen liefern, weshalb in Wirges in den ersten beiden Phasen der Bevölkerungsentwicklung ein Rückgang sowie in der vierten Phase ein Anstieg der Einwohnerzahl zu verzeichnen ist (vgl. Kap. 6.2.1.1) und worauf der Wanderungsverlust in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen zurückzuführen ist (vgl. Kap. 6.2.1.3). Zudem werden Gründe genannt, welche den relativ hohen Ausländeranteil (vgl. Kap. 6.2.1.5) und den Anstieg der Sexualproportion (vgl. Kap. 6.2.1.6) bedingen.

### 6.3.3.1 Arbeitsplatzangebot

Wirges wird seit mehr als einem Jahrhundert stark von der Industrie geprägt. Bereits 1895 wurde dort die erste Glashütte gegründet. Bis heute ist die *Saint Gobain Oberland AG* (ehemals *Siemens* bzw. *Westerwald AG*) der größte Arbeitgeber vor Ort, der aufgrund seines Arbeitsplatzangebotes auch für viele Berufstätige aus dem näheren Umkreis von Bedeutung ist. Diese Arbeitsplätze in der Glasindustrie haben seit jeher auch viele Arbeitnehmer aus dem Ausland angezogen, sodass Wirges den höchsten Anteil an ausländischer Bevölkerung im untersuchten Cluster aufweist. Allerdings hat sich in der Glasindustrie in den letzten Jahrzehnten ein starker struktureller Wandel vollzogen, der dazu geführt hat, dass die Beschäftigtenzahl bei der *Saint Gobain Oberland AG* auf rund 300 zurückgegangen ist – in den 1960er-Jahren waren es hingegen noch 1.200 bis 1.500 (vgl. NOLL, Anhang B). Dieser Umstand ist als eine zentrale Ursache für den Rückgang der Einwohnerzahl in Wirges in den ersten beiden Phasen (1974 bis 1986) anzusehen. Trotz dieser Abnahme an Arbeitsplätzen in der Glasindustrie ist jedoch festzuhalten, dass insbesondere ab Ende der 1990er-Jahre einige ortsansässige mittelständische Unternehmen expandierten bzw. sich durch die Erschließung des Gewerbegebietes *Auf dem Weidenbusch* neue ansiedelten (vgl. ebd.). Somit konnten neue Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden, die auch das Bevölkerungswachstum in der vierten Phase (1997 bis 2004) begünstigten. Im Jahr 2008 wurden in Wirges insgesamt 1.948 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort registriert (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012).

### 6.3.3.2 Nahversorgung

Als Stadt bietet Wirges das umfangreichste Nahversorgungsangebot im betrachteten Cluster. Neben einigen Lebensmitteldiscountern, die sich verstärkt ab Ende der 1980er-Jahre ansiedelten, bildet ein großes Einkaufszentrum mit 14.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche und 20 Fachgeschäften seit Mitte der 1980er-Jahre den Schwerpunkt des Angebotes. Die Errichtung



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

dieses Einkaufszentrums in der *Samoborstraße* (vgl. Karte 26, Anhang A) führte im Untersuchungszeitraum zu einer deutlichen Umstrukturierung des Nahversorgungsangebotes in der *Bahnhofstraße*. Dort wurden aufgrund dessen zahlreiche Geschäfte (u.a. Schreibwarenhandel, Spiel- und Haushaltswarengeschäfte), vorwiegend aus Rentabilitätsgründen, geschlossen. Dennoch hält sich die Anzahl der Ladenleerstände in der Bahnhofstraße bis heute in Grenzen, da anschließend wieder relativ schnell andere Dienstleistungen (z.B. ein Reisebüro und ein Malergeschäft) dort etabliert wurden (vgl. NOLL, Anhang B). Zudem kam es durch die Bebauung der Samoborstraße ab Ende der 1980er-Jahre zu einer Ausweitung des Einzelhandelsangebotes, da sich entlang dieser Straße unter anderem ein Möbelhaus, ein Bekleidungsgeschäft sowie eine Tankstelle ansiedelten. Im Gegensatz zu Dernbach gibt es in Wirges kein Krankenhaus, jedoch gewährleisteten neun freipraktizierende Ärzte, vier freipraktizierende Zahnärzte und drei öffentliche Apotheken (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012) die medizinische Versorgung vor Ort.

Somit lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Nahversorgung der Bevölkerung in Wirges – auch wenn die Schließung einiger Tante-Emma-Läden in Betracht gezogen wird – vollkommen gewährleistet ist und sich im Untersuchungszeitraum sogar insgesamt verbessert hat.

### 6.3.3.3 Verkehrsinfrastruktur

Die nächstgelegene Autobahnanschlussstelle in Richtung Süden befindet sich von Wirges aus in vier Kilometern Entfernung in Montabaur, in Richtung Norden in Ransbach-Baumbach (ca. fünf Kilometer entfernt). Der ICE-Bahnhof Montabaur ist mit einer Entfernung von vier Kilometern ebenfalls in weniger als zehn Autominuten zu erreichen. Da Wirges über einen Haltepunkt der Unterwesterwaldbahn verfügt, kann der ICE-Bahnhof auch über den regionalen Schienenpersonennahverkehr in acht Minuten erreicht werden. Ähnlich verhält es sich mit den Busverbindungen zur Kreisstadt mittels der Linien 115 (Hachenburg – Selters - Montabaur) und 462 (Bendorf – Höhr-Grenzhausen – Siershahn – Montabaur) an den Werktagen (vgl. KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES 2011a). Zudem bestehen sowohl werktags als auch samstags mehrere direkte Verbindungen zum Oberzentrum Koblenz mit der Buslinie 485, die von Wirges über Höhr-Grenzhausen nach Koblenz führt (vgl. ebd.).

Durch die Stadt verlaufen zwei Landesstraßen: die L 300 in Nord-Süd-Richtung sowie die L 313 in Ost-West-Richtung. Beide wurden im Untersuchungszeitraum ausgebaut. Östlich von

Wirges führt die B 255 von Montabaur nach Rennerod; deren nächstgelegene Anschlussstelle ist rund vier Kilometer entfernt.

### 6.3.3.4 Angebot an Wohnungen und Bauplätzen

Im Untersuchungszeitraum wurden – in chronologischer Reihenfolge – die Neubaugebiete *Rolandstraße/Wehrstraße*, *Lohmühle II*, *Bitzenweg* und *Steinerne Brücke* überplant und erschlossen. Letztgenanntes, welches sich in Richtung der Ortsgemeinde Staudt befindet, ist derzeit zu ca. 60 bis 70% bebaut, sodass noch einige Baugrundstücke dort zu verkaufen sind. Insgesamt lässt sich in Bezug auf die vier Neubaugebiete festhalten, dass sich deren Ausweisung an der allgemeinen Nachfrage nach Bauplätzen orientierte und damit auch vergleichbar war. Die Stadt Wirges hat in diesen Gebieten nur relativ wenige Grundstücke selbst vermarktet; der überwiegende Teil der Flächen befand sich in freier Hand. Die Nachfrage nach Bauplätzen in Wirges wurde durch den Umstand, dass in einigen Umlandgemeinden (z.B. Ötzingen) günstigeres Bauland angeboten wurde, gemindert (vgl. NOLL, Anhang B). Dies trägt auch zu dem negativen Wanderungssaldo in der Altersklasse der 21- bis 29-Jährigen bei, da davon auszugehen ist, dass einige Einwohner aus Wirges in dem Alter in diese Gemeinden gezogen sind, um dort zu bauen.

Insgesamt wurden in Wirges im Jahr 2008 1.363 Gebäude mit 2.416 Wohnungen gezählt (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012). Darunter befinden sich vor allem in räumlicher Nähe zur *Saint Gobain Oberland AG* einige ältere Mietshäuser, die im Rahmen einer Arbeitersiedlung entstanden und zum Teil renovierungsbedürftig sind.

Leerstände wurden in Wirges in jüngster Vergangenheit (2009 und 2011) im Zuge des Aktionsplanes *Lebendige Stadt, lebendige Dörfer* erfasst. Allerdings beschränkte sich diese Erhebung auf den vorher festgelegten Stadtkern. Dabei wurden in der Bahnhofstraße die meisten Leerstände festgestellt, gefolgt von der *Christian-Heibel-Straße* und der *Mittelstraße* (vgl. Karte 26, Anhang A). Insgesamt standen 2011 32 Objekte leer. Zu diesen Leerständen kommen noch etwa 60 bis 70 Baulücken (ohne die restlich verfügbaren Bauplätze in der Steinernen Brücke) (vgl. NOLL, Anhang B).

Die Bautätigkeit beschränkt sich derzeit jedoch nicht auf die vorhandenen Baulücken und das Neubaugebiet *Steinerne Brücke*: Im Gewerbegebiet *Auf dem Weidenbusch*, in dem sich in den letzten Jahren einige mittelständische Unternehmen angesiedelt haben (z.B. Elektro-

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

betrieb, Garten- und Landschaftsbau, Betonwerk), entstehen einige Neubauten, die neben der gewerblichen Nutzung auch der Wohnfunktion dienen.

Ein größeres Wohnbauprojekt wird voraussichtlich Ende 2012 in der Bahnhofstraße fertiggestellt: Dort entsteht der *Wohnpark Stadtgarten* mit insgesamt 40 barrierefreien Mietwohnungen unterschiedlicher Größe um einen 1.000 m<sup>2</sup> großen Garten (vgl. MGMT IMMOBILIEN GMBH 2012). Dieses Wohnangebot richtet sich in erster Linie an ältere Menschen, da neben der Barrierefreiheit beispielsweise auch ein ambulanter Pflegedienst vor Ort eingerichtet wird.

**Abb. 83: Entwurf des Wohnparks Stadtgarten in Wirges**



**Quelle: MGMT IMMOBILIEN GMBH 2012**

### 6.3.3.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Wirges bietet als Stadt und Verbandsgemeindesitz das vielfältigste Angebot des Clusters im Hinblick auf soziale und kulturelle Einrichtungen. Drei Kindergärten mit insgesamt 227 Plätzen (darunter eine integrative Kindertagesstätte mit 22 Plätzen für Kinder mit geistigen, körperlichen, mehrfachen Behinderungen und Entwicklungsverzögerungen) führen dazu, dass nahezu jedes Kind im Alter zwischen drei und sechs Jahren<sup>48</sup> einen Kindergartenplatz erhalten kann. Darüber hinaus besteht seit dem 01.09.2000 ein Kinderhort, in dem Kinder zwi-

---

<sup>48</sup> Im Jahr 2008 gab es in Wirges 228 Kinder in der genannten Altersgruppe.

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

schen sechs und 14 Jahren betreut werden (vgl. VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES 2012c).

Die Stadt Wirges als Schulstandort verfügt derzeit über insgesamt vier Schulen: Grundschule, Förderschule, Realschule plus und ein privates Gymnasium. Letzteres besteht jedoch erst seit dem Schuljahr 2011/12. Die zweizügige Grundschule bietet seit dem Schuljahr 2006/07 ein Ganztagsangebot, welches auch von der integrativen Realschule plus sowie dem zweizügigen privaten Gymnasium als verpflichtende Ganztagschule angeboten wird (vgl. ebd.).

In Wirges gibt es im Hinblick auf die kulturelle Infrastruktur rund 50 aktive Vereine (vgl. ebd.). Zudem dienen öffentliche Einrichtungen wie Boulebahn, Bürgerhaus, Freizeit- und Skateranlage sowie ein Kunstrasenplatz der Freizeitgestaltung. Das Bürgerhaus, das 1980 eröffnet wurde, ist in diesem Zusammenhang als ein zentraler Treffpunkt anzusehen, da hier neben verschiedenen Freizeitveranstaltungen (z.B. Konzerte, Messen und Ausstellungen) der Jugendtreff *Meeting Point* seinen Clubraum besitzt. Zudem befinden sich in Wirges noch zahlreiche Gaststätten.

Im Untersuchungszeitraum wurde im Jahr 1999 in Wirges ein Seniorenzentrum am *Merzenborn* eröffnet. Es verfügt über insgesamt 90 Plätze, darunter 30 in der Seniorenresidenz für Betreutes Wohnen (vgl. WOHNEN IM ALTER INTERNET GMBH 2012). Der Umstand, dass überwiegend Frauen in dem Seniorenzentrum untergebracht sind, begünstigt den Rückgang der Sexualproportion in Wirges. Durch die Errichtung des *Wohnparks Stadtgarten* (vgl. Kap. 6.3.3.4) wird es zukünftig zu einer deutlichen Ausweitung des Angebotes an altersgerechtem Wohnen für Senioren in Wirges kommen. Des Weiteren werden von der Stadt bzw. der Verbandsgemeinde verschiedene Dienstleistungen und Veranstaltungen speziell für Senioren angeboten. Hierzu zählt das Projekt *Wäller Heinzelmännchen* des Generationenbüros der Verbandsgemeinde, welches im Mai 2008 gegründet wurde<sup>49</sup>. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter in diesem Projekt helfen Senioren unentgeltlich bei kleineren Schwierigkeiten im Alltag, beispielsweise bieten sie Begleitung bei Arztbesuchen und beim Einkaufen und führen kleinere Reparaturen durch (vgl. VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES 2012d). Zudem existiert ein Kuratorium für die über 80-jährigen Bürger aus Wirges, zu dessen Veranstaltungen eine Seniorenfeier im Bürgerhaus zählt (vgl. NOLL, Anhang B).

---

<sup>49</sup> Da es sich um ein Projekt der Verbandsgemeinde handelt, richtet es sich auch an die Senioren aus Dernbach und Ebernhahn.

### 6.3.3.6 *Fazit*

Die Tatsache, dass Wirges als einzige Stadt im Westerwaldkreis keinen Bevölkerungszuwachs im Untersuchungszeitraum zu verbuchen hat, ist in erster Linie auf die Entwicklungen in der Glasindustrie und auf die günstigeren Bauplätze in den Umlandgemeinden zurückzuführen. Die infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere im Bereich *Verkehr*, sind als gut einzustufen; in diesem Kontext zeigt sich, dass Wirges von seiner Funktion als Stadt und seiner räumlichen Nähe zur Kreisstadt Montabaur (und damit auch zum ICE-Bahnhof) profitiert. Diese Standortvorteile gilt es zukünftig zu nutzen, um auch den Wanderungsverlust bei den 21- bis 44-Jährigen einzudämmen. Welche Möglichkeiten diesbezüglich bestehen, wird in Kap. 8 aufgezeigt.

### 6.3.4 *Bilkheim*

Die Ortsgemeinde Bilkheim liegt etwa 13 Kilometer nordöstlich von der Kreisstadt Montabaur in einem Talkessel zwischen Salz, Wallmerod und Molsberg, der sich in Richtung Hadamarer Land und Limburg öffnet (vgl. VERBANDSGEMEINDE WALLMEROD 2012a). Mit einer Gesamtfläche von 2,65 km<sup>2</sup> stellt sie die kleinste der fünf untersuchten Gemeinden dar.

Die Darstellung der Einflussfaktoren auf die Bevölkerungsentwicklung Bilkheims besitzt die Intention, nicht nur die Ursachen der relativ hohen prozentualen Zunahme der Einwohnerzahl, sondern darüber hinaus auch Gründe für folgende Befunde zu liefern: Konzentration der Bevölkerungszunahme auf den Zeitraum 1987 bis 2000 (vgl. Kap. 6.2.2.1); sprunghafter Anstieg des Wanderungsvolumens in den Jahren 1999/2000, positive Wanderungsbilanz in der Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen, negative Wanderungsbilanz bei den über 64-Jährigen (vgl. Kap. 6.2.2.3); starker Anstieg der Anzahl der Kindergartenkinder (vgl. Kap. 6.2.2.4) sowie ein relativ geringer Ausländeranteil (vgl. Kap. 6.2.2.5).

#### 6.3.4.1 *Arbeitsplatzangebot*

Anhand der Beschäftigungsstatistiken wird deutlich, dass das Arbeitsplatzangebot in Bilkheim relativ beschränkt ist: 2008 stehen 46 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (darunter 39 Einpendler) 160 Beschäftigte am Wohnort gegenüber (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012). Die vorhandenen Arbeitsplätze konzentrieren sich auf ein im Ort ansässiges Bauunternehmen (etwa 15 bis 20 Beschäftigte) sowie auf einige Unternehmen in dem Gewerbegebiet *Unter dem Fußpfad* (vgl. Karte 27, Anhang A), zu

denen eine Autolackiererei, eine Firma für Markierungstechnik sowie eine Firma für Industrieelektronik zählen. Die vergleichsweise kleine Größe des Gewerbegebietes schafft auf der einen Seite nur eine begrenzte Anzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, auf der anderen Seite sind die damit verbundenen Emissionsbelastungen als gering einzustufen, sodass die Wohnqualität in Bilkheim nicht gemindert wird. Im produzierenden Gewerbe befinden sich jedoch keine Arbeitsplätze vor Ort – dies wertet der Ortsbürgermeister als eine Ursache dafür, dass Bilkheim einen relativ niedrigen Ausländeranteil aufweist und während des Untersuchungszeitraums keine Asylbewerber dort wohnen (vgl. BECKER, Anhang B).

Größere Arbeitgeber befinden sich somit lediglich im näheren Umkreis von Bilkheim. Hierzu zählen insbesondere die *Mogat-Werke* (Dachsysteme und Bauwerksabdichtung) und die *Tokheim Stendebach GmbH* (Tankstellenbau) in Nentershausen sowie die Firma *VWH* (Vorrichtung- und Werkzeugbau) in Herschbach/Oberwesterwald sowie *Westfalia* in Niederahr (vgl. ebd.).

### 6.3.4.2 Nahversorgung

In Bilkheim wurden im Laufe der 1980er-Jahre zwei Einzelhandelsgeschäfte und eine Bäckerei geschlossen. An deren Stelle ist jedoch direkt im Anschluss der mobile Markt getreten, sodass sich kein Versorgungsdefizit eingestellt hat. Dieser wird primär von der älteren Bevölkerung genutzt (vgl. ebd.). Zudem sind in den angrenzenden Gemeinden Salz und Wallmerod noch zahlreiche Grundversorgungsäden vorhanden, die auch von den Einwohnern Bilkheims frequentiert werden. Somit lässt sich konstatieren, dass der Strukturwandel im Einzelhandel mit der einhergehenden Schließung der Geschäfte in Bilkheim sich zu keinem Zeitpunkt negativ auf die Dorf- bzw. Bevölkerungsentwicklung ausgewirkt hat (vgl. ebd.).

### 6.3.4.3 Verkehrsinfrastruktur

Die Ortsgemeinde Bilkheim ist über die B 8, welche die Großstädte Köln und Frankfurt miteinander verbindet (vgl. Kap. 2.3.2.1) und knapp zwei Kilometer entfernt ist, an das überregionale Straßennetz angeschlossen. In diesem Kontext betont der Ortsbürgermeister den Vorteil, dass nach den Ortdurchfahrten von Wallmerod und Berod – einem Nachbarort von Bilkheim – das Oberzentrum Koblenz ortsdurchfahrtsfrei zu erreichen ist (vgl. BECKER, Anhang B). Dies ist nicht nur für Einkaufsfahrten, sondern auch für die Berufspendler, die in Koblenz oder in dem Gewerbepark Mülheim-Kärlich bei Koblenz arbeiten, von Bedeutung.

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Die nächstgelegene Autobahnanschlussstelle ist Diez (BAB 3) in rund zehn Kilometern Entfernung. Des Weiteren befindet sich die Anschlussstelle Montabaur, die zum Autobahndreieck Dernbach und damit zur BAB 48 in Richtung Koblenz/Trier führt, etwa 15 Kilometer entfernt. Bilkheim selbst bleibt jedoch vom Durchgangsverkehr größtenteils verschont, was sich wiederum positiv auf die Wohnqualität auswirkt. Zudem hat die Ortsgemeinde davon profitiert, dass während des Untersuchungszeitraumes im Jahr 2002 in Limburg und in Montabaur zwei ICE-Bahnhöfe eingerichtet wurden, die beide mit dem Auto in rund einer Viertelstunde zu erreichen sind. Diese Verkehrsanbindungen führen dazu, dass Bilkheim als Wohnort auch für Fernpendler, die in den Ballungsräumen Rhein-Ruhr und Rhein/Main arbeiten, attraktiv ist.

In Bezug auf den SPNV wurde während des Untersuchungszeitraums, in den 1980er-Jahren, sowohl der Personen- als auch der Güterverkehr auf dem Abschnitt Westerbürg – Wallmerod der Westerwaldquerbahn komplett eingestellt. Dieser verläuft an der Ortsgemeinde Bilkheim vorbei und wurde zwischenzeitlich in einen Rad- und Wanderweg umgewandelt. Der Bahnhof wurde bereits 1971 geschlossen. Von Bilkheim bestehen direkte Busverbindungen nach Montabaur und Westerbürg mittels der Linie 481 sowie nach Limburg (LM-11 von Salz über Hundsangen nach Hadamar/Limburg) (vgl. KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES 2011a).

### 6.3.4.4 Angebot an Wohnungen und Bauplätzen

Im Untersuchungszeitraum wurden insbesondere ab Ende der 1980er-Jahre zahlreiche Baugebiete ausgewiesen (*Am Köppel, Am Hang, Wiesenstraße, Im Boden* und angehängte kleinere Neubaugebiete *Wickenbitz* und *Mittelweg*), die in erster Linie von jungen Familiengründern gekauft und bebaut wurden. Diese stammen größtenteils aus Bilkheim selbst und wohnten vorher im Ortskern, zum Teil noch bei ihren Eltern. Viele von ihnen gehören zu den geburtenstarken Jahrgängen der Baby-Boom-Generation und sind entsprechend zahlreich vertreten. Aus diesen Tatsachen erklärt sich auch, dass sich der Bevölkerungsanstieg auf den Zeitraum von 1987 bis 2000 konzentriert: Zum einen trugen die einheimischen Familiengründer, welche laut Angaben des Ortsbürgermeisters außerdem eine überdurchschnittliche Geburtenrate von mehr als zwei Kindern pro Frau aufweisen, maßgeblich dazu bei, zum anderen zogen die Familiengründungen der Bilkheimer Bürger auch Wanderungen junger Familien von außerhalb nach sich, da ihre Kinder im Umfeld der Neubaugebiete ausreichend Möglichkeiten besitzen, mit Gleichaltrigen zu spielen (vgl. BECKER, Anhang B). Diese Entwicklung führte darüber hinaus zu dem starken Anstieg der Kinder im Kindergartenalter.



**Abb. 84: Neubaugebiet *Im Boden* in Bilkheim**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

Einen geringeren Einfluss auf die Bevölkerungszunahme hatte der Zuwanderungsstrom aus dem Ausland: Keiner der Neubauten wurde von ausländischen Zuwanderern errichtet; lediglich in die vereinzelt leerstehenden Häuser entlang der *Hauptstraße* zogen etwa 15 bis 20 ausländische Bürger, vorwiegend aus Osteuropa, in dem besagten Zeitraum ein. Asylbewerber hingegen gab es keine, unter anderem aufgrund der Tatsache, dass Mietwohnungen nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren. Dennoch gibt es in Bilkheim auch größere Reihenhäuser bzw. Wohnblocks für mehrere Mietparteien. Auf diese können, zumindest hypothetisch, der sprunghafte Anstieg des Wanderungsvolumens und der Wanderungsbilanz in den Jahren 1999/2000 zurückgeführt werden: Wenn beispielsweise mehrere Bürger aus Bilkheim gleichzeitig aus einem solchen Wohnblock in das Neubaugebiet gezogen sind oder die Ortsgemeinde verlassen haben, ist davon auszugehen, dass aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnungen um die Jahrtausendwende dieser Wohnblock wieder relativ zügig von Zuwanderern belegt wurde (vgl. ebd.).

Der Umstand, dass die alten Häuser, insbesondere entlang der Hauptstraße, im Rahmen der skizzierten Umzüge in die Neubaugebiete wieder schnell bewohnt wurden, führte dazu, dass es in Bilkheim bis heute kaum Leerstände gibt. Zudem nimmt die Ortsgemeinde an dem Förderprogramm *Leben im Dorf, Leben mittendrin* der VG Wallmerod teil. In diesem Zusam-



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

menhang konnten in der jüngsten Vergangenheit – von 2004 bis 2011 – vier Objekte im Ortskern realisiert werden. Nicht mehr bewohnbare, leerstehende Häuser wurden in der Vergangenheit in zwei Fällen von der Gemeinde aufgekauft und sollen in Zukunft abgerissen werden, um somit eine Vorreiterrolle zur Beseitigung solcher für das Ortsbild problematischer Immobilien einzunehmen, von denen jedoch nur noch eine weitere (Stand: Februar 2012) in Bilkheim vorzufinden ist (vgl. ebd.).

Der Ortsgemeinde Bilkheim ist es durch ihre Teilnahme an dem Projekt *Leben im Dorf, Leben mittendrin* untersagt, zukünftig Neubaugebiete auszuweisen. Es sind insgesamt noch rund 30 bebaubare Plätze vorhanden. Dabei handelt es sich zur einen Hälfte um Bauplätze, zur anderen Hälfte um Flächen für Anbaumaßnahmen. Diese befinden sich in privater Hand und werden von den Besitzern, zumindest derzeit, weder bebaut noch an die Gemeinde veräußert (vgl. ebd.), sodass Bilkheim voraussichtlich nicht weiter expandieren wird.

### 6.3.4.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Es gibt zwar keinen Kindergarten in Bilkheim, jedoch in der nur einen Kilometer entfernten Ortsgemeinde Salz. Dieser gemeinsame kommunale Kindergarten, der eine Ganztagsbetreuung anbietet, nimmt Kinder aus beiden Gemeinden auf und wurde inzwischen von zwei auf drei Gruppen aufgestockt. Somit ist auch sichergestellt, dass keine Wartelisten entstehen. Lediglich in seltenen Fällen, wenn beispielsweise eine kinderreiche Familie nach Bilkheim zieht und deshalb nicht direkt alle Kinder in Salz aufgenommen werden können, fungiert der Kindergarten im benachbarten Herschbach/Oberwesterwald (zwei Kilometer Entfernung) als Ersatz, bis sie in Salz einen Platz bekommen. Um eine gleichbleibende Betreuungsqualität zu gewährleisten, wurde der kommunale Kindergarten des Weiteren an- und umgebaut (vgl. ebd.).

Die Grundschüler besuchen die zweizügige Grundschule in Herschbach/Oberwesterwald; für die Schüler der Sekundarstufe I, mit Ausnahme der Gymnasiasten, ist die Realschule plus in Salz zuständig. Beide Schülergruppen haben entsprechend kurze Anfahrtswege. Das nächstgelegene Gymnasium in Westerburg ist zehn Kilometer entfernt.

Im Dorfgemeinschaftshaus haben die drei Vereine Bilkheims (Frauengemeinschaft, gemischter Chor, Freiwillige Feuerwehr) sowie eine Eltern-Kind-Gruppe die Möglichkeit, ihre Versammlungen abzuhalten. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass die Freiwillige Feuerwehr über 100 Mitglieder zählt; der Bürgermeister betont den hohen idealistischen Ein-

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

satz in diesem Verein – im Gegensatz zu anderen regionalen Feuerwehren, die schrumpfende Mitgliederzahlen zu verzeichnen haben (vgl. ebd.). Darüber hinaus ist in den letzten Jahren am Vereinsleben generell „nichts abgebrochen“ (ebd.) und auch Zugezogene beteiligen sich aktiv in den Vereinen, die sie im Rahmen von Dorffesten (Kirmes, Backesfest und Weihnachtsmarkt) kennenlernen. Ein weiterer Treffpunkt für die gesamte Dorfgemeinschaft – eine Gastwirtschaft mit Pension – wurde im Untersuchungszeitraum in eine Seniorenwohngemeinschaft umgewandelt (vgl. Abb. 85). Um diesen Verlust zu kompensieren, ist seitens der Gemeinde für die Zukunft die Errichtung eines neuen Treffpunktes vorgesehen.

**Abb. 85: Seniorenwohnheim (ehemalige Gaststätte) in Bilkheim**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

Für die Senioren besteht mit der bereits erwähnten Wohngemeinschaft zwar ein Betreuungsangebot, welches jedoch nicht von den Einheimischen genutzt wird. Dies ist mit der Tatsache zu erklären, dass insbesondere die älteren Menschen, die ihr ganzes Leben in Bilkheim verbracht haben, psychisch stark darunter leiden würden wenn sie in einem Altenheim untergebracht wären, das sich in unmittelbarer Nähe zu ihrer ursprünglichen Wohnung befindet. Deshalb ziehen ausnahmslos alle Senioren aus Bilkheim, die sich selbst nicht mehr versorgen können, in andere Pflegeheime, überwiegend nach Dornburg (Landkreis Limburg Weilburg), Weltersburg und Wallmerod (vgl. BECKER, Anhang B). Dieser Umstand trägt auch zu dem negativen Wanderungssaldo in der Gruppe der über 64-Jährigen bei.

### 6.3.4.6 *Fazit*

Die Ausführungen haben gezeigt, dass die positive Bevölkerungsentwicklung Bilkheims auf alle fünf Einflussfaktoren zurückzuführen ist. Es gibt zwar nur relativ wenige Arbeitsmöglichkeiten vor Ort, jedoch genügend im engeren und weiteren Einzugsbereich. Selbst weit entfernte Arbeitsplätze, beispielsweise in Frankfurt am Main oder Köln, können durch die gute Verkehrsanbindung (u.a. zwei Autobahnanschlussstellen und zwei ICE-Bahnhöfe im Umkreis von 15 Kilometern) schnell erreicht werden. Zudem ist die Nahversorgung der Bevölkerung, obwohl keine Einzelhandelsgeschäfte mehr vorhanden sind, durch den mobilen Markt und die räumliche Nähe zu Wallmerod gewährleistet. Auch für Kinder und Jugendliche gibt es genügend Betreuungs- und Bildungseinrichtungen in den Nachbargemeinden. In Bezug auf die soziale und kulturelle Infrastruktur ist das rege Vereinsleben hervorzuheben, das nach Ansicht des Bürgermeisters mit dazu beiträgt, dass sich auch die jungen Menschen in der vergleichsweise kleinen Ortsgemeinde heimisch fühlen (vgl. ebd.). Dieser Umstand kommt im Übrigen – neben der Inanspruchnahme von Bauplätzen durch junge Familiengründer – als Erklärungsansatz für die positive Wanderungsbilanz bei den 21- bis 29-Jährigen infrage, da die regionale Bindung der Jugendlichen an ihren Wohnort zu einer geringeren Abwanderung in dieser Altersklasse führt.

### 6.3.5 *Wallmerod*

Die Ortsgemeinde Wallmerod grenzt im Norden an Bilkheim und liegt direkt an der B 8, etwa in der Mitte zwischen Köln (78 km Entfernung) und Frankfurt am Main (103 km Entfernung). Aufgrund dieser Lage kamen ihm schon früh wichtige Funktionen zu, unter anderem als Amtssitz im 19. Jahrhundert. Heute ist Wallmerod im Westerwaldkreis die kleinste Ortsgemeinde, sowohl bezogen auf die Einwohnerzahl als auch auf seine Fläche von 2,65 km<sup>2</sup>, mit zentralörtlicher Funktion.

Ausgehend von der sehr hohen prozentualen Zunahme der Einwohnerzahl Wallmerods im Untersuchungszeitraum, werden die Ursachen folgender Ergebnisse der Analyse der Bevölkerungsentwicklung ergründet: Konzentration des Bevölkerungsanstiegs auf die Jahre 1987 bis 1998 (vgl. Kap. 6.2.2.1), höchste durchschnittliche AFR auf Kreisebene (vgl. Kap. 6.2.2.2), ab dem Jahr 2000 relativ hohe CDR (vgl. ebd.), negative Wanderungsbilanz bei den

21- bis 29-Jährigen (vgl. Kap. 6.2.2.3), starker Zuwachs des Ausländeranteils (vgl. Kap. 6.2.2.5) und Rückgang der Sexualproportion ab dem Jahr 2000 (vgl. Kap. 6.2.2.6)<sup>50</sup>.

### 6.3.5.1 Angebot an Arbeitsplätzen

Im Gegensatz zu Bilkheim (vgl. Kap. 6.3.4.1) ist das Verhältnis von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (342 im Jahr 2008, darunter 304 Einpendler) zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort (403) in Wallmerod relativ ausgeglichen. Auffällig ist in Bezug auf die Beschäftigten am Arbeitsort der hohe Frauenanteil: 207 bzw. 60,5% der 342 Bediensteten sind weiblich (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2012). Dies ist hypothetisch auf das Arbeitsplatzangebot im Gesundheitswesen (vier freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte sowie ein freipraktizierender Zahnarzt) und das Altenpflegeheim zurückzuführen, da in diesen Bereichen der Anteil an Arbeitnehmerinnen allgemein überdurchschnittlich hoch ist.

Das Angebot an Arbeitsplätzen konzentriert sich in Wallmerod eindeutig auf den tertiären Sektor: Neben den oben genannten Arbeitgebern sind des Weiteren die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Verbandsgemeindeverwaltung und im Lebensmitteleinzelhandel (u.a. zwei große Discounter) vordergründig zu erwähnen. Zu den größeren Unternehmen innerhalb der Verbandsgemeindengrenzen zählt der Verbandsbürgermeister *Bongard & Lind* (Lärmschutzsysteme) in Weroth, die *GEA Westfalia Separator Group* in Niederahr sowie die *VWH* in Herschbach/Oberwesterwald (vgl. LÜTKEFEDDER, Anhang B). In diesem Zusammenhang betont er die Bedeutung der zahlreichen kleinen Unternehmen in der Region, die dazu führen, dass keine Abhängigkeit von großen Firmen im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation besteht. Darüber hinaus existieren im weiteren Einzugsbereich bis zu einer Entfernung von 50 bis 80 Kilometern gute Beschäftigungsmöglichkeiten (vgl. ebd.).

### 6.3.5.2 Nahversorgung

Hinsichtlich der Nahversorgung wird die Funktion Wallmerods als zentraler Ort für die gleichnamige Verbandsgemeinde deutlich. Beispielsweise ist in der Gemeinde Wallmerod am

---

<sup>50</sup> Für die ausgeprägt negative Wanderungsbilanz im Jahr 2000 (vgl. Kap. 6.2.2.3) lässt sich keine eindeutige Ursache identifizieren. Der Verbandsbürgermeister nennt zwar das Altenheim und die durch Trennungen bzw. Scheidungen bedingten Fortzügler aus den Neubaugebieten als Einflussfaktoren, die jedoch selbst annäherungsweise nicht quantifiziert werden können.

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

Ortsrand der erste größere Supermarkt in der Region entstanden. In der jüngsten Vergangenheit, etwa in den Jahren 2008/2009, hat sich die Versorgungssituation dahingehend massiv verändert, dass sich Filialen von zwei großen Lebensmitteldiscountern und einer bekannten Drogeriekette angesiedelt haben. Dies führt dazu, dass Wallmerod mittlerweile eine Versorgungsstruktur für eine Kommune mit 5.000 bis 8.000 Einwohnern aufweist. Dieser Umstand korrespondiert mit der positiven Bevölkerungsentwicklung in der gesamten Verbandsgemeinde, welche die entsprechende Nachfrage nach solchen Nahversorgungsangeboten fördert. Da größere Supermärkte sich laut Landesplanung nur in zentralen Orten niederlassen dürfen, siedeln sich diese infolgedessen in dem Grundzentrum Wallmerod an (vgl. ebd.). Im Gegensatz zu kleinen Gemeinden besteht somit keine Notwendigkeit, die Nahversorgung der älteren Bevölkerung mittels mobiler Märkte sicherzustellen. Diesen Umstand sieht der Verbandsbürgermeister als einen Grund dafür an, dass Wallmerod in der Altersklasse der 74-Jährigen eine positive Wanderungsbilanz aufweist: Senioren können fußläufig viele Geschäfte (u.a. auch eine Apotheke) erreichen und sind somit weder auf ein eigenes Auto noch auf fremde Hilfe diesbezüglich angewiesen (vgl. ebd.).

### 6.3.5.3 *Verkehrsinfrastruktur*

Auf der einen Seite besteht in Wallmerod mit der B 8 ein direkter Anschluss an das überregionale Straßennetz, auf der anderen Seite wirken sich die hohe Verkehrsbelastung und der Durchgangsverkehr mindernd auf die Wohnqualität aus. Erkennbar wird dies an der Leerstandsproblematik, die direkt an der B 8 zwischen der Abfahrt nach Bilkheim und der Bankfiliale zu beobachten ist (vgl. Abb. 86).

**Abb. 86: Wohnungsleerstände an der B 8 in Wallmerod**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

In Bezug auf die nächstgelegenen Autobahnanschlussstellen und die beiden ICE-Bahnhöfe in Montabaur und Limburg bestehen Entfernungen, die nur geringfügig von den Werten für Bilkheim abweichen, sodass sich auch für Wallmerod eine gute verkehrliche Anbindung festhalten lässt.

Die Ortsgemeinde Wallmerod war in den 1980er-Jahren von der Stilllegung der Strecke Wallmerod – Westerburg der Westerwaldquerbahn betroffen. Allerdings ist der Bahnhof in Wallmerod noch in Betrieb, da der Abschnitt Wallmerod – Montabaur weiterhin dem Güterverkehr dient. Im ÖPNV gibt es direkte Busverbindungen nach Limburg über die Linien 482 (Guckheim – Limburg) und LM-11 (Salz – Hundsangen – Hadamar/Limburg) sowie über die Linie 482 nach Montabaur und Westerburg (vgl. KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES 2011a).

#### *6.3.5.4 Angebot an Wohnungen und Bauplätzen*

In der Zeit des starken Bevölkerungswachstums entstanden in Wallmerod einige Neubaugebiete (*Marienweg, Leckersbach/Mühlenpfad, Untere Dörrbach*), die zu dieser Entwicklung beigetragen haben (vgl. LÜTKEFEDDER, Anhang B). Denn viele Bauplätze wurden, wie auch



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

in Bilkheim, von jungen Familiengründern gekauft und bebaut. Dieser Umstand trägt auch zu der hohen durchschnittlichen AFR bei. Die Gebiete *Leckersbach/Mühlenpfad* und *Untere Dörrbach* sind jedoch bis heute nicht vollständig bebaut worden, sodass dort noch Bauplätze verfügbar sind. Insgesamt gibt es derzeit etwa 30 Bauplätze, die sich allerdings ausschließlich in privatem Besitz befinden. Weitere Neubaugebiete werden aufgrund der Teilnahme an dem Projekt *Leben im Dorf, Leben mittendrin* nicht mehr ausgewiesen.

**Abb. 87: Teil des Neubaugebiets *Untere Dörrbach* in Wallmerod**



**Quelle: Eigene Aufnahme**

Nach 1987 wurden in Wallmerod einige größere Gebäude, in denen vorher zentralörtliche Einrichtungen untergebracht waren, in Wohnhäuser umgewandelt. Der auf diese Weise entstandene großflächige Wohnraum wurde an ausländische (Groß-)Familien vermietet, sodass im Gegensatz zu Bilkheim, das über keine derart großen Wohnhäuser verfügt, der Ausländeranteil ab 1989 in Wallmerod stark ansteigen konnte (vgl. BECKER, Anhang B). Der höhere Ausländeranteil wiederum trägt hypothetisch zu der hohen durchschnittlichen AFR bei, da die durchschnittliche Kinderzahl bei ausländischen Frauen allgemein über dem Niveau der deutschen liegt.

In Bezug auf Leerstände ist der bereits erwähnte Abschnitt der *Frankfurter Straße* (B 8) zwischen der Abfahrt nach Bilkheim und der Bankfiliale vordergründig zu nennen. Es handelt

## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

sich dabei um ältere Bausubstanz, wodurch sich der Verkauf dieser Objekte schwierig gestaltet. Abgesehen davon hat das Programm *Leben im Dorf, Leben mittendrin* mit zehn realisierten Objekten im Zeitraum von 2004 bis 2011 dazu beigetragen, dass zumindest derzeit Leerstände kein gravierendes Problem in der Ortsgemeinde Wallmerod darstellen (vgl. LÜTKEFEDDER, Anhang B).

### 6.3.5.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Wallmerod verfügt über eine katholische Kindertagesstätte, die auch von Kindern aus der benachbarten Ortsgemeinde Molsberg genutzt wird. Sie wurde in den 1970er/1980er-Jahren um- und ausgebaut und bietet Platz für 75 Kinder. 63 Plätze stehen Kindern von drei bis sechs Jahren zur Verfügung; die restlichen sind den Kindern von zwei bis drei Jahren vorbehalten. Zudem wird eine Ganztagsbetreuung mit 36 Plätzen bereitgestellt (vgl. VERBANDSGEMEINDE WALLMEROD 2012b). Kinder aus dem relativ weit von der Kita entfernten Wohngebiet *Dörrbach* haben die Möglichkeit, morgens und mittags mit dem Kita-Bus hin- und zurückzufahren (vgl. KATHOLISCHE KINDERTAGESSTÄTTE MARIENHEIM 2012). Damit ist ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kindergartenkinder vorhanden, zumal in Berod bereits seit etwa 15 Jahren eine Ganztagsbetreuung angeboten wird (vgl. LÜTKEFEDDER, Anhang B).

Grundschul Kinder besuchen die einzügige Grundschule in Wallmerod. In Bezug auf die Entfernungen zu den weiterführenden Schulen bestehen nur geringe Unterschiede zu Bilkheim (vgl. Kap. 6.3.4.5); der Verbandsbürgermeister betont in diesem Zusammenhang noch den Vorteil, dass Schüler der Sekundarstufen I und II viele Wahlmöglichkeiten besitzen aufgrund der räumlichen Nähe Wallmerods zu den Schulstandorten Westerbürg, Montabaur, Limburg und Hadamar, die sich in einem Radius von maximal zwölf Kilometern Entfernung befinden (vgl. LÜTKEFEDDER, Anhang B).

Wenngleich die Ortsgemeinde Wallmerod aufgrund der höheren Anzahl an eingetragenen Vereinen ein größeres Angebot als Bilkheim bietet, bleibt festzuhalten, dass das Vereinsleben nicht so ausgeprägt ist wie in anderen kleinen Ortsgemeinden (vgl. ebd.). Der Verbandsbürgermeister führt diese Tatsache hypothetisch auf die Geschichte Wallmerods zurück: Die Ortsgemeinde war früher ein bedeutender Verwaltungssitz (z.B. Amtsgericht) in der Region. Somit kamen viele Auswärtige nach Wallmerod und dementsprechend etablierte sich dort das traditionelle Vereinsleben nicht so stark wie in anderen Dörfern. Dieser Aspekt trägt demgemäß nicht zu der hohen Zuwanderung nach Wallmerod bei; dennoch besteht die Möglichkeit, dass einige Zuwanderer – insbesondere diejenigen aus weiter entfernten Regi-



## 6. URSACHEN BESONDERS POSITIVER UND NEGATIVER ENTWICKLUNGEN

---

onen – genau diese Strukturen bevorzugen, da mit ihnen auch einen geringeres Maß an sozialer Kontrolle einhergeht. Die damit ebenfalls verknüpfte niedrigere Ausbildung einer regionalen Identität bei den Zugezogenen führt wiederum insbesondere in den jüngeren Altersklassen zu einer schwächeren Bindung an den neuen Wohnort. Dieser Umstand begünstigt den negativen Wanderungssaldo in der Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen (vgl. ebd.).

Für pflegebedürftige Senioren gibt es seit dem Jahr 2000 ein Altenpflegeheim mit 100 bis 150 Plätzen. Dies trägt zu der relativ hohen CDR und dem Rückgang der Sexualproportion ab diesem Zeitraum bei.

### 6.3.5.6 *Fazit*

Wallmerod verfügt, wie auch Bilkheim, im Hinblick auf die außerdemographischen Einflussfaktoren über größtenteils sehr gute Voraussetzungen: Es sind sowohl im näheren als auch im weiteren (50 km bis 80 km) Umkreis genügend Arbeitsplätze vorhanden und die ohnehin günstige Verkehrsanbindung hat sich mit der Inbetriebnahme der ICE-Bahnhöfe Montabaur und Limburg nochmals verbessert. Darüber hinaus sind die Nahversorgungsmöglichkeiten hervorzuheben, die Wallmerod aufgrund seiner Funktion als zentraler Ort besitzt und die – gemessen an der Einwohnerzahl – als überdurchschnittlich gut einzustufen sind. Lediglich im Bereich der kulturellen Infrastruktur besteht durch das im Vergleich zu Bilkheim weniger ausgeprägte Vereinsleben der Nachteil, dass die damit einhergehende geringere regionale Bindung der Einwohner Abwanderungsprozesse begünstigen kann.

## **7 QUANTITATIVE STUDIE: ONLINE-BEFRAGUNG VON JUGENDLICHEN AUS DERNBACH, EBERNHAHN UND WIRGES ZU IHREN ABWANDERUNGSABSICHTEN**

Bei der Analyse der Wanderungsvorgänge im Cluster der VG Wirges im vorangehenden Kapitel hat sich herausgestellt, dass in den beiden jüngeren Altersklassen der 18- bis 20-Jährigen sowie der 21- bis 29-Jährigen insgesamt jeweils ein Wanderungsdefizit vorliegt (vgl. Kap. 6.2.1.3). Für die vorliegende Arbeit ist es daher – insbesondere für das noch folgende Handlungskonzept – eine interessante Forschungsfrage, auf welche Gründe diese Defizite zurückzuführen sind, zumal die zukünftige Bevölkerungsentwicklung auch von dem Wanderungsverhalten junger Menschen abhängt. In diesem Kontext bieten Kenntnisse über die

Abwanderungsmotive bzw. -absichten in den entsprechenden Altersklassen die Möglichkeit, beispielsweise infrastrukturellen Mängeln vor Ort konkret entgegenzusteuern, um wanderungsbedingte Bevölkerungsverluste gezielt eindämmen zu können.

Zur Erfassung der Abwanderungsmotive eignet sich in erster Linie eine quantitative Erhebung mit der Grundgesamtheit aller Personen in den beiden aufgeführten Altersklassen, die in den vergangenen Jahren aus den drei Gemeinden der VG Wirges abgewandert sind. Diese könnten anhand der elektronischen Datenbanken des Einwohnermeldeamtes ab dem Jahr 2004 herausgefiltert werden; auch die neuen Anschriften liegen vor. Anschließend bestünde dementsprechend die Möglichkeit, die Abgewanderten per Post zu einer Online-Umfrage zum Thema einzuladen. Im Rahmen dieser Arbeit war es nicht möglich, dieses Verfahren anzuwenden, da die verantwortlichen Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung Wirges nicht dazu bereit waren, die Erfassung der entsprechenden Datensätze zu Kosten abzuwickeln, welche für die vorliegende Arbeit noch vertretbar gewesen wären. Deshalb musste ein alternativer Operationalisierungsansatz entwickelt werden, um die vorliegende Forschungsfrage dennoch zufriedenstellend zu beantworten.

Im Gegensatz zu den Daten bezüglich der Abwanderer, welche nur beim Einwohnermeldeamt der Verbandsgemeinde verfügbar sind, besitzen die Gemeinden zum Teil eigene Datensätze ihrer derzeitigen Einwohner mit Anschrift und Geburtsdatum. Somit ist es zumindest möglich, Abwanderungsabsichten anstelle von -motiven mithilfe einer quantitativen Studie zu erfassen. Nach Rücksprache mit den Bürgermeistern der Ortsgemeinden Dernbach und Ebernahn sowie einem Stadtbeigeordneten der Stadt Wirges konnte dieses Vorhaben umgesetzt werden, da sie zu einer entsprechenden Kooperation bereit waren.

Die erkenntnisleitenden Fragestellungen der durchgeführten Studie sowie die damit verbundenen Hypothesen werden im folgenden Unterkapitel 7.1 präsentiert. Anschließend werden theoretische und methodologische Bezüge (Kap. 7.2) der statistischen Auswertung des Fragebogens (Kap. 7.3) vorangestellt. Eine kritische Diskussion der Ergebnisse (Kap. 7.4), die auch noch in das Handlungskonzept mit einfließen werden, bildet den Abschluss dieses siebten Kapitels.

### **7.1 Erkenntnisleitende Fragestellungen und Auswahl der Hypothesen**

Im Zusammenhang mit der übergeordneten Fragestellung, ob junge Menschen aus den drei Gemeinden Dernbach, Ebernahn und Wirges zukünftig in ihrem Wohnort bleiben oder weg-

## 7. JUGENDBEFragung

---

ziehen möchten, existiert eine Reihe weiterer Fragen, von denen für die durchgeführte quantitative Untersuchung folgende drei – auch im Hinblick auf das Handlungskonzept in Kap. 8 – als erkenntnisleitend ausgewählt wurden:

1. *Welche Faktoren binden junge Menschen an ihren Wohnort, welche Faktoren fördern Abwanderungsabsichten?*
2. *Werden von den Jugendlichen infrastrukturelle Mängel (z.B. unzureichendes ÖPNV-Angebot) in den Gemeinden wahrgenommen, die Abwanderungsabsichten evozieren?*
3. *Existiert ein Zusammenhang zwischen den Variablen „schulische bzw. berufliche Situation“ auf der einen und „Abwanderungsbereitschaft“ auf der anderen Seite?*

Aus diesen drei erkenntnisleitenden Fragestellungen lassen sich drei Hypothesen ableiten, die anhand der Studie untersucht werden sollen:

*Hypothese 1: Berufs- bzw. ausbildungsorientierte Abwanderungsabsichten überwiegen bei den befragten Jugendlichen gegenüber anderen möglichen Ursachen, den Wohnort verlassen zu wollen.*

Dieser Annahme liegt die Tatsache zugrunde, dass Berufseinsteiger auf dem heutigen dynamischen Arbeitsmarkt zu verstärkter Mobilität gezwungen sind (vgl. CHILLA / MORHART / BRAUN 2008, S. 260). Hinzu kommt im Hinblick auf die zukünftigen Studienanfänger unter den Jugendlichen des Clusters aus der VG Wirges, dass im näheren Umkreis (bis ca. 30 Autominuten) lediglich in Koblenz eine Universität vorhanden ist, sodass für zahlreiche Studiengänge, die dort nicht angeboten werden, ein weiter entfernter Universitätsstandort und somit auch ein Umzug in Erwägung gezogen werden muss.

*Hypothese 2: Die Absicht, den jetzigen Wohnort in Zukunft zu verlassen, wird bei den befragten Jugendlichen, welche ein Gymnasium besuchen, ausgeprägter sein als bei anderen.*

Diese Hypothese ist auf den Umstand zurückzuführen, dass Gymnasiasten nach dem Abitur vielfältige Beschäftigungs- und Studienmöglichkeiten besitzen, die sich im näheren Umkreis der VG Wirges zum Teil schwieriger realisieren lassen als die Ausbildungsberufe und schulischen Weiterbildungsmöglichkeiten, welche etwa nach dem Hauptschulabschluss oder der mittleren Reife in Betracht gezogen werden können.

*Hypothese 3: Die befragten Jugendlichen, welche sich mit Mobilitätsproblemen konfrontiert sehen (d.h. diejenigen, für die es ein Problem darstellt, zu Freunden oder Veranstaltungen zu fahren bzw. zu kommen) offenbaren tendenziell eher Abwanderungsabsichten als die anderen.*

Es ist anzunehmen, dass sich Jugendliche mit solchen Mobilitätsproblemen von ihrem sozialen Umfeld, insbesondere ihrem Freundeskreis, isolierter fühlen als andere und dass aus diesem Gefühl Abwanderungsabsichten entstehen können.

### **7.2 Theoretische und methodologische Bezüge**

Um einen theoretischen Überblick über Jugendbefragungen, die sich mit Wanderungsabsichten befassen, zu erhalten, wird zunächst auf die Bedeutung von Wanderungsabsichten junger Menschen im Kontext des Demographischen Wandels eingegangen (Kap. 7.2.1). Anhand dieser Ausführungen werden auch die Aktualität dieses Themas und seine Relevanz für die Bevölkerungsgeographie deutlich. Mit der Intention, den Stand der Forschung und gleichzeitig die zunehmende Anzahl an Studien in jüngster Vergangenheit zum Thema darzulegen, werden in Kap. 7.2.2 eine Auswahl der bisherigen empirischen Untersuchungen zu den Wanderungsabsichten junger Menschen präsentiert. Anschließend wird auf die Methodik, die der vorliegenden quantitativen Studie zugrunde liegt, eingegangen. Dabei geht es um die Auswahl der Befragten (Kap. 7.2.3), den Aufbau des Online-Fragebogens (Kap. 7.2.4) sowie den praktischen Ablauf der Studie (Kap. 7.2.5).

#### ***7.2.1 Die Bedeutung von Wanderungsabsichten junger Menschen im Kontext des Demographischen Wandels***

Im Gegensatz zu Wanderungsmotiven, die sich nach einem tatsächlichen Wanderungsvorgang bei der ab- bzw. zugewanderten Person erfragen lassen und sich auf ein konkretes Handeln in der Vergangenheit beziehen, sind Wanderungsabsichten auf zukünftiges Handeln bezogen und dementsprechend mit einer Ungewissheit behaftet. Dennoch stellt die Ergründung von Wanderungsabsichten, insbesondere von jungen Menschen, ein wichtiges Handlungsfeld der empirischen Sozialforschung innerhalb der Bevölkerungsgeographie bzw. geographischen Mobilitätsforschung dar. Dies liegt zum einen an der ökonomischen Bedeutung der jüngeren Bevölkerungsgruppen für die jeweiligen Regionen: Abwanderung von Ju-

gendlichen bedeutet in vielen Fällen – sofern keine Rückkehrintentionen bestehen – auch ein Verlust an Humankapital (*brain drain*) und somit an Wirtschaftskraft. Beispielsweise wurde anhand einer bundesweiten Studie unter jungen Männern von EBENRETT / HANSEN / PUZICHA (2003) nachgewiesen, dass das Intelligenzniveau einer Region vor allem von den Arbeitslosen- und Abwanderungsquoten beeinflusst wird (vgl. SCHUBARTH / SPECK 2009, S. 17). Dieser Aspekt gewinnt in der heutigen Zeit immer mehr an Wichtigkeit, da für zahlreiche Regionen Deutschlands ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften prognostiziert wird und sich somit der Wettbewerb um junge, gut ausgebildete Fachkräfte verschärfen wird (vgl. SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG DES LANDES BERLIN / MINISTERIUM FÜR INFRASTRUKTUR UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG 2010, S. 8). Des Weiteren wirkt sich der Fortzug von jüngeren Menschen negativ auf die soziale und kulturelle Infrastruktur einer Region aus, da beispielsweise das Fortbestehen von Vereinen in Zeiten des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs nur gewährleistet werden kann, wenn entsprechender Nachwuchs vorhanden ist. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die jungen Bewohner für die zukünftige Entwicklung einer Region allgemein von großer Bedeutung sind, da besonders von ihnen „das demographische, ökonomische und gesellschaftliche Prosperieren“ (CHILLA / MORHART / BRAUN 2008, S. 260) abhängt.

### **7.2.2 Bisherige empirische Untersuchungen zum Thema**

In jüngerer Vergangenheit haben sich zahlreiche Kommunen deutschlandweit verstärkt mit einem Demographie-Monitoring beschäftigt und zum Teil eigene empirische Untersuchungen durchgeführt, um die Wanderungsmotive bzw. -absichten ihrer jüngeren Bevölkerungsschichten zu erfassen. Hierzu zählt auch die Studie des Instituts für Stadtforschung und Strukturplanung, welche die Lebenszufriedenheit und Bindungskraft Zentraler Orte im Land Brandenburg aus Sicht der 16- bis unter 30-Jährigen erforscht (vgl. INSTITUT FÜR STADTFORSCHUNG UND STRUKTURPLANUNG 2009).

Eine Fallstudie im unterfränkischen Landkreis Haßberge analysiert die Motivationen von Schulabsolventen bezüglich ihrer Wanderungsabsichten (vgl. CHILLA / MORHART / BRAUN 2008).

Im Rahmen des Demografieforums Oberberg (Oberbergischer Kreis) wurde im Jahr 2010 eine schriftliche Befragung zu Wanderungsmotiven durchgeführt. Eine der Zielgruppen waren Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 20 Jahren, die zum Erhebungszeitraum in der Gemeinde Reichshof lebten (vgl. OBERBERGISCHER KREIS 2012).

Auf den Westerwaldkreis bezogen gab es bisher keine vergleichbare Studie, die sich auf die Wandermotive bzw. -absichten junger Menschen konzentriert. Allerdings wurde im Jahr 2000 von der Arbeiterwohlfahrt Westerwald e.V. in Zusammenarbeit mit der Universität Koblenz-Landau eine schriftliche Befragung unter rund 1.000 Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 19 Jahren durchgeführt (vgl. AWO KREISVERBAND WESTERWALD E.V. 2001). Im Fokus stand die Lebens- und Freizeitsituation junger Menschen im Westerwaldkreis, die anhand von Fragen zu verschiedenen Themenbereichen (u.a. politisches Interesse, Freunde und Freizeit, Gewalt) ergründet wurde. Auch das Thema *Bleiben oder Wegziehen?* war im Rahmen von zwei Fragen („Möchtest du in deinem jetzigen Wohnort auch als Erwachsener wohnen?“ und „Was ist zum Wohlfühlen in deinem Wohnort für dich im Moment wichtig?“) Gegenstand dieser empirischen Erhebung. Dabei stellte sich heraus, dass die Mehrheit der befragten Jugendlichen (71,7%) entweder ihren jetzigen Wohnort verlassen will oder sich noch nicht im Klaren darüber ist, ob sie bleiben oder wegziehen möchte (vgl. ebd., S. 52). Als wichtigsten Grund, sich in ihrem Heimatort wohlfühlen, nannten 73,7% ihre Freunde (vgl. ebd.). Diese Ergebnisse bieten für die in dieser Arbeit eigens durchgeführte Untersuchung die Möglichkeit eines Vergleichs. Zudem wird aus der begrenzten Anzahl der Fragen zum Thema *Bleiben oder Wegziehen?* der Jugendstudie auch die Notwendigkeit einer breiter angelegten Befragung deutlich, um die Wanderungsabsichten detaillierter zu analysieren.

### **7.2.3 Auswahl der Befragten**

Explizites Ziel der vorliegenden Untersuchung ist, die Wanderungsabsichten von Jugendlichen in den drei Gemeinden des Clusters aus der VG Wirges zu untersuchen. Somit stellen alle jungen Menschen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges die Grundgesamtheit der Erhebung dar. Im folgenden Schritt ist es jedoch notwendig, den Begriff *Jugendlicher* (bzw. den in dieser Arbeit synonym verwendeten Begriff *junge Menschen*) exakt zu bestimmen, um eine entsprechende Altersabgrenzung vornehmen und die Grundgesamtheit genau festlegen zu können.

Für die empirische Studie ist die Definition des Begriffs *Jugendlicher* – im Gegensatz beispielsweise zur soziologischen Perspektive – nicht an rechtlichen oder qualitativen Merkmalen (z.B. finanzielle und emotionale Autonomie) ausgerichtet. Da Wanderungsabsichten im Fokus stehen, soll sich der Begriff *Jugendlicher* vielmehr auf die Personen konzentrieren, die sich zwar noch in der Ausbildungsphase (Schule oder berufliche Ausbildung) befinden, aber in der näheren Zukunft mit einer beruflichen oder schulischen Veränderung zu rechnen haben, die auch mit einem möglichen Ortswechsel verbunden sein könnte. Dies betrifft im We-

sentlichen die Altersgruppe der 15- bis 20-Jährigen. Es ist zwar davon auszugehen, dass auch in der Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen, die ebenfalls ein Wanderungsdefizit im Cluster der VG Wirges offenbart, einige Personen, welche noch nicht ihre Ausbildung (z.B. in Form eines Studiums) abgeschlossen haben, möglicherweise danach einen Umzug in eine andere Ortsgemeinde bzw. Stadt in Betracht ziehen. Allerdings erscheint diese Altersgruppe insgesamt als zu inhomogen, da sich dort auch vermehrt Familiengründer befinden und dieser Umstand die Wanderungsabsichten auf eine andere Art und Weise beeinflusst. Zum Beispiel wird die Verfügbarkeit nach Bauplätzen und die soziale Infrastruktur (v.a. Kindergärten, Schulen) hinsichtlich der Frage „Bleiben oder Wegziehen?“ eine wesentlich größere Rolle spielen als bei den 15- bis 20-Jährigen, die wahrscheinlich andere Gründe aufführen werden. Um eine Vermischung dieser unterschiedlichen, altersgruppenspezifischen Aspekte zu vermeiden, wird die Altersklasse der 21- bis 29-Jährigen im Rahmen der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt.

Nach dieser vorgenommenen Abgrenzung des Begriffs *Jugendlicher* und der damit verbundenen Festlegung der Grundgesamtheit auf alle jungen Menschen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges, die zum Zeitpunkt der Erhebung im Frühjahr 2012 mindestens 15 und höchstens 20 Jahre alt sind, ergibt sich ein Umfang von 552 Personen (380 aus Wirges, 124 aus Dernbach und 48 aus Ebernhahn), die zu der Befragung eingeladen wurden<sup>51</sup>.

### **7.2.4 Aufbau des Fragebogens**

Der online-basierte Fragebogen enthält 24 Fragen<sup>52</sup>, von denen bedingt durch Filterführung mindestens 21 zu beantworten sind. Bei den meisten Fragen handelt es sich um geschlossene Fragen bzw. Hybridfragen, bei den wenigen offenen Fragen (z.B. „Was würdest du an deinem Wohnort ändern, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?“) besteht die Möglichkeit, einen beliebig langen, freien Text einzugeben.

Der Fragebogen erfasst anhand der Reihenfolge der 24 Fragen folgende Aspekte:

---

<sup>51</sup> Um die Erfassung dieser Altersgruppe aus den vorhandenen Daten für die kommunal Verantwortlichen zu erleichtern, wurde sich auf den Geburtszeitraum vom 01.01.1992 bis 31.12.1996 geeinigt.

<sup>52</sup> Zusätzlich zu den 24 inhaltlichen Fragen erfolgen im Anschluss noch zwei Fragen zu einem Gewinnspiel, das als Motivationsanreiz in der schriftlichen Einladung zur Umfrage erwähnt wurde (vgl. Anhang C).

### **Wohlfühlen am Wohnort**

Die ersten drei Fragen beziehen sich auf das Wohlfühlen der Jugendlichen an ihrem Wohnort. Bei der Einstiegsfrage („Fühlst du dich an deinem jetzigen Wohnort wohl?“) wurde bezüglich der Antwortmöglichkeiten bewusst auf eine 4er-Skala zurückgegriffen, um klar zwischen „ja“ und „nein“ differenzieren zu können. Mithilfe der anschließenden beiden Fragen („Was gefällt dir an deinem Wohnort?“ bzw. „Was gefällt dir an deinem Wohnort nicht?“) sollen positive und negative Aspekte der Wohnorte ergründet werden. Um die Jugendlichen nicht zu sehr auf die vorgegebenen Antwortkategorien festzulegen, wurden sie als Hybridfragen konzipiert.

### **Freizeitgestaltung**

Im Hinblick auf die Freizeitgestaltung ist es für die vorliegende Studie weniger entscheidend, welchen Aktivitäten die Jugendlichen nachgehen, sondern vielmehr wo und ob deren Ausübung mit Schwierigkeiten verbunden ist – entweder weil Plätze und Räumlichkeiten dafür fehlen oder weil es Mobilitätsprobleme gibt. Diese Aspekte werden anhand der Fragen 4 bis 7 behandelt (vgl. Anhang D). Die Antworten geben somit einen ersten Aufschluss über mögliche infrastrukturelle Mängel. Zusätzlich wird der Aktionsradius der Jugendlichen bei ihren abendlichen Freizeitaktivitäten ermittelt.

### **Bewertung des Angebots an Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen**

Unabhängig von ihrer derzeitigen schulischen bzw. beruflichen Situation besitzen die Jugendlichen die Gelegenheit, beide Aspekte – sowohl das Schulangebot als auch die Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktsituation in der Region – zu beurteilen. Allerdings wurde, im Gegensatz zur ersten Frage, jeweils eine 5er-Skala mit der Antwortmöglichkeit „kann ich nicht beurteilen“ verwendet, da davon auszugehen ist, dass sich zum Beispiel einige Schulabsolventen (noch) nicht mit der Arbeitsmarktsituation vor Ort befasst haben.

### **Wanderungsabsichten**

Erst nachdem sich die Jugendlichen – sofern nicht bereits vor Beantwortung des Fragebogens geschehen – anhand der bisherigen Fragen mit ihrer Wohn- und Lebenssituation beschäftigt haben, erscheint es sinnvoll, die Frage zu stellen, ob sie es sich vorstellen können, in ihrem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben. Dabei wird wieder eine 4er-Skala an Antwortmöglichkeiten eingesetzt, um für die spätere Auswertung klar zwischen einem „Ja“ und einem „Nein“ unterscheiden zu können. Mit dieser Frage ist die Filterfrage nach dem wichtigsten Grund verbunden, der für oder gegen das Bleiben am Wohnort spricht.



### **Soziodemographische Daten und Angaben zur Wohnsituation**

Diese Fragen wurden bewusst an das Ende des Fragebogens gestellt, da sie in der Regel nicht das Interesse der Befragten an der Untersuchung wecken und, am Anfang platziert, zu vermehrten Abbrüchen führen könnten. Die Angabe zur schulischen bzw. beruflichen Situation (Frage 19) ist unerlässlich für die Überprüfung von Hypothese 2 (vgl. Kap. 7.1).

#### **7.2.5 Praktischer Ablauf der Studie**

Nachdem die Anschriften aller Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren aus den Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges mithilfe der entsprechenden Datensätze von den kommunal Verantwortlichen erfasst werden konnten, wurden diese anschließend verwendet, um die jungen Menschen auf dem Postweg zu der Online-Umfrage (unter Angabe des Umfrage-Links) einzuladen. Die hierzu erstellten Anschreiben wurden von den Bürgermeistern bzw. dem Stadtbeigeordneten der Stadt Wirges unterzeichnet, um den Jugendlichen (und deren Eltern) die Seriosität der Studie zu verdeutlichen (vgl. Anhang C). Zudem wurde zur Motivationssteigerung bei den Jugendlichen, an der Untersuchung teilzunehmen, auf ein Gewinnspiel hingewiesen, das im Rahmen des Projektes stattfand. Zugestellt wurden die Einladungen im März 2012.

Die Online-Umfrage war vom 8.03. bis zum 15.04.2012 im Feld. In dieser Zeit waren 104 Personen auf dem Umfrage-Link. Davon haben 97 die Umfrage begonnen und 87 beendet. Unter den Jugendlichen, die den Fragebogen begonnen und Angaben zu ihrem Wohnort gemacht haben, kommen jeweils 14 aus Dernbach und Ebernhahn sowie 63 aus Wirges.

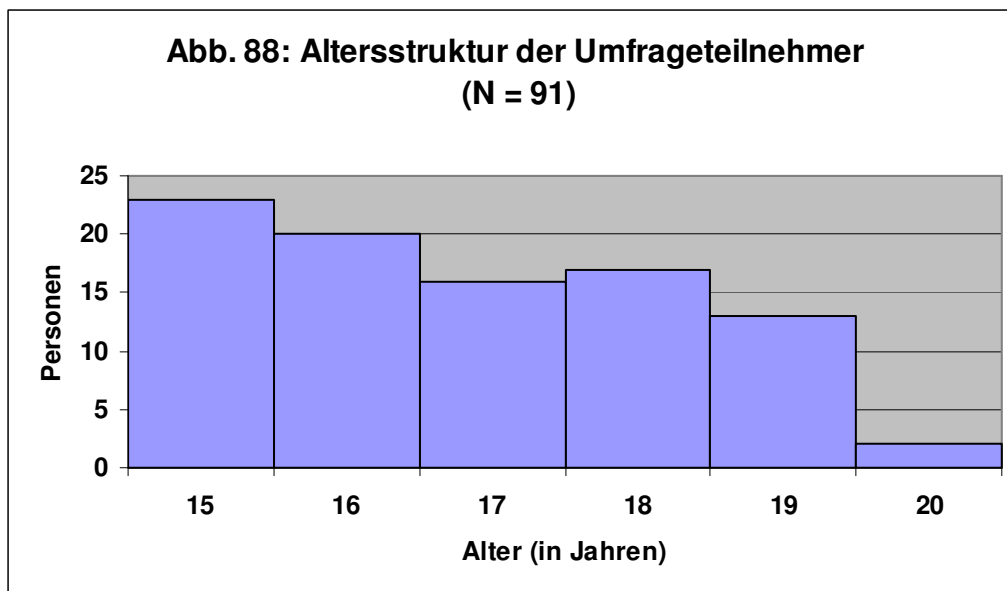
### **7.3 Auswertung**

Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl in den Gemeinden Dernbach und Ebernhahn ist es statistisch nicht sinnvoll, die Auswertung der Ergebnisse nach Gemeinden zu differenzieren, da sie für Dernbach und Ebernhahn ( $N < 30$ ) nicht aussagekräftig wären. Auch für die Berechnung eines Korrelationskoeffizienten zwischen zwei Variablen ist die Anzahl der Teilnehmer aus diesen beiden Gemeinden in den meisten Fällen zu gering. Dennoch lassen sich zahlreiche wichtige Resultate der Befragung darstellen, die weitgehend unabhängig vom Wohnort der Teilnehmer sind.

Im Übrigen orientiert sich die folgende Präsentation an dem Aufbau des Fragebogens; allerdings wird die soziodemographische Struktur der Teilnehmer vorangestellt, um eingangs einen Gesamtüberblick über die Befragten zu erhalten.

### 7.3.1 Soziodemographische Struktur der Teilnehmer

91 Teilnehmer (42 männlich, 49 weiblich) geben ihr Alter in dem Online-Fragebogen an. Abbildung 88 verdeutlicht die daraus resultierende Altersstruktur. Am stärksten vertreten sind die 15-Jährigen (23 Umfrageteilnehmer), wohingegen lediglich zwei Teilnehmer 20 Jahre alt sind<sup>53</sup>. Das Medianalter der Teilnehmer beträgt somit 17 Jahre, das arithmetische Mittel 16,81 Jahre.



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

83 Teilnehmer (bzw. 91,21%) sind in Deutschland geboren, lediglich acht in einem anderen Land. Darunter ist Kasachstan (drei Nennungen) am stärksten vertreten, gefolgt von Russland (zwei Nennungen). Zudem werden die Niederlande einmal als Geburtsland angegeben.

<sup>53</sup> Die geringe Anzahl der 20-jährigen Teilnehmer ist auch darauf zurückzuführen, dass zum Zeitpunkt der Erhebung im März/April 2012 nur ein relativ kleiner Anteil des ältesten Geburtsjahrgangs (1992), der zur Untersuchung eingeladen wurde, bereits das 20. Lebensjahr vollendet hat. In welchem Ausmaß dieser Umstand die geringe Teilnehmerzahl in dem Alter bedingt, kann allerdings anhand der anonymisierten Daten des Einwohnermeldeamtes nicht näher quantifiziert werden. Gleiches gilt für die Altersstruktur der insgesamt 552 Jugendlichen, die eine Einladung zur Umfrage erhielten.

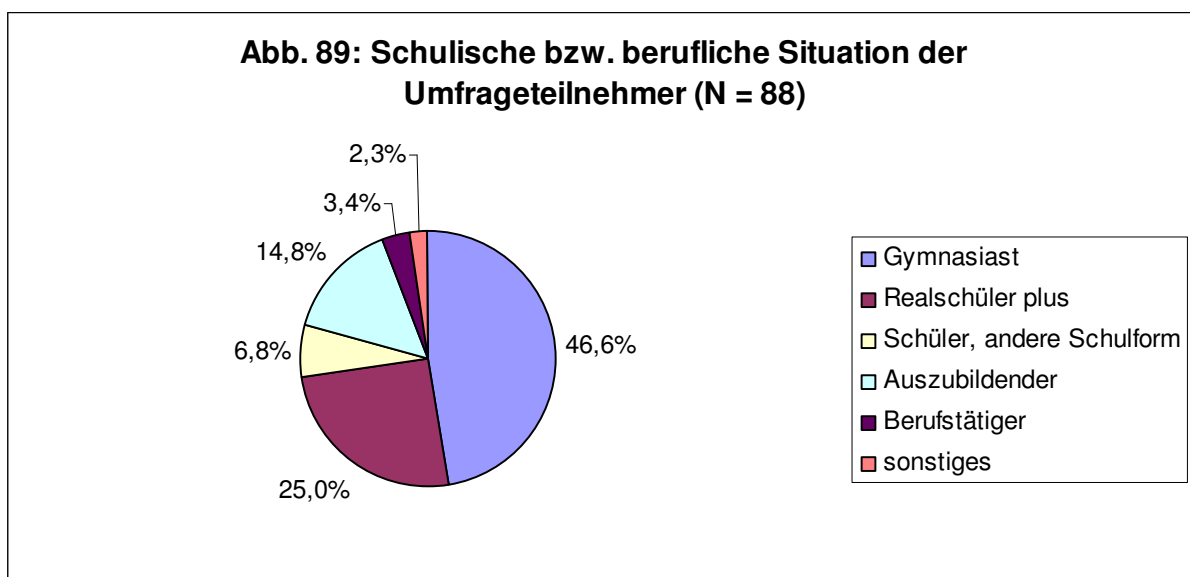
## 7. JUGENDBEFragung

Von den in Deutschland geborenen Teilnehmern geben 15 (bzw. 18,07%) an, dass mindestens ein Elternteil aus einem anderen Land stammt. Dabei wird die Türkei als Heimatland der Eltern mit sieben Nennungen am häufigsten aufgezählt. Des Weiteren werden der Kosovo, Italien, England, Portugal und Rumänien genannt.

Insgesamt beantworten 90 Teilnehmer die Frage nach der Wohndauer an ihrem jetzigen Wohnort. 64 (bzw. 71,11%) wohnen schon immer dort, 26 sind zugezogen. Am häufigsten (fünf Mal) wird das Jahr 2010 als Zuzugsjahr genannt, die durchschnittliche Wohndauer der Zugezogenen an ihrem jetzigen Wohnort beträgt 7,56 Jahre. Angesichts des hohen Anteils an Zugezogenen, deren Eltern aus dem Ausland stammen, ist die Häufigkeit der vorherigen Wohnorte, die sich außerhalb von Deutschland befinden, mit zwei Nennungen als gering einzustufen. Der überwiegende Teil der vorherigen Wohnsitze der zugezogenen Jugendlichen liegt innerhalb des Westerwaldkreises (17 von 24 Antworten).

Die meisten Jugendlichen wohnen bei den Eltern: 70 bzw. 85 Befragte geben an, mit ihrem Vater und/oder ihrer Mutter zusammenzuleben. Lediglich zwei wohnen mit ihrem Freund bzw. ihrer Freundin zusammen. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass keiner der Befragten alleine wohnt.

88 Umfrageteilnehmer machen Angaben zu ihrer schulischen bzw. beruflichen Situation (vgl. Abb. 89).



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung

Von den insgesamt 69 Schülern besucht mehr als die Hälfte (41 bzw. 59,42%) ein Gymnasium, 22 eine Realschule plus sowie sechs eine andere Schulform. Da im Westerwaldkreis lediglich 37% der Schüler ein Gymnasium besuchen (vgl. KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES 2011b), sind somit die Gymnasiasten überrepräsentiert. Keiner der Befragten absolviert ein Studium; unter denjenigen, die keine Schule mehr besuchen, befinden sich die meisten (13 von 18) in einer Ausbildung. Des Weiteren sind drei Jugendliche bereits berufstätig und zwei geben an, arbeitslos zu sein bzw. eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme zu besuchen<sup>54</sup>.

### **7.3.2 Wohlfühlen am Wohnort**

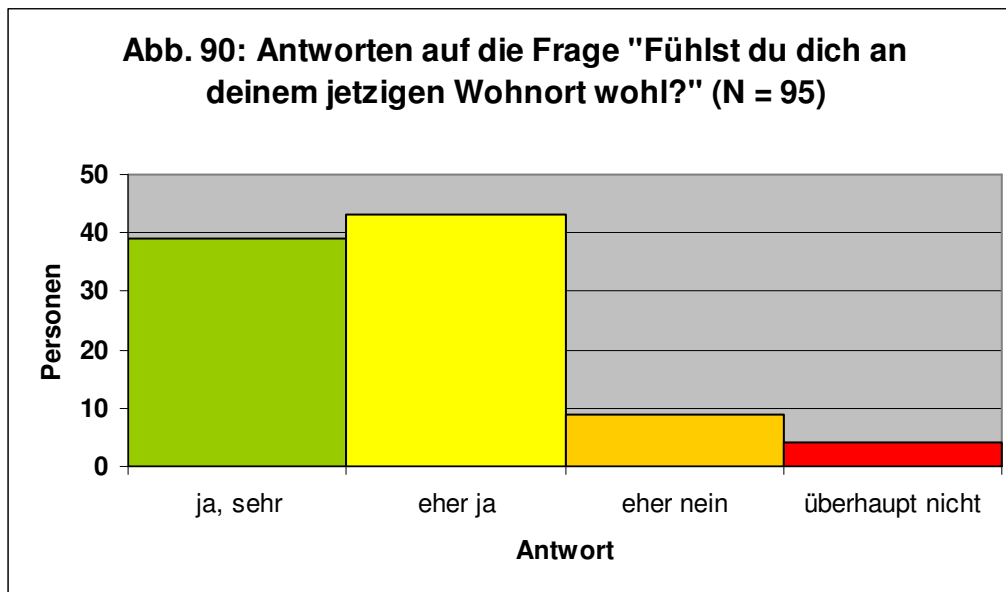
Um im Rahmen dieser statistischen Auswertung den Aspekt des Wohlfühlens am Wohnort näher zu beleuchten, werden die Antworten der befragten Jugendlichen nach drei relevanten Fragen getrennt dargestellt: Die Ausprägung des Wohlfühlens („Fühlst du dich in deinem jetzigen Wohnort wohl?“), positive und negative Aspekte des Wohnortes („Was gefällt dir an deinem Wohnort?“ bzw. „Was gefällt dir an deinem Wohnort nicht?“).

#### *7.3.2.1 Ausprägung des Wohlfühlens*

Werden die Angaben aller 95 Umfrageteilnehmer, welche die Frage nach dem Wohlfühlen am Wohnort beantworten, zunächst insgesamt betrachtet, lässt sich konstatieren, dass sich die Mehrheit der Jugendlichen (82 bzw. 86,32%) sehr oder eher wohlfühlt. Lediglich neun Befragte (bzw. 9,47%) antworteten mit „eher nein“ und vier mit „überhaupt nicht“ (vgl. Abb. 90).

---

<sup>54</sup> Hinzu kommt eine ungültige Angabe.



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

Bei einer differenzierten Betrachtung nach Geschlecht ergibt sich, dass sich 88,1% der männlichen Umfrageteilnehmer an ihrem jetzigen Wohnort wohlfühlen und 83,7% der weiblichen. Trotz dieses Unterschiedes lässt sich mithilfe des Chi-Quadrat-Tests und der anschließenden Berechnung des Koeffizienten Phi nur ein äußerst niedriger Zusammenhang zwischen den Variablen „Wohlfühlen am Wohnort“ und „Geschlecht“ erkennen ( $\Phi = 0,06$ ).

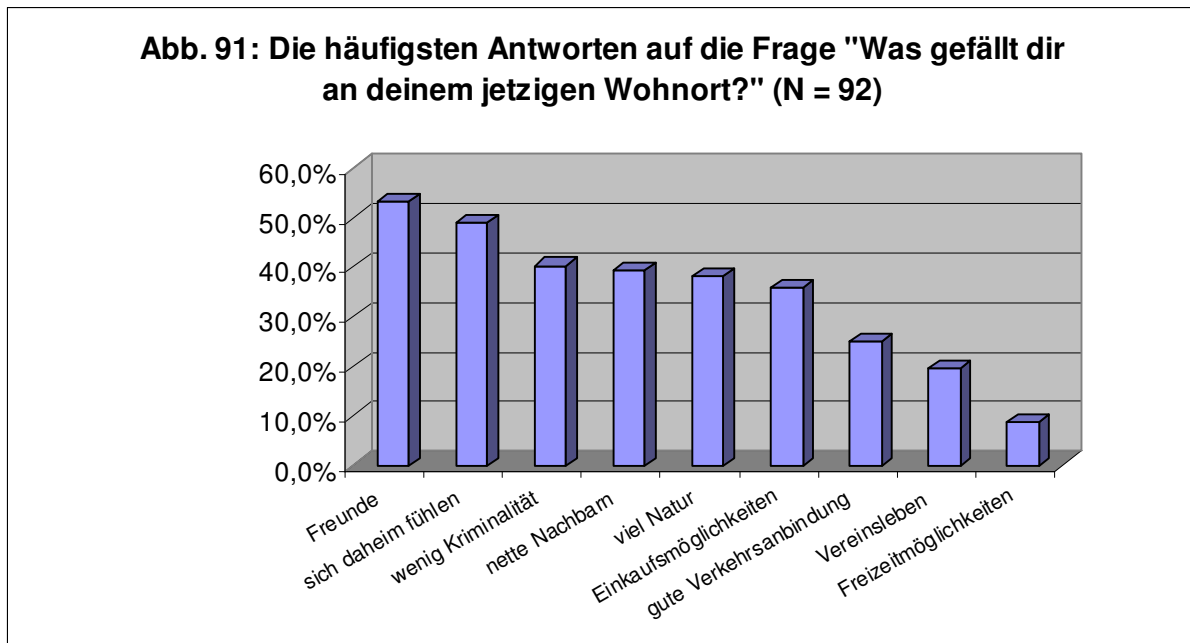
Einen etwas stärkeren, jedoch insgesamt immer noch niedrigen Zusammenhang ( $\Phi = 0,26$ ) offenbart die Betrachtung, inwiefern die Wohndauer (seit Geburt oder zugezogen) Einfluss auf das Wohlfühlen am Wohnort hat. 87,5% der befragten Jugendlichen, die schon immer in ihrem jetzigen Wohnort gelebt haben, fühlen sich dort wohl, während bei den zugezogenen ein Wert von 80,8% erreicht wird.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Differenzierung nach Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund<sup>55</sup>. 86,8% der Befragten ohne Migrationshintergrund geben an, sich an ihrem Wohnort wohlfühlen, wohingegen es bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund 82,6% sind. Der Koeffizient Phi beträgt 0,25, sodass erneut nur ein niedriger Zusammenhang zwischen den beiden untersuchten Variablen vorliegt.

<sup>55</sup> In diesem Kontext wird von Migrationshintergrund gesprochen, wenn mindestens ein Elternteil des Befragten aus dem Ausland stammt, unabhängig von dem Geburtsland des Jugendlichen.

### 7.3.2.2 Positive Aspekte der Wohnorte

Anhand der Frage „Was gefällt dir an deinem jetzigen Wohnort?“ soll ergründet werden, welche Faktoren dazu beitragen, dass sich die Jugendlichen in ihrem Wohnort wohlfühlen und welche infrastrukturellen Vorzüge im Cluster Dernbach/Ebernhahn/Wirges von den Befragten möglicherweise wahrgenommen werden. Mehrfachnennungen sind möglich, da das subjektive Wohlbefinden im Wohnort meist auf mehrere Gründe zurückzuführen ist. Abbildung 91 präsentiert die neun Faktoren, welche von den Befragten am häufigsten genannt werden.



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

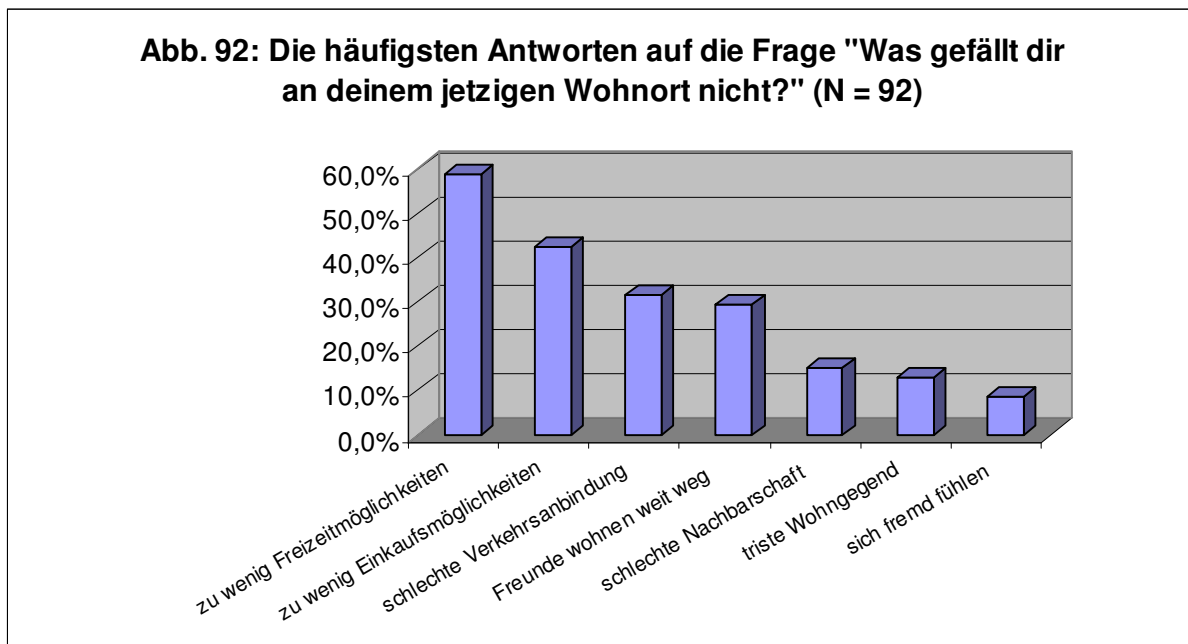
53,3% der 92 Jugendlichen, die auf die Frage antworten, gefällt an ihrem Wohnort, dass sie dort viele Freunde haben. Dass Freunde den am häufigsten genannten Grund für das Wohlfühlen der Jugendlichen an ihrem Wohnort darstellen, haben bereits vorangegangene wissenschaftliche Befragungen gezeigt: In der AWO-Jugendstudie gaben 73,7% Freunde als wichtigsten Faktor an (vgl. AWO KREISVERBAND WESTERWALD E.V. 2001, S. 52) und eine Repräsentativumfrage unter Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet kam zu einem ähnlichen Ergebnis (vgl. SANDMEYER 1999).

Neben den Freunden ist für 48,9% der Jugendlichen der bedeutendste positive Faktor, dass sie sich an ihrem Wohnort daheim fühlen. Wenig Kriminalität und das daraus resultierende Sicherheitsgefühl geben 40,2% der Befragten an. Unter dem Aspekt der infrastrukturellen Einrichtungen fällt auf, dass die Einkaufsmöglichkeiten aufgrund der Vielzahl der Nennungen

(33 bzw. 35,9%) am ehesten positiv wahrgenommen werden, wohingegen die Freizeitmöglichkeiten an ihrem Wohnort nur 8,7% der Jugendlichen angeben.

### 7.3.2.3 Negative Aspekte der Wohnorte

Analog zum Vorgehen in Kap. 7.3.2.2 werden im Folgenden mithilfe der Antworten auf die Frage „Was gefällt dir an deinem Wohnort nicht?“ diesmal die negativen Faktoren, die von den Jugendlichen in ihren Wohnorten wahrgenommen werden, vorgestellt. Zunächst liefert Abb. 92 eine Übersicht über die von den Befragten am häufigsten genannten Aspekte.



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

Auffällig ist, dass die drei Negativfaktoren, welche am häufigsten ausgewählt werden (zu wenig Freizeitmöglichkeiten, zu wenig Einkaufsmöglichkeiten, schlechte Verkehrsanbindung) die Infrastruktur der Gemeinden betreffen und nicht etwa soziale Bezüge oder subjektive Befindlichkeiten. Im Hinblick auf die Freizeitmöglichkeiten ergibt sich ein recht eindeutiges Bild: Da auf der einen Seite nur 8,7% der Jugendlichen diese als positiven Aspekt einstufen (vgl. Kap. 7.3.2.2) und auf der anderen Seite 58,7% der Befragten „zu wenig Freizeitmöglichkeiten“ angeben, wird hier von der Mehrheit der Jugendlichen ein Mangel wahrgenommen. Als weitaus weniger klar erweist sich der Sachverhalt in Bezug auf die Einkaufsmöglichkeiten, denn obwohl Abb. 92 verdeutlicht, dass 42,4% der Befragten diese als unzureichend empfinden, nennen 35,9% die Einkaufsmöglichkeiten in ihrem Wohnort als positiven Faktor (vgl. ebd.). Ähnlich verhält es sich mit der Verkehrsanbindung, die ebenfalls unter-

schiedlich eingestuft wird. Am seltensten wird – neben diversen Angaben unter der Rubrik „Sonstiges“ – das subjektive Fremdheitsgefühl angegeben (acht Nennungen bzw. 8,7%). Die gleiche Anzahl Jugendlicher hat im Übrigen nichts an ihrem Wohnort auszusetzen.

### **7.3.3 Freizeitgestaltung**

Jugendliche haben einen breit gestreuten, vielfältigen Bedarf an altersgerechter Freizeitgestaltung (vgl. AWO KREISVERBAND WESTERWALD E.V. 2001, S. 78). Dementsprechend ist die Frage, inwiefern dieser Bedarf gedeckt werden kann, ein entscheidender Faktor für die Zufriedenheit bzw. das Wohlfühlen der jungen Menschen an ihrem Wohnort und kann letztendlich sogar mit beeinflussen, ob Jugendliche später dort wohnen bleiben oder wegziehen möchten. Die zentrale Rolle, die den Freunden in der Lebenswelt der befragten Jugendlichen zukommt, wurde bereits in Kap. 7.3.2.2 deutlich; sie unterstreicht die Bedeutung der Freizeitgestaltung, da diese oft zusammen mit Freunden stattfindet. Zudem haben die Umfrageergebnisse in Kap. 7.3.2.2 und 7.3.2.3 gezeigt, dass die Freizeitmöglichkeiten im Cluster der VG Wirges als unzureichend eingestuft werden. Deshalb wird dem Thema *Freizeitgestaltung* ein eigenes Unterkapitel gewidmet.

Um sich diesem zu nähern, wird zunächst der Aktionsradius der Jugendlichen bei ihrer abendlichen Freizeitgestaltung<sup>56</sup> dargestellt (Kap. 7.3.3.1), da davon auszugehen ist, dass Veranstaltungen und Treffen mit Freunden im Allgemeinen nicht nur innerhalb des eigenen Wohnortes stattfinden. Anschließend wird auf den wichtigen Aspekt der fehlenden Freizeitmöglichkeiten eingegangen, indem die Wünsche der Jugendlichen diesbezüglich vorgestellt werden (Kap. 7.3.3.2). Da der Mobilität im ländlichen Raum bei der Verwirklichung der Freizeitbedürfnisse eine weitaus größere Rolle zukommt als im urbanen, wird zum Schluss präsentiert, mit welchen Verkehrsmitteln die befragten Jugendlichen die räumlichen Distanzen bewältigen und ob in diesem Zusammenhang Probleme wahrgenommen werden (Kap. 7.3.3.3).

---

<sup>56</sup> Da sich die Frage auf das „Ausgehen“ bezieht, stehen somit keine Freizeitaktivitäten im Rahmen von Vereinsmitgliedschaften im Vordergrund, sondern der Besuch von Bars, Lokalen, Diskotheken, Kinos etc.



### 7.3.3.1 Aktionsradius

Anhand der Frage „Wenn du abends ausgehst, wohin gehst bzw. fährst du meistens?“ soll ermittelt werden, welche Dörfer bzw. Städte von den Jugendlichen aus dem Cluster der VG Wirges insbesondere am Wochenende aufgesucht werden, da davon auszugehen ist, dass Freizeitaktivitäten unter der Woche nach der Schule oder der Arbeit sich auf einen kleineren Radius beschränken. Insgesamt haben 92 Umfrageteilnehmer die Frage beantwortet.

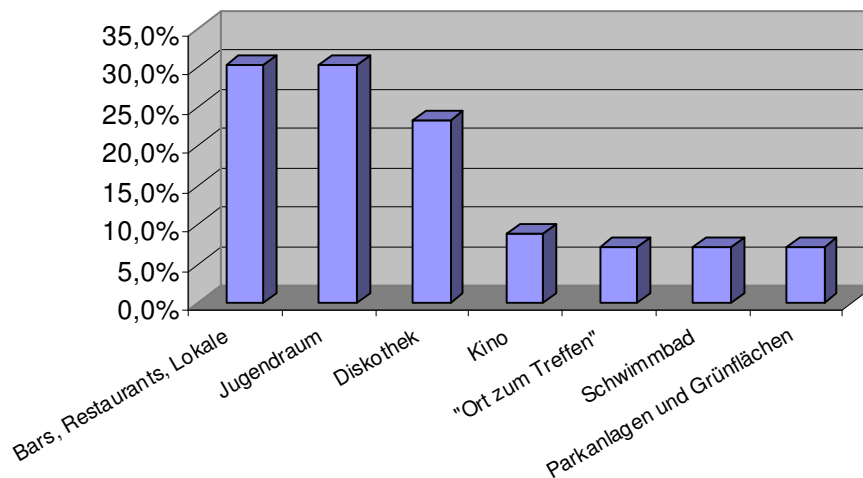
Es zeigt sich, dass der Kreisstadt Montabaur in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zukommt, da 34 Jugendliche (bzw. 37,0%) angeben, meistens dorthin zu fahren. An zweiter Stelle steht das Oberzentrum Koblenz (31,5%), welches ein breiter gefächertes Freizeitangebot im Vergleich zu Montabaur aufweist, jedoch von den drei untersuchten Gemeinden aus etwa 25 Kilometer und somit rund 20 Kilometer weiter als die Kreisstadt entfernt ist. Ein wesentlich geringerer Anteil der Jugendlichen (8,7%) bleibt im Rahmen abendlicher Freizeitaktivitäten innerhalb des eigenen Wohnortes. Zudem lässt sich festhalten, dass die beiden Mittelzentren Ransbach-Baumbach (ca. 4-6 km Entfernung) und Höhr-Grenzhausen (ca. 11-15 km Entfernung) für die jungen Menschen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges kaum eine Rolle spielen, da sie nur zu jeweils 1,1% abends aufgesucht werden.

Aus diesen Ergebnissen wird ersichtlich, dass – mit Ausnahme derjenigen, die innerhalb ihres Wohnortes bleiben – die meisten Jugendlichen bei der Verwirklichung ihrer abendlichen Aktivitäten in erster Linie auf öffentliche Verkehrsmittel, motorisierten Individualverkehr oder zumindest ihr Fahrrad angewiesen sind, da selbst die nächstgelegenen Ziele (Montabaur und Ransbach-Baumbach) fußläufig nur unter hohem Zeitaufwand zu erreichen sind.

### 7.3.3.2 Fehlende Plätze bzw. Räumlichkeiten vor Ort

Die Mehrheit der Jugendlichen (56 von 92 bzw. 60,9%) vermisst Plätze bzw. Räumlichkeiten in ihrem Wohnort zwecks Unternehmungen mit Freunden. Abbildung 93 veranschaulicht die am häufigsten genannten Plätze und Räumlichkeiten, die den jungen Menschen vor Ort fehlen.

**Abb. 93: Die häufigsten Antworten auf die Frage "Welche Plätze bzw. Räumlichkeiten fehlen dir?" (N = 56)**



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

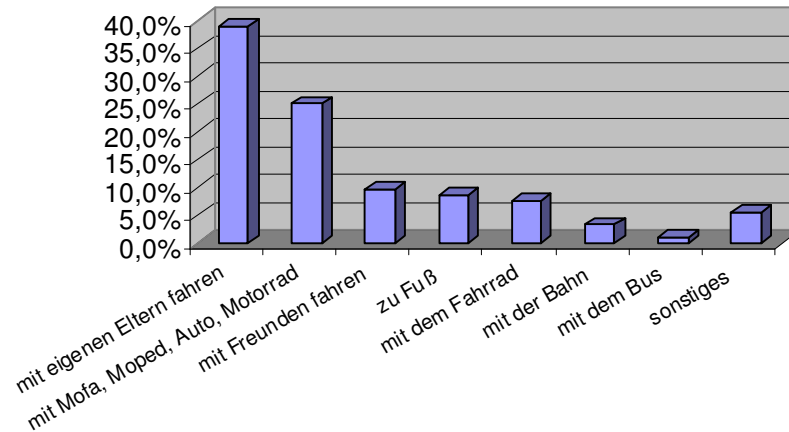
Mit jeweils 17 Nennungen werden die Kategorie „Bars, Restaurants, Lokale“<sup>57</sup> und der Wunsch nach einem Jugendraum am häufigsten aufgezählt. Im Hinblick auf diejenigen, die einen Jugendraum vermissen, fällt des Weiteren auf, dass rund die Hälfte den Wunsch mit einem Kommentar ergänzt in Form von Kritik an den bestehenden Jugendräumen. Insbesondere die Altersselektivität dieser Treffpunkte mit dem einhergehenden Umstand, dass sich nur bestimmte Freundeskreise (überwiegend ältere Jugendliche) dort verabreden, wird mehrmals genannt. An dritter Stelle steht der Wunsch nach einer Diskothek. Die Angabe „Ort zum Treffen“ wird zwar vier Mal erwähnt, ist jedoch sehr unspezifisch und könnte dementsprechend auch anderen Kategorien zugeschrieben werden.

### 7.3.3.3 Genutzte Verkehrsmittel und Mobilitätsprobleme

Um Veranstaltungen zu besuchen oder Freunde zu treffen, nutzen die befragten Jugendlichen verschiedene Verkehrsmittel. Dabei kommt dem MIV die größte Bedeutung zu: 68 der 92 Befragten fahren entweder bei ihren Eltern bzw. bei Freunden mit oder nutzen das eigene Mofa, Moped, Motorrad oder Auto (vgl. Abb. 94). Dieses Mobilitätsverhalten ist allgemein charakteristisch für junge Menschen in ländlich geprägten Gebieten.

<sup>57</sup> Hierunter wurden alle Vorschläge, wie zum Beispiel Shishabars, Kneipen und Fast-Food-Filialen subsumiert.

**Abb. 94: Antworten auf die Frage "Wenn du zu Veranstaltungen gehst oder dich mit Freunden triffst, wie kommst du meistens dorthin?" (N = 92)**



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

Zudem werden die beiden Formen des nicht-motorisierten Individualverkehrs (zu Fuß, mit dem Fahrrad) von mehr Jugendlichen genutzt als der öffentliche Verkehr; lediglich eine Person nutzt meistens den Bus, um zu Veranstaltungen oder Freunden zu gelangen.

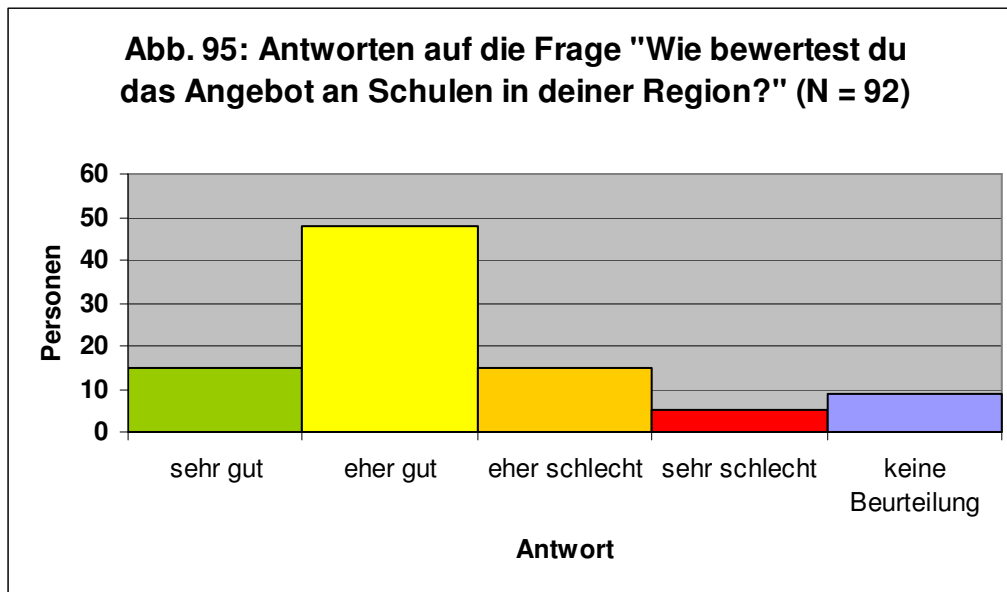
Rund zwei Drittel der Jugendlichen (65,2%) hat kein Problem, zu Veranstaltungen oder Freunden zu kommen bzw. zu fahren. Die restlichen 34,8% sehen verschiedene Möglichkeiten, wie ihr Mobilitätsproblem gelöst werden könnte. Am häufigsten (von 59,4%) werden dabei bessere Verbindungen im ÖPNV vorgeschlagen. Vor allem die Busverbindung nach Koblenz wird des Öfteren als verbesserungsbedürftig eingestuft sowie generell die Zug- und Busverbindungen abends und an den Wochenenden. An zweiter Stelle im Hinblick auf die Lösungsansätze (fünf Nennungen bzw. 15,6%) sehen die Jugendlichen eine grundsätzliche Steigerung der Attraktivität ihres Heimatortes, beispielsweise durch mehr Freizeitmöglichkeiten, da sich dann nicht mehr die Notwendigkeit ergäbe, den eigenen Wohnort zwecks Besuch von Veranstaltungen oder Freunden zu verlassen. Mit jeweils 12,5% werden die Einrichtung eines Jugendtaxi und eine Preissenkung im ÖPNV am vierthäufigsten genannt.

### **7.3.4 Angebot an Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen**

Im Rahmen des Online-Fragebogens werden die Teilnehmer gebeten, das regionale Angebot an Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu beurteilen um festzustellen, ob die Ju-

gendlichen im Bildungssektor bzw. auf dem Arbeitsmarkt strukturelle Mängel wahrnehmen, die möglicherweise Abwanderungsabsichten fördern.

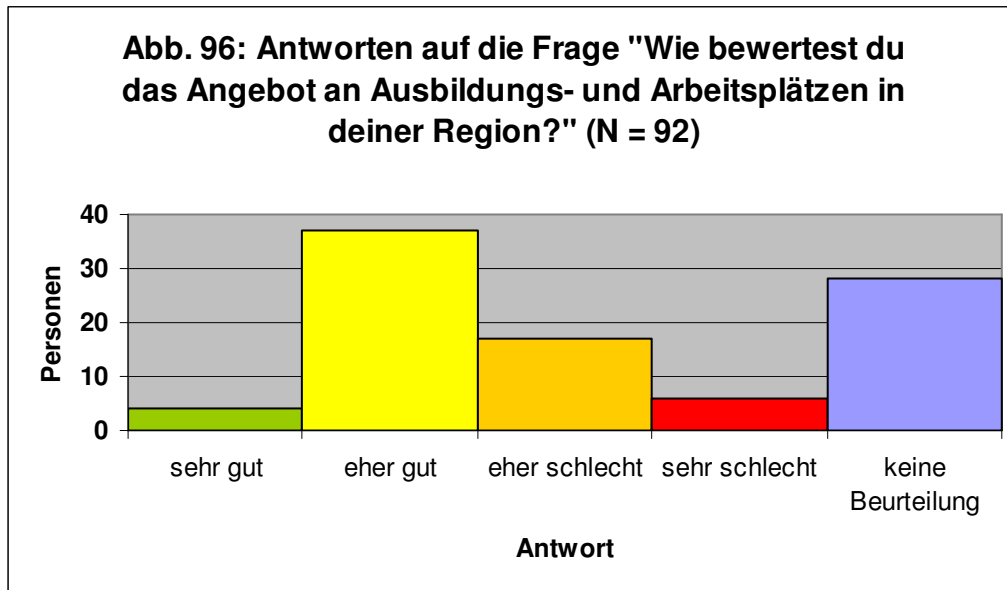
Mit der Frage „Wie bewertest du das Angebot an Schulen (z.B. Realschulen plus, Gymnasien, Fachhochschulen, Unis) in deiner Region?“ werden dementsprechend nicht nur die allgemeinbildenden Schulen bewertet. Das Ergebnis zeigt, dass das Angebot an diesen Bildungseinrichtungen überwiegend positiv bewertet wird: 68,5% stufen es als sehr gut oder eher gut ein (vgl. Abb. 95).



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

Da es theoretisch denkbar ist, dass einige der befragten Jugendlichen erst seit kurzer Zeit in ihrem jetzigen Wohnort leben und die Schulzeit in einer anderen Region verbracht haben, wird auch die Antwortmöglichkeit „kann ich nicht beurteilen“ mit vorgegeben. Davon machen 9,8% Gebrauch.

Etwas schlechter, jedoch insgesamt immer noch recht positiv, wird das Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen eingestuft (vgl. Abb. 96).



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung

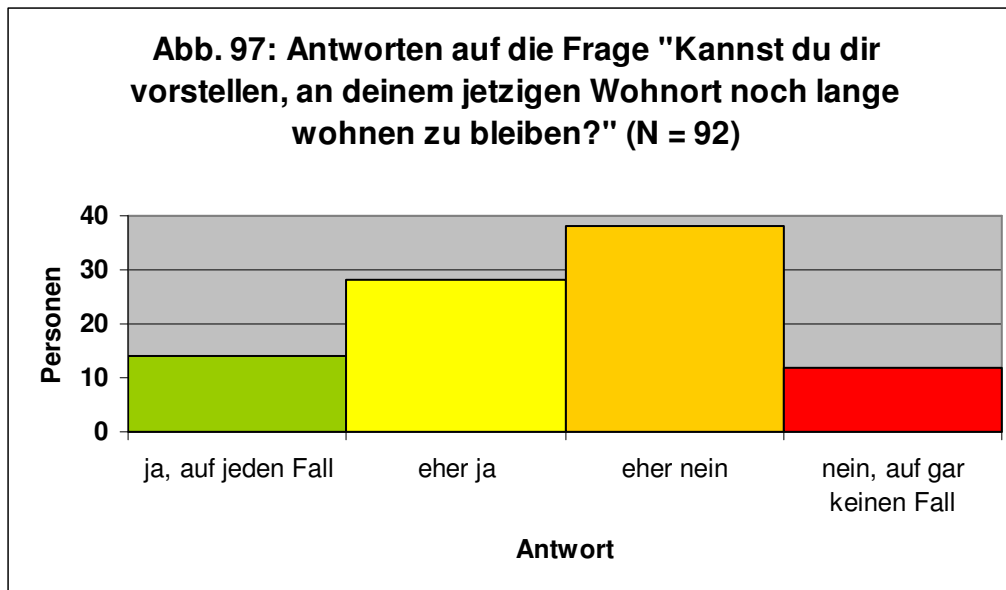
Knapp die Hälfte (44,6%) der Jugendlichen bewertet das Angebot als sehr gut oder eher gut. Auch bei dieser Frage wird die Antwortmöglichkeit „kann ich nicht beurteilen“ vorgegeben, da insbesondere die jüngeren der Befragten noch zur Schule gehen und sich womöglich noch nicht mit der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation befasst haben. Dementsprechend fällt der Anteil derjenigen, die keine Beurteilung diesbezüglich abgeben, mit 30,4% wesentlich höher aus als bei der Frage nach dem Angebot an Schulen.

### 7.3.5 Wanderungsabsichten

Nachdem die Jugendlichen in dem Online-Fragebogen viele Aspekte ihres derzeitigen Wohnortes beurteilt haben, geht es anschließend um die Frage, ob sie sich vorstellen können, noch lange dort wohnen zu bleiben oder ob sie die Absicht besitzen, wegzuziehen. Dies soll im folgenden Kapitel zunächst anhand der Antworten auf die entsprechende Frage „Kannst du dir vorstellen, in deinem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben?“ diskutiert werden (Kap. 7.3.5.1). Für die vorliegende Arbeit ist es zudem enorm wichtig, die Motive, welche dem zukünftigen Verbleib am Wohnort oder den Abwanderungsabsichten zugrunde liegen, zu kennen, insbesondere für das Handlungskonzept in Kapitel 8. Diese werden in Abschnitt 7.3.5.2 (Motive für den voraussichtlichen Verbleib am Wohnort) und Abschnitt 7.3.5.3 (Motive für den voraussichtlichen Wegzug vom Wohnort) vorgestellt.

### 7.3.5.1 Bleiben oder Wegziehen?

Die Mehrheit der 92 Jugendlichen (54,3%) aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges, welche auf die Frage „Kannst du dir vorstellen, in deinem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben?“ antworten, verneinen diese (vgl. Abb. 97). Am häufigsten wird die Antwortmöglichkeit „eher nein“ (38 Mal bzw. 41,3%) angegeben.



**Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung**

Bei einer Differenzierung dieses Ergebnisses nach Geschlecht zeigt sich, dass sich die Mehrheit der weiblichen Umfrageteilnehmer (57,1%) nicht vorstellen kann, am jetzigen Wohnort noch lange zu bleiben; bei den männlichen ist es genau die Hälfte. Da der Koeffizient Phi einen Wert von 0,07 annimmt, besteht allerdings nur ein sehr schwacher Zusammenhang zwischen den Variablen.

Ein nahezu identisches Ergebnis offenbart die Einteilung der Befragten in einerseits diejenigen, die seit ihrer Geburt am derzeitigen Wohnort leben und andererseits in die Zugezogenen: Während unter den Einheimischen 54,6% angeben, nicht langfristig in ihrer Heimat wohnen bleiben zu wollen, sind es unter den Zugezogenen 53,8%.

Werden die Gymnasiasten (39 von 88 Jugendlichen) separat von den anderen Umfrageteilnehmern betrachtet, lässt sich ein relativ deutlicher Unterschied konstatieren. Der Anteil der Schüler eines Gymnasiums, der sich vorstellen kann, noch lange an seinem jetzigen Wohnort zu bleiben, beträgt lediglich 30,8%, bei den restlichen Jugendlichen ist es jedoch die

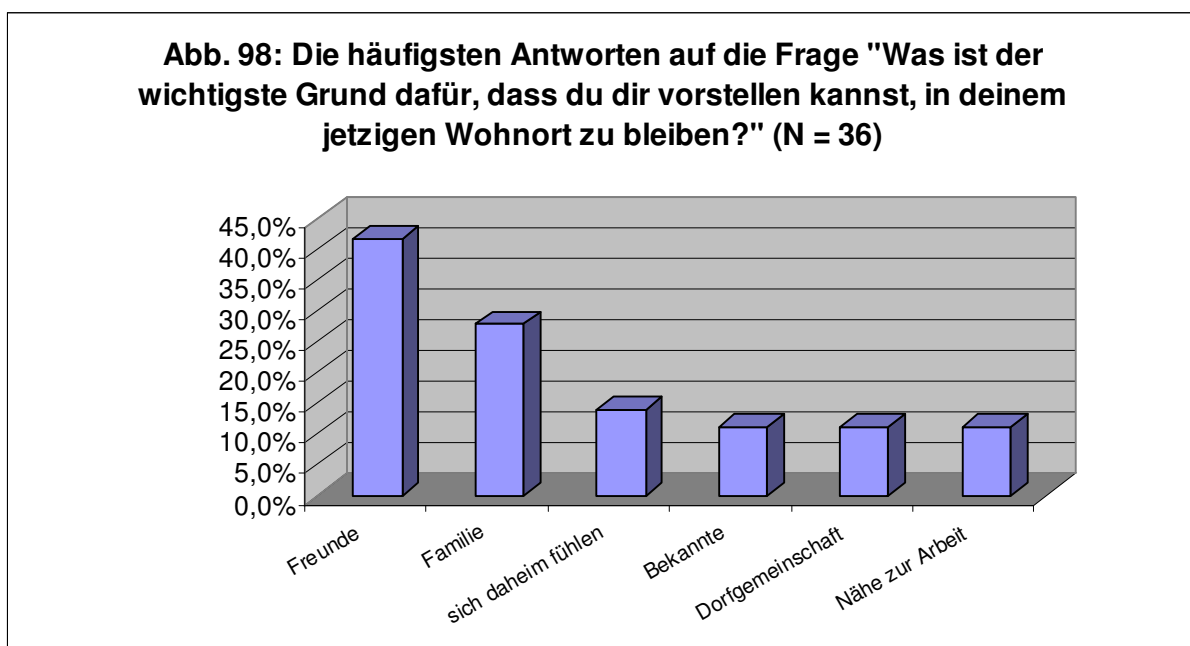
## 7. JUGENDBEFragung

Mehrheit (57,1%). Diesbezüglich ist ein mäßiger Zusammenhang zwischen den Variablen zu erkennen, da der Kontingenzkoeffizient  $C_{\text{kor}} bei 0,4 liegt.$

Zudem zeigt sich ein Unterschied zwischen Jugendlichen mit Mobilitätsproblemen – in diesem Fall denjenigen, welche die Frage „Ist es für dich ein Problem, zu Veranstaltungen oder Freunden zu kommen bzw. zu fahren?“ bejahen – und jungen Menschen ohne diese Probleme. Unter den Jugendlichen mit Mobilitätsproblemen geben nur 37,5% an, noch länger am Wohnort verbleiben zu wollen, bei den anderen ist es genau die Hälfte. Der Zusammenhang zwischen den Variablen ist wiederum niedrig ( $\Phi = 0,12$ ).

### 7.3.5.2 Motive für den voraussichtlichen Verbleib am jetzigen Wohnort

36 der 42 Jugendlichen, die sich vorstellen können, noch lange in ihrem jetzigen Wohnort wohnen zu bleiben, machen Angaben zu den wichtigsten Motiven für ihren dortigen Verbleib<sup>58</sup>. Abbildung 98 präsentiert die häufigsten Antworten.



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung

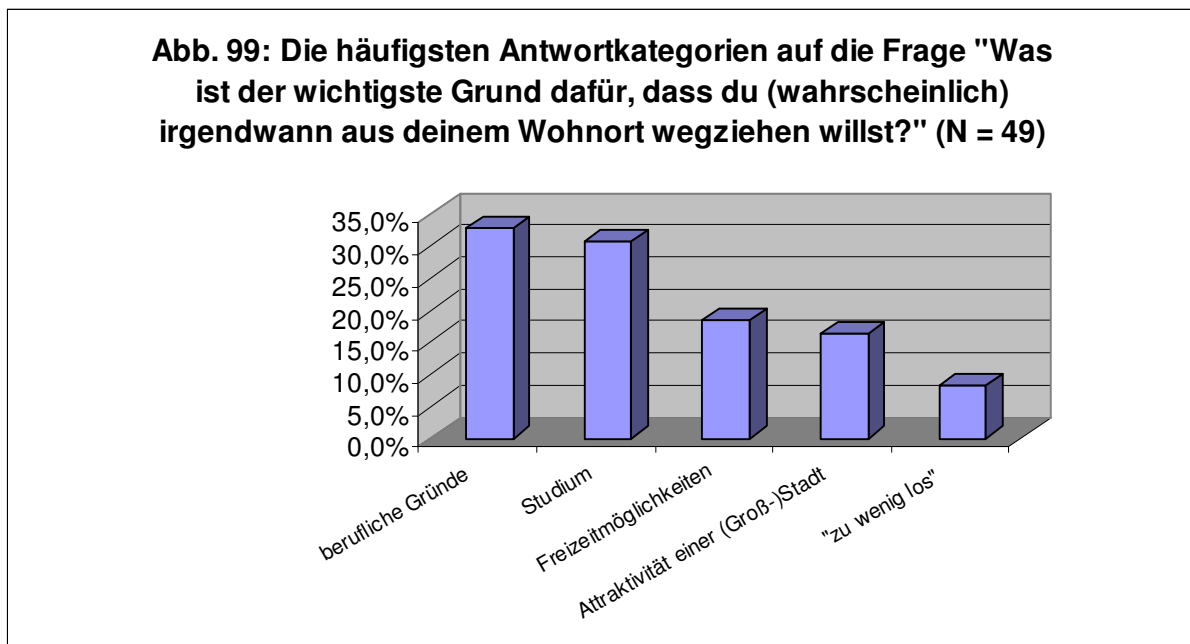
<sup>58</sup> Mit der diesbezüglichen Frage „Was ist der wichtigste Grund dafür, dass du dir vorstellen kannst, in deinem jetzigen Wohnort zu bleiben?“ soll nur das Leitmotiv abgefragt werden; allerdings geben die meisten Jugendlichen bei dieser offenen Frage mehrere Gründe an. Dies wird bei der Auswertung entsprechend berücksichtigt.

## 7. JUGENDBEFragung

Abgesehen von der Nähe zum Arbeitsplatz, die 11,1% der Befragten als Motiv angeben, sind vorrangig die sozialen Beziehungen entscheidend als Grund für den zukünftigen Verbleib am Wohnort. Zwar handelt es sich streng genommen bei dem Motiv „sich daheim fühlen“ um eine subjektive emotionale Befindlichkeit; diese kann jedoch nicht isoliert von den sozialen Beziehungen des Einzelnen betrachtet werden. Zudem nehmen im Hinblick auf die zwischenmenschlichen Beziehungen bei den Jugendlichen ihre Freunde mit 41,7% der Nennungen den ersten Platz unter den Gründen ein. Dies unterstreicht – nachdem sie bereits bei den positiven Faktoren der Wohnorte am häufigsten aufgezählt wurden (vgl. Kap. 7.3.2.2) – nochmals die immense Bedeutung der Freunde in der Lebenswelt der jungen Menschen im Cluster der VG Wirges.

### 7.3.5.3 Motive für den voraussichtlichen Wegzug aus dem jetzigen Wohnort

49 der 50 Jugendlichen, die es sich eher oder überhaupt nicht vorstellen können, an ihrem jetzigen Wohnort zu verbleiben, geben diesbezüglich Gründe an<sup>59</sup>. Die häufigsten Antwortkategorien veranschaulicht Abb. 99.



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung

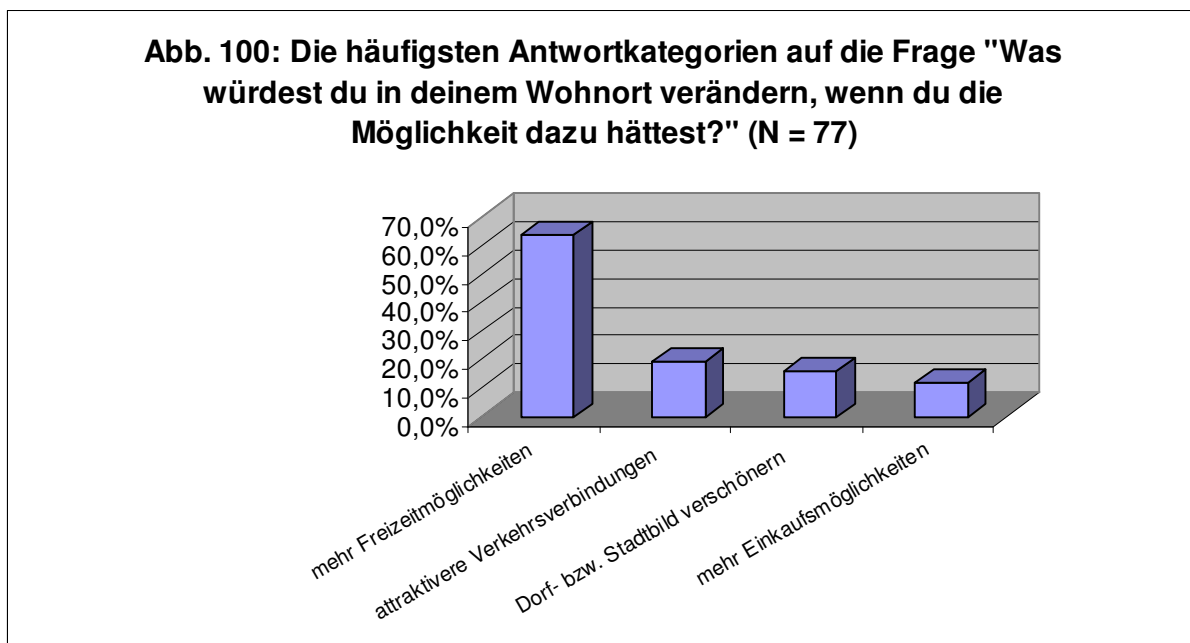
<sup>59</sup> Auch bei der Frage „Was ist der wichtigste Grund dafür, dass du (wahrscheinlich) irgendwann aus deinem jetzigen Wohnort wegziehen willst?“ werden anstelle des Leitmotivs oftmals mehrere Gründe genannt.



Es wird ersichtlich, dass deutlich die berufs- bzw. studienbedingten Abwanderungsmotive dominieren (32,7% bzw. 30,6%). Insbesondere im Hinblick auf ein späteres Studium geben einige Jugendliche mit an, dass sie ihr gewünschtes Studienfach (z.B. Medizin) nicht an der nächstgelegenen Universität in Koblenz studieren können und deshalb die Intention besitzen, wegzuziehen. An dritter Stelle (18,4%) folgen die mangelnden Freizeitmöglichkeiten, welche bereits in Bezug auf die negativen Aspekte der Wohnorte häufig aufgezählt wurden (vgl. Kap. 7.3.2.3). Weitere 16,3% der Jugendlichen mit Abwanderungsabsichten beziehen sich auf die Attraktivität einer (Groß-)Stadt und versprechen sich von einem Umzug von ihrem jetzigen Wohnort in eine Stadt allgemein mehr Wohn- und Lebensqualität.

### 7.3.6 Änderungsvorschläge der Befragten

Nachdem im Online-Fragebogen die Wanderungsabsichten und die damit verbundenen Motive abgefragt wurden, haben die Teilnehmer noch mittels der offenen Frage „Was würdest du in deinem Wohnort verändern, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?“ die Option, Änderungsvorschläge einzubringen. Davon machen insgesamt 77 Jugendliche Gebrauch. Dabei ist es möglich, mehrere Vorschläge aufzuzählen. Diese werden im Rahmen der statistischen Auswertung gruppiert; die vier häufigsten Antwortkategorien veranschaulicht Abb. 100.



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung

Mit Abstand am zahlreichsten werden „mehr Freizeitmöglichkeiten“ (49 Nennungen bzw. 63,6%) aufgeführt. Dieses Ergebnis ist als logische Konsequenz aus dem Umstand, dass viele Jugendliche im Hinblick auf die negativen Aspekte ihres Wohnortes die zu wenigen Freizeitmöglichkeiten monierten (vgl. Kap. 7.3.2.3), anzusehen. Von den 49 jungen Menschen, die diesen Änderungsvorschlag angeben, bringen 30 konkrete Ideen ein, während die restlichen 19 diesen Vorschlag allgemein halten. In Bezug auf die bestimmten Vorstellungen werden am häufigsten die Errichtung einer Bar bzw. eines (Internet-)Cafés (acht Mal) und allgemein eines Jugendtreffpunktes (sieben Mal) genannt. Des Weiteren wird die Eröffnung eines Kinos mehrmals (drei Angaben) erwähnt.

Die Maßnahme, welche am zweithäufigsten genannt wird, ist die Schaffung attraktiverer Verkehrsverbindungen. Diesbezüglich wurden fast ausschließlich (14 von 15 Nennungen) konkrete Verbesserungsvorschläge eingebracht, allem voran die Einrichtung besserer Bus- bzw. Bahnverbindungen (sieben Mal). Auch der Preis spielt eine Rolle: Günstigere Verbindungen im ÖPNV bzw. günstigere Taxis wünschen sich insgesamt fünf der Befragten. Zwei Jugendliche würden ein Jugendtaxi einrichten, wie es beispielsweise in der benachbarten VG Ransbach-Baumbach existiert.

Mit 15,6% befindet sich der Vorschlag, das Dorf- bzw. Stadtbild zu verschönern, an dritter Stelle. Unter den zwölf Nennungen befinden sich sechs konkrete Ideen, von denen die Errichtung eines Parks (drei Mal) am häufigsten erwähnt wird.

Mehr Einkaufsmöglichkeiten wünschen sich neun Jugendliche. Dieser Verbesserungsvorschlag deutete sich bereits insofern an, als im Hinblick auf die negativen Aspekte der Wohnorte unzureichende Einkaufsmöglichkeiten am zweithäufigsten aufgezählt wurden (vgl. Kap. 7.3.2.3). Zu den drei konkreten Wünschen zählen die Eröffnung von Bekleidungs- und Sportgeschäften sowie die Schaffung einer Einkaufspassage.

### **7.4 Überprüfung der Hypothesen und Diskussion der Ergebnisse**

Im Folgenden werden, ausgehend von der Überprüfung der eingangs aufgestellten Hypothesen, die wichtigsten Ergebnisse der Online-Umfrage zusammengefasst und anschließend kritisch bewertet.

## 7. JUGENDBEFragung

---

*Hypothese 1: Berufs- bzw. ausbildungsorientierte Abwanderungsabsichten überwiegen bei den befragten Jugendlichen gegenüber anderen möglichen Ursachen, den Wohnort verlassen zu wollen.*

Die Ausführungen in Kap. 7.3.5.3 haben gezeigt, dass 32,7% der Befragten berufliche Gründe als wichtigstes Abwanderungsmotiv angaben und 30,6% ein Studium in einer anderen Stadt. Andere Gründe, wie beispielsweise die unzureichenden Freizeitmöglichkeiten, wurden weitaus seltener aufgeführt. Die Hypothese kann somit angenommen werden. Allerdings besitzt diese Hypothesenannahme insofern Grenzen, als in der vorliegenden Untersuchung die Schüler eines Gymnasiums im Vergleich zur Grundgesamtheit aller Schüler des Westerwaldkreises überrepräsentiert sind und dementsprechend davon auszugehen ist, dass deshalb ein Studium als Abwanderungsgrund im Vergleich zu den anderen Motiven öfters genannt wird. Inwiefern dieser Effekt auch das am häufigsten erwähnte Abwanderungsmotiv – die beruflichen Gründe – beeinflusst, kann mithilfe der Online-Statistik nicht herausgefiltert werden.

*Hypothese 2: Die Absicht, den jetzigen Wohnort in Zukunft zu verlassen, wird bei den befragten Jugendlichen, welche ein Gymnasium besuchen, ausgeprägter sein als bei den anderen.*

Zunächst zeigt sich bei der prozentualen Verteilung der Antworten auf die Frage „Kannst du dir vorstellen, in deinem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben?“ ein deutlicher Unterschied zwischen den Schülern eines Gymnasiums und den anderen Jugendlichen: Nur 30,8% der Gymnasiasten können es sich auf jeden Fall oder eher vorstellen, am derzeitigen Wohnort langfristig zu bleiben, während es bei den übrigen jungen Menschen aus Dernbach, Ebernahn und Wirges 57,1% sind. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen nur mäßig ausgeprägt, denn der Kontingenzkoeffizient  $C_{\text{kor}}^2$  beträgt 0,4 (vgl. Kap. 7.3.5.1). Somit kann diese Hypothese – zumindest vorläufig – noch nicht angenommen werden. Es bedarf diesbezüglich einer Untersuchung mit einem größeren Stichprobenumfang, um einen möglichen eindeutigeren Zusammenhang zu erkennen.

*Hypothese 3: Die befragten Jugendlichen, welche sich mit Mobilitätsproblemen konfrontiert sehen (d.h. diejenigen, für die es ein Problem darstellt, zu Freunden oder Veranstaltungen zu fahren bzw. zu kommen), neigen eher zu Abwanderungsabsichten als die anderen.*

## 7. JUGENDBEFragung

---

Auch bei der Überprüfung dieser Hypothese offenbart sich zwar bei einer Einteilung der Umfrageteilnehmer in zwei Gruppen eine Diskrepanz bezüglich der Anwohnerhäufigkeiten auf die Frage „Kannst du dir vorstellen, in deinem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben?“. Lediglich 37,5% der Jugendlichen mit Mobilitätsproblemen können sich einen langfristigen Verbleib in ihrem Ort vorstellen, bei den Jugendlichen ohne Mobilitätsprobleme ist es genau die Hälfte (vgl. ebd.). Dennoch ist der Zusammenhang zwischen den Variablen nur schwach ausgeprägt ( $\Phi = 0,12$ ), sodass die Hypothese an dieser Stelle nicht angenommen werden kann.

Bereits anhand der aufgestellten Hypothesen 1 und 2 sowie deren Überprüfung wird deutlich, dass die generelle Frage „Bleiben oder Wegziehen?“ bei den Jugendlichen weniger eine Angelegenheit infrastruktureller Defizite, beispielsweise im Bereich der kulturellen und Verkehrlichen Infrastruktur ist als vielmehr der individuellen beruflichen Zukunftsgestaltung. Ein weiteres Indiz für diese Tatsache liefert auch die unterschiedliche Verteilung der Antworten auf die beiden Fragen „Fühlst du dich in deinem jetzigen Wohnort wohl?“ und „Kannst du dir vorstellen, in deinem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben?“: Obwohl sich die Mehrheit der Befragten sehr oder eher wohlfühlt (86,3%), können sich dennoch die meisten (54,3%) überhaupt nicht oder eher nicht vorstellen, noch lange in ihrer Gemeinde zu bleiben (vgl. Kap. 7.3.2.1 und 7.3.5.1).

Eine entscheidende Bindungskraft an ihren Wohnort üben die sozialen Beziehungen vor Ort auf die Jugendlichen aus. Der Freundeskreis steht sowohl bei den positiven Aspekten des Wohnortes als auch bei den Gründen, den Wohnort nicht verlassen zu wollen, klar an erster Stelle (vgl. Kap. 7.3.2.2 und 7.3.5.2). Aber auch die abwanderungsbereiten jungen Menschen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges offenbaren eine Zufriedenheit mit ihrem sozialen Umfeld insofern, als bei den häufigsten Abwanderungsmotiven keine Angaben vorzufinden sind, die sich darauf beziehen und im Hinblick auf die negativen Faktoren der Wohnorte nur vereinzelt der Aspekt der schlechten Nachbarschaft genannt wird (vgl. ebd.).

Wenngleich die berufliche Zukunftsgestaltung hinsichtlich der Abwanderungsabsichten eine entscheidende Rolle spielt, dürfen die wahrgenommenen infrastrukturellen Defizite, insbesondere im Hinblick auf die Freizeitmöglichkeiten, nicht außer Acht gelassen werden. Denn das als unzureichend eingestufte Freizeitangebot taucht bei den häufigsten Antworten auf insgesamt drei Fragen auf: in Bezug auf die negativen Faktoren der Wohnorte, die Abwanderungsmotive und die Änderungsvorschläge. Zudem geben 60,9% der Befragten an, dass sie Plätze bzw. Räumlichkeiten für Unternehmungen mit Freunden vermissen. Für das anschlie-

Bende Handlungskonzept ergibt sich daraus ein zentraler Ansatz. Dabei besteht eine unerlässliche Aufgabe darin, potenzielle Verbesserungsmöglichkeiten kritisch auf ihre Sinnhaftigkeit und praktische Durchführbarkeit zu überprüfen, da die Umfrageergebnisse keine direkten Schlüsse auf die reale Situation vor Ort zulassen. Dies gilt im Übrigen auch für die weiteren Änderungsvorschläge der Befragten – wie zum Beispiel die Schaffung attraktiver Verkehrsverbindungen und die Verschönerung des Dorf- bzw. Stadtbildes.

### **8 HANDLUNGSKONZEPT ZUR GESTALTUNG DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS IN DEN GEMEINDEN DERNBACH, EBERNHAWN UND WIRGES**

Die Bevölkerungsentwicklung von 1974 bis 2008 in Dernbach, Ebernhahn und Wirges sowie die Ergebnisse der Jugendbefragung in Kap. 7 haben gezeigt, dass in den genannten Gemeinden ein dringender Handlungsbedarf besteht, sofern den negativen Folgen der bisherigen Entwicklung entgegengewirkt werden soll. Zudem besagt die zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz für das Jahr 2020, dass sich – wie auch in vielen anderen Verbandsgemeinden des Westerwaldkreises – in der VG Wirges die beiden demographischen Trends des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung (gemessen an den Anteilen der unter 20-Jährigen und über 65-Jährigen) fortsetzen werden (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 2010b)<sup>60</sup>. Damit entsteht darüber hinaus die Notwendigkeit, sich auf kommunaler Ebene auch an die zukünftigen Auswirkungen des Demographischen Wandels anzupassen. Demzufolge stellt in diesem Kontext die Verfolgung einer Doppelstrategie aus Anpassungs- und Präventionsmaßnahmen im Rahmen eines entsprechenden Handlungskonzeptes eine adäquate Lösung dar.

Ein solches, auf die spezifische Situation in den drei Gemeinden der VG Wirges zugeschnittenes Handlungskonzept zur Gestaltung des Demographischen Wandels eignet sich im Hinblick auf die vorliegende bevölkerungsgeographische Arbeit in besonderer Art und Weise, da es die Raumwirksamkeit der Bevölkerungsentwicklung in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Des Weiteren können die Herausforderungen des Demographischen Wandels auf keinen Fall mit pauschalen Handlungskonzepten und einheitlichen Standards bewältigt werden

---

<sup>60</sup> Demnach geht die Bevölkerung der VG Wirges von 18.876 im Jahr 2006 um 3,1% auf 18.289 im Jahr 2020 zurück. Die Anzahl der unter 20-Jährigen nimmt um 15,0% ab während der Anteil der über 65-Jährigen weiter um 9,8% im selben Zeitraum steigt (vgl. ebd.).

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

---

(vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2004, S. 8); vielmehr ist ein ressortübergreifendes und gemeindespezifisches Gesamtkonzept vonnöten.

Für die drei Gemeinden liegt bisher ein derartiges Konzept noch nicht vor. Sie zählen zwar zum Gebiet der Lokalen Aktionsgruppe „Westerwald“ und somit schließt das LILE „Westerwald“ diese mit ein. Allerdings wird weder auf die Auswirkungen des Demographischen Wandels in den drei Gemeinden konkret eingegangen noch werden entsprechende Handlungsempfehlungen bzw. Maßnahmen aufgeführt. Deshalb soll mit dem in diesem Kapitel neu aufgestellten Handlungskonzept ein innovativer Ansatz bereitgestellt werden; seine Inhalte können für die neue Förderperiode von LEADER+ (2014 bis 2020) und der mit ihr verbundenen, möglichen Aktualisierung des LILE „Westerwald“ mit einer anderen Schwerpunktsetzung im Bereich *Demographische Entwicklung* genutzt werden. Alternativ besteht die Option, es unabhängig von LEADER+ auf der Ebene der VG Wirges umzusetzen.

Für die Erarbeitung des Konzeptes ist es aufgrund der Vielfalt der Handlungsmöglichkeiten zunächst erforderlich, in den Abschnitten 8.1 und 8.2 Leitbilder und Entwicklungsziele zu formulieren, an denen sich diese orientieren können. Erst anschließend ist es sinnvoll, anhand der bereits in Kap. 6.3 erwähnten fünf außerdemographischen Einflussfaktoren den Handlungsbedarf für die einzelnen Gemeinden zu ermitteln (Kap. 8.3). Als besonders dringlich erscheinen in diesem Zusammenhang Handlungserfordernisse, die in allen drei Kommunen bestehen und dementsprechend gemeindeübergreifend auf Ebene der Verbandsgemeinde mittels geeigneter Maßnahmen zu bewältigen sind (Kap. 8.4). Da es sich um Empfehlungen handelt, die zwar bisher noch nicht in der kommunalen Praxis vor Ort implementiert worden sind, jedoch in Zukunft möglicherweise tatsächlich umgesetzt werden sollen, wird abschließend in Kap. 8.5 eine Strategie aufgezeigt, die für eine erfolgreiche Implementierung – unabhängig vom LILE „Westerwald“ – hilfreich ist.

### 8.1 Leitbilder

Für das Handlungskonzept ist es unabdingbar, vorab ein normatives und konsistentes Leitbild auszuwählen, welches den aktuellen sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Entwicklungen Rechnung trägt und somit einen angemessenen Rahmen zur Handlungsorientierung und Priorisierung von Maßnahmen liefert. Dazu bietet sich die Leitvorstellung der *nachhaltigen Raumentwicklung* an, welche in der Raumordnung von Bund und Ländern verankert ist und in Kap. 8.1.1 vorgestellt wird. Da in diesem Zusammenhang für die Raumordnung seit dem Jahr 2006 drei neue Leitbilder existieren, die Elemente des Nachhal-

tigkeitsprinzips umfassen und für ein Handlungskonzept als wegweisend angesehen werden können, werden diese in den anschließenden Unterkapiteln 8.1.1.1 bis 8.1.1.3 präsentiert.

### **8.1.1 Nachhaltige Raumentwicklung und ihre neuen Leitbilder**

Die Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung bringt die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang und führt zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen. Dabei geht es neben der Bewahrung schützenswerter Ressourcen um die Gestaltung unterschiedlicher landschaftlicher Potenziale (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2006, S. 8).

Neue gesellschaftliche Herausforderungen und Rahmenbedingungen, die sich insbesondere aus den beiden Prozessen der Globalisierung und des Demographischen Wandels ergeben, führten im Juni 2006 dazu, dass drei neue Leitbilder für die Raumordnung verabschiedet wurden: *Wachstum und Innovation*, *Daseinsvorsorge sichern und Ressourcen bewahren*, *Kulturlandschaften gestalten*. Sie stehen gleichwertig nebeneinander, umfassen Elemente des Nachhaltigkeitsprinzips und bleiben auch weiterhin dem Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verpflichtet (vgl. GROWE 2008, S. 22).

#### *8.1.1.1 Wachstum und Innovation*

Das Leitbild *Wachstum und Innovation* nimmt Bezug auf den Metropolregionenansatz und entwickelt dieses Konzept weiter (vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2005, S. 4). Es „soll dazu beitragen, Stärken zu stärken, Kräfte und Potenziale zu bündeln, zu vernetzen und durch die Weiterentwicklung von Partnerschaften zwischen Stadt und Land die gemeinsame solidarische Verantwortung von Regionen zu stärken“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2006, S. 12). Da die VG Wirges weder Bestandteil eines metropolitanen Verflechtungsraumes ist noch als dynamischer Wachstumsraum gilt, besitzt dieses Leitbild im Hinblick auf das Handlungskonzept lediglich eine tendenziell untergeordnete Rolle. Dennoch sollte es nicht vollkommen außer Acht gelassen werden, wenn die Funktion der Gemeinden Wirges und Dernbach als mittelzentraler Verbund kooperierender Zentren gemeinsam mit der Kreisstadt Montabaur in Betracht gezogen wird: Da Montabaur seit einigen Jahren, unter anderem aufgrund des ICE-Bahnhofes, eine dynamische und wachstumsorientierte Entwicklung aufzeigt, könnten die davon ausgehenden positiven Im-

pulse auf Wirges und Dernbach durch eine verstärkte Nutzung der dort vorhandenen Potenziale übertragen werden.

### *8.1.1.2 Daseinsvorsorge sichern*

Dieses Leitbild bezieht sich explizit auf die sich wandelnden demographischen Rahmenbedingungen und zielt darauf, „auch künftig in allen Teilräumen Deutschlands gleichwertige Lebensverhältnisse bei der Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2006, S. 18). Zu der öffentlichen Daseinsvorsorge zählen dabei vordergründig die Zugänglichkeit sowie öffentliche Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen (vgl. ebd.).

Insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und öffentlicher Verkehr ist eine angemessene Daseinsvorsorge auch zukünftig zu gewährleisten (vgl. GROWE 2008, S. 24) – unabhängig von der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und enger werdenden finanziellen Handlungsspielräumen. Bezogen auf den Einwohnerrückgang in den Gemeinden Dernbach, Ebernahn und Wirges besitzt dieses Leitbild hohe Priorität, da die negative Bevölkerungsentwicklung und der Strukturwandel im Einzelhandel möglicherweise mit Schwierigkeiten diesbezüglich verbunden sein könnten. Entsprechend gilt es, gemäß der Präventionsstrategie des Handlungskonzeptes, solche Probleme zukünftig zu vermeiden.

### *8.1.1.3 Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten*

Dieses Leitbild ist darauf gerichtet, die Kompetenz und Durchsetzungsfähigkeit der Raumordnung zur Abstimmung und Koordination der verschiedenen Planungen zu stärken, damit die unterschiedlichen Nutzungsansprüche, Entwicklungspotenziale und Schutzinteressen im Raum miteinander in Einklang gebracht werden (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2006, S. 22). Im Mittelpunkt stehen in diesem Zusammenhang – neben der Gestaltung von Kulturlandschaften – der Schutz des Freiraums und der natürlichen Ressourcen. Dieser soll auch mithilfe einer Verminderung der Flächeninanspruchnahme erreicht werden. Für die VG Wirges ist dieser Gesichtspunkt von besonderer Bedeutung, da das Gebiet Wirges/Dernbach/Montabaur laut LEP IV zu den landesweit bedeutsamen Bereichen für den Freiraumschutz zählt (vgl. MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ 2008, S. 110). Dementsprechend kommt dem Leitbild *Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten* für das Handlungskonzept eine hohe Wichtigkeit zu – vor allem



im Hinblick auf die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und dem Angebot an Wohnungen und Bauplätzen.

### **8.2 Entwicklungsziele**

Die Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung und die damit verbundenen drei Leitbilder dienen als Bezugsrahmen für die nachfolgend formulierten Entwicklungsziele. Konkretisiert werden diese primär durch die zentralen Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung und der Jugendbefragung. Hierzu zählt in erster Linie der Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung bzw. mögliche zukünftige Bevölkerungsverluste durch Abwanderungsabsichten. Diesem kann mithilfe eines regionalen Handlungskonzeptes besser entgegengesteuert werden als dem Bevölkerungsrückgang, der aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung resultiert. Auch unter dem Aspekt der nachhaltigen Raumentwicklung kommt der Vermeidung von Abwanderungsprozessen eine hohe Priorität zu. Denn sofern Abwanderungen nicht durch Zuwanderungen kompensiert werden, hemmen sie Wachstums- und Innovationspotenziale (z.B. durch die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte), rufen eine verminderte Nachfrage im Bereich der Grundversorgung hervor und wirken sich somit zwangsläufig negativ auf das vorhandene Angebot aus. Im Hinblick auf das Leitbild *Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten* ziehen Abwanderungsprozesse nicht zwangsläufig positive Effekte nach sich – beispielsweise führen Häuser, die abwanderungsbedingt leer stehen und nur einen niedrigen Wohnwert aufweisen, letzten Endes nicht automatisch zu einer verminderten Flächeninanspruchnahme in Form eines reduzierten Bedarfs an Baugrundstücken.

Aus diesen Umständen resultiert, dass die Vermeidung von Abwanderung in allen Altersklassen als oberstes Ziel für das Handlungskonzept angesehen wird. Daraus ergeben sich wiederum drei Teilziele, welche mithilfe der Handlungsempfehlungen und den damit verbundenen Maßnahmen verfolgt werden sollen und im Folgenden vorgestellt werden.

#### **8.2.1 Steigerung der Attraktivität der Gemeinden als familienfreundliche Wohnorte**

Dieses Teilziel soll nicht nur Abwanderung von Familien vermeiden, sondern darüber hinaus auch Anreize zur Zuwanderung in die drei Gemeinden der VG Wirges schaffen. Es kann über verschiedene Handlungsansätze erreicht werden. Hierzu zählt die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche es ermöglichen, die Erziehung von Kindern und Jugendlichen sowie die Pflege von Familienangehörigen mit den beruflichen Anforderungen besser vereinbaren zu können. Dementsprechend sind damit vor allem die Einrichtungen der sozialen Infra-

struktur betroffen. Darüber hinaus ist es dazu notwendig, familienfreundliche Arbeitsbedingungen in den Unternehmen zu schaffen – dies entzieht sich jedoch weitgehend der Steuerungsfunktion der Kommunen. Diese können allerdings mittels eines ansprechenden Angebotes an Wohnungen und Bauplätzen und einer ansprechenden Gestaltung des Orts- bzw. Stadtkerns den Zuzug junger Familien fördern.

### ***8.2.2 Stärkung der Bindung von Jugendlichen an ihren Wohnort***

Die Ergebnisse der Jugendbefragung unterstreichen die Notwendigkeit, mittels geeigneter Maßnahmen die Bindung der Jugendlichen an ihren Wohnort zu stärken. Denn einerseits fühlen sich viele junge Menschen in den drei Gemeinden wohl, andererseits kann sich die Mehrheit keinen langfristigen Verbleib dort vorstellen. Auch im Hinblick auf dieses Entwicklungsziel sind verschiedene Handlungsansätze in Betracht zu ziehen: Das mangelnde Angebot an Freizeitmöglichkeiten, welches von vielen Jugendlichen moniert wird (vgl. Kap. 7.3.2.3), ist ein möglicher Aspekt. In diesem Kontext wird es darauf ankommen, eine sehr spezifische, auf die tatsächlichen Bedürfnisse der jüngeren Altersgruppen ausgerichtete Weiterentwicklung vorzunehmen, zumal der finanzielle Handlungsspielraum der Kommunen im sozialen bzw. kulturellen Sektor heutzutage stark eingeschränkt ist. Deshalb ist es auch wichtig, ehrenamtliche Aktivitäten bei der Verfolgung dieses Teilzieles entsprechend zu fördern. Des Weiteren besteht eine unabdingbare Notwendigkeit darin, den Faktor der Erreichbarkeit der Angebote zu berücksichtigen, da Jugendliche im Vergleich zum Rest der Bevölkerung eingeschränkter mobil sind und – wie die Jugendbefragung gezeigt hat – sich rund ein Drittel der jungen Menschen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges mit einem Mobilitätsproblem konfrontiert sieht. Im Übrigen kann über die Realisierung dieses Entwicklungsziels nicht nur eine Abwanderung von Jugendlichen vermieden werden, sondern auch die Rückkehrbereitschaft derjenigen, die ausbildungs- bzw. studienbedingt ihre Heimat verlassen, erhöht werden.

### ***8.2.3 Schaffung altersgerechter Wohnbedingungen für eine zunehmende Anzahl an Senioren***

Mit einer steigenden Zahl der Personen über 60 Jahre ist das Ziel verbunden, Voraussetzungen in den Kommunen zu schaffen, die dem damit einhergehenden veränderten Wohnbedarf gerecht werden. Konkret bedeutet dies, dass Senioren so lange wie möglich selbst bestimmt zu Hause wohnen bleiben können. Dazu ist es erforderlich, entsprechende Hilfen und Dienstleistungen bereitzustellen, die unkompliziert erreichbar und finanzierbar sind. Da-

mit wird nicht nur den individuellen Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung getragen, sondern auch ein Beitrag zur nachhaltigen Raumentwicklung geleistet: Wenn Senioren ihre Häuser bzw. Wohnungen nicht verlassen müssen, entsteht – zumindest vorerst – kein vermehrter Leerstand und kein zusätzlicher Bedarf am Neubau für Einrichtungen des betreuten Wohnens. Zu den altersgerechten Wohnbedingungen wird darüber hinaus auch ein adäquates Angebot an gut erreichbaren Freizeitangeboten im näheren Wohnumfeld verstanden, zumal insbesondere unter den jungen Senioren eine entsprechende Nachfrage vorhanden sein wird und diese sich zusätzlich in ihrer Struktur aufgrund des demographischen Alterungsprozesses mittelfristig ändern wird. Speziell im Hinblick auf die älteren Senioren ist es zusätzlich zwingend notwendig, ein größeres Angebot an professioneller Pflege und Betreuung mit den entsprechenden Gebäuden zu schaffen, da mit der größer werdenden Zahl Hochbetagter zwangsläufig auch die Anzahl der älteren Menschen steigen wird, die nicht mehr zu Hause leben können.

### **8.3 Ermittlung des Handlungsbedarfs für die einzelnen Gemeinden**

Die nachfolgende Ermittlung des Handlungsbedarfs zur Gestaltung des Demographischen Wandels in den drei Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges orientiert sich an den Entwicklungszielen und wird getrennt nach den fünf außerdemographischen Einflussfaktoren, die bereits in Kap. 6.3 zur Analyse der Bevölkerungsentwicklung verwendet wurden, dargestellt. Mit diesen Faktoren werden die wesentlichen Handlungsfelder, die im Rahmen eines Handlungskonzeptes aus bevölkerungsgeographischer Perspektive relevant sind, abgedeckt. Weitere Felder, wie zum Beispiel der Bereich der technischen Infrastruktur mit den notwendigen Anpassungsstrategien, die sich aus dem Bevölkerungsrückgang ergeben, gelten zwar im Rahmen der Auswirkungen des Demographischen Wandels als vorrangig (vgl. THRUN 2003, S. 712), sind jedoch erstens primär in anderen Wissenschaftsdisziplinen verortet und zweitens im Hinblick auf die drei vorhin formulierten Teilziele als sekundär anzusehen. Auch der Tourismussektor wurde für dieses Handlungskonzept nicht berücksichtigt, obwohl die Stärkung des touristischen Potenzials durchaus als Chance für die Kommunen begriffen werden kann (vgl. z.B. SCHLÖMER 2010). Dies liegt in den Umständen begründet, dass zum einen das touristische Angebot in der Nähe, jedoch außerhalb der VG Wirges (z.B. Westerwälder Seenplatte) aufgrund der dortigen landschaftlichen Reize eine sehr hohe Konkurrenz darstellt und zum anderen eine touristische Inwertsetzung der VG Wirges mit den entsprechenden Angeboten mit derart hohen Kosten verbunden wäre, die angesichts der angespannten Haushaltslage der Verbandsgemeinde kaum zu tragen wäre und auch nicht im Verhältnis zu einem möglichen Nutzen stehen würde (vgl. NOLL, Anhang B).

Aufgrund der Doppelstrategie, die mit dem vorliegenden Handlungskonzept verfolgt wird, werden in Bezug auf den Handlungsbedarf sowohl Erfordernisse aufgezeigt, die sich aus dem präventiven Charakter des Konzeptes ergeben als auch Notwendigkeiten zur Anpassung an die Folgen des Demographischen Wandels. Der Großteil des Handlungsbedarfs resultiert dabei aus der Analyse der Bevölkerungsentwicklung und den Ergebnissen der Jugendbefragung; allerdings werden an einigen Stellen – zum Beispiel im Hinblick auf den Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen – Bezüge zu zukünftigen Entwicklungen notwendig. Diese beziehen sich auf das Jahr 2020 als zeitlichen Horizont. Keine Berücksichtigung findet bei der Ermittlung des Handlungsbedarfs die Frage nach der finanziellen bzw. politischen Durchführbarkeit zur Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen; auf diese wird erst in Kap. 8.4 eingegangen.

### **8.3.1 Dernbach**

#### *8.3.1.1 Arbeitsplatzangebot*

Die Ausführungen in Kap. 6.3.1.1 haben gezeigt, dass Dernbach eine hohe Arbeitsplatzdichte aufweist; zudem ist die Kreisstadt Montabaur mit ihrem Angebot an Arbeitsplätzen insbesondere im tertiären Sektor nur wenige Kilometer entfernt. Dementsprechend besteht kein Handlungsbedarf, sofern die wichtigsten Arbeitgeber vor Ort (in erster Linie das Krankenhaus) in ihrem Fortbestand langfristig gesichert sind. Auch einer möglichen Expansion bzw. Neuansiedlung von Gewerbebetrieben steht zukünftig nichts im Wege, da in diesem Falle eine Erweiterung des Gewerbegebietes *Am Weißen Weg* möglich wäre (vgl. QUIRMBACH, Anhang B).

#### *8.3.1.2 Nahversorgung*

Zwar ist derzeit die Grundversorgung der Bevölkerung in Dernbach noch gewährleistet (vgl. Kap. 6.3.1.2), aber die erhöhte Anzahl an Ladenleerständen, die sich in jüngster Vergangenheit eingestellt hat, weist auf einen zukünftigen Handlungsbedarf hin, um zumindest weitere Schließungen zu vermeiden. Dies gilt insbesondere unter Berücksichtigung des Umstandes, dass der Obst- und Gemüsehandel in der Hauptstraße, der als Kundenmagnet gilt (vgl. QUIRMBACH, Anhang B), in den nächsten Jahren mit einem Generationenproblem konfrontiert wird: Da der Inhaber keinen Nachwuchs hat, der sein Geschäft übernehmen könnte, droht mittelfristig die Schließung. Dies könnte aufgrund seiner Funktion als Kundenmagnet in der Hauptstraße einen Domino-Effekt mit weiteren Ladenleerständen nach sich ziehen; dement-

sprechend sind Maßnahmen zu treffen, die eine solche mögliche Abwärtsspirale frühzeitig verhindern.

### *8.3.1.3 Verkehrsinfrastruktur*

Im Hinblick auf den MIV ist aufgrund der guten Anbindung Dernbachs an das überregionale Straßennetz kein Handlungsbedarf absehbar; zudem ist die innerörtliche Verkehrsbelastung nicht derart hoch, dass eine Umgehungsstraße zur Verbesserung der Wohnqualität vonnöten wäre. Bezogen auf den ÖV zeigt sich jedoch, dass durch das Fehlen einer direkten Busverbindung nach Koblenz sowie mangelnden Verbindungen speziell an den Wochenenden Verbesserungspotenziale vorhanden sind – insbesondere unter dem Aspekt einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung.

### *8.3.1.4 Angebot an Wohnungen und Bauplätzen*

Durch das vorhandene Neubaugebiet *Südring*, welches noch einige freie Bauplätze zu bieten hat, besteht derzeit kein Mangel an Bauland, besonders im Hinblick auf den Zuzug junger Familien. Dennoch weist die Anzahl der Baulücken darauf hin, dass – unter Berücksichtigung des Leitbildes *Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten* – Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene besteht, denn eine Schließung der Baulücken ist zukünftig der Neueröffnung eines weiteren Baugebietes vorzuziehen. Darüber hinaus wird sich durch den Alterungsprozess in den nächsten Jahren das Problem zunehmender Wohnungsleerstände ergeben, das – auch um einer Verödung des Ortskerns entgegenzuwirken – vorrangig zu lösen ist.

### *8.3.1.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur*

Dernbach verfügt zwar über zwei Altenpflegeeinrichtungen, jedoch derzeit über kein Angebot betreuten Wohnens, welches zukünftig durch die Zunahme der über 60-Jährigen weiter an Bedeutung gewinnen wird. Da solche Angebote in der Regel seitens eines privaten Investors geschaffen werden, ist der Handlungsbedarf auf Ebene der Kommunen auf die Schaffung günstiger Voraussetzungen (vor allem hinsichtlich der Lage der Gebäude) für solche Einrichtungen zu fokussieren.

Des Weiteren ist zu prüfen, inwiefern mehr Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden können und auch das entsprechende Angebot an den zunehmenden Bedarf für Senioren anzupassen ist.

### **8.3.2 Ebernhahn**

#### *8.3.2.1 Arbeitsplatzangebot*

In Kap. 6.3.2.1 ist deutlich geworden, dass Ebernhahn zwar einige Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, diese sich jedoch stark auf die dort ansässigen Speditionen konzentrieren. Durch diese einseitige Beschäftigungsstruktur besteht eine hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von den zukünftigen Entwicklungen im Fuhrgewerbe, zumal in jüngster Vergangenheit eine Spedition insolvent wurde. Dementsprechend besteht Handlungsbedarf insofern, dass Voraussetzungen geschaffen werden, um die Ansiedlung neuer Betriebe in Ebernhahn zu fördern, die zu einer Diversifizierung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur führen.

#### *8.3.2.2 Nahversorgung*

Derzeit ist die Nahversorgung in Ebernhahn, trotz der Schließung mehrerer Geschäfte in den vergangenen zehn Jahren, durch den Einsatz mobiler Märkte noch gewährleistet. Allerdings könnte sich in Bezug auf das einzig verbliebene Geschäft im Lebensmittelhandwerk – die Bäckerei in der Kirchstraße – eine ähnliche Problematik ergeben wie im Hinblick auf den Obst- und Gemüsehandel in Dernbach: Da die Inhaberin keinen Nachwuchs hat, droht auch hier in den nächsten zehn Jahren die Geschäftsaufgabe, da kein Nachfolger aus der eigenen Familie zur Verfügung steht. Eine Schließung ist jedoch unter allen Umständen zu vermeiden, denn die Bäckerei dient der örtlichen Bevölkerung nicht nur zur Nahversorgung, sondern aufgrund der Tatsache, dass es in Ebernhahn keine Gaststätte mehr gibt, auch als Ort der Kommunikation.

#### *8.3.2.3 Verkehrsinfrastruktur*

Ebernhahn ist durch die Nähe zu den nächstgelegenen Autobahnanschlussstellen und zum ICE-Bahnhof Montabaur verkehrlich gut angebunden, sodass kein Handlungsbedarf hinsichtlich des Ausbaus von Verkehrswegen besteht. Allerdings ist zu prüfen, ob die mit der Autobahn und der ICE-Trasse verursachten Lärmemissionen mittels geeigneter Maßnahmen eingedämmt werden können. Zudem ist im Hinblick auf den ÖV Verbesserungspotenzial vor-

handen, da insbesondere am späteren Abend keine Busverbindungen in die nächstgelegenen Mittelzentren und nach Koblenz vorhanden sind.

### *8.3.2.4 Angebot an Wohnungen und Bauplätzen*

Zwar verfügt die Ortsgemeinde Ebernhahn in dem Neubaugebiet *In der Grimmel* über einige Bauplätze; allerdings wurde bereits in Kap. 6.3.2.4 deutlich, dass sich die Nähe zur Tongrube in dreierlei Hinsicht als negativ erweist: Der tonige Untergrund erfordert teure Stabilisierungsmaßnahmen, das nahe gelegene Tonmahlwerk ist mit Lärmbelastigungen verbunden und das Landschaftsbild ist durch den Tonabbau beeinträchtigt. Wenn in Zukunft eine Bebauung erfolgen soll, gilt es, diese Negativfaktoren so weit wie möglich abzumildern. Des Weiteren wird sich bis 2020 die Anzahl leerstehender Häuser, vor allem im Unterdorf, sehr wahrscheinlich stark erhöhen.

### *8.3.2.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur*

Der Kindergarten bietet – sofern keine Plätze gestrichen werden – auch in Zukunft genügend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von drei bis sechs Jahren. Da Ebernhahn jedoch eine stark unterdurchschnittliche AFR aufweist und die Schaffung familienfreundlicher Strukturen dementsprechend höchste Priorität besitzen sollte, wäre eine Ausweitung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren denkbar. Für die Jugendlichen stehen außerhalb des Vereinslebens keine ausreichenden Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung, zumal Ebernhahn – abgesehen von einem inoffiziellen Jugendraum, den sich einige ortsansässige junge Menschen selbst eingerichtet haben – die einzige der drei Gemeinden darstellt, die keinen offiziellen Jugendraum besitzt. Auch auf diesem Feld besteht schon gegenwärtig Handlungsbedarf. Als positiv ist zu bewerten, dass Ebernhahn mit der bereits erwähnten Seniorenwohngemeinschaft in der Kannenbäckerstraße über eine spezielle Form des betreuten Wohnens verfügt. Im Hinblick darauf ist zu prüfen, ob eine Erweiterung dieses Angebots aufgrund der zunehmenden Anzahl älterer Menschen infrage kommt.

## **8.3.3 Wirges**

### *8.3.3.1 Arbeitsplatzangebot*

Bedingt durch den Strukturwandel in der Glasindustrie und die Neuansiedlung von Gewerbe verfügt die Stadt Wirges heute über ein breiteres Spektrum an Arbeitsplätzen bei einer insgesamt geringeren Arbeitsplatzdichte. Aufgrund der räumlichen Nähe zur Kreisstadt Monta-

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

---

baur ist das Arbeitsplatzangebot für die Erwerbstätigen aus Wirges als ausreichend einzustufen; dennoch wäre eine Ausweitung des Angebotes, indem vorhandene regionalwirtschaftliche Potenziale genutzt werden, wichtig für eine Steigerung der Attraktivität als Wohnort für Familien.

### 8.3.3.2 *Nahversorgung*

Wirges bietet als Stadt und Teil eines Mittelzentrums eine Nahversorgung, die weit über den Bedarf der eigenen Bevölkerung hinausgeht. Dazu tragen insbesondere die vier Lebensmittel-discounter bei. Allerdings zeigen die Leerstände in der Bahnhofstraße in Verbindung mit der dortigen Errichtung des *Wohnparks Stadtgarten*, dass sowohl Handlungsbedarf als auch neue Potenziale bei der Entwicklung des innerstädtischen Einzelhandels bestehen.

### 8.3.3.3 *Verkehrsinfrastruktur*

Die Nähe zu den nächstgelegenen Autobahnanschlussstellen und zum ICE-Bahnhof Montaubaur sowie der Bau der genannten Umgehungsstraßen in Wirges im Untersuchungszeitraum (vgl. Kap. 6.3.3.3) verdeutlichen, dass nur wenig Verbesserungspotenzial bezüglich der Verkehrsinfrastruktur besteht. Lediglich die geringe Anzahl an Bus- und Zugverbindungen im ÖPNV an den Wochenenden, insbesondere am späteren Abend, geben Anlass, eine Ausweitung des Angebotes bzw. eine bedarfsorientiertere Gestaltung in Erwägung zu ziehen.

### 8.3.3.4 *Angebot an Wohnungen und Bauplätzen*

Derzeit besteht in Wirges kein Bedarf, neues Bauland zu erschließen, da das Neubaugebiet *Steinerne Brücke* bis dato noch nicht vollständig bebaut ist und es in der Stadt einige Baulücken gibt. Mittelfristig wird es allerdings Handlungsbedarf im Hinblick auf leerstehende Häuser geben, denn bei der im Jahr 2008 durchgeführten Erfassung der Häuser im Stadtkern, die ausschließlich von Menschen, die älter als 75 Jahre sind, bewohnt werden, stellte sich heraus, dass einige solcher Objekte<sup>61</sup> existieren und es dort entsprechend in den nächsten zehn Jahren vermehrt zu Leerständen kommen könnte.

---

<sup>61</sup> Eine genaue Anzahl wurde seitens der Bauverwaltung der VG Wirges nicht bekanntgegeben.



### 8.3.3.5 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Aufgrund der zahlreichen Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur besteht auf den ersten Blick kein Handlungsbedarf auf diesem Feld, sofern der Fortbestand dieser Angebote langfristig gesichert ist. Allerdings ist kritisch zu prüfen, inwiefern die Freizeitangebote für Jung und Alt in Zukunft optimiert werden können, da die Ergebnisse aus der Jugendbefragung Verbesserungsbedarf signalisieren und die demographische Entwicklung bereits mittelfristig bis zum Jahr 2020 sehr wahrscheinlich eine Veränderung der Nachfrage mit sich bringen wird.

## 8.4 Handlungsempfehlungen

Aus dem vorab dargestellten Handlungsbedarf in den drei Gemeinden lassen sich spezifische und zum Teil ressortübergreifende Handlungsempfehlungen formulieren, die zur Gestaltung des Demographischen Wandels von zentraler Bedeutung sind. Da sich hinsichtlich des Handlungsbedarfs eine große Schnittmenge zwischen den drei Gemeinden ergeben hat, stehen Handlungsempfehlungen im Mittelpunkt, die sich auf Dernbach, Ebernahn und Wirges beziehen und entsprechend vordergründig auf der Ebene der Verbandsgemeinde umzusetzen sind. Zwar existiert darüber hinaus an einigen Stellen noch ein gemeindespezifischer Handlungsbedarf; mögliche Handlungsansätze wurden jedoch diesbezüglich bereits im Unterkapitel 8.3 aufgezeigt. Außerdem können sich aus der Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Verbandsgemeindeebene positive Wirkungen ergeben, die gemeindespezifische Handlungsbedarfe unter Umständen obsolet werden lassen.

Die Empfehlungen werden – im Gegensatz zur Ermittlung des Handlungsbedarfs – nicht getrennt nach Handlungsfeldern dargestellt, da die konkrete Umsetzung der Maßnahmen teilweise ressortübergreifend ist und auch positive Effekte auf andere Bereiche nach sich ziehen kann. Zudem wird der Aspekt der finanziellen und politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt, da der Anspruch besteht, dass die Handlungsempfehlungen konkret umgesetzt werden können.

Bei der Darstellung der Handlungsempfehlungen wird stets nach dem gleichen Muster vorgehen: Zunächst erfolgt eine Begründung der Auswahl, die aus dem Handlungsbedarf abzuleiten ist, sowie eine Illustration, inwiefern die Handlungsempfehlung bei der Erreichung der in Kap. 8.2 aufgeführten drei Teilziele eine Rolle spielt. Dann werden die Maßnahmen und die wichtigsten Schritte zu deren Umsetzung ausführlich präsentiert; in diesem Kontext kann

auch auf Erfahrungen aus bereits realisierten Projekten in anderen Kommunen zurückgegriffen werden. Die Umsetzungsschritte sind im Übrigen Bestandteil einer umfassenderen Strategie zur Realisierung aller aufgeführten Maßnahmen, die im abschließenden Unterkapitel 8.5 aufgestellt wird.

### **8.4.1 Handlungsempfehlung 1: Mobilitätsbedürfnisse reduzieren, ÖPNV-Angebot erhalten und ergänzen**

Die Ausführungen zum Handlungsfeld *Verkehrsinfrastruktur* haben für alle drei Gemeinden offenbart, dass hinsichtlich des MIV kein Handlungsbedarf besteht, jedoch im ÖPNV Verbesserungsmöglichkeiten vorhanden sind. Dies betrifft zum einen eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden ÖPNV-Angebotes: Die Ergebnisse der Jugendbefragung haben gezeigt, dass einige Jugendliche sich mit einem Mobilitätsproblem konfrontiert sehen, dass mithilfe eines besseren Angebotes gelöst werden könnte; zudem wird die zunehmende Anzahl an Senioren wahrscheinlich eine Veränderung der Nachfrage nach sich ziehen. Zum anderen geht es im Rahmen der Auswirkungen des Demographischen Wandels auch um den Erhalt des derzeitigen ÖPNV-Angebotes angesichts rückläufiger Schülerzahlen<sup>62</sup>, da der ÖPNV im Westerwaldkreis hauptsächlich durch den Schülerverkehr finanziert wird (vgl. ÖIV-CONSULT 2006, S. 12).

Bestandteil einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung ist allerdings nicht nur eine Stärkung der Wettbewerbsposition des umweltfreundlicheren ÖV gegenüber dem MIV, sondern auch eine allgemeine Reduktion der Mobilitätsbedürfnisse, sodass insgesamt weniger Fahrten bzw. Strecken von der Bevölkerung zurückgelegt werden. Dies besitzt zwei zentrale, positive Effekte: zum einen eine Abnahme der Verkehrsbelastung und zum anderen werden die finanziellen Aufwendungen zur Aufrechterhaltung der Verkehrsinfrastruktur geringer. Deshalb sollte die Reduktion der Mobilitätsbedürfnisse oberste Priorität im Hinblick auf die zukünftige Verkehrsentwicklung besitzen; dementsprechend gilt es, zunächst auf diesem Feld alle

---

<sup>62</sup> Im Vergleich zum Bezugsjahr 2000 wird im Westerwaldkreis bis 2015 ein Rückgang der 6- bis 20-Jährigen um 11,6% prognostiziert (vgl. ÖIV-CONSULT 2006, S. 13). Zwar wird am Schulstandort Wirtges die allgemein rückläufige Schülerzahl durch den Aufbau des privaten Gymnasiums in den nächsten Jahren möglicherweise (über-)kompensiert; dennoch besteht die Gefahr, dass die Verkehrsunternehmen gezwungen sind, aufgrund zurückgehender Einnahmen ihr Angebot „schlimmstenfalls bis auf ein Mindestmaß für die Schülerbeförderung zurückzufahren“ (ebd., S. 16).

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

---

Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, bevor es um die konkrete Umsetzung der Schritte zur Sicherung bzw. Ergänzung des ÖPNV-Angebotes geht.

Die Handlungsempfehlung *Mobilitätsbedürfnisse reduzieren, ÖPNV-Angebot erhalten und ergänzen* berücksichtigt nicht nur den in der Raumordnung verankerten Nachhaltigkeitsaspekt, sondern dient auch der Realisierung der beiden Teilziele *Steigerung der Attraktivität der Gemeinden als familienfreundliche Wohnorte* und *Schaffung altersgerechter Wohnbedingungen für eine zunehmende Anzahl an Senioren*. Denn Familien profitieren von einem guten ÖPNV-Angebot, indem beispielsweise die Notwendigkeit entfällt, einen (Zweit-)Pkw zu unterhalten und somit die im Vergleich zum Pkw günstigere Dauerkarte im ÖPNV (vgl. z.B. ÖIV-CONSULT 2006, S. 16) zu einer Kostenersparnis führt. Für Senioren, die kein Auto bzw. Führerschein besitzen, ist ein gutes ÖPNV-Angebot eine zentrale Voraussetzung, um die Grunddaseinsfunktionen erfüllen zu können. Zudem ist die Sicherung bzw. Ergänzung des Angebotes im ÖPNV im Rahmen des Teilzieles *Stärkung der Bindung von Jugendlichen an ihren Wohnort* ein wichtiger Stützpfeiler, um die Mobilitätsprobleme der jungen Menschen zu beseitigen.

Entsprechend der hohen Priorität, welcher der Reduktion der Mobilitätsbedürfnisse zukommt, werden im Folgenden zunächst die Maßnahmen aufgezeigt, die mit diesem Aspekt der Handlungsempfehlung verknüpft sind.

### *8.4.1.1 Einrichtung von Wochenmärkten mit mobilen Verkaufsfahrzeugen an festen Terminen*

Die Einrichtung von Wochenmärkten, an denen sich die unterschiedlichen Anbieter mobiler Versorgungsmöglichkeiten zu einem festen Termin an einem fest vereinbarten Platz treffen, trägt nicht nur zu einer Verbesserung der Nahversorgung bei, sondern im Hinblick auf eine nachhaltige Verkehrsentwicklung auch zu einer Reduktion der Mobilitätsbedürfnisse in der Art und Weise, dass die ansässige Bevölkerung (insbesondere die ältere) seltener diese Plätze aufsuchen muss. Zudem wird ein Ort der Kommunikation geschaffen, wie beispielsweise in der Ortsgemeinde Elbingen (VG Wallmerod): Dort findet ein solcher Wochenmarkt jeden Donnerstag mit Generationentreff im Backes statt (vgl. HARTENFELS 2012).

In Wirges und Dernbach besteht zwar aufgrund der relativ guten Nahversorgungssituation derzeit noch nicht die Notwendigkeit solcher Wochenmärkte, zumal diese nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Geschäften vor Ort treten sollen. Dennoch ist mittelfristig bis zum

Bezugsjahr 2020 fortwährend zu prüfen, ob bei einer Verschlechterung der Nahversorgung solche Wochenmärkte sinnvoll sein könnten und ob möglicherweise bereits heute ein Wochenmarkt mit speziellen, in den Gemeinden nicht vorhandenen Angeboten (z.B. Apotheke in Bezug auf Dernbach) auf eine ausreichende Nachfrage treffen würde. In Ebernhahn hingegen ist die Einrichtung eines Wochenmarktes bereits gegenwärtig als sinnvoll einzustufen, da hinsichtlich der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs nur eine Bäckerei vorhanden ist. Da sich in der Ortsmitte, gegenüber der Bäckerei, ein Platz befindet, an dem sich mehrere mobile Verkaufsstände platzieren könnten, ist diese Maßnahme realisierbar. Dennoch ist eine Bedarfsanalyse unverzichtbar, um die Anbieter mobiler Versorgungsmöglichkeiten gegebenenfalls von dem finanziellen Nutzen eines solchen Wochenmarktes für sie zu überzeugen.

### *8.4.1.2 Bildung von Fahrgemeinschaften*

Durch die Bildung von Fahrgemeinschaften werden eine Reduktion des Verkehrsaufkommens und eine Einsparung individueller Mobilitätskosten erreicht. Die Verwaltung der VG Wirges bietet auf ihrer Internetpräsenz bereits eine kostenlose Mitfahrzentrale an. Damit dieses Angebot zukünftig von mehr Bürgern genutzt wird, ist dessen verstärkte Bekanntmachung, beispielsweise über das Amtsblatt der Verbandsgemeinde und die verschiedenen sozialen Netzwerke im Internet, in Erwägung zu ziehen. Denkbar sind auch gezielte Hinweise auf die Mitfahrzentrale im Rahmen der Werbung für regionale Veranstaltungen oder die Differenzierung des Angebotes nach Bedürfnisgruppen (Berufspendler, Diskobesucher etc.). Zudem ist es sinnvoll, auf der Internetpräsenz Mitfahrzentralen, die über die Grenzen der VG Wirges hinausreichen (z.B. Pendlertal Rheinland-Pfalz), zu erwähnen bzw. eine entsprechende Verlinkung herzustellen.

### *8.4.1.3 Ausbau des Bestell- und Lieferwesens*

Durch den Ausbau des Bestell- und Lieferwesens der örtlichen kulturellen Einrichtungen (z.B. Büchereien) und des Einzelhandels kann eine Reduktion der Mobilitätsbedürfnisse und eine Einsparung an Fahrten erreicht werden, da die Kunden nicht einzeln die entsprechenden Einrichtungen ansteuern müssen. Stattdessen können die Leistungsanbieter Bestellungen sammeln und anschließend auf einer Fahrt alle Kunden bedienen. Darüber hinaus profitieren davon nicht mobile Bevölkerungsgruppen, die einen weiten Anfahrtsweg per ÖPNV zu bewältigen haben oder beispielsweise aufgrund körperlicher Einschränkungen überhaupt nicht mehr am Verkehr teilnehmen können.

### *8.4.1.4 Schaffung zusätzlicher Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche*

Diese Maßnahme, die im Rahmen der dritten Handlungsempfehlung noch näher beleuchtet wird, ist auf das Ergebnis der Jugendbefragung zurückzuführen, bei der einige Jugendliche angaben, dass ihr Mobilitätsproblem durch die Schaffung zusätzlicher Freizeitmöglichkeiten in ihrem eigenen Wohnort gelöst werden könnte (vgl. Kap. 7.3.3.3).

Um darüber hinaus das ÖPNV-Angebot zu erhalten und zu ergänzen, sind die nachfolgenden Maßnahmen in Betracht zu ziehen.

### *8.4.1.5 Anreize zur Nutzung des ÖPNV schaffen*

Nach Angaben des zuständigen Mitarbeiters der Kreisverwaltung scheint die Finanzierung des ÖPNV im Westerwaldkreis trotz rückläufiger Schülerzahlen derzeit mittelfristig gesichert zu sein (vgl. BRAUN, Anhang B); dennoch ist es schwierig, die zukünftige Nachfrage nach Leistungen im öffentlichen Verkehr zu prognostizieren. Deshalb sollten unabhängig von der Entwicklung des ÖPNV Anreize zu dessen Nutzung geschaffen werden, um die Nachfrage zu sichern. Denkbar sind in diesem Zusammenhang beispielsweise kostenlose Dauerkarten für Senioren bei Abgabe des Führerscheins – auch wenn bisherige Erfahrungen zeigen, dass dieses Angebot nur sehr vereinzelt angenommen wird (vgl. ÖIV-CONSULT 2006, S. 16). Erfolgversprechender wäre hingegen die Bereitstellung von Gemeindetickets, die von den entsprechenden Gemeinden gekauft und an ihre Bürger ausgehändigt werden (vgl. ebd.). Allerdings ist dies mit einem Kostenaufwand für die Kommunen verbunden, der in Zeiten angespannter Haushaltslagen zum Beispiel über örtlich ansässige Sponsoren mitfinanziert werden könnte. Ähnliches gilt für Job-Tickets, die Firmen an ihre Mitarbeiter verteilen, um diese zum Umstieg vom MIV auf den ÖPNV zu bewegen. Weniger kostenintensiv ist die Zusammenstellung der individuellen Busverbindungen einer Gemeinde in einem Gemeindefahrplan, der mittels einer Broschüre oder auf der Internetpräsenz der Kommune veröffentlicht wird. In der VG Wirges macht die Ortsgemeinde Staudt bereits von dieser Möglichkeit Gebrauch (vgl. ebd., S. 25). Dementsprechend wird den Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges empfohlen zu prüfen, ob sie ihren Bürgern diesen Service ebenfalls anbieten möchten. Speziell für Senioren bietet sich neben diesem Informationsangebot auch eine kostenlose Beratung an, beispielsweise durch den Einsatz von ÖPNV-Paten, die ältere Menschen an die Benutzung des ÖPNV heranführen und sie dabei begleiten (vgl. FORST-LÜRKEN 2009).

### 8.4.1.6 *Initiierung eines Bürgerbusvereins*

Im Hinblick auf eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden ÖPNV-Angebotes ist „die strukturelle Neugestaltung bedarfsgerechter, regionsspezifischer und flexibler Bedienungsverkehre in der Fläche mit dem Ziel, die kleinräumige Mobilität zu erleichtern und die Zubringerdienste (Busverbindungen) zu den öffentlichen Hauptverkehrsadern sicherzustellen“ (AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG 2006, S. 10), unumgänglich. In diesem Kontext stellt der Bürgerbus eine Option dar, die mit einigen Vorteilen verbunden ist und in Rheinland-Pfalz in jüngster Vergangenheit vermehrt Einsatz findet, wie zum Beispiel der Einrichbus der VG Katzenelnbogen im Rhein-Lahn-Kreis (vgl. Abb. 101). Dabei handelt es sich um eine Buslinie im Nahbereich, welche sich im Allgemeinen auf eine bürgerliche Initiative gründet, um Angebotslücken im ÖPNV zu schließen. Nach dem Motto „Bürger fahren für Bürger“ wird sie ehrenamtlich betrieben und organisiert. Dieser Umstand führt dazu, dass Bürgerbusse für die Kommunen geringere Kosten verursachen als beispielsweise Anruf-Sammeltaxis, deren Fahrten von privaten Unternehmen durchgeführt werden. Zudem bietet der Bürgerbusverein Raum für Kontakt- und Kommunikationspflege (vgl. NEXUS INSTITUT 2012). In der VG Wirges besteht ein Einsatzbedarf für einen Bürgerbus speziell für Jugendliche, damit diese problemlos zu Freizeitveranstaltungen gelangen können – vor allem abends und an den Wochenenden, wenn nur wenige bzw. keine Linienbusse verkehren. Allerdings ist in diesem Zusammenhang vorher zu prüfen, welche Ziele der Bürgerbus ansteuern sollte. Denn mit diesem zusätzlichen ÖPNV-Angebot besteht seitens der Kommune auch die Möglichkeit, das Freizeitverhalten der Jugendlichen in einem gewissen Rahmen zu steuern. Um eine stärkere soziale Bindung der jungen Menschen an ihre Wohnorte zu erreichen, ist dementsprechend eine aktive Förderung der regionalen Veranstaltungen innerhalb der Verbandsgemeinde (z.B. die Kirchweihfeste oder Beat-Partys für Jugendliche in den einzelnen Gemeinden) mittels eines Fahrtenangebotes des Bürgerbusses als wesentlich sinnvoller zu erachten als zum Beispiel der Transport zu den Diskotheken im weiteren Umkreis.

**Abb. 101: Einrichbus der VG Katzenelnbogen als Ergänzung zum ÖPNV**



**Quelle: VERBANDSGEMEINDE KATZENELNBOGEN 2012**

Darüber hinaus ist mittel- bzw. langfristig die Ausdehnung eines Bürgerbus-Angebotes in der VG Wirges für Senioren in Betracht zu ziehen, sofern sich eine entsprechende Nachfrage einstellt<sup>63</sup>. In jedem Fall ist die Initiierung eines Bürgerbusvereins zeitnah anzustreben, da sie erstens für den gesamten Westerwaldkreis eine Vorbildfunktion besitzen würde, zweitens in der VG Wirges genügend Senioren vorhanden sind, welche sich ehrenamtlich engagieren möchten (vgl. MÜLLER, Anhang B) und drittens die Landesregierung Rheinland-Pfalz mit dem Projekt *Bürgerbus Rheinland-Pfalz* derzeit solche Initiativen unterstützt (vgl. NEXUS INSTITUT 2012).

Abschließend ist im Hinblick auf die Handlungsempfehlung *Mobilitätsbedürfnisse reduzieren, ÖPNV-Angebot erhalten und ergänzen* noch festzuhalten, dass die aufgeführten Maßnah-

---

<sup>63</sup> Auch deshalb sollte bei der Anschaffung eines Fahrzeuges auf die Tauglichkeit für Menschen mit Behinderung geachtet werden, um diesen einen barrierefreien Ein- und Ausstieg, zum Beispiel durch den Einsatz eines Busses mit Niederflertechnik, zu ermöglichen.

men nur dann einen Erfolg nach sich ziehen werden, wenn eine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung bei der Verkehrswahl zugunsten des ÖPNV stattfindet. Deshalb ist es notwendig, dem Bürger klar darzustellen, dass mehr Eigenverantwortung für die Bestandssicherung im ÖPNV unabdingbar ist und er mit seinem Verhalten selbst dazu beiträgt (vgl. ÖIV-CONSULT 2006, S. 17).

### **8.4.2 Handlungsempfehlung 2: Baulücken schließen, Leerstände reduzieren und vermeiden**

Die Ermittlung des Handlungsbedarfs im Feld *Angebot an Wohnungen und Bauplätzen* hat gezeigt, dass in allen drei Gemeinden Baulücken vorhanden sind und aufgrund der demographischen Entwicklung bereits mittelfristig mit einer Zunahme der Wohnungsleerstände zu rechnen ist. Hinzu kommen möglicherweise Ladenleerstände bei einer ungünstigen Entwicklung der örtlichen Nahversorgung. Aus diesen Umständen resultiert die folgende Handlungsempfehlung *Baulücken schließen, Leerstände reduzieren und vermeiden*, welche sich an der Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung und dem damit verbundenen Leitbild *Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten* orientiert. In diesem Kontext geht es um die Vermeidung einer dispersen Siedlungsstruktur mittels der Ausschöpfung der vorhandenen Ressourcen in Form von Baulücken und vorhandenen, leerstehenden Gebäuden. Dies trägt auch dem im Baugesetzbuch verankerten Grundsatz *Innenentwicklung vor Außenentwicklung* Rechnung. Außerdem wird mit der Handlungsempfehlung das Entwicklungsziel der Steigerung der Attraktivität der Gemeinden als familienfreundliche Wohnorte verfolgt, da insbesondere die Reduktion und Vermeidung von Leerständen der Verödung der Orts- bzw. Stadtkerne entgegenwirkt und somit die jeweilige Gemeinde als Wohnort attraktiver gestaltet. Darüber hinaus können von einer Ansiedlung junger Familien, welche die vorhandenen Baulücken zum Bau eines Eigenheims nutzen, positive Effekte ausgehen. Die Handlungsempfehlung ist auf kommunaler Ebene anhand der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen zu realisieren.

#### **8.4.2.1 Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Baulücken- und Leerstandskatasters**

Einer der ersten und zugleich wichtigsten Schritte, die zur Verwirklichung der Handlungsempfehlung beitragen, ist die zeitnahe Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Baulücken- und Leerstandskatasters für die drei betroffenen Gemeinden. Im Falle der VG Wirges kann dabei – zumindest teilweise – auf ein bereits bestehendes Kataster zurückgegriffen werden.



## 8. HANDLUNGSKONZEPT

---

Im Jahr 2009 wurden in allen Gemeinden die Leerstände in einem eigens für diesen Zweck abgegrenzten Orts- bzw. Stadtkern erfasst. Auf diese Erhebung sollte in der Art und Weise aufgebaut werden, dass die Beschränkung auf den Orts- bzw. Stadtkern aufgehoben wird und das gesamte Gebiet der jeweiligen Gemeinden berücksichtigt wird. Die entsprechende Kartierung der Leerstände ist fortlaufend in einem vorher festgelegten Zeitrahmen (z.B. alle zwei Jahre) zu aktualisieren. Als zusätzliches Frühwarnsystem für zukünftige Wohnungsleerstände bietet es sich an, die im Jahr 2008 durchgeführte Erfassung der Wohnobjekte, in denen ausschließlich Menschen wohnen, die älter als 75 Jahre sind, ebenfalls regelmäßig zu aktualisieren. Zudem ist es sinnvoll, alle vorhandenen Leerstände zu kategorisieren, zum Beispiel nach Art der vorherigen Nutzung, Baujahr, Zustand der Bausubstanz etc. Ähnliches gilt für die Aufstellung eines Baulückenkatasters, das aufgrund der Tatsache, dass die Bestandserhebungen zum Teil schon mehr als zehn Jahre zurückliegen (z.B. in Dernbach), dringend zu erneuern ist. Auch hier bietet sich eine Typisierung an, die sich zum Beispiel an den vier Typen von Baulücken (*klassische Baulücke*, *geringfügig bebaute Baulücke*, *Arrondierungsflächen* und *suboptimal genutzte Baulücke*) orientieren könnte (vgl. AMT FÜR ENTWICKLUNGSPLANUNG DER STADT ESSEN 1981). Eine regelmäßige Fortschreibung dient ebenfalls im Hinblick auf die Baulücken einem umfassenden Monitoring mit dem Zweck, unattraktive Objekte bzw. Grundstücke zu identifizieren und anschließend entsprechende Maßnahmen zu treffen, um diese besser vermarkten zu können.

### 8.4.2.2 Etablierung einer Grundstücks- und Immobilienbörse

Einige Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz (z.B. VG Pirmasens-Land) bieten online eine eigene Grundstücks- und Immobilienbörse an, auf die im Rahmen ihrer Internetpräsenz verwiesen wird. Dieses Angebot verfolgt das Ziel, die Baulücken zu schließen und dass vorhandene leerstehende Objekte wieder genutzt werden. Es wird empfohlen, dass auch die VG Wirges von einem solchen Online-Portal Gebrauch macht. In diesem Kontext ist es sinnvoll, das Angebot nach Objektarten für die jeweiligen potenziellen Interessenten zu kategorisieren (z.B. Wohnungen, Gewerbeobjekte, Ferienimmobilien, Baugrundstücke etc.). Da es sich um einen Bürgerservice handelt, ist eine kostenfreie Nutzung anzustreben. Zudem sollte ein zentraler Ansprechpartner vorhanden sein, an den sich die Interessenten persönlich wenden können. Da Grundstücks- und Immobilienbörsen bereits in anderen Verbandsgemeinden existieren, ist dafür zu sorgen, dass diese Maßnahme möglichst zeitnah umgesetzt wird.

### *8.4.2.3 Stärkung der innerörtlichen bzw. innerstädtischen Einrichtungen der Nahversorgung*

Mit einer Stärkung der innerörtlichen bzw. innerstädtischen Einrichtungen der Nahversorgung wird eine Reduktion der Anzahl an Ladenleerständen erreicht bzw. zumindest eine weitere Erhöhung der Leerstände vermieden und somit auch der Verödung der Orts- bzw. Stadtkerne entgegengewirkt. Außerdem verhindert ein attraktives Nahversorgungsangebot die Abwanderung der Bevölkerung. Für die Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges sollte ein integriertes Konzept zur Stärkung der Einrichtungen der Nahversorgung aufgestellt werden, welches sowohl den Erfordernissen der Landesplanung gerecht wird, beispielsweise im Hinblick auf die Funktion von Dernbach und Wirges als Teil eines kooperierenden Zentrums, als auch den zukünftigen Bedürfnissen der Einwohner vor Ort. Letzteres ist für die Stadt Wirges ein zentraler Punkt in Bezug auf die Entstehung des *Wohnparks Stadtgarten* in der Bahnhofstraße und den damit verbundenen veränderten Nachfragestrukturen im Einzelhandel. Als besonders wichtig ist des Weiteren die laufende Beobachtung der Entwicklung der Einzelhandelsgeschäfte anzusehen, denn wenn eine Schließung absehbar wird (z.B. durch das bereits beschriebene Generationenproblem hinsichtlich zweier Geschäfte in Dernbach und Ebernhahn) und trotz aller Bemühungen nicht vermieden werden kann, gilt es, frühzeitig einen neuen Eigentümer bzw. eine geeignete Form der Umnutzung für das Objekt zu finden.

### *8.4.2.4 Rückbau maroder Leerstände*

Derzeit befinden sich nach Angaben der Bürgermeister in den drei Gemeinden noch keine Objekte, die aufgrund ihrer baulichen Substanz einen negativen Einfluss auf das Orts- bzw. Stadtbild besitzen und für die ein Rückbau die bestmögliche Handlungsoption darstellen würde. Dennoch ist mittelfristig bis zum Jahr 2020 damit zu rechnen, dass einige Häuser, die bereits gegenwärtig unbewohnt oder ungenutzt sind und aufgrund ihrer räumlichen Lage oder ihres Zustandes wahrscheinlich auch in Zukunft leerstehen werden, im Laufe der Zeit verfallen. Zur Identifizierung solcher Objekte könnte auf das bereits empfohlene Leerstandskataster zurückgegriffen werden. Um anschließend bei Bedarf einen entsprechenden Rückbau in die Tat umzusetzen, bietet sich die Anwendung innovativer Modellprojekte an, die sich von der VG Wirges aus auf den gesamten Westerwaldkreis als positive Beispiele ausbreiten könnten. Dazu zählt beispielsweise die Möglichkeit, den Eigentümern solcher maroden Objekte eine Abrissprämie zu zahlen, wie es in der Gemeinde Illingen im Saarland praktiziert wird (vgl. KERNPLAN GESELLSCHAFT FÜR STÄDTEBAU UND KOMMUNIKATION MBH 2012). Zwar

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

---

ist ein solches Projekt mit Kosten verbunden, die jedoch durch die Beantragung von Fördergeldern beim Land zumindest zum Teil gedeckt werden könnten.

### 8.4.2.5 *Schaffung von Anreizen zum Bau oder Erwerb von Gebäuden innerhalb des Orts- bzw. Stadtkerns*

Diese Maßnahme umfasst eine Vielzahl einzelner Teilmaßnahmen, die sich zum einen in kostenlose Informations- und Beratungsangebote und zum anderen in finanzielle Anreize einordnen lassen. Im Hinblick auf Information und Beratung stellt die Beratung von Bauherren eine Leistung dar, die in der kommunalen Praxis häufig angewandt und im Rahmen einer Studie auch als relativ erfolgreich bewertet wurde (vgl. LOBECK / WIEGANDT / WIESE-VON OFEN 2006, S. 8). Sie sollte sowohl Bauherren, die eine Baulücke schließen oder ein bereits vorhandenes Objekt sanieren bzw. umbauen möchten, angeboten werden. Der Beratungsprozess erstreckt sich dabei vom (potenziellen) Erwerb des Grundstücks bzw. der Immobilie bis zur fertigen Bebauung oder Sanierung. Neben den Vorteilen, die mit einem Erwerb verbunden sind (z.B. die Einbindung in bereits vorhandene Infrastruktur), gehören auch Informationen über finanzielle Fördermöglichkeiten (beispielsweise das Förderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz zur Dorferneuerung) zu den Hauptaufgaben der individuellen Beratung. Des Weiteren ist eine Informationspolitik seitens der Gemeinden in Form einer Imagekampagne von Vorteil, welche die Vorzüge des Lebens in den betroffenen Gemeinden in den Mittelpunkt rückt.

Zu den finanziellen Anreizen hingegen zählt beispielsweise die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs für die Sanierung alter Häuser, in dessen Rahmen die besten Vorschläge prämiert werden. Das Modell *Leben im Dorf, Leben mittendrin* in der VG Wallmerod hat in diesem Zusammenhang als Ergebnis den öffentlichkeitswirksamen Nachweis dafür erbracht, dass ein saniertes Haus im Ortskern kostengünstiger ist als der Neubau auf der grünen Wiese (vgl. PAULUS 2010, S. 125). Darüber hinaus ist die Möglichkeit einer finanziellen Förderung seitens der VG Wirges für Bau- bzw. Sanierungsvorhaben in den Orts- bzw. Stadtkernen zu überprüfen, ähnlich dem Wallmeroder Modell, das eine Förderung als Zinszuschuss gewährt (vgl. ebd., S. 126).

Abschließend ist bei den aufgeführten Maßnahmen zur Schließung der Baulücken und Reduktion sowie Vermeidung von Leerständen zu beachten, dass deren Erfolg entsprechend größer sein wird, wenn in Zukunft kein zusätzliches Bauland ausgewiesen wird. Deshalb ist auf Verbandsgemeindeebene in Erwägung zu ziehen, auf die Ausweisung von Neubaugebie-

ten bis zur Umsetzung der Maßnahmen in allen Gemeinden der VG Wirges vollständig zu verzichten. Dies besitzt im Übrigen den weiteren Vorteil, dass die Ausweitung einer dispersen Siedlungsstruktur unterbunden wird. Allerdings ist hinsichtlich des möglichen Erfolgs der Maßnahmen festzuhalten, dass einige Hemmnisse existieren, die auf kommunaler Ebene nicht bzw. nur unzureichend abgebaut werden können. Dazu zählen zum Beispiel in Bezug auf die Schließung der Baulücken das mangelnde Verkaufsinteresse und die private Bevorratung mancher Grundstückseigentümer. Solche Probleme sind auf Kreis-, Landes- und Bundesebene zu lösen, etwa über fiskalische Maßnahmen.

### **8.4.3 Handlungsempfehlung 3: Weiterentwicklung der Freizeitmöglichkeiten für Jung und Alt**

Diese Handlungsempfehlung resultiert aus mehreren Umständen. Dazu zählen das Ergebnis der Jugendbefragung, dass vielen jungen Menschen aus Dernbach, Ebernhahn und Wirges Freizeitmöglichkeiten fehlen sowie die Tatsache, dass das Freizeitangebot des Generationenbüros der VG Wirges teilweise nur unzureichend wahrgenommen bzw. genutzt wird (vgl. MÜLLER, Anhang B). Zudem wird sich zukünftig im Hinblick auf die Senioren eine Veränderung der Nachfrage nach Freizeitmöglichkeiten einstellen, da diese Bevölkerungsgruppe zum einen zahlreicher wird und zum anderen, beispielsweise mit der zunehmend guten körperlichen Verfassung der „jungen Alten“, eine andere Bedürfnisstruktur entstehen wird. Deshalb ist eine leistungsfähige, innovative Anbieterseite diesbezüglich von zentraler Bedeutung (vgl. LANGGUTH 2010, S. 59), zumal der Freizeitbedarf von Senioren ein regionalökonomisches Potenzial beinhaltet. Mit der Weiterentwicklung der Freizeitmöglichkeiten für Jung und Alt werden im Wesentlichen die beiden Entwicklungsziele *Stärkung der sozialen Bindung von Jugendlichen an ihren Wohnort* und *Schaffung altersgerechter Wohnbedingungen für eine zunehmende Anzahl an Senioren* verfolgt. Denn eine stärkere soziale Bindung von jungen Menschen wird aufgrund der hohen Bedeutung der Freizeitgestaltung für ihre Lebenswelt über diese Handlungsempfehlung erreicht und zu altersgerechten Wohnbedingungen für Senioren zählt auch ein adäquates Freizeitangebot im näheren Wohnumfeld.

#### **8.4.3.1 Befragung von Jugendlichen und Senioren zu ihren Freizeitbedürfnissen**

Die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte Jugendbefragung hat bereits zum Vorschein gebracht, dass Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren aus den drei untersuchten Gemeinden bestimmte Freizeitangebote vermissen und haben diesbezüglich auch Verbesserungs-

vorschläge eingebracht. Für eine umfassende, bedarfsgerechte Planung der Freizeitmöglichkeiten ist jedoch eine breiter angelegte Untersuchung vonnöten, die sich zum einen auch auf die jüngeren unter 15 Jahren erstreckt und zum anderen die Senioren mit einschließt. Die Befragung sollte sowohl die Bewertung des derzeitigen Angebotes als auch die Einbringung eigener Verbesserungsvorschläge zulassen. Eine solche Untersuchung besitzt im Wesentlichen zwei große Vorteile: erstens wird den betroffenen Bevölkerungsgruppen ein Gefühl der Partizipation vermittelt und zweitens kann der tatsächliche Bedarf an Freizeitangeboten ermittelt werden – womit letzten Endes die Planung erleichtert wird und Kosten eingespart werden.

### *8.4.3.2 Einrichtung kommunalpolitischer Gremien und Beiräte zur Gestaltung des Freizeitangebotes*

Damit eine bedarfsorientierte Planung des Freizeitangebotes langfristig erleichtert und institutionell verankert wird, ist es – neben der Durchführung einer Befragung – sinnvoll, auf kommunalpolitischer Ebene Gremien und Beiräte einzurichten, die den (Verbands-)Gemeinderat in diesem Aufgabenbereich beraten. Denkbar wäre ein Jugendbeirat, der die Verwaltung und den (Verbands-)Gemeinderat im Hinblick auf jugendrelevante Themen, insbesondere die Freizeitgestaltung, unterstützt. In der Stadt Wirges besteht ein solcher Beirat (vgl. MÜLLER, Anhang B). Darüber hinaus existiert die Möglichkeit, mit dem Verfahren der Spielleitplanung – wie sie bereits in der Ortsgemeinde Staudt in der VG Wirges durchgeführt wird – eine kind- und jugendgerechte Planung des kommunalen Raumes unter der direkten Beteiligung von Mädchen und Jungen zu erreichen (vgl. THIEL / STANKO 2012). Dabei nehmen Kinder und Jugendliche gemeinsam mit der planerischen und pädagogischen Fachkraft eine Bestandsaufnahme in ihrer Gemeinde durch, auf deren Basis mit den eigenen Ideen ein Spielleitplan erstellt wird. Dieser wird dann, sobald er vom Gemeinde- oder Stadtrat für verbindlich erklärt wird, in die Praxis umgesetzt (vgl. ebd.). Die Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges sollten entsprechend prüfen, ob diese Planungsform für sie umsetzbar ist.

Im Hinblick auf die Senioren ist ebenfalls eine stärkere politische Einbindung anzustreben. Mit der Einrichtung geeigneter Gremien und Beiräte wird den betroffenen Bürgern auch das Gefühl der Partizipation vermittelt, welches eine aktivere Beteiligung nach sich ziehen kann.

### *8.4.3.3 Nutzung neuer Medien zur Vermarktung des bestehenden öffentlichen Freizeitangebotes*

Eine wichtige Basis des öffentlichen Freizeitangebotes auf Verbandsgemeindeebene stellt das Jahresprogramm des Generationenbüros der VG Wirges dar, welches sowohl Angebote für Jugendliche als auch für Familien und Senioren bietet. Dieses Programm wird bislang über die „traditionellen“ Wege, wie zum Beispiel das Amtsblatt der Verbandsgemeinde und Aushänge in den Schulen, bekanntgegeben. Besonders bezüglich des Angebotes für Jugendliche bietet es sich jedoch an, die neuen Medien zur Vermarktung des Jahresprogramms einzusetzen, zumal sich die Anzahl der Anmeldungen oft in Grenzen hält und einige Angebote aufgrund einer zu geringen Teilnehmerzahl nicht stattfinden können (vgl. MÜLLER, Anhang B). Deshalb besteht eine relativ kostengünstige Verbesserungsmaßnahme darin, das Jahresprogramm verstärkt im Internet zu bewerben und in diesem Zusammenhang auch die sozialen Netzwerke zu nutzen.

### *8.4.3.4 Einführung von Regionenspielen*

Zwar steht bei der zukünftigen Planung der Freizeitangebote für Jung und Alt die Bedarfsorientierung im Vordergrund. Dennoch ist es sinnvoll, unabhängig von der Nachfrage ein innovatives Angebot seitens der VG Wirges als Leuchtturmprojekt bereitzustellen, welches in der Lage ist, die regionale Identität von Jugendlichen zu stärken und bei dem zusätzlich die älteren Bevölkerungsschichten aktiv mit eingebunden werden können. Besonders geeignet sind in diesem Kontext Regionenspiele. Dabei handelt es sich um eine Art Schnitzeljagd in einem abgesteckten Raum mit dem Ziel, „sich in Kleingruppen von Ort zu Ort zu bewegen und Aufgaben zu lösen, um sich am Ende mit allen Akteuren zu treffen und ein kleines Abschlussfest zu feiern“ (BEHN / STEPHAN 2009, S. 310). Da die Aufgaben des Regionenspiels mit den Potenzialen der Region verbunden werden können, besteht ein positiver Nebeneffekt darin, dass diese den Jugendlichen deutlich gemacht werden können und somit eine verstärkte Identifikation mit ihrer Heimat erreicht wird (vgl. ebd.).

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

**Tab. 74: Ablauf eines Regionenspiels**

<i>Dauer des Spiels:</i> ganztägig
<i>Alter der Teilnehmer:</i> von 12 bis 21 Jahren
<i>Anzahl der Teilnehmer:</i> Das Regionenspiel soll innerhalb des ausgewählten Sozialraumes mit möglichst vielen Trägern durchgeführt werden. Jeweils ein Träger stellt ein bis zwei Gruppen. So kann schnell eine Teilnehmerzahl von 100 erreicht werden.
<i>Gruppengröße der Spielgruppen:</i> zwischen 4 und 8 Personen
<i>Begleitung der Gruppen:</i> Gruppen werden überwiegend von Mitarbeitern der teilnehmenden Schulen und Einrichtungen begleitet.
<i>Themen des Regionenspiels:</i> Inhalte werden gemeinsam mit Kooperationspartnern entwickelt; zudem kann ein Heimatmuseum Ideen diesbezüglich liefern.
<i>Die Aufträge:</i> Aufträge sollen viele spielerische Elemente enthalten. Für ein sechstündiges Spiel sollten für jede Tour ca. 25 Aufträge vorhanden sein.
<i>Akteure der Gemeinden einbinden:</i> Indem sie selbst Station eines Spiels sind, haben Akteure in Gemeinden die Möglichkeit, sich den Jugendlichen „anders“ zu zeigen und sich positiv mit ihnen auseinanderzusetzen.
<i>Ende des Spiels:</i> Für alle teilnehmenden Gruppen gibt es einen gemeinsamen Endpunkt zwecks Austausch der Erfahrungen.

**Quelle: Verändert nach BEHN / STEPHAN 2009, S. 311f.**

Zudem existiert die Möglichkeit, dass sich die jungen Menschen die Themenbereiche der Touren und deren Teilinhalte selbst aussuchen mit der Konsequenz, dass Jugendliche einen positiven Zugang zu älteren Bewohnern, die sie bei der Durchführung des Spiels unterstützen können, entwickeln (vgl. ebd., S. 311). Eine Variante des Regionenspiels besteht darin, dass Jugendliche aus der Region fremden jungen Menschen (beispielsweise Zugezogenen) ihre Heimat vorstellen, sodass zusätzlich auch ein Beitrag zur Integration geleistet wird.

### 8.4.3.5 Intensivierung der Jugend- und Seniorenarbeit in den Gemeinden

Das Angebot für Jugendliche und Senioren sollte nicht nur auf Verbandsgemeindeebene erweitert werden. Notwendig ist zudem eine Intensivierung der Jugend- und Seniorenarbeit vor Ort, um die bestehenden Angebote bedarfsgerecht zu erweitern. Im Hinblick auf die Jugendarbeit in Dernbach, Ebernhahn und Wirges besteht ein Ansatzpunkt darin, einen Jugendbetreuer einzusetzen, der nicht ehrenamtlich arbeitet, sondern für seine Tätigkeit eine angemessene Entlohnung erhält. Damit wird zum Beispiel eine größere Kontinuität bei der Betreuung von Jugendräumen gewährleistet, da ehrenamtlich Tätige in diesem Bereich oft nur für kurze Zeit diese Aufgabe übernehmen und sich die Suche nach einem Nachfolger schwierig gestalten kann (vgl. MÜLLER, Anhang B). Die Ortsgemeinde Dernbach geht diesbezüglich seit 2012 mit positivem Beispiel voran, da die dortige *Derwischer Jugendlounge* von einem Jugendpaten betreut wird, der ein Honorar für seine Arbeit erhält. In Wirges hingegen stellt sich die Frage, wer in Zukunft den Jugendraum *Meeting Point* leitet, weil der ehrenamtliche Betreuer seine Aufgabe wahrscheinlich in absehbarer Zeit aufgeben wird (vgl. ebd.). Eine Selbstverwaltung von Jugendräumen durch die Jugendlichen vor Ort ist zwar kostengünstiger als der Einsatz eines Jugendpaten, kann jedoch mit erheblichen Problemen wie Lärmbelästigung und Vandalismus verbunden sein. Außerdem ist es sinnvoll, dass Jugendräume nicht nur ein Freizeitangebot für die jungen Menschen darstellen, sondern darüber hinaus auch durch den Einsatz einer pädagogischen Kraft ein neutraler Ansprechpartner vorhanden ist, der sich um die persönlichen Belange der Jugendlichen kümmert. Dementsprechend ist zu prüfen, ob in Wirges und Ebernhahn die notwendigen finanziellen Mittel vorhanden sind, um einen Jugendbetreuer einzusetzen bzw. – im Falle von Ebernhahn – auch einen offiziellen Jugendraum oder vergleichbaren Treffpunkt bereitzustellen.

In Bezug auf die Seniorenarbeit ist in den drei Gemeinden eine Erweiterung des vorhandenen Angebotes für die jüngeren Senioren anzustreben. Denn das bestehende Jahresprogramm (z.B. Seniorennachmittag in Ebernhahn, Seniorenveranstaltung des Kuratoriums der Stiftung der Stadt Wirges zugunsten der 80 Jahre alten und älteren Einwohner in Wirges) wird in erster Linie von den Hochbetagten wahrgenommen. Eine Ergänzung des Programms um Veranstaltungen, die auch von jüngeren Senioren bevorzugt belegt werden wie kulturelle Angebote (z.B. Literaturkreise, Kunstfahrten) und sportliche Aktivitäten (z.B. Rad- und Wandertouren) sollte deshalb in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung – etwa über die bereits vorgeschlagene Einrichtung entsprechender Gremien in den Gemeinderäten – vorgenommen werden. Denkbar ist in diesem Zusammenhang ein neues Konzept der Seniorenarbeit, bei dem Veranstaltungen von Senioren für Senioren organisiert werden und somit auch kos-



tenlos bereitgestellt werden können – wie es etwa in der Gemeinde Ochsenhausen im Rahmen des Arbeitskreises *Spurwechsel* der Fall ist (vgl. EVANGELISCHES PFARRAMT OCHSENHAUSEN 2012).

### *8.4.3.6 Initiierung eines Hauses der Generationen*

Im Kontext der Weiterentwicklung von Freizeitangeboten für Jung und Alt ist auch mittel- bis langfristig anzustreben, einen Treffpunkt zu schaffen, an dem die Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen intensiviert wird. Dies führt letztendlich zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, von dem alle Beteiligten profitieren. Ein solcher möglicher Treffpunkt stellt ein Haus der Generationen dar, wie es beispielsweise in der Stadt Röttingen (vgl. STADTVERWALTUNG RÖTTINGEN 2012) oder im Stadtteil Saarlouis-Steinrausch (vgl. PROJEKT „MITEINANDER DER GENERATIONEN“ 2012) bereits besteht. Es ist möglich, ein leerstehendes Gebäude dafür zu nutzen – in Röttingen wurde eine ehemalige Zehntscheune zu diesem Zweck umgebaut (vgl. STADTVERWALTUNG RÖTTINGEN 2012). Aufgrund seiner zentralörtlichen Funktion ist Wirges als Standort für ein solches Haus der Generationen besonders geeignet. Es ist zu prüfen, ob dort bereits gegenwärtig ein Gebäude zur Verfügung steht, welches sich für eine solche (Um-)Nutzung eignen würde. Das Angebot dieser Einrichtung soll im Übrigen im Hinblick auf die bestehenden Jugendräume keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung darstellen. Dementsprechend sind vordergründig Bildungsangebote, wie zum Beispiel Musik- und Nachhilfeunterricht, die auch ehrenamtlich von Senioren angeboten werden können, zu schaffen. Für die älteren Menschen ist hingegen denkbar, dass die bereits bestehenden Veranstaltungen des Generationenbüros der VG Wirges (z.B. PC-Kurs für Senioren) dort durchgeführt werden. Ein besonderes Augenmerk in dem Haus der Generationen sollte jedoch den generationenübergreifenden Angeboten zukommen, beispielsweise einem offenen Mittagstisch oder einer hauseigenen Kegelbahn (vgl. PROJEKT „MITEINANDER DER GENERATIONEN“ 2012).

## **8.5 Strategie zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen**

Die oben aufgeführten drei Handlungsempfehlungen beinhalten eine Vielzahl an ressortübergreifenden Maßnahmen, bei deren konkreten Umsetzung viele unterschiedliche Akteure eingebunden sind. Daraus entsteht die Notwendigkeit, eine umfassende Strategie zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu erstellen, damit ein möglichst hoher Erfolg des Konzeptes gewährleistet ist, sofern die Maßnahmen nicht im Rahmen des LILE „Westerwald“ realisiert werden. Im Folgenden (Kap. 8.5.1 bis 8.5.4) werden vier wesentliche Schritte präsentiert, die für eine unabhängige Umsetzung auf der Ebene der VG Wirges maßgeblich

sind. Diese basieren größtenteils auf Erfahrungen aus bereits realisierten integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten.

### **8.5.1 Beteiligung von Akteuren aufbauen**

In Anlehnung an das Konzept integrierter ländlicher Entwicklung, das die Bedeutung und die Entscheidungskompetenz der Akteure im ländlichen Raum deutlich aufwertet, soll die Realisierung der vorliegenden Handlungsempfehlungen stärker nach dem Bottom-up-Prinzip (Entwicklung von unten) erfolgen, welches sich vom früher vorherrschenden Top-down-Ansatz (Entwicklung von unten) unterscheidet (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 19). Deshalb ist es notwendig, eine breite öffentliche Beteiligung von Anfang an zu initiieren. Dies bedeutet, dass möglichst viele Bürger anzusprechen und potenzielle Partner zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu finden sind. Diese Aufgabe soll anhand der folgenden vier Teilschritte bewältigt werden.

#### *8.5.1.1 Einberufung regionaler Konferenzen*

Zunächst ist es unabdingbar, alle Bürger aus den Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges über das Handlungskonzept zu informieren. Dies geschieht am besten über die Durchführung von örtlichen Informationsveranstaltungen, die möglichst breit über alle gängigen Medien (Amtsblatt, Internet, Plakate etc.) angekündigt werden sollten. Eine geeignete Form für diese Veranstaltungen stellen Dorfkonferenzen dar, da sie die Möglichkeit einer breiten Bürgerbeteiligung bieten (vgl. FRANZEN 2010, S. 135). Im Rahmen einer solchen Konferenz kann – neben der Präsentation der Auswirkungen des Demographischen Wandels und der formulierten Handlungsempfehlungen – den Einwohnern die Gelegenheit geboten werden, selbst Verbesserungs- bzw. Maßnahmenvorschläge einzubringen. Dieser Beteiligungsprozess wirkt identitätsstiftend und besitzt des Weiteren den positiven Nebeneffekt, dass durch ihn die Gründung von Bürgervereinen begünstigt werden kann (vgl. ebd., S. 134).

Nach der Durchführung dieser einzelnen Dorfkonferenzen sollte zwecks Vernetzung und Organisation auf Verbandsgemeindeebene eine zentrale Veranstaltung stattfinden, an der sich gemeinsam alle interessierten Bürger aus den drei Gemeinden beteiligen und austauschen können. Dabei ist es möglich, dass sich schon erste Akteursgruppen herauskristallisieren; allerdings sind darüber hinaus Politiker und Bürger, deren Beteiligung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen essenziell ist, gezielt anzusprechen. Um welche Personen es sich dabei konkret handelt, kann mithilfe des nächsten Teilschritts erfasst werden.

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

### 8.5.1.2 Identifizierung der relevanten Akteure

In der Literatur existieren zwar Checklisten für integrierte ländliche Entwicklungskonzepte, mit deren Hilfe auch die für das vorliegende Handlungskonzept relevanten Akteure identifiziert werden können (vgl. z.B. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 21). Diese sind jedoch sehr allgemein gehalten und umfassen Interessens- bzw. Akteursgruppen, die in diesem Kontext keine Rolle spielen. Deshalb soll beispielhaft anhand der Handlungsempfehlung 1 (*Mobilitätsbedürfnisse reduzieren, ÖPNV-Angebot erhalten und ergänzen*) ein alternativer und auf das vorliegende Handlungskonzept zugeschnittener Weg der Identifizierung relevanter, regionenspezifischer Akteure aufgezeigt werden<sup>64</sup>. Dazu werden, getrennt nach den insgesamt sechs Maßnahmen, alle Akteure, welche an der jeweiligen Umsetzung zu beteiligen sind, erfasst (vgl. Tab. 75).

**Tab. 75: Erfassung relevanter Akteure nach einzelnen Maßnahmen für die Handlungsempfehlung 1**

Maßnahme	Akteure
Einrichtung von Wochenmärkten	Bürger, Einzelhändler vor Ort und aus der Region, Gemeinderat, Bürgermeister
Bildung von Fahrgemeinschaften	Verbandsgemeindeverwaltung, Bürger
Ausbau Bestell- und Lieferwesen	Bürger (v.a. Senioren), Einzelhändler vor Ort, Kulturträger (z.B. Bücherei)
Schaffung zusätzlicher Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche	Bürger (v.a. Jugendliche), Gemeinderat, Verbandsgemeinderat, Bürgermeister, Kreisjugendamt, Jugendverbände, Kulturträger, Volkshochschule, Generationenbüro
Anreize zur Nutzung des ÖPNV schaffen	Gemeinderat, Verbandsgemeinderat, Bürgermeister, Landrat, Kreisverwaltung, Verkehrsbetriebe
Initiierung eines Bürgerbusvereins	Bürger, Verbandsgemeinderat, Generationenbüro, VG-Bürgermeister, Verkehrsbetriebe

**Quelle: Eigene Darstellung**

<sup>64</sup> Da die vorliegenden Handlungsempfehlungen mit den entsprechenden Maßnahmen nicht als starres Konzept anzusehen sind, sondern im Laufe der Umsetzung in die Praxis modifiziert werden können, wird an dieser Stelle auf eine komplette Auflistung aller Maßnahmen mit relevanten Akteuren verzichtet.

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

---

Dieses Verfahren ist demgemäß auch für die beiden weiteren Handlungsempfehlungen und den damit verbundenen Maßnahmen anzuwenden.

### *8.5.1.3 Gründung einer regionalen Partnerschaft*

Wenn alle relevanten Akteure für das Handlungskonzept identifiziert worden sind, besteht die Option, eine regionale Partnerschaft zu gründen, um diesen einen geeigneten institutionellen Rahmen bereitzustellen. Dabei handelt es sich um einen „Zusammenschluss von Politik, Verwaltung, den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 20). Im Hinblick auf die drei Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges bedeutet dies auch, dass die Gremien und Beiräte, die zur Weiterentwicklung des Freizeitangebotes für Jung und Alt eingerichtet werden können (vgl. Kap. 8.4.3.2), unbedingt an dieser regionalen Partnerschaft teilhaben sollten. Um den Zusammenschluss der regionalen Partnerschaft stabil und handlungsfähig zu machen, wird zum Beispiel ein Verein zur regionalen Entwicklung gegründet (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 20). Innerhalb dieses Vereins ist erstens darauf zu achten, dass alle Interessen ausgewogen berücksichtigt werden und zweitens eine enge Anbindung an die bestehenden kommunalpolitischen Strukturen hergestellt wird (vgl. ebd.).

### *8.5.1.4 Regelmäßige Berichterstattung*

Damit die gewonnene Beteiligung der Akteure langfristig aufrecht erhalten wird, ist es – neben der regelmäßigen Durchführung von Veranstaltungen und der institutionellen Verankerung mittels einer regionalen Partnerschaft – dringend notwendig, dass über den gesamten Prozess eine kontinuierliche Berichterstattung erfolgt (vgl. ebd., S. 23). In der VG Wirges sind in diesem Kontext alle verfügbaren Kanäle zu nutzen. Das wichtigste Medium stellt das Amtsblatt dar, da es wöchentlich flächendeckend erscheint und somit jedem Bürger frei zugänglich ist. Dort könnte eine regelmäßige Informationsseite zu Fragen des Entwicklungsprozesses, die zum Mitmachen einlädt, eingeführt werden. Darüber hinaus sollte jedoch auch die Internetpräsenz der VG Wirges genutzt werden. Zudem ist denkbar, dass die regionale Partnerschaft eine eigene Homepage aufbaut und ihre Mitglieder über diese Plattform informiert.

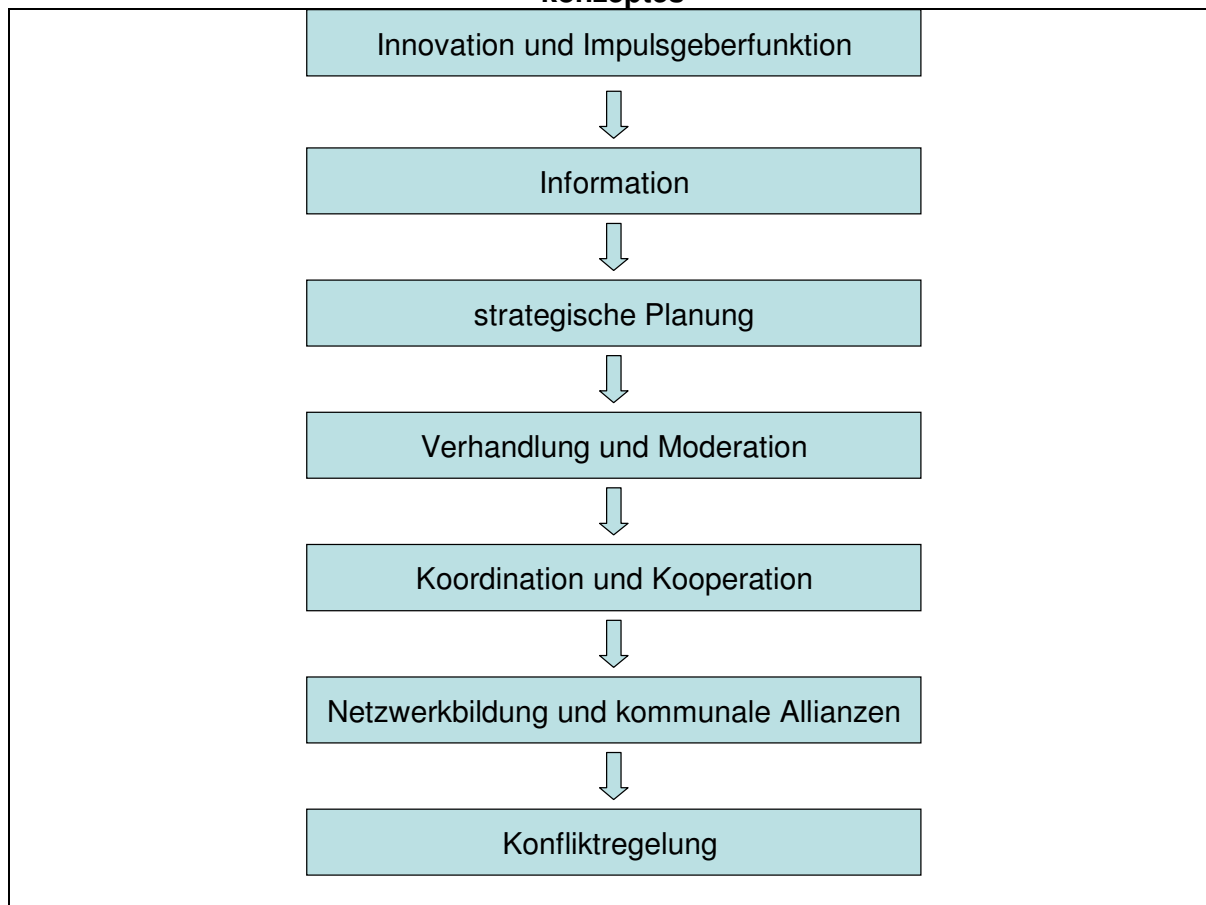
### **8.5.2 Aufbau eines Regionalmanagements**

Dem Aufbau eines Regionalmanagements als strategisches Steuerungsinstrument kommt bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes eine zentrale Rolle zu. Darunter ist die Führung, Gestaltung und Steuerung einer Region zu verstehen, die sich den Prinzipien der regionalen Vernetzung, der Kooperation sowie kommunaler und regionaler Allianzen bedient (vgl. TROEGER-WEIß 1998, S. 152). Das Regionalmanagement agiert als Verbindungsstelle zwischen kommunalen und staatlichen Verwaltungseinrichtungen sowie den anderen regionalen Akteuren (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 31) und nimmt in diesem Kontext verschiedene Aufgaben wahr, die im Folgenden – neben seiner Organisation und Finanzierung – präsentiert werden.

#### *8.5.2.1 Aufgaben*

Im Hinblick auf ländliche Entwicklungsprozesse und die Implementierung des vorliegenden Konzeptes umfasst Regionalmanagement sämtliche Aufgaben, welche zur Initiierung, Organisation und Umsetzungsbegleitung notwendig sind. Somit stellt es in erster Linie eine Kommunikations- und Kooperationsaufgabe dar (vgl. ebd.). Abb. 102 verdeutlicht die Stellung des Regionalmanagements im Zentrum des Umsetzungsprozesses anhand seiner Kompetenzfelder, die für das vorliegende Handlungskonzept als wesentlich anzusehen sind.

**Abb. 102: Kompetenzfelder des Regionalmanagements im Rahmen des Handlungskonzeptes**



**Quelle: Verändert nach TROEGER-WEIß 1998, S. 172**

Vor allem die beratende Funktion ist hervorzuheben, denn das Regionalmanagement ist als wichtiger Ansprechpartner für Akteure bei der Projektkonzeption und Antragstellung vorgesehen. Sofern das Management gut organisiert wird und die Finanzierung über den gesamten Zeitraum gesichert ist, sorgt es „für einen gesteuerten und geplanten Ablauf des Prozesses der nachhaltigen Entwicklung einer Region und für die erfolgreiche Anpassung der regionalen Entwicklung an die Vorgaben politischer Förderprogramme und die gesetzlichen Grundlagen“ (vgl. ebd., S. 33). Dies wäre ein Erfolg, der von keiner anderen Institution im Rahmen des Umsetzungsprozesses vollständig gewährleistet werden kann.

### 8.5.2.2 Organisation

Da das Regionalmanagement im Steuerungszentrum des Prozesses steht, ist ein Team mit zwei bis fünf Mitarbeitern als optimal zu betrachten, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen (vgl. ebd.). Hinsichtlich der Organisation des Regionalmanagements ist eine Anbindung außerhalb der offiziellen Planungs- und Verwaltungsstrukturen anzustreben. Somit wird der

Nachteil vermieden, dass die notwendige Unabhängigkeit und Akzeptanz eingebüßt wird (vgl. ebd., S. 34). Dies erfordert andererseits jedoch eine intensive Kontaktpflege mit den politischen Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen in der VG Wirges.

### *8.5.2.3 Finanzierung*

Damit die Einführung eines Regionalmanagements gesichert ist, sollten die damit verbundenen Kosten auch für den Fall gedeckt werden können, dass die beteiligten Kommunen es teilweise oder gar vollständig selbst finanzieren müssen. In diesem Zusammenhang ist die Vereinbarung einer Pro-Kopf-Umlage, die jede Gemeinde für den gemeinsamen Entwicklungsprozess zur Verfügung stellt (vgl. ebd., S. 35), denkbar, damit eine möglichst gerechte Verteilung der Kosten erzielt wird. Darüber hinaus stellt eine Finanzierung aus Vereinsbeiträgen eine Option dar. In jedem Falle ist eine transparente Gestaltung der Leistungen des Regionalmanagements oberstes Gebot, um die Bereitschaft einer Finanzierung seitens der öffentlichen Hand und Privater zu erlangen. Dazu zählt auch die gezielte Vermarktung der erreichten Erfolge im Rahmen einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit (vgl. ebd.).

Eine besondere Beachtung im Hinblick auf die Finanzierung des Regionalmanagements kommt der Erschließung öffentlicher und privater Fördermittel zu. Welche Möglichkeiten auf diesem Feld bestehen, wird im folgenden Unterkapitel präsentiert.

### **8.5.3 Externe Unterstützung einholen**

Der mit der Umsetzung des Handlungskonzeptes verbundene Entwicklungsprozess sollte zwar aus der Region selbst heraus wachsen und maßgeblich von der regionalen Partnerschaft getragen werden (vgl. ebd., S. 41). Dennoch ist eine Unterstützung von außen hilfreich, insbesondere in der Anfangsphase. Es sind vielfältige Formen der externen Unterstützung denkbar; diese lassen sich im Wesentlichen in zwei Formen unterteilen: zum einen in Know-How (beispielsweise fachliche Beratung von unabhängigen Wissenschaftlern) und zum anderen in finanzielle Förderung. Beide Arten der Unterstützung werden im Folgenden beschrieben.

#### *8.5.3.1 Finanzielle Förderung*

Externe Finanzquellen dienen im Rahmen der Umsetzung eines Handlungs- bzw. Entwicklungskonzeptes oftmals als Anstoß für den gesamten Prozess. Diese sollten dementspre-

chend direkt zu Beginn akquiriert werden, zum Beispiel durch die Teilnahme an einem Förderwettbewerb. Darüber hinaus existieren Aktionsprogramme auf Bundesebene, die mit finanziellen Zuwendungen verbunden sind, beispielsweise das Programm *Mehrgenerationenhäuser II* (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 2012). Wenn es gelingt, solche Fördermittel zu erhalten, besitzt dies den großen Vorteil, dass die notwendigen Strukturen schnell eingerichtet werden können und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Überzeugung möglicher Partner (z.B. Sponsoren) von dem Projekt geleistet wird. Allerdings ist darauf zu achten, dass langfristig keine Abhängigkeit von solchen Finanzmitteln entsteht, denn oft sind sie nur als Anschubfinanzierung gedacht, sodass die Übernahme von Eigenverantwortung zum Gelingen des gesamten Prozesses unabdingbar ist (vgl. ebd.).

### 8.5.3.2 Know-How

Eine einfache Möglichkeit, Unterstützung in Form von Know-How einzuholen, ist die Nutzung der Erfahrungen aus anderen Regionen mit vergleichbaren Konzepten. In diesem Kontext bietet sich für die VG Wirges an, eine interkommunale Kooperation mit der VG Montabaur anzustreben, die zurzeit gemeinsam mit der VG Diez aus dem Rhein-Lahn-Kreis ein regionales Entwicklungskonzept erarbeitet, bei dem der Demographische Wandel den Ausgangspunkt sämtlicher Überlegungen darstellt (vgl. VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG MONTABAUR 2012). Denn von einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch, aus dem sogar innovative Ideen entstehen können, profitieren letzten Endes alle Beteiligten.

Darüber hinaus ist im Hinblick auf Expertenwissen die Fort- und Ausbildung des Regionalmanagements eine unerlässliche Aufgabe, da diesem bei der Prozesssteuerung die zentrale Rolle zukommt. Dies ist zwar mit Kosten verbunden; allerdings sollte bei einer entsprechenden Kalkulation bedacht werden, dass ein höherqualifiziertes Regionalmanagement seine Aufgaben besser und schneller erledigen kann, was wiederum auch mit einer Kosteneinsparung verbunden ist (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 33).

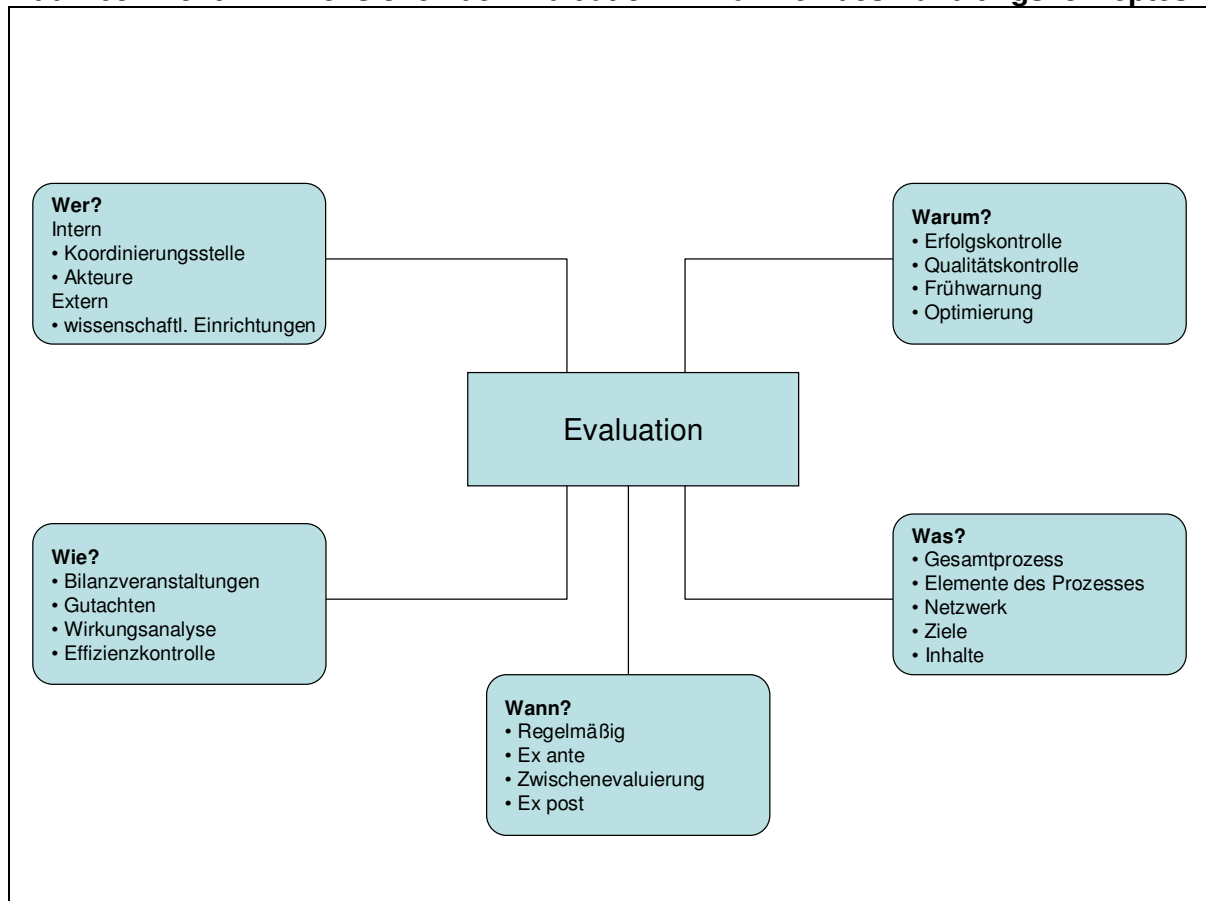
Ein externer Zuwachs an Know-How kann für alle beteiligten Akteure auch durch den Besuch von Fachmessen entstehen. Ein Beispiel hierfür ist die *euregia*, die alle zwei Jahre stattfindet und in deren Rahmen Regionalinitiativen, politische Institutionen, Landkreise und Gemeinden ihre Initiativen im Bereich der Regionalentwicklung vorstellen und diverse Fachveranstaltungen zu unterschiedlichen Aspekten der Regionalentwicklung angeboten werden, wie zum Beispiel im Oktober 2012 in Leipzig (vgl. LEIPZIGER MESSE GMBH 2012).



### 8.5.4 Durchführung einer Evaluierung

Angesichts der Tatsache, dass hinsichtlich der Durchführung des Konzeptes die finanziellen Mittel und die Personalressourcen begrenzt sind, ist es umso wichtiger, den laufenden Prozess fortwährend bis zu seinem Abschluss zu überprüfen. Denn somit kann möglichen Problemen – etwa dem Scheitern von Projekten, mangelnder Beteiligung, schlechter Akzeptanz in der Bevölkerung – rechtzeitig vorgebeugt werden (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 49). Hierzu bietet sich eine regelmäßige Evaluierung an, die alle Methoden mit einschließt, mithilfe derer Projekte, Programme und Verfahren in Bezug auf ihre Wirkung untersucht und bewertet werden (vgl. ebd.). Abb. 103 zeigt die verschiedenen Dimensionsbereiche der Evaluation.

**Abb. 103: Die fünf Dimensionen der Evaluation im Rahmen des Handlungskonzeptes**



**Quelle: Verändert nach BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 50**

Im Folgenden wird auf die ihre Gegenstände („Was?“, vgl. Abb. 103) und die verschiedenen Methoden („Wie?“, vgl. ebd.) einzugehen sein, um zu verdeutlichen, wie sich die Evaluierung in der VG Wirges konkret gestalten kann.

### 8.5.4.1 *Gegenstände*

Evaluierung findet sowohl auf der Ebene einzelner Projekte (Projektelevaluation) als auch auf der Ebene von Prozessen (Prozessevaluation) statt (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 51). Innerhalb dieser beiden Ebenen existieren verschiedene Gegenstände, die evaluiert werden können (vgl. Abb. 103). Zu den konkreten Elementen des Prozesses zählen Einzelveranstaltungen, wie auch die bereits vorgeschlagenen Dorfkonferenzen, aber auch die Beteiligung der unterschiedlichen Akteure. Die Projekte, welche einer Evaluierung bedürfen, sind vielfältig und resultieren aus den bereits formulierten Handlungsempfehlungen und den entsprechenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang sind vorrangig die Initiierung des Bürgerbusses und des Mehrgenerationenhauses zu nennen, da an diesen Projekten zahlreiche Akteure beteiligt sind und sie mit einem relativ hohen Arbeits- und Organisationsaufwand verbunden sind.

Als Koordinierungsstelle ist das Regionalmanagement anzusehen, das aufgrund seiner hohen Bedeutung für den Gesamtprozess einer besonders intensiven Evaluierung bedarf. Des Weiteren ist die regionale Partnerschaft als Netzwerk Gegenstand einer möglichen Evaluierung. Wichtig ist in diesem Kontext, dass diese eingebundenen Institutionen ihren Entwicklungsprozess nicht nur selbst kritisch bewerten (Selbstevaluierung), sondern ebenso dazu bereit sind, sich einer externen Bewertung (Fremdevaluierung) zu unterziehen. Denn „ein Blick von außen kann gerade bei größeren Problemen Hinweise auf neue Lösungsmöglichkeiten liefern, die für diejenigen, die zu stark in den Prozess integriert sind, nicht mehr sichtbar sind“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT 2005, S. 52).

### 8.5.4.2 *Methoden*

Abbildung 103 listet bereits einige Methoden der Evaluierung auf, die sich vor allem im Hinblick auf den mit ihnen verbundenen Arbeits- und Kostenaufwand sowie ihres Nutzens unterscheiden. Zum Beispiel ist die Beauftragung von Gutachten – insbesondere dann, wenn externe wissenschaftliche Einrichtungen damit beauftragt werden – einerseits sehr kostspielig, andererseits ist jedoch mit aussagekräftigen Ergebnissen zu rechnen. Deshalb sollten solche Gutachten vordergründig abschließend zur Bewertung des Gesamtprozesses veranlasst werden, sofern die finanziellen Ressourcen dies zulassen. Weniger kostenaufwändig ist hingegen die Durchführung von schriftlichen und mündlichen Befragungen, beispielsweise im Rahmen von Sitzungen der regionalen Partnerschaft oder anderen öffentlichen Veranstal-

## 8. HANDLUNGSKONZEPT

---

tungen. Darüber hinaus stellen die in Abb. 103 erwähnten Bilanzveranstaltungen ein Instrument der Evaluierung dar, zu denen, zum Beispiel zwecks Bewertung eines abgeschlossenen Teilprojektes, alle beteiligten Akteure eingeladen werden sollten.

Im Übrigen stehen auf Projektebene Methoden im Fokus, anhand derer regelmäßig überprüft wird, ob das Projekt die formulierten Ziele erreicht. Denkbar ist in diesem Zusammenhang ein Soll-Ist-Vergleich wichtiger Kennzahlen zwischen verschiedenen Zeiträumen (z.B. Fahrtenaufkommen des Bürgerbusses). Außerdem sollte in Bezug auf einzelne Projekte stets eine kontinuierliche Ergebnisdokumentation und -darstellung erfolgen, die erstens ein Hilfsmittel darstellt, um auf öffentliche Anfragen schnell reagieren zu können (vgl. ebd., S. 51) und zweitens ein integraler Bestandteil des anschließenden Evaluationsprozesses ist.

## 9 RESÜMEE UND ZUKÜNFTIGE FORSCHUNGSANSÄTZE

Eine zentrale Aufgabe der vorliegenden Arbeit bestand zunächst darin, die Bevölkerungsentwicklung des Westerwaldkreises von seiner Gründung im Jahr 1974 bis 2008 detailliert zu analysieren. Die Länge des betrachteten Zeitraums und die Tatsache, dass sich der im Landesvergleich überdurchschnittliche Bevölkerungsanstieg im Westerwaldkreis um insgesamt 21,0% nicht gleichmäßig vollzogen hat, erforderte eine Einteilung des Untersuchungszeitraums in fünf verschiedene Phasen, die sich an den jährlichen Veränderungsraten des Bevölkerungsstandes orientieren. Mittels dieser Einteilung konnte gezeigt werden, dass der Schwerpunkt des Bevölkerungswachstums in den Jahren 1987 bis 1997 liegt und seit 2004 die Einwohnerzahl des Westerwaldkreises erstmalig in seiner Geschichte kontinuierlich zurückgeht.

Die insgesamt positive Bevölkerungsentwicklung auf Kreisebene schließt jedoch nicht aus, dass sich bei einer kleinräumigeren Analyse auf Verbandsgemeinde- bzw. Gemeindeebene ein differenzierteres Bild mit „Gewinnern“ und „Verlierern“ ergibt. Deshalb wurde bei der Darstellung der fünf Phasen auch eine regionale Differenzierung vorgenommen, in deren Rahmen sich zeigte, dass zwar alle Verbandsgemeinden einen Bevölkerungszuwachs von 1974 bis 2008 zu verbuchen haben, dieser jedoch eine große Spannweite von 6,1% (VG Wirges) bis 37,3% (VG Ransbach-Baumbach) umfasst.

Zudem ergibt sich auf Gemeindeebene ein relativ eindeutiges Bild mit 180 Gemeinden, die an dem Bevölkerungswachstum partizipieren und zwölf Gemeinden, die hingegen einen Bevölkerungsverlust registrieren. Im Hinblick auf die Kommunen mit einem besonders starken relativen Bevölkerungsanstieg (mehr als 75%) lässt sich festhalten, dass es sich ausschließlich um Ortsgemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern handelt (Krümmel, Quirnbach, Caan, Kuhnhöfen, Oberhaid). Im Kontrast dazu weisen drei der fünf Gemeinden, die mit einer Abnahme der Bevölkerung um mehr als 10% die größten Verluste hinzunehmen haben, mehr als 1.000 Einwohner auf. Es handelt sich dabei um Dernbach, Ebernhahn und Wirges, die allesamt in der VG Wirges im Niederwesterwald innerhalb des Kannenbäckerlandes liegen und somit ein räumliches Zentrum der Bevölkerungsabnahme bilden.

Dennoch lässt sich im Westerwaldkreis kein klarer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß des Bevölkerungswachstums und der natur- bzw. wirtschaftsräumlichen Zugehörigkeit einer Kommune erkennen. Denn insbesondere im Hinblick auf die naturräumlichen Haupteinheiten sind die Unterschiede bezüglich des Bevölkerungswachstums im Hohen Westerwald, Oberwesterwald und Niederwesterwald nur schwach ausgeprägt; das unter- bzw. überdurchschnittliche Bevölkerungswachstum im Mittelsiegbergland und im Limburger Becken lässt aufgrund der relativ wenigen Gemeinden, die zu diesen Einheiten gehören, keinen eindeutigen Schluss zu. Im Hinblick auf die wirtschaftsräumliche Gliederung sind keine klaren Aussagen möglich, da sie auf einer Bestandsaufnahme der Situation in den 1960er-Jahren fußt und entsprechend veraltet ist. Zudem existiert keine Karte größeren Maßstabs, die eine eindeutige Zuordnung der Gemeinden zu den drei Einheiten (Vorderer Westerwald, Hoher Westerwald und Montabaur, Kannenbäckerland) erlaubt. In diesem Kontext würde eine Aktualisierung einen wichtigen Forschungsbeitrag leisten, um Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und wirtschaftlicher Dynamik identifizieren zu können.

Des Weiteren ist bezüglich des allgemeinen Bevölkerungswachstums erkennbar geworden, dass die neun Städte des Westerwaldkreises – gemessen an den relativen Zuwachsraten – nur unterdurchschnittlich daran teilhaben und somit im Untersuchungszeitraum auch keine Konzentrationstendenzen innerhalb des Landkreises von den Ortsgemeinden zu den Städten hin zu erkennen sind.

Bei der Analyse der Bevölkerungsentwicklung ist im Kontext mit dem Phänomen des demographischen Wandels jedoch nicht nur die Veränderung des Bevölkerungsstandes relevant. Hinzu kommen die Komponente des Alterungsprozesses und die Wanderungsbewegungen. Im Hinblick auf die erstgenannte ist festzuhalten, dass die demographische Alterung über

## 9. RESÜMEE

---

den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg nachzuweisen ist: Im Westerwaldkreis steigt das Medianalter von 34,09 auf 43,18 Jahre an. Auf Verbandsgemeindeebene konnte in allen zehn Verbandsgemeinde eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Zunahme des Medianalters nachgewiesen werden. Lediglich vier Ortsgemeinden (Ewighausen, Rotenhain, Zehnhausen bei Wallmerod, Berzhahn), deren Medianalter zu Beginn der Betrachtung im Jahr 1974 bereits auf einem relativ hohen Niveau lag, haben eine leichte Verjüngung der Bevölkerung erfahren. Außerdem zeigt sich eine Korrelation zwischen der Veränderung des Bevölkerungsstandes und dem Alterungsprozess in der Art und Weise, dass die Verbandsgemeinden mit dem höchsten Bevölkerungswachstum (Ransbach-Baumbach, Wallmerod, Selters) ein weniger stark ausgeprägtes, negatives Billeter-Maß im letzten Jahr der Betrachtung aufweisen, während die Verbandsgemeinde mit dem geringsten Bevölkerungszuwachs (Wirges) den negativsten Wert ( $J = -0,57$ ) offenbart. Dies zieht die Konsequenz nach sich, dass sich die regionalen Disparitäten im Hinblick auf die Auswirkungen des Demographischen Wandels innerhalb des Westerwaldkreises zukünftig verstärken werden, da in den Verbandsgemeinden mit einem hohem Bevölkerungszuwachs im Untersuchungszeitraum der dort langsamer ablaufende Alterungsprozess die negativen Folgen hinauszögern wird, während er zum Beispiel in der VG Wirges aufgrund seiner höheren Intensität die bereits vorhandenen Probleme schon kurzfristig verschärfen wird.

Der demographische Alterungsprozess wird vor allem durch den Rückgang der Fertilität im Untersuchungszeitraum begünstigt. Ablesbar ist dies an der Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeitsrate im Westerwaldkreis, die zwar zwischenzeitlich während der Phase des stärksten Wachstums (1987 bis 1997) höhere Werte annahm, gegen Ende des Untersuchungszeitraums (2007) jedoch ihren absoluten Tiefpunkt mit 34,61 Geburten je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren erreicht. In diesem Zusammenhang zeigte sich darüber hinaus, dass die niedrigsten AFR (im Schnitt der Jahre 1974 bis 2008) sowohl mit einem Bevölkerungszuwachs als auch mit einer Abnahme in den betroffenen Ortsgemeinden verbunden sein können: Während Dreifelden und Freirachdorf durch Wanderungsüberschüsse den negativen Effekt der niedrigen AFR überkompensieren und somit einen Bevölkerungsgewinn erzielen konnten, trägt die niedrige Fertilität in Dernbach und Ebernhahn zu dem dortigen Bevölkerungsrückgang bei.

Die Wanderungsbewegungen als weitere Komponente des Demographischen Wandels üben einen wesentlich stärkeren Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung und -struktur des Westerwaldkreises aus als die natürliche Bevölkerungsbewegung. Dies lässt sich schon an der Tatsache ableiten, dass der gesamte Einwohnerzuwachs auf Kreisebene vollständig auf

## 9. RESÜMEE

---

Wanderungsgewinnen basiert. Insbesondere in der Phase des stärksten Wachstums trägt der positive Wanderungssaldo zu den Bevölkerungszuwächsen bei. Begleitet wird dies durch eine Zunahme des Ausländeranteils, da – bedingt durch politische Umwälzungen in verschiedenen Teilen der Welt in diesem Zeitraum – ein positiver Außenwanderungssaldo vorliegt. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass nicht nur der Wanderungsgewinn aus dem Ausland ein maßgeblicher Bestandteil des Bevölkerungswachstums darstellt: Auch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind wichtige Austauschgebiete des Westerwaldkreises. Bezüglich der Strukturmerkmale der wandernden Personen hat sich gezeigt, dass am Wanderungsgewinn des Westerwaldkreises vor allem die Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen mit 29,9% beteiligt ist. Lediglich in der Altersklasse der 18- bis 20-Jährigen liegt ein Wanderungsdefizit vor, welches bei den Frauen mit einem Verlust von 1.604 Personen wesentlich stärker ausgeprägt ist als bei den Männern (-102 Personen).

Räumlich zeigt sich auf der Ebene der Verbandsgemeinden, dass alle zehn von Zuwanderung profitieren konnten – insbesondere die VG Selters und die VG Hachenburg mit durchschnittlichen Nettowanderungsraten von 7,78 respektive 7,77. Im Kontrast dazu konnte die VG Wirges mit einer Nettowanderungsrate von 3,52 nur unterdurchschnittlich an den Wanderungsgewinnen partizipieren. Auf Gemeindeebene ergibt sich ein wesentlich stärker differenziertes Bild, da es neben Kommunen, die eine überdurchschnittlich hohe Nettowanderungsrate aufweisen, auch Ortsgemeinden gibt, die negative Nettowanderungsraten und somit Wanderungsdefizite verzeichnen. Diesbezüglich ist kein klares räumliches Muster zu erkennen, weil in einigen Fällen Gemeinden mit hohen Wanderungsgewinnen direkt an Gemeinden mit ausgeprägten Wanderungsverlusten grenzen (z.B. Großholbach und Ruppach-Goldhausen).

Ausgehend von der umfangreichen Analyse der Bevölkerungsentwicklung auf den drei Ebenen wurden anschließend fünf Gemeinden (Bilkheim, Wallmerod, Dernbach, Ebernhahn, Wirges) ausgewählt, die einen besonders relativ starken Zuwachs bzw. Rückgang ihres Einwohnerstandes von 1974 bis 2008 verbuchen. Nach einer detaillierten Darstellung ihrer vom kreisweiten Trend abweichenden Bevölkerungsentwicklung, bei der sich unter anderem herausstellte, dass der Bevölkerungsrückgang in Dernbach aufgrund des durch die Volkszählung bedingten Strukturbruchs überzeichnet wird, standen fünf außerdemographische Faktoren (Arbeitsplatzangebot, Nahversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Angebot an Wohnungen und Bauplätzen, soziale und kulturelle Infrastruktur) im Mittelpunkt der Ursachenforschung. Diese wurden in erster Linie anhand von Experteninterviews und eigenen humangeographi-

schen Beobachtungen näher beleuchtet. Als zentrales Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich die unterschiedlichen Entwicklungen in den Gemeinden der VG Wallmerod einerseits und in den Gemeinden der VG Wirges andererseits nicht auf eine zentrale Ursache reduzieren lassen, sondern sich vielmehr ein Bündel an verschiedenen, gemeindespezifischen Faktoren herauskristallisiert. Als Beispiel sei an dieser Stelle auf Dernbach und Wirges verwiesen: Während in Dernbach vorrangig der negative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung, der eng mit dem Kloster und den beiden Altenheimen in Verbindung steht, zum Bevölkerungsschwund beiträgt, haben in Wirges die Entwicklungen in der Glasindustrie und die Konkurrenz in den Nachbargemeinden im Hinblick auf günstiges Bauland die Abwanderung und somit den Bevölkerungsrückgang begünstigt.

Damit das nachfolgende Handlungskonzept jedoch nicht ausschließlich auf eigene Beobachtungen und Experteninterviews im Rahmen der oben beschriebenen Ursachenforschung basiert, wurde zusätzlich eine quantitative Studie durchgeführt, um einen Teil der Bevölkerung zu befragen und diese Ergebnisse mit einfließen lassen zu können. Dazu eignete sich eine Online-Befragung in den Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges bei den Jugendlichen in besonderem Maße, da die zukünftige demographische Entwicklung vor allem von den heute jüngeren Bevölkerungsschichten und ihren Wanderungsabsichten maßgeblich abhängt. Die Befragung führte zu dem Ergebnis, dass sich zwar die meisten Jugendlichen an ihrem jetzigen Wohnort wohlfühlen, jedoch die Mehrheit es sich nicht vorstellen kann, dort noch lange wohnen zu bleiben – vorwiegend aus beruflichen Gründen. Zudem wurde an mehreren Stellen das unzureichende Angebot an Freizeitmöglichkeiten bemängelt. Eine Verbesserung in diesem Bereich ist demzufolge auch deshalb anzustreben, um die Rückkehrbereitschaft der Jugendlichen, die beispielsweise wegen eines Studiums ihre Heimat verlassen werden, zu stärken.

Dieser Aspekt fand dementsprechend in dem abschließenden Handlungskonzept zur Gestaltung des Demographischen Wandels in den vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Gemeinden Berücksichtigung. Anhand der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung wurden jedoch auch noch weitere Ziele für die Gemeinden Dernbach, Ebernhahn und Wirges formuliert, um das Wohnen in den genannten Gemeinden für alle Altersgruppen attraktiver zu gestalten und somit Abwanderung zu vermeiden bzw. Zuwanderung zu begünstigen. Kern des Handlungskonzeptes stellen die drei Handlungsempfehlungen dar, die auf ressortübergreifende Handlungsbedarfe zurückzuführen sind, welche in allen drei Gemeinden vorhanden sind. Ihre konkrete Umsetzung mittels der geschilderten Maßnahmen erfordern vorab noch einige Untersuchungen, die im Rahmen der vorliegenden Dissertation nicht geleistet

werden können, wie beispielsweise die Ermittlung der potenziellen Verkehrsnachfrage für einen Bürgerbus. Darüber hinaus ist das Konzept während der Umsetzungsphase stets den aktuellen Erfordernissen, die sich zum Beispiel im Rahmen einer regionalen Partnerschaft ergeben können, anzupassen. In jedem Fall stellt es eine geeignete Grundlage für ein umfassenderes, integriertes (ländliches) Entwicklungskonzept dar; es kann jedoch auch unabhängig davon realisiert werden.

Anhand der geschilderten Ergebnisse wird deutlich, dass die vorliegende Doktorarbeit einen wichtigen Beitrag zur Analyse und Gestaltung des Demographischen Wandels im Westerwaldkreis leistet, indem sie eine Betrachtung hinab bis zur Ebene der Ortsgemeinden vornimmt und somit regionale Besonderheiten auf dem Feld der Bevölkerungsentwicklung identifiziert. Im Zusammenhang mit den dargestellten bevölkerungsgeographischen Kennziffern auf Gemeindeebene bieten sich weitere Forschungsansätze an, die über die Disziplin der Bevölkerungsgeographie hinausgehen. Zum Beispiel bestünde eine interessante Fragestellung im Hinblick auf die durchschnittlichen allgemeinen Fruchtbarkeitsraten darin, auf welche Faktoren die regionalen Unterschiede zurückzuführen sind. Denn es hat sich gezeigt, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung nicht der alleinige Bestimmungsfaktor ist und teilweise auf kleinstem Raum große Unterschiede bestehen, zum Beispiel zwischen den benachbarten Ortsgemeinden Oberroßbach und Salzburg in der VG Rennerod. Darüber hinaus haben sich bei der Analyse der natürlichen Bevölkerungsbewegung teilweise gravierende Differenzen bezüglich der rohen Todesrate ergeben. Selbst wenn der Faktor des unterschiedlichen Altersaufbaus der Gemeinden ausgeklammert wird, stellt sich die Frage, ob die deutlich niedrigere CDR im Südosten des Kreisgebietes (Teile der Verbandsgemeinden Wallmerod und Montabaur) im Vergleich zum nordöstlichen Bereich (VG Rennerod) möglicherweise auch auf Unterschiede in der Lebenserwartung zurückzuführen ist und mit welchen Ursachen diese in Verbindung stehen.

Das vorgestellte Handlungskonzept berücksichtigt drei ausgewählte Gemeinden des Westerwaldkreises. Doch die Folgen des Demographischen Wandels werden auch in anderen Kommunen, in denen die Bevölkerungsentwicklung ähnlich negativ verlaufen ist (z.B. in den bereits erwähnten fünf Ortsgemeinden der VG Hachenburg), schon kurzfristig spürbar werden. Zudem besagt die Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz für das Jahr 2020, dass in den Verbandsgemeinden die Bevölkerungszahl rückläufig sein wird (Ausnahme: VG Wallmerod) und der Anteil der über 65-Jährigen weiter steigen wird. Deshalb bieten sich weitere Untersuchungen an, vor allem im Bereich der Raum- und Regionalplanung, um vergleichbare Handlungskonzepte für andere Gemeinden zu entwi-



ckeln mit der anschließenden Möglichkeit, diese zu einem kreisweiten Konzept zusammenzuführen.

Aufgrund der Aktualität des Themas und seiner Relevanz für die kommunale Planung wäre es des Weiteren wünschenswert, wenn dieser Doktorarbeit weitere tiefgehende regionale Analysen – beispielsweise in den umliegenden Landkreisen – folgen würden. Dies würde auch eine verstärkte interkommunale Kooperation im Hinblick auf die Umsetzung von integrierten Entwicklungskonzepten begünstigen, da die Auswirkungen des Demographischen Wandels vor Kreisgrenzen keinen Halt machen und eine gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen anzustreben ist. Zudem trägt eine steigende Anzahl an solchen Analysen zu dem langfristigen Ziel bei, ein ganzheitliches und differenziertes Bild des Demographischen Wandels in der gesamten Bundesrepublik zu erhalten.

## 10 LITERATURVERZEICHNIS

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (Hrsg.) (2006): Folgen des demographischen Wandels für Städte und Regionen in Deutschland. Handlungsempfehlungen (Positionspapier aus der ARL Nr. 62). Hannover.

AMT FÜR ENTWICKLUNGSPLANUNG DER STADT ESSEN (Hrsg.) (1981): Baulücken in ausgewählten Stadtgebieten. Nutzungspotentialerhebung. Essen.

ARNOLD, Wilhelm (1875): Ansiedlungen und Wanderungen deutscher Stämme; zumeist nach hessischen Ortsnamen. Marburg.

AWO KREISVERBAND WESTERWALD E.V. (Hrsg.) (2001): Jung sein im Westerwald. Lebens- und Freizeitsituation junger Menschen im Westerwaldkreis. Eine Studie der Arbeiterwohlfahrt Westerwald e.V. in Zusammenarbeit mit der Universität Koblenz-Landau. Koblenz u.a.

BÄHR, Jürgen (1988): Bevölkerungsgeographie. Entwicklung, Aufgaben und theoretischer Bezugsrahmen. – In: Geographische Rundschau, 40, H. 2, S. 6-13.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

BÄHR, Jürgen (2000): Bevölkerungsgeographie. – In: MUELLER, Ulrich / NAUCK, Bernhard / DIEKMANN, Andreas (Hrsg.): Handbuch der Demographie. Band 2: Anwendungen. Berlin u.a. S. 866-915.

BÄHR, Jürgen (2003): Binnenwanderungen. Konzepte, Typen, Erklärungsansätze. – In: Geographische Rundschau, 55, H. 6, S. 4-8.

BÄHR, Jürgen (2004): Bevölkerungsgeographie (Uni-Taschenbücher 1249). 4. Aufl., Stuttgart.

BÄHR, Jürgen (2008): Einführung in die Bevölkerungsgeographie. – In: BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (Hrsg.): Online-Handbuch Demografie. [www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/handbuch\\_texte/pdf\\_Baehr\\_Bevoelkerungsgeografie.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Baehr_Bevoelkerungsgeografie.pdf) (23.09.2012)

BÄHR, Jürgen / JENTSCH, Christoph / KULS, Wolfgang (1992): Bevölkerungsgeographie (Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, Band 9). Berlin u.a.

BECKER, August (1912): Beiträge zur Siedlungskunde des Hohen Westerwaldes. Marburg.

BECKER, Kurt (1956): Neuere Geschichte. Das Gebiet des Regierungsbezirks Montabaur im staatlichen Verband des Herzogtums Nassau und der preußischen Provinz Hessen-Nassau. – In: NASSAUISCHE KULTURSTIFTUNG MONTABAUR (Hrsg.): Heimatbuch des Regierungsbezirks Montabaur. S. 123-150.

BECKS, Friedrich (2012): Landwirtschaftlicher Strukturwandel in Westfalen 1979-2003. [www.lwl.org/LWL/Kultur/Westfalen\\_Regional/Wirtschaft/Land\\_Forst/Strukturwandel](http://www.lwl.org/LWL/Kultur/Westfalen_Regional/Wirtschaft/Land_Forst/Strukturwandel) (23.09.2012).

BEHN, Sabine / STEPHAN, Katja (2009): Regionenspiele. – In: DEINET, Ulrich (Hrsg.): Methodenbuch Sozialraum. Wiesbaden. S. 309-320.

BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.) (2004): Demographie konkret: Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Gütersloh.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

BETZ, Rolf (1988): Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen: Voraussetzungen, Abläufe und Motive. Dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche (Abhandlungen des Geographischen Instituts der Freien Universität, Anthropogeographie. Band 42). Berlin.

BILLARI, Francesco / KOHLER, Hans-Peter (2004): Patterns of Low and Lowest-low Fertility in Europe. – In: Population Studies, 58, S. 161-176.

BÖCKLING, Dominik (2007): Die Stadt Montabaur im Jahr 2020. Eine Entwicklungsperspektive unter Berücksichtigung ausgewählter anthropogeographischer Aspekte (Magisterarbeit im Fach Geographie an der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz). Koblenz.

BROWN, J.M. (1983): The Structure of Motives for Moving: A Multidimensional Model of Residential Mobility. – In: Environment and Planning A, 15, S. 1531-1544.

BRÜHL, Hasso u.a. (2005): Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Band 41). Berlin.

BUCHER, Hansjörg / HEINS, Frank (2001): Altersselektivität der Wanderungen. – In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4: Bevölkerung. S. 120-121.

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) (2005): Neue Leitbilder der Raumentwicklung. Kurzfassung der Ergebnisse des Diskussionsprozesses 10/2003 – 09/2005. Bonn.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2012): Was ist das Aktionsprogramm? [www.mehrgenerationenhaeuser.de/was-ist-das-aktionsprogramm-](http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/was-ist-das-aktionsprogramm-) (25.09.2012)

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2005): Ländliche Entwicklung aktiv gestalten. Leitfaden zur integrierten ländlichen Entwicklung. Bonn.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hrsg.) (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Berlin.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

CHILLA, Tobias / MORHART, Tobias / BRAUN, Boris (2008): Jenseits der Speckgürtel: Wanderungsabsichten von Schulabsolventen und der demographische Wandel im ländlichen Raum. Das Beispiel des Landkreises Haßberge in Unterfranken. – In: Raumforschung und Raumordnung, 3, S. 260-270.

CLARKE, John Innes (1984): Geography and Population. Approaches and Applications. Oxford u.a.

DEUTSCHER WETTERDIENST (1957): Klima-Atlas von Rheinland-Pfalz. Bad Kissingen.

DINKEL, Reiner Hans / LEBOK, Uwe (1997): Demographische Alterung in den alten und neuen Ländern Deutschlands. – In: Geographische Rundschau, 49, H. 3, S. 169-172.

EBENRETT, Heinz J. / HANSEN, Dieter / PUZICHA, Klaus J. (2003): Verlust von Humankapital in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. – In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 6-7, S. 25-31.

EVANGELISCHE GEMEINDE OCHSENHAUSEN (2012): Arbeitskreis Spurwechsel – Junge Senioren in Ochsenhausen. [www.ev-ki-ox.de/cms/startseite/angebote-von-a-bis-z/arbeitskreis-spurwechsel-junge-senioren-in-ochsenhausen/](http://www.ev-ki-ox.de/cms/startseite/angebote-von-a-bis-z/arbeitskreis-spurwechsel-junge-senioren-in-ochsenhausen/) (23.09.2012)

FASSMANN, Heinz (2009): Stadtgeographie I: Allgemeine Stadtgeographie. Braunschweig.

FINDLAY, Allan / GRAHAM, Elspeth (1991): The Challenge Facing Population Geography. – In: Progress in Human Geography, 15, S. 149-162.

FISCHER, Heinz (1972a): Der Westerwald in geographisch-landeskundlicher Sicht. – In: WESTERWALDVEREIN ALTENKIRCHEN (Hrsg.): Das Westerwaldbuch. Band 1: Beiträge zur Landeskunde, Geschichte, Kultur und Wirtschaft im Raum zwischen Rhein und Dill, Sieg und Lahn. Altenkirchen.

FISCHER, Heinz (1972b): Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt 124 Siegen (Reihe: Geographische Landesaufnahme 1:200.000, Institut für Länderkunde). Bonn-Bad Godesberg.

FISCHER, Heinz (1996): Verkehr im Westerwald. – In: WESTERWALD-VEREIN E.V. (Hrsg.): Großer Westerwald-Führer. Montabaur. S. 74-79.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

FRANZEN, Nathalie (2010): Dorfkonferenzen: gemeinsam Neues schaffen. – In: TROEGER-WEIß, Gabi / WEINGARTEN, Joe (Hrsg.): Herausforderung für Land und Kommunen. Die Gestaltung des Demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz. Teil I. Idar-Oberstein. S. 130-135.

FRISCHEN, Alfred (1968): Die Wandlungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Hohen Westerwaldes um die Mitte des 20. Jahrhunderts (Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde, Heft 25). Bonn.

FORST-LÜRKEN, Reinhard (2009): Probleme und Handlungsansätze zur Mobilitätssicherung in Räumen geringer Siedlungsdichte. Ein Werkstattbericht von der Erarbeitung eines Seniorenmobilitätskonzepts im nördlichen Harzvorland. Salzgitter.

FUCHS, Konrad (1961): Die Erschließung des Westerwaldes durch die Eisenbahn. – In: VEREIN FÜR NASSAUISCHE ALTERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG (Hrsg.): Nassauische Annalen, 72. Bd., S. 143-159.

GANS, Paul / KEMPER, Franz-Josef (2003): Ost-West-Wanderungen in Deutschland: Verlust von Humankapital für die neuen Länder? – In: Geographische Rundschau, 55, H. 6, S. 16-19.

GATZWEILER, Hans-Peter (1975): Zur Selektivität interregionaler Wanderungen. Ein theoretisch-empirischer Beitrag zur Analyse und Prognose altersspezifischer interregionaler Wanderungen. Bonn-Bad Godesberg.

GENSICKE, Hellmuth (1958): Landesgeschichte des Westerwaldes. Wiesbaden.

GENSICKE, Hellmuth (1978): Von der Karolingerzeit bis zur Neuzeit. – In: ARCHIV FÜR DEUTSCHE HEIMATPFLEGE GMBH (Hrsg.): Heimatchronik des Westerwaldkreises. Köln. S. 53-114.

GIEBELER, Alfons (1995): Westerwälder Landwirtschaft und EU-Agrarmarkt. – In: KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.): Wäller Heimat 1995. Jahrbuch des Westerwaldkreises. Montabaur. S. 116-120.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

GLÄSER, Jochen / LAUDEL, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Aufl., Wiesbaden.

GRAAFEN, Richard (1975): Die Bevölkerung im Westerwald. Eine Untersuchung der Verteilung und Entwicklung (1815 – 1970) der rheinland-pfälzischen Westerwaldbevölkerung nach Naturräumen und Gemeinden. Oppenheim.

GROWE, Anna (2008): Der „demographische Wandel“ in den neuen Leitbildern für die Raumentwicklung in Deutschland. In: KÜPPER, Patrick u.a. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 11 (Arbeitsmaterial der ARL Nr. 341). Hannover. S. 21-31.

HARTEMINK, Ralf (2012): Westerwaldkreis.

[www.ngw.nl/heraldrywiki/index.php?title=Westerwaldkreis](http://www.ngw.nl/heraldrywiki/index.php?title=Westerwaldkreis) (15.09.2012)

HARTNACK, Wilhelm (1957): Westerwald. In: MEYNEN, Emil / SCHMITHÜSEN, Josef (Hrsg.): Handbuch der naturräumlichen Gliederung. 4. und 5. Lieferung. Remagen. S. 449-473.

HAZEN, Helen D. / ALBERTS, Heike C. (2006): Visitors or Immigrants? International Students in the United States. – In: Population, Space and Place, 12, S. 201-216.

HEIKKILÄ, Elli (2005): Mobile Vulnerabilities: Perspectives on the Vulnerabilities of Immigrants in the Finnish Labour Market. – In: Population, Space and Place, 11, S. 485-497.

HEMME, Joachim (1992): Bildung und Weiterbildung: im Westerwaldkreis ganz groß. – In: WEINERT, Peter Paul (Hrsg.): Der Westerwaldkreis: Aktivzone zwischen Ballungsräumen. Oldenburg. S. 20-22.

HEMME, Joachim (2008): Bildung als Standortvorteil: bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung. – In: KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.): Deutsche Landkreise im Portrait: Westerwaldkreis. Oldenburg. S. 76-78.

HENKEL, Gerhard (1999): Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Leipzig.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

HERZ-JESU-HEIM (2012): Herz-Jesu-Heim Dernbach: Das Haus. [www.herz-jesu-heim-dernbach.de/linkes-menue/das-haus.html](http://www.herz-jesu-heim-dernbach.de/linkes-menue/das-haus.html) (28.07.2012)

HEUSCH, Michael (2006): Die Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis im Zeitraum von 1980 bis 2002. – In: GRAAFEN, Rainer u.a. (Hrsg.): Das Rheinische Schiefergebirge in den Exkursionsgebieten Eifel, Hunsrück, Mittelrheinisches Becken, Oberes Mittelrheintal, Westerwald und Taunus. Festschrift für Nordwin Beck zum 65. Geburtstag. Koblenz. S. 188-219.

HILPISCH, Hans (1993): Die Westerwaldquerbahn. – In: KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.): Wäller Heimat 1993. Jahrbuch des Westerwaldkreises. Montabaur. S. 43-51.

HOTTES, Karl Heinz / MEYNEN, Emil / OTREMBÄ, Erich (1972): Wirtschaftsräumliche Gliederung der Bundesrepublik Deutschland. Geographisch-landeskundliche Bestandsaufnahme 1960-1969 (Forschungen zur deutschen Landeskunde 193). Bonn-Bad Godesberg.

HUGO, Graeme (2007): Population Geography. – In: Progress in Human Geography, 31, S. 77-88.

HUSA, Karl / WOHLSCHLÄGL, Helmut (2007): Proseminar „Grundzüge der Bevölkerungsgeographie“. Lehrbehelf zur Lehrveranstaltung. Wien.

INSTITUT FÜR STADTFORSCHUNG UND STRUKTURPLANUNG (Hrsg.) (2009): Untersuchung der Lebenszufriedenheit und Bindungskraft Zentraler Orte im Land Brandenburg aus Sicht der Altersgruppe „16 bis unter 30 Jahre“. Berlin.

ISENBERG, Friedhelm (1984): Regionale Differenzierung der demographischen Struktur im nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz. Frankfurt a.M. u.a.

JÜRGENS, Hans Wilhelm (1975): Zur Lage der Bevölkerungswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. – In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1, S. 6-18.

KATHOLISCHE KINDERTAGESSTÄTTE MARIENHEIM (2012): Kita Marienheim Wallmerod. Die Betreuungsangebote. [www.kita-wallmerod.de/index.php/betreuungsangebot](http://www.kita-wallmerod.de/index.php/betreuungsangebot) (28.07.2012)

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

KEMPER, Franz-Josef (2003): Binnenwanderungen in Deutschland: Rückkehr alter Muster? – In: Geographische Rundschau, 55, H. 6, S. 10-15.

KEMPER, Franz-Josef / KULS, Wolfgang (1986): Wanderungen im ländlichen Raum am Beispiel der nördlichen Landesteile von Rheinland-Pfalz (Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde, Heft 54). Bonn.

KERNPLAN GESELLSCHAFT FÜR STÄDTEBAU UND KOMMUNIKATION MBH (2012): Erstes kommunales Abrissprogramm gestartet. [www.kernplan.de/?id=38](http://www.kernplan.de/?id=38) (24.09.2012)

KESSLER, Karl (1978): Vor- und Frühgeschichte des Westerwaldkreises. – In: ARCHIV FÜR DEUTSCHE HEIMATPFLEGE GMBH (Hrsg.): Heimatchronik des Westerwaldkreises. Köln. S. 23-51.

KILPER, Heiderose / MÜLLER, Bernhard (2005): Demographischer Wandel in Deutschland. Herausforderung für die nachhaltige Raumentwicklung. – In: Geographische Rundschau, 57, H. 3, S. 36-41.

KÖPPEN, Bernhard (2007a): Aktionistisch, raumblind, selektiv? Die Diskussion zum Demographischen Wandel in Deutschland und die Notwendigkeit regionaler Analysen. – In: EUROPÄISCHES ZENTRUM FÜR FÖDERALISMUS-FORSCHUNG (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2007. Baden-Baden. S. 279-293.

KÖPPEN, Bernhard (2007b): Zwischen Perforation und Reurbanisierung. Anmerkungen zum demographischen Wandel und Stadtentwicklung in Ostdeutschland. – In: HORN, Michael / KÖPPEN, Bernhard (Hrsg.): Demographischer Wandel in Deutschland. Die lokale und regionale Perspektive. Landau. S. 37-47.

KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.) (2011a): ÖPNV-Kreisfahrplan. Montabaur.

KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.) (2011b): Wäller Heimat 2011. Jahrbuch des Westerwaldkreises. Montabaur.

KULS, Wolfgang / KEMPER, Franz-Josef (2002): Bevölkerungsgeographie. Eine Einführung (Studienbücher der Geographie). 3. Aufl., Berlin u.a.



## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

LANDESAMT FÜR GEOLOGIE UND BERGBAU RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2005): Geologie von Rheinland-Pfalz. Stuttgart.

LANDESAMT FÜR VERMESSUNG UND GEOBASISINFORMATION RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2011a): Naturpark Nassau. Topographische Karte 1:50.000 mit Wander- und Radwanderwegen und Koordinatengitter für GPS-Nutzer. Koblenz.

LANDESAMT FÜR VERMESSUNG UND GEOBASISINFORMATION RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2011b): Naturpark Rhein-Westerwald. Topographische Karte 1:50.000 mit Wander- und Radwanderwegen. Koblenz.

LANDESBETRIEB MOBILITÄT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2011): Hinweise zur wegweisenden und touristischen Beschilderung für den Radverkehr in Rheinland-Pfalz. Loseblattsammlung. Koblenz.

LANDESVERMESSUNGSAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (1996): Wandern und Radwandern im nördlichen Westerwald. Topographische Karte 1:50.000 mit Wander- und Radwanderwegen. Koblenz.

LANDKREISE OBER- UND WESTERWALD (Hrsg.) (1971): Der Westerwald. Ein Arbeitsbuch für den Sachunterricht. Bad Ems.

LANDWIRTSCHAFTSKAMMER RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2010): Landwirtschaftlicher Fachplan Mittelrhein-Westerwald 2010. Koblenz.

LANGGUTH, Sebastian (2010): Alter und Konsum: Ökonomische Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft. – In: RUMP, Jutta / WEINGARTEN, Joe (Hrsg.): Neue Potenziale für Wirtschaft und Beschäftigung. Die Gestaltung des Demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz. Teil II. Idar-Oberstein. S. 43-61.

LAUX, Hans Dieter (2005): Bevölkerungsgeographie. – In: SCHENK, Winfried / SCHLIEPHAKE, Konrad (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg). Gotha. S. 85-144.

LEIPZIGER MESSE GMBH (2012): euregia. Kommunal- und Regionalentwicklung in Europa. [www.euregia-leipzig.de/](http://www.euregia-leipzig.de/) (11.09.2012)

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

LESER, Hartmut u.a. (2001): Diercke-Wörterbuch Allgemeine Geographie. 12. Aufl., München u.a.

LOBECK, Michael / WIEGANDT, Claus-C. / WIESE-VON OFEN, Irene (2006): Landesinitiative „Stadtbaukultur NRW“. Studie „Entwicklung von umsetzungsorientierten Handlungsschritten zur Mobilisierung von Baulücken und zur Erleichterung von Nutzungsänderungen im Bestand in Innenstädten NRW's“. Kurzfassung. Bonn.

LOKALE AKTIONSGRUPPE „WESTERWALD“ (2008): Lokales Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept „Westerwald“. Montabaur.

LOWE, Dorothea / NAGL, Wolfgang (2011): Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsströme von 1991 bis 2008 für Ostdeutschland und Sachsen. – In: ifo Dresden berichtet 2/2011. S. 27-31.

LOWELL, B. Lindsay / FINDLAY, Allan / STEWART, Emma (2004): Brain Strain: Optimising Highly Skilled Migration from Developing Countries. – In: INSTITUTE FOR PUBLIC POLICY RESEARCH (Hrsg.): Asylum and Migration, Working Paper 3. London.

LÜBBERS, Peter (2006): Krafftfahrzeugbestand steigt weiter. – In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 05/2006. Bad Ems. S. 288-294.

MACKENSEN, Rainer (2008): Forschung und Lehre. – In: BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (Hrsg.): Online-Handbuch Demografie. [www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/handbuch\\_texte/pdf\\_Mackensen\\_Forschung\\_Lehre.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Mackensen_Forschung_Lehre.pdf) (23.09.2012)

MANNS, Klaus (2011): Verkehrsinfrastruktur im Westerwald. Eisenbahnen, Autobahnen, Datenbahnen. – In: KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.): Wäller Heimat 2011. Jahrbuch des Westerwaldkreises. Montabaur. S. 29-33.

MARETZKE, Steffen (2001): Altersstruktur und Überalterung. – In: INSTITUT FÜR LÄNDERKUNDE (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4: Bevölkerung. S. 120-121.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

MEHR, Willy (1978): Aus der Verwaltungsgeschichte des Westerwaldkreises. – In: ARCHIV FÜR DEUTSCHE HEIMATPFLEGE GMBH (Hrsg.): Heimatchronik des Westerwaldkreises. Köln. S. 159-172.

MEIER KRUKER, Verena / RAUH, Jürgen (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. Darmstadt.

MGMT IMMOBILIEN GMBH (2012): Wohnpark Stadtgarten. [www.barrierefrei-wohnen-wirges.de/](http://www.barrierefrei-wohnen-wirges.de/) (28.07.2012)

MILLE, Markus (2008): Vielfältige Perspektiven der Landwirtschaft. – In: KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.): Deutsche Landkreise im Portrait: Westerwaldkreis. Oldenburg. S. 72-73.

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz.

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2000): Landesverkehrsprogramm Rheinland-Pfalz 2000. Mainz.

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (o. J.): Takt 2015. Zukunftskonzept Nahverkehr für Rheinland-Pfalz. Mainz.

MUELLER, Ulrich (1993): Bevölkerungsstatistik und Bevölkerungsdynamik. Berlin u.a.

MUELLER, Ulrich / NAUCK, Bernhard / DIEKMANN, Andreas (Hrsg.) (2000): Handbuch der Demographie. Band 1: Modelle und Methoden. Berlin u.a.

MÜLLER-MINY, Heinrich (1957): Rheinwesterwald und Vorderwesterwälder Hochflächen. – In: MEYNEN, Emil / SCHMITHÜSEN, Josef (Hrsg.): Handbuch der naturräumlichen Gliederung. 4. und 5. Lieferung. Remagen. S. 476-480.

MÜLLER-MINY, Heinrich / BÜRGENER, Martin (1972): Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt 138 Koblenz (Reihe: Geographische Landesaufnahme 1:200.000). Bonn-Bad Godesberg.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

MÜLLER-WILLE, Wilhelm (1937): Der Westerwald. – In: Geographische Zeitschrift, 43, S. 215-230.

NASSAUISCHE NEUE PRESSE (16.12.2006): Anschluss ans schnelle DSL-Netz.

NEXUS INSTITUT (2012): Projekt Bürgerbusse Rheinland-Pfalz. Das Projekt – unser Angebot für Sie. <http://www.buergerbus-rlp.de/projekt.html> (20.08.2012)

OBERBERGISCHER KREIS (2012): Demografieforum Oberberg hat ausgewertet. [www.obk.de/cms200/aktuelles/pressemitteilungen/2011/07/artikel/2011-07-06\\_demografie.shtml](http://www.obk.de/cms200/aktuelles/pressemitteilungen/2011/07/artikel/2011-07-06_demografie.shtml) (11.06.2012)

ÖIV-CONSULT (Hrsg.) (2002): Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Westerwaldkreis. Wirges.

ÖIV-CONSULT (Hrsg.) (2006): Demographische Entwicklung und ÖPNV im Westerwaldkreis. Teilfortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Westerwaldkreis. Wirges.

PAULUS, Jürgen (2010): Der Wandel vor Ort: Praxisbeispiel der Dorferneuerung Leben im Dorf – Leben mittendrin! – In: TROEGER-WEIß, Gabi / WEINGARTEN, Joe (Hrsg.): Herausforderung für Land und Kommunen. Die Gestaltung des Demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz. Teil I. Idar-Oberstein. S. 122-129.

PETERSEN, William (1972): Eine allgemeine Typologie der Wanderung. – In: SZÉLL, György (Hrsg.): Regionale Mobilität (Nymphenburger Texte zur Wissenschaft 10). München. S. 95-114.

PRIES, Ludger (Hrsg.) (1997): Transnationale Migration (Soziale Welt, Sonderband 12). Baden-Baden.

PROJEKT "MITEINANDER DER GENERATIONEN" (2012): Flyer des Projektes "Miteinander der Generationen" im Überblick.

[www.miteinander-der-generationen.de/fileadmin/downloads/Flyer\\_Konzept\\_Projekt\\_MdG\\_2011.pdf](http://www.miteinander-der-generationen.de/fileadmin/downloads/Flyer_Konzept_Projekt_MdG_2011.pdf) (23.09.2012)

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

RAVENSTEIN, Ernest George (1885/89): The Laws of Migration. – In: Journal Royal Stat. Society 48, S. 167-227 und 52, S. 241-301.

RICHTER, Karl Arne (2012): Eisenbahnen im Westerwald. [www.westerwaelderbahnen.net/index.php?nav=1000001&lang=1](http://www.westerwaelderbahnen.net/index.php?nav=1000001&lang=1) (23.09.2012)

ROTH, Hermann Josef (1978): Der Westerwaldkreis. – In: ARCHIV FÜR DEUTSCHE HEIMATPFLEGE GMBH (Hrsg.): Heimatchronik des Westerwaldkreises. Köln. S. 7-22.

ROTH, Hermann Josef u.a. (1995): Hoher Westerwald (Rheinische Landschaften, Heft 45). Köln u.a.

SABEL, Karl Josef / FISCHER, Eberhard (1992): Boden- und vegetationsgeographische Untersuchungen im Westerwald. Frankfurt a.M.

SANDMEYER, Peter (1999): Coole Sehnsucht nach Geborgenheit. – In: Stern, Heft 52/1999, S. 18-28.

SAYN-WITTGENSTEIN, Franz Prinz zu (1996): Im Westerwald: Historische Reise durch eine Landschaft. Limburg an der Lahn.

SCHLÖMER, Achim (2010): Tourismus und Freizeit: Herausforderungen und Chancen des Demographischen Wandels. – In: RUMP, Jutta / WEINGARTEN, Joe (Hrsg.): Neue Potenziale für Wirtschaft und Beschäftigung. Die Gestaltung des Demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz. Teil II. Idar-Oberstein. S. 62-68.

SCHMIDT, Klaus (1978): Industrie, Handel und Fremdenverkehr im Westerwaldkreis. – In: ARCHIV FÜR DEUTSCHE HEIMATPFLEGE GMBH (Hrsg.): Heimatchronik des Westerwaldkreises. Köln. S. 173-203.

SCHMIDT-EICHSTAEDT, Gerd (2000): Das Baulandkataster: Handlungsanleitung für die Praxis. Bonn.

SCHWARZ, Karl (1969): Analyse der räumlichen Bevölkerungsbewegung. Hannover.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

SCHWICKERT, Peter W. (2007): Agrarstrukturelle Beobachtungen im Westerwaldkreis. Teil 1: Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe. – In: KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.): Wäller Heimat 2007. Jahrbuch des Westerwaldkreises. Montabaur. S. 109-114.

SCHWICKERT, Peter W. (2008): Agrarstrukturelle Beobachtungen im Westerwaldkreis. Teil 2: Aspekte der Bodennutzung. – In: KREISVERWALTUNG DES WESTERWALDKREISES (Hrsg.): Wäller Heimat 2008. Jahrbuch des Westerwaldkreises. Montabaur. S. 122-125.

SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG DES LANDES BERLIN / MINISTERIUM FÜR INFRASTRUKTUR UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES BRANDENBURG (Hrsg.) (2010): Bleiben, Weggehen, Wiederkommen? Lebenszufriedenheit und Wandermotive junger Menschen in Brandenburg. Berlin.

SENIORENZENTRUM ST. JOSEF (2012): Seniorenzentrum St. Josef Dernbach: Das Haus. [www.st-josef-dernbach.de/linkes-menue/das-haus.html](http://www.st-josef-dernbach.de/linkes-menue/das-haus.html) (28.07.2012)

SPECK, Karsten / SCHUBARTH, Wilfried (2009): Regionale Abwanderung Jugendlicher als Teil des demografischen Wandels: eine ostdeutsche oder gesamtdeutsche Herausforderung? – In: SCHUBARTH, Wilfried / SPECK, Karsten (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien. Weinheim u.a. S. 11-40.

SPERLING, Friedrich (1992): Entstanden aus einer über 2000jährigen Geschichte: Die Keramik- und Glasindustrie. – In: WEINERT, Peter Paul (Hrsg.): Der Westerwaldkreis: Aktivzone zwischen Ballungsräumen. Oldenburg. S. 64-68.

SPERLING, Walter (1967): Der Westerwald. – In: INSTITUT FÜR LANDESKUNDE (Hrsg.): Die Mittelrheinlande. Festschrift zum XXXVI. Deutschen Geographen vom 2. bis 5. Oktober 1967 in Bad Godesberg. Wiesbaden.

SPERLING, Walter (1973): Der Hohe Westerwald. – In: LANDESVERMESSUNGSAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.): Topographischer Atlas Rheinland-Pfalz. Wachholtz/Neumünster. S. 80.

STADTVERWALTUNG RÖTTINGEN (2012): Haus der Generationen: Ein Projekt der Sozialen Stadt Röttingen. [www.roettingen.de/index.php?id=1867](http://www.roettingen.de/index.php?id=1867) (24.08.2012)

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2011): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden.

STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2010a): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991 bis 2007.

[www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/Content50/WanderungenInsgesamt,templated=renderPrint.psmI](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/Content50/WanderungenInsgesamt,templated=renderPrint.psmI) (25.09.2010)

STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2010b): Wanderungssaldo von Ost- nach Westdeutschland ändert sich wenig (Pressemitteilung Nr. 375 vom 01.10.2009). [www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/10/PD09\\_\\_375\\_\\_12711.psmI](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/10/PD09__375__12711.psmI) (25.09.2010)

STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2011a): Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren.

[www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/lrerw13a,templated=renderPrint.psmI](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/lrerw13a,templated=renderPrint.psmI) (27.08.2011)

STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2011b): Bevölkerung nach dem Gebietsstand.

[www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content75/lrbev03a,templated=renderPrint.psmI](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content75/lrbev03a,templated=renderPrint.psmI) (08.10.2011)

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (1974): Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 1974. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2002): Rheinland-Pfalz 2050. Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen. Band I: Bevölkerungsentwicklung und -struktur. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2008): Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2008. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2009a): Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2009. Bad Ems.

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2009b): Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008. Ergebnisse des Monats- und Jahresberichts für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2010b): Rheinland-Pfalz 2020. Zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006). Ergebnisse der Verbandsgemeinden des Westerwaldkreises in der Region Mittelrhein-Westerwald. Bad Ems.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2012): Regionaldaten: Meine Heimat. [www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat/](http://www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat/) (11.09.2012)

STICKEL, Rudolf (1930): Der Westerwald. Eine landeskundliche Skizze. – In: PHILIPPSON, Alfred (Hrsg.): Festschrift für Alfred Philippson zu seinem 65. Geburtstag dargebracht von Schülern und Freunden. Leipzig/Berlin. S. 124-136.

STUKEMEIER, Klaus (1992): Lebensqualität wird großgeschrieben – Lebendiges kommunales Leben in zehn Verbandsgemeinden. – In: WEINERT, Peter Paul (Hrsg.): Der Westerwaldkreis: Aktivzone zwischen Ballungsräumen. Oldenburg. S. 90-102.

SÜDWESTRUNDFUNK (2012): Ebernahn. Ein Ortsporträt von Gudrun Fünter. [www.swr.de/landesschau-rp/hierzuland/-/id=100766/nid=100766/did=2349000/4shlhx/index.html](http://www.swr.de/landesschau-rp/hierzuland/-/id=100766/nid=100766/did=2349000/4shlhx/index.html) (28.07.2012)

THIEL, Bettina / STANKO, Lucia (2012): Kurzinfo. [www.spielleitplanung.de/index.php?id=27177](http://www.spielleitplanung.de/index.php?id=27177) (24.09.2012)

THRUN, Thomas (2003): Handlungsansätze für ländliche Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. – In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12.2003, S. 709-717.

TROEGER-WEIß, Gabi (1998): Regionalmanagement. Ein neues Instrument der Landes- und Regionalplanung (Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, Band 2). Augsburg.

UMWELT-PLAN REDLIN (2010): Konzept zur sozialen Daseinsvorsorge „Wohnen in Gemeinschaft – mittendrin“ für die Ortsgemeinde Hillscheid. Dreikirchen.

VANBERG, Monika (1971): Kritische Analyse der Wanderungsforschung in der BRD. Berlin.



## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

VERBANDSGEMEINDE ALTENKIRCHEN (2011): Der Wiedweg.  
[www.vg-altenkirchen.de/index.php?id=428](http://www.vg-altenkirchen.de/index.php?id=428) (27.07.2011)

VERBANDSGEMEINDE KATZENELNBOGEN (2012): Der Einrichbus: Die Ergänzung zum ÖPNV im Einrich. [www.einrichbus.de](http://www.einrichbus.de) (11.09.2012)

VERBANDSGEMEINDE WALLMEROD (2012a): Kurzporträt Bilkheim.  
[www.wallmerod.de/home/gemeinden/bilkheim/kurzportrait/index.html](http://www.wallmerod.de/home/gemeinden/bilkheim/kurzportrait/index.html) (28.07.2012)

VERBANDSGEMEINDE WALLMEROD (2012b): Katholische Kindertagesstätte „Marienheim“.  
[www.wallmerod.de/home/oeffentliches\\_leben/oeffentliche\\_einrichtungen/kindergaerten/wallmerod\\_und\\_molsberg/index.html](http://www.wallmerod.de/home/oeffentliches_leben/oeffentliche_einrichtungen/kindergaerten/wallmerod_und_molsberg/index.html) (28.07.2012)

VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG MONTABAUR (2012): Regionalentwicklungskonzept der Verbandsgemeinden Diez und Montabaur.  
[www.vg-montabaur.de/vg\\_montabaur/Aktuelles/Regionalentwicklungskonzept/](http://www.vg-montabaur.de/vg_montabaur/Aktuelles/Regionalentwicklungskonzept/) (11.09.2012)

VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES (2012a): Kindertagesstätten in der Ortsgemeinde Dernbach. [www.wirges.de/vg\\_wirges/Ortsgemeinden/Dernbach/Kindertagesst%C3%A4tten/](http://www.wirges.de/vg_wirges/Ortsgemeinden/Dernbach/Kindertagesst%C3%A4tten/) (28.07.2012)

VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES (2012b): Kindertagesstätten in der Ortsgemeinde Ebernahn.  
[www.wirges.de/vg\\_wirges/Ortsgemeinden/Ebernahn/Kindertagesst%C3%A4tten/](http://www.wirges.de/vg_wirges/Ortsgemeinden/Ebernahn/Kindertagesst%C3%A4tten/) (28.07.2012)

VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES (2012c): Kinderhort Wirges.  
[www.wirges.de/vg\\_wirges/Ortsgemeinden/Stadt%20Wirges/Kindertagesst%C3%A4tten/Kinderhort%20Wirges/](http://www.wirges.de/vg_wirges/Ortsgemeinden/Stadt%20Wirges/Kindertagesst%C3%A4tten/Kinderhort%20Wirges/) (28.07.2012)

VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG WIRGES (2012d): Nachbarschaftshilfe „Wäller Heinzelmannchen“.  
[www.wirges.de/vg\\_wirges/Generationenb%C3%BCro/Hilfen%20und%20Dienste%20f%C3%BCr%20Sie/Nachbarschaftshilfe/](http://www.wirges.de/vg_wirges/Generationenb%C3%BCro/Hilfen%20und%20Dienste%20f%C3%BCr%20Sie/Nachbarschaftshilfe/) (28.07.2012)

## 10. LITERATURVERZEICHNIS

---

VOPPEL, Götz (1961): Passiv- und Aktivräume und verwandte Begriffe der Raumforschung im Lichte wirtschaftsgeographischer Betrachtungsweise, erläutert an Wirtschaftslandschaften Deutschlands (Forschungen zur deutschen Landeskunde, 132). Bad Godesberg.

WESTERWALD TOURISTIK-SERVICE (2011): Westerwald-Steig.  
[www.westerwald.info/de/wandern/westerwald-steig.html](http://www.westerwald.info/de/wandern/westerwald-steig.html) (27.07.2011)

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT WESTERWALDKREIS MBH (2011a): Verkehrsinfrastruktur, Verkehrswege: Lebensadern der Region verbinden. [www.wfg-ww.de/](http://www.wfg-ww.de/) (27.07.2011)

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT WESTERWALDKREIS MBH (2011b): Wirtschaftsstruktur. Leistungsstarke Strukturen: Der Mittelstand prägt die Region. [www.wfg-ww.de/](http://www.wfg-ww.de/) (24.08.2011)

WOHNEN IM ALTER INTERNET GMBH (2012): DRK-Seniorenzentrum „Am Merzenborn“. [www.wohnen-im-alter.de/altenheim-pflegeheim-drk-seniorenzentrum---am-merzenborn-13222.html](http://www.wohnen-im-alter.de/altenheim-pflegeheim-drk-seniorenzentrum---am-merzenborn-13222.html) (28.07.2012)

WOOD, William B. (1994): Forced Migration: Local Conflicts and International Dilemmas. – In: *Annals of the Association of American Geographers*, 84, S. 607-634.

WOODS, Robert (1979): *Population Analysis in Geography*. London u.a.

ZELINSKY, Wilbur (1971): The Hypothesis of the Mobility Transition. *Geographical Review*, 61, S. 219-249.

**ANHANG**

- A. Karten**
- B. Leitfäden der Experteninterviews**
- C. Beispiel eines Anschreibens zur Online-Umfrage „Bleiben oder Wegziehen?“**
- D. Fragebogen zur Online-Umfrage “Bleiben oder Wegziehen?”**

### A. Karten

- Karte 1: Administrative Gliederung des Westerwaldkreises nach Verbandsgemeinden
- Karte 2: Naturräumliche Gliederung des Westerwaldkreises
- Karte 3: Das Straßennetz des Westerwaldkreises
- Karte 4: Bevölkerungsdichte im Westerwaldkreis im Jahr 1974
- Karte 5: Bevölkerungsdichte im Westerwaldkreis im Jahr 2008
- Karte 6: Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 7: Medianalter im Westerwaldkreis im Jahr 1974
- Karte 8: Medianalter im Westerwaldkreis im Jahr 2008
- Karte 9: Veränderung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 10: Ausländeranteil im Westerwaldkreis im Jahr 1987
- Karte 11: Ausländeranteil im Westerwaldkreis im Jahr 2008
- Karte 12: Belastungsquote im Westerwaldkreis im Jahr 2008
- Karte 13: Billeter-Maß im Westerwaldkreis im Jahr 2008
- Karte 14: Sexualproportion im Westerwaldkreis im Jahr 1974
- Karte 15: Sexualproportion im Westerwaldkreis im Jahr 2008
- Karte 16: Allgemeine Fruchtbarkeitsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 17: Rohe Todesrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 18: Natürliche Wachstumsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 19: Gemeinden des Westerwaldkreises nach Größenklassen im Jahr 1974
- Karte 20: Gemeinden des Westerwaldkreises nach Größenklassen im Jahr 2008
- Karte 21: Zuwanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 22: Abwanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 23: Nettowanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008
- Karte 24: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Dernbach
- Karte 25: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Ebernahn
- Karte 26: Übersichtskarte der Stadt Wirges
- Karte 27: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Bilkheim
- Karte 28: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Wallmerod

# Karte 1: Administrative Gliederung des Westerwaldkreises nach Verbandsgemeinden



Maßstab: 1:200.000

0 1 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20  
Kilometer

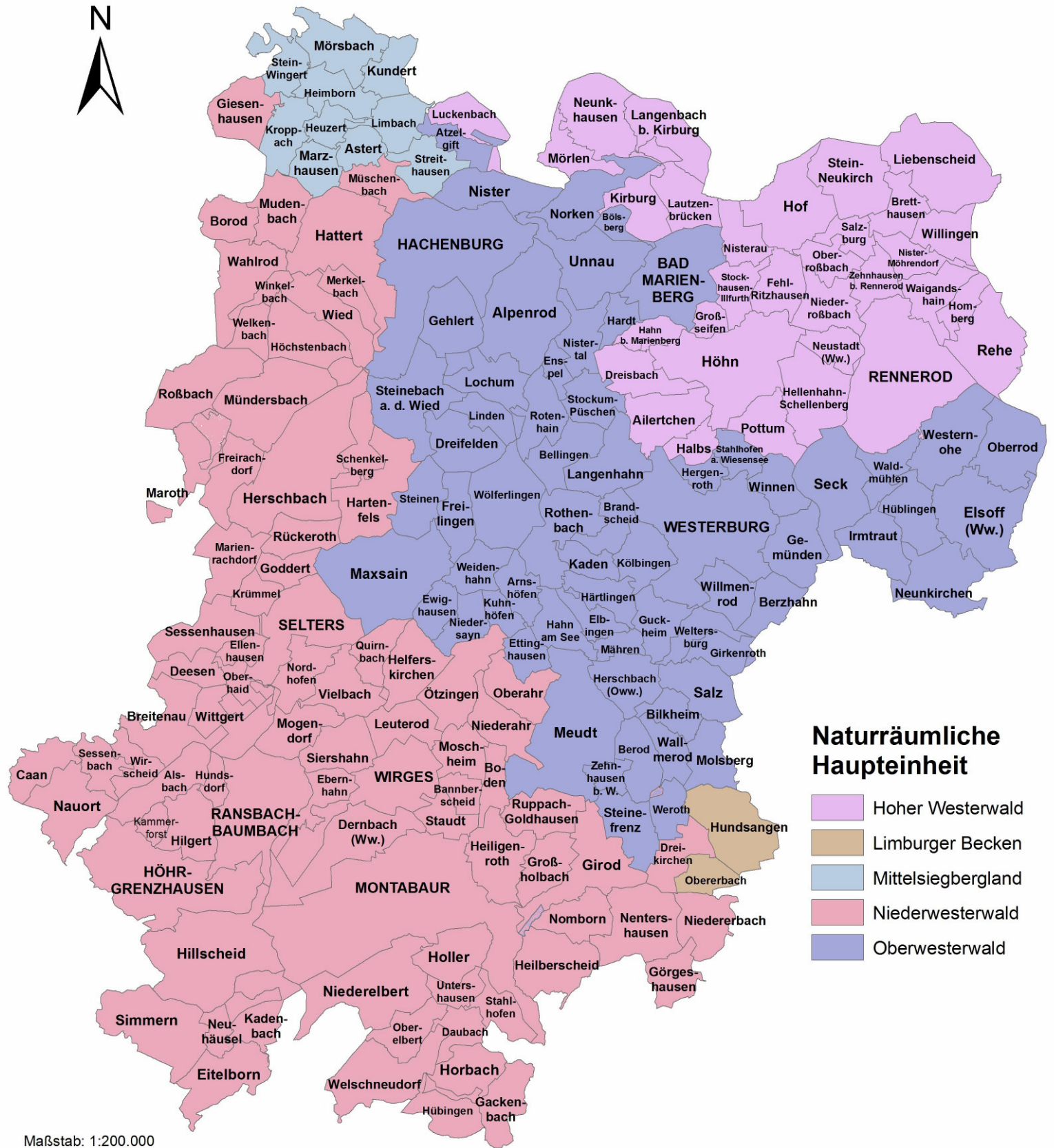
Kartengrundlage:  
Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Entwurf: Dominik Böckling

Enklaven (Flurname bzw. Gemeindezugehörigkeit):  
1: Neunkhausener Wald  
2: Salzlecke (zu Alpenrod)  
3: Marienhauser Wald/Landkreis Neuwied  
4: Teilstück Elbinger Lei (zu Hahn am See)  
5: Kissel (zu Salz)  
6: Unterwald (zu Ellenhausen)  
7: Deesener Wald  
8: Markwald (zu Dreikirchen)  
9: Knöpfchen (zu Steinefrenz)  
10: Eitelborner Wald



# Karte 2: Naturräumliche Gliederung des Westerwaldkreises



## Naturräumliche Haupteinheit

- Hoher Westerwald
- Limburger Becken
- Mittelsiegbergland
- Niederwesterwald
- Oberwesterwald

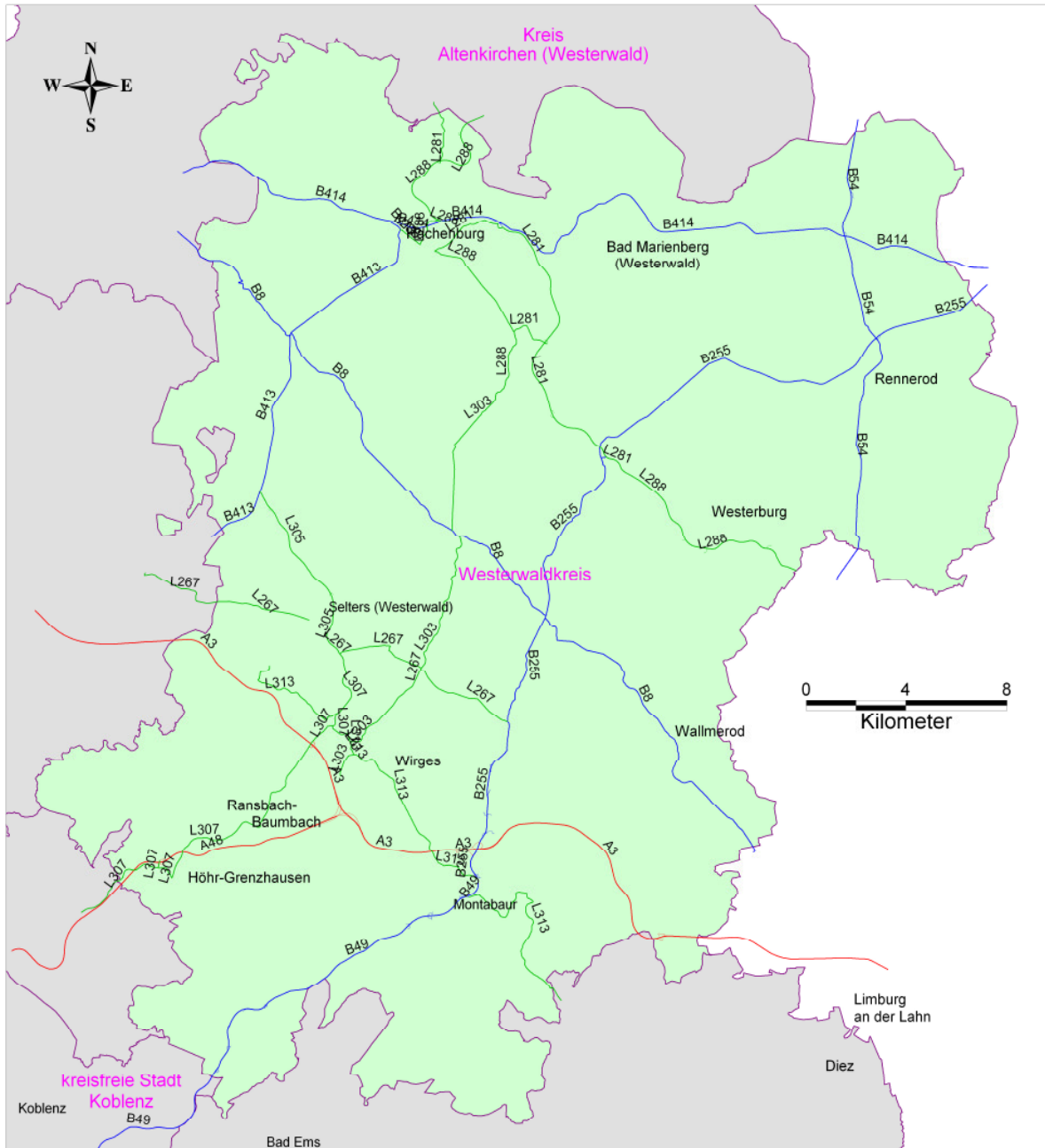
Maßstab: 1:200.000

0 1 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20  
 Kilometer

Kartengrundlagen:

1. Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26
2. Geographische Landesaufnahme 1:200.000 - Naturräumliche Gliederung Deutschlands. Blatt 124 "Siegen" (1972) und Blatt 138 "Koblenz" (1971). Hrsg.: Institut für Landeskunde. Bonn-Bad Godesberg.

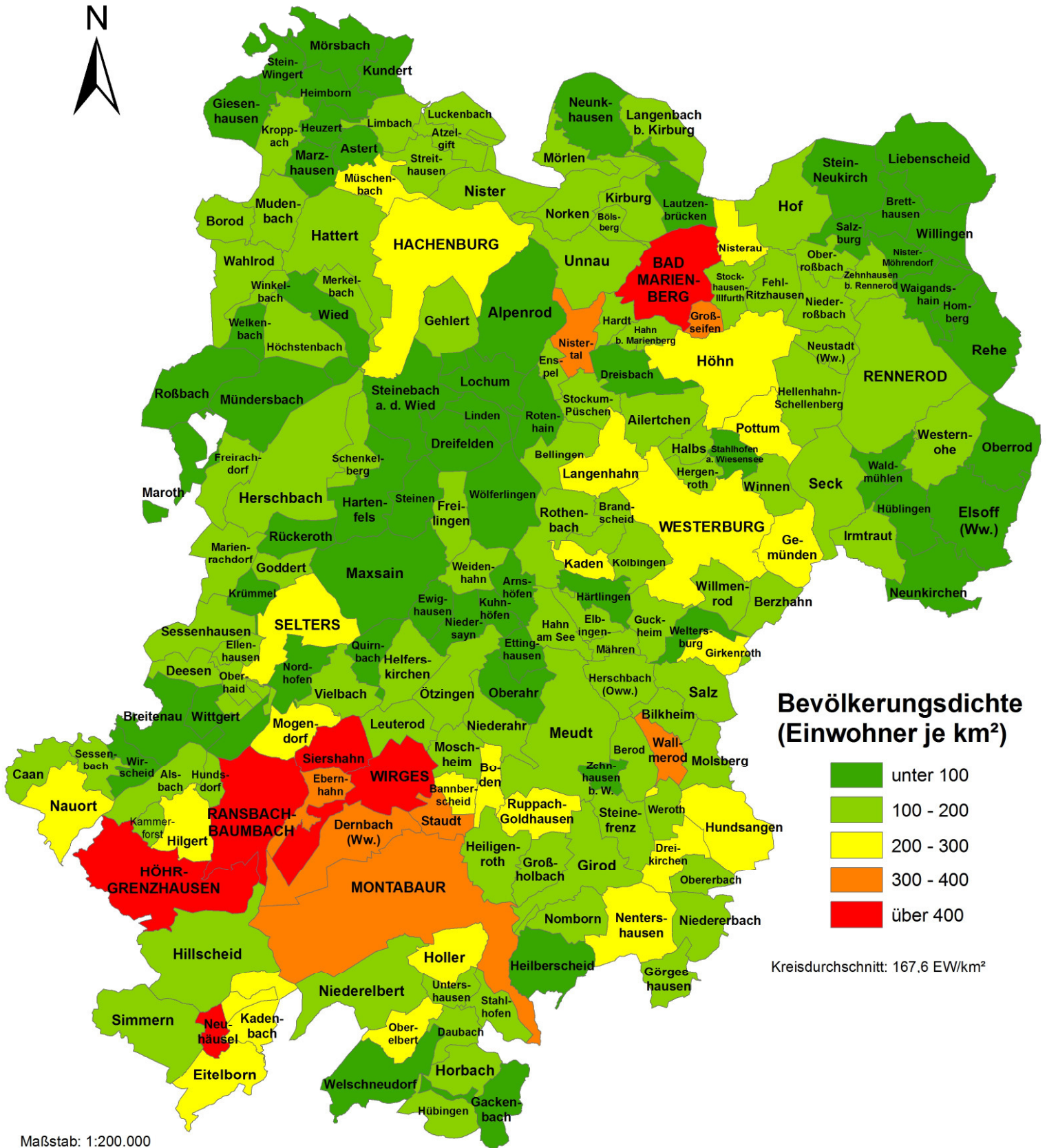
Karte 3: Das Straßennetz des Westerwaldkreises



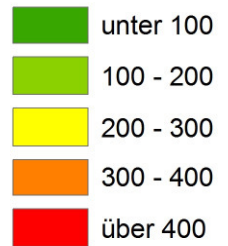
Entwurf: Jan Wiesner (LBM Rheinland-Pfalz, ABA Montabaur)



# Karte 4: Bevölkerungsdichte im Westerwaldkreis im Jahr 1978



## Bevölkerungsdichte (Einwohner je km<sup>2</sup>)



Kreisdurchschnitt: 167,6 EW/km<sup>2</sup>

Maßstab: 1:200.000

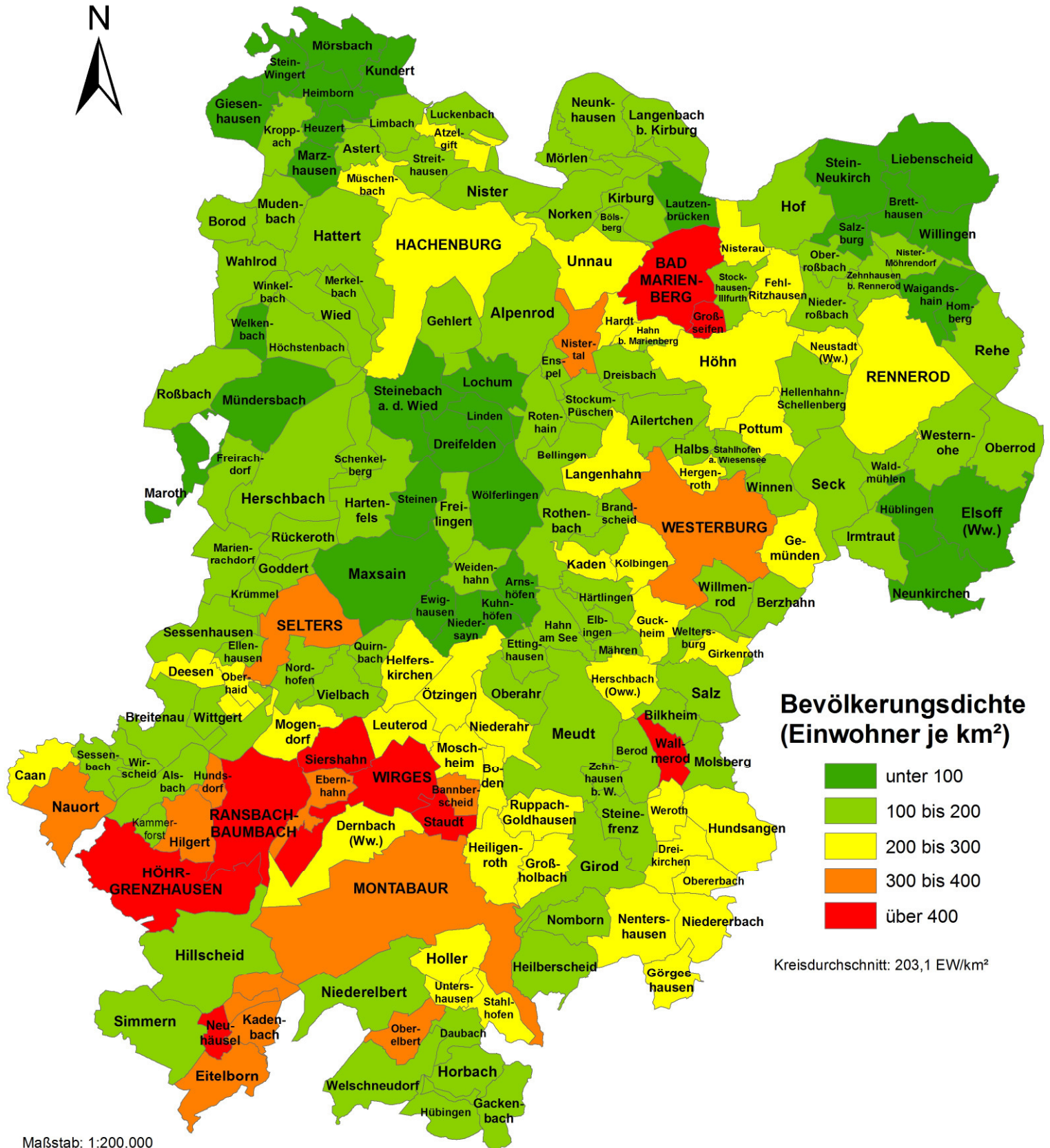


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 5: Bevölkerungsdichte im Westerwaldkreis im Jahr 2008



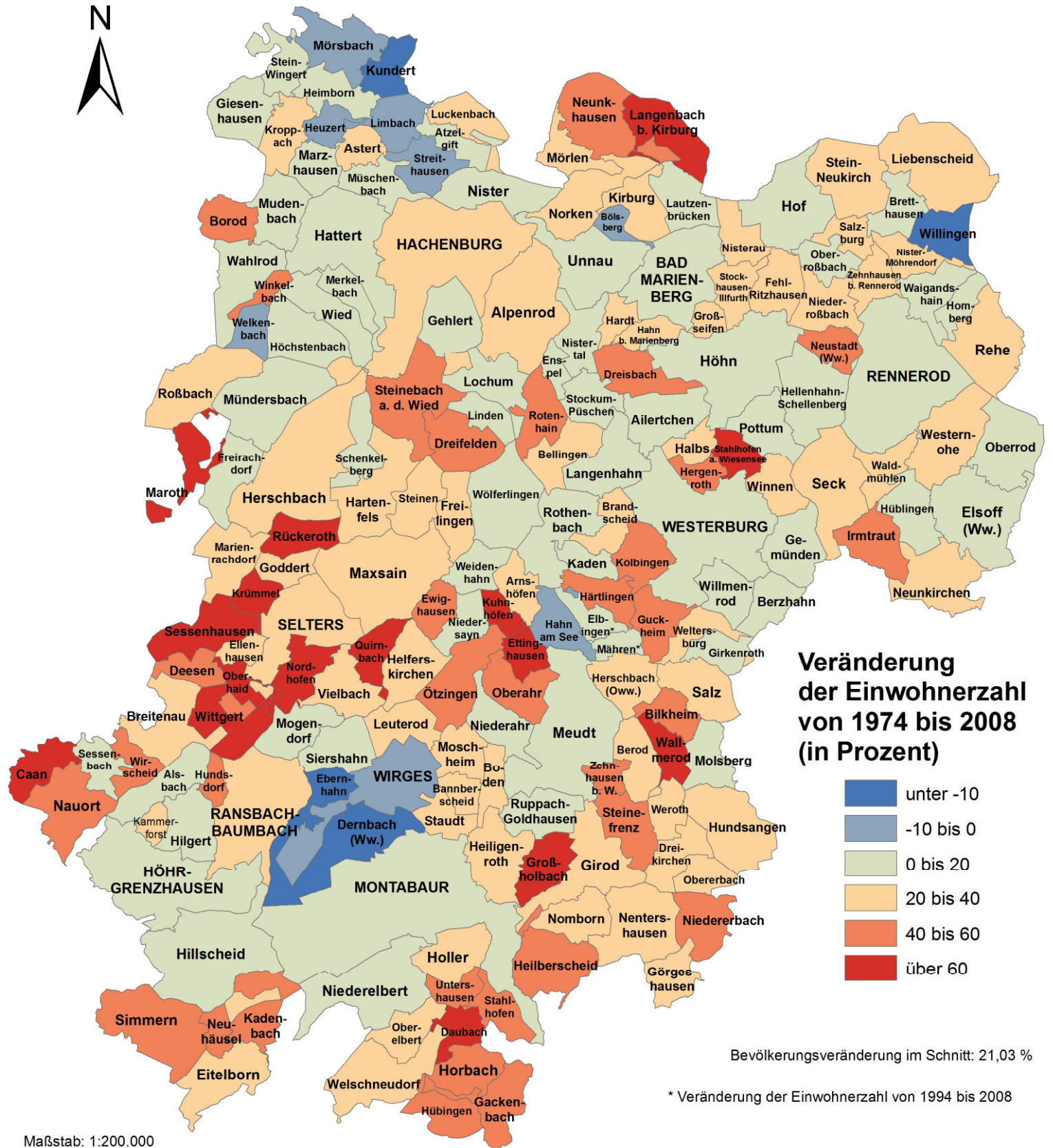
Maßstab: 1:200.000



Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010

# Karte 6: Bevölkerungsentwicklung im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008



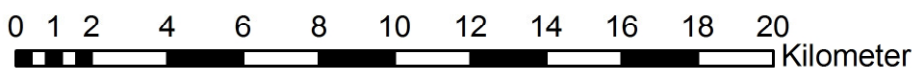
**Veränderung der Einwohnerzahl von 1974 bis 2008 (in Prozent)**

- unter -10
- 10 bis 0
- 0 bis 20
- 20 bis 40
- 40 bis 60
- über 60

Bevölkerungsveränderung im Schnitt: 21,03 %

\* Veränderung der Einwohnerzahl von 1994 bis 2008

Maßstab: 1:200.000

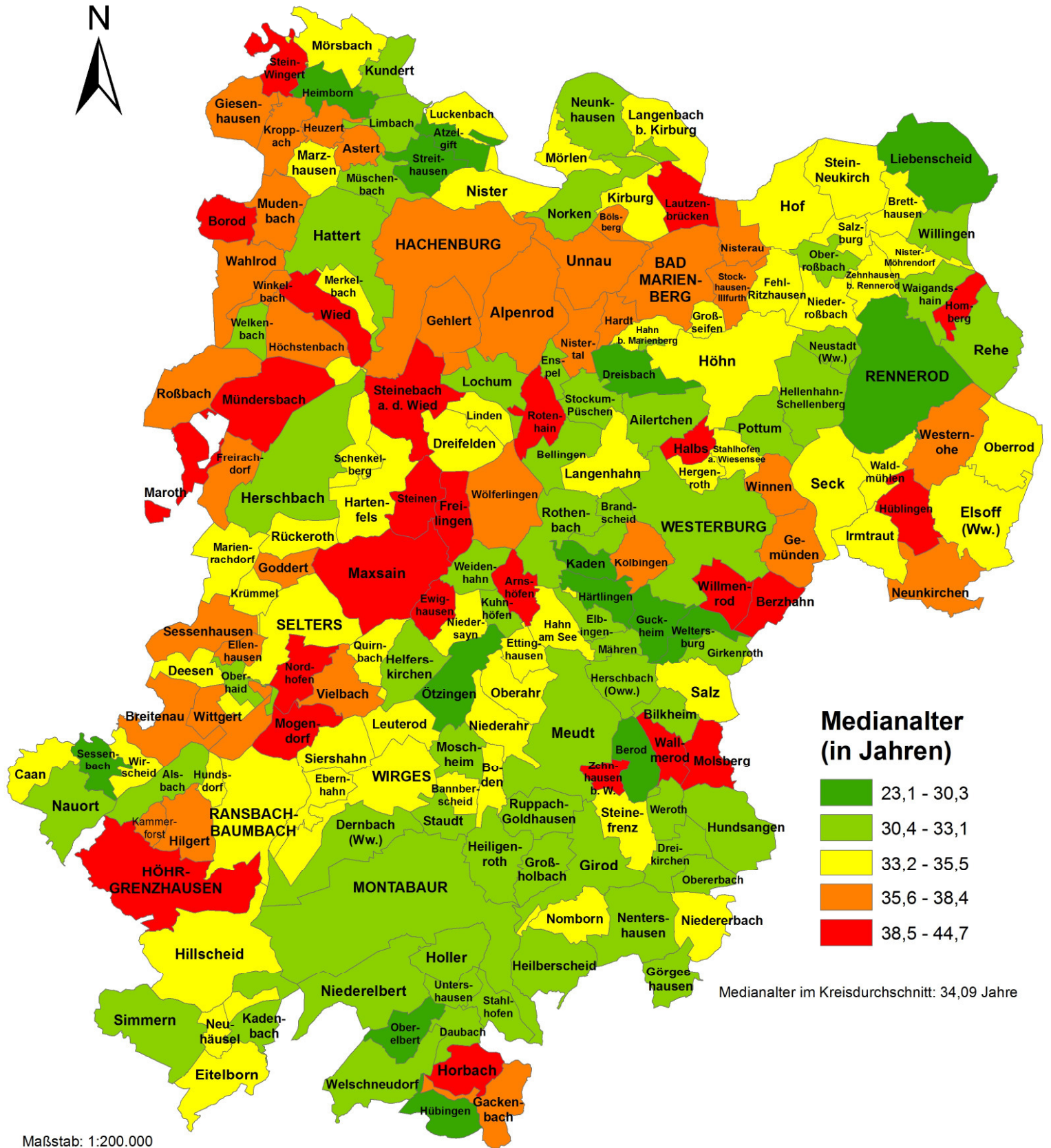


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

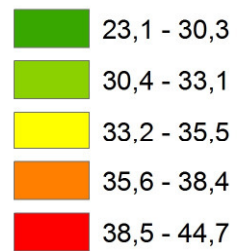
Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 7: Medianalter im Westerwaldkreis im Jahr 1974



## Medianalter (in Jahren)



Medianalter im Kreisdurchschnitt: 34,09 Jahre

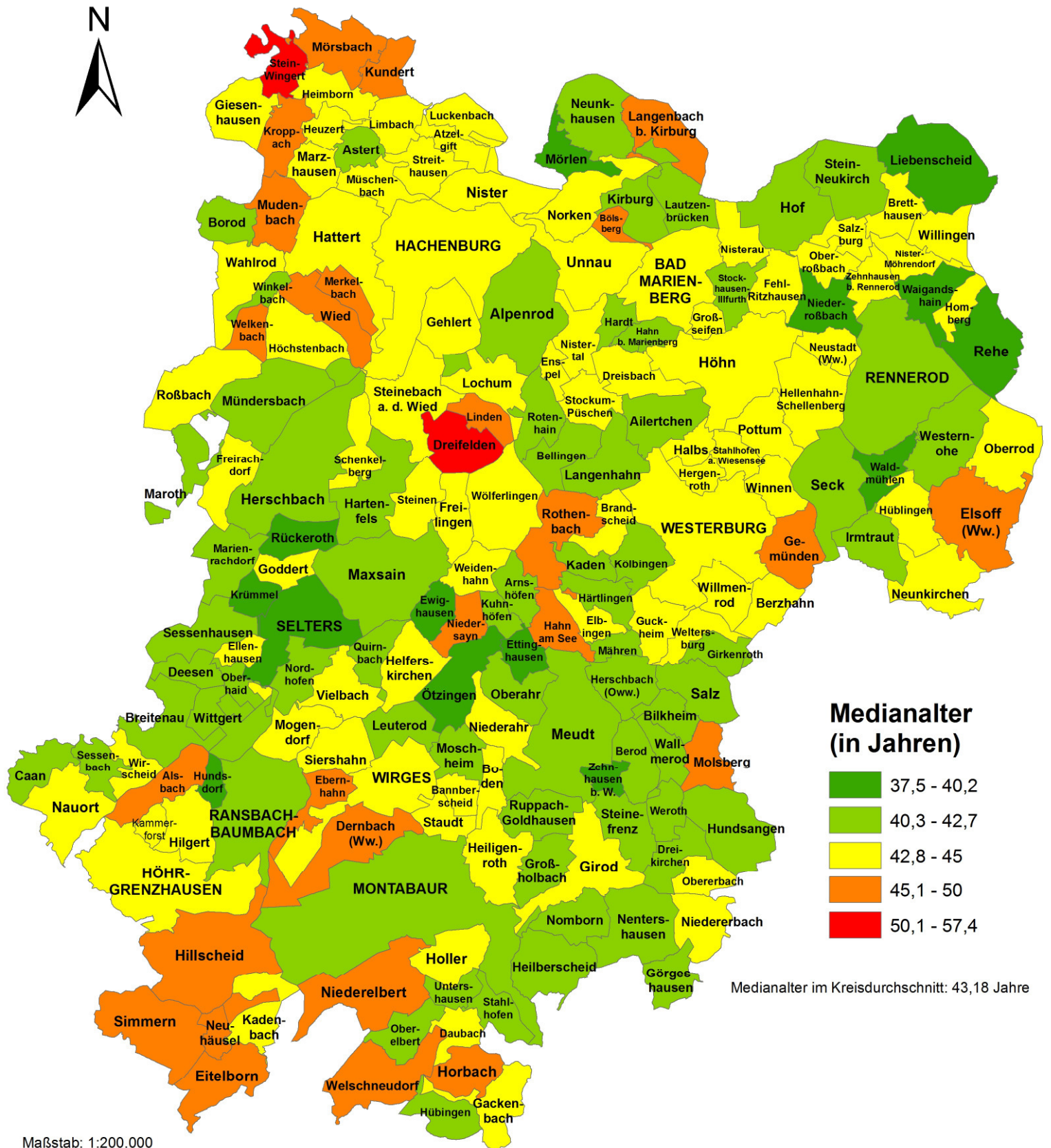
Maßstab: 1:200.000



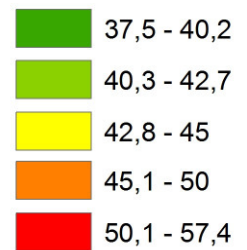
Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010

# Karte 8: Medianalter im Westerwaldkreis im Jahr 2008



## Medianalter (in Jahren)



Medianalter im Kreisdurchschnitt: 43,18 Jahre

Maßstab: 1:200.000

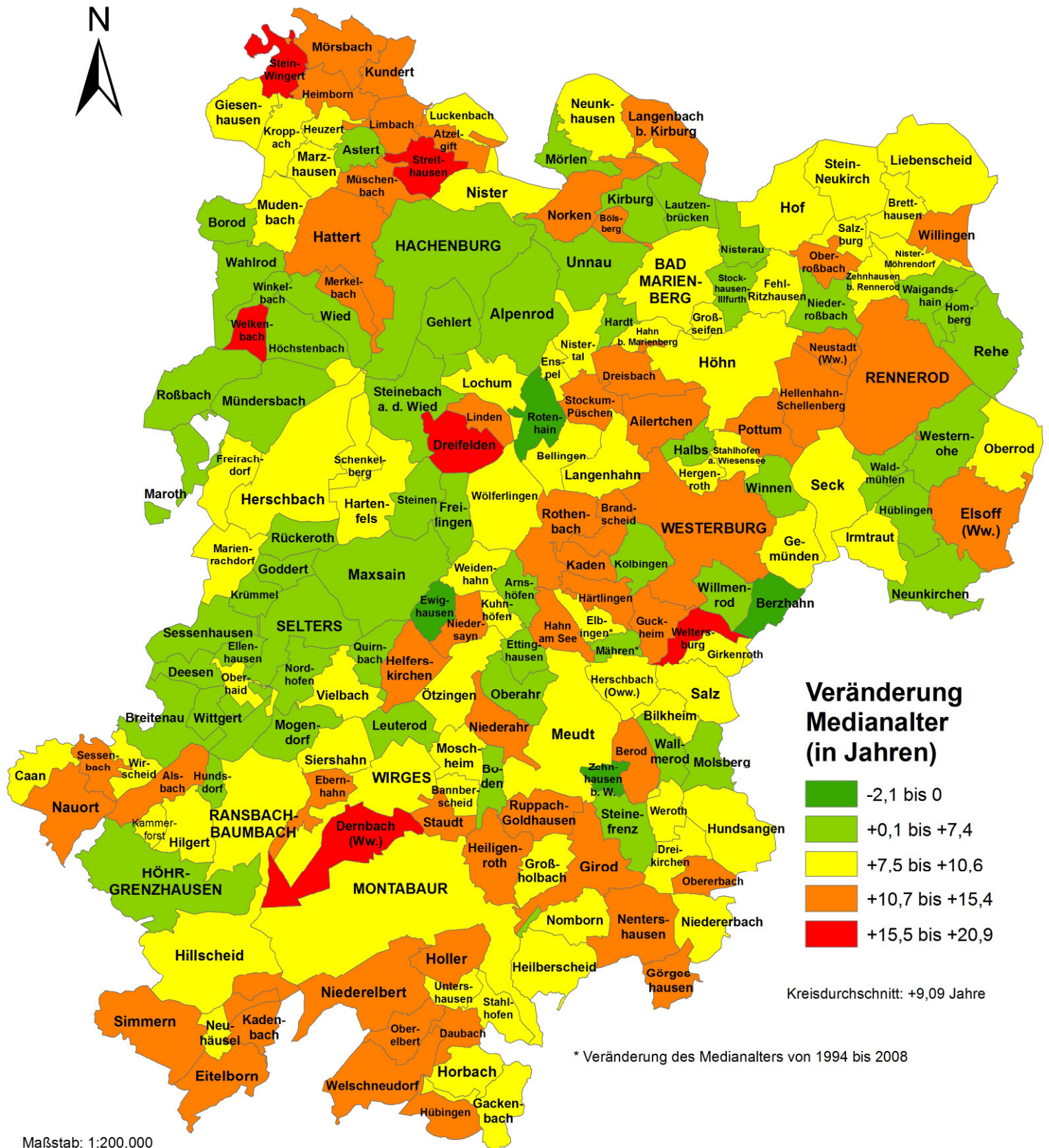


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

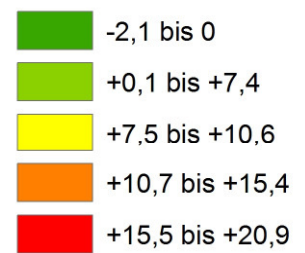
Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 9: Veränderung des Medianalters im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008



## Veränderung Medianalter (in Jahren)



Kreisdurchschnitt: +9,09 Jahre

\* Veränderung des Medianalters von 1994 bis 2008

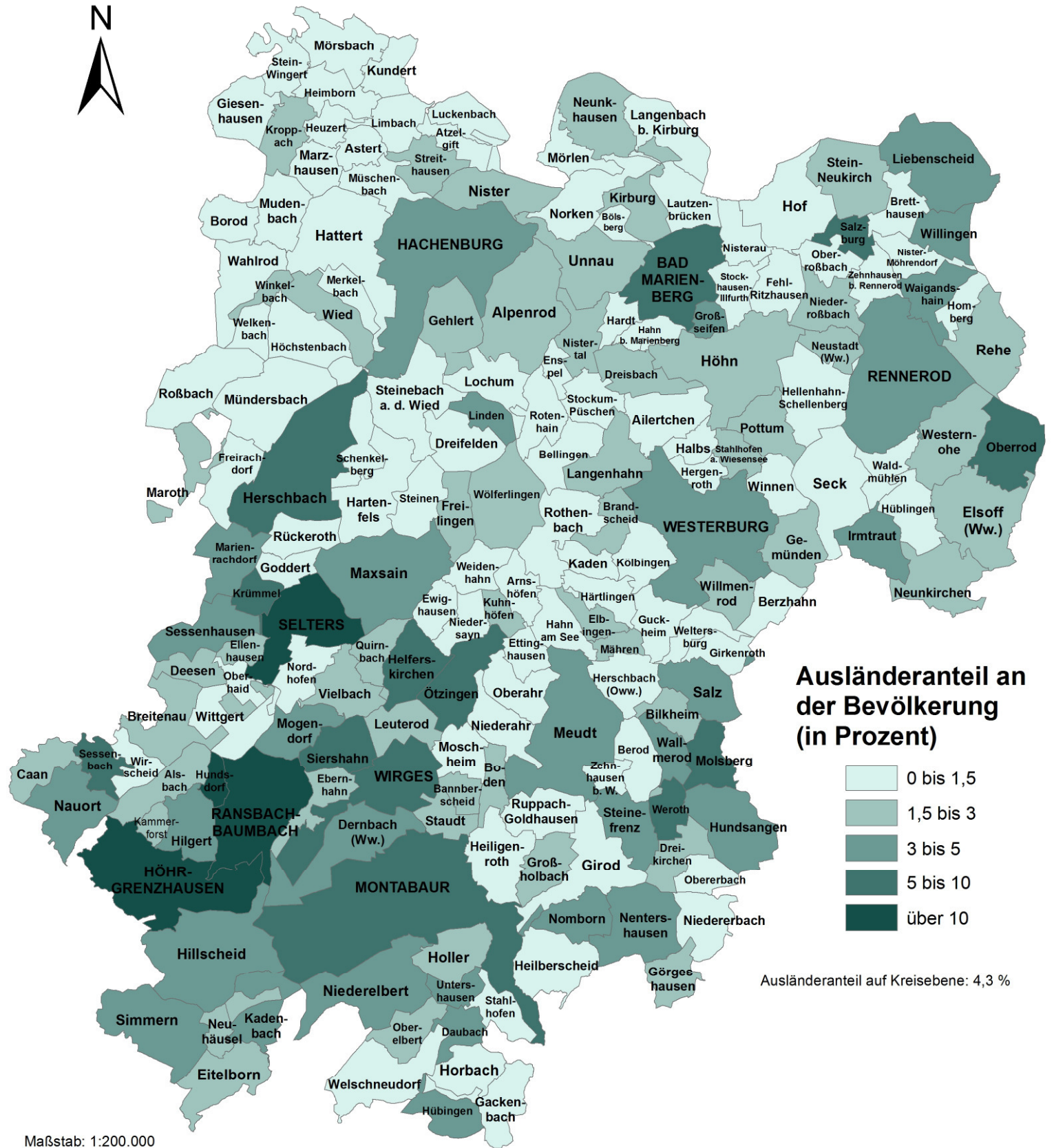
Maßstab: 1:200.000



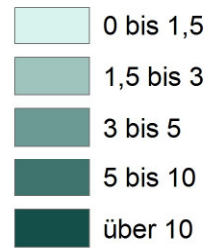
Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010

# Karte 10: Ausländeranteil im Westerwaldkreis im Jahr 1987



## Ausländeranteil an der Bevölkerung (in Prozent)



Ausländeranteil auf Kreisebene: 4,3 %

Maßstab: 1:200.000

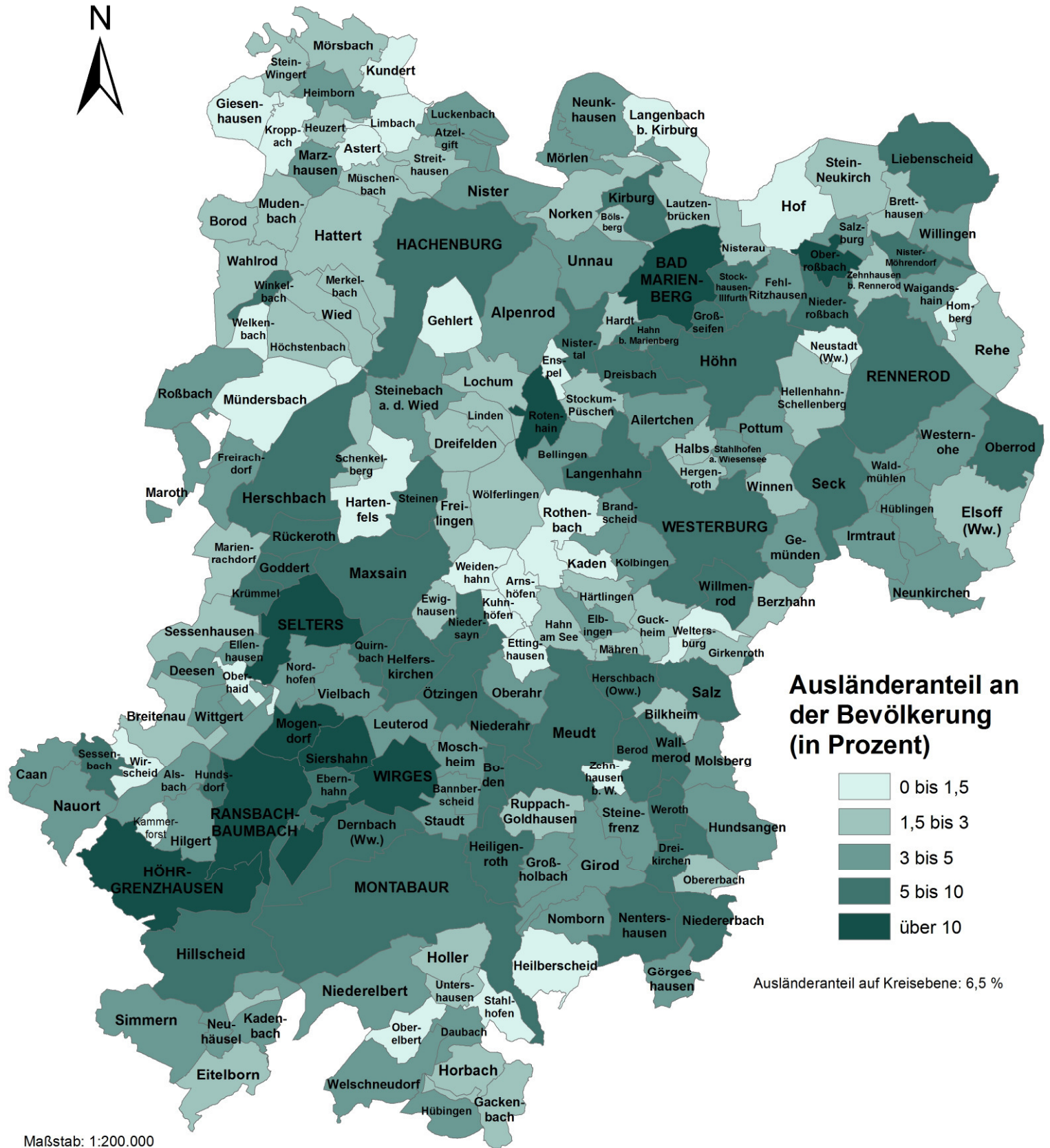


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

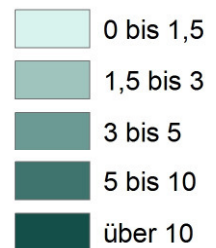
Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 11: Ausländeranteil im Westerwaldkreis im Jahr 2008



## Ausländeranteil an der Bevölkerung (in Prozent)



Ausländeranteil auf Kreisebene: 6,5 %

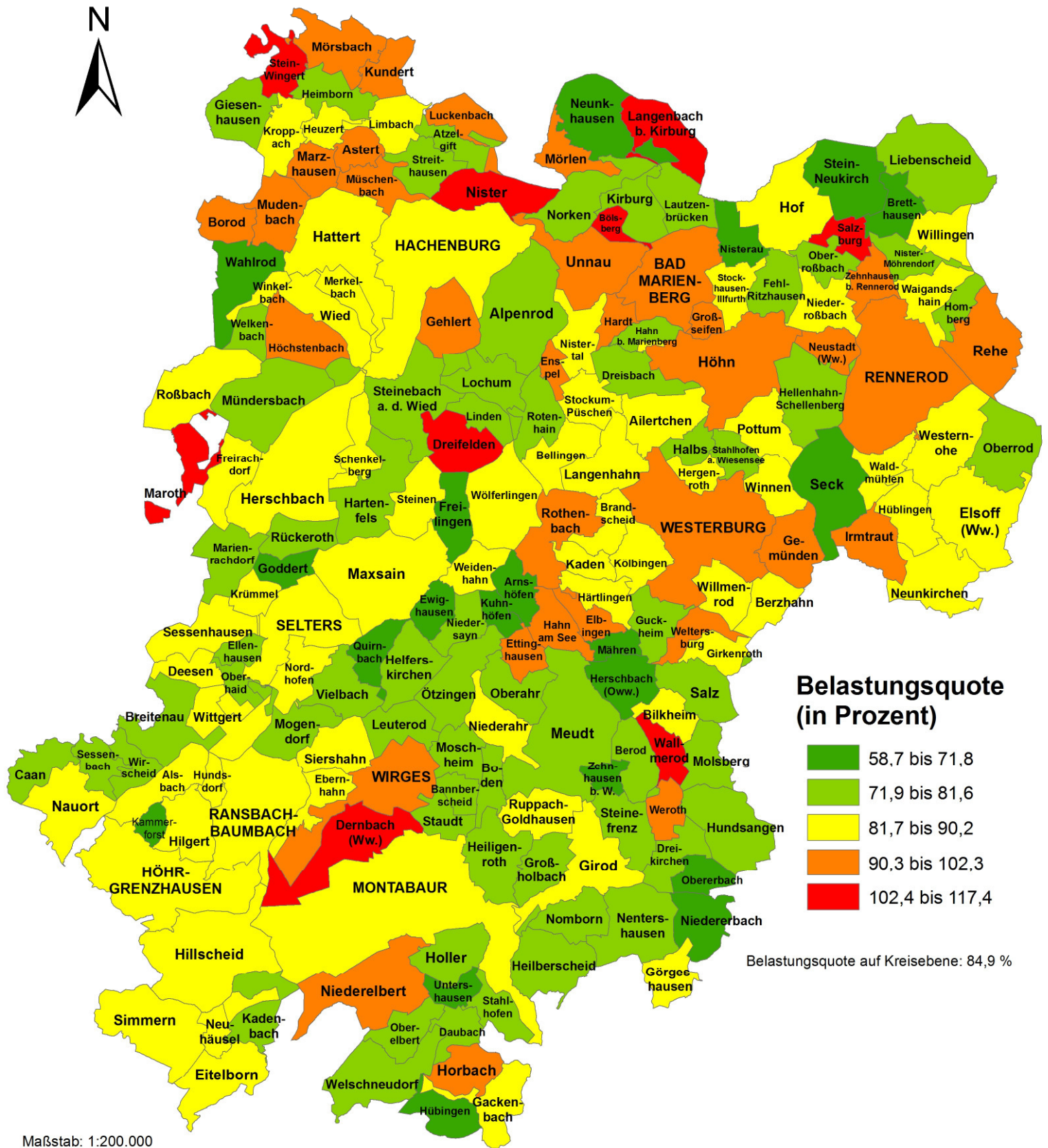
Maßstab: 1:200.000



Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010

# Karte 12: Belastungsquote im Westerwaldkreis im Jahr 2008



Belastungsquote auf Kreisebene: 84,9 %

Maßstab: 1:200.000

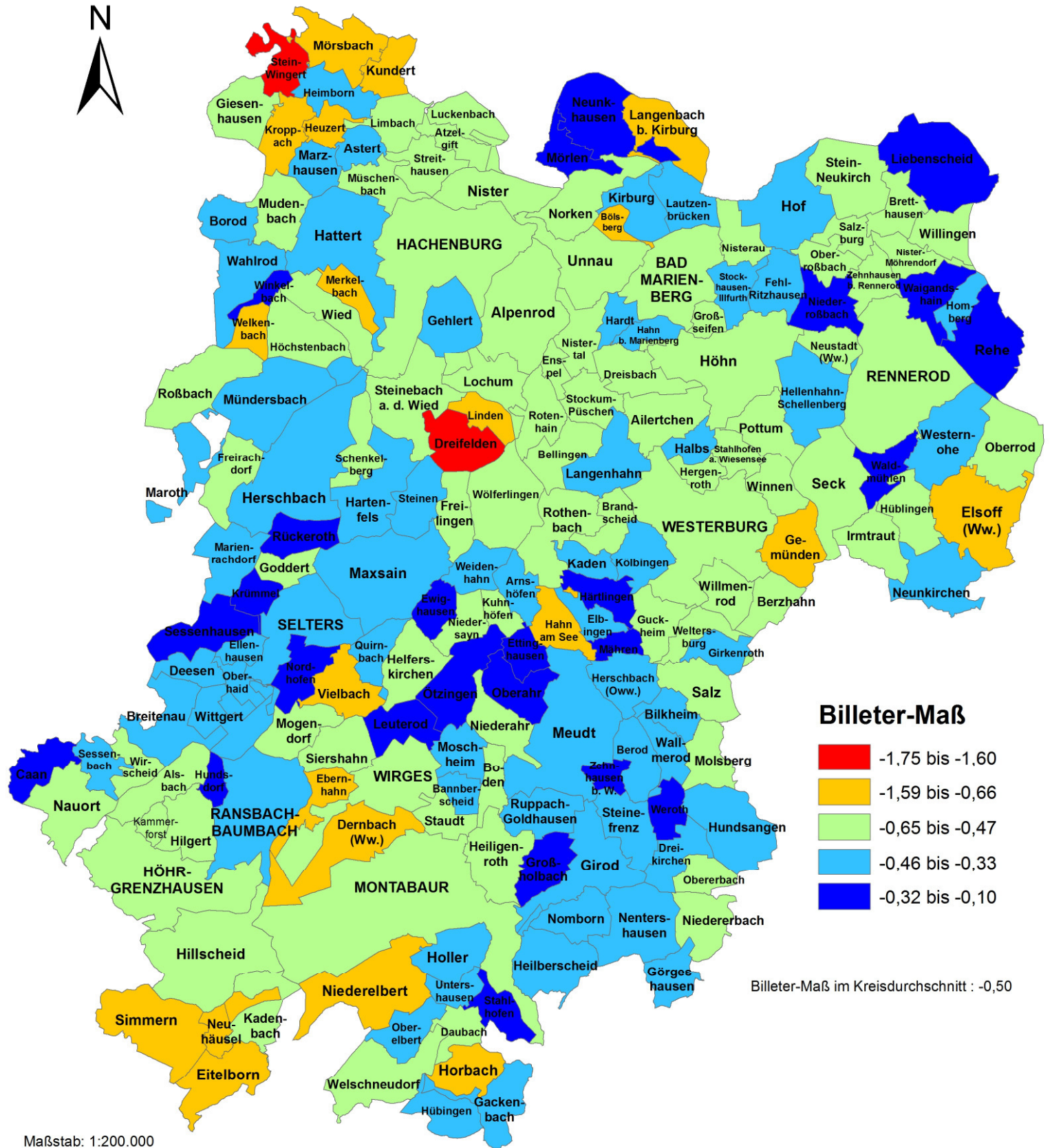


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

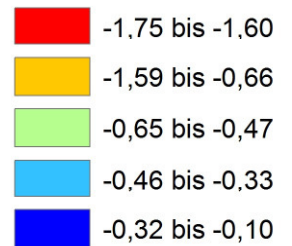
Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 13: Billeter-Maß im Westerwaldkreis im Jahr 2008



## Billeter-Maß



Billeter-Maß im Kreisdurchschnitt : -0,50

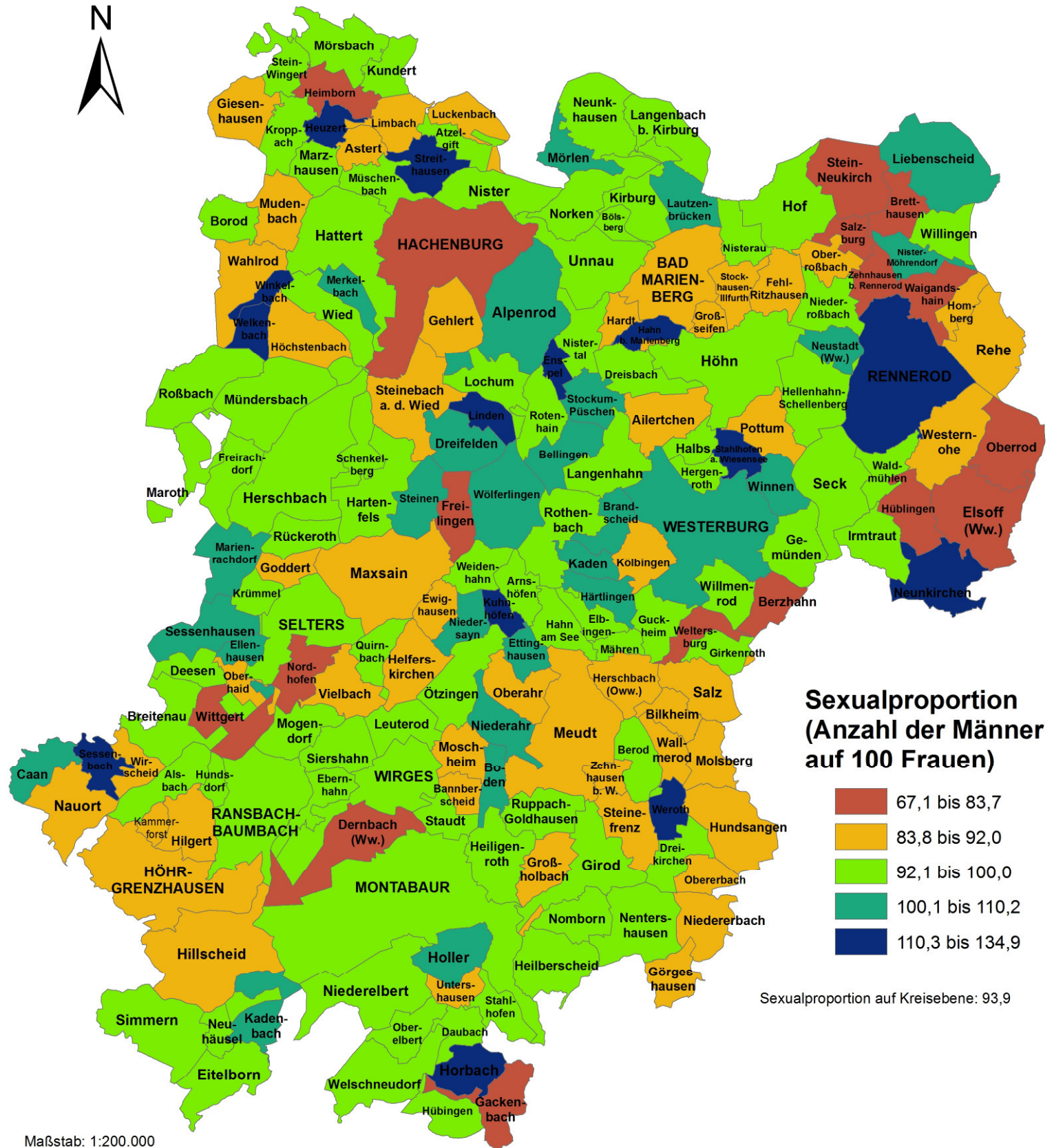
Maßstab: 1:200.000



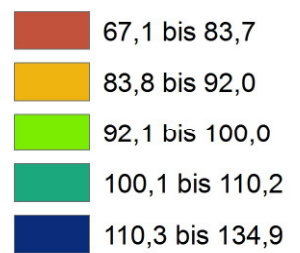
Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010

# Karte 14: Sexualproportion im Westerwaldkreis im Jahr 1974



## Sexualproportion (Anzahl der Männer auf 100 Frauen)



Sexualproportion auf Kreisebene: 93,9

Maßstab: 1:200.000

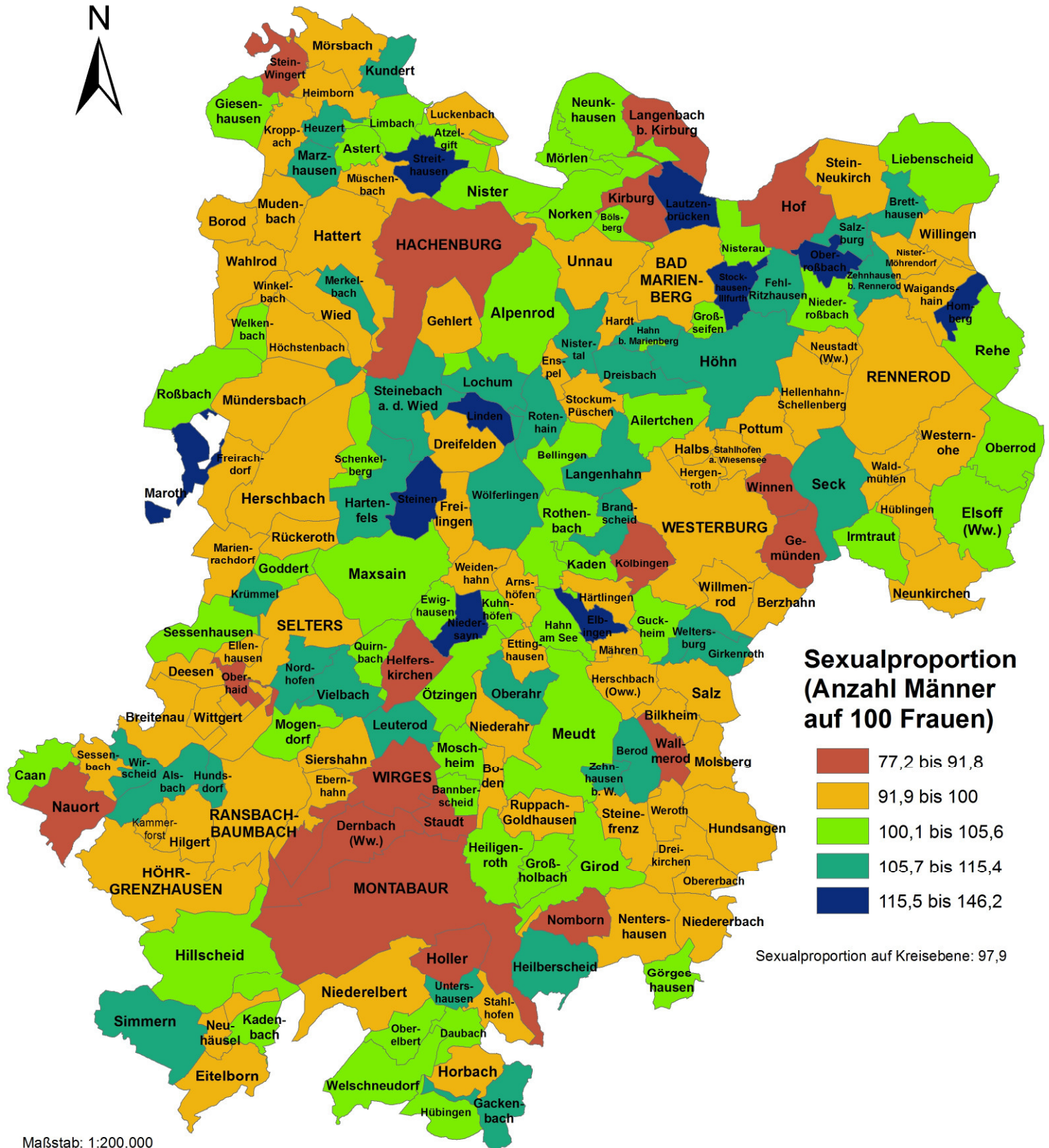


Kartengrundlage:  
Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

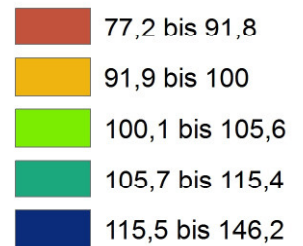
Datenbasis:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 15: Sexualproportion im Westerwaldkreis im Jahr 2008



## Sexualproportion (Anzahl Männer auf 100 Frauen)



Sexualproportion auf Kreisebene: 97,9

Maßstab: 1:200.000

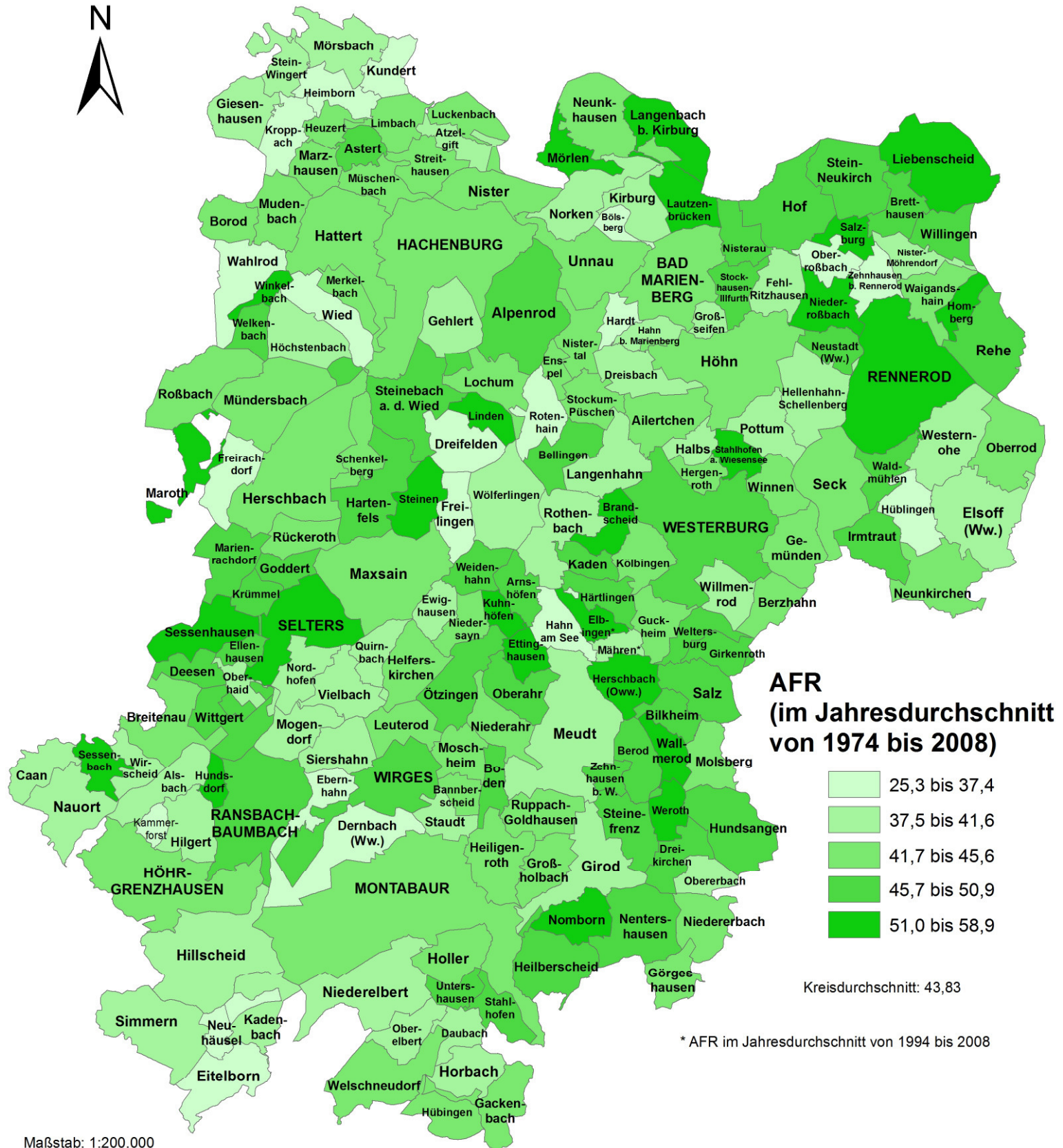


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 16: Allgemeine Fruchtbarkeitsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008



**AFR  
(im Jahresdurchschnitt  
von 1974 bis 2008)**

- 25,3 bis 37,4
- 37,5 bis 41,6
- 41,7 bis 45,6
- 45,7 bis 50,9
- 51,0 bis 58,9

Kreisdurchschnitt: 43,83

\* AFR im Jahresdurchschnitt von 1994 bis 2008

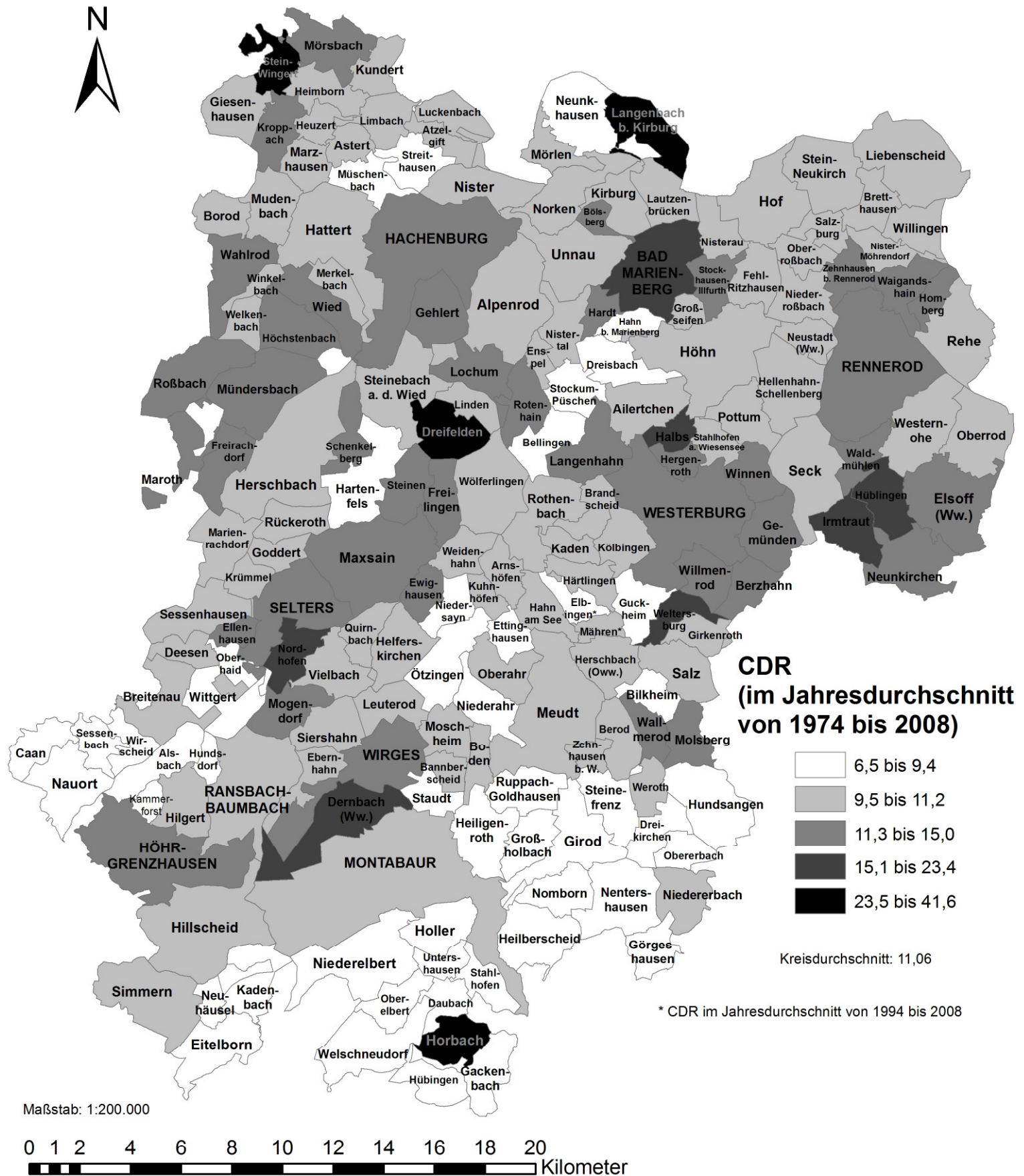
Maßstab: 1:200.000

0 1 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20  
Kilometer

Kartengrundlage:  
Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010

# Karte 17: Rohe Todesrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008

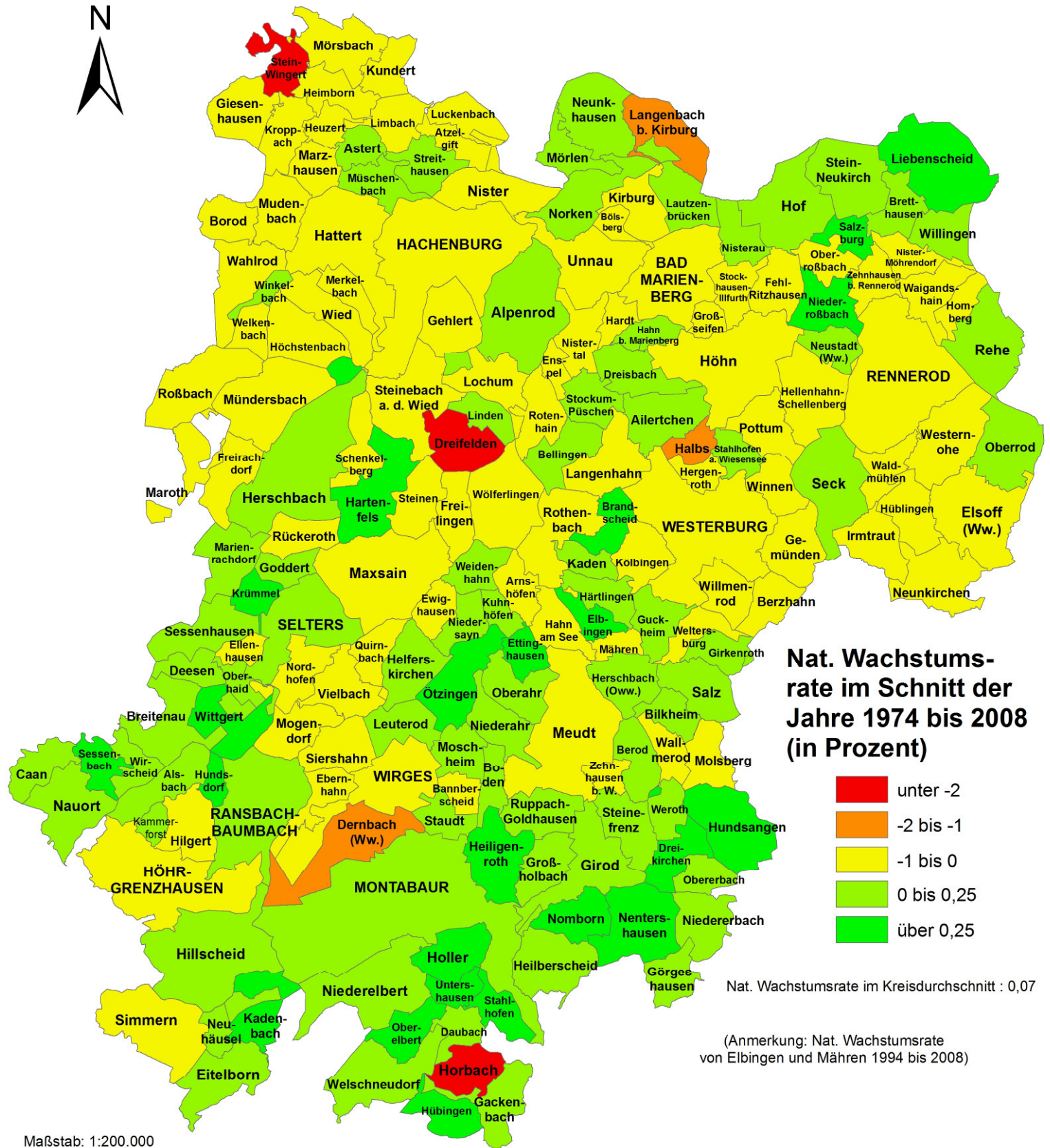


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 18: Natürliche Wachstumsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008



**Nat. Wachstumsrate im Schnitt der Jahre 1974 bis 2008 (in Prozent)**

- unter -2
- 2 bis -1
- 1 bis 0
- 0 bis 0,25
- über 0,25

Nat. Wachstumsrate im Kreisdurchschnitt : 0,07

(Anmerkung: Nat. Wachstumsrate von Elbingen und Mähren 1994 bis 2008)

Maßstab: 1:200.000

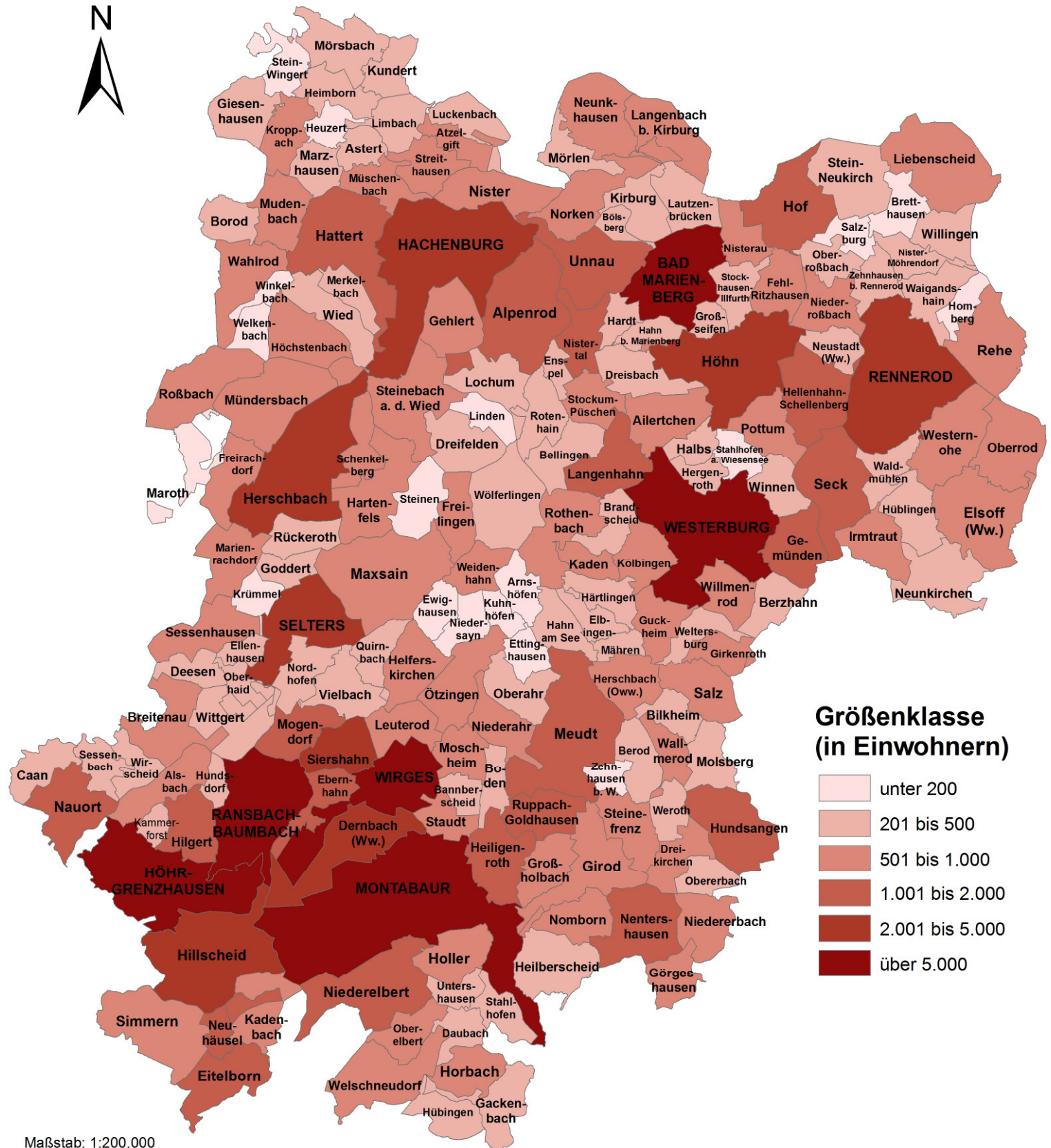


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 19: Gemeinden des Westerwaldkreises nach Größenklassen im Jahr 1974



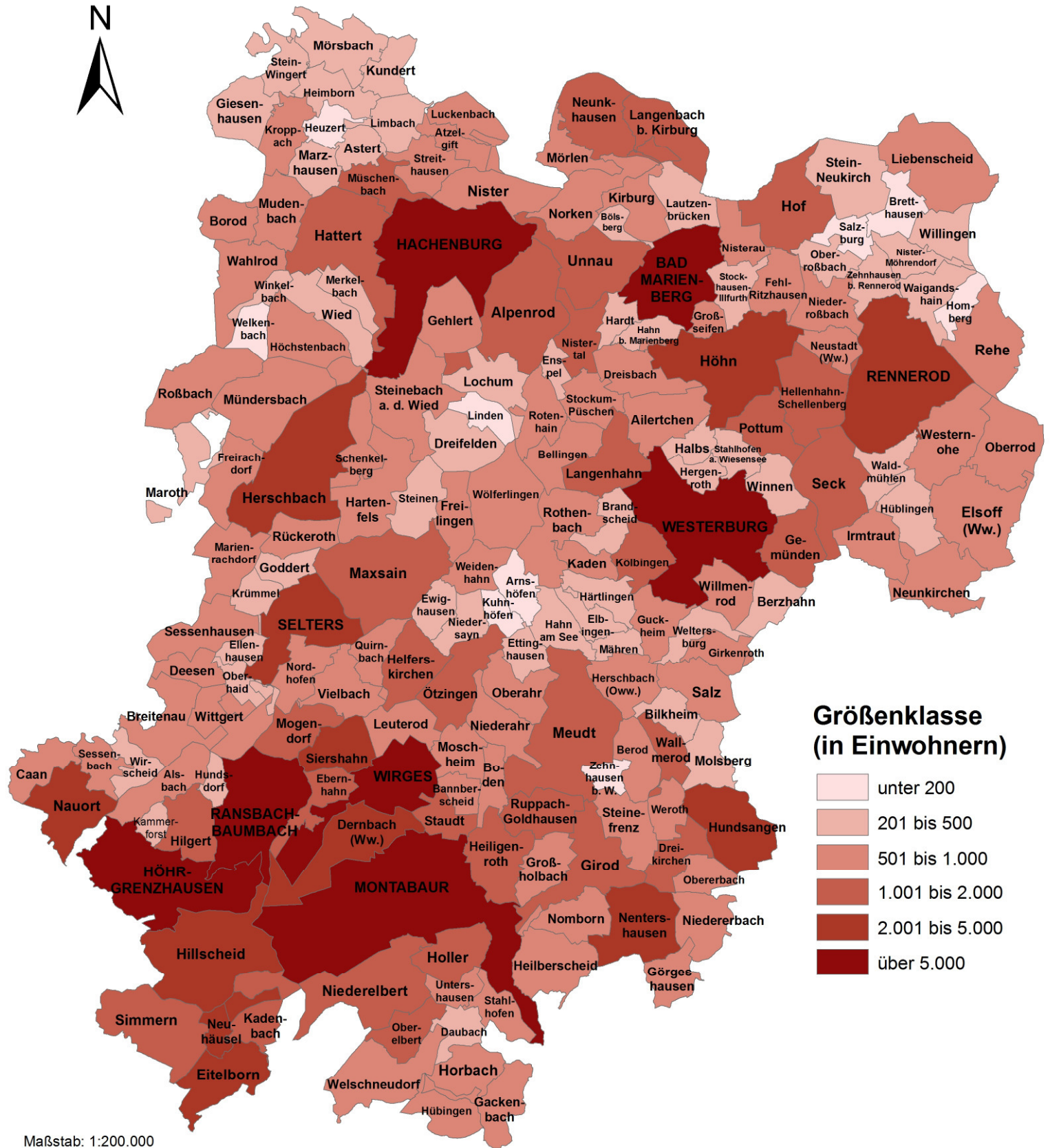
Maßstab: 1:200.000



Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010

# Karte 20: Gemeinden des Westerwaldkreises nach Größenklassen im Jahr 2008



Maßstab: 1:200.000

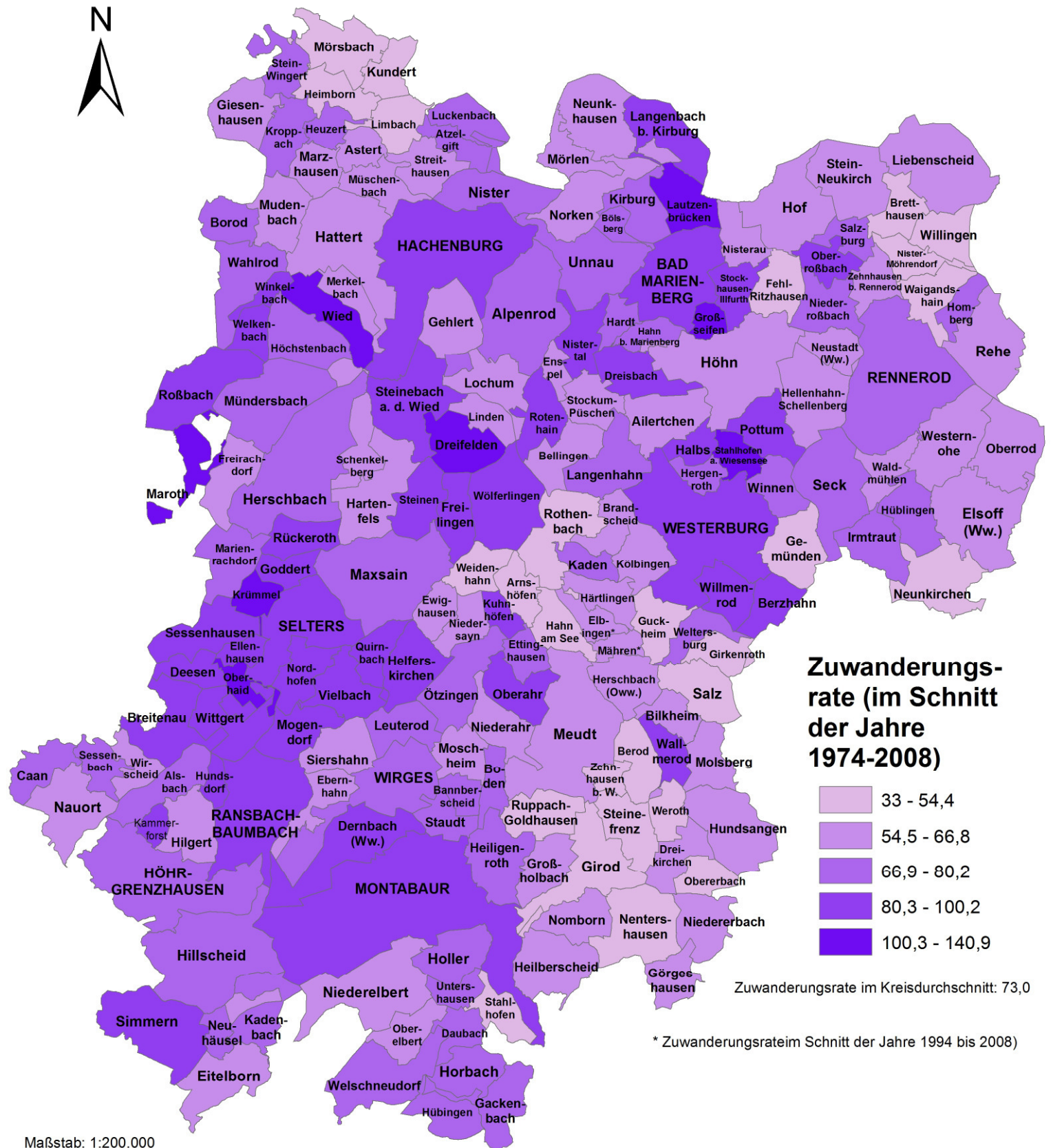
0 1 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20 Kilometer

Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

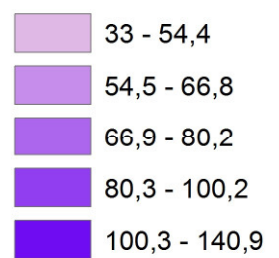
Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 21: Zuwanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008



## Zuwanderungsrate (im Schnitt der Jahre 1974-2008)



Zuwanderungsrate im Kreisdurchschnitt: 73,0

\* Zuwanderungsrate im Schnitt der Jahre 1994 bis 2008

Maßstab: 1:200.000

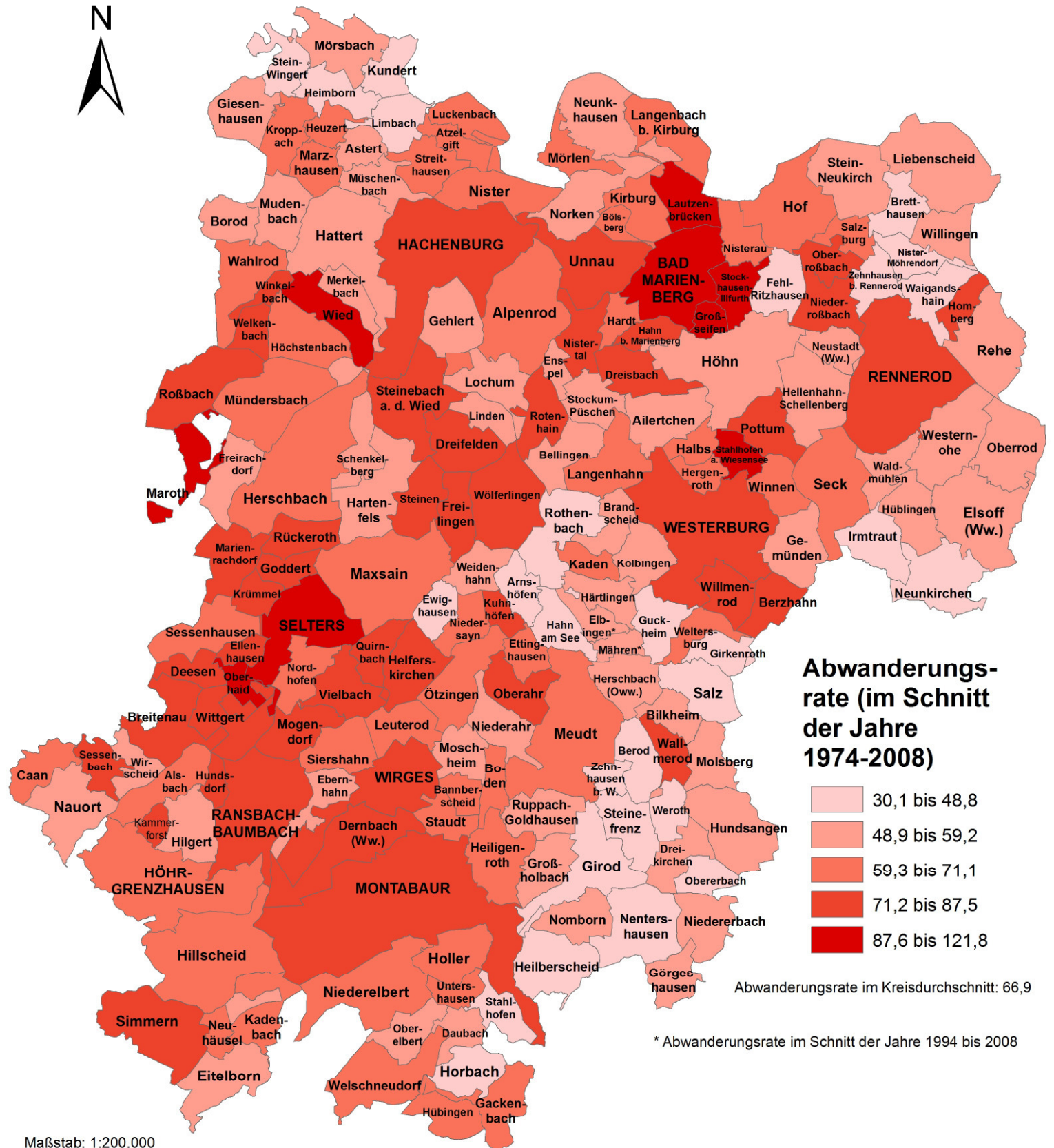


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

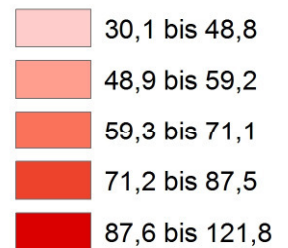
Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 22: Abwanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008



**Abwanderungsrate (im Schnitt der Jahre 1974-2008)**



Abwanderungsrate im Kreisdurchschnitt: 66,9

\* Abwanderungsrate im Schnitt der Jahre 1994 bis 2008

Maßstab: 1:200.000

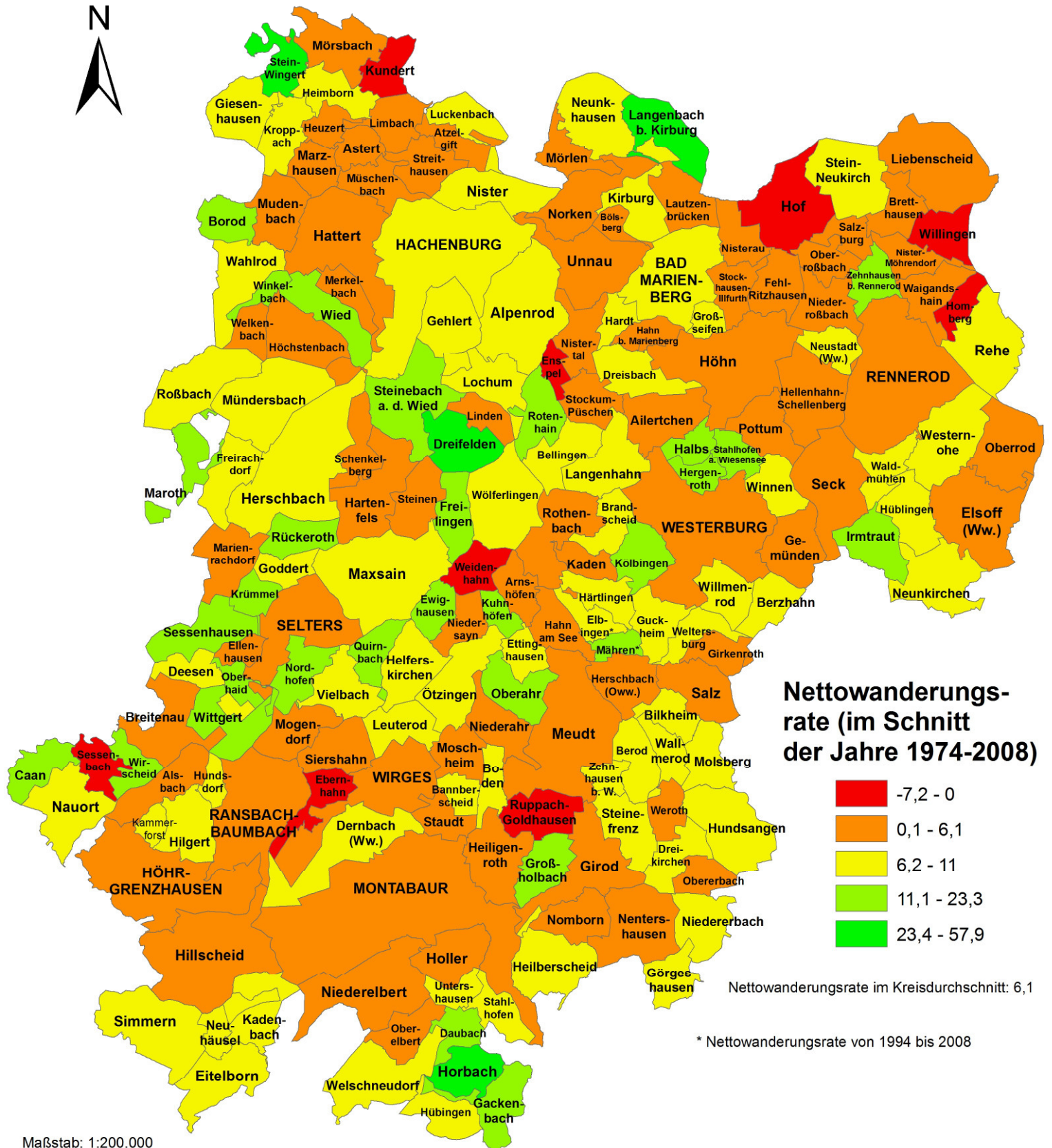


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

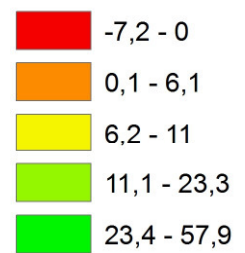
Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



# Karte 23: Nettowanderungsrate im Westerwaldkreis von 1974 bis 2008



**Nettowanderungsrate (im Schnitt der Jahre 1974-2008)**



Nettowanderungsrate im Kreisdurchschnitt: 6,1

\* Nettowanderungsrate von 1994 bis 2008

Maßstab: 1:200.000

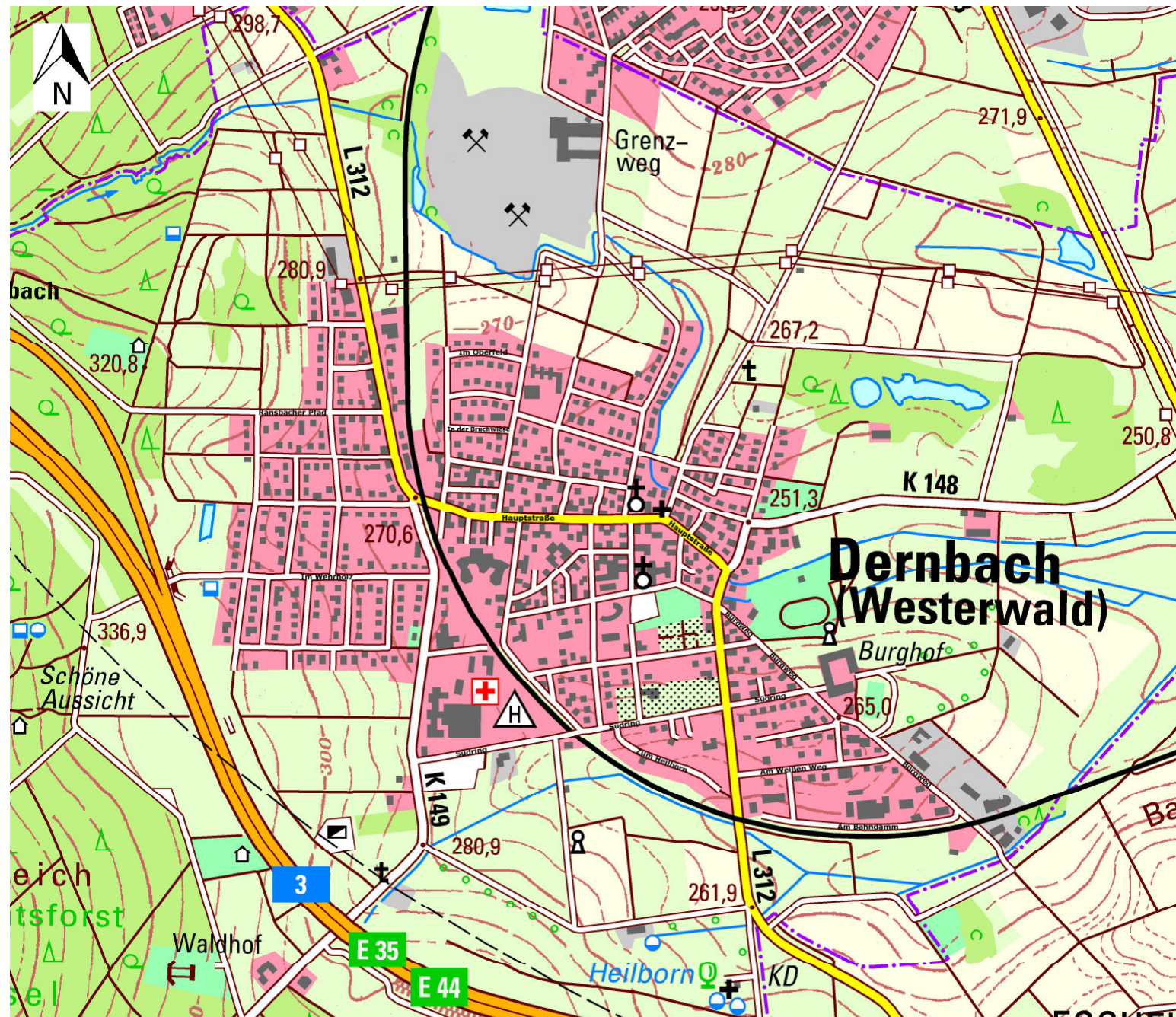


Kartengrundlage:  
 Verwaltungsgrenzen aus dem Digitalen Geländemodell (ATKIS-Basis-DLM)  
 Copyright: GeoBasis-DE/LVermGeoRP2010-03-26

Datenbasis:  
 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2010



Karte 24: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Dernbach



Quelle: eigens bearbeiteter und vergrößerter Kartenausschnitt aus der DTK25

(©Geo-Basis-DE/LVermGeoRP 2012-08-17)



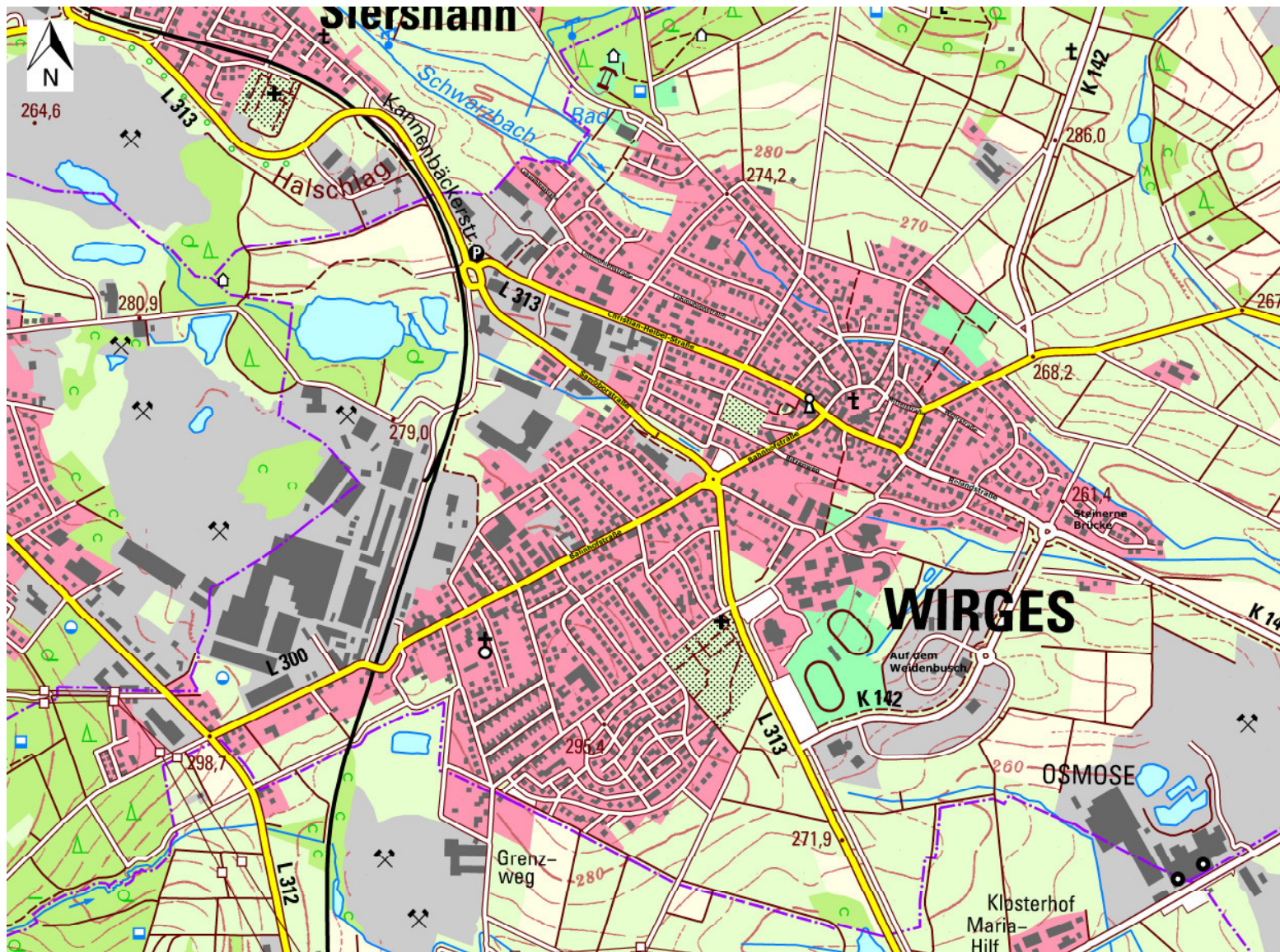
Karte 25: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Ebernahn



Quelle: eigens bearbeiteter, vergrößerter Kartenausschnitt aus der DTK25  
(©Geo-Basis-DE/LVermGeoRP 2012-08-17)



Karte 26: Übersichtskarte der Stadt Wirges



Quelle: eigens bearbeiteter, vergrößerter Kartenausschnitt aus der DTK25  
(©Geo-Basis-DE/LVermGeoRP 2012-08-17)



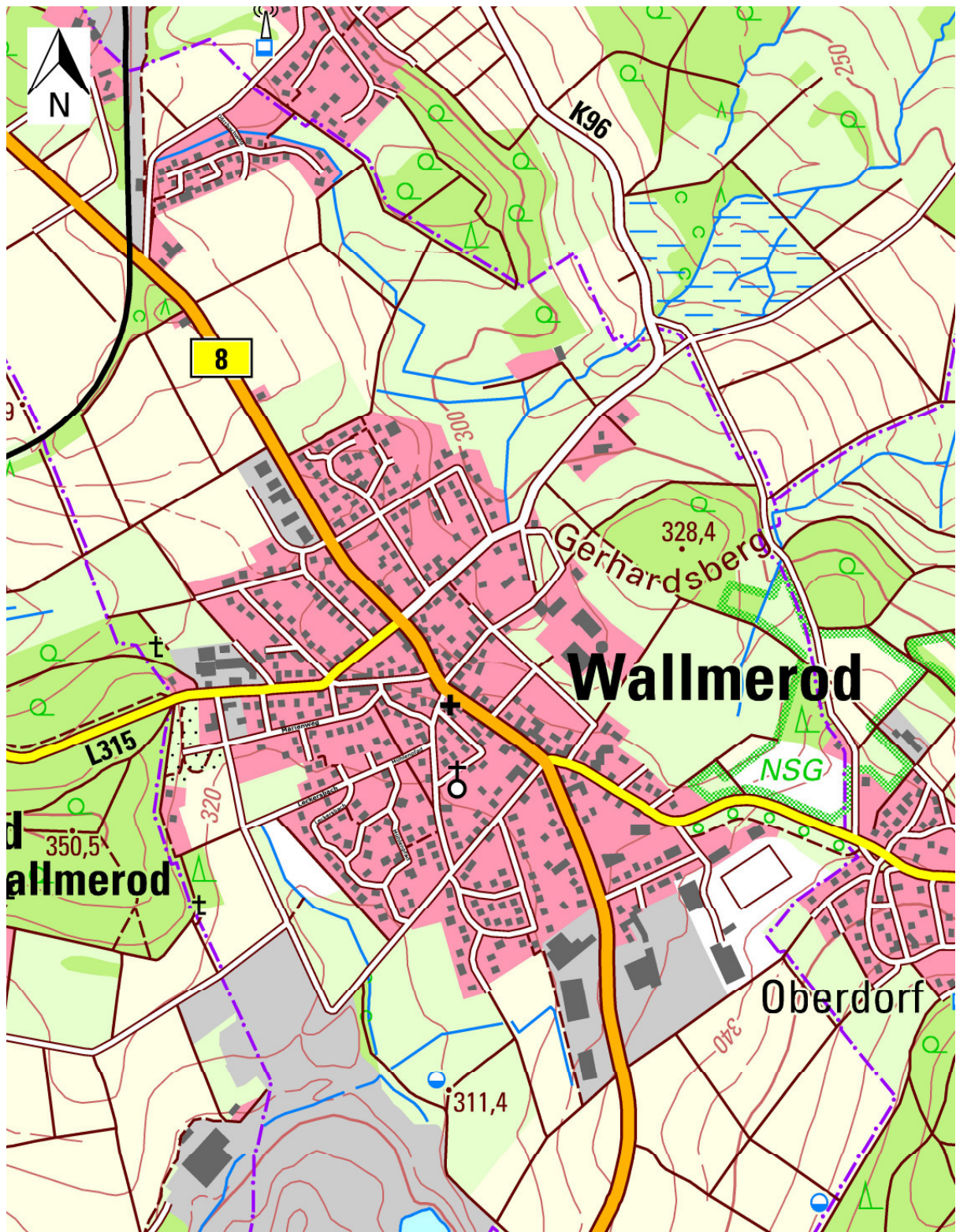
Karte 27: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Bilkheim



Quelle: eigens bearbeiteter, vergrößerter Kartenausschnitt aus der DTK25  
(©Geo-Basis-DE/LVermGeoRP 2012-08-17)



Karte 28: Übersichtskarte der Ortsgemeinde Wallmerod



Quelle: eigens bearbeiteter, vergrößerter Kartenausschnitt aus der DTK25  
(©Geo-Basis-DE/LVermGeoRP 2012-08-17)



## **B. Leitfäden der Experteninterviews**

Themen und Interviewpartner:

- Die Bevölkerungsentwicklung in Bilkheim von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur (Michael Becker)
- Die Bevölkerungsentwicklung in Wallmerod von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur (Klaus Lütkefedder)
- Die Bevölkerungsentwicklung in Dernbach von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur (Andreas Quirnbach)
- Die Bevölkerungsentwicklung in Ebernhahn von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur (Bruno Steudter und Hannelore Quernes)
- Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Wirges von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur (Renato Noll)
- Nachhaltige Verkehrsentwicklung im Westerwaldkreis (Jürgen Braun)
- Soziale und kulturelle Infrastruktur in der VG Wirges (Sue Müller)

**Interviewleitfaden zum Thema**

**„Die Bevölkerungsentwicklung in Bilkheim von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur“**

**(Interviewpartner: Michael Becker, Ortsbürgermeister von Bilkheim)**

1. Der Bevölkerungszuwachs in Bilkheim konzentriert sich auf die Zeit von 1987 bis ca. 2000. Was könnten die Ursachen für diese Entwicklung sein?
2. Welche Veränderungen gab es in Bilkheim im Untersuchungszeitraum hinsichtlich der Versorgungsmöglichkeiten (v.a. Einzelhandelsgeschäfte) der Bevölkerung vor Ort?
3. Welche Arbeitgeber sind in und um Bilkheim von Bedeutung?
4. In den Jahren 1999/2000 ist sowohl das Wanderungsvolumen als auch die Wanderungsbilanz sprunghaft angestiegen. Auf welche Ursache könnte dies zurückzuführen sein?
5. Bilkheim zählt zu den wenigen Gemeinden im Westerwaldkreis, die eine positive Wanderungsbilanz bei den 21- bis 29-Jährigen aufweisen. Worin könnte dies begründet sein?
6. Des Weiteren zählt Bilkheim zu den wenigen Gemeinden, die eine negative Wanderungsbilanz bei den über 64-Jährigen aufweist. Welche Ursachen könnte das haben?
7. Die Anzahl der Kindergartenkinder ist in Bilkheim stark angestiegen. Inwiefern hat diese Entwicklung Konsequenzen auf die Kindertagesstätten gehabt?
8. In Bilkheim liegt ein vergleichsweise geringer Ausländeranteil (z.B. im Vergleich mit Berod) vor. Worin liegt dies begründet?
9. Welche Neubaugebiete wurden im Untersuchungszeitraum in Bilkheim erschlossen und wie gestaltete sich die Nachfrage nach Bauplätzen? Wie schätzen Sie die zukünftige Nachfrage nach Bauplätzen ein?
10. Gibt es in Bilkheim Straßen, die von Leerständen besonders betroffen sind und wurden bereits Konzepte entwickelt, um diesem Problem entgegenzuwirken?

Das Interview wurde am 13.02.2012 durchgeführt.

**Interviewleitfaden zum Thema**

**„Die Bevölkerungsentwicklung in Wallmerod von 1974 bis 2008“**

**(Interviewpartner: Klaus Lütkefedder, Verbandsbürgermeister der VG Wallmerod)**

1. Der Bevölkerungszuwachs in Wallmerod konzentriert sich auf die Zeit ab 1987. Was könnten die Ursachen für diese Entwicklung sein?
2. Welche Veränderungen gab es in Wallmerod im Untersuchungszeitraum hinsichtlich der Versorgungsmöglichkeiten (v.a. Einzelhandelsgeschäfte) der Bevölkerung vor Ort?
3. Welche Arbeitgeber sind in und um Wallmerod von Bedeutung?
4. Wallmerod ist die Gemeinde mit der höchsten allgemeinen Fruchtbarkeitsrate im gesamten Westerwaldkreis. Auf welche Ursache könnte dies zurückzuführen sein?
5. In der Zeit um die Jahrtausendwende liegt die Zuwanderungsrate in Wallmerod zwar auf einem hohen Niveau, gleichzeitig ist aber auch ein enormer Anstieg der Abwanderung zu verzeichnen, der insgesamt zu einem Wanderungsverlust in diesen Jahren führt. Was könnten die Ursachen für diese Entwicklung sein?
6. Wallmerod hat lediglich in der Altersklasse „21 bis 29 Jahre“ einen Wanderungsverlust zu verbuchen. Welche Ursachen könnten dafür verantwortlich sein?
7. Des Weiteren weist Wallmerod bei den über 74-Jährigen eine ausgeprägt positive Wanderungsbilanz auf. Welche Ursachen könnte das haben?
8. Die Anzahl der Kindergartenkinder ist in Wallmerod stark angestiegen. Inwiefern hat diese Entwicklung Konsequenzen auf die Kindertagesstätten gehabt?
9. In Wallmerod ist der Ausländeranteil sehr stark angestiegen. Worin liegt dies begründet?
10. Worin liegt der Rückgang der Sexualproportion in Wallmerod begründet?
11. Welche Neubaugebiete wurden im Untersuchungszeitraum in Wallmerod erschlossen und wie gestaltete sich die Nachfrage nach Bauplätzen? Wie schätzen Sie die zukünftige Nachfrage nach Bauplätzen ein?
12. Gibt es in Wallmerod Straßen, die vom Leerstand besonders betroffen sind?
13. Wie viele Objekte wurden im Rahmen des Programms *Leben im Dorf, Leben mittendrin* realisiert und wie schätzen Sie seine zukünftige Entwicklung ein?

Das Interview wurde am 13.02.2012 durchgeführt.

**Interviewleitfaden zum Thema**

**„Die Bevölkerungsentwicklung in Dernbach von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur“**

**(Interviewpartner: Andreas Quirnbach, Ortsbürgermeister von Dernbach)**

1. Der Bevölkerungsrückgang in Dernbach konzentriert sich auf die Jahre 1986 und 1987. Dies ist zum einen auf den durch die Volkszählung bedingten Strukturbruch zurückzuführen, zum anderen auf ein Wanderungsdefizit im Jahr 1986. Auf welche Ursachen könnte dieses Defizit zurückzuführen sein?
2. Welche Veränderungen gab es in Dernbach im Untersuchungszeitraum hinsichtlich der Versorgungsmöglichkeiten (v.a. Einzelhandelsgeschäfte) der Bevölkerung?
3. Welche Arbeitgeber sind in und um Dernbach von Bedeutung?
4. In Bezug auf die Wanderungsvorgänge fällt in Dernbach auf, dass der negative Wanderungssaldo vor allem in der Altersklasse „18 bis 20 Jahre“ ausgeprägt ist. Welche Ursachen kommen dafür infrage?
5. Der Anteil der jüngeren Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung hat in Dernbach zum Teil erheblich abgenommen, insbesondere die Gruppe der 10- bis 15-Jährigen. Hat diese Entwicklung in Dernbach bereits erste infrastrukturelle Anpassungsmaßnahmen nach sich gezogen bzw. werden diese absehbar?
6. Durch welche Maßnahmen könnte die Attraktivität Dernbachs speziell für junge Familien verbessert werden?
7. Wie hat sich das Vereinsleben in Dernbach entwickelt?
8. Dernbach weist eine der niedrigsten allgemeinen Fruchtbarkeitsraten im gesamten Westerwaldkreis auf. Welche Gründe kommen für diesen Befund infrage?
9. Wie viele Bewohner gibt es in den zwei Altenheimen und in dem Kloster? Gibt es Unterschiede hinsichtlich der Altersstruktur zwischen diesen drei Einrichtungen?
10. In Dernbach steigt die Zuwanderungsrate in den Jahren 1998/1999 rapide an; ein Jahr später erreicht im Gegenzug die Abwanderungsrate ein ausgeprägtes Maximum. Worauf ist diese Entwicklung zurückzuführen?
11. Welche Neubaugebiete wurden im Untersuchungszeitraum in Dernbach erschlossen und wie gestaltete sich die Nachfrage nach Bauplätzen? Wie schätzen Sie die zukünftige Nachfrage nach Bauplätzen in Dernbach ein?
12. Gibt es in Dernbach Straßen, die von Leerständen besonders betroffen sind und wurden bereits Konzepte entwickelt, um diesem Problem entgegenzuwirken?

Das Interview wurde am 22.02.2012 durchgeführt.

**Interviewleitfaden zum Thema**

**„Die Bevölkerungsentwicklung in Ebernhahn von 1974 bis 2008 und ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur“**

**(Interviewpartner: Bruno Steudter, ehem. Ortsbürgermeister von Ebernhahn, und Hannelore Quernes, Ortsbürgermeisterin von Ebernhahn)**

1. Der Bevölkerungsrückgang in Ebernhahn konzentriert sich auf den Zeitraum bis 1985. Was könnten die Ursachen für diese Entwicklung sein?
2. Welche Veränderungen gab es in Ebernhahn im Untersuchungszeitraum hinsichtlich der Versorgungsmöglichkeiten (v.a. Einzelhandelsgeschäfte) der Bevölkerung vor Ort?
3. Welche Arbeitgeber sind in und um Ebernhahn von Bedeutung?
4. Ebernhahn ist die Gemeinde mit der zweitniedrigsten allgemeinen Fruchtbarkeitsrate im gesamten Westerwaldkreis. Auf welche Ursache könnte dies zurückzuführen sein?
5. In Ebernhahn gab es 1982 einen zwischenzeitlichen rasanten Anstieg der Nettowanderungsrate. Was könnten die Ursachen für diese Entwicklung sein?
6. Welche Neubaugebiete wurden im Untersuchungszeitraum in Ebernhahn erschlossen und wie gestaltete sich die Nachfrage nach Bauplätzen? Wie schätzen Sie die zukünftige Nachfrage nach Bauplätzen ein?
7. Inwiefern sind die Tongruben ein limitierender Faktor bei der Erschließung von neuem Bauland?
8. Leerstehende Häuser und Wohnungen werden, bedingt durch den demographischen Wandel, zusehends zu einem Problem für viele Städte und Gemeinden. Gibt es in Ebernhahn Straßen, die vom Leerstand besonders betroffen sind?
9. Was müsste getan werden, um Ebernhahn attraktiver für Familien mit Kindern zu gestalten?

Die Interviews wurden am 16.02.2012 (Bruno Steudter) und 29.02.2012 (Hannelore Quernes) durchgeführt.

**Interviewleitfaden zum Thema**

**„Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Wirges von 1974 bis 2008 und  
ausgewählte Aspekte der regionalen Infrastruktur“**

**(Interviewpartner: Renato Noll, Stadtbürgermeister von Wirges)**

1. Wirges ist die einzige Stadt im Westerwaldkreis, deren Bevölkerungszahl im o.g. Untersuchungszeitraum insgesamt rückläufig ist. Der Rückgang konzentriert sich dabei auf die Jahre 1974 bis 1986. Darüber hinaus fällt der zwischenzeitliche Bevölkerungszuwachs Ende der 1980er und Anfang der 1990er-Jahre im kreisweiten Vergleich unterdurchschnittlich aus. Wie sind diese Entwicklungen zu erklären?
2. Welche Veränderungen gab es in Wirges im Untersuchungszeitraum hinsichtlich der Versorgungsmöglichkeiten (v.a. Einzelhandelsgeschäfte) der Bevölkerung vor Ort?
3. In Bezug auf die Wanderungsvorgänge fällt in Wirges auf, dass in den beiden Altersklassen „21 bis 29 Jahre“ und „30 bis 44 Jahre“ mehr Menschen weg- als zugezogen sind. Welche Ursachen kommen dafür infrage?
4. Der Anteil der jüngeren Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung hat in Wirges zum Teil erheblich abgenommen, insbesondere die Gruppe der 6- bis 9-Jährigen. Hat diese Entwicklung in Wirges bereits erste infrastrukturelle Anpassungsmaßnahmen (z.B. Schließung von Kindergärten) nach sich gezogen bzw. werden diese absehbar?
5. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Gemeinden ist die Sexualproportion (Anzahl der Männer auf 100 Frauen) in Wirges rückläufig. Gibt es Gründe für diese Entwicklung?
6. Welche Neubaugebiete wurden im Untersuchungszeitraum in Wirges erschlossen und wie gestaltete sich die Nachfrage nach Bauplätzen? Wie schätzen Sie die zukünftige Nachfrage nach Bauplätzen in Wirges ein?
7. Gibt es in Wirges Straßen, die vom Leerstand besonders betroffen sind und wurden bereits Konzepte entwickelt, um diesem Problem entgegenzuwirken?
8. Wurde bereits ein Handlungskonzept, um den demographischen Wandel in der VG bzw. Stadt Wirges zu gestalten, erstellt?

Das Interview wurde am 25.07.2012 durchgeführt.

**Interviewleitfaden zum Thema**  
**„Nachhaltige Verkehrsentwicklung im Westerwaldkreis“**  
**(Interviewpartner: Jürgen Braun, ÖPNV-Verantwortlicher der Kreisverwaltung**  
**des Westerwaldkreises)**

1. Wie gestaltet sich die Nachfrage nach ÖPNV-Leistungen im Westerwaldkreis?
2. Welche Konsequenzen hat die demographische Entwicklung auf das zukünftige ÖPNV-Angebot im Westerwaldkreis?
3. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind im Hinblick auf alternative Bedienformen im ÖPNV von Relevanz?
4. Welche Erfahrungen gibt es im Westerwaldkreis in Bezug auf bisher realisierte alternative Bedienformen, wie beispielsweise das Jugendtaxi der VG Bad Marienberg?
5. Würde in der VG Wirges eine alternative Bedienform wie zum Beispiel ein Bürgerbus eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden ÖPNV darstellen?
6. Welche zusätzlichen Möglichkeiten existieren im ÖPNV, um zukünftig einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung gerecht zu werden?
7. Welche Rolle spielt die Nahversorgungssituation in den einzelnen Ortsgemeinden bezüglich der Nutzung des ÖPNV von Senioren?
8. Wie werden sich die Fahrpreise im ÖPNV in Zukunft entwickeln?

Das Interview wurde am 06.08.2012 durchgeführt.

**Interviewleitfaden zum Thema**  
**„Soziale und kulturelle Infrastruktur in der VG Wirges“**  
**(Interviewpartnerin: Sue Müller, Beauftragte der VG Wirges für Jugend und Senioren)**

1. Welche Freizeitmöglichkeiten gibt es für Jugendliche in der Stadt bzw. VG Wirges?
2. Wie stark wird der Jugendraum *Meeting Point* frequentiert und wie gestaltet sich die Altersstruktur seiner Besucher?
3. Wie könnte einer Cliquenbildung in Jugendräumen vorgebeugt werden?
4. Wäre die Einrichtung eines weiteren Jugendtreffpunktes in der Stadt Wirges (z.B. Internet-Café) sinnvoll und könnte sie finanziell umgesetzt werden?
5. Inwiefern könnte das Generationenbüro der VG Wirges genutzt werden, um das ÖPNV-Angebot für jugendliche und Senioren zu erweitern?
6. Welche Freizeitprogramme gibt es für Senioren in der Stadt bzw. VG Wirges?
7. Inwiefern sind Regionenspiele eine sinnvolle Ergänzung des Freizeitangebotes?
8. Wie gestaltet sich die Nutzung der Bücherei in Wirges? Könnte deren Angebot um einen Hol- und Bringdienst ergänzt werden?
9. Wie gestaltet sich das ehrenamtliche Engagement in der VG Wirges, v.a. von Senioren?

Das Interview wurde am 13.08.2012 durchgeführt.



## C. Beispiel einer Einladung zur Online-Umfrage „Bleiben oder Wegziehen?“

### Ortsgemeinde Dernbach - Der Ortsbürgermeister -



[Ortsgemeinde Dernbach \\* Hauptstraße 17 \\* 56428 Dernbach](#)



Ortsgemeinde Dernbach

Der Ortsbürgermeister  
Andreas Quirnbach  
Rathaus  
Hauptstraße 17  
56428 Dernbach

Telefon (Rathaus): (0 26 02) 72 29  
Telefax (Rathaus): (0 26 02) 951385  
Telefon (privat): (0 26 02) 6 97 91  
eMail: [info@dernbach.de](mailto:info@dernbach.de)  
Internet: <http://www.dernbach.de>

Dernbach, 20. März 2012

#### Einladung zur Online-Umfrage „Bleiben oder Wegziehen?“

Hallo Michael,

hiermit möchte ich Dich herzlich einladen, an einer Online-Umfrage der Universität Koblenz-Landau zum Thema „Bleiben oder Wegziehen?“ teilzunehmen. Diese wird im Rahmen eines Forschungsprojektes von dem Geographen Dominik Böckling durchgeführt. Er hat herausgefunden, dass in den letzten Jahren relativ viele Jugendliche aus Dernbach weggezogen sind und deshalb interessiert uns Deine Meinung zu dem Thema. Möchtest Du in Zukunft in Dernbach wohnen bleiben oder hast Du vor, wegzuziehen? Besitzt du einen Verbesserungsvorschlag, um das Leben für junge Menschen in Dernbach ansprechender zu gestalten? Diese und weitere Fragen kannst Du bis zum **15.04.2012** beantworten unter:

<http://ww2.unipark.de/uc/vgwirges/>

Deine Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig und anonym. Im Durchschnitt dauert die Bearbeitung des Fragebogens etwa fünf Minuten. Als kleines Dankeschön hast Du am Ende die Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen. Außerdem erhältst Du auf Wunsch nach Auswertung der Untersuchung eine Zusammenfassung der Umfrage-Ergebnisse im PDF-Format. Schicke dazu einfach eine E-Mail an [boeckling@uni-koblenz.de](mailto:boeckling@uni-koblenz.de) mit dem Betreff „Bleiben oder Wegziehen?“. An diese Adresse kannst Du dich auch gerne wenden, wenn Probleme beim Ausfüllen des Fragebogens auftauchen sollten.

Für Deine Teilnahme bedanke ich mich, auch im Namen von Herrn Böckling, im Voraus!

Herzliche Grüße

(Andreas Quirnbach)  
Ortsbürgermeister





## ANHANG

---

Falls ja: Welche Plätze/Räumlichkeiten fehlen dir?

---

---

---

6. Wenn du zu Veranstaltungen gehst oder dich mit Freunden triffst, wie kommst du meistens dorthin?

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> zu Fuß                             | <input type="checkbox"/> mit dem Fahrrad           |
| <input type="checkbox"/> mit Mofa, Moped, Auto, Motorrad    | <input type="checkbox"/> werde von Eltern gefahren |
| <input type="checkbox"/> mit dem Bus                        | <input type="checkbox"/> mit der Bahn              |
| <input type="checkbox"/> fahre bei Freunden/Freundinnen mit | <input type="checkbox"/> sonstiges: _____          |

7. Ist es für dich ein Problem, zu Veranstaltungen oder Freunden/Freundinnen zu kommen bzw. zu fahren?

- ja  nein

Falls ja: Wie könnte dieses Problem deiner Meinung nach gelöst werden?

---

---

---

8. Wie bewertest du das Angebot an Schulen (zum Beispiel Realschulen plus, Gymnasien, Fachhochschulen, Unis) in deiner Region?

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> sehr gut                  | <input type="checkbox"/> eher gut      |
| <input type="checkbox"/> eher schlecht             | <input type="checkbox"/> sehr schlecht |
| <input type="checkbox"/> kann ich nicht beurteilen |  |

9. Wie bewertest du das Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in deiner Region?

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> sehr gut                  | <input type="checkbox"/> eher gut      |
| <input type="checkbox"/> eher schlecht             | <input type="checkbox"/> sehr schlecht |
| <input type="checkbox"/> kann ich nicht beurteilen |  |

10. Kannst du dir vorstellen, in deinem jetzigen Wohnort noch lange wohnen zu bleiben?

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> ja, auf jeden Fall | <input type="checkbox"/> eher ja               |
| <input type="checkbox"/> eher nein          | <input type="checkbox"/> nein, überhaupt nicht |

## ANHANG

---

Falls „ja, auf jeden Fall“ oder „eher ja“:

Was ist der wichtigste Grund dafür, dass du dir vorstellen kannst, in deinem jetzigen Wohnort zu bleiben?

---

---

---

Falls „eher nein“ oder „nein, überhaupt nicht“:

Was ist der wichtigste Grund dafür, dass du (wahrscheinlich) irgendwann aus deinem jetzigen Wohnort wegziehen willst?

---

---

---

11. Was würdest du in deinem Wohnort ändern, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?

---

---

---

12. Wie alt bist du?

- |                          |          |                          |          |                          |          |
|--------------------------|----------|--------------------------|----------|--------------------------|----------|
| <input type="checkbox"/> | 15 Jahre | <input type="checkbox"/> | 16 Jahre | <input type="checkbox"/> | 17 Jahre |
| <input type="checkbox"/> | 18 Jahre | <input type="checkbox"/> | 19 Jahre | <input type="checkbox"/> | 20 Jahre |

13. Dein Geschlecht

- |                          |          |                          |          |
|--------------------------|----------|--------------------------|----------|
| <input type="checkbox"/> | männlich | <input type="checkbox"/> | weiblich |
|--------------------------|----------|--------------------------|----------|

14. In welcher Gemeinde wohnst du derzeit?

- |                          |          |                          |           |                          |        |
|--------------------------|----------|--------------------------|-----------|--------------------------|--------|
| <input type="checkbox"/> | Dernbach | <input type="checkbox"/> | Ebernhahn | <input type="checkbox"/> | Wirges |
|--------------------------|----------|--------------------------|-----------|--------------------------|--------|

15. Wie lange wohnst du schon dort?

- |                          |             |                          |                   |
|--------------------------|-------------|--------------------------|-------------------|
| <input type="checkbox"/> | schon immer | <input type="checkbox"/> | ich bin zugezogen |
|--------------------------|-------------|--------------------------|-------------------|

Falls „ich bin zugezogen“: In welchem Jahr bist du zugezogen? In welchem Ort bzw. welcher Stadt hast du vorher gewohnt?

---

---

---

## ANHANG

---

16. In welchem Land bist du geboren?

- Deutschland       anderes Land: \_\_\_\_\_

17. Aus welchem Land kommen deine Eltern?

- Deutschland       anderes Land: \_\_\_\_\_

18. Mit wem wohnst du zusammen? (Mehrfachnennungen möglich)

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Vater             | <input type="checkbox"/> Mutter           |
| <input type="checkbox"/> Geschwister       | <input type="checkbox"/> Großeltern       |
| <input type="checkbox"/> Freund/Freundin   | <input type="checkbox"/> andere Personen: |
| <input type="checkbox"/> ich wohne alleine | _____                                     |

19. Deine derzeitige schulische bzw. berufliche Situation

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> ich besuche ein Gymnasium  | <input type="checkbox"/> ich besuche eine Realschule plus |
| <input type="checkbox"/> ich besuche eine berufsbildende Schule   |   |
| <input type="checkbox"/> ich besuche eine andere Schule, und zwar: _____  |   |
| <input type="checkbox"/> ich absolviere ein FSJ, FÖJ, den Bundesfreiwilligendienst oder freiwilligen Wehrdienst |   |
| <input type="checkbox"/> ich mache eine Berufsausbildung  |   |
| <input type="checkbox"/> ich bin arbeitslos   |   |
| <input type="checkbox"/> ich studiere   |   |
| <input type="checkbox"/> ich bin berufstätig  |   |
| <input type="checkbox"/> sonstiges: _____   |   |

20. Wie kommst du meistens zur Schule/Arbeit?

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> zu Fuß                             | <input type="checkbox"/> mit dem Fahrrad           |
| <input type="checkbox"/> mit Mofa, Moped, Auto, Motorrad    | <input type="checkbox"/> werde von Eltern gefahren |
| <input type="checkbox"/> mit dem Bus                        | <input type="checkbox"/> mit der Bahn              |
| <input type="checkbox"/> fahre bei Freunden/Freundinnen mit | <input type="checkbox"/> sonstiges: _____          |

21. Teilnahme Verlosung

- ja       nein